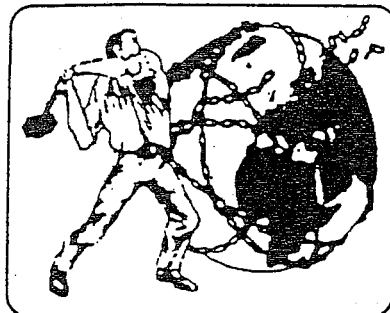


---

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

---

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

---

Juli 1999

20 DM

---

## ***Kampf gegen Nazis und Nazifaschismus***

Eine Auswahl aus den Publikationen von  
**GEGEN DIE STRÖMUNG**  
1991-1999

*Aus dem Inhalt:*

- Kampf gegen Nazi-Terror, Nazi-Morde und Pogrome
- Zusammenspiel von Nazis und deutschem Staatsapparat
- Geschichte und ungebrochene Tradition des Nazifaschismus
- Grundsätzliche Positionen aus „Rot Front“

Theoretisches Organ von „Gegen die Strömung“

# ***Inhaltsverzeichnis***

<b>Vorwort</b>	5
<b>Kampf gegen Nazi-Terror, Nazi Morde und Pogrome - Zusammenspiel von Nazis und deutschem Staatsapparat</b>	7
<b>1991</b>	
Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem einen Politik der "Abschreckung" verkünden: Pogrome!	9
Der Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden (Flugblatt von 1994)	14
<b>1992</b>	
Drei weitere Morde allein im Monat März	21
Mannheim: Trotz scharfem Polizeiterror Solidaritätsdemonstration durchgeführt!	21
Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus: Dahinter steckt System!	22
Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!	24
Kein Vertrauen in diesen Staat, der die braune Pest hervorbringt !	26
<b>1993</b>	
Von den Nazis ermordet: Saima Genç, Hülaya Genç, Hatice Genç, Gülsüm Ince, Gülistan Öztürk: Doppelt und dreifach zurückschlagen!	32
<b>1994</b>	
Solidarität mit den fünf inhaftierten kurdischen und türkischen Antifaschistinnen und Antifaschisten!	34
Der Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck	34
Magdeburg: Zusammenspiel von Nazis und Polizei!	34
Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!	35
Der Organisator der Nazi-Morde Kaendl wird nicht der letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!	39
<b>1996</b>	
Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!	41
Interview mit Mohammed Eid, dem Bruder von Safoan Eid	47
Der Nazi-Terror geht weiter!	48
Hattingen 1993 funktioniert wie die Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!	48
Wie "TAZ" und "junge Welt" im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen	49
Der Polizeistaat bei der Arbeit!	50

Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern	53
Nazis und Polizei - Mord und Totschlag!	54

## 1997

Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!	56
Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur "bessere Organisation", sondern vor allem größere Klarheit!	60
Inhaftierte Nazis- "bloße Kriminelle"?	62

## 1998

Die Resignation bekämpfen!	63
Militanter Kampf- der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis	67

## 1999

Presseerklärung zur Hausdurchsuchung/Beschlagnahmung des Flugblatts "Militanter Kampf..."	71
Nazi-Mord an Omar Ben Noui - Nazi-Hetzjagd in Guben	72
Gegen die "Gewöhnung" an die tagtäglichen Nazi-Verbrechen	73
Nazi-Morde 1989-1999 - eine unvollständige Chronik	77

## **Geschichte und ungebrochene Tradition des Nazifaschismus**

Warum sich heute mit dem Nazifaschismus auseinandersetzen ?	83
Der Novemberpogrom 1938: - Vor aller Augen	84
50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen - Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen	96
Nazi Verbrechen in Jugoslawien	100
Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion - Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!	101
Zur Wannsee-Konferenz 1942 - Nichts vergessen!	103
Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!	106
Über den Widerstand in den KZ's und Vernichtungslagern des Nazifaschismus	108
50 Jahre Schwur von Buchenwald: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"	110
Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!	120
Die Verbrechen der Deutschen Bank in der Zeit des Nazifaschismus	126
VW - in der Tradition der Verbrechen des Nazi-"Musterbetriebs"	127
Zur räuberischen und blutigen Tradition der Europapolitik des deutschen Imperialismus	137
Das Potsdamer Abkommen - eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus	138
Ein Nazi Verbrecher und seine Karriere: Was der "Fall Just" lehren kann!	140

Die Bundeswehr: eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus	144
Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944	145
 <b>Grundsätzliche Positionen</b>	146
<i>Auszüge aus "Rot Front", Theoretisches Organ von Gegen die Strömung"</i>	
Die Zeit des Nazifaschismus - die offen terroristische Diktatur des deutschen Imperialismus	147
Die Mitschuld des deutschen Volkes	150
<b>Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung</b>	155
Thesen	155
Ungebrochene Tradition: die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus	163
Der deutsche Revanchismus	164
Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/Nazi-Banden	178
Besondere Aspekte des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus	180
Regeln der kommunistischen Partei für die illegale Arbeit	187
Kampf gegen die braune Pest... eine Auswahl aus den Publikationen von "Gegen die Strömung"	188



# Vorwort

Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Auswahl aus Publikationen von „Gegen die Strömung“ aus den Jahren 1991 bis 1999 liegt zum einen beim Kampf gegen die Nazis heute, zum anderen bei der Geschichte und ungebrochenen Tradition des Nazifaschismus.

Durch das Anwachsen der Nazi-Parteien und -Organisationen hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazifaschistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerlässlich und heute noch dringender geworden. Vor allem dazu soll die vorliegende Broschüre einen Beitrag leisten.

Allerdings muß von vornherein klargestellt werden: Die zunehmende Faschisierung geht nach wie vor hauptsächlich vom Staat der deutschen Imperialisten aus. Der hauptsächlichste Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen ist das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland. Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden, sondern es zeigt sich ein enges Zusammenspiel von Nazis und deutschem Staatsapparat. Unsere grundlegende Position zum Zusammenhang von staatlicher Faschisierung und Nazi-Parteien/Nazi-Banden ist vor allem in den im Teil III abgedruckten Auszügen aus „Rot Front“ enthalten. Dort sind auch wichtige Passagen aus „Rot Front“ zu Merkmalen des besonders aggressiven deutschen Imperialismus abgedruckt, die wesentlich sind, um das Anwachsen der Nazi-Bewegung in Deutschland verstehen zu können.

Ein wichtiges Anliegen dieser Broschüre ist auch, die ungebrochene Tradition des Nazifaschismus herauszustellen. Um die heutige nazistische Hetze und Demagogie tiefgehend bekämpfen zu können, ist es wichtig, Klarheit über den Nazifaschismus, über seine in der bisherigen Geschichte einmaligen Verbrechen, über seine grundlegenden Merkmale zu haben. Die Broschüre enthält dazu nahezu alle wichtigen Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“.

Die vorliegende Auswahl aus Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ soll auch eine Hilfe sein, um die dort vertretenen Positionen kritisch und selbstkritisch zu diskutieren und gegebenenfalls zu korrigieren. Bereits vorhandene Kritiken zu einzelnen Flugblättern dieser Auswahl sind jeweils direkt danach abgedruckt.

Wir möchten die Leserinnen und Leser darauf aufmerksam machen, daß wir in einigen Fragen unsere Positionen in neueren Stellungnahmen gegenüber Stellungnahmen aus früheren Jahren präzisiert oder korrigiert haben. So wird in dem Flugblatt 11-12/98 „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!“ die Frage der Mitschuld der ausgebeuteten und werktätigen Massen an den Nazi-Verbrechen sowie die Frage der Gründe und Hintergründe des Nazi-Völkermords an den Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma genauer dargelegt als in „Rot Front“ Nr. 1 vom Januar 1996. Die Diskussion über die vorliegende Publikationsauswahl soll somit auch ein Beitrag zur anstehenden selbstkritischen Rechenschaftsablage zu diesen und anderen Punkten sein.

Anzumerken ist noch, daß wir einige Begriffe, die in Flugblättern aus früheren Jahren vorkommen, heute nicht mehr verwenden. So lehnen wir die Begriffe „Neonazis“ bzw. „neonazistische Banden“ (siehe Flugblatt 10/91) ab, da diese Bezeichnungen davon ablenken, daß die bestehenden Nazi-Organisationen eben nichts neues sind, sondern die nazifaschistische Bewegung vom Nazifaschismus bis heute ungebrochen fortsetzen. Ebenso verwenden wir den Begriff „Asylbewerber“ (siehe Flugblatt 10/91) nicht mehr, da es absurd ist davon zu sprechen, daß sich Flüchtlinge um Asyl „bewerben“. Wir verwenden statt dessen den Begriff Flüchtlinge.

Damit die vorliegende Broschüre ihren Zweck erfüllt, sind die Leserinnen und Leser aufgerufen, uns ihre Kritiken, Anregungen und eigene Beiträge zu den hier behandelten Fragen zuzuschicken.

Redaktion GEGEN DIE STRÖMUNG, Juli 1999



**Kampf gegen  
Nazi-Terror, Nazi-Morde  
und Pogrome**

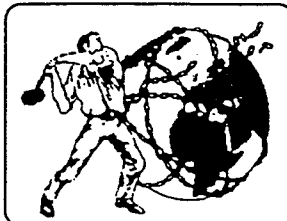


**Zusammenspiel von  
Nazis und deutschem  
Staatsapparat**



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

10/91

Oktober 1991

**Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden:**

# POGRROME!

Nachdem Staatsorgane, Medien und alle Bonner politischen Parteien eine Politik der "Eindämmung durch Abschreckung" gegenüber Asylbewerbern propagiert haben, wurden von neonazistischen Kräften in der Bundesrepublik in den letzten Wochen über 100 Unterkünfte von Asylbewerbern angezündet: Dutzende von Schwerverletzten, der Mord am Asylbewerber Samuel Yeboah aus Ghana und zwei schwer verbrannte Kinder aus dem Libanon - Mukadesh und Zainap Saado - nach einem Brandanschlag in Hünxe sind das Resultat ...und tagtäglich gehen die Brandanschläge weiter.

Seit Monaten, ja seit Jahren wird in der Bundesrepublik eine zutiefst reaktionäre Politik gegenüber den Flüchtlingen, die Asyl beantragen, betrieben. Mit der altbewährten Politik des "Teile und herrsche" wird versucht, - nicht ohne Erfolge - Teile der deutschen Bevölkerung gegen Asylbewerber aufzuheizen.

Einig sind sich die Bonner Politiker darin, daß es gilt, eine Politik der "Abschreckung" durchzuführen, die Lage für Asylbewerber in der Bundesrepublik so zu gestalten, daß das Leben als Asylbewerber möglichst unerträglich wird - weitere 70 große Sammellager wurden zwischen CDU und SPD abgesprochen. Verschärfte Abschiebepraktiken, materielle Zuwendungen lediglich in Form von - meist fast ungenießbarem - Essen und einem Minimum an Bekleidung - die Nachrichten darüber fluten seit Wochen und Monaten verstärkt über die Medien auf die Bevölkerung ein.

Die Neonazis aber handelten. In einer bisher in der Bundesrepublik noch nicht dagewesenen Art und Weise wurden systematisch täglich Dutzende

von Unterkünften der Flüchtlinge angegriffen.

Der Ablauf der Ereignisse wiederholt sich nach einem bestimmten Muster, einem altbekannten Muster:

- Die Hetze in den Medien gegen Asylbewerber und überhaupt gegen Menschen ohne deutschen Paß, oder die als "undeutsch" gelten, wird verstärkt.
- Nachts werden von neonazistischen Banden im Schutze der Dunkelheit Anschläge verübt, in den letzten Wochen verstärkt Brandanschläge.



## Neonazistische Anschläge - eine blutige Chronologie der Ereignisse

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate fielen nicht völlig unerwartet vom Himmel, sie kündigten sich schon lange, schon jahrelang an. Von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegen oder lediglich "nebenbei erwähnt", gab es schon Morde, Mordanschläge, Brandanschläge und neonazistische Anschläge verschiedener Art, die deutlich machten und ankündigten, daß es eine immer mehr um sich greifende militante neonazistische Bewegung gibt.

Seit Dezember 1990 wurden bisher - soweit uns bekannt - von Neonazis ermordet:

### ■ Mord: Nihat Yusufoglu

Ein 18-jähriger Kurde, der mit seiner Familie in Hachenburg im Westerwald lebte und am 28. Dezember auf offener Straße von einer neonazistischen Skinhead-Gruppe erstochen wurde, nachdem zuvor die kurdische Familie schon tagelang mit Steinwürfen terrorisiert worden war.

### ■ Mord: Alexander Selchow

In der Neujahrsnacht 1990/91 wurde der 28-jährige in Rosdorf bei Göttingen von neonazistischen Skins erstochen.

### ■ Mord: Jorge Joao Gomondai

In Dresden wurde im April 1991 der 28-jährige aus Mosambik nachts in einer Straßenbahn von Skinheads überfallen. Das faschistische Rollkommando schlug Jorge Joao Gomondai dermaßen brutal zusammen, daß er später im Krankenhaus an den Folgen seiner Verletzungen starb.

### Die braune Pest



**geht von diesem Staat aus!**

### ■ Mord: Agostinho

Am 16. Juni 1991 wurde in Friedrichshafen am Bodensee ein 34-jähriger Angolaner von einem Neonazi, Ordner auf DVU-Veranstaltungen, mit einem sogenannten Schmettermesser auf offener Straße erstochen. Der Mord an dem Angolaner Agostinho wurde in der Presse der Bundesrepublik als winzige Meldung gehandelt, faktisch vertuscht. Lediglich das Antifa-Bündnis Friedrichshafen demonstrierte mit 300 Menschen gegen diesen abscheulichen Mord.

### ■ Mord:

In Gelnhausen hatten sogenannte "Höchster Bürger", wie die FR vom 8. Juli 91 berichtete, - 20 an der Zahl - eine Sinti-Familie überfallen und beschossen. Ein 54-jähriger Sinto erlag den Schußverletzungen.

### ■ Mord: Samuel Kofi Yeboah

Am 19.9.1991 wurde ein Anschlag in Saarlouis auf ein Wohnheim für Asylbewerber verübt. Bei diesem Anschlag, nachts um 3 Uhr, wurden von Neonazis Brandsätze geworfen, die das Haus anzündeten. Zwei Nigerianer wurden schwer verletzt, Samuel Yeboah aus Ghana starb an seinen Verbrennungen. Die Neonazis hatten die Holztreppe mit Benzin getränkt und so bewußt den Brandanschlag auf die Ermordung der Bewohner angelegt.

☆☆☆

Insgesamt nahmen bereits auch vor dem September 1991 die mörderischen Anschläge zu. Einige Beispiele:

- ✦ Anfang Februar wurden in Überlingen bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylbewerber einige Personen verletzt. (Stuttgarter Zeitung vom 5.2.91)

**Solidarität mit den Opfern der Nazi-Anschläge!**

- In Hiltrup bei Münster wurde von Neonazis eine Asylunterkunft in Brand gesteckt. (Münster Anzeiger 18.2.91)
- Davor brannte in Nidda (Hessen) schon eine Unterkunft für Asylbewerber (FR 29.12.90)
- Dasselbe geschah bereits vorher in Limburg-Eschhofen (Wetzlarer Neue Zeitung 4.12.90)
- Bereits am 18.7.91 hatten 50 neonazistische Skins ein Haus von Asylbewerbern in Magdeburg (Ex-DDR) überfallen, Scheiben zerschlagen und Bewohner verletzt.
- Im Juni waren zwei Afrikaner in Wittenberg (Ex-DDR) von neonazistischen Mördern aus dem vierten Stockwerk eines Hauses geworfen worden und überlebten schwer verletzt den Mordanschlag. (TAZ 7.6.91)

**Verschiedene Presseberichte gehen von 15 Toten bei neonazistischen Ausschreitungen in den letzten drei Jahren aus. Es gehört zu den Besonderheiten der Lage, gerade auch der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte, daß noch nicht einmal die Namen der Opfer und die Tatorte dieser Morde und Mordanschläge systematisch erforscht und bekannt gemacht werden - auch wir können uns da nicht ausnehmen.**

### Die Ereignisse in Hoyerswerda ab 17. September 1991

- Bereits am 15. September hatte in der EX-DDR, in Leisnig (Sachsen), ein Überfall auf eine Unterkunft von Asylbewerbern stattgefunden, wobei ein Vietnamesin von Neonazis schwer verletzt wurde.
- Davor, am 11. September, hatten Neonazis einen Mosambikaner durch Schüssen in den Kopf schwer verletzt und eine schwangere Vietnamesin mit Tritten in den Unterleib traktiert. (SPIEGEL 40/91)

In dieser Atmosphäre - die Beispiele könnten fortgesetzt werden - begannen die systematischen, an die Pogrome der Nazi-Zeit erinnernden Ereignisse in Hoyerswerda:

- Nach einem Überfall auf vietnamesische Händler durch einige Neonazis in Hoyerswerda begann eine dreitägige regelrechte Belagerung der zweier Wohngebäude. Die Polizei sah sich angeblich nicht in der Lage, die neonazistischen Kräfte zu verhaften. Die Arbeiter aus Mosambik wehrten sich mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Übermacht der neonazistischen Kräfte, die massiv von Teilen der Bevölkerung unterstützt wurden. Die Polizei sah weiterhin auch einer zweiten und dritten Angriffswelle tatenlos zu. Offizieller Kommentar der Polizei: "Wir haben die Lage völlig im Griff" (TAZ 23.9.91)

Im wesentlichen wurden zwei große Wohnblocks angegriffen:

In der Thomas-Müntzer-Straße wohnten 220 Asylbewerber aus 21 Ländern, vorwiegend rumänische Roma. In der Albert-Schweitzer-Straße wohnten 120 Menschen, vor allem Arbeiter aus Mosambik.

Die Überfälle hatten am 17.9. begonnen und hielten 5 Tage an, bis die Polizei die Mehrzahl der Asylbewerber und Arbeiter aus Vietnam und Mosambik unter dem Beifall der Neonazis umquartierte.

**Die Ereignisse in Hoyerswerda hatten Signalwirkung, die Anschläge verstärkten sich massiv.**

### Nach dem 17.9.91:

- Brandsätze der Neonazis zündeten in Freital in der Ex-DDR (bei Dresden).
- Brandanschlag in Tambach-Dietharz (in Thüringen, EX-DDR).
- Brandsätze zündeten auch in Bredenbeck bei Hannover.
- Brandanschlag in March (Südbaden). (SPIEGEL 40/91)
- Am 18.9. Brandanschlag auf das Aussiedlerheim Bissierstraße in Freiburg; Angriff auf das Asylbewerberheim in Deuben/Tackau (Landkreis Hohenmölsen)
- 19.9. Feuerwerkskörper auf das Asylbewerberheim Wiesentalstraße in Freiburg.

### Am 20.9.91

gab es einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber in Saarwellingen, sowie in Freiburg auf das Flüchtlingswohnheim Haslacher Straße.

### Am 21./22.9.91

kam es zu einer Fülle von weiteren Angriffen:

- In Freiburg wurden zwei Heime von Asylbewerbern von Neonazis angezündet.
- In Springe-Steinkrug bei Hannover wurde eine Unterkunft von Asylbewerbern mit Brandsätzen von Neo-



• Die Polizei weiß von nichts und ist angeblich "machtlos". Dort, wo Teile der Bevölkerung "Verständnis" für die Anschläge der Neonazis zeigen, gehen die Neonazis auch zu Kundgebungen und Ausschreitungen in den Abendstunden oder am helllichten Tage über.

• Demonstrationen und Aktionen antinazistischer Kräfte, die sich wirklich gegen die Nazis richten und nicht nur "beruhigen" und "die Lage entspannen" sollen, werden von Polizei und Bundesgrenzschutz auf das brutalste auseinandergetrieben und zerschlagen.

So geschah es in Hoyerswerda und anderswo.

Dabei ist nicht nur durch den Umfang solcher Nazi-Aktionen eine neue Stufenleiter des Terrors gegen Asylbewerber, aber auch zunehmend gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen ganze Familien aus anderen Ländern, insbesondere aus der Türkei, die hier in der BRD leben und arbeiten, erreicht worden.

Erstmalig wurden insgesamt fünf Tage lang, mit Zustimmung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylbewerbern und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen. Mit ganz offensichtlicher Zustimmung der örtlichen Polizei wurden in Hoyerswerda eine Stimmung geschaffen und Handlungen begangen, die nur mit dem Wort **Pogrom** richtig beschrieben werden können.

### Polizei auf seiten der Nazis!

Daß die Polizei auf seiten der Nazis stand, daß ihre dümmliche Ausrede, sie wären zu schwach und könnten nichts machen, nicht stimmt, wurde einige Tage später bewiesen, als mit brutalster Gewalt eine **gegen die Nazis** gerichtete Demonstration zusammengeschlagen, gestoppt und zurückgedrängt wurde.

Die ausführliche "Berichterstattung" über Hoyerswerda in den Medien hier war aber nicht Ausdruck der Empörung und Ablehnung der faschistischen Überfälle, sondern diente in erster Linie - neben üblicher Sensationshascherei - vor allem dazu, von den in viel größerem Umfang stattfindenden Übergriffen in Westdeutschland abzulenken.

Nach den Morden und Mordanschlägen, etwa auf die zwei sechs und acht Jahre alten Kinder aus dem Libanon, heuchelten die Bonner Politiker "Betroffenheit". Doch ist lediglich **ihre** Saat aufgegangen, hat **ihre** Hetze Früchte getragen.

Dabei ist es sehr wichtig zu sehen, daß Asylbewerber nicht nur tagtäglich Angst vor den nazistischen Überfällen haben müssen, sondern auch tagtäglich von dem Damoklesschwert der Abschiebung bedroht werden, daß tagtäglich die deutsche Polizei ohne jeglichen moralischen Skrupel ganze Familien von Asylbewer-

bern abschiebt - oft genug direkt in die Folterkeller der faschistischen Geheimpolizei in Ländern wie Ghana, Türkei, Indien usw.

### Den staatlichen und neonazistischen Terror bekämpfen!

Solidarität mit den vom Nazi-Terror betroffenen Asylbewerbern, mit allen vom Nazi-Terror Betroffenen erfordert selbstverständlich, sich so direkt, so energisch und so wirkungsvoll wie möglich den Nazi-Mörderbanden entgegenzustellen.

Wenn selbst gegen diese offensichtlichste und für jeden sichtbare Form des Terrors kein Widerstand organisiert wird, ist an jede weitergehende Form des Widerstands gegen reaktionäre Politik überhaupt gar nicht zu denken.

**Denn so sehr die Pogrome der Neonazis im Moment im Vordergrund stehen, so ist dennoch die hauptsächlichste Form des Terrors gegen die Asylbewerber nach wie vor der staatliche Terror.**

Dies fängt an bei der bürokratischen Gängelung der Asylbewerber und generell der Werktätigen aus anderen Ländern durch "Sondergesetze", reicht über die staatlich organisierte nationalistische und rassistische Hetze bis hin zum Polizei- und Abschiebeterror, zu Polizeirazzien und -überfällen in den Wohnheimen.

Darüberhinaus agieren die Neonazi-Banden ja nicht unabhängig vom Staatsapparat der west/deutschen Imperialisten: sie werden von ihm geduldet, genährt und gefördert. Daher wäre es völlig falsch, sich beim Kampf gegen die Neonazis auf diesen Staatsapparat zu stützen. **Der Kampf muß energischer als bisher sowohl gegen die Nazi-Banden, als auch gegen den Terror des Staatsapparates geführt werden!**

### Die dreckige Phrase vom "Verständnis für die Bevölkerung"

Die Neonazis können ihre mörderischen Anschläge in einer Atmosphäre unternehmen, in der ihnen ein gewisses "Verständnis" entgegengebracht wird. Da wird angeführt, im Dorf X Y wäre es ja wirklich angeblich eine "Zumutung", wenn soundsoviel Asylbewerber aus Rumänien oder aus Mosambik oder sonstwoher in das Dorf kämen, das wäre schließlich nicht "zu verkraften" und was es derlei Sprüche sonst noch gibt.

Demgegenüber sagen wir mit aller Deutlichkeit - angesichts der neonazistischen Mordanschläge gibt es nur eins:

## ■ Solidarität mit den Opfern der Nazi-Anschläge!

Das ganze Lamentieren darüber, daß doch die "deutsche Bevölkerung", das Dorf X und das Dorf Y angeblich "überfordert" seien, geht am Kernpunkt vorbei:

## ■ Die herrschende Klasse will spalten und hetzen, wir müssen frontal dieser Hetze entgegenreten!

Schon im Vorfeld neonazistischer Aktivitäten, oft schon, wenn nur angekündigt wird, daß Asylbewerber in ein Dorf oder in einen Stadtteil aufgenommen werden sollen, kommt es - oft von staatlichen Stellen geradezu provoziert - zur Bildung sogenannter "Bürgerinitiativen", zur Bildung von in Wahrheit reaktionären Bewegungen.

Unter dem Motto "Ein Dorf kämpft um sein Überleben" wird eine einzige reaktionäre Front geschmiedet. Zwischen Arm und Reich, dem Bürgermeister und dem Landarbeiter, zwischen den sich fortschrittlich dünkenden und den finstersten Reaktionären besteht auf einmal "Übereinstimmung": Wenn da in ein Dorf mit 800 Einwohnern 40 "Rumänen", gar rumänische "Zigeuner" (das weit verbreitete Schimpfwort für Roma) kommen, dann ist das "Dorf in Gefahr", dann halten alle zusammen. Es wird das Gefühl von der "Dorfgemeinschaft", die zusammenhält, geweckt. All jene, die sonst - egal ob Bundeswehr oder Großkapital

sich in einem solchen Dorf breitmachen - still halten, sie fangen nun an, "zu demonstrieren" und sich mutig zu fühlen gegenüber Flüchtlingen, über deren Leben sie nichts wissen und nichts wissen wollen.

Auch wenn solche Beispiele (wie dies von Cleeberg in Hessen) nicht verallgemeinert werden können, ein Grundproblem wird deutlich! Die aktuellen Ereignisse haben gezeigt und zeigen es weiterhin, daß solchen reaktionären "Volksgemeinschafts"-Bewegungen in der Bevölkerung nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht werden dürfen:

*Gegen die Strömung ankämpfen heißt, aktive Solidarität mit den von den neonazistischen Anschlägen bedrohten Flüchtlingen zu fordern und selber zu üben. Das beginnt zum Beispiel mit Patenschaften für Flüchtlingsunterkünfte, wie von Vertrauensleuten der IG-Metall vorgeschlagen:*

*Innerhalb der IG Metall wurde auf einer Konferenz von 250 Vertrauensleuten gefordert, daß die Gewerkschafter in den Metallbetrieben Patenschaften für Unterkünfte von Asylbewerbern übernehmen, Delegationen aus den Fabriken in die Unterkünfte schicken. Ein Vorschlag und eine Initiative, die nur begrüßt werden kann! Eine Initiative, die sicherlich unter anderem darin begründet ist, daß gerade in der IG Metall Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei mit wirklich fortschrittlicher Orientierung eine gewichtige Rolle spielen. (Siehe FR vom 5.10.91)*

Das geht weiter mit massiver Unterstützung vor und bei Überfällen der Neonazis und erstreckt sich auch

nazis angegriffen.

- ✦ Genau dasselbe passierte in Jüterbog.
- ✦ In Wesendahl, Kreis Strausberg wurde von 25 maskierten Neonazis eine Unterkunft von Asylbewerbern überfallen.
- ✦ In der Ex-DDR warfen Neonazis drei Brandsätze auf ein anderes Heim für Asylbewerber. Einen Brandanschlag gab es auch in Tambach-Dietharz im Kreis Gotha.
- ✦ In Freital bei Dresden versuchten 40 Neonazis, eine Unterkunft von Asylbewerbern zu überfallen.
- ✦ In Thiedorf bei Dresden wurden acht rumänische Asylbewerber bei einem Überfall durch Neonazis verletzt. Dies alles aus den Meldungen von dpa am 22.9.91

## Zwischen dem 23.9. und dem 29.9.

werden neonazistische und rassistische Anschläge verübt in Weingarten (Ravensburg), Kenzingen bei Freiburg, Bodelshausen bei Tübingen, March-Nevershausen bei Freiburg, in Dresden, Schwedt (Brandenburg), Tambach-Dietharz (Gotha), Münster, Hamburg, Essen, in Ahlen (Westfalen), Hannover, Brandenburg, Herford, Wallendorf bei Merseburg, Recklinghausen, Weißenfels (Sachsen-Anhalt), Altenow bei Cottbus, Pätz bei Königswusterhausen, Steinhagen (Westfalen), Marl, Datteln und Neubrandenburg!

## 29. September 1991

- ✦ In München wurden am 29. September ein Wohnhaus mit dem diskriminierenden Namen "Gastarbeiterheim" angezündet und mehrere Menschen verletzt (dpa-Meldung).
- ✦ Am selben Wochenende wurde im niederrheinischen Kerken bei einem Überfall durch Neonazis eine Frau verletzt.
- ✦ In Lünen bei Dortmund verletzten Neonazis ein zehnjähriges Mädchen bei einem Überfall.
- ✦ In Herford griffen Neonazis eine Unterkunft für sogenannte "Aussiedler" mit den Rufen "Russen raus" an.
- ✦ In Steinhagen wurde ein von Indonesiern bewohnter Container mit Steinen beworfen.
- ✦ In Recklinghausen griffen die Neonazis ein Wohnheim von Roma mit Steinen und Brandsätzen an.
- ✦ In Datteln wurden Wäsche und Möbelstücke in einer von Asylbewerbern bewohnten Schule angezündet.
- ✦ In Marl wurden Brandsätze auf zwei sogenannte "Container-Dörfer" mit Asylbewerbern geworfen.
- ✦ In Hagen warfen Neonazis Brandsätze gegen ein mit 100 Personen besetztes Heim mit Flüchtlingen.
- ✦ Mit Brandsätzen wurde auch in Issum am linken Niederrhein eine Unterkunft von Flüchtlingen angegriffen.
- ✦ Neonazis drangen in Saarbrücken-Dudweiler in ein Flüchtlingswohnheim ein und verwüsteten eine Wohnung mit Eisenstangen und Holzknüppeln.
- ✦ In Burgwedel bei Hannover wurden gegen eine Asylbewerber-Unterkunft Brandsätze geworfen.
- ✦ In Meckelfeld wurde ein von zwei Familien aus der Türkei bewohntes Haus mit Steinen und Feuerlöschern angegriffen.
- ✦ In Haffkrug an der Ostsee schlugen neonazistische Skinheads 15 Scheiben einer Flüchtlingsunterkunft ein.

Auf dem Gebiet der Ex-DDR wurden

- ✦ in Altenow (Brandenburg) Scheiben und Türen eines von Vietnamesen und Rumänen bewohnten Hauses zerschlagen.
- ✦ In Pätz wurde von sechs Neonazis eine Unterkunft, ein sogenanntes "Ausländerheim" angegriffen.
- ✦ Mit Brandsätzen wurden solche Heime auch in Reichenbach (Sachsen) angegriffen.
- ✦ Ebenso griffen Neonazis in Chemnitz mit Leuchtpurmunition und Brandsätzen Wohnheime von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern an.
- ✦ In Weißenfels (Sachsen-Anhalt) wurden die Bewohner eines Heims für Asylbewerber von 15 Neonazis mit Schreckschusspistolen überfallen.
- ✦ In Wallendorf bei Merseburg wurden Brandsätze gegen ein Asylbewerber-Quartier geworfen.
- ✦ In Leipzig räumte die Polizei unter dem Geßröhl von 60 Neonazis ein Heim für Asylbewerber - unter dem Vorwand von "Streitigkeiten unter Asylbewerbern".

Dies sind die Meldungen von dpa allein von **einem Tag**, vom 29.9.91 - also bestimmt keine vollständige Aufzählung!

## Mit Stalinscher Härte die Nazis bekämpfen!

Folgendes Flugblatt, das zu einem konsequenten Kampf gegen die Nazi-Banden aufruft, wurde uns zugesandt. Der Bitte um Veröffentlichung kommen wir gerne nach!

### Mit Stalinscher Härte die Nazis bekämpfen!

#### ❶ Schluß machen mit dem Gerücht von der angeblichen "Tapferkeit" der Nazis.

In 2. Weltkrieg war es damit nicht weit her. Ein Nazi zeigte "Tapferkeit" bei der bestialischen Ermordung von wehrlosen Kriegsgefangenen oder der unbewaffneten Zivilbevölkerung. Aber ganz schnell verließ ihn seine "Tapferkeit", wenn er es mit der organisierten Kraft der Roten Armee und den sowjetischen Partisanenverbänden zu tun bekam - dies war die Erfahrung des Kampfes der Roten Armee und den sowjetischen Partisaninnen und Partisanen schon 1942, wie Stalin klarmacht.

Und so ist es auch heute. Nazis beweisen ihren "Mut" beim verprügeln von unbewaffneten Flüchtlingen aus anderen Ländern, geben aber meistens Fersengeld oder sind weit weniger angriffslustig, wenn sie auf gleichvielen, gut organisierte, kampferprobte Antifaschisten treffen.

Wenn wir uns also die nötigen Mittel zulegen, uns wirklich organisieren, so brauchen wir keine Angst vor den Nazis zu haben. Dann sind wir stärker und können sie auch entscheidend schlagen, so daß ihnen zumindest für eine Weile die Lust nach einer Konfrontation mit uns vergehen wird. Das beweisen Dutzende von Erfahrungen.

#### ❷ Schluß machen mit Sorglosigkeit und Güte gegenüber den Faschisten!

Wir dürfen die Nazis nicht unterschätzen. Sie sind gezüchtet, werden hochgepöbelt und geschützt vom westdeutschen reaktionären Staat, seinen Bullen, seinen "Bundesgrenzschützern", seiner Justiz. Deshalb verfügen sie über große materielle Mittel und können sich nahezu ungestört ausbreiten. Ihre Schlagkraft beweisen die Nazimorde der letzten Jahre, die fast täglich brutalen Angriffe von Nazis gegen Menschen, die für sie "undeutsch" sind.

Wie müssen wir also gegen die Nazis vorgehen? Schonungslos und mit wirklichem Haß die Nazis bekämpfen - das war ein Merkmal des Kampfes aller Anti-Nazi-Kräfte, die mit Stalin, der sozialistischen Sowjetunion zusammen gegen die Nazis kämpften. In diesem Sinn erbte Stalin die Kämpferinnen und Kämpfer der Roten Armee und der sowjetischen Partisaninnen und Partisanen, in diesem Sinn erzogen die KP's zur Zeit Stalins ihre Genossinnen und Genossen.

Wenn wir so Drücke sind, die Nazis in der Defensive...dann kein Mittel für dieses Pack!

#### ❸ Die Nazis in ihren Rattenlöchern angreifen!

Verhinderung von Nazilaufmärschen, Büchertische der Nazis abräumen, Flüchtlinge aus anderen Ländern vor Naziangriffen schützen usw. - das alles war und ist ein wesentlicher Bestandteil unseres antifaschistischen Kampfes.

Wenn wir aber dabei stehenbleiben und die Nazis nicht bis in ihre Höhlen verfolgen und sie dort plattmachen, dann können sich die Faschisten immer wieder erholen und neue Kräfte sammeln.

Verfolgen wir die Nazis bis in ihre Lokale und zu ihren Treffpunkten und verpassen ihnen dort eine Lehre, die sie so schnell nicht vergessen werden!

Gruppe Mustafa Suphi/Karl Liebknecht

### 3. Oktober 1991, "Tag der deutschen Einheit" - der Terror geht weiter

Am "Tag der Deutschen Einheit", dem 3. Oktober häuften sich die Anschläge - und sie gehen weiter!

- ✦ In Mönchengladbach stach vor den Augen von Passanten ein Neonazi einen Türken nieder, der lebensgefährlich verletzt wurde.
- ✦ In Bad Honnef wurde ein Heim mit Stahlkugeln angegriffen.
- ✦ In Ahnatal-Weimar in der Nähe von Kassel überfielen 25 Neonazis mit Äxten, Eisenstangen und Schlagstöcken eine Unterkunft von Asylbewerbern.
- ✦ In Seesen (Niedersachsen) wurde ein von deutschen und türkischen Familien bewohntes Reihenhaus mit Brandsätzen beworfen - drei Kinder mußten mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus.
- ✦ In Bad Münder am Deister (Niedersachsen) wurde ein jüdischer Asylbewerber aus der Sowjetunion von vier Jugendlichen überfallen und zusammengeschlagen.
- ✦ In Pienhofen bei Regensburg wurde ein Brandanschlag gegen eine Unterkunft von Asylbewerbern verübt.
- ✦ In Hünxe wurden bei einem Brandanschlag zwei libanesische Kinder im Alter von 6 und 8 Jahren lebensgefährlich verletzt.

#### In der Ex-DDR:

- ✦ In Zwickau haben am 3./4. Oktober etwa 80 Neonazis eine Unterkunft für Asylbewerber angegriffen. Nach Polizeiangaben wurden auch in vier weiteren sächsischen Orten Asylbewerber überfallen. (FR vom 5.10.91)
- ✦ In Gatersleben (Sachsen-Anhalt) wurde die Wohnung rumänischer Asylbewerber von Neonazis vollständig verwüstet.
- ✦ In Schmölln (bei Gerda in Thüringen) bewarfen Neonazis eine Unterkunft von Asylbewerbern, die allerdings zwei der Neonazis zu fassen bekamen!

Am Wochenende

### 5./6. Oktober 1991

vermelden die Nachrichtenagenturen reuter/dpa:

- ✦ In Halstenbek wurden Scheiben einer Flüchtlingsunterkunft von Neonazis eingeworfen.
- ✦ In Osnabrück und in Winsen/Luhe kam es zu Angriffen der Neonazis.
- ✦ In Brühl überfielen neonazistische Skins eine Gruppe von Nigerianern. Ein Nigerianer erlitt schwere Kopfverletzungen.
- ✦ In Kirchheim/Teck wurde ein von Familien aus der Türkei bewohntes Haus mit einem Brandsatz beworfen.

#### In der Ex-DDR:

- ✦ In Luckenwalde, Rheinsberg, Treuenbrietzen und Jüterbog wurden Flüchtlingsunterkünfte von Neonazis mit Steinen, Stangen und Brandsätzen angegriffen.
- ✦ In Storkow schändeten Neonazis einen sowjetischen Friedhof und bewarfen mit den herausgerissenen Grabsteinen ein Heim für Asylbewerber.
- ✦ In Gotha warfen vier Neonazis einen sowjetischen Soldaten aus dem dritten Stock eines Hauses. Er wurde schwer verletzt.
- ✦ Auch in vier Orten in Thüringen kam es zu neonazistischen Überfällen auf Flüchtlingsheime, die mit Steinen, Flaschen und Brandsätzen beworfen wurden. So in Meiningen, Gotha, Greiz (Kreis Gera) und Streufdorf (Kreis Hildburghausen).
- ✦ In Frohnau (Kreis Annaberg) warfen etwa 30 Neonazis Scheiben und die Eingangstür eines Flüchtlingsheims ein.
- ✦ In Eilenburg kam es zu heftigen Straßenschlachten zwischen Dutzenden von Neonazis und den sich wehrenden Asylbewerbern.

(Stand 6.10.91)

Vom 1. Januar bis zum 9. Oktober 1991 gab es "offiziell registriert" 177 Brandanschläge, davon allein 59 in Nordrhein-Westfalen, weitere 70 in den anderen "alten Bundesländern" (FR 11.10.91). Allein im September wurden über 200mal Asylbewerber sowie überhaupt Werktätige aus anderen Ländern und ihre Familien oder deren Unterkünfte angegriffen (FR 12.10.91).

Laut BKA könne angeblich eine "Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen" nicht ausgeschlossen werden!

und gerade auf die Unterstützung der Flüchtlinge bei drohender Abschiebung.

### Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!

Angesichts der Flut neonazistischer Terroranschläge steht die massive **Notwehr** im Vordergrund: Mit Geschwätz und guten Worten, "Betroffenheit" weit ab von den Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase "bloß keine Gewalt" sowie die reaktionäre Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über erfolgreiche Gegenwehr fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte, gemeinsam mit den Asylbewerbern gegen die Nazis, sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegen aktive Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbänden. Mit aller Kraft, überall, wo die Neonazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Die gesamte Situation in der Bundesrepublik erfordert aber auch, überall wo es möglich ist, tiefgehend über eine ganze Fülle von Fragen zu diskutieren und zu argumentieren, Veranstaltungen und Debatten durchzuführen, mit Flugblättern und Plakaten deutlich zu machen, daß es um mehr geht als um eine aktuelle, fürchterliche Welle von nazistischen Anschlägen:

Verschiedene Abteilungen der herrschenden Klasse wollen mit verteilten Rollen die Mehrheit der Bevölkerung dazu aufhetzen, dem Terror - neonazistischem oder aber staatlichem - tatenlos zuzuschauen oder zuzustimmen. So oder so wird von der herrschenden Klasse deutscher Nationalismus und Rassismus angeheizt.

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Krise und der Bereitschaft der Bundeswehr, in anderen Ländern für die Interessen des deutschen Kapitals in Kriege einzugreifen und selbst Kriege zu führen soll

die Bevölkerung in der Bundesrepublik abgelenkt werde. Sie soll aufgehetzt werden gegen die so beschimpften "Asylanten", um an ihnen Enttäuschung und Verbitterung über die ständige Verschlechterung der Lebenslage eines großen Teils der Bevölkerung abzulassen.

### Unsere Aufgaben

Es muß deutlich werden, gerade in der Arbeiterklasse, den unteren Schichten auf den Dörfern, allen ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen, **daß auf der ganzen Welt die "Verdammten dieser Erde" um ihr Recht auf bloße Existenz, auf Arbeit und Essen, kämpfen und deswegen verfolgt und gejagt werden.**

Es geht darum, die ganzen Mechanismen dieser sogenannten "Weltwirtschaftsordnung", der imperialistischen Ausbeutung aller Völker der Welt durch einige imperialistische Großmächte aufzuzeigen. Es geht darum, die Folgen dieser "Ordnung", nämlich unter anderem verstärkte sogenannte "moderne Völkerwanderungen" bewußt zu machen, selber zu verstehen und anderen zu erklären, die bereit sind, die braune Pest zu bekämpfen.

Es geht vor allem darum, angesichts der sich weltweit zuspitzenden Krise, der zunehmenden Gefahr von reaktionären Raubkriegen und großen imperialistischen Kriegen, diesem ganzen System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und der anderen Werktätigen beruht, den Krieg zu erklären. Wir müssen uns selbst und andere auf einen langen Kampf einstellen, in dem vor allem eine tiefgehende Änderung, die revolutionäre Veränderung, der Kampf für eine gesellschaftliche Umwälzung, der Kampf für eine wirklich sozialistische Revolution, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder, Seite an Seite mit den "Verdammten dieser Erde" klares Ziel ist!

### Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

## Ayhan Öztürk gab die richtige Antwort auf den Nazi-Terror!

Am Abend des 16. November 1990 war Ayhan Öztürk in der S-Bahn in Ostberlin von mehreren Neonazis überfallen worden. "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" brüllend, hatten sie die S-Bahn bestiegen und Ayhan und seine Begleiter angepöbelt. Doch der 22jährige Kraftfahrer aus der Türkei ließ sich nicht einschüchtern und bot den Neonazis Paroli. Daraufhin stürzten sich die Neonazis auf ihn. Einer von ihnen richtete eine Pistole auf Ayhan und drohte: "Ich knall dich ab. Scheißtürke!"

Derart in Bedrängnis geraten, wehrte sich Ayhan Öztürk mit seinem Messer. Drei Neonazis wurden verletzt, ihr Angriff abgewehrt! Einer der drei, René Gruber, Mitglied der "Reps", erlag seinen Verletzungen. Die Rechnung der Rassisten war nicht aufgegangen!

### Solidarität mit Ayhan Öztürk!

**Letzte Meldung: Ayhan Öztürk mußte von dem Gericht freigesprochen werden!**

Vier Monate saß er in Untersuchungshaft, jetzt steht Ayhan Öztürk vor Gericht. Am Dienstag, dem 8. Oktober 1991 wurde vor der 28. Strafkammer des Kriminalgerichts Moabit jedoch nicht Anklage erhoben gegen neonazistische Überfälle, gegen deutschen Nationalismus und Rassismus. Vor die Schranken des Gerichts gezerrt wurde Ayhan Öztürk, der sich mutig und entschlossen gewehrt und uns allen ein Beispiel gegeben hat! Er wird angeklagt des Totschlags und des versuchten Totschlags in zwei weiteren Fällen!

Am ersten Prozeßtag versammelten sich mehrere hundert Demonstranten vor dem Gericht in Westberlin. "Freiheit für Ayhan" forderten sie, auf Transparenten drückten sie ihre Sympathie mit dem Angeklagten aus: "Ayhan hat das Richtige getan".



## Eine berechtigte Kritik am Flugblatt von "Gegen die Strömung" vom Mai 1991

Am Flugblatt von "Gegen die Strömung" vom Mai 1991 gab es eine berechtigte Kritik, die im hier abgedruckten Flugblatt "Pogrome" vom Oktober 1991 berücksichtigt wurde.

*In dem Flugblatt wird die "pseudolinke Variante des Chauvinismus" gegenüber den aus den Ländern Osteuropas kommenden arbeitssuchenden Massen richtig bekämpft.*

*Folgende Passage halte ich jedoch für problematisch:*

*"...alle wirklich klassenbewußten Arbeiter in Westdeutschland, die hier schon lange - egal welche Nationalität sie haben, aus welchen Ländern sie kamen - arbeiten, werden sich der Aufgabe stellen, die Kolleginnen und Kollegen aus den zurückgebliebenen Ländern - vor allem Osteuropas - aufzuklären und im gemeinsamen Kampf zu organisieren.*

*Es ist eben eine ganz andere Herausforderung, wenn breite, überwiegend reaktionär eingestellte Massen auf der Suche nach Arbeit nach Westdeutschland kommen, aus Ländern, in denen angesichts der revisionistischen Verhältnisse so gut wie gar kein gewerkschaftlich organisierter Kampf, von wirklichen Klassenkämpfen gegen die 'neue' Bourgeoisie ganz zu schweigen, stattgefunden hat."*

*Die beiden Absätze enthalten einen wesentlichen Mangel, eine Verkürzung, die nicht unkommentiert bleiben soll:*

*Da nicht konkret über den Stand der Klassenkämpfe in Westdeutschland gesprochen wird - ein folgenschwerer Mangel - wird nicht klar, daß die "wirklich klassenbewußten Kollegen" eine sehr kleine Minderheit darstellen.*

### Antwort der Redaktion

Die Kritik erscheint uns voll und ganz richtig.

Wir haben uns bemüht, die von Dir zitierte Passage (wie auch einige andere Stellen) bei der Überarbeitung zu korrigieren.

Deine Kritik zeigt, wie dringend notwendig und unverzichtbar es ist, daß unsere Flugblätter **sehr kritisch** gelesen und diskutiert werden und uns die

*Wenn dies aber nicht klar und bewußt ist, kann - trotz bester Absichten - es so herauskommen, als sei die Mehrheit etwa der rumänischen oder polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter rückständiger als die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem deutschen Paß.*

*Dies ist eben nicht wahr. Gewiß gibt es durch die jeweiligen anderen Erfahrungsbereiche andere Formen, wie sich reaktionäre Ideen in den Köpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus diesen oder jenen Ländern zeigen. Doch die Vorstellung, daß im großen und ganzen die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter "fortschrittlicher" seien als etwa die aus Polen oder Ungarn, oder daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland qualitativ fortgeschrittener sei als etwa in osteuropäischen Ländern, stimmt ganz gewiß nicht.*

*Um es klarzustellen: Das wird auch in Eurem Flugblatt nicht behauptet, aber die beiden von mir zitierten Passagen klären diese Frage wirklich nicht, bzw. weisen gar in eine falsche Richtung.*

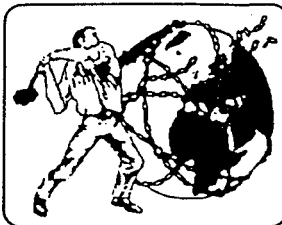
*Ich hoffe, daß in dem angekündigten Artikel "Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus" dieser Fragenkomplex genauer behandelt und der Fehler beseitigt wird.*

Kritik (möglichst in Form von Leserbriefen) mitgeteilt wird, damit wir im nächsten Flugblatt oder in einer Nummer die Fehler diskutieren und beseitigen können.

In diesem Sinne vielen Dank für Deinen Leserbrief.

Redaktion "Gegen die Strömung", 21.9.1991

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

1/94

Januar 1994

Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben!

## ***Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!***

Es ist eine unerläßliche Aufgabe, die sich allen Organisationen mit einem demokratischen und revolutionären Anspruch stellt, das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen auf dem Gebiet Westdeutschlands, Westberlins und der Ex-DDR zu bekämpfen, die kurdischen Genossinnen und Genossen in ihrem Kampf dagegen so wirkungsvoll wie möglich zu unterstützen.

Denn es ist in erster Linie ein Erfordernis der Solidarität, eine moralische Verpflichtung, allen unterdrückten Völkern und damit natürlich auch dem auf dem heutigen offiziellen Staatsgebiet der Türkei lebenden Teil des kurdischen Volkes im gerechten Kampf für das Recht auf staatliche Lostrennung, auf eigene staatliche Existenz größtmögliche Unterstützung zu gewähren.

Zudem ist es eine direkte Verpflichtung für alle west/deutschen Organisationen im Kampf gegen den "eigenen", den west/deutschen Imperialismus in zweifacher Hinsicht:

■ Immer deutlicher zeigt sich die faschistische Fratze des türkischen Regimes, das sich nicht davor scheut, tagtäglich Massaker an der kurdischen Bevölkerung zu verüben und auch noch die letzten Reste legaler Möglichkeiten des Kampfes einzuschränken.

Es wäre völlig falsch, den west/deutschen Imperialismus dabei lediglich als "Komplizen" hinzustellen, der das faschistische Regime in der Türkei "duldet".

Denn der west/deutsche Imperialismus ist vielmehr eine, wenn nicht sogar die entscheidende imperialistische Großmacht, die die Fäden in der Hand hält, die das faschistische Regime in der Türkei unterstützt, berät, finanziert, mit Waffen versorgt und es gleichzeitig im Status einer Halbkolonie hält. Es ist das faschistische Regime in der Türkei, das vom west/deutschen Imperialismus abhängig ist - und nicht etwa umgekehrt.

Daher bedeutet der Kampf, den die Kurdinnen und Kurden gegen den türkischen Staat führen, eine direkte Unterstützung für den Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus!

■ Darüberhinaus nehmen die kurdischen Genossinnen und Genossen hier mit ihrem Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparats des west/deutschen Imperialismus eine herausragende Rolle ein: Mit großer Entschlossenheit mobilisieren sie ihre Kräfte gegen das Verbot kurdischer Organisationen und sind in dieser Hinsicht Vorreiter im Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus. Die kurdischen Genossinnen und Genossen in diesem Kampf sich selbst zu überlassen, wäre schlichtweg Verrat am proletarischen Internationalismus und am Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang natürlich auch, daß sich diese Verbote indirekt selbstverständlich nicht nur gegen die kurdischen

***Solidarität mit den fünf inhaftierten kurdischen und türkischen Antifaschistinnen und Antifaschisten!***

Im November 1992 holte der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus zu einem neuen Schlag gegen anti-nazistische Kräfte aus. Diesmal gegen organisierte, vor allem kurdische und türkische Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Westberlin. Es folgte eine Welle von Observierungen, Vorladungen, Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Bis jetzt wurden Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahretin verhaftet. Sie sind verschärften Haftbedingungen ausgesetzt. Fatma ist beispielsweise 23 Stunden am Tag isoliert, und allen fünf wird die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen verwehrt. Darüberhinaus stehen noch mindestens fünf Haftbefehle aus. Gegen eine unbekannte Zahl weiterer Antifaschisten wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ein ähnlicher Fall wird gerade in Hamburg verhandelt.

Das politische Kalkül des west/deutschen Staatsapparats zur Einschüchterung und Verfolgung der antifaschistischen Kräfte wird schon allein im Vorgehen der Polizei offensichtlich: Fatma wurde bei der Hausdurchsuchung eine Pistole an den Kopf gehalten, den Eltern eines Gesuchten wurde unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ihr Sohn erschossen würde, falls er bei seiner Festnahme Widerstand leistete. Ein Taschenmesser genügte schon ...

Vorwand für die Verfolgungswelle ist der Tod des Nazi-Funktionärs der "Deutschen Liga", Gerhard Kaindl, der im April 1992 erstochen wurde, als er sich in einem westberliner Restaurant mit Funktionären verschiedener Nazi-Organisationen traf.

Der "Fall Kaindl" ist auch ein weiteres Lehrstück für die Komplizenschaft des west/deutschen Staatsapparats mit den Nazi-Banden. Schon vor über einem Jahr, im Herbst 1992, konnte die Nazi-Zeitung "Deutsche Rundschau" (Nr. 10/92) berichten, "sämtliche acht Täter" seien ermittelt, auch deren Namen und Anschriften seien bekannt. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß einem bei dem Treffen mit Kaindl anwesenden Nazi während eines Verhörs durch die Staatsschutzbehörden Namen und andere persönliche Daten der Beschuldigten übermittelt worden waren.

Welches Ziel verfolgt der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus mit dieser Aktion? Zunächst einmal geht es ganz konkret um die Zerschlagung organisierter antifaschistischer Strukturen. Gleichzeitig soll an einigen engagierten Antifaschistinnen und Antifaschisten ein Exempel statuiert werden, um die antinazistischen Kräfte insgesamt einzuschüchtern und von einem entschlossenen Kampf gegen die Nazis abzuhalten.

***Unterstützt und solidarisiert Euch mit den fünf inhaftierten Antifaschisten und Antifaschistinnen!***

***Ihre Anschrift:***

Erster Umschlag an Staatsanwaltschaft Berlin, z.H. StA Nielsen, Az.: 1 Kap Js 679/92, Turmstr. 91, 10548 Westberlin. Zweiter Umschlag:

Abidin Eraslan, BuchNr. 5455/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12 a, 10559 Westberlin;  
 Mehmet Ramme, BuchNr. 5436/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Westberlin;  
 Fatma Balamir, BuchNr. 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Ölbricht-Damm 17, 13627 Westberlin;  
 Erkan Sönmez, BuchNr. 121493-2, JVA Tegel, Psychiatrisch-Neurologische Abteilung, Seidelstr. 39, 13507 Westberlin;  
 Bahretin Yoldas, Jugendstrafanstalt Plötzensee, Friedrich-Ölbricht-Damm 40, 13627 Westberlin

Organisationen richten. Denn sie stellen im Grunde eine Drohung an alle in West/Deutschland kämpfenden revolutionären oder demokratischen Organisationen - gleich welcher Nationalität - dar.

Nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956, dem Verbot von GUPS und GUPA (der Organisationen palästinensischer Studenten und Arbeiter) 1974 sowie dem 1983 erlassenen Verbot von DEV SOL und HALK DER (Arbeiterorganisationen aus der Türkei) markiert das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen einen neuen Einschnitt bei der immer weiteren Einschränkung noch verbliebener demokratischer Rechte in West/Deutschland.

Aus diesem Grund muß sich jede demokratische und revolutionäre Organisation darüber im klaren sein, daß sie jederzeit selbst von einem Verbot bedroht ist. Andererseits wäre es ein Sieg auch für ihre Arbeit, wenn es gelänge, das Verbot der kurdischen Organisationen rückgängig zu machen.

## **Ursachen für die fehlende Zusammenarbeit demokratischer und revolutionärer Organisationen**

Es nützt wenig, nur zu appellieren oder sogar bloß darüber zu jammern, daß die demokratischen und revolutionären Organisationen verschiedenster Nationalitäten doch eigentlich viel enger und solidarischer zusammenarbeiten müßten.

Unserer Meinung nach ist die wichtigste Ursache der weltweite Niedergang revolutionärer, kommunistischer Organisationen und damit einhergehend die nahezu vollständige Preisgabe der Zusammenarbeit kommunistischer Kräfte auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus.

Aber diese Begründung allein greift zu kurz. Die Wurzel hierfür liegt im allzu oft unterschätzten Einfluß der revisionistischen Kräfte, ihrer auf Reformismus und Nationalismus ausgerichteten Theorie und Praxis.

Die fehlende Atmosphäre einer solidarischen gegenseitigen Kritik und Selbstkritik, einer öffentlichen Polemik um alle wesentlichen Fragen prinzipieller und aktueller Art bereitet den Boden dafür, daß vorhandene Schwächen und Fehler, sowohl kleine als auch schwerwiegende, nicht beseitigt, sondern kultiviert wurden.

Damit waren die Weichen gestellt für eine Entwicklung, in der die imperialistischen und reaktionären Kräfte der ganzen Welt ihre altbekannte Taktik des "Teile und herrsche" - vor allem durch das Gift des Nationalismus - durchsetzen konnten.

Opportunismus und Revisionismus haben vor allem dann Hochkonjunktur, wenn die revolutionären, kommunistischen Organisationen durch faschistische Schläge dezimiert werden, wie es weitgehend im Iran, in Afghanistan und in der Türkei der Fall war.

Dem Terror der Reaktion und dem Gift des Revisionismus, dem Gift des Nationalismus konsequent widerstehen können eben nur starke kommunistische Organisationen, wirklich kommunistische Parteien. Die proletarisch-internationalistische Einheit der kommunistischen Weltbewegung bietet gleichzeitig die sicherste Garantie für die Zusammenarbeit demokratischer und revolutionärer Organisationen.

Daher stehen alle kommunistischen Kräfte der ganzen Welt vor der grundlegenden Aufgabe, die Kommunistische Partei im Kampf für die Schaffung einer wirklich solidarischen kommunistischen Weltbewegung aufzubauen. Nur wenn es gelingt, eine weltweite Einheit der kommunistischen Kräfte zu schmieden, eine Einheit der Kräfte, die an der Spitze der Arbeiterklasse und der breiten Masse der anderen Werktätigen stehen, - nur dann wird es möglich sein, dem Druck des Weltimperialismus standzuhalten, ihm entgegenzutreten, ihn zu bekämpfen und zu besiegen.

Hier sehen wir den Ansatzpunkt für unsere Arbeit. Dies ist eine sehr große, langfristig gestellte Aufgabe.

Doch eins ist klar: Es ist falsch, die Arbeit an der Einheit der demokratischen und revolutionären Kräfte unter Berufung auf die augenblickliche "desolate" Situation für unmöglich zu erklären.

## **Gegenseitige Unterstützung und öffentliche Kritik schließen einander nicht aus!**

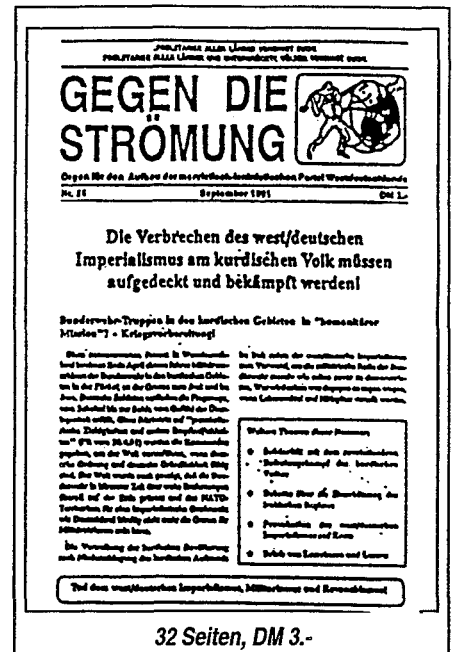
Auch heute schon ist es möglich und notwendig, daß die revolutionären Kräfte sich gegenseitig praktisch unterstützen und zusammenarbeiten - angefangen beim Vertrieb von Plakaten und Publikationen bis zur logistischen Unterstützung auf sämtlichen organisatorischen Gebieten. Diese Zusammenarbeit gilt es jedoch zu verbinden mit einer öffentlichen Diskussion über die existierenden ideologischen und politischen Widersprüche.

Es gibt die ganz falsche Vorstellung, daß gerade dann, wenn der Feind zuschlägt, öffentliche Polemik und Kritik "unsolidarisch" sei. Wir sagen bewußt "ganz falsche Vorstellung", denn dahinter steckt doch die Auffassung, Kritik sei nicht ein Ausdruck von Solidarität, sondern von Feindseligkeit.

Wir sind da völlig anderer Meinung. Wir wissen, daß die zutiefst demokratische Idee der gegenseitigen Kritik - sowohl zwischen als auch innerhalb der Organisationen - keineswegs im Widerspruch zu den Erfordernissen der praktischen Unterstützung steht. Dies gilt um so mehr unter den Bedingungen eines sich zuspitzenden revolutionären Kampfes, natürlich auch des bewaffneten Kampfes.

Sicherlich muß die **Form**, in der die Kritik abgefaßt wird, das Gewicht des Kritikpunktes und die gegebene Situation berücksichtigen.

Doch wer unter dem Vorwand, im "Kugelhaag des Feindes zu stehen", jede vorgebrachte Kritik als Werk des Feindes diffamiert, erweist sich selbst keinen guten Dienst, disqualifiziert sich als



revolutionäre Kraft. Wer so versucht, Kritiken abzuwürgen, gerät auf die schiefe Bahn des Bürokratismus und revisionistischen Funktionärstums, wird unweigerlich die revolutionäre Initiative auch der eigenen Genossinnen und Genossen lähmen. Was zum Schluß dabei herauskommt, ist der Verrat der Ideale der sozialistischen Demokratie und der Diktatur des Proletariats, ja sogar die Preisgabe des revolutionären Kampfes selbst und die Anbiederung an Teile des Imperialismus.

## **Die Nazi-Morde von Mölln und Solingen**

Die vom Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus betriebene Hetze etwa gegen Asylsuchende und andere hier lebende und arbeitende Menschen verschiedenster Nationalitäten schuf eine Atmosphäre, in der neonazistische Organisationen ungehindert Dutzende von Mordtaten durchführen konnten.

Die Morde von Mölln und Solingen waren zwei grausame Höhepunkte, die eindeutig in die Verantwortung der nazistischen Brandstifter fallen. Die Hintergründe, die Rolle sowohl des west/deutschen Imperialismus und seines Staatsapparates als auch der nazistischen Banden sind bekannt. Am Beispiel Rostock konnte die Komplizenschaft des west/deutschen Staatsapparates mit den nazistischen Brandstiftern ganz klar bewiesen werden. Unter dem Druck der antifaschistischen Kräfte, vor allem aber der demokratischen Öffentlichkeit der ganzen Welt mußten die Nazi-Mörder von Mölln und Solingen festgenommen werden.

Diese Nazi-Morde hätten beispielsweise auch spanische, kurdische oder eritreanische Familien treffen können - wer will das ernsthaft bestreiten?

Es war wichtig und richtig, daß sich nach Mölln und Solingen Menschen aller Nationalitäten in West/Deutschland, vor allem Jugendliche, zum Protest, auch zum militanten Protest, auf der Straße zusammengeschlossen haben. Damit haben sie sich über die vom Imperialismus und den



## Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften

Im Kampf gegen die braune Pest, gegen die von den west/deutschen Imperialisten betriebene Faschisierung ihres Staatsapparats sehen wir die Zusammenarbeit aller hier kämpfenden demokratischen und revolutionären Organisationen als dringend notwendige Aufgabe an. Es geht um mehr als ein paar unverbindliche Gespräche: gegenseitige Unterstützung, praktische Zusammenarbeit ist angesagt. Eine öffentliche Debatte der vorhandenen Widersprüche ist unserer Meinung nach ein unverzichtbarer Bestandteil einer solchen Zusammenarbeit.

In der Vergangenheit gab es bereits erste Ansätze dazu. So haben uns Freundinnen und Freunde des "Kur-

distan-Komitees" Köln eine Kritik an unserem Flugblatt zum Golfkrieg vom Januar 1991 ("Statt 'nationaler Opfer' und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei - Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus") zugesandt, die wir im wesentlichen für berechtigt hielten. Wenn in der Ausgabe 59/60 vom Juni/Juli 1993 der Zeitschrift "Kurdistan Report" im Editorial erklärt wird, daß die Herausgeber *"immer für Kritik offenstehen und diese begrüßen"*, und gleichzeitig eine uns ganz falsch erscheinende Erklärung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) abgedruckt wird, greifen wir diese Aufforderung nun gerne auf.

### Eine grundlegend falsche Stellungnahme der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen

Dem Nazi-Mordanschlag von Solingen sind türkische Frauen und Kinder zum Opfer gefallen; er hätte ebenso auch eine spanische, kurdische oder eritreanische Familie treffen können.

Die Nazi-Mordbrenner machen da keinen Unterschied. Zur "Beruhigung" der antifaschistischen Kräfte in West/Deutschland und vor allem der demokratischen Öffentlichkeit der ganzen Welt war der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus zum Handeln gezwungen: Verhaftet wurden der 23jährige Markus G., erwiesenermaßen Mitglied der Nazi-Partei "DVU", der 20jährige Christian B. und zwei Sechzehnjährige. Drei der Verhafteten waren Mitglied einer Solinger Kampfsportschule, die Bernd Schmitt von der Nazi-Partei "Deutsche Liga" leitete.

Die Nazi-Banden aus Solingen und Umgebung sind den Antifaschisten dieser Region - seien sie kurdischer, türkischer, deutscher oder anderer Nationalität - gut bekannt. Völlig unbehelligt von der Polizei konnten sie jahrelang ihre Nazi-Propaganda betreiben und Überfälle durchführen. Der Grillplatz der Parkanlage "Bärenloch" hinter dem Haus der türkischen Familie Genç diente ihnen als Treffpunkt. Dort wurden auch mal Schießübungen ab-

gehalten oder die Reichskriegsflagge gehißt. Und dorthinterließen die Nazi-Mörder als "Visitenkarte" ein in den Sand gezeichnetes Hakenkreuz.

Angesichts der Fülle von Tatsachen über die Vorbereitung und Durchführung der Nazi-Morde von Solingen schadet die ERNK den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften, wenn sie in der Nummer 59/60 der Zeitschrift "Kurdistan Report" eine Erklärung zum Brandanschlag in Solingen abgibt, in der es heißt:

*"Wir haben keine konkreten Beweise bezüglich der Täter dieses Mordes, aber wenn wir einige Aspekte und den zeitlichen Zusammenhang betrachten, kommen wir zu dem Schluß, daß hinter dem Ganzen ein Komplott steckt. Die Fäden dieses Komplotts reichen bis hin zum türkischen Staat."*

Mit dieser Erklärung hat die ERNK der Sache der gegen die Nazis kämpfenden Kräfte mehr als geschadet, denn

- im Grunde werden die gegen die westdeutschen Nazis vorliegenden Beweise von der ERNK in Zweifel gezogen und
- die ERNK selbst verbreitet nur Gerüchte, die letztendlich die westdeutschen Nazis entlasten, ohne ihrerseits auch nur einen einzigen Beweis vorzulegen.

Die richtige Feststellung, daß der türkische Staat durchaus nicht davor zurückschreckt, Morde an Frauen und Kindern zu begehen - er tut dies ja

tagtäglich -, ist ja keineswegs ein "Beweis" dafür, daß der türkische Staat den Anschlag in Solingen veranlaßt oder durchgeführt hat.

Um die Absurdität dieser "Beweisführung" zu verdeutlichen, ein anderes Beispiel: Wir trauen auch Angehörigen der GSG 9 oder der Bundeswehr Morde an Frauen und Kindern zu, und trotzdem behaupten wir nicht, daß sie die Häuser in Mölln und Solingen angezündet, diese türkische Familie verbrannt haben.

Wollen wir damit etwa die Bundeswehr "in Schutz nehmen"? Haben wir deswegen "Illusionen" in den Charakter der GSG 9? Diese Unterstellung wäre absurd. Hier geht es nicht darum, den Repressionsorganen des Staatsapparats etwas zuzutrauen, sondern schlicht und einfach um Tatsachen und Beweise.

Die Opfer von Solingen und Mölln wurden nicht von der GSG 9, nicht von der Bundeswehr und auch nicht vom türkischen Staat umgebracht. Die Mörder sind westdeutsche Nazis.

Ganz abgesehen von diesem konkreten Fall halten wir es generell für sehr gefährlich, wenn sich eine revolutionäre Organisation der unseriösen Methode einer angeblichen "Beweisführung", der *Behauptungen ohne Beweise*, bedient und sie für zulässig hält. Wenn die Kraft von Fakten nichts mehr gilt, wenn Behauptungen - ohne Belege in der Hand - aufgestellt werden,

dann wird sich diese Methode der unbewiesenen Behauptungen und Verleumdungen auch in den Auseinandersetzungen der revolutionären Kräfte untereinander und im innerorganisatorischen Kampf einschleichen.

### Eine durch und durch falsche Begründung

In der Erklärung der ERNK wird behauptet:

*"Die Morde an der türkischen Familie in Solingen versetzten den türkischen Staat in die Position eines armen und unschuldigen Staates."*

Diese Feststellung ist durch und durch falsch. Die ERNK verwechselt hier ganz offensichtlich die Realität mit den Absichten des türkischen Staates.

Was soll denn der Lügenpropaganda des türkischen Staates, der tagtäglich die kurdische Bevölkerung massakriert, Glaubwürdigkeit verschaffen? Selbst der Angriff einer imperialistischen Großmacht auf die vom Imperialismus abhängige Türkei würde seine Mordtaten nicht verdecken können, so sehr dann auch der türkische Chauvinismus hochgepeitscht würde.

Es ist richtig, daß der türkische Staat nicht ohne gewissen Erfolg versucht hat, aus dem Anschlag in Solingen

politisches Kapital zu schlagen. **Unser gemeinsame Aufgabe ist es, dies zu verhindern!** Unsere gemeinsame Aufgabe ist es bewußt zu machen, daß in Mölln und Solingen türkische Familien eben aufgrund nazistischer und rassistischer Motive ermordet wurden.

Die nationalistische und faschistische Fratze des türkischen Staates kommt in seinem Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung, aber auch gegen Widerstandsaktionen der türkischen Werktätigen immer deutlicher zum Vorschein. Es ist nichts als Lüge und pure Heuchelei, wenn er sich nun als "arm und unschuldig" verkaufen will. Gerade das kann und muß auch im Kampf - und nicht durch den Verzicht auf den Kampf - gegen die deutsch-nazistischen Mordbrenner herausgestellt werden!

### "... zum größten Teil der türkische Staat..."

In der Erklärung der ERNK heißt es weiter:

*"Wir haben uns an den meisten Demonstrationen, die in verschiedenen Städten in der BRD nach dem Mord von Solingen gemacht wurden, nicht beteiligt, weil, wenn auch nicht immer, zum größten Teil der türkische Staat und Faschisten hinter diesen Demonstrationen steckten."*

### Neuerscheinung:

## Zu den Nazi-Morden in Solingen

ca. 30 Seiten, DM 3.-

*Sonderausgabe des Pressespiegels: "Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!"*

*Zu bestellen bei:  
Buchladen Georgi Dimitroff,  
Koblenzer Str. 4,  
60327 Frankfurt/Main*

Diese Einschätzung ist falsch. Aber nicht nur das, sie ist auch ungerecht, sie ist eine Beleidigung für den aktiven demokratischen Kampf, den Zehntausende von Jugendlichen, Arbeiterinnen und Arbeitern verschiedenster Nationalität geführt haben. Dieser Kampf richtete sich sowohl gegen die Nazi-Mörder, gegen den dahinter stehenden Staat des west/deutschen Imperialismus mit seinen "Empörung" heuchelnden Repräsentanten als auch gegen die Anwesenheit türkischer Faschisten auf den Demonstrationen gegen die Nazi-Pest.

Die Genossinnen und Genossen aus dem Iran, aus Afghanistan und vielen

## Dokumentation: Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen

### Die Einschätzung der ERNK zu den faschistisch-rassistischen Angriffen in Deutschland

Der Brandanschlag von Solingen veränderte die deutsche Tagesordnung auf einen Schlag. Jeder bewertet und kommentiert das Ereignis auf seine eigene Weise. Und einige, vor allem der türkische und der deutsche Staat, versuchen, von der Sache abzulenken und alles in von ihnen gewünschte Bahnen zu kanalisieren.

Wir KurdInnen sind von solchen rassistischen Angriffen am meisten betroffen, weil wir ein Volk sind, das tagtäglich aggressiver nationaler und kultureller Unterdrückung ausgesetzt ist. KurdInnen erleben sowohl in Kurdistan als auch in den türkischen Metropolen rassistische Angriffe hautnah am eigenen Leib.

Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) bewertet das Massaker von Solingen und die rassistisch-faschistischen Angriffe in der BRD ganz anders, weil durch eine emotionale Sichtweise wichtige Aspekte der Tat verschleiert werden, die jedoch für eine realistische Bewertung des Ereignisses notwendig sind.

Erstens: Der Brandanschlag von Solingen war ein Ablenkungsmanöver, das dem kurdischen Volk großen Schaden zufügte. Wir haben keine konkreten Beweise bezüglich der Täter dieses Mordes, aber wenn wir einige Aspekte und den zeitlichen Zusammenhang betrachten, kommen wir zu dem Schluß, daß hinter dem Ganzen ein Komplott steckt. Die Fäden dieses dunklen Komplotts reichen bis hin zum türkischen Staat.

Der von der PKK proklamierte Waffenstillstand und Aufruf zu einer politischen Lösung brachte die türkische Politik in eine sehr bedrückte Lage. Das Zusammenkommen und die Demonstration von 120.000 KurdInnen am 29. Mai in Bonn war dazu geeignet große Entwicklungen zu schaffen und sollte vor allem die Botschaft vermitteln, daß die KurdInnen hinter ihren Forderungen nach Freiheit und Demokratie stehen. Das bedrohte für die TR einen Prestigeverlust. Der türkische Staat benutzte den Mord von Solingen, um diese Entwicklungen zu überschatten

und die Öffentlichkeit davon abzulenken. Möglicherweise ist er gar selbst darin verwickelt. Vielleicht meinen manche, daß wir die TR zu unrecht beschuldigen. Da wir jedoch den Charakter dieses Staates ganz genau kennen, erscheint uns eine solche Möglichkeit nicht als unlogisch. Der türkische Staat ist durchaus in der Lage, eine solche Wahnsinn-Tat zu begehen, um das psychologische Klima zu seinen Gunsten zu wandeln.

Die Morde an der türkischen Familie in Solingen versetzten den türkischen Staat in die Position eines armen und unschuldigen Staates. Er benutzte den Mord dazu, die Kritik aus dem Ausland an ihm unter den Teppich zu kehren. Das Regime, das in Kurdistan jeden Tag bis zu 50 KurdInnen grausam ermordet, stellt sich nun in der internationalen Öffentlichkeit als Unschuldslamm dar und versucht auf diese Weise seine eigenen Verbrechen zu vertuschen. Dieses Regime begeht in den Städten der Westtürkei die gleichen rassistischen Angriffe gegen die kurdische Bevöl-

kerung wie die Neonazis in der BRD gegen die nichtdeutsche Bevölkerung. Vor allem Soldaten und Polizisten führen in diesen Städten nationalistische Demonstrationen mit türkischen Fahnen durch.

Letztes Jahr wurden in Orten am türkischen Mittelmeer wie Alanya, Fethiye und in Izmir Wohnhäuser und Geschäfte von KurdInnen angezündet. Viele Städte haben Zugangsbeschränkungen für kurdische Familien erlassen. Es werden Drohgebülden verteilt und Plakate aufgehängt mit Inhalten wie "Gebt den Kurden kein Mädchen. Kauft nicht bei Kurden".

Zweitens: Daß es in Deutschland Ausländerfeindlichkeit und rassistisch-faschistische Angriffe gibt, ist eine Realität. Die Ursache dafür ist das heutige System in Deutschland selbst. In der europäischen Gesellschaft herrscht eine ökonomische Krise. Das beeinflusst sowohl die hochrangigen Politiker, als auch die einfachen Leute. Die Skandale, vor allem in Italien, die Rücktritte von Parteivorsitzenden und Ministern oder der Selbstmord des ehemaligen Ministerpräsidenten von Frankreich sind nur einige Anzeichen dieser Krise in den letzten Monaten. Sie zieht Folgen für die Gesellschaft mit sich und führt zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit

und der sozialen Kosten. Um von ihr abzulenken, sind Sündenböcke nötig, die am leichtesten in den Ausländern gefunden werden können. Denn ihre Haarfarbe macht sie erkennbar in der deutschen Gesellschaft, wohingegen die Bosse in den Skylines oder die Politiker unsichtbar bleiben.

Drittens: Ausländerfeindlichkeit und Rassismus hat zwei Seiten, eine deutsche und eine türkische, die beide gleichermaßen bekämpft werden müssen. Wenn es sich auch dem Anschein nach um Gegenströmungen handelt, so sind sie im Grunde identisch, weil die Ideale, auf die sie sich stützen, identisch sind und sich ergänzen. Unserer Meinung nach stehen die türkischen Faschisten den deutschen in ihrer Gefährlichkeit in keiner Weise nach. Beide verfolgen unmenschliche Utopien. In Deutschland existiert eine vom türkischen Staat organisierte Gegenfront. Der türkische Staat ist in Deutschland wie ein eigener Staat organisiert. Die türkische Botschaft, ihre Konsulate, Moscheen, Vereine und alle in Frankfurt erscheinenden türkischen Zeitungen sind Teile ihres eigenen Organismus. Nach dem Mord von Solingen wurden sie alle mobilisiert. Die TürkInnen werden auf der Basis von Menschenfeindlichkeit erzogen. In den Moscheen wird

anderen Ländern, die Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedenster Nationalität, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler... sie waren es, die diese Demonstrationen "zum größten Teil" organisiert und durchgeführt hatten.

Und was macht die ERNK? Sie erklärt sich zum konkreten Anlaß Solingen nicht mit ihnen solidarisch. Sie lehnt es ab anzuerkennen, daß all die protestierenden Menschen den türkischen Faschisten eben nicht das Feld überließen, sondern sie verjagt haben, wie beispielsweise auf der Demonstration in Frankfurt. Sie korrigiert nicht selbstkritisch die eigene Fehleinschätzung zur Nichtbeteiligung an den Demonstrationen. Stattdessen versteift sich die ERNK in ihrer Erklärung ein zweites Mal auf eine Einschätzung, die an der Realität eindeutig vorbeigeht. Damit untergräbt sie ihr Ansehen bei den demokratischen und revolutionären Kräften in West/Deutschland. Eine wirkliche Selbstkritik ist hier nötig.

Eine solche Fehleinschätzung der Lage, eine solche unkritische Haltung sich selbst gegenüber ist für eine revolutionäre Organisation eine tödliche Gefahr. Nichts ist gefährlicher für einen revolutionären Befreiungskampf als Uneinsichtigkeit und das Beharren auf den eigenen Fehlern.

Die ERNK behauptet in ihrer Erklärung:

### **Stalin zu den unterschiedlichen Schwerpunkten der internationalistischen Erziehung der Arbeiterinnen und Arbeiter einer Unterdrückernation und einer unterdrückten Nation**

"Daher die Notwendigkeit eines hartnäckigen, ununterbrochenen Kampfes gegen den Großmachtchauvinismus der 'Sozialisten' der herrschenden Nationen ..., die nicht gewillt sind, gegen ihre eigenen imperialistischen Regierungen zu kämpfen, nicht gewillt sind, den Kampf der unterdrückten Völker 'ihrer' Kolonien für die Befreiung von der Unterdrückung und für die staatliche Lostrennung zu unterstützen.

...Daher die Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Abgeschlossenheit, Beschränktheit und Isoliertheit der Sozialisten der unterdrückten Länder, die nicht über ihren nationalen Kirchturm hinaussehen wollen und den Zusammenhang zwischen der Befreiungsbewegung ihres Landes und der proletarischen Bewegung der herrschenden Ländern nicht begreifen."

(J. W. Stalin, "Über die Grundlagen des Leninismus", SW 6, S. 129/130)

*"Dem kurdischen Volk ist Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus fremd."*

Was heißt "dem kurdischen Volk ist Nationalismus fremd"? Jeder Kurde, jede Kurdin mit einer selbstkritischen Herangehensweise an das eigene Volk weiß, daß diese nationalstatische Übertreibung nicht der Realität entspricht. Gerade eine jahrhundertlang unterdrückte Nation entwickelt zwangsläufig eine politisch in der Hauptsache gerechte nationale Bewegung, die aber die ideologische Gefahr des Nationalismus in sich birgt.

Es gibt auf der ganzen Welt kein Volk einer unterdrückten Nation, das nicht von dieser Gefahr, vom Nationalismus in den eigenen Reihen, bedroht ist. Und das aus zwei Gründen:

- Erstens weil auf dem umkämpften - oder bereits befreiten - Gebiet fast immer auch Angehörige anderer Nationalitäten leben, die dort eine Minderheit bilden und oft noch schärferer Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt sind. Mit ihnen muß ein Kampfbündnis geschmiedet werden

(aus: "Kurdistan Report", Nr. 59/60, Juni/Juli 93, S. 15/16)

eine Erziehung im Sinne einer türkisch-islamischen Synthese betrieben, die türkischen Zeitungen lobten dem türkischen Nationalismus in ihren Schlagzeilen in den Himmel und betrieben hetzerischen Schwindejournalismus.

Vierens: Der türkische Staat machte aus dem Mord von Solingen eine rassistisch-faschistische Show. Er inszenierte Kundgebungen mit türkischen Fahnen, genauso wie sie in der Türkei stattfinden. Die Beschweigung, die manche vorbringen, das wäre nur ein kleiner Teil, das wären nur die Großen Wölfe gewesen, ist eine Fehleinschätzung, denn die rassistischen Kreise haben eine breite Basis unter den Türken, die sogar bis hin in Kreise reicht, die sich selbst als Linke und Revolutionäre bezeichnen. Auch sie laufen bei diesen Demonstrationen unter türkischen Fahnen mit und rufen die gleichen Parolen wie die türkischen Nationalisten.

Fünftens: Im deutschen Bundestag wurde beim Solingen über die rassistische Ausländerfeindlichkeit und Gegenmaßnahmen diskutiert. Dabei stellten Kohl und die Regierung für die Ausländerfeindlichkeit, die ein Produkt des Systems ist, andere als verantwortlich dar und wiesen am Ende die Schuld auch noch den Auslän-

dern selbst zu. Die deutsche Regierung lenkte die Aufmerksamkeit auf von ihr als extrem bezeichnete ausländische Gruppen und Vereine und versuchte so die wirklich Schuldigen zu schützen. Auf diese Weise vermitteln sie den Eindruck, daß die Ausländer eine Last für die deutsche Gesellschaft geworden seien und ihr Zugang begrenzt werden müsse und ermutigen die deutschen Neonazis. In Deutschland ist somit Ausländerfeindlichkeit ein von der staatlichen Ordnung selbst produzierter Mechanismus.

Sechstens: Wir haben uns an den meisten Demonstrationen, die in verschiedenen Städten der BRD nach dem Mord von Solingen gemacht wurden, nicht beteiligt, weil, wenn auch nicht immer, zum größten Teil der türkische Staat und Faschisten hinter diesen Demonstrationen stecken. Es widerspricht unserem Selbstverständnis unter türkischen Fahnen und gemeinsam mit Faschisten zu laufen. Außerdem wurden bei diesen Demonstrationen bewußt die KurdInnen zur Zielscheibe des Hasses gemacht. Die deutsche Presse wie der türkische Staat versuchten, die Ereignisse nach Solingen fälschlicherweise als kurdisch-türkischen Krieg darzustellen und die PKK damit in Verbindung zu bringen. Der türkische Botschafter Otay Öymen

persönlich und die vom türkischen Staat und türkischen Unternehmern finanzierte Lobby des türkischen Staates, das Türkei Forschungszentrum, dessen Vorsitzender Faruk Sen ist, betreiben beharrlich eine solche Schmutzkampagne. An diesen provokativen Kundgebungen haben sich Anhänger der PKK und der ERNK nicht beteiligt. Das bedeutet natürlich keinesfalls, daß wir Ausländerfeindlichkeit und rassistischen Angriffen gegenüber gleichgültig sind. Wir sind gegen solche Angriffe und für eine Entwicklung der Kultur der Solidarität zwischen den Völkern, um solche Angriffe zu verhindern.

Siebten: Unsere Haltung zur Frage nach einer Lösung dieses Problems ist kurz zusammengefaßt folgende: Die Ausländer, die ihre Länder verlassen, haben Gründe dafür. Das sind die Armut, Unterdrückung und die Gewalt der herrschenden Regime. Darüberhinaus zieht der westliche Kapitalismus aufgrund seines Reichtums diese Menschen in ihrer Not an. Es ist also ein Kampf notwendig, der die sozialen und politischen Ursachen der Flucht beseitigt. Es müssen die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Ländern verbessert werden, damit sie in ihre Ländern leben können. Denn die Auswanderung nach Europa oder in einen anderen Kontinent ist keine Lö-

sung. Die Ungleichheit muß beseitigt werden. Wenn in Bezug auf Kurdistan auch der türkische Staat der klare Verantwortliche für die Migration und Instabilität ist, so ist doch auch der deutsche Staat ebenso dafür verantwortlich. Denn der türkische Staat mordet und vertreibt die Menschen aus Kurdistan auch mit der Militärhilfe, die er vom deutschen Staat bekommt.

Seit 1984 haben acht Millionen KurdInnen ihr Land verlassen und sind in Metropolen in der Türkei oder nach Europa geflüchtet. Wenn die deutsche Unterstützung für den türkischen Staat eingestellt und sein schmutziger Krieg in Kurdistan beendet würde, würde das auch die Flucht der Kurden nach Europa verringern und zu einer Lösung der Frage beitragen. In diesem Zusammenhang sind wir gerade in Bezug auf die KurdInnen in der BRD gegen Projekte, die darauf abzielen, sie in Deutschland zu assimilieren und dauerhaft ansässig zu machen. Unsere Aktivitäten als ERNK konzentrieren sich hauptsächlich auf die Solidarität mit Kurdistan. Unsere darauf ausgerichtete Politik findet die Unterstützung der kurdischen Massen. Für uns war es z. B. ein Erfolg, in Bonn 120.000 Menschen für ein gemeinsames politisches Ziel zu veranlassen, was nicht so leicht ist und viel Mühe kostet.

Diese Orientierung unserer Politik bedeutet natürlich nicht, daß wir den Problemen in der BRD gegenüber gleichgültig sind. Obwohl der Schwerpunkt unserer Aktivitäten auf Kurdistan ausgerichtet ist, wollen wir für die KurdInnen und alle anderen AusländerInnen in Deutschland ein Leben mit gleichen Rechten. Wir stellen uns gegen die Ausländergesetze und die lebensbedrohlichen faschistisch-rassistischen Angriffe. Wir haben uns bisher an verschiedenen Aktivitäten mit dieser Zielsetzung beteiligt und werden das auch in Zukunft tun. Wir sind für die Einheit auf der Basis von Gleichheit und für die Solidarität zwischen den Völkern. Wir schulden unsere Massen in diesem Sinne. Dem kurdischen Volk ist Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus fremd.



*Die seit eineinhalb Jahren unter dem ständigen Terror des faschistischen Regimes in der Türkei erscheinende Zeitung "Özgür Gündem" - gerade vor zwei Wochen wurden wieder zwanzig Mitarbeiter und der Chefredakteur verhaftet - hat in ihrer Ausgabe vom 14. Juni 1993 einen Leserbrief veröffentlicht, den wir im folgenden abdrucken. Dieser Brief, in dem eine Leserin kritisch zur Nichtbeteiligung an den Demonstrationen gegen die Nazi-Morde von Solingen Stellung nimmt, hat uns außerordentlich gut gefallen.*

## "Solingen und die Kurden"

Sagt bitte nicht gleich nach dem Lesen der Überschrift "Schon wieder Solingen?", ohne meinen Brief zu Ende zu lesen.

Der vom Imperialismus zum Leben erweckte Rassismus in Europa mündet in den Brandanschlägen neonazistischer (faschistischer) Gruppen. Man kann sie sicher nicht als isolierte Anschläge einer Gruppe von Lumpen und Halunken betrachten. Der auferstandene Faschismus und Rassismus hat Ursachen, die in der Geschichte liegen, aber das soll nicht Thema dieses Briefes sein.

Auf folgendes will ich hinaus: Die Bourgeoisie in der Türkischen Republik versuchte mit Hilfe der Morde von Solingen, eine Kampagne des türkischen Chauvinismus loszutreten. Anstatt eine richtige Politik zu entwickeln, haben die Kurden diese Kampagne nur benörgelt und auch die türkischen Linken, die die Morde verurteilten, als vom Chauvinismus vergiftet hingestellt.

Den Mord an fünf werktätigen Menschen und unschuldigen Kindern - gleich welcher Nation sie angehören -, die gezwungen sind, sich ihr Brot in der Fremde zu verdienen, muß jeder, der sich als Mensch ansieht, verdammen. Deswegen habe ich keine Zweifel, daß auch die kurdischen Men-

schen diese Morde ohne Berücksichtigung der Nationalität der Ermordeten verurteilen und gegen den menschenverachtenden Faschismus Stellung beziehen werden.

Aber die fünf ermordeten türkischen Menschen mit den Dutzenden Kurden zu vergleichen, die in Kurdistan täglich ermordet werden, und zu sagen: "Warum erhebt Ihr Eure Stimme nicht gegen diese Morde?", das ist keine Politik.

Ja sicher, die türkische chauvinistische Bourgeoisie und die türkischen Faschisten haben versucht, diesen Anschlag zu benutzen für die Verbreitung ihres Rassismus und ihrer Kurdenfeindlichkeit. Etwas anderes konnte man von ihnen ja auch nicht erwarten.

Doch auch das kurdische Volk hat die Aufgabe, gegen den Faschismus zu kämpfen. Die Kurden können nicht sagen: "Uns interessiert nur der Kampf gegen den Kolonialismus" und mehr nicht. Was haben die Kurden für eine politische Kampagne organisiert gegenüber den Versuchen, die Morde von Solingen für die Verbreitung des Chauvinismus zu benutzen? Die Morde wurden genau in einer Zeit verübt, als die Kurden mit ihrer Massenveranstaltung, mit über 120.000 Beteiligten einer riesigen Demonstration für ihre nationale Einheit, jedem, Freund und Feind, ihre Macht demonstrierten. Konnte diese schon vorhandene Macht nicht noch einmal mobilisiert und zu einem Protestzug gegen den Rassismus in allen Ländern und gegen den türkischen Chauvinismus organisiert werden?

Damit könnte man sowohl die von der türkischen Bourgeoisie in Gang gesetzte Welle des Chauvinismus brechen und dezimieren als auch ein noch deutlicheres Zeichen setzen, daß das kurdische Volk ein Feind jeglichen Rassismus und Völkermords und solidarisch mit den unterdrückten Völkern und Menschen ist. Eine solche Politik würde bewirken, daß die vom Gift des Kemalismus oder Chauvinismus angesteckten türkischen Intellektuellen, Demokraten und Menschen auf der Straße zum Nachdenken gebracht werden. Mehr noch: Das wäre ein glänzender Anfang für die Verbrüderung der Völker gegen die Chauvinisten, gegen die grenzverteidigenden Intellektuellen und Demokraten gewesen.

Sollten die Ereignisse in Solingen nicht auch unter diesem Blickwinkel betrachtet werden?

Das ist die Politik, die wir von den kurdischen Intellektuellen, Revolutionären und Patrioten erwarten, damit die Hindernisse für den gemeinsamen Kampf der kurdischen und türkischen Völker gegen Rassismus, gegen Chauvinismus und Völkermord aus dem Weg geräumt und der Grundstein gelegt wird für die Brüderlichkeit der Völker im gemeinsamen Kampf.

Eine solche Politik würde noch mehr erreichen als Nörgelei, Tadel und falsche Vergleiche und würde noch wirkungsvoller sein."

(Eigene Übersetzung aus dem Türkischen)

mit dem Ziel, den gemeinsamen Feind zu vernichten.

- Zweitens ist es darüberhinaus noch um einiges schwieriger, mit den revolutionären demokratischen Kräften der Unterdrückernation, etwa den Angehörigen der türkischen Nation, solidarische Kampfbande herzustellen. Denn das von der herrschenden Klasse verbreitete Gift des Nationalismus zeigt eben auch bei breiten Massen der Werktätigen seine Wirkung.

Anders gesagt: Wenn dem kurdischen Volk der kurdische Nationalis-

mus wirklich "fremd" wäre, müßte die ERNK keinen Kampf dagegen führen, dann wäre natürlich eine solche selbstkritische Herangehensweise überflüssig. Aber genau das ist falsch. Genau das ist eine der Quellen für die falsche Haltung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen.

★ ★ ★

Wir üben diese Kritik im vollen Bewußtsein, daß unsere Aufgabe als westdeutsche Marxisten-Leninisten, als Angehörige einer Unterdrückernation, in Theorie und Praxis vor allem der Kampf gegen den deutschen Groß-

machtchauvinismus ist, der ja nicht nur innerhalb der herrschenden Klasse seine Wirkung entfaltet, sondern auch breite Massen der deutschen Werktätigen verseucht.

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH  
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Beilage zum Flugblatt "Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!" vom Januar 1994



aus Flugblatt 4/92

## Drei weitere Morde der Neonazi-Banden allein im Monat März!

### Die Nazi-Kräfte nicht unterschätzen!

● Der 23-jährige Matthias Knabe wurde in Gifhorn von neonazistischen Skins gejagt, von ihnen niedergeschlagen und dann von einem Auto überfahren. Er starb nach monatelangem Krankenhausaufenthalt am 4. März 1992 an den Folgen dieses Mordüberfalls.

● Ein 18-jähriger Rumäne wurde von 25 neofaschistischen Totschlägern in einer Flüchtlingsunterkunft bei Rostock (EX-DDR) mit Baseballschlägern erschlagen, ermordet.

● Am 19. März 1992 wurde in Flensburg ein älterer Mann, der den faschistischen Ansichten eines Nazis widersprach, zusammengeschlagen und im Hafenbecken ertränkt.

Drei Fälle aus einer Serie von Morden in den letzten Monaten! Die sogenannte "Öffentlichkeit" registriert die Morde kaum oder gar nicht. Die gegen die Neonazis kämp-

fenden Gruppen sind schärfstem Terror durch die Polizei, den westdeutschen Staat ausgesetzt, oft zersplittert und schwach. Der Grad der "Gewöhnung" an Morde der Nazis, die fehlenden militanten und zentral organisierten, zehntausende Personen umfassenden Aktionen gegen diesen mörderischen Nazi-Terror sind ein markantes Zeichen der Schwäche der revolutionären Bewegung in Westdeutschland!

**Eine unserer vorrangigen Aufgaben beim Aufbau einer starken kommunistischen Partei ist es, in praktischer Hinsicht gegen die Nazi-Mörder eine wirkungsvolle antifaschistische Gegenfront aufzubauen!**

aus Flugblatt 6/92

## Mannheim:

### Trotz scharfem Polizeiterror Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt!

In den letzten Wochen und Monaten sind Angriffe von Nazis und verhetzten "deutschen Normalbürgern" auf Asylbewerber, auf Menschen aus anderen Ländern überhaupt, praktisch an der Tagesordnung. In den bürgerlichen Medien wird das unter "ferner liefen" verzeichnet, ja selbst Morde an Asylbewerbern machen kaum noch Schlagzeilen, werden systematisch totgeschwiegen.

#### Schauplatz Mannheim-Schönau:

*"In Mannheim-Schönau herrscht Pogromstimmung. Seit der Unterbringung von 260 Flüchtlingen in der Gendameriekaseme kommt es zu Anfeindungen, die mittlerweile zur Belagerung des Flüchtlingswohnheims eskaliert sind. Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden diese Ereignisse am Vatertag. ... Weiterhin versammeln sich jeden Abend nach Arbeit und Abendbrot SchönauerInnen in Jogginganzügen und Badeschlappen vor der Gendameriekaseme. Weiterhin sperrt die Polizei jeden Abend ab 18.00 Uhr mit Hunden und Pferden alle Straßen um das Lager ab, ohne den Mob aufzulösen. Gegen Solidaritätskundgebungen für die Flüchtlinge, die wir täglich in der Lillienthalstraße organisieren, allerdings geht die Polizei vor. Für die Flüchtlinge bedeutet dies Ausgangssperre, die von der Polizei auch mit Gewalt durchgesetzt wurde und wird."*  
(Aus einem Flugblatt des Antirassistischen Plenums Rhein-Main)

Nachdem bereits eine Woche zuvor eine Demonstration zur Unterstützung der Flüchtlinge mit brutaler Polizeigewalt niedergeknüppelt worden war, fanden die Auseinandersetzungen einen vorläufigen Höhepunkt am vergangenen Wochenende. Für den Samstag war zu einer bundesweiten Solidaritätsdemonstration nach Mannheim-Schönau aufgerufen worden, die vom Oberbürgermeister und vom Verwaltungsgericht verboten wurde.

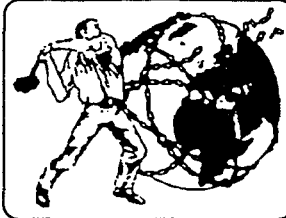
Durchgesetzt werden sollte das Verbot durch einen bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch der Polizei. Über 1000 Polizisten hatten - mit Unterstützung von mit Hubschraubern ausgerüsteten Sondereinsatzkommandos - alle Zufahrtswege nach Mannheim großräumig abgesperrt. Zum Teil wurden die Demonstranten bereits in ihren Abfahrtsorten zurückgehalten, wie in Freiburg. Über 80 PKW aus dem Rhein-Main-Gebiet wurden stundenlang im "Mannheimer Kessel" festgehalten. 189 Demonstranten wurden festgenommen.

Doch trotz allem Polizeiterror fanden mehrere Solidaritätsdemonstrationen mit den Flüchtlingen statt! Über 2500 Antifaschisten gelang es dennoch, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen und gegen die rassistischen Überfälle und ihre Unterstützung durch die west/deutsche Polizei zu demonstrieren!



PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

9/92

September 1992

**Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:**

## DAHINTER STECKT SYSTEM!

Im Machtbereich des west/deutschen Imperialismus reißen nächtliche Überfälle durch organisierte neonazistische Totschläger und Mörder auf Flüchtlingsunterkünfte und auf Unterkünfte von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern nicht ab. Tagtäglich kommt es zu mörderischen Bränden - und das keinesfalls nur auf dem Gebiet der Ex-DDR, sondern auch in Westdeutschland. Dennoch, die Ereignisse in Rostock oder jetzt in Quedlinburg hatten in mehrfacher Hinsicht eine besondere Ausprägung: Deutlicher als je zuvor zeigte die Polizei des west/deutschen Imperialismus, daß sie die Geschäfte der neonazistischen Verbrecher betreibt. Aber deutlicher als bei den nächtlichen Brandanschlägen kleiner Gruppen von Neonazis wurde hier auch, daß Hunderte, ja Tausende von nicht organisierten, aber neonazistisch verhetzten Menschen dem mörderischen Tun der Neonazis Beifall klatschte. Soll man "Verständnis" dafür haben, weil es sich doch um angeblich "normale Bürger" handelt?

### Kein "Verständnis" und keinerlei Zugeständnisse an Biedermänner und Brandstifter!

Es ist wirklich nötig, sich die Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere die Ereignisse von Rostock ungeschminkt und mit allen Konsequenzen vor Augen zu führen: Während in vielen Städten Westdeutschlands und der Ex-DDR nächtliche Anschläge oder Überfälle auf Flüchtlingsheime von einigen Dutzend Tätern bereits auf der Tagesordnung standen - eine Entwicklung die beständig an Umfang und Brutalität zugenommen hat - ergab sich in Rostock schon ein anderes Bild: Mehrere Tage lang bombardierten neonazistische Brandstifter und Totschläger unter dem Jubel und Beifall mehrerer Tausend Anwohner eines Vororts von Rostock ein Flücht-

lingsheim mit Steinen und Brandsätzen. Die Polizei, die stets mit Tausenden von Spezial-Polizisten zur Stelle ist, wenn es gegen antinazistische Kräfte geht, zog sich einfach zurück und überließ dem Nazi-Pack das Feld. Von einer direkten Absprache zwischen Polizeiführung und den führenden Neonazis sprachen nicht nur die Antifaschisten und Revolutionäre, sondern sogar auch viele gutbürgerliche Journalisten, die teilweise fassungslos vor dem zum Schluß brennenden Flüchtlingsheim standen.

Die Politiker beeilten sich, dem - zum großen Teil von ihnen selbst mitinitiierten - Druck des neonazistischen Gesindels schon nach wenigen Tagen nachzugeben und die Flüchtlinge zu evakuieren. Das Leben von über 100 vietnamesischen Arbeitern jedoch, die noch zurückgeblieben waren, wurde unmittelbar durch das von den Neonazis gelegte Feuer im Flüchtlingsheim bedroht.

Sie entkamen dem Flammentod nur durch einen Zufall: Westdeutsche Journalisten waren mit ihnen eingeschlossen, diese konnten über Funk auf ihre Lage aufmerksam machen. Ein Entkommen wurde erst in letzter Minute möglich.

Während dieser Pogromnächte in Rostock und danach setzte die dreckige Flut des "Verständnisjournalismus" ein: Nicht nur die Politiker aller Bonner Parteien erklärten ihr "Verständnis" für die Rostocker "Bevölkerung" (es gehört zu den traurigen Wahrheiten, die nicht verschwiegen werden dürfen, daß es während der Pogrome lediglich zu einer Gegendemonstration von 200 bis 300 Teilnehmern in einem anderen Stadtteil von Rostock kam), es wimmelte geradezu von sogenannten "Hintergrundanalysen", wieso alles angeblich so kommen mußte wie es gekommen war, und daß "eigentlich" die braven, Beifall klatschenden Bürger keine Schuld träfe, sondern die Schuld bei den Flüchtlingen selber läge:



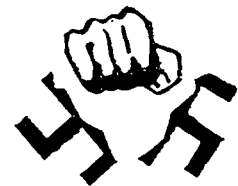
### Die Gegenwehr gegen die Neonazis organisieren!

Spätestens angesichts der pogromartigen Ausschreitungen der letzten Wochen dürfte jedem fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland deutlich geworden sein, daß die west/deutsche Polizei, der west/deutsche Staatsapparat nicht nur die Aktionen der Neonazis "duldet", mal "beide Augen zudrückt", sondern daß es sich um geplante, aufeinander abgestimmte, sich gegenseitig unterstützende Aktionen handelt: Marschieren die Neonazis auf, um Menschen anderer Hautfarbe, anderer Nationalität zu jagen, zu mißhandeln, zu morden - dann sind die "Ordnungskräfte" schwach, schlecht ausgerüstet, mangelhaft informiert oder haben schlichtweg eine "Wachablösung". Doch wehe, es regt sich Widerstand! Treten Demokraten, fortschrittliche oder revolutionäre Kräfte auf den Plan, um die Flüchtlinge zu schützen, um Brandanschläge und Pogrome zu verhindern, um Solidarität mit den Gejagten zu demonstrieren - dann, ja dann wird das komplette Arsenal des Polizeistaats aufgeföhrt: Großräumige Absperrung ganzer Landstriche, Leibesvisitationen, Beschlagnahmungen, "Sicherheitsverwahrungen" und Festnahmen und schließlich energisches, d.h. brutales Einschreiten, um die Neonazis vor empörten Gegendemonstranten zu schützen.

In diesen Tagen wird überdeutlich, daß die Illusion, sich im Kampf gegen die Neonazis auf die Polizei und andere Staatsorgane des west/deutschen Imperialismus stützen zu können, nicht nur theoretisch falsch, sondern in der Praxis verhängnisvoll ist.

Um wirksam gegen die Neonazis vorgehen zu können, gilt es, die Selbsthilfe zu organisieren! Die Gruppen, die in den letzten Tagen und Nächten die Asylbewerberheime geschützt haben, geben uns ein Beispiel. Oft sind sie gut organisiert, können über Funk oder Telefonketten in kurzer Zeit Verstärkung herbeiholen. Auch für militante Auseinandersetzungen sind viele von ihnen gut gerüstet: Schutzhelme, feste Kleidung und Gegenstände, Zäunlaten, Feuerlöscher gegen die Brandstifter, Signalgeräte und was es sonst noch an Gegenständen des alltäglichen Bedarfs gibt, gehören vielfach schon zur Ausrüstung der Antifaschisten.

Auch die Flüchtlinge selbst haben schon an einigen Orten gezeigt, daß sie sich nicht wehlos ihrem "Schicksal" hingeben. Gar nicht so selten bringen sie schließlich Erfahrungen mit, die sie bei ihrer Verfolgung in ihren Heimatländern gesammelt haben. Dort konnten sie ihr Leben manchmal nur noch durch Waffengewalt retten. Und sie werden diese Erfahrungen sicherlich schöpferisch auf die hiesigen Verhältnisse im Kampf gegen die Nazi-Banden anzuwenden wissen! Dazu brauchen sie unsere Unterstützung, durch Unterstützung der Aktionen der Antifaschisten vor Ort, durch Spenden und durch Versorgung mit dem dafür Notwendigsten...



**Zerschlagt die Nazi-Banden!**

Ihre bloße Existenz, Ihre "große Zahl" und zudem noch ihr "undeutsches Verhalten" sei Schuld.

Die sogenannten "unhaltbaren Zustände" wurden genau beschrieben, jedoch *nicht* als Anklage gegen die menschenverachtende Politik des west/deutschen Imperialismus gegenüber den asylsuchenden Flüchtlingen. Nein, den Flüchtlingen selbst wurde die Verantwortung für die katastrophalen Zustände ihrer Unterbringung in die Schuhe geschoben!

Es werden in der Tat unzumutbare Zustände geschaffen: Unzumutbar nämlich für die Flüchtlinge.

## Die Hetze gegen die Roma bekämpfen!

Zu den widerlichsten Erscheinungen der letzten Monate gehört die systematische Hetze gegen die Roma aus Rumänien. Angefangen von der "Deutschen Nationalzeitung" über die "Bild-Zeitung" bis hin zur "Frankfurter Rundschau" - vom Fernsehen ganz zu schweigen - wird unisono alles aus dem Arsenal an Vorurteilen und Lügen vom Stapel gelassen, was aus der Zeit der Nazis (und auch schon vorher) fein säuberlich konserviert wurde: "Vorsicht, die Zigeuner kommen!" tönt es da, bis hin zum Bedauern des "Fehlers, daß Hitler die Zigeuner nicht vollständig vergast hat", und ähnliche Haßtiraden mehr.

Daß diese dreckigen Nazi-Sprüche gegen die Roma aus Rumänien, gegen alle Sinti und Roma in Westdeutschland und in der Ex-DDR, in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung verbreitet sind, zeigt, wie lebendig dieser zutiefst inhumane, menschenverachtende Nazi-Geist ist, läßt erahnen, wozu nazistisch verseuchte Menschen fähig sind.

Gerade den Roma aus Rumänien, allen Sinti und Roma gilt unsere besondere Solidarität!

### Kampf dem deutschen Chauvinismus und Rassismus!

*Um es zu konkretisieren: In Rostock wurden die Roma aus Rumänien ganz bewußt in einer so großen Zahl dem Flüchtlingsheim zugewiesen, daß sie wegen Überfüllung vor dem Haus übernachten und "wohnen" mußten. Während sonst bei jedem x-beliebigen Straßenfest sofort Dutzende von WC's bereitgestellt müssen, wurden hier den Flüchtlingen jegliche sanitären Anlagen vorenthalten.*

*Wenn dann einmal in einem Vorgarten die Müitze eines Gartenzwerges mit den unvermeidbaren Konsequenzen aus der Tatsache konfrontiert wurde, daß Menschen, die essen und trinken, eigentlich auch sanitäre Anlagen benötigen, dann wurde dies genutzt, um gegen die Asylbewerber - und nicht gegen die eigentlichen Verursacher dieser unzumutbaren Zustände - vorzugehen.*

Der springende Punkt - und das sei all jenen gesagt, die "Verständnis" für die geifernden Biedermänner bekunden - ist doch der:

Die Zustände für die Flüchtlinge sind wirklich unhaltbar, inhuman und unzumutbar. Es wäre eigentlich die Aufgabe der Anwohner gewesen, die dieses Elend aus nächster Nähe sahen, *gemeinsam* mit den Flüchtlingen dagegen zu protestieren und zu demonstrieren, also *solidarisch* zu handeln!

Wenn sie das nicht tun, ja wenn sie gegen die Flüchtlinge vorgehen, die Angriffe der Nazis unterstützen, dann kann und darf es dafür nicht das geringste Verständnis geben.

*Verstehen* dagegen - und das ist ein himmelweiter Unterschied zu den "Verständnis-Schreibern" muß man den ganzen Mechanismus, der da abläuft schon: wie die Sache aufgezogen wird, wie sie funktioniert und wer eigentlich dahintersteckt.

## Ohne die Neonazis und ihre aktiven Helfer zu schonen - vor allem die Politik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Die braune Pest geht von diesem Staat aus!

Nazis werden nicht als Nazis geboren, sie werden zu Nazis gemacht. Dabei ist es sehr wichtig für unsere Arbeit zu verstehen, daß die Zunahme nazistischer Aktivitäten keinesfalls einfach auf das Konto der gut organisierten und finanziell gut ausgestatteten bestehenden nazistischen Organisationen geht.

Jugendliche, die sich neonazistischen Organisationen zuwenden, wachsen in einer Atmosphäre des Nationalismus und Rassismus auf, die eben den Boden für offen nazistische Organisationen und Ideologien bereitet.

Die Politik der "Abschreckung" durch Konzentration der Flüchtlinge in Sammellagern durch die Bonner Parteien wird ja im Grunde durch die Überfälle der Nazis nur wirkungsvoll verstärkt. Der völlige Einheitschor der Presseorgane des west/deutschen Imperialismus mit der

Hetze gegen Flüchtlinge und der ständigen Forderung an die Politiker, "härter durchzugreifen", tut das Seine. Auch wenn einige Bonner Politiker so tun, als ob sie die Geister, die sie riefen, nun nicht mehr los werden würden: In Wahrheit sind die Angriffe auf Flüchtlingsheime unter dem Beifall der Bevölkerung - teilweise wie in Rostock in offener Absprache mit der jeweils zuständigen Polizeiführung - direkter Bestandteil eines Konzepts des west/deutschen Imperialismus. Des Konzepts nämlich, die eigene Bevölkerung nationalistisch und rassistisch zu verhetzen, um abzulenken von der sich zuspitzenden internationalen und "deutschen" Krise, abzulenken von der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der ständigen Erhöhung

der Lebenshaltungskosten, von verschärfter Arbeitshetze und so weiter und so fort.

Sie wollen uns glauben machen: Der Schuldige sei nicht das Kapital, seine Politiker, der west/deutsche Imperialismus, die Schuldigen sollen angeblich die Ärmsten der Armen, die auf der Flucht befindlichen "Verdammtten dieser Erde", Familien mit Kleinkindern und Greisen sein, die alle nicht aus Jux und Dollerei ihre Herkunftsländer verlassen haben, sondern aus Angst vor politischer Verfolgung, aus Angst um die Zukunft, wegen Elend und Hunger.

## Eine notwendige Bemerkung

Rostock liegt nicht in Westdeutschland. Es ist richtig, daß alle wirklich gegen die nazifaschistischen Organisationen ankämpfenden Gruppen und Personen auch aus Westdeutschland in die Ex-DDR gefahren und aktive Solidarität geleistet haben.

Allerdings enthält diese Art von Solidarität das Problem, daß die sich als antinazistisch verstehenden aktiven Kräfte aus Westdeutschland voll und ganz begreifen müssen, daß es in erster Linie in der Hand der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der Ex-DDR liegen muß und liegen wird, führend den Kampf gegen den Nazi-Terror in ihrem Arbeitsgebiet durchzuführen. Nur auf dieser Basis schließt sich gegenseitige Unterstützung nicht aus und führt nicht zu "besserwesserischen" Führungsansprüchen westdeutscher sogenannter "Linker" im Gefolge des west/deutschen Imperialismus bei seiner Politik der immer vollständigeren Einverleibung der Ex-DDR.

## Kapitalismus und Nazis

"Kapitalismus führt zum Faschismus, daher muß der Kapitalismus weg!" - "Wer vom Faschismus spricht, darf über den Kapitalismus nicht schweigen!" - Solche und ähnliche grundlegenden Aussagen, die in der fortschrittlich orientierten Arbeiterbewegung und Jugendbewegung der letzten Jahrzehnte mehr oder minder allgemein anerkannt waren, sind heute kaum noch verbreitet. Ganz zu schweigen davon, daß sie gar erklärt und umfassend begründet würden.

Daß in der Geschichte jedes kapitalistisch-imperialistischen Staates dann, wenn es galt, die Massen der Werktätigen für einen Raubkrieg aufzuhetzen, wenn es galt, die fortschrittlich-revolutionären Kräfte zu zerschlagen, als Alternative zum parlamentarischen System die faschistische Diktatur bereit stand, ist eine unbestreitbare Tatsache. Die Ideologie des Kapitalismus, daß sich - wie im Tierreich - der Stärkere durchsetzt, daß das an oberster Stelle stehende Gesetz des Maximalprofits in zugespitzten Situationen durch die offen terroristische Diktatur, durch massive Gewaltanwendung, durch Krieg und Vernichtung anderer Völker durchgesetzt wird, hat sich am deutlichsten am barbarischsten aller faschistischen Systeme, an der Diktatur des deutschen Nazi-Faschismus gezeigt.

Heute ist der entscheidende Grund für das Heranzüchtern der nazistischen Kräfte *nicht* eine kraftvoll wachsende kommunistische Arbeiterbewegung. Dennoch gilt - trotz aller Problematik historischer Parallelen, die die konkrete Analyse nur unterstützen, nie aber ersetzen

können -, daß es eine vordringliche Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist, den inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus aufzuzeigen. Sie müssen den Zusammenhang zwischen einem in der Krise befindlichen kapitalistischen, imperialistischen System, einem imperialistischen Staat und dem Anwachsen der nazistischen Kräfte, ja der Möglichkeit einer Ersetzung des bürgerlich-parlamentarischen Betrugsystems durch ein nazifaschistisches System erklären, um alle antinazistischen Kräfte auf lange Sicht für die Perspektive der Zerschlagung dieses ganzen imperialistisch-kapitalistischen Systems zu gewinnen!

## Den aktiven Kampf gegen Nazi-Verbrecher forcieren! Mit aller Kraft eine starke Kommunistische Partei aufbauen

Solidarität mit den vom Nazi-Terror betroffenen Asylbewerbern, mit allen vom Nazi-Terror Betroffenen erfordert selbstverständlich, sich so direkt, so energisch und so wirkungsvoll wie möglich den Nazi-Mörderbanden entgegenzustellen.

Wenn selbst gegen diese offensichtlichste und für jeden sichtbare Form des Terrors kein Widerstand organisiert wird, ist an jede weitergehende Form des Widerstandes gegen reaktionäre Politik überhaupt gar nicht zu denken.

Denn so sehr die Pogrome der Neonazis im Moment im Vordergrund stehen, so ist dennoch die hauptsächlichste Form des Terrors gegen die Asylbewerber nach wie vor der staatliche Terror. Daher wäre es völlig falsch, sich beim Kampf gegen die Neonazis auf diesen Staatsapparat stützen zu wollen. Der Kampf muß energischer als bisher nicht nur gegen die Nazi-Banden und den Terror des Staatsapparates geführt werden, sondern gegen den west/deutschen Imperialismus und seinen Staatsapparat selbst!

Wir müssen uns selbst und andere auf einen langen Kampf einstellen, in dem vor allem eine tiefgehende Änderung, die revolutionäre Veränderung, der Kampf für eine gesellschaftliche Umwälzung, der Kampf für eine wirklich sozialistische Revolution, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder, Seite an Seite mit den "Verdammtten dieser Erde" klares Ziel ist!

Der Kampf dafür wird nur möglich sein unter der Führung eines Kampfstabs, der konsequent den Kampf gegen alle Feinde und alle falschen Freunde führt, der Zielklarheit und Organisiertheit in die revolutionäre Bewegung bringt - die Kommunistische Partei. Diese zu schaffen und aufzubauen ist daher unsere vordringlichste Aufgabe.

## Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Kampf gegen Rassismus und Nationalismus!

### Soeben erschienen:

#### Dokumentation

des Buchladens Georgi Dimitroff zu den Ereignissen in Rostock:

- Zusammenwirken von Nazis, Bonner Politikern und bürgerlicher Presse
- antifaschistische Proteste und Gegenwehr

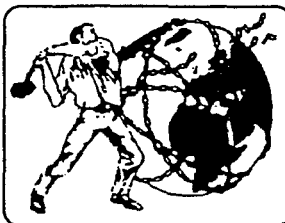
64 Seiten, DM 5,-

zu bestellen bei:

**BUCHLADEN**  
**Georgi Dimitroff**  
**Koblenzer Str.4, Frankfurt**

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

11/92

November 1992

**8. November 1992: Berechtigte Proteste gegen die Propagandashow der Politiker des west/deutschen Imperialismus**

## Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!

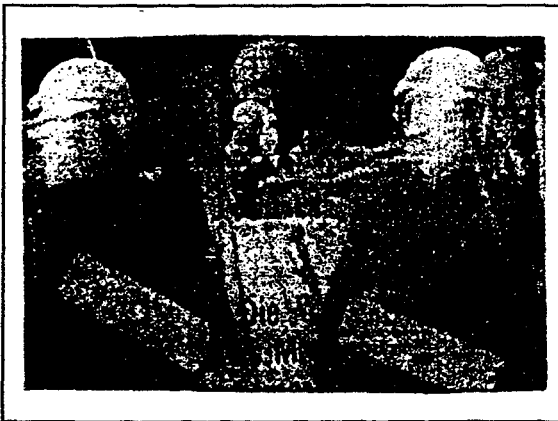
Am 8. November veranstalteten die Politiker des west/deutschen Imperialismus eine großangelegte Staatsshow - ausgerechnet in "Groß-Berlin" natürlich. Doch ihre vor allem für die Medien im Ausland geplante Heuchlershow hatte einige Schönheitsfehler: Viele der 300 000 Demonstranten waren nicht gekommen, um für die Herren Kohl, Vogel und Weizsäcker zu demonstrieren, sondern gegen die Nazi-Ausschreitungen der letzten Jahre, Monate und Wochen und viele auch gegen die staatliche Abschiebepraxis und gegen die Abschaffung des Asylrechts. Als der Bundespräsident und höchste Repräsentant dieses Staates das Wort ergriff und behauptete, Deutschland sei nicht das Land der Schlagworte und Schlagstöcke, da sah man durch einen "Patzer" in der Bildregie (die Damen und Herren Politiker zeigten denn auch anschließend ihr "Entsetzen" - ...über die Berichterstattung!) auf den Fernsehschirmen, wie die Schlagstöcke der Polizei auf die Köpfe der Demonstranten niederprasselten: Sie hatten es doch tatsächlich gewagt, den Bundespräsidenten auszupfeifen, ihn Heuchler zu nennen und seine Phrasendrescherei zu entlarven: "Bei uns gehen die Biedermänner und Brandstifter in der ersten Reihe" lautete ein die Heuchelei treffend kennzeichnendes Transparent.

Und in der Tat, es war und ist eine unerträgliche Provokation, daß ausgerechnet jene, die als Repräsentanten dieses Staates die tagtäglichen Abschiebungen von Asylbewerbern und von Menschen ohne deutschen Paß zu vertreten haben, die das Asylrecht ganz aus dem Grundgesetz streichen wollen und vom "Staats-

notstand" faseln, daß ausgerechnet diese sich selbst als angebliche Gegner des Rassismus feiern lassen wollten. Doch ihr ganzer hochtechnischer Apparat, ihre 10 000-Watt-Lautsprecheranlage nützte ihnen nichts:

Unüberhörbar und unübersehbar zeigten die fortschrittlichen Kräfte bei dieser Demonstration, daß es trotz polizeistaatlicher Methoden Möglichkeiten gibt, dieser Heuchelei etwas entgegenzusetzen.

Allerdings: "Getroffener Hund bellt". Die Hetze gegen die konsequenten Nazi-Gegner füllte tags darauf die Seiten aller Zeitungen, wurde in allen Medien millionenfach verbreitet. Die Drecksargumente der staatlichen Rassisten und Nationalisten, die ja die braune Pest erst stark und hoffähig gemacht haben, werden immer und immer wieder wiederholt, um der Lüge den Schein von Wahrheit zu geben.



"Deutschland weder Schlagwort noch Schlagstock"???

**"Heuchler raus aus der Demo!" - "Scheinheilige aller Parteien, vereinigt Euch!" - "Brandstifter aus Bonn" - "Heuchler vertreiben, Ausländer bleiben!" - "Engholm, Kohl, Weizsäcker - Heuchler, Rassisten, Brandstifter!"**

(Transparente auf der Demonstration am 8. November in Berlin)

**Solidarität mit dem revolutionären kurdischen Befreiungskampf!  
Solidarität mit den revolutionären Genossinnen und Genossen in Peru!**

Die Imperialisten aller Länder bemühen sich auf internationaler Ebene sehr, zwei gefährlich revolutionäre Brandherde auszutreten: Tausende von revolutionären Genossinnen und Genossen des kurdischen Volkes werden von den faschistischen Machthabern des türkischen Staates - bis an die Zähne bewaffnet durch die west/deutschen Imperialisten - massakriert und ermordet! **Vernichtung** des kurdischen Befreiungskampfes und Liquidierung der kurdischen Revolutionäre ist das erklärte Ziel des türkischen Staates!

Ähnlich in Peru, wo unter der offenen Militärdiktatur der bewaffnete Kampf der Partisaninnen und Partisanen durch großangelegte "Ausrottungsfeldzüge" beendet werden soll!

Das ist die Logik der Imperialisten: Alles, was sie nicht durch Terror und Schmeichelei unter ihre Kontrolle bekommen, muß vernichtet werden!

Wir setzen unsere revolutionäre Logik dagegen: Dort, wo ein echter, wirklich vom System des Imperialismus unabhängiger Befreiungskampf durchgeführt wird, müssen die revolutionären, kommunistischen Kräfte aller Länder in Wort und Tat ihre Solidarität erweisen!

**Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!  
Es lebe der Proletarische Internationalismus!**

### Warum die Staatsshow?

Die Tatsache, daß gerade der 8. November ausgewählt wurde, um weltweit das "Image Deutschlands" aufzupolieren, um sich mit dem Anschein von "Ausländerfreundlichkeit" auszustatten (und dann rasch danach das Recht auf Asyl aus dem Grundgesetz zu streichen), ist eine besonders krasse Heuchelei der Herren Kohl, Vogel und Weizsäcker:

Ausgerechnet der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland - der gewiß nicht verdächtig werden kann, ein "linker Politiker" zu sein - erhielt schon im Vorfeld Redeverbot, da er auf Grund einer Reihe von Gründen eindeutig **gegen** eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz eintrat.


Ein entscheidender Grund für die Inszenierung dieser Staatsshow war auch, daß die Politiker des west/deutschen Imperialismus die sich entwickelnde Widerstandsbewegung gegen die Nazis unter Kontrolle behalten und in den Griff bekommen wollten.

**Wie die konsequenten Nazi - Gegner zum Feind Nr. 1 erklärt wurden**

Es war eine unverschämte Provokation, daß all die Kohls, Vogels und Weizsäcker, die sich als Schüler

**Dokumentation**  
zu den  
**Ereignissen in Rostock:**

- Die Schüler Goebbels': Zusammenwirken von Nazis, Börsen-Politikern und bürgerlicher Presse
- Proteste und Gegenwehr gegen Nazis



Zusammengestellt durch:  
**Buchladen Georgi Dimitroff**  
Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/M. 1

Zu bestellen beim Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt/M.

**Außerdem erhältlich bei:**

Internationalismus - Buchhandlung, Engelsborsteler Damm 10, 3000 Hannover 1

Nautilus - Buchhandlung, Bahnenfelder Str. 68, 2000 Hamburg

Buchladen Rote Straße 10, 3400 Göttingen

Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54, 4600 Dortmund

Infoladen im AJZ Homburg, Am Güterbahnhof, 6650 Homburg/Saar

Der andere Buchladen, Marienstraße 15, 7500 Karlsruhe

Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9, 7000 Stuttgart 1

Buchhandlung J. Fritz, Wilhelmstraße 15, 7800 Freiburg

Goebbels' gegen die Flüchtlinge hetzen, vor den über 300 000, gewiß in der Mehrzahl gegen die Nazis eingestellten Demonstranten verkündeten, man müsse den Nazi-Pogromen nachgeben und eben den "Flüchtlingsstrom" regeln. Damit schändeten sie gerade das Gedenken an die fast 100 ermordeten Juden des Nazi-Pogroms vom November 1938, über 20 000 in die Nazi-KZs verschleppten und mißhandelten Juden, an die über 200 zerstörten Synagogen und Gebetshäuser.

Die Roma aus Osteuropa wissen ebenso wie auch die politisch Verfolgten aus anderen Regionen der Welt, was es heißt, in die Folterkeller der vom Imperialismus abhängigen herrschenden Klassen ihrer Länder abgeschoben zu werden!

Diejenigen, die die Verträge zur Abschiebung der Überlebenden des Völkermordes an den Sinti und Roma nach Rumänien unterzeichneten und begrüßten, heuchelten plötzlich etwas von "Nächstenliebe" und "Würde des Menschen".

Daß hier den ehrlichen Nazi-Gegnern der Kragen platze, daß sie dieser widerlichen Heuchelei entgegen-traten, war Grund genug für eine üble Prügelorgie:

*"Du hast 'Heuchler' gerufen? - Polizei Marsch! - Knüppel auf den Kopf, Schädelbasisbruch!"*

*"Du hast eine Trillerpfeife bei Dir, willst gar protestieren? - Bewaffneter Terrorist! Linker Faschist! Chaot! Linker Mob!"*

...so tönte es während der Live-Übertragung und in den folgenden Tagen.

Der Feind Nr. 1 war ausgemacht: Die "Linken" sind es, die die Demokratie zerstören, indem sie die Autorität des Staates untergraben!

Und fein aufeinander abgestimmt, wird ein Drecksargument nach dem anderen aus den Schmutzschleudern des riesigen Propagandaapparats der west/deutschen Imperialisten gespien und unter die Leute gebracht, nach dem Motto: "Es wird schon etwas hängen bleiben!"

## 1. Drecksargument: "Gegen die Nazis müssen alle - angefangen von Kohl bis hin zur Linken - zusammenhalten"

Selbst manche "Linke" oder sich selbst links fühlenden Leute wurden angesichts des Trommelfeuers der Medien unsicher: War es nicht ein "Sieg", daß Herr Kohl gezwungen war, gegen Ausländerfeindlichkeit zu demonstrieren, war es also nicht ein erfolgreicher Schlag gegen die Nazis? War es daher nicht ein prin-

zipieller (oder auch nur taktischer) Fehler, massiv und eindeutig nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen den staatlichen Abschiebe- und Polizeiterror zu demonstrieren?

So rasonieren - eben unter dem ungeheuren Druck der Medien - Opportunisten.

Der entscheidende Punkt wird dabei umgangen: Jeder konsequente Kampf gegen die Nazis stößt sofort auf diesen Staatsapparat, der sich den Nazi-Gegnern in den Weg stellt, sie einkesselt, verhaftet und terrorisiert. Egal, ob in Hoyerswerda, oder dann in Rostock, in Mannheim oder in Hamburg: Stets wird den Nazis freie Hand gelassen, während die Macht des Staates gegen die Nazi-Gegner "hervorragend" funktioniert. Das ist eine Tatsache, die kein

ehrlicher Nazi-Gegner bestreiten kann. Darüberhinaus beweisen die Fakten eindeutig: Die Atmosphäre und das Klima der Feindschaft gegen Asylbewerber, die erst zu den pogromartigen Überfällen und Brandanschlägen führten, sind in erster Linie von eben diesen "Staatsmännern" weit wirkungsvoller geschürt worden als von den Nazis.

### Aus aktuellem Anlaß empfohlen:

#### **Der ehemalige Hauptmann der faschistischen Armee und heutige Bundespräsident Weizsäcker zeigt demagogische Fähigkeiten**

Zur Rede Weizsäckers am 8. Mai 1985

in:

#### **Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus**

"Gegen die Strömung" Nr. 35 vom  
September 1985, 60 S., 4,- DM

Es ist das Zusammenspiel von staatlicher Faszisierung und direkter Nazi-Aktionen, die ein klares, entschiedenes und militantes Auftreten der Antifaschisten, aller Nazi-Gegner nötig macht.

## 2. Drecksargument:

### **"Die Proteste gegen Herrn Kohl helfen nur den Rechten"**

Schon direkt infam ist die Behauptung, daß die Nazis ja nur mit Häm auf darauf schauen, daß diese "Großdemonstration" in "Großberlin", als Hauptstadt von "Großdeutschland", nicht unter der uneingeschränkten Regie von Kohl und Weizsäcker zu Ende ging. Stimmt das? Wir sagen klar: Nein! Was die Nazis fürchten, sind nicht Demonstrationen unter Führung von Herrn Kohl, die "Verständnis" für die Nazis fördern.

Was die Nazis wirklich fürchten, und was sie an ihrer mörderischen Arbeit tatsächlich hindert, sind militante antifaschistische Kämpferinnen und Kämpfer, die organisiert und konsequent Aktionen durchführen, immer mehr fortschrittliche Menschen für solche Aktionen begeistern und mitreißen. Das sind Kämpferinnen und Kämpfer, die klar argumentieren, keinerlei Illusionen in die angebliche "Hilfe des Staates" gegen die Nazis haben, die sich vor allem mit den Opfern des Nazi-Terrors solida-

risieren, zusammenschließen und mit ihnen gemeinsam kämpfen, die internationale Verbindungen verstärken, und den Kampf auf lange Sicht planen!

Ihnen gegenüber steht eine ganz große Koalition - Nazis und die staatstragenden Parteien stimmen ein in den gemeinsamen Chor: "Die Linken sind der Feind, der geschlagen werden muß!"

## 3. Drecksargument: "Gewalt ist Gewalt, daher sind Linke wie Nazis!"

"Autonome", "Chaoten". "Anarchisten" sind die heute hochmodernen Schimpfwörter. Der Wurf einiger Eier wird kommentiert wie der Wurf von Eierhandgranaten auf die ungekrönten Häupter der herrschenden Klasse Westdeutschlands. Aber abgesehen vom absolut lächerlichen Hochspielen dieser paar Eierwürfe zur "tödlichen Gefahr" für die Repräsentanten des west/deutschen Imperialismus ist eine zentrale Parole seiner Tintenklügel und Propagandisten, daß "Gewalt" - egal ob von links oder von rechts - abzulehnen sei.

Es ist dies die vielleicht dreckigste Heuchelei, wenn es überhaupt sinnvoll ist, hier noch zu wichten: Der Nazi, der einen Angolaner erschlagen will und seine Nazi-Gewalt ausübt, soll genauso bewertet werden wie der Angolaner, der im Kampf gegen den Nazi erreicht, daß dessen rassistischer Hochmut im Leichenschauhaus endet?!

Es ist klar, daß solche diabolische Gleichsetzung der Gewalt von "links" und "rechts" nicht auf die Nazis abzielt: getroffen werden sollen damit die militanten und konsequenten Gegner der Nazis, die wissen, daß argumentieren allein absolut unwirksam ist, daß Nazi-Terror wirksam nicht ohne Anwendung von Gewalt begegnet werden kann.

Es muß hinzugefügt werden, daß mit der These "Gewalt gleich Gewalt" zudem auch der historische Kampf aller Nazi-Gegner der Welt gegen das Nazi-Regime diffamiert wird: Die jüdischen Partisanen von Wilna, die Resistance in Frankreich und Belgien, der Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern: All das soll "dasselbe" sein, wie die Gewalt der Nazis?

★ ★ ★

Nein, das alles sind Drecksargumente, und es ist wichtig, sie zu widerlegen, zu entlarven und sich in allen Städten und Orten mit den konsequenten Nazi-Gegnern zu solidarisieren, die die heuchlerische Staats-show der Herren Kohl, Vogel, Weizsäcker und wie sie alle heißen als das bezeichnet haben, was sie war: eine einzige Heuchelei!

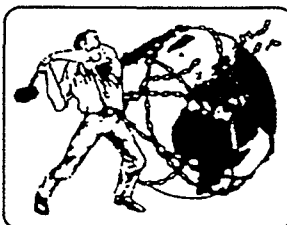
**Was die Politiker des west/deutschen Imperialismus und die Nazis wirklich fürchten, das ist eine Mobilisierung der bereits für tot erklärten wirklich fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Kräfte!**

**BUCHLADEN**  
**Georgi Dimitroff**  
**Koblenzer Str.4, Frankfurt**

**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,  
Samstag 9 - 14 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

12/92

Dezember 1992

## Aus dem Inhalt:

Wie die Nazi-Morde wegretuschiert werden sollten...

S. 3

Vor 50 Jahren: Niederlage der Nazi-Wehrmacht bei Stalingrad

S. 4

*Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder*

## Kein Vertrauen in diesen Staat, der die braune Pest hervorbringt!

Es ist eine zwiespältige Angelegenheit: Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder, unter ihnen vor allem Jugendliche. Und die Drahtzieher der braunen Pest, die Repräsentanten dieses Staates reiben sich die Hände und freuen sich. Sie funktionieren diese Demonstrationen um in "Kampfdemonstrationen gegen die falsche Berichterstattung im Ausland", die angebliche - wie es früher hieß - "Greuelpropaganda des Auslands". Um die "Ehre Deutschlands" gegen die "Vorurteile des Auslands gegen uns Deutsche" soll es nach dem Willen der Politiker des west/deutschen Imperialismus und so mancher Kulturfritzen gehen, die sich im Medienspektakel vor deren Karren spannen lassen.

Es wird entscheidend darauf ankommen, dieses skrupellose Umfunktionieren einer gerechten Empörung angesichts der Zunahme der Nazi-Morde zu bekämpfen, diese Empörung ganz entschieden *gegen diesen Staat*, gegen seine Lügen, seine Tricks und Farbverkehler zu wenden. Denn von diesem Staat geht die braune Pest aus, er handelt nur gegen die Nazis, wenn er durch die Ohrfeigen der wirklichen Nazi-Gegner, wenn er durch die internationale Öffentlichkeit (aus höchst unterschiedlichen Motiven), wenn er durch die Völker der Welt, die die Nazi-Verbrechen niemals vergessen werden, unter Druck gesetzt wird. Und dieser Staat und seine Organe handeln nur so, daß alles hübsch an der Oberfläche bleibt, daß es die Nazis nicht wirklich trifft, daß es über eine Art "Werbekosten" zur "Imagepflege" nicht hinausgeht.

Während dieser Staat versucht, unter dem Zwang und dem Druck all dieser Faktoren den Schein zu erwecken, er wäre wirklich gegen die Nazis, treibt er die weitere Einschränkung der demokratischen Rechte voran, bereitet die Anwendung der Notstandsgesetze vor, plant immer direkter und offener den Einsatz der Bundeswehr in aller Welt und bereitet sich auf die größten Abschiebeaktionen gegen Asylbewerber vor, die es je in Deutschland gegeben hat. Er ändert das Grundrecht auf Asyl bis zur Unkenntlichkeit, läßt es faktisch verschwinden und verstärkt die Zusammenarbeit mit einer ganzen Reihe von mehr oder minder oder auch völlig von ihm abhängigen faschistischen und reaktionären Regimes in der ganzen Welt.

Warum ist das so? Wie können aus den vielen Hunderten von Initiativen, die sich aus Empörung gegen die Nazi-Morde gebildet haben, langfristig arbeitende und kämpfende Gruppen werden, die offen sind für die Diskussion der tieferen Zusammenhänge zwischen dem zunehmenden Nazi-Terror, der Faschisierung dieses Staatsapparates und dem ganzen "schwarz-rot-goldenen System". Die bereit sind, sich auseinanderzusetzen mit den Zusammenhängen zwischen Nazifaschismus und Kapitalismus, zwischen dem demokratischen Kampf gegen die Nazis und der notwendigen Vorbereitung der sozialistischen Revolution.

Als unseren Beitrag zu dieser Debatte stellen wir vor die folgenden

## Thesen zur Diskussion:

### *Die parlamentarisch verbrämte Diktatur der west/deutschen Bourgeoisie verschärft die politische Unterdrückung*

#### Der Parlamentarismus: Hülle der Diktatur der Bourgeoisie

Der Parlamentarismus als heutige Staatsform in Westdeutschland, das sogenannte "Mehrparteiensystem", funktioniert trotz jahrzehntelanger Benutzung als Betrugsmittel nach wie vor. Durch dieses ausgeklügelte System des Betruges und der Lüge werden der eigentliche Klassencharakter dieses Staates und seine

hauptsächlichen Funktionen bei der großen Mehrheit der werktätigen Massen nach wie vor erfolgreich vertuscht. Illusionen in diesen Staat sind vorherrschend. Unsere Aufgabe ist es, dem anhand der konkreten, eigenen Erfahrungen der werktätigen Massen grundsätzlich entgegenzusetzen:

- Es sind die Herren der Banken und der Fabriken, die die großen Fragen der Politik entscheiden und nicht das Parlament.

- Der Staat, das ist nicht vor allem das Parlament. Der Staat, das sind hauptsächlich die Bundeswehr, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Dieser Staat dient hauptsächlich der Unterdrückung der ausgebeuteten Werktätigen.

- Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik, das heißt in Wirklichkeit, einmal in vier Jahren darüber zu entscheiden, welche Mitglieder und Handlanger der herrschenden Ausbeuterklasse die



Interessen der breiten Massen des Volkes nicht ver-, sondern in Wirklichkeit zer- treten sollen. Solche Wahlen können nie mehr sein, als "Gradmesser der Reife" der Arbeiterbewegung.

■ Der Kern ist: Der Staat des westdeutschen Imperialismus, die Bonner parlamentarische Republik, die 1949 ausgerufen wurde, ist der Staat der herrschenden Klasse, der westdeutschen Bourgeoisie, voran der Monopolbourgeoisie. Dieser Staat ist - verbrämt durch den Parlamentarismus - die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen Westdeutschlands.

Hierin unterscheidet er sich nicht von ähnlichen parlamentarischen Republiken in anderen imperialistischen Ländern.

Dennoch gibt es wichtige Unterschiede und Besonderheiten. Es kann in Westdeutschland nach 1945 keinesfalls einfach von einer "bürgerlichen Demokratie" gesprochen werden, ohne eine Reihe dieser Besonderheiten zu verstehen und zu berücksichtigen.

### Besonderheiten der Bonner parlamentarischen Republik

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg wurde auch der Nazi-Faschismus als Staatsform beseitigt.

Der Klassencharakter des deutschen Nazi-Faschismus - der offen terroristischen Diktatur des deutschen Finanzkapitals - ermöglichte den organisierten Übergang des Staates in die Form des bürgerlichen Parlamentarismus. Dieser mehr oder minder reibungslose Wechsel - in umgekehrter Richtung von der Weimarer Republik zum Nazi-Faschismus schon einmal durchgeführt - vollzog sich unter besonderen Bedingungen:

Die Völker der Welt, voran die sozialistische Sowjetunion Stalins, hatten den Nazi-Faschismus besiegt. Dieses System war in der ganzen Welt verhaßt, zum Inbegriff von Völkermord und Ausbeuterdiktatur geworden. Es war völlig unvorstellbar, daß dieses System in Westdeutschland direkt beibehalten werden konnte.

Der von den Siegermächten gefaßte Entschluß einer tiefgehenden Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands blieb jedoch in Westdeutschland trotz allen Geredes und der Errichtung einer parlamentarischen Republik als Staatsform des westdeutschen Imperialismus bloß auf dem Papier. Hitler, Göring, Götters mußten zwar von der Weltbühne der Geschichte abtreten, aber Krupp, Abs, Thyssen, die Deutsche Bank usw., ja die Generäle, Richter, Staatsanwälte usw. blieben.

■ Dieser parlamentarisch verbräunte Staat des westdeutschen Imperialismus hatte und hat weiterhin als zutiefst reaktionäre Hypothek, daß auf sämtlichen Ebenen, von der Armee, der Justiz, den Parteien des Parlaments, der staatlichen Verwaltung, bis zu den Hochschulen und Schulen, der Presse usw. die ideologische und personelle Kontinuität mit dem Nazi-Faschismus keinesfalls durchbrochen worden, sondern im Gegenteil eine oft bis ins Detail gehende Kontinuität wesentlich war.



Der Wechsel der Staatsform in der Geschichte Deutschlands - ohne daß sich an der Klassenherrschaft

der deutschen Bourgeoisie etwas geändert hätte, sei es in der Weimarer Republik, in der Nazi-Zeit oder in der Bonner Republik - zeigt anschaulich die Kontinuität der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie, ihre gewaltige Erfahrung sowohl bei der Verwendung der Methode des parlamentarischen Betrugs, als auch bei der blutigen Durchführung der offen terroristischen, faschistischen Staatsform.

### Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte in Westdeutschland

● Bereits kurz nach Gründung der Bonner parlamentarischen Republik 1949 wurde deutlich, daß der Antikommunismus der Weimarer Zeit mit seiner gewaltigen Steigerung in der Nazi-Ära nach wie vor eine Grundlage der Ideologie und Politik des Bonner Staates blieb. Bereits 1951 wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Jugendorganisation der in der Nazi-Zeit heldenhaft kämpfenden KPD verboten.

verstärkt wurde und im Kampf gegen die militanten Kämpferinnen und Kämpfer der Roten-Armee-Fraktion (RAF) die Erschießungen auf der Straße, die "Selbstermordungen" in den Gefängnissen (Stammheim) durchgeführt wurden. Mit großen Schritten hat in der Folge der westdeutsche Imperialismus im Inneren eine Entwicklung forciert, die zwar nach wie vor im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Republik bleibt, die aber durchaus auch als Schritte der Faschisierung eingeschätzt werden muß. Diese Entwicklung ist ein weiterer Beweis dafür, daß eben diese parlamentarisch-bürgerliche Republik eine Diktatur der Bourgeoisie darstellt.

● Das Verbot der GUPS und GUPA (der palästinensischen Studenten- und Arbeiter-Organisation) sowie von DEV SOL (eine Organisation der Arbeiter aus der Türkei), weitgehende Einschränkung jeglicher Demonstrationen, mörderische Abschiebepraktiken gegen Genossinnen und Genossen aus anderen Ländern, gegen von Imperialismus und Reaktion Verfolgte, die hier Asyl suchen, immer offenere Terror-Aktionen von Nazi-Banden, ganz zu schweigen von der offenen faschistischen Propaganda diverser Nazi-Parteien - all dies zeigt, daß die sogenannte "bürgerliche Demokratie", gerade weil sie nur eine der möglichen Formen der Diktatur der Bourgeoisie ist, schon Elemente einer offen terroristischen Diktatur in sich birgt und erstarken läßt, daß die Faschisierung innerhalb der sogenannten "bürgerlichen Demokratie" in sich logisch ist, "dazu gehört", gerade in einem Land wie Westdeutschland.



Um den Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung, gegen die Faschisierung, gegen das parlamentarisch-republikanische Betrugssystem, gegen die Diktatur der Bourgeoisie richtig führen zu können, ist es für die Arbeiterklasse Westdeutschlands unerlässlich, die Rollenverteilung der verschiedenen politischen Kräfte auf der Bonner Bühne richtig zu verstehen.

### Die gut verteilten Rollen der Bonner Parteien bei der Verschleierung der Diktatur des westdeutschen Imperialismus

Die Bonner politischen Parteien, seit der Gründung der Bonner Republik vor allem CDU/CSU, SPD und FDP, erzeugen einen großen Lärm gerade in Wahlzeiten. Sie wollen den Eindruck erwecken, als sei die Frage, welche Partei nun den Kanzler stellt, welche Parteien die Regierung bilden usw., entscheidend für das Leben der Masse der Werktätigen, für die "Entwicklung des Landes" etc.

Das ist alles Lüge. Allein ein Blick auf die Slogans der Wahlwerbung zeigt, daß dieses immens aufgeblähte System des Betruges kaum noch den Schein von wirklich inhaltlichen Unterschieden zwischen den Bonner Parteien aufrechterhalten kann. Vielmehr ist es so, daß ernsthaftere "Beißereien" zwischen den Parteien ihre Ursache im Kampf um gut dotierte Posten haben, bzw. solche Gefechte die angebliche "Glaubwürdigkeit" der einzelnen Parteien erhöhen soll.

In der Tat gibt es Unterschiede im Auftreten und in der jeweiligen Hauptstreichung der einzelnen Bonner Parteien. Die Ursache dafür liegt darin, daß sie

## Die ungebrochene Tradition



## zerschlagen!

Tausende Jugendliche wurden zeitweilig verhaftet, viele für mehrere Jahre in die Gefängnisse des westdeutschen Imperialismus geworfen. Im Verlauf des Kampfes vor allem gegen die sich abzeichnende Remilitarisierung nach dem Bruch des Potsdamer Abkommens und der Sabotage am Friedensvertrag wurde nach einer Fülle von Polizeieinsätzen schließlich 1956 das bis heute gültige Verbot der KPD durchgeführt. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten wurden aus den Betrieben entlassen, Tausende wurden für Monate oder Jahre in den Gefängnissen des westdeutschen Imperialismus inhaftiert.

● Mit den Notstandsgesetzen 1968 wurde in einem zweiten großen Schritt die ganz legale Grundlage für die Abschaffung sämtlicher demokratischer Rechte und sogar des Parlaments geschaffen. Auch hier waren sich alle Bonner Parteien einig, auch dieser Einschnitt ist heute noch gesetzlich gültige Grundlage dieses Staates.

● Einen dritten großen Einschnitt gab es kurz danach, als Anfang und Mitte der 70er Jahre der Apparat der Inneren Sicherheit des westdeutschen Imperialismus in kürzester Zeit um ein vielfaches

## Wie die Nazi-Morde an Silvio, Vahide, Yeliz und Ayse wegetuschiert werden sollten...

War es in den letzten Monaten und Jahren oftmals so, daß die von Nazis begangenen Morde auf den letzten Seiten der Zeitungen untergingen, nur eine kleine Notiz, aber noch nicht einmal eine Erwähnung in Radio- oder TV-Nachrichten wert waren, ist heute ein solches Vorgehen der bürgerlichen Medien angesichts der breiten Öffentlichkeit, die sich gegen die Neonazi-Verbrechen empört, nicht mehr möglich.

Anläßlich der Ermordung von Silvio Meier in Ostberlin und von Vahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayse Yilmaz in Mölln wandte die Polizei eine neue Taktik an, um von dem politischen Hintergrund dieser Morde abzulenken:

■ Kurz nachdem Silvios Mörder festgenommen worden war - er hatte zusammen mit mehreren anderen Neonazis Silvio und zwei seiner Freunde angegriffen und niedergestochen - präsentierte die Polizei auf einer groß aufgezogenen Pressekonferenz unkommentiert die fein säuberlich zurechtgelegten Schutzbehauptungen des Mörders. Angeblich habe nicht er, sondern Silvio habe ihn angegriffen, habe ihm eine Kopfverletzung mit einer Schreckschußpistole beigebracht. Im letzten Moment sei es ihm noch gelungen, Silvio ein Messer zu entreißen und sich damit zu wehren! Flugs wurden die Opfer zu Tätern gemacht! Doch aufgrund der breiten Informationsarbeit, die Augenzeugen und Freunde Silvios leisteten, konnte die Polizei ihr Lügenmärchen nicht halten, mußte Stück für Stück dementieren!

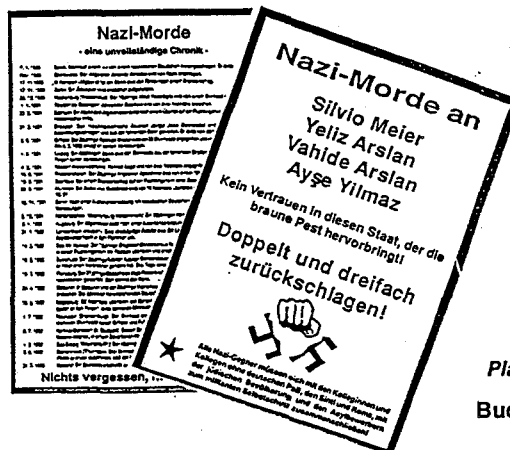
■ Ähnlich in Mölln: Nachdem der hinterhältige Brandanschlag eine breite Welle von Empörung und Protest ausgelöst hatte, wurden gezielt von staatlicher Seite Gerüchte gestreut, bei dem Mord

habe es sich gar nicht um ein Verbrechen von Neonazis gehandelt, sondern sei ein Racheakt gewesen, deren Urheber im "Rotlicht-Milieu" anzusiedeln seien! Erst als die Täter feststanden und geständig waren, verstummten diese Gerüchte.

Mit dieser Methode sollen die Neonazi-Morde, die rassistischen, neonazistischen Anschläge und Überfälle vertuscht, verharmlost und wegetuschiert werden.

Um so wichtiger ist es, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, eine Öffentlichkeit für die Betroffenen und die antinazistischen Kräfte!

Schickt uns Flugblätter, Zeitungsausschnitte und Berichte über rassistische Überfälle und Gegenaktionen aus Eurem Ort! Entlarvt die Lügen der Medien!



Plakate und Broschüren zu bestellen bei:  
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer  
Str. 4, 6000 Frankfurt/Main 1

verschiedene Teile der Bevölkerung ansprechen und an sich binden müssen, so daß alle Parteien zusammen so weit als möglich die Bevölkerung insgesamt an sich und somit an das imperialistische Gesellschaftssystem binden. So entstand eine bestimmte ideologisch geprägte Anhängerschaft der verschiedenen Bonner Parteien. Im Kampf gegen dieses abgekartete Spiel gilt es, ohne die grundlegende Übereinstimmung all dieser Parteien als Agenturen des westdeutschen Imperialismus hintenzustellen, auch die besondere Ausprägung und die besonderen Demagogien zusätzlich zu entlarven, seien es die betont "christlich"-reaktionären Züge der CDU/CSU oder die sich ab und an gar "arbeiterfreundlich" gebenden Phrasen der SPD usw.

Insbesondere nach den langjährigen Erfahrungen mit der SPD als führender Regierungspartei erfüllt in den letzten Jahren die Partei der GRÜNEN die Aufgabe, gewisse oppositionelle Kräfte wieder an das parlamentarisch-kapitalistische System zu binden und das verlorengegangene Interesse am Parlamentarismus wieder zu erwecken. Diese Partei erweist sich mehr und mehr als "Anhängsel" der SPD, die sie als "kleineres Übel" gegenüber der CDU propagiert.

Besondere Aufmerksamkeit muß auch auf das Anwachsen neuer Nazi-Parteien gelegt werden. Neben der faschistischen NPD haben sich die faschistischen "Republikaner", weitgehend hoffähig geworden, feste Plätze in verschiedensten parlamentarischen Vertretungen gesichert, die sie weiter ausbauen. Von besonderer Bedeutung dabei ist, daß etwa die Hälfte der Mitglieder der faschistischen "Republikaner" aus Angehörigen der bewaffneten Kräfte des westdeutschen Imperialismus

bestehen und keineswegs nur noch aus alten SS-Mördern usw.

Unabhängig von dem jeweiligen Stand der Parteienkoalitionen im einzelnen ist es unsere grundlegende Aufgabe, all diese Parteien und Kräfte auf der Bonner Bühne (sowie auch weitere kleinere Ableger, sofern sie an Bedeutung gewinnen) als Agenturen des westdeutschen Imperialismus, in Übereinstimmung mit dessen grundlegenden Zielen nach außen und nach innen, als verschiedene Abteilungen ein und derselben Armee, zu entlarven.

Dabei müssen auch die Besonderheiten der einzelnen Kräfte beachtet werden, die realen Taten der jeweiligen Regierungsparteien ihren Lügen gegenübergestellt und die Scheinopposition jeweils entlarvt werden.



## Staatliche Fasisierung und Nazi-Parteien/Nazi-Banden

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerlässlich. Es ist unmöglich, einen Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution auch nur zu überdenken ohne den entschlossenen, energischen und unerbittlichen Kampf gegen alle Erscheinungen des Nazi-Faschismus.

■ Das beinhaltet aber gerade auch, die Nazi-Banden und Nazi-Parteien nicht als getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat zu sehen. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des westdeutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die faschistischen Stoßtrupps werden vom westdeutschen Staatsapparat gefördert, kontrolliert, herangezogen und oft gezielt eingesetzt. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die alten und neuen offenen Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende Fasisierung hauptsächlich vom Staat der westdeutschen Imperialisten ausgeht, daß der hauptsächlichste Träger Nazi-faschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Westdeutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man alte und neue faschistische Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer faschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

**Den Nazi-Faschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!**



# Vor 50 Jahren: Niederlage der Nazi-Wehrmacht bei Stalingrad!

*"Die Schlacht bei Stalingrad endete mit der Einkesselung einer 300.000 Mann starken deutschen Armee, mit ihrer Zerschmetterung und mit der Gefangennahme von etwa einem Drittel der eingekesselten Truppen. Um eine Vorstellung zu haben von dem Ausmaß dieser in der Geschichte beispiellosen Riesenschlacht, die sich auf den Feldern von Stalingrad abspielte, muß man wissen, daß nach Abschluß der Stalingrader Schlacht die Leichen von 147.200 gefallenen deutschen Soldaten und Offizieren und von 46.700 gefallenen Sowjetsoldaten und -offizieren geborgen und bestattet wurden.*

*Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen deutschen Armee unter."*

(Stalin, "Der 26. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 1943, Werke Band 14, S. 323)

Vor 50 Jahren erlitt der Nazifaschismus in der im November/Dezember 1942 begonnenen Schlacht bei Stalingrad eine so ernste Niederlage, daß zu Recht von der Wende im Krieg gegen Nazi-Deutschland gesprochen werden kann.

Nachdem der Kampf der Soldaten der Roten Armee und der Partisanen und Partisaninnen in der sozialistischen Sowjetunion der nazifaschistischen Wehrmacht schon Verluste von 1 Millionen Soldaten zugefügt hatte, marschierte die deutsche Wehrmacht dennoch auf Stalingrad zu und verkündete großmäulig seine Eroberung. Doch bei Stalingrad wurde der Vormarsch der Nazi-Armee im November endgültig gestoppt.

*"Verschwunden sind die Gutmütigkeit und die Sorglosigkeit gegenüber dem Feind, die in den ersten Monaten des Vaterländischen Krieges unter den Rotarmisten zu verzeichnen waren. Die von den faschistischen deutschen Eindringlingen an der friedli-*

*chen Bevölkerung und an den Sowjetkriegsgefangenen verübten Bestialitäten, Plünderungen und Gewalttaten haben unsere Rotarmisten von dieser Krankheit geheilt. Die Rotarmisten sind härter und schonungsloser geworden. Sie haben es gelernt, die faschistischen deutschen Eindringlinge richtig zu hassen. Sie haben begriffen, daß man den Feind nicht besiegen kann, ohne es gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen."*

(Stalin, "Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1. 5. 1942", Werke Band 14, S. 274)

Die Völker der sozialistischen Sowjetunion, die im Verlauf des Überfalls der Nazi-Barbaren 20 Millionen Menschen verloren hatten, erhoben sich nach dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad mit noch größerer Kraft und Wucht, scharten sich noch enger um die Sowjetarmee und die politische Führung des Landes und trieben in einem zweieinhalbjährigen erbitterten Kampf und mit ungeheurer Anstrengung die Nazi-Armee bis nach Deutschland zurück. Soldaten der Sowjetarmee hießen in Berlin im Mai 1945 die Rote Fahne.

Die Niederlage der Nazi-Armee bei Stalingrad war von welthistorischer Bedeutung. Der Mythos der "Unbesiegbarkeit" der "deutschen Herrenmenschen" war gebrochen! Nichts und niemand wird diese welthistorische Tat der Völker der damals noch sozialistischen Sowjetunion, der Sowjetarmee und der politischen Führung der sozialistischen Sowjetunion aus der Welt schaffen können.

■ Ob die Geschichtsfälscher heute Stalingrad nun Wolgograd nennen  
■ oder nicht - nichts und niemand wird aus der Welt schaffen, daß der  
■ Sieg bei Stalingrad untrennbar auch mit dem Namen, dem Werk und  
■ der Leistung der damals noch wirklich Kommunistischen Partei der  
■ Sowjetunion, dem Namen, dem Werk und der Leistung Stalins un-  
■ trennbar verbunden ist!

## Der Kampf um demokratische Rechte und die Vorbereitung der sozialistischen Revolution

Der Imperialismus - das ist Reaktion auf ganzer Linie. Ständig werden die legalen Kampfmöglichkeiten für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen eingeschränkt. Die durch den Sieg über den Nazi-Faschismus zunächst festgeschriebenen demokratischen Möglichkeiten wurden schon weitgehend eingeschränkt.

Auf diesem Weg wird der westdeutsche Imperialismus immer weiter gehen. Der Kampf gegen eine jegliche solcher Einschränkungen der demokratischen Rechte im Einzelnen und im Gesamtzusammenhang ist ganz gewiß zwingend, um - ohne Illusionen in das Wesen dieses Staatsapparats, in die parlamentarisch verbrämte Diktatur aufkommen zu lassen - vor allem die Kräfte der proletarischen Revolution sammeln und organisieren zu können.

■ Ausschlaggebend wird dabei sein, diese Tageskämpfe wie alle anderen Tageskämpfe dazu zu nutzen, wirklich das Bewußtsein über die Lage und die Aufgaben einer revolutionären Arbeiterbewegung in die Arbeiterklasse hineinzutragen, also sozialistisches Bewußtsein zu schaffen und praktisch, wo irgend möglich, den engen Rahmen des Legalismus und Pazifismus durch Massenkämpfe zu sprengen. Der Kampf zur Verteidigung der

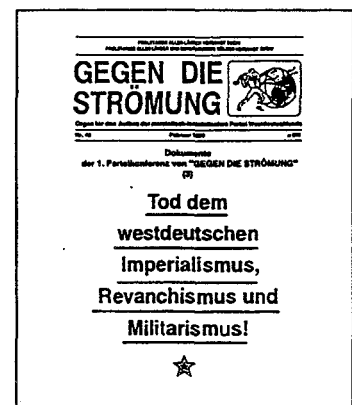
■ demokratischen Rechte gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/Parteien muß eingeordnet und untergeordnet werden in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung.



**Wir fordern alle Genossinnen und Genossen auf, diese Positionen zu diskutieren, uns zu Diskussionen einzuladen oder uns auch schriftliche Kritiken und Gegenthesen zuzuschicken.**

Wer umfassender nicht nur die Fragen des Kampfes gegen den Nazifaschismus, sondern gegen den westdeutschen Imperialismus überhaupt studieren will, dem empfehlen wir die Resolution der 1. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung" von 1990, aus der vorstehende Passagen überwiegend unverändert übernommen wurden.

**Das Buchladen-Kollektiv  
Georgi Dimitroff  
Koblenzer Str. 4, Frankfurt,  
wünscht allen Genossinnen und  
Genossen ein kämpferisches  
1993!**



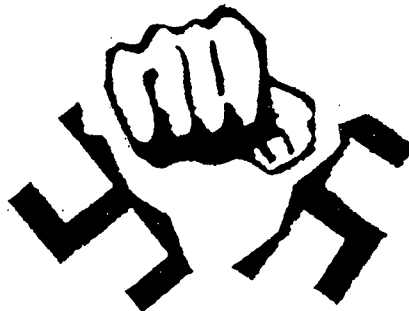
**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,  
Samstag 9 - 14 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

# **Nazi-Morde an**

**Silvio Meier  
Yeliz Arslan  
Vahide Arslan  
Ayşe Yılmaz**

**Kein Vertrauen in diesen Staat, der die  
braune Pest hervorbringt!**

**Doppelt und dreifach  
zurückschlagen!**



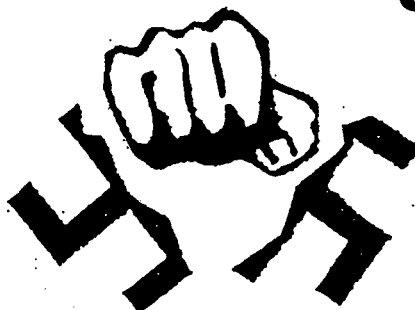
**Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und  
Kollegen ohne deutschen Paß, den Sinti und Roma, mit  
der jüdischen Bevölkerung und den Asylbewerbern  
zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!**

**Von Nazis ermordet!**

**Sayime Genç  
Hülya Genç  
Hatice Genç  
Gülseven Ince  
Gülistan Öztürk**

**Kein Vertrauen in diesen Staat, der die  
braune Pest hervorbringt!**

**Doppelt und dreifach  
zurückschlagen!**

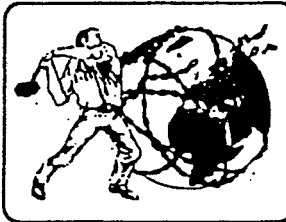


**Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und  
Kollegen ohne deutschen Paß, den Sinti und Roma, mit  
der jüdischen Bevölkerung und den Asylbewerbern  
zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!**

Als Plakat erhältlich bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/Main 1

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

6/93

Junii 1993

**Von Nazis ermordet: Saime Genç, Hülya Genç, Hatice Genç, Gülsüm Ince, Gülistan Öztürk!**

## Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Saime Genç (4 Jahre), Hülya Genç (9 Jahre), Hatice Genç (18 Jahre), Gülsüm Ince (28 Jahre) und die 13jährige Gülistan Öztürk, die erst seit kurzem aus der Türkei zu Besuch war, wurden die Opfer des Nazi-Mordanschlags in Solingen. Dieses rassistische Verbrechen war erneuter Höhepunkt einer langen Kette von Überfällen, Brandanschlägen, Morden gegenüber Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, Flüchtlingen, Sinti und Roma, gegen die jüdische Bevölkerung und andere von den Nazis als Feinde auserkorenen "Minderheiten" wie Obdachlose, Behinderte usw. Rostock, Hünxe, Mölln und Solingen stehen nur stellvertretend für Hunderte, ja Tausende Verbrechen dieser Art. Die Protestaktionen der letzten Tage haben aber gezeigt, daß immer größere Teile der gegen die Nazis kämpfenden Kräfte das Vertrauen in den Staat des west/deutschen Imperialismus verlieren, sich nicht mehr auf gewaltfreie Proteste, auf Lichterketten und ähnliches verpflichten lassen, sondern bereit sind, die Sache selbst in die Hände zu nehmen, den Kampf gegen die Nazis militant zu führen!

### Die Brandstifter sitzen in Bonn!

Der erste offizielle Heuchler des west/deutschen Imperialismus, der seine Krokodilstränen vor Ort ver-

gießen wollte, in Wirklichkeit aber nur wieder einmal um das Image des imperialistischen deutschen Staates besorgt war, Bundesinnenminister Seiders, wurde von Anwohnern in Solingen mit den Rufen "Mörder" empfangen (Welt am Sonntag, 30.5.93, S. 3). Auch seine ihm nachfolgenden Kollegen wie Rau und andere, die anreisten, um "Betroffenheit" und "Entsetzen" angesichts dieses "Unglücksfalls" zu heucheln, wurden nicht minder "freundlich" begrüßt.

Zu offensichtlich war der Zusammenhang zwischen der erneuten Welle von Anschlägen, Brandstiftungen und Überfällen am letzten Mai-Wochenende und der Streichung des bisherigen Asylparagraphen in der Woche zuvor. Die Politiker in Bonn hatten mit ihrem sogenannten "Asylkompromiß" dazu den Startschuß gegeben, nachdem sie vorher durch ihre rassistische Hetze gegen alles "Fremde" monatelang den Boden bereitet und als Stichwortgeber für die im ganzen Land organisierten Nazi-Banden gewirkt hatten. Um dies - wie in früheren Fällen auch - zu verschleiern,



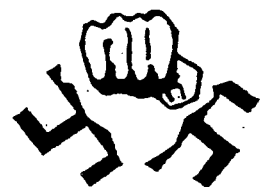
### Die braune Pest geht von diesem Staat aus!

Während die west/deutschen Politiker ihre Anteilnahme an den Nazi-Morden heucheln, zeigt der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus sein wahres Gesicht:

■ Die Menschen in Solingen - vor allem aus der Türkei - die ihre Empörung und Wut angesichts der Morde auf die Straße trugen, wurden mit der Polizeigewalt konfrontiert. Die Knüppeleinsätze der Sondereinsatzkommandos und GSG 9 richteten sich gezielt gegen die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Demonstrationen. Mehrere hundert Demonstranten wurden festgenommen, am 4. Tag der Proteste wurden noch 62 Personen in Polizeigewahrsam festgehalten. Der nordrhein-westfälische Innenminister hat gleich damit gedroht, die "Rädelsführer und Aufhetzer" würden unerbittlich ausgewiesen.

■ Demonstrationen von Nazi-Gegnern wie in Frankfurt oder Hamburg werden von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Alleine in Frankfurt gab es im Verlauf einer Demonstration von ca. 200 Antifaschisten 63 Festnahmen.

### Die braune Pest



geht von diesem Staat aus!

■ Gunther, ein Antifaschist aus Wiesbaden, wird seit dem 6.1. 1993 in Untersuchungshaft festgehalten. Ihm wird vorgeworfen, er habe sich an einer Aktion gegen ein Nazi-"Kameradschaftstreffen" teilgenommen. Seine Haftbeschwerde wurde vom Mainzer Landgericht abgelehnt mit der Begründung ganz im Nazijargon, er sei ein Mitglied "einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe".

■ In München hat die Justiz den Nazi E. Althaus freigesprochen, der die Massenvernichtung der Juden in den KZs geleugnet hatte ("Auschwitz-Lüge"). Das Amtsgericht hat ihm offiziell bescheinigt, daß "solche Zweifel zulässig" seien.

### Tod dem west/deutschen Imperialismus!

**Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Paß, den Sinti und Roma, mit der jüdischen Bevölkerung und den Asylbewerbern zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!**

wird zur Zeit kräftig an der "Einzeltäter"- Version gebastelt.

Es wird entscheidend darauf ankommen zu verhindern, daß es diesen Politikern des west/deutschen Imperialismus abermals gelingt, die gerechte Empörung gegen die Nazi-Morde umzufunktionieren, ihr die Spitze abzubreaken und sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren!

## Die Gegenwehr gegen die Neonazis organisieren!

Zunehmend wird innerhalb der Protestbewegung gegen die sich ausbreitende Nazi-Pest deutlich, daß jedes Vertrauen auf die Politiker und Staatsorgane eine gefährliche Illusion ist. Nicht nur, daß Polizei, Staatsanwälte und Gerichte nicht wirklich gegen die Nazis vorgehen, "auf dem rechten Auge blind sind". Es gibt genügend Beispiele für direkte Unterstützung und Koordination staatlichen Vorgehens mit Nazi-Aktionen. Oft genug werden die Nazis durch die Polizei vor Gegendemonstranten geschützt!

Erst recht die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, die Flüchtlinge selbst, wissen genau, daß sie vom Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus nichts Gutes zu erwarten haben. Wenn sich seine Politiker einmal gegen einzelne Nazi-Verbrechen aussprechen, dann nur aus Imagepflege, weil der Druck der Protestbewegung zu groß ist und um das "Gesicht zu wahren" gegenüber dem Ausland.

In diesen Tagen wird es überdeutlich, daß die Illusion, sich im Kampf gegen die Neonazis auf die Polizei und andere Staatsorgane des west/deutschen Imperia-

lismus stützen zu können, nicht nur theoretisch falsch, sondern in der Praxis verhängnisvoll ist. Schutz vor den Nazis darf man von ihnen nicht erwarten! Um wirksam gegen die Neonazis vorgehen zu können, gilt es, die antifaschistische Selbsthilfe zu organisieren!

Aus dem Aufruf des Schriftstellers Ralph Giordano:

### "Es ist an uns, zu handeln!"

"Wir Überlebenden des Holocaust und unsere Angehörigen, wir werden unseren Todfeinden nie wieder wehrlos gegenüberstehen - niemals! Und der Schwur bleibt, solange der Todfeind bleibt. ...

Wehrt Euch, laßt Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln, duldet nicht, daß sie Eure Mütter, Eure Väter, Brüder, Schwestern, Söhne und Töchter töten! Seid vorbereitet, wenn sie kommen, erwartet, daß sie kommen könnten - heute Nacht, morgen Nacht und lange noch! Empfangt sie, wie diese Nachtschatten es verdient haben, und entlarvt sie durch Eure Gegenwehr als das, was sie sind: laufschnelle Feiglinge, denen nichts wichtiger ist als die Unversehrtheit des eigenen Leibes, Kreaturen einer anonymen Finsternis, der Ihr sie zu entreißen habt. ...

Deshalb: bewacht Eure Heimstätten selbst und fordert Deutsche auf, mit Euch zu wachen - es werden sich ihrer, da bin ich sicher, genug anfinden. Zeigt den Brandstiftern die Zähne, wenn sie kommen, und wenn sie Euch angreifen, dann verteidigt Euch und schlagt sie in die Flucht - denn Ihr handelt in Notwehr.

Es ist Euer verdammtes Recht, Euren Schutz selbst zu besorgen, wenn der Staat Euch nicht schützen kann. Kein Gehör den Klagschreibern, die selbst unbedroht sind, aber weise Ratschläge erteilen wollen. Kein Gehör nach Solingen mehr denen, die uns weismachen wollen, im 'Rechtsstaat' habe man sich lieber vor seinen Todfeinden abschlagen zu lassen, ehe man Überlegungen des Selbstschutzes anstellen darf. Nicht diese Überlegungen sind das Delikt - das Delikt sind jene Zustände, die solche Gedanken hervorgerufen haben."

(TAZ, 1.6.93, S. 5)

Dabei darf man sich nicht von der Hetze der Lügenpresse einschüchtern lassen, die - kaum hat sich mal ein militanter Widerstand geregt - lauthals verkünden: "Gewalt ist gleich Gewalt" "Links = Rechts" usw.

Gegen die Nazis helfen keine bloßen Worte, man muß mit ihnen die Sprache sprechen, die sie verstehen!

## Gegen die Spaltungsversuche!

Angesichts der breiten Proteste nach den Morden von Solingen arbeitet die Lügen- und Hetzpropaganda der west/deutschen Imperialisten auf Hochtönen. Nach dem Motto "Teile und herrsche" versuchen sie - nicht ohne Erfolg in Zusammenarbeit mit dem faschistischen türkischen Staat und seinen Repräsentanten - die Tatsache auszunutzen, daß in den aktuellen Protestbewegungen auch türkische Faschisten aktiv sind. Diese versuchen sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und Punkte für sich zu sammeln. Bezeichnend ist ihr brutales Vorgehen gegen fortschrittliche und revolutionäre Nazi-Gegner sowie gegen kurdische Demonstranten.

Das machen sich Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk hierzulande zunutze, um von dem faschistischen Anschlag in Solingen abzulenken und die berechtigte Protestbewegung zu diffamieren. "Rechte Türkenprügeln sich mit linken Türken" - so oder so ähnlich lauten die Schlagzeilen der letzten Tage. Rassistische Hetze, Liquidierung des Asylrechts, fünf Mordopfer in Solingen, Anschläge überall im Land - das alles soll in den Hintergrund gedrängt werden.

Die ehrlichen, wirklich gegen Nazis und alle anderen Faschisten kämpfenden Kräfte - seien sie Türken, Kurden, Deutsche oder anderer Nationalität - werden den Plänen der west/deutschen Imperialisten einen Strich durch die Rechnung machen!

## Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus!

## Es lebe der proletarische Internationalismus!

## BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/M.

\* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

\* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

\* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

## ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,

Samstag 9 - 14 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

## GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands  
Heft 52 Mai 1992 DM 10,-



### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Aus dem Inhalt:

- Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazifaschismus
- Die bewaffneten Aufstände in Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor

## GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands  
7/92 Februar 1992



### NICHTS VERGESSEN!

Vor 50 Jahren, am 30. Januar 1942, ereignete sich ein schicksalhaftes Ereignis: der Schrecken des deutschen Völkermordes in einer Villa in Berlin, an dem Vortag der deutschen Besetzung Polens (am 1. September 1939), der heute bekannt ist als die Wannsee-Konferenz. Die deutsche Führung hatte sich in der Nacht zum 27. Januar 1942 auf die Wannsee-Konferenz versammelt, um die "Endlösung der Judenfrage" zu besprechen. Die Konferenz wurde von Adolf Eichmann geleitet, der die "Endlösung" in der "Final Solution" übersetzte. Die Konferenz wurde von der Propaganda als "Final Solution" bezeichnet. Die Konferenz wurde von der Propaganda als "Final Solution" bezeichnet.

Der "normale Terror" der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Der Plan der Wannsee-Konferenz: Die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung Europas

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

Die "normale" Terror-Verfahren der Nazifaschisten

## **Solidarität mit den fünf inhaftierten kurdischen und türkischen Antifaschistinnen und Antifaschisten!**

Im November 1992 holte der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus zu einem neuen Schlag gegen anti-nazistische Kräfte aus. Diesmal gegen organisierte, vor allem kurdische und türkische Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Westberlin. Es folgte eine Welle von Observationen, Vorladungen, Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Bis jetzt wurden Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahretin verhaftet. Sie sind verschärften Haftbedingungen ausgesetzt. Fatma ist beispielsweise 23 Stunden am Tag isoliert, und allen fünf wird die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen verwehrt. Darüberhinaus stehen noch mindestens fünf Haftbefehle aus. Gegen eine unbekannte Zahl weiterer Antifaschisten wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ein ähnlicher Fall wird gerade in Hamburg verhandelt.

Das politische Kalkül des west/deutschen Staatsapparats zur Einschüchterung und Verfolgung der antifaschistischen Kräfte wird schon allein im Vorgehen der Polizei offensichtlich: Fatma wurde bei der Hausdurchsuchung eine Pistole an den Kopf gehalten, den Eltern eines Gesuchten wurde unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ihr Sohn erschossen würde, falls er bei seiner Festnahme Widerstand leistet. Ein Taschenmesser gehörte schon ...

Vorwand für die Verfolgungswelle ist der Tod des Nazi-Funktionärs der "Deutschen Liga", Gerhard Kaindl, der im April 1992 erstochen wurde, als er sich in einem westberliner Restaurant mit Funktionären verschiedener Nazi-Organisationen traf.

Der "Fall Kaindl" ist auch ein weiteres Lehrstück für die Komplizenschaft des west/deutschen Staatsapparats mit den Nazi-Banden. Schon vor über einem Jahr, im Herbst 1992, konnte die Nazi-Zeitung "Deutsche Rundschau" (Nr. 10/92) berichten, "sämtliche acht Täter" seien ermittelt, auch deren Namen und Anschriften seien bekannt. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß einem bei dem Treffen mit Kaindl anwesenden Nazi während eines Verhörs durch die Staatsschutzbehörden Namen und andere persönliche Daten der Beschuldigten übermittelt worden waren.

Welches Ziel verfolgt der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus mit dieser Aktion? Zunächst einmal geht es ganz konkret um die Zerschlagung organisierter antifaschistischer Strukturen. Gleichzeitig soll an einigen engagierten Antifaschistinnen und Antifaschisten ein Exempel statuiert werden, um die antinazistischen Kräfte insgesamt einzuschüchtern und von einem entschlossenen Kampf gegen die Nazis abzuhalten.

**Unterstützt und solidarisiert Euch mit den fünf inhaftierten Antifaschisten und Antifaschistinnen!**

**Ihre Anschrift:**

Erster Umschlag an Staatsanwaltschaft Berlin, z.H. STA Nielsen, Az.: 1 Kap Js 679/92, Turmstr. 91, 10548 Westberlin. Zweiter Umschlag:

Abidin Eraslan, BuchNr. 5455/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12 a, 10559 Westberlin;  
Mehmet Ramme, BuchNr. 5436/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Westberlin;  
Fatma Balimir, BuchNr. 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Ölbricht-Damm 17, 13627 Westberlin;  
Erkan Sönmez, BuchNr. 121493-2, JVA Tegel, Psychiatrisch-Neurologische Abteilung, Seidelstr. 39, 13507 Westberlin;  
Bahretin Yoldas, Jugendstrafanstalt Plötzensee, Friedrich-Ölbricht-Damm 40, 13627 Westberlin

## **Der Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck**

ist nur die vorläufig letzte bekanntgewordene Verbrechenstat der sich formierenden nazistischen Bewegung.

Die Polizei, die genau über die Nazi-Szene in Norddeutschland nach "eigenen Angaben" durch ihre infiltrierten Spitzel informiert ist, und angeblich die Synagoge "Tag und Nacht bewacht hat", sah nichts, hörte nichts und weiß nichts, während zehntausende von Polizisten Tag und Nacht die kurdischen Werktätigen inhaftieren, überwachen, bedrohen, schikanieren und abschieben, bzw. der west/deutsche Staatsapparat Massenabschiebung in großem Ausmaß in der Öffentlichkeit vorbereitet, ohne in der Zwischenzeit auf stille Abschiebungen zu verzichten.

Daß von Nazis neben anderen Verbrechen nichts anderes zu erwarten ist, als daß sie Synagogen anstecken, ist nur die eine Seite der Sache. Daß sie aber mit zunehmender Zustimmung für solche Aktionen rechnen können, daß sich die gesamte Atmosphäre in einer Richtung ändert, daß aus der Sicht der Nazis sozusagen aus Gründen der "Öffentlichkeitsarbeit" nun Synagogen und nicht mehr allein Häuser von Asylsuchenden angesteckt werden - das zeigt, wie die Herrn Politiker, Professoren und breite Teile der Öffentlichkeit den Boden vorbereiten und vorbereitet haben, damit solche Anschläge auf Synagogen auf dünnsten Protest stoßen, ja im Grunde zur "Normalität" gerechnet werden.

Das gemeinsame Programm aller Sorten von Antisemiten ist: "Der Jude stört" - egal in welchem Ausmaß, mit welchem Unterton und welcher Drohung dies ausgesprochen, vorgedacht und angedeutet wird: "Der Jude stört", denn allein, daß er überlebt hat, daß er direkt oder indirekt an den Völkermord, an Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor und Chelmo erinnert, "stört" den ideologischen Vormarsch des west/deutschen Imperialismus. Alle wohlklingenden Reden und "Solidaritätserklärungen", "Gedenkfeiern" der Politiker und Medien des west/deutschen Imperialismus beweisen es nur: "Der Jude stört"! Er muß entweder durch heuchlerisches Gerede stillgestellt, eingeschüchtern, am Besten aber als "undeutsch" und "antideutsch" auf allen Ebenen diskreditiert werden. Das ist bei allen Unterschieden, ja Gegensätzen zwischen den verschiedenen politischen Abteilungen des west/deutschen Imperialismus das gemeinsame Programm des deutschen Chauvinismus und Antisemitismus, das gemeinsame Programm auf dem Vormarsch des west/deutschen Imperialismus! Und da brennt eben auch wieder eine Synagoge!

Der notwendige radikale Kampf gegen den Antisemitismus ist immer verbunden mit dem ideologischen Kampf gegen den deutschen Chauvinismus und die Weltherschaftspolitik des west/deutschen Imperialismus!

**Solidarität mit der von dem Nazi-Terror betroffenen jüdischen Bevölkerung!**

**Tod dem Antisemitismus!  
Tod dem deutschen Chauvinismus!  
Tod dem west/deutschen Imperialismus!**

## **Magdeburg:**

### **Zusammenspiel von Polizei und Nazis!**

Magdeburg 12. Mai 1994: In SA-Manier marschieren 150 Neonazis - Skinheads, Hooligans und andere - auf und terrorisieren praktisch ungestört den ganzen Tag lang Menschen aus anderen Ländern. Gezielt machen sie Jagd auf einige Schwarzafrikaner, die sie durch die ganze Stadt hetzen. Nur die mutige Gegenwehr einiger Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei verhinderte den öffentlichen Totschlag - unter den Augen der Polizei.

Diese zeigte sich natürlich von den "Vorkommnissen" völlig überrascht - als wären die Pläne zu den pogromartigen Ausschreitungen nicht vorher bekannt gewesen, als hätte sie "übersehen", daß vor den Toren der Stadt ein Neonazi-Zeitlager stattfand.

Doch kaum hatte sie ihre "Überraschung" überwunden, griff sie beherzt ein: Die Anti-Nazi-Kräfte wurden brutal zusammengeknüpelt... Augenzeugen berichteten, daß Antifaschisten von den Polizeibeamten festgehalten wurden, damit sie von den Nazis verprügelt werden konnten. Schließlich wird die Stadt hermetisch abgeriegelt, als weitere Antifaschisten und Asylbewerber den Angegriffenen zur Hilfe kommen wollen.

Ein politischer - sprich: rassistischer, deutsch-chauvinistischer und nazistischer - Hintergrund wird bereits in den ersten offiziellen Verlautbarungen ausgeschlossen, keineswegs habe es sich um eine organisierte Nazi-Aktion gehandelt. Als "spontane Randalie" einiger Jugendlicher, denen "Alkohol und Sonne" zu Kopf gestiegen seien, werden die pogromartigen Ausschreitungen verharmlost!

Die wenigen Neonazis, die dann doch in "Polizeigewahrsam" landen, haben kaum etwas zu befürchten: Binnen weniger Stunden sind sie wieder auf freiem Fuß, Ermittlungsverfahren - so wird versichert - würden wohl nicht eingeleitet, da Einzelstraftaten nicht nachweisbar seien!

Selten so offen wurde die direkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Neonazis sichtbar: die Neonazis können unter Duldung und Schutz der Polizei ungehindert aufmarschieren, ihr verbrecherisches Werk verrichten, Gegenaktionen werden von der Polizei unterbunden! Festgenommene Neonazis werden laufengelassen, Ermittlungsverfahren eingestellt. Wieder einmal zeigte sich, daß der west/deutsche Staatsapparat durch seine Propaganda und seine chauvinistische Hetze nicht nur die Atmosphäre schafft, in der die von ihm genährten Nazi-Banden ihr Unwesen treiben, sondern direkt mit diesen gegen die Antifaschisten zusammenarbeitet.

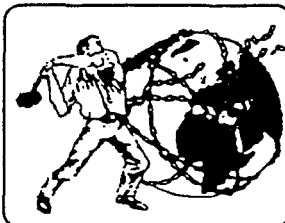
Wieder einmal wurde überdeutlich, daß die Hoffnung, von staatlichen Stellen, von der Polizei gegen die Neonazis geschützt zu werden, ein folgenschwerer, unter Umständen tödlicher Irrtum ist. Gegen die braune Pest hilft nur die Organisation einer eigenständigen Gegenwehr - mit allen Mitteln!

**Die braune Pest zerschlagen!**

**Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!**

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

8/94

August 1994

## Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!

Die Polizei des west/deutschen Imperialismus terrorisiert in den letzten Wochen zunehmend die Genossinnen und Genossen der "Autonomen ANTIFA (M)" in Göttingen durch Hausdurchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlung, Androhung von Haft und durch das Damoklesschwert der Verfolgung einer "kriminellen Vereinigung". Dieser Polizeiterror ist Teil der in den letzten Monaten verstärkten Verfolgung all derjenigen Kräfte, die sich konsequent sowohl gegen den Nazi-Terror als auch die staatliche Faschisierung zur Wehr setzen.

Generell ist es seit der Existenz der BRD immer so gewesen, daß Nazis geschont und Anti-Nazis verfolgt wurden. Die Besonderheit der Situation der letzten Jahre ist, daß angesichts der Nazi-Mordtaten das sogenannte "Ansehen Deutschlands" international gelitten hat, so daß eine heuchlerische Erklärung nach der anderen über die "nötige Zivilcourage" aus den Politiker-mäulern tropfte, während gleichzeitig Fototrups und Eingreifkommandos der Polizei die Nazi-Versammlungen und -Aufmärsche gegen die Anti-Nazi-Kräfte schützten, die ihrerseits verfolgt, geschlagen, ja getötet wurden!

In den Morgenstunden des 5. Juli 1994 ging das niedersächsische Landeskriminalamt in einer großangelegten Durchsuchungsaktion, unterstützt durch Beamte des Bundeskriminalamtes, der Bezirksregierung Braunschweig und der Göttinger Polizei, gegen 17 angebliche Mitglieder der "Autonomen Antifa (M)" vor. Durchsucht wurden die Wohnungen der Betroffenen, teilweise auch die Wohnungen von Angehörigen und ehemalige Arbeitsstellen sowie Räume des ASTA und der "Buchladen Rote Straße", Kontaktadresse der ANTIFA (M) in Göttingen. Tags darauf folgten noch eine Druckerei und ein Belichtungsstudio. Türen wurden aufgebrochen, Fenster eingeschlagen, um an "belastendes Materi-

al" zu kommen: Säckeweise schleppte die Polizei Aktenordner, mehrere Computer, Disketten, handschriftliche Aufzeichnungen, persönliche Utensilien und anderes mehr ab, um die Anschuldigung "kriminelle Vereinigung gemäß 129" gegenüber der ANTIFA (M) zu untermauern. Außerdem wird gegen sie nach 129a ermittelt, weil sie angeblich für "die terroristische Vereinigung RAF wirbt und auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der RAF unterhält".

Gegen die Staatsschutz-Razzia wurde mittlerweile Strafantrag und Strafanzeige wegen "Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede, falscher Verdächtigung sowie des Straftatbestandes der Verfolgung Unschuldiger" gestellt - eine Anzeige, die die Staatsanwaltschaft aber mittlerweile abgewiesen hat.

Daß nun in den letzten Wochen nach bereits jahrelangen Ermittlungen verstärkt gerade die ANTIFA (M) in Göttingen ins Visier der "Staats-schützer" geraten ist, hat seine Gründe in der

### Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944

■ Jeder Verfolgte des Nazi-Regimes hätte mit Freude und Genugtuung registriert, wenn ein Attentat auf Hitler geglückt wäre. Dies gilt auch für das Attentat am 20. Juli 1944. Ob von wirklichen Nazi-Gegnern oder von konkurrierenden Nazi-Fraktionen und verbrecherischen Nazi-Generälen, die Angst vor der völligen Niederlage Nazi-Deutschlands hatten - ein erfolgreiches Attentat hätte den Nazi-Staat auch in der Situation im Juli 1944 geschwächt und dem Vormarsch der eigentlichen anti-nazistischen Kräfte, der alliierten Armeen, der Partisaninnen und Partisanen und des wirklichen Widerstandes in Deutschland selbst genützt.

■ Das Attentat am 20. Juli 1944 samt seiner Hauptakteure war kein grundlegender Widerstand gegen das Nazi-Regime, bewegte sich vielmehr im Rahmen von Rettungsplänen des deutschen Imperialismus mit dem Ziel, den Nazi-Staat im Inneren zu konservieren und erobertes Territorium in größtmöglichem Umfang in Besitz zu behalten. Daß auch wirklich anti-nazistische Kräfte dennoch Kontakt und Zusammenarbeit mit den nazistischen Generälen suchten, es punktuell sogar diese oder jene Zusammenarbeit gab, hat seine Ursache nicht in einer idealisierten, verklärenden Einschätzung der reaktionären Hauptakteure, sondern in der durch die Situation des mörderischen Krieges begründeten Gesamtlage: Die Zersetzung des Nazi-Staates war eine entscheidende Aufgabe, um den Vormarsch der militärischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition zu erleichtern.

■ Kriterium für wirklichen Widerstand gegen den Nazi-Staat war die entschiedene Zusammenarbeit mit den bewaffneten Kräften der Anti-Hitler-Koalition, später die vorbehaltlose Anerkennung des Potsdamer Abkommens und der darin festgelegten Maßnahmen. In der Diskussion über die Einschätzung der diversen sich gegen Hitler wendenden Kräfte zu den verschiedensten Zeitpunkten ist es daher völlig klar, daß die Motive und Ziele der Militäristen, preußischen Adligen und rechten Sozialdemokraten im Rahmen des deutschen Imperialismus blieben, sie den Nazi-Staat lediglich "reformieren" und vor der militärischen Niederlage bewahren wollten.

■ Der wirkliche Widerstand, vor allem durch die Kader der Kommunistischen Partei, durch einzelne Mitglieder sozialistischer oder auch sozialdemokratischer Teilorganisationen, der "Weißen Rose", der "Edelweißpiraten" usw. zeichnete sich dagegen durch die Ablehnung des gesamten Nazi-Staates und die begeisterte Begrüßung des Vormarsches der alliierten Armeen aus.

■ In ganzer Schärfe wird das Problem folgendermaßen klar: Die insbesondere in Polen inhaftierten, vor der Massenmordung stehenden Häftlinge in den KZs und Vernichtungslagern fielen täglich dem Vormarsch der Roten Armee entgegen und warteten nicht etwa auf das Attentat der Nazi-Generäle gegen Hitler.

■ Die heutigen Ideologen der west/deutschen Imperialisten berufen sich nicht ganz zu Unrecht auf den sogenannten "Widerstand" der Nazi-Generäle: Während sie einerseits Bundeswehrkasernen nach Durchhalte-Nazis wie dem General Dietl benennen, liefern andererseits die zutiefst antidemokratischen Erklärungen des Stauffenberg-Kreises in der Tat auch zentrale programmatische Zielvorstellungen für den heutigen west/deutschen Imperialismus: andere Völker mit möglichst geringem Risiko auszubeuten und im Inneren einen reaktionären, auf militärische und polizeistaatliche Operationen gegründeten "starken Staat" zur Sicherung der Ausbeuterordnung und des Ausbeuterfriedens zu festigen.

■ Ziel der Propaganda und des Mythos vom "Widerstand" des 20. Juli 1944 ist es vor allem auch, die Realität des zwar schwachen, aber dennoch bedeutsamen, vor allem von kommunistischen Kräften geführten demokratischen Widerstandes während der Nazizeit zu verschweigen, zu vertuschen und zu diffamieren.





## Hausdurchsuchungen in Göttingen bei Antifaschistinnen und Antifaschisten

### Presseerklärung der Autonomen Antifa (M)

Am Dienstag, 5. Juli 1994, stürmten zeitgleich gegen 6.30 Uhr Sondereinsatzkommandos und Polizeikräfte des Bundeskriminalamtes, des Landeskriminalamtes Niedersachsen, der Bezirksregierung Braunschweig und der Göttinger Polizei im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Celle Wohnungen von insgesamt 15 Personen. Desweiteren wurden Räumlichkeiten im AstA der Universität Göttingen, im Buchladen Rote Straße sowie Arbeitsplätze der Betroffenen sowie Wohnungen von Angehörigen der betroffenen Personen durchsucht.

Dabei wurde zum Teil rechtswidrig vorgegangen, unter anderem wurden Türen aufgebrochen, Fenster eingetreten und Räume durchsucht, deren BewohnerInnen nicht von den Ermittlungen betroffen waren.

Es wurden zahlreiche Materialien beschlagnahmt, darunter säckeweise Aktenordner, mehrere Computer, persönliche Utensilien und verschiedene andere Sachen.

Die Durchsuchungen richteten sich gegen angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M). Erklärtes Ziel war es, "Beweismittel zu den Zielen, zur Strategie

und Taktik dieser Gruppierung sowie zu der Einbindung ihrer Mitglieder (zu) erbringen".

Politisches Ziel der Ermittlungen ist die Durchleuchtung und Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) und ihrer Politik. Seit Herbst 1991 wird zu diesem Zweck gegen angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) nach § 129 (Mitgliedschaft in/Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) und nach § 129a Abs. 3 (Werbung für eine terroristische Vereinigung) ermittelt.

Dabei bestätigt die Generalstaatsanwaltschaft in ihrer eigenen Presseerklärung vom 5. Juli 1994 die von der Autonomen Antifa (M) bereits veröffentlichte Einschätzung, daß sich die Kriminalisierung vor allem gegen die erfolgreiche legal angelegte Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik richtet, durch die antifaschistische Politik in breiten Kreisen der Bevölkerung in Südniedersachsen akzeptiert und verankert worden ist.

Um diese erfolgreiche Politik zu kriminalisieren und den antifaschistischen Widerstand zu spalten, erfindet die Generalstaatsanwaltschaft u.a. "auf mehreren Ebenen enge Kontakte (der Autonomen Antifa (M)) zu Mitgliedern (...) der RAF". Über dieses Konstrukt soll

der antifaschistische Widerstand diskreditiert, isoliert und letztlich zerschlagen werden. Die Organisation und gesellschaftliche Etablierung einer breiten antifaschistischen Bewegung soll verhindert werden.

Politisch ist dieser Angriff des Staatsschutzes logisch. Die politische Arbeit einer Gruppe, die den Zusammenhang zwischen Faschismus und Imperialismus benennt und angeht, die antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik betreibt und damit erfolgreich ist, steht den Interessen dieses Staates entgegen und wird vom Staatsschutz folglich bekämpft.

**Die Autonome Antifa (M) wird auch in Zukunft ihre Politik fortsetzen und sich der Kriminalisierung offensiv und öffentlich entgegensetzen.**

**Keine Kriminalisierung des autonomen Antifaschismus!**

**Hoch die antifaschistische Solidarität!**

5. Juli 1994, Autonome Antifa (M)

radikaldemokratischen Tradition der linken Bewegung gerade in Göttingen und Umgebung. Mit der Verfolgung und Kriminalisierung einer der aktivsten antifaschistischen Initiativen versucht der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus die gesamte Bewegung gegen Nazis und staatliche Faschisierung einzuschüchtern.

### Die "Autonome Antifa (M)"

Die Gruppe trat erstmals 1990 als "Autonome Antifa (M)" öffentlich auf.

Durch die Betonung des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Faschismus und Imperialismus, zwischen Nazi-Gruppen und staatlicher Faschisierung gab sich diese Gruppe eine über einzelne Projekte hinausgehende politische Orientierung und Perspektive. Entgegen den antikomunistischen Anfeindungen aus der "autonomen Szene" verteidigten sie ihr Anknüpfen auch an den Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Die ANTIFA (M) vertritt ein verbindliches Organisationsprinzip und betont die Notwendigkeit der Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten - ohne dem Legalismus das Wort zu reden. (Hier liegt natürlich ein zentrales Problem und eine ernste Gefahr. In jedem einzelnen Fall wird die Polizei mit all ihren Mitteln natürlich den Druck erhöhen, "feilschen" und versuchen, eine "Zusammenarbeit" vorzutauschen oder auch herzustellen. Diese Dinge können nur konkret, mit Fakten und Beweisen, nicht aber auf dem Weg der Gerüchte und Verleumdungen diskutiert werden.)

Durch diese Politik, durch zahlreiche Veranstaltungen, Herausgabe von Flugblättern und Broschüren und nicht zuletzt durch gelungene Aktionen ist die ANTIFA (M) nicht nur zu einem wichtigen Zentrum des antifaschistischen Kampfes im Göttinger Raum geworden, sondern ist auch bundesweit bekannt geworden:

Nicht vergessen ist die kämpferische Demonstration anlässlich der Ermordung von Conny Wessmann,

die bei einer antifaschistischen Aktion 1989 von der Polizei vor ein fahrendes Auto gehetzt wurde, nicht vergessen sind die konsequenten Aktionen gegen die Nazi-Zentren in Mackenrode 1988, in Adelebsen 1993 und in Northeim 1994, an denen die Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) nicht unwesentlichen Anteil hatten, sowie die Aufklärungsarbeit über die Ermordung von Wolfgang Grams. Die ANTIFA (M) hat auch konsequent ihre Möglichkeiten genutzt, um in Magdeburg den dortigen Genossinnen und Genossen angesichts der direkten und ganz offenen Zusammenarbeit zwischen Nazi-Mördern und Polizei sofort alle Hilfe zukommen zu lassen.

### Die braune Pest zerschlagen!



**Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!**

Außerdem haben die Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) seit längerer Zeit Diskussionsbeiträge zur Vereinheitlichung und organisatorischen Zusammenarbeit antifaschistischer Kräfte verbreitet und haben diesen Zusammenschluß maßgeblich mit vorangetrieben. Sie sind eines von mehreren Zentren im praktischen Kampf gegen die Faschisierung des Staates und die Nazi-Banden geworden.

Das sind die Ursachen für den verschärften Polizeiterror und gleichzeitig die Gründe für die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen.

### Unsere Position

Auch wenn unsere Hauptaufgabe eindeutig der Aufbau der Kommunistischen Partei ist und hierbei der theoretischen Klarheit in allen großen, grundlegenden Fragen entscheidende Bedeutung zukommt, ist es selbstverständlich auch unsere Aufgabe, im Rahmen unserer Möglichkeiten an praktischen Kämpfen, auch wenn sie im Kern lediglich demokratischen, radikal-demokratischen, gegen diesen Staat gerichteten Charakter haben, teilzunehmen, in sie einzugreifen.

Entsprechend unseren Kräften ist es selbstverständliche Aufgabe aller unserer Genossinnen und Genossen, gegen die Faschisierung des Staatsapparates und die Nazi-Banden konsequent und militant zu kämpfen.

So haben wir im "Antifa-Bereich" in den letzten Jahren vor allem mit Plakaten und Broschüren eingegriffen: zu den Nazi-Morden, zu den Ereignissen in Rostock etc. Vor einigen Jahren hatten wir anlässlich des gegen uns gerichteten Prozesses im Rahmen der Anti-Volkszählungskampagne versucht, bundesweit in den Kampf gegen die Faschisierung einzugreifen.

Über diesen radikal-demokratischen Bereich hinaus haben wir eine Reihe von antinazistischen Flugblättern von unserem kommunistischen Standpunkt aus geschrieben und verbreitet.

Es ist schwierig, hier das Wechselverhältnis richtig zu bestimmen zwischen den unumgänglichen Aufgaben im demokratischen Kampf mit allen seinen Gesichtspunkten und dennoch die kommunistische Propaganda nach außen zu verstärken und vor allem vorrangig die Kraft in den Aufbau der Kommunistischen Partei zu stecken. Die Kraft zu konzentrieren auf die Herausarbeitung ihrer kommunistischen, theoretisch begründeten Linie unter Berücksichtigung der Besonderheiten Westdeutschlands, auf die Schulung unserer Kader auf theoretischem und praktischem Gebiet und auf die Schaffung einer militanten Organisation.



Doch unter der Flagge "Kümmern wir uns nur um die sozialistische Revolution" kann gerade auch der unbedingt notwendige demokratische Kampf gegen Nationalismus und Rassismus, gegen Besonderheiten des west/deutschen Imperialismus sabotiert und hintertrieben werden.

Deshalb ist es sehr wichtig, den demokratischen Kampf auf die Besonderheiten des eigenen Imperialismus zuzuspitzen, wirklich dem Hauptfeind der sozialistischen Revolution auch seine schein-demokratische Maske durch den aktiven demokratischen Kampf herunterzureißen. In diesem Sinne ist der vorantreibende demokratische Kampf ein Hebel für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution, ja ohne ihn ist an eine sozialistische Revolution, die den Namen verdient, gar nicht zu denken.

Deshalb streben wir gerade im demokratischen Bereich die Zusammenarbeit mit allen anderen konsequent demokratischen und revolutionären Kräften an, deshalb lenken wir die Aufmerksamkeit auf die revolutionären Genossinnen und Genossen in den Betrieben. Die Zusammenarbeit mit anderen Kräften setzt Solidarität, aber auch Diskussionsbereitschaft und gegenseitige Kritik voraus. Denn nur so kann wirklich eine langfristige und fruchtbare Zusammenarbeit entstehen!

Dabei ist unsere Position, daß ohne eine feste, zielklare Kommunistische Partei jede demokratische Bewegung früher oder später in die Gefahr gerät, im reformistischen Sumpf zu versinken oder aber zerrieben zu werden!

Auch ist die Gefahr groß, daß ohne zielklare Kommunistische Partei mit ihrer Verbindung von legaler und illegaler Arbeit die nötige legale Arbeit im demokratischen Bereich beginnt, ein Gegengewicht zu werden gegenüber nötigen militanten Aktionen, ja, sogar zur Verdrängung und Behinderung solcher Aktionen führt.

Unser Standpunkt ist, daß die legale demokratische Arbeit nicht den demokratischen militanten Kampf ausschließen oder behindern darf! Im Gegenteil!

Wir meinen, daß der demokratische Kampf in all seinen Formen kein Selbstzweck ist, sondern der Bewußtwerdung und Organisierung vor allem des Kampfes für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution dienen soll!

Dieses Flugblatt wird im Zuge der engeren Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht.

## BUCHLADEN Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

\* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

\* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

\* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr,

Samstag 10 - 13 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

## Einige Diskussionspunkte zur Konzeption der Antifa (M)

Bei der Diskussion mit der Antifa (M) wird folgendes Dilemma sichtbar werden: An ihrer Haltung zum antifaschistischen Kampf heute haben wir im radikal-demokratischen Rahmen erst einmal so gut wie keine Kritik.

Das Problem beginnt da, wo sie den Rahmen des antifaschistischen Kampfes überschreiten und sprengen wollen, dort, wo sie beispielsweise auf die Kritik am Pseudosozialismus in der DDR eingehen, Ideale des Sozialismus propagieren.

Hier können wir sie nicht im Rahmen eines antifaschistischen Kampfes kritisieren. Die Kritik an ihren Positionen hierzu kann sozusagen nur von "kommunistischer Organisation" zu "kommunistischer Organisation" erfolgen. Die Antifa (M) hat aber nach außen hin keinen klar kommunistischen Anspruch. Etwa die Haltung zum Sozialismus als Kriterium der Mitgliedschaft einer Antifa-Organisation aufzustellen, fänden wir auch falsch, sähen das als unnötige Einengung des demokratischen Kampfes an.

Wir meinen, daß sich unsere Kritik an solchen Punkten nicht an sie als Antifa-Organisation richten kann. Doch wenn die Antifa (M) weitergehende Positionen propagiert, muß sie sich auch weitergehende Kritiken gefallen lassen, die den unmittelbaren Rahmen des antifaschistischen demokratischen Kampfes überschreiten.

Zum Beispiel unsere Kritik an ihrer Haltung zum Sozialismus: Die notwendige und berechtigte Kritik an dem Pseudosozialismus in der DDR erscheint uns sehr wichtig, ihre knappe Bemerkung dazu aber ganz falsch: Die Ursache wird hierfür nicht in Deutschland, nicht in den Fehlern der SED, sondern in erster Linie bei "äußeren Faktoren", spricht: der Sowjetunion, den "Stalinisten" gesucht. (siehe "Zwischenzeiten - 14 Thesen zum Imperialismus")

Unsere Analysen dieser Fragen ergeben, daß in erster Linie nationalistische Fehler, revisionistische Fehler in der SED-Führung entscheidend waren.

Unsere zweite Kritik ist banal, da bekannt ist, daß wir (ebenso wie die Genossinnen und Genossen der Antifa (M), wie wir mit Interesse festgestellt haben) als "Stalinisten" verschrien sind. Wir kritisieren Ihre Übernahme bürgerlicher Stereotypen ("Stalinisten"), anstatt eine solidarische, kritische Analyse der Zeitspanne bis 1952 in der Sowjetunion zu leisten. Abgesehen davon, daß in der Sowjetunion unter Führung Lenins und Stalins die Diktatur des Proletariats gefestigt wurde, die die Konterrevolution niederschlug und sozialistische Demokratie für die werktätigen Massen verwirklichte, muß für einen Antifaschisten eigentlich klar sein: Die sowjetischen Genossinnen und Genossen hatten an vorderster Front gestanden, als es galt, der Nazi-Armee und Hitler das Genick zu brechen. Diese antifaschistische Leistung Stalins, der KPdSU(B), der Roten Armee, der sowjetischen Partisanen, der Kommunistischen Parteien vieler Länder, die sich klar zu Marx, Engels, Lenin und Stalin bekannten, kann unserer Meinung nach nur zur Solidarität mit Genossen Stalin verpflichten. Das schließt solidarische Kritik an den kommunistischen Parteien dieser Zeitspanne nicht aus.

Unsere dritte Kritik betrifft programmatische Grundlagen: Ohne Diktatur des Proletariats, ohne eine darauf gegründete und von ihr beschützte sozialistische Demokratie, kann es unserer Meinung nach keine wirkliche Emanzipation, keine tiefgehende Befreiung, keinen Sozialismus geben - mit allen Problemen, die damit zusammenhängen. Hier werden die Genossinnen und Genossen der Antifa (M) von den Anarchisten in die Defensive gedrängt, hierzu sagen sie nichts. (Was ein "Antifa" ja auch nicht muß, aber hier wurde von ihnen ja eben die Frage des Sozialismus angeschnitten)

Dasselbe gilt für die Frage des Aufbaus einer kommunistischen Partei mit fester, zur Gewohnheit gewordener innerparteilicher Demokratie und überzeugender, an den Aufgaben des revolutionären Kampfes orientierter bewußter Disziplin.

Um es zu verdeutlichen: Erst die Schulung in den Kommunistischen Parteien, erst die Existenz von Organisationen der Kommunistischen Parteien in den KZs und in den Vernichtungslagern, in den Partisaneneinheiten, in den illegalen Organisationen in Deutschland während der Nazi-Zeit ermöglichten den Genossinnen und Genossen, maßgeblichen und führenden Anteil an einem solchen Widerstand zu haben, wie ihn etwa Ingrid Strobl in groben Zügen richtig beschrieben hat! Um die Frage der Kommunistischen Partei kommt man letztlich nicht herum, das wissen die anarchistisch-libertären Kräfte und sticheln da mächtig.

Als Letztes: Wenn klar ist, welchen Schaden für die Ideale des Kommunismus und Sozialismus die erbärmlichen Erfahrungen der DDR, der Sowjetunion und anderer pseudosozialistischer Länder in den letzten Jahrzehnten angerichtet haben, dann ist auch klar, daß die dafür verantwortlichen Kader nicht einfach "irrende Genossinnen und Genossen" sind, die nun im Rahmen des "Antifa-Kampfes" von uns begleitet in die Arme geschlossen werden könnten.

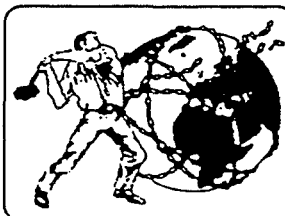
Das ist ein großes und ernstes Problem, da PDS (und auch DKP und VVN) ja eigentlich schon ein "Antifa-Angebot" an alle Jugendlichen machen, immer reformistischer, legalistischer und schleimiger werden. Wir - und da sehen wir einen Schwachpunkt der Antifa (M) - müssen **klar** und **deutlich** sagen, warum wir uns diesem Angebot **nicht** anschließen.





PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

12/94

Dezember 1994

**In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!**

## **Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!**

Die Organisatoren der Nazi-Morde in Deutschland laufen weitgehend frei herum. Einer jedoch nicht mehr: Der Nazi-Kader Kaindl kann keine Morde mehr planen und organisieren, er kann keine rassistischen und nationalistischen Mordparolen mehr von sich geben, denn einige Messerstiche beendeten sein braunes Nazi-Leben.

Es existieren bereits *Elemente des Bürgerkrieges* in Deutschland: die mehr als 80 Nazi-Morde, die unzähligen Nazi-Mordanschläge, Hetzjagden und Überfälle auf Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, auf Asylsuchende, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, auf Jüdinnen und Juden, auf Sinti und Roma - all dies wird unweigerlich dazu führen, daß die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen. Es wird unweigerlich dazu führen, daß sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorkommen versuchen. Und es sind nicht wenige Nazi-Kader, die noch nahezu unbehelligt herumlaufen können. Kaindl wird nicht der letzte Nazi-Kader sein, der in den zunehmend bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen durch Messer, Schläge oder sonstiges auf der Straße tot liegenbleibt.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Vor zweieinhalb Jahren, am Abend des 4.5.1992, treffen sich in einem China-Restaurant einige führende Nazi-Kader, die allesamt schon auf eine "langjährige Nazi-Karriere" zurückblicken können. Sie sind dabei, Nazi-Terror zu planen und zu organisieren, ihre nächsten Nazi-Veranstaltungen und -Aufmärsche, Angriffe und Überfälle zu besprechen. In der Manier "deutscher Herrenmenschen" pöbeln sie einen Blumenverkäufer aus Pakistan mit rassistischen Beschimpfungen an.

Hilfe wird geholt, einige beherzte Antifaschistinnen und Antifaschisten jagen das Nazi-Treffen auseinander. Kaindl droht mit einer Waffe und bleibt nach einem Handgemenge tot liegen. Nun geht ein "Schrei der Entrüstung" durch die bürgerliche Presse bis hinein in sich als links verstehende Kreise. Die Grünen in Westberlin fordern im Nachtrab ihrer imperialistischen Herren - entsprechend der dreckigen Lüge "Gewalt ist gleich Gewalt" - die "Entwaffnung aller politischen Gruppierungen in der Stadt" (taz, 6.4.92). Als Antwort auf ein Papier, in dem die Tötung eines Nazis als "tragbares Risiko im antifaschistischen Kampf" eingeschätzt wird, hat die Redaktion der Interim (Nr. 189) nichts Besseres zu tun, als vor einer "Totschlagsmentalität" nicht etwa der Nazis, sondern der antifaschistischen Kräfte zu "warren".

Tatsache ist: Die Solidarität mit den vom Nazi-Terror Verfolgten ist nichts als Heuchelei, wenn sie da aufhört, wo die Verfolgten und Bedrohten sich dagegen wehren, erschlagen, verbrannt, zu Tode gehetzt zu werden. Sie ist nichts als Heuchelei, wenn den Verfolgten und Bedrohten das legitime Recht aberkannt wird, sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß die Nazis gegen sie zu Mord und Totschlag aufrufen. Denn eines ist klar: Jeder Nazi-Kader verfolgt ein Mordprogramm, wir müssen damit rechnen, daß jeder Nazi-Kader bewaffnet ist, und über etwaige Skrupel dieser Mordbrenner dürfen wir uns keine Illusionen machen. In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadem geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Hier stellt sich jeder Genossin, jedem Genossen die Frage, wo sie oder er steht. Soll man etwa allen Auseinandersetzungen vorsorglich aus dem Wege gehen, weil das "Risiko" besteht, daß ein Nazi-Mörder dabei getötet wird? Wir sagen ganz entschieden: Nein! Unsere Position zu den Vorgängen bei der Zerschlagung des Nazi-Treffens in Berlin ist:

○ Es ist richtig, daß die Genossen und Genossinnen ein Treffen der Organisatoren des Nazi-Terrors auseinanderjagen, den Nazis auf ihre Beschimpfungen und Pöbeleien eine gebührende Antwort geben wollten.

### **Demonstrationen in Essen und Worms: Polizeistaat in Aktion!**

#### **10. Dezember 1994 in Essen:**

Unter dem Motto "Gegen ein Europa der vereinigten Ausbeutung! EU-Gipfel angreifen!" fand in Essen eine Demonstration gegen das Gipfeltreffen des "Europäischen Rates" statt. Auch eine tagelange Hetzkampagne der bürgerlichen Medien und ein Verbot durch das Verfassungsgericht erzielten die beabsichtigte Wirkung bei den ca. 1500 Demonstrantinnen und Demonstranten nicht. Neben einer Unmenge von Zivilpolizisten sollten über 8000 Polizisten, darunter auch Einheiten des SEK und des Bundesgrenzschutzes, für imperialistische Friedhofsruhe in der Stadt sorgen. Unter brutalem Knüppel-einsatz kesselten sie mehrere, sich immer wieder neu formierende Demonstrationzüge ein, führten die eingekesselten Demonstrantinnen und Demonstranten einzeln ab und nahmen sie in "Polizeigewahrsam". Doch die Demoteilnehmer ließen sich nicht einschüchtern, formierten sich zu mehreren Hundert immer wieder zu neuen Demozügen.



10.12.1994 in Essen: Polizeistaat in Aktion

#### **10. Dezember 1994 in Worms:**

Rund 800 Demonstrantinnen und Demonstranten beteiligten sich in Worms an einem Protestzug gegen die menschenverachtende Asylpolitik und den Abschiebeterror des deutschen Imperialismus. Schon im Vorfeld hatte die Staatsanwaltschaft gegen die 750 Erstunterzeichner des Demonstrationsaufrufes ein Verfahren wegen "Aufrufes zu strafbaren Handlungen" eingeleitet, waren bei den Organisatoren Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen durchgeführt worden. Die ursprünglich geplante Demonstrationroute hin zum Wormser Abschiebeknast, in dem momentan 48 Menschen in Abschiebehaft gehalten werden, wurde von einem 400köpfigen Polizeiaufgebot verhindert.

- Es ist richtig, daß sie sich gegen die Nazi-Kader gewehrt haben, ihren Mordabsichten zuvorgekommen sind.
- Es ist völlig indiskutabel, die Nazis mit moralischen Argumenten in Schutz zu nehmen. Die im "Kaindl-Prozeß" angeklagten und untergetauchten Genossinnen und Genossen verdienen unsere volle Solidarität, was ihr Verhalten gegen Kaindl und andere Nazis betrifft.

So einfach ist das. Das ist der Ausgangspunkt. Damit sind jedoch nicht alle Fragen geklärt. Es wird in den kommenden Jahren unweigerlich zunehmend zu militanter Gegenwehr und zu Angriffen auf Nazi-Mörder kommen. Diese Aktionen antifaschistischer Selbsthilfe dürfen in keiner Weise moralisch verurteilt werden. Vielmehr müssen solche Aktionen solidarisch unterstützt, ihre Beweggründe erklärt und gegen die Verleumdungen der Bourgeoisie klarge-

stellt werden. Auf der Grundlage einer solchen Haltung gibt es - wie der "Kaindl-Prozeß" zeigt - selbstverständlich Diskussionen unter revolutionären und kommunistischen Kräften über die Linie und Methode eines planmäßigen Vorgehens im antifaschistischen Kampf.

### **Keine moralische, sondern eine taktische Frage!**

Es ist völlig klar, daß von einem solchen Standpunkt aus spontane militante Gegenwehr und Angriffe von demokratischen und revolutionären Kräften nicht verurteilt werden können und dürfen. Ganz zu Recht erklärte einer der vier mit Haftbefehl gesuchten Genossinnen und Genossen:

"Die Frage knüpft nicht da an, wo ein Nazi zu Tode kommt. Das ist eine Frage, die man nicht moralisch, sondern in erster Linie politisch diskutieren sollte. Wir waren die Anfänge von etwas [...] Trotz alledem möchte ich betonen: Heute würde ich gern wieder unter euch sein, um dieselben Fehler in verbesserter Form wiederholen zu können, um aus ihnen zu lernen [...] Was wir gemacht haben, ist nicht einmal ein Zehntel dessen, was noch getan werden muß."

(Interim, Nr. 284)

Genossin Fatma sagte in einem Interview:

"Daß dabei ein Mensch liegegeblieben ist, ist zwar nicht die Strategie vom antifaschistischen Kampf, aber es kann vorkommen und an dem Punkt distanzieren ich mich nicht."

(Herzschläge, Nr. 5, Dezember 1994)

Wir sind der Auffassung, daß es die Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist, auch in die Auseinandersetzungen mit Nazi-Kadern das Element des bewußten und organisierten Vorgehens hineinzutragen. Dabei geht es uns nicht um Abwiegelei des

### **Texte zur legalen und illegalen Arbeit der Kommunistischen Partei**

aus der Zeit Lenins und Stalins, mit vielen Dokumenten der KPD Thälmanns (260 DIN-A4-Seiten, 40DM)

u.a.:

Felix Halle: "Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?"

Zu bestellen beim **Buchladen Georgi Dimitroff**, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

antifaschistischen Kampfes. Unser Ziel ist es vielmehr, massiver, sicherer und die demokratischen und revolutionären Kräfte besser schützend in diese Auseinandersetzungen einzugreifen.

### **Den Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung forcieren!**

Der zunehmende Nazi-Terror geht keineswegs allein auf das Konto der gut organisierten und finanziell hervorragend ausgestatteten Nazi-Organisationen und Nazi-Banden. Vielmehr schuf die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus betriebene rassistische und chauvinistische Hetze ja gerade ein politisches Klima, in dem die Nazi-Banden ihre Mordanschläge durchführen konnten. Anhand des "Kaindl-Prozesses", in dessen Verlauf die Polizei Adressen der angeblich "Tatverdächtigen" an Nazis weitergab, konnte auf's neue die Kumpanei zwischen dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus und den Nazis bewiesen werden. Deshalb ist eine absolute Klarheit über das Wesen dieses imperialistischen Staates erforderlich und die Einsicht, daß dieser Kampf sich nicht nur gegen den Nazi-

Terror und die staatliche Faschisierung, sondern gegen den deutschen Imperialismus und seinen Staatsapparat insgesamt richten muß.

Wiederholen wir noch einmal klar und deutlich, auch wenn es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint: Gerade weil wir für **den geplanten, organisierten, wissenschaftlich ausgearbeiteten Kampf** gegen das imperialistische Weltssystem, gegen den deutschen Imperialismus und all seine Handlanger - auch die Nazis - eintreten, gerade deshalb ist es von um so größerer Bedeutung, klar und solidarisch in die **sich spontan entwickelnden militanten Kämpfe** auch gegen die Nazi-Mörder einzugreifen.

Keine wirklich revolutionäre Organisation kann und wird ihren Genossinnen und Genossen sagen: "Falls es zu einer militanten Auseinandersetzung mit Nazis kommt auf der Straße, in der Kneipe oder anderswo, misch' Dich ja nicht ein, frag' erst einmal beim ZK nach, welche Linie wir dazu haben!". Nein, die Linie ist eindeutig, sie lautet:

**Misch' Dich ein, kämpfe mit, sei ein Vorbild in der Militanz und auch in der Übersicht, reagiere aufgrund Deiner revolutionären Ausbildung in Situationen, die vorher nicht 'zu planen' waren, maximal im Sinne auch des Schutzes der kämpfenden Genossinnen und Genossen!**

Hundert, ja tausende von Auseinandersetzungen zwischen Nazis und den von ihnen Verfolgten finden in den Betrieben, Schulen und auf der Straße statt. Unser Platz ist an der Seite der von den Nazis Verfolgten im vollen Bewußtsein, daß der Todfeind des Nazismus und seiner Ziehväter der Kommunismus ist. Die kommunistischen Kräfte können sowohl im spontanen, als auch im wissenschaftlich geplanten Kampfe führende Rolle nur durch den revolutionären Kampf, nur unter Opfern durchsetzen, durch den Kampf gegen Opportunisten und Kapitulanten, durch den Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei.

### **Einige Schlaglichter zum sogenannten "Kaindl-Prozeß"**

#### **○ Wer war Kaindl?**

Gerhard Kaindl, ehemaliges Mitglied der Nazi-Partei "Republikaner", war Landesschriftführer der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", einer Nazi-Sammelorganisation, deren Ziel es ist, die zersplitterten Nazi-Organisationen unter einem Dach zu vereinigen.

Gerade im Umkreis von Berlin ist die "Deutsche Liga" und die von ihr initiierte "Wählergemeinschaft" "Die Nationalen" personell stark verknüpft mit zwei anderen Nazi-Parteien: der "Nationalistischen Front" und der "Deutschen Alternative". Die "Deutsche Liga" arbeitete u.a. auch mit der "Anti-Antifa" zusammen, die vor einem Jahr in ihrer Zeitung "Einblick" eine Nazi-Terror-Liste mit Adressen demokratischer und antifaschistischer Kräfte veröffentlichte. Drei der Angeklagten im Prozeß um die Nazi-Morde in Solingen waren beispielsweise Mitglieder der Nazi-Kampfsportschule in Solingen, die vom Mitglied der "Deutschen Liga" und Polizeiamtanten Bernd Schmitt geleitet wurde.

Im April 1992 war die "Deutsche Liga" - unter anderem - gerade damit beschäftigt, eine Veranstaltung mit dem Faschisten und Holocaust-Leugner David Irving in Karlshorst vorzubereiten. Neben Kaindl nahmen an dem Nazi-Treffen u. a. teil: Thorsten Thaler, ehemals Pressesprecher der "Republikaner", seit 1991 Mitglied der "Deutschen Liga", schreibt Artikel in der Nazi-Zeitung "Junge Freiheit"; Carsten Pagel, vorher Landesvorsitzender der "Republikaner", heute Chefredakteur der "Jungen Freiheit" und bekannter Nazirechtsanwalt; Rudolf Kendzian, vorher "NPD" und "Republikaner".

#### **○ Kumpanei zwischen Polizei- und Justizapparat und Nazis**

Der "Fall Kaindl" ist ein weiteres Lehrstück über die Kumpanei zwischen dem Polizei- und Justizapparat und den Nazis. So "gelangten" Informationen über verdächtige Antifaschistinnen und Antifaschisten in die Nazi-Presse. Schon ein halbes Jahr nach Kaindls Tod konnte etwa die Nazi-Zeitung "Deutsche Rundschau" (Nr. 10/92) der "Deutschen Liga" berichten, die Polizei habe "sämtliche acht Täter" ermittelt. Veröffentlicht wurden die Fotos mehrerer angeblich beteiligter Personen. Der Artikel endete mit der Drohung "Wir kriegen Euch alle!". Ein ähnlicher Artikel erschien kurz darauf, im November 1992, in der Nazi-Zeitschrift "Nation und Europa". Anfang 1993 waren die Nazis so gut informiert "über das laufende Verfahren", daß sie gegen die ermittelnde Staatsanwältin wegen angeblicher Verschleppung der Ermittlungsarbeiten eine Dienstaufsichtsbeschwerde einleiteten. Der Nazi Thorsten Thaler hat später in einem Interview (taz, 19.11. und 28.11.93) öffentlich verkündet, daß ihm bei einem Verhör durch die Staatsschutzbehörden Namen, Anschriften und andere persönliche Daten sowie Autnummern einiger der Beschuldigten vorgelegt worden waren.

#### **○ Terror-Urteile gegen die angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten!**

Der Versuch der Klassenjustiz, die Antifaschistinnen und Antifaschisten mit dem Konstrukt des "gemeinschaftlichen Mordes und sechsfachen Mordversuches" lebenslang ins Gefängnis zu stecken, war gescheitert. Einer der vier Genossinnen und Genossen, die sich dem Zugriff der Polizei durch Untertauchen entzo-

gen, warnte jedoch vor Illusionen in den Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz:

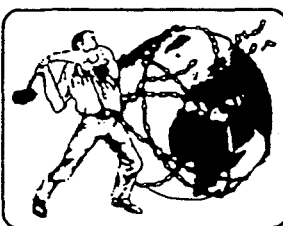
*"So hegen sie (Teile des Unterstützungskreises - A.d.V.) jetzt auch eine absolut naive Hoffnung in die deutsche Justiz. Als wenn diese Justiz schon jemals fair zu uns war. Da fehlt denen das, was wir Kommies (Kommunisten A.d.V.) früher 'Klassenbewußtsein' nannten."* (Radikal, Nr. 150, Juli 1994)

In diesem Zusammenhang sind natürlich auch die Debatten über das Verhalten vor Polizei und auch gegenüber Rechtsanwälten sowie das Auftreten vor Gericht, die Debatten über die Haltung zu Kollaborateuren und Verrätern von Bedeutung. Die im "Kaindl-Prozeß" gemachten Erfahrungen gilt es umfassend auszuwerten.

Die Berliner Richter fällten Anfang November dieses Jahres ein Terror-Urteil lediglich wegen der Gegenwehr der angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die Nazis: Fatma bekam wegen "psychischer Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge" eine Jugendstrafe von 15 Monaten auf drei Jahre Bewährung; Mehmet, Carlo und Seyho wurden zu dreijährigen Haftstrafen wegen "Körperverletzung mit Todesfolge" sowie "Beteiligung an einer Schlägerei" verurteilt; als einziger mußte Abidin freigesprochen werden. Zwei Jahre Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung erhielt auch der Kronzeuge Bazdin, Erkan erhielt wegen Schuldunfähigkeit einen Freispruch. Die Haftbefehle gegen Rebecca und Hans-Georg wurden aufgehoben, doch die Haftbefehle gegen zwei weiteren Antifaschisten werden immer noch aufrechterhalten.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/96

Februar 1996

## Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Zehn Ermordete war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlages in Lübeck. Bei einem regelrechten Massaker waren am 18. Januar 1996 in den Flammen des hauptsächlich von Menschen aus Zaire, Angola, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien, dem Libanon und Polen bewohnten Heimes für Asylsuchende in der Lübecker Hafenstraße Monique Bunga (27 Jahre) mit ihrer Tochter Suzanne (7 Jahre) aus Angola, Françoise Makudila (27 Jahre) mit ihren Kindern Christelle (6 Jahre), Daniel (1 Jahr), Legrand (4 Jahre), Mija (12 Jahre) und ihrer Stieftochter Christine (19 Jahre) aus Zaire sowie ein Mann aus dem Libanon und eine weitere Frau bei lebendigen Leibe verbrannt. Die übrigen Hausbewohner erlitten Verletzungen: 30 Schwerverletzte kämpften um ihr Leben und sind für immer gezeichnet, 20 Menschen wurden leicht verletzt.

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis: In polizeistaatlicher Art und Weise - ähnlich wie bei der Erschießung von Wolfgang Grams in Bad Kleinen 1993 - wurden Zeugenaussagen und Indizien vertuscht, Beweise fabriziert, Lügen verbreitet und von Polizisten den anfänglich drei bzw. vier verhafteten Nazis ein Alibi geliefert. Die Staatsan-

waltschaft forderte die bürgerlichen Medien nachdrücklich zur "Zurückhaltung" bei der journalistischen Recherche auf. Als die "Un-gereimtheiten" unübersehbar wurden, kam die Nachrichtensperre. Und es funktionierte: Selbst die sich als "kritisch" und "links" verstehenden Medien in Deutschland gingen rasch zur offiziell verordneten Darstellung und zum Verschweigen über.

Trotz all dieser Manöver kam es zunächst in Lübeck zu einer beeindruckenden Protestdemonstration mit 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter eine große Anzahl von Menschen aus afrikanischen Ländern, bei der vor allem die Solidarität der revolutionären und demokratischen Gruppen aus der Türkei mit den afrikanischen Verfolgten und auch die Initiative und Tatkraft von Jugendlichen hervorstrichen.



Demonstration in Lübeck am 20.1.1996

**Rede der "Gruppe gegen Nationalismus und Rassismus" bei der Besetzung des Hamburger Rathausportals am 25.1.1996**

Das Vertuschungsmanöver der staatlichen Behörden und der bürgerlichen Medien blieb nicht ohne Erfolg und lähmte den Protest auch vieler Antifa-Gruppen. Um so wichtiger scheint uns die gelungene Besetzung des Hamburger Rathausportals am 25. Januar, an der sich ca. 30 Antirassisten zur Durchbrechung der Nachrichtensperre beteiligten. Der Haupteingang wurde ungefähr eine Stunde unpassierbar gemacht und gleichzeitig ein Transparent mit der Aufschrift "Deutsche Normalität: Rassistische Angriffe an jedem Ort" über dem Eingang angebracht. Die Besetzerinnen und Besetzer riefen Parolen gegen Nationalismus und Rassismus und forderten u. a. die Einberufung einer internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Nazi-Morde von Lübeck. Die Aktion wurde schließlich von Polizei und Feuerwehr beendet, sechs Personen wurden vorläufig festgenommen und einige Personalien festgestellt. Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise die Rede der Besetzerinnen und Besetzer:

"Wir wollen mit dieser Aktion ein Zeichen gegen die derzeitige "Abwicklung" des Lübecker Anschlages durch Behörden und Öffentlichkeit setzen. Wir bezeichnen den derzeit stattfindenden Prozeß als Selbstreinigung Deutschlands von jeglicher Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Brandanschlages in Lübeck.

Im In- wie Ausland wurde direkt nach Bekanntwerden des verheerenden Brandes in Lübeck selbstverständlich davon ausgegangen, daß es sich um einen rassistischen Anschlag handelte. Die Tatsache der Zigtausenden von Anschlägen mit häufig tödlichem Ausgang auf Immigrantinnen und Flüchtlinge können selbst diejenigen nicht leugnen, deren Betroffenheit sich wieder einmal einzig darin erging, daß die ganze Welt die "Deutschen an den Pranger stellt".

Im Vordergrund der meisten Stellungnahmen stand die Sorge um den Ruf der Stadt Lübeck oder des Ansehens Deutschlands im Ausland. Trotzig wurde ständig wiederholt, daß die Deutschen "fremdenfreundlich" sind und sich dies durch ein paar "verwirrte Gewalttäter" auch nicht ändert. Die rassistische Normalität in diesem Land, die jenseits der immer wieder weltweit Schlagzeilen machenden mörderischen Anschläge durch u. a. massive Einschränkung des Asylrechts, Abschiebungen und Abschiebeknäste sowie einem Ausländergesetz, welches einen größeren Teil der in Deutschland Lebenden zu Menschen 2. Klasse degradiert, wurde auch in Lübeck von fast allen wieder verdrängt.

Das Verhalten der Medien und Ermittlungsbehörden folgte der Leitlinie, jegliche deutsche Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Lübecker Anschlages so klein wie möglich zu halten und über die rassistische deutsche Wirklichkeit so wenig wie möglich deutlich werden zu lassen. Dabei erfüllte

**Fordert die sofortige Freilassung des Heimbewohners Safoan Eid!**

## Warum Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien das Nazi-Massaker vertuschen

Angesichts der von Polizei und Staatsanwaltschaft geschickt initiierten Verhaftung eines libanesischen Bewohners des abgebrannten Hauses in Lübeck blieben weitere Protestaktionen jedoch aus. Es gelang den Akteuren des deutschen Imperialismus sehr rasch, die Lage wieder in den Griff zu bekommen. Und daran haben sie ein handfestes Interesse. Es gibt drei Gründe für den direkten Schutz der verhafteten Nazis, für die Vertuschung der Nazi-Morde:

- Da ist zum einen die oft unterschätzte - klammheimliche oder offen gezeigte nationalistische und nazistische Gesinnung auch in organisierter Form in den Reihen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten. Erinnert sei hier nur an die Tatsache, daß ein V-Mann des deutschen Geheimdienstes erwiesenermaßen in der Solinger Nazi-Szene organisiert war und die Solinger Nazi-Mörder in seiner als "Kampfsportschule" getarnten Nazi-Kaderschmiede ausgebildet hat.

- Zum anderen gelang es durch die Verschleierrungsmanöver, Proteste antinazistischer Kräfte zu verhindern.

- Viel entscheidender ist jedoch, daß Polizei und Staatsanwaltschaft im Einklang mit den hoch-offiziellen Repräsentanten des deutschen Imperialismus sehr an der Wahrung des "Ansehens Deutschlands in der Welt" gelegen ist.

Ähnlich wie im großen geschichtlichen Maßstab Auschwitz "bedauert" wird - genau genommen nicht wegen der Ermordeten, sondern weil es dem "Ruhm Deutschlands" geschadet hat - überschlugen sich die Presse-Kommentare nach dem Motto "Wieder einmal hat es uns getroffen" - und mit "uns" waren die "armen Lübecker" gemeint, die so erneut in "Verruf" geraten seien.

Nicht wegen der ermordeten afrikanischen Frauen und Kinder sind diese Heuchler vom

Dienst beunruhigt: Nein, das "Ansehen der Stadt" bereitete ihnen Sorge. Und auch davon konnten sie befreit werden durch die Verhaftung eines libanesischen Hausbewohners. Eine Welle der Erleichterung schwappte durch die deutschen Spießerhaushalte. Waren sie kurz nach der Brandnacht noch so "betroffen", drehten sie plötzlich wieder richtig auf. Von "Vorverurteilungen", sogar "Vorurteilen gegen Nazis" war da die Rede und eine Flut übelster rassistischer und deutsch-chauvinistischer Klischees ergoß sich in der Presse, insbesondere gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe.



Demonstration in Lübeck am 20.1.1996

Zweifel an den absurden Beschuldigung tauchten zwar auf, wurden aber massiv beiseite geschoben. Fünf Tage nach dem Brandanschlag brachten Staatsanwaltschaft und Polizei schließlich eine Erklärung in Umlauf mit der Forderung an die Medien nach einer "gewissen Zurückhaltung". Momentan, so hieß es, würden noch Zeugen vernommen und der Wert ihrer Aussagen durch zuvor gewährte Interviews verringert werden.<sup>(1)</sup> Als der eine oder

andere Journalist sich dann doch nicht der staatlich auferlegten "freiwilligen Zensur" beugen wollte, kam auch prompt die polizeistaatliche Nachrichtensperre.

Es genügt schon eine aufmerksame Lektüre der Presseberichte, eine Zusammenstellung der Medien-Berichterstattung, um einige der zentralen Lügenmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien aufzudecken.

## Das Manöver mit der Belohnung und dem prompt gefundenen "Zeugen"

Nach fast zweitägigem Schweigen meldet sich am 20.1.1996 nach der Aussetzung einer Belohnung in Höhe von 50.000 DM für "sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen", ein 25-jähriger freiwilliger Sanitätsfeuerwehrmann mit belastenden Aussagen bei der Polizei. Am selben Abend wird gegen den libanesischen Heimbewohner Safoan Eid

## Rede der Besetzer und Besetzerinnen in Hamburg (Fortsetzung von S.1)

gerade die scheinbare Offenheit der Berichterstattung (alles für möglich zu halten, nichts auszuschließen) und das gezielte Hin und Her der Ermittlungsbehörden die Funktion, die eigentlichen Ursachen letztlich hinter einem Berg von Spekulationen verschwinden zu lassen.

Der Gipfel dieses unglaublichen Vorgangs war schließlich mit der Präsentation eines Flüchtlings, eines Opfers des Anschlages, als Täter erreicht. Diese völlig haltlose Beschuldigung erfüllte schließlich die Selbstreinigung der Nation: *Keine Schuld der Deutschen!*

.... Die Geschichte dieser Ermittlung und die mediale Verarbeitung nach dem Lübecker Anschlag begründen für uns wieder einmal ein tiefes Mißtrauen in die deutschen Behörden und Öffentlichkeit. Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch den Umgang mit der seit einem halben Jahr verstärkt auftretenden Welle von Bränden in Flüchtlingsunterkünften. Immer heißt es sofort und selbst dann, wenn es durchaus Anzeichen für andere Ursachen gibt: "Technischer Defekt". Ein sogenannter ausländerfeindlicher Hintergrund wird von vornherein ausgeschlossen.

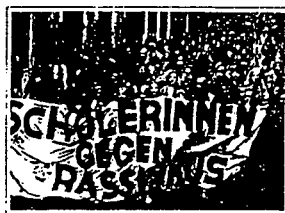
Weitere Gründe für dieses Mißtrauen sind die Vertuschung eines Anschlages in Stuttgart 1994 mit 7 Toten, der zunächst wieder mal als technischer Defekt deklariert wurde und wofür jetzt ein deutscher Täter vor Gericht steht, sowie die fragwürdigen Ermittlungen im Zusammenhang mit Solingen, wo lange versucht wurde, die Existenz eines V-Mannes und des damit gegebenen Mitwissens staatlicher Stellen zu verschleiern. Die Liste setzt sich mit den ziemlich dürtigen Ermittlungsergebnissen oder gar -"erfolgen" seit 1991 bei den zahllosen rassistischen Anschlügen und dem Umgang staatlicher Stellen mit dem Hamburger Polizeiskandal, den man nur noch als organisierte Verschleierung bezeichnen kann, fort. Sie belegen, daß der "Aufklärungswille" deutscher Stellen an Ergebnissen, wo es um deutsche Verantwortlichkeiten geht, gegen Null tendiert.

Deutschland darf im Zusammenhang mit dem Lübecker Anschlag seiner Verantwortung nicht entkommen. Die Ermittlungskonstrukte müssen entlarvt, das Mißtrauen gegenüber der Version deutscher Behörden und Öffentlichkeit wegen ihrer organisierten Freisprechung von eigener Verantwortung muß verstärkt werden. Und Deutschland als ständiges Opfer und "Unschuldslamm" werden wir nicht hinnehmen."

Haftbefehl erlassen. Er soll "Täterwissen besitzen" und dem Sanitäter im Rettungsbus anvertraut haben: "Wir waren es."

Safoan Eid hat die gegen ihn erhobenen Vorwürfe von Anfang an bestritten. Durch seinen Anwalt machte er öffentlich, daß er nicht "Wir waren es", sondern "Sie waren es" gesagt hat. Es geht dabei nicht um einen im Durcheinander und der Hektik der Rettungsarbeiten "mißverstandenen Satz". Safoan Eid hat dem Rettungssanitäter vielmehr bereits in der Brand-

## Zu den Nazi-Brandanschlägen auf die Synagoge in Lübeck



**Dokumentation**

Aus dem Inhalt:

- Zu den Brandanschlägen im März 1994 und im Mai 1995
- Demonstrationen und Proteste gegen die Nazi-Anschläge
- Lübeck ist kein antirassistischer Elefantenrumpf
- Alltägliche Antisemitismus in Deutschland
- Wie der Antisemitismus immer mehr sichtbar wird
- Über die Verleumdung des Bundespräsidenten und des Ministerpräsidenten zur "Anschlags-Lüge" und zum NPD-Vorsitzenden Deckert

25 Seiten, DM 2,50

Diese und weitere Dokumentationen - z.B. zu Rostock 1992, zu Magdeburg 1994, zu Solingen 1993 usw. - sind zu bestellen über: Buchladen G. Dimitroff





Wie Nazis mit polizeistaatlichen Methoden geschützt werden:

## Lübeck 1996 funktioniert nach der gleichen Methode wie Stuttgart 1994!

Systematisch werden Nazi-Überfälle und -Anschläge von Polizei und Staatsanwaltschaft mit Hilfe der bürgerlichen Medien "entpolitisiert", verharmlost, vertuscht und wegetuschiert. Dabei wird ein ganzes Arsenal von Verschleierns- und Betrugsmanövern aufgeföhren

Wenn durch die Aufmerksamkeit oder den Widerstand von Hausbewohnern Nazi-Anschläge bemerkt oder verhindert werden könnten und "es keine Toten, nur Verletzte gab", dann sind die zum Alltag gewordenen Nazi-Verbrechen sowieso nur noch einen Fünfzeiler in der Tagespresse wert und es heißt lapidar "die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus", so geschehen beim Brand in einem Asylbewerberheim in Burgwedel-Wettmar am 18.1.1996 oder in Auerbach am 28.1.1996 und in unzähligen weiteren Fällen.

Kommt es dann doch einmal zu einer Verhaftung, waren es "Einzeltäter", "Pyromanen", "alkoholisierte Jugendliche", oder... - auf jeden Fall "sicher keine Nazis".

Neben der Lüge vom angeblichen "technischen Defekt" werden von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht selten die Opfer von Nazi-Anschlägen selbst zu Verbrechern gemacht wie anfangs in Stuttgart am 16.3.1994 oder in Detmold am 9. November (!) 1995 oder es werden Verleumdungen lanciert wie bei den Nazi-Morden von Mölln vom 23.11.1992, als es zeitweilig hieß, es handle sich um einen Rauekt aus dem "Rotlicht"-Milieu.

Die Parallelen bei den Vertuschungsmanövern zum Nazi-Brandanschlag in Stuttgart vom 16. März 1994 sind überdeutlich. Sieben Menschen aus anderen Ländern verbrannten damals bei lebendigem Leib in der Stuttgarter Geißstraße, 16 weitere Bewohner wurden schwer verletzt.

Zuerst war auch in Stuttgart die Empörung groß und Politiker heuchelten "Entsetzen", weil ein Nazi-Brandanschlag sofort auf der Hand lag, von Polizei und Medien aber sorgsam wegetuschiert wurde mit Schlagzeilen wie "Brandkatastrophe" oder "Inferno in Stuttgart".

Über die Hintergründe kann nur spekuliert werden. Mindestens 27 Menschen aus vielen Ländern lebten in dem Haus, doch keiner hatte einen Mietvertrag. Über "sittliche Streitereien" unter den Bewohnern berichten Nachbarn; im Hausflur fand die Polizei Flammbesteck.

Stuttgarter Zeitung, 17.3.94

Keinen Hinweis fand die Polizei auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund.

Frankfurter Rundschau, 17.3.94

Unter den Beobachtern kursiert die Frage, ob es wohl nach Mölln und Solingen erneut einen fremdenfeindlichen Anschlag gegeben hat, bei dem unschuldige Frauen, Männer und Kinder verbrannten. Doch die Polizei tritt den Gerüchten entgegen: Die Brandursache sei zwar noch unklar, Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund gebe es aber nicht.

Die Welt, 17.3.94

Ähnlich wie beim Lübecker Nazi-Brandanschlag (Überschrift der FAZ vom 22.1.96: "Als könnten sie es nicht erwarten") wurde auch in Stuttgart die internationale Presse wegen ihrer angeblichen "Greuelpropaganda" wie es "früher" hieß und heute wohlweislich mit "internationale Spekulationen" umschrieben wird, in Goebbelscher Manier beschimpft.

Schon einen Tag nach dem Stuttgarter Nazi-Brandanschlag war vom "Hantieren mit brennenden Kerzen durch Drogenabhängige" und von "brennenden Zigaretten" die Rede, von "tägliche Streitereien" und "Müllkartons auf dem Flur" wurde berichtet. In "alle Richtungen" werde ermittelt, hieß es, doch eines war von Anfang an klar: Anzeichen für ein "ausländerfeindliches Motiv" gibt es nicht (Die Welt, 19.3.94).

Und diese Manöver zeigten Wirkung: Protestaktionen blieben so gut wie aus und selbst die wenigen demokratischen und antifaschistischen Kräfte, die sich zu einer Spontandemo vor Ort versammelt hatten, waren spürbar in die Defensive gedrängt.

Nach knapp zwei Wochen hieß es von Seiten der Behörden, mit "hoher Sicherheit" sei kein Brandbeschleuniger verwendet worden (Stuttgarter Zeitung, 24.3.94) und die Aufmerksamkeit wurde von nun an geschickt gegen die Bewohner selbst, gegen den Unterpächter unter der Anklage der fahrlässigen Tötung wegen unsachgemäß durchgeführten Umbauarbeiten und die Hausbesitzer unter dem Verdacht des Mietwuchers gelenkt.

Auch Stuttgarts Bürgermeister Rommel blieb nicht untätig: Er startete eine Aufklärungskampagne zum Thema "Brandschutz", machte die Opfer selbst zu Tätern und verbreitete gleichzeitig eine rassistische Hetze übelster Art. Er sei, so berichtete die "Stuttgarter Zeitung" am 23.3.1994, erschüttert über den im Treppenhaus abgestellten Schutt, der das "Inferno verursacht" habe. Um solche Katastrophen zu vermeiden, sei jedem Hausbewohner zu raten, sein Treppenhaus freizuhalten. Im übrigen sei die Überbelegung von Wohnraum die Folge der "Flüchtlingswelle".

Von nun an ließ man "Gras" über den Nazi-Brandanschlag wachsen. Doch ein Jahr später, am 30. Juni 1995, wurde ein 25jähriger Nazi verhaftet, als er gerade in einem von ihm in Brand gesteckten Haus Flugblätter mit Nazi-Parolen auslegte (Taz, 19.7.95). Aus "Haß auf Ausländer" hatte er 17 Häuser in der Region - in Eßlingen, Rottweil, Villingen-Schwenningen und Stuttgart - in Brand gesteckt und dabei teilweise auch auch Nazi-Flugblätter hinterlassen.

Dennoch erdreistete sich der ermittelnde Staatsanwalt Dieter Jung, die unverschämte Lüge vom angeblich nicht politisch motivierten Brandanschlag aufrechtzuerhalten. Der Nazi sei ein Einzelgänger mit "psychischen Problemen", weniger mit "einer gefestigten politischen Einstellung". Da der Nazi nicht von Anfang an in den von ihm angezündeten Häusern Nazi-Flugblätter auslegte, kam der Staatsanwalt zu der Schlußfolgerung, daß "die Brandstiftungen davor eindeutig keine politische Motivation" hatten (Stuttgarter Nachrichten, 19.7.95).

Der Tag nach der Katastrophe: Sonderkommission deckt die Spuren des schrecklichen Brandes auf. Vieles spricht für Fahrlässigkeit! Kein Brand in Brandstiftung - 60 Zeugen wurden vernommen - Ein Opfer: "Es war furchtbar".

Stuttgarter Zeitung, 17.3.94

Sieben Tote bei Brand in Stuttgart! Brand war Übertragung von Ausländerfeindschaft/Fahrlässige Brandstiftung!

Frankfurter Rundschau, 17.3.94

Ein schätzige Sonderkommission ermittelt: Wie kam es zu dem Brand in der Stuttgarter Innenstadt? Das Inferno gibt der Polizei noch viele Rätsel auf! Brandstiftung in Flur geschah - Dubiose Mieterhöhung: 17 Bewohner waren getötet, doch keiner von ihnen hatte einen Vertrag.

Stuttgarter Zeitung, 18.3.94

30. Juni 1995: Ein 25jähriger Deutscher wird unter dem Verdacht verhaftet, die Feuer gelegt zu haben. Sein Motiv: Ausländerhaß. Die Fahndung hat sechzehn Monate gedauert.

Tagezeitung, 19.7.95

kannt, so mußte der Grevesmühlener Polizeisprecher dann doch zugeben, seien die drei Nazis der dortigen Polizei nicht, doch: "Es war aber eher das Übliche".<sup>(15)</sup>

Die Tatsache, daß der 26jährige René B., der 17jährige Maik W. und der 22jährige Heiko Patynowski in unmittelbarer Nähe des Brandorts aufgegriffen worden waren, wurde auf einmal zur bloßen "Neugier", um "mal zuzuschauen, wie so ein Haus abbrennt". Auch die Tatsache, daß sich am 18. Januar, dem "125. Jahrestag der Reichsgründung", im nahe gelegenen

Hamburg in der Brandnacht Nazis zu einer "Gedenkveranstaltung" versammelt hatten, wurde sorgsam unter den Tisch gekehrt.

In den Hintergrund gerückt wurde auch die Tatsache, daß Nazi-Aktivitäten und -Anschläge in Lübeck nicht zu leugnen sind: Da war der antisemitische Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 25. März 1994, ein wiederholter Brandanschlag ein Jahr später am 7. Mai 1995, da war die Briefbombe vom 13. Juni 1995 gegen einen Stadtrat, der sich über den Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge empört

hatte, da war eine Bombendrohung gegen die nach einem jüdischen Geschwisterpaar benannte Geschwister-Frenski-Schule, da gab es Drohungen gegen Lübecker Antifaschisten und Antirassisten, da waren Brandanschläge auf eine im Bau befindliche Unterkunft von Asylsuchenden, da war der versuchte Brandanschlag vor knapp einem Monat im Dezember 1995 auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße<sup>(16)</sup>, da berichteten Bewohnerinnen und Bewohner des zweiten Lübecker Heimes für Asylsuchende "St. Gertrud", daß sie mit Drohbrieffen belästigt und explodierenden Feuerwerkskörpern



vor dem Haus in Todesangst versetzt worden waren.<sup>(17)</sup>

Es ist eine dreckige Lüge, daß die drei bzw. vier zunächst Verhafteten "keine Ausländerfeinde" sind: Einer von ihnen bekannte sich zumindest mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln auch äußerlich zur Nazi-Ideologie, ein weiterer, Maik W., hatte im Juli 1995 wegen Nazi-Schmierereien bereits zwei Monate in Untersuchungshaft abzusitzen.<sup>(18)</sup> Zur bis heute geheim gehaltenen Identität des vierten Nazis haben Lübecker Antifas den von ihnen auf der Pressekonferenz vom 21.1.1996 konkret geäußerten Verdacht, daß es sich um den Kader der Nazi-Organisation "Nationalistische Front" Daniel Eggers handelt.

Verhaftungen und Hausdurchsuchungen im Umfeld der aus Grevesmühlen, Zarnewenz und Boizenburg stammenden Nazis wurden erst gar nicht durchgeführt. Bei der Befragung nach Nazis und Nazi-Aktivitäten vor Ort erfuhren Fernsehreporter von grinsenden "Kameraden", so etwas gebe es hier nicht und - weiter grinsend - ihre Freunde hätten bestimmt nichts mit dem Brandanschlag zu tun. Der Presse gegenüber konnte der Chef des Grevesmühler Jugendzentrums zwar "Pöbeleien gegen Ausländer" nicht leugnen, das sei für ihn aber nicht "unbedingt rechts". "Wir diskutieren darüber", so der O-Ton, "und dann ist das gut".<sup>(19)</sup>

Nazis aus Grevesmühlen waren schon 1992 bei den Nazi-Pogromen im nahe gelegenen Rostock beteiligt gewesen. Damals erklärten sie in einem von der ARD produzierten Dokumentarfilm:

*"Es war einfach ein gutes Feeling..."*

*Ein Nazi-Skinhead: "Aber irgendwie müssen die doch raus, die Ausländer."*

*Seine Mutter: "Aber doch so nicht."*

*Nazi-Skinhead: "Wieso nicht?"*

*Seine Mutter: "Na, nicht mit Häusern anstecken. Die Häuser sind ja für niemanden mehr zu gebrauchen, weder für Deutsche, noch für Ausländer jetzt."*

(HR-3-Sendung vom 23.1.1996 "Das starke Stück der Woche", ebenfalls zitiert in einem Flugblatt der Gruppe "Café Morgenland")

Ob die vier Verhafteten "nur" Schmiere standen, den Nazi-Brandanschlag selbst verübt

oder sich vorher informiert das "Schauspiel nicht entgehen lassen wollten" - es liegt auf der Hand, daß die grinsenden Kameraden mehr wissen, als sie sagen, daß sie lügen und nicht ohne Grund.

zu lesen, daß drei der Verhafteten einer Polizeistreife wenige Minuten nach Ausbruch des Feuers hundert Meter vom Brandort entfernt aufgefallen seien, als sie in ein Auto stiegen.<sup>(27)</sup>

## Zur organisierten Nazi-Szene in Lübeck und Grevesmühlen

Im Flugblatt des *Lübecker Bündnisses gegen Rassismus* zur Demonstration in Lübeck am 20.1.1996 heißt es über die organisierte Nazi-Szene der Region:

"...In Grevesmühlen gibt es umfangreiche Aktivitäten von diversen Nazi-Organisationen, z.B. der Nationalistischen Front, dem Jungsturm und der NPD. In Lübeck gibt es ebenfalls NPD- und NF-Leute.

Vorsitzender der NPD-Lübeck ist Wolfgang Schimmel (wohnt in Bad Oldesloe), als Mitglied der NF ist uns Dirk-Oliver Bollman (als Aktivist des sogenannten Nationalen Einsatzkommandos) aus Scharbeutz bekannt. Eine gründliche Untersuchung des Brandes, ohne diese Personen zu durchleuchten, ist unglaublich!"

In einem Offenen Brief an die Bewohner von Grevesmühlen schreibt das Lübecker Bündnis außerdem:

"...Die Behauptung verschiedener Persönlichkeiten der Stadt Grevesmühlen, in ihrer Stadt gebe es keine rechte Szene, ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Uns liegen dazu detaillierte Informationen vor, die wir Ihnen an dieser Stelle gern zugänglich machen. Nach der uns vorliegenden Mitgliederliste der verbotenen Nationalistischen Front haben mindestens folgende Personen aus Grevesmühlen Kontakt zu dieser militanten Neonazi-Organisation:

Ahlgrimm, Daniel, Grüner Ring 9, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,  
Dröse, Marcus, Am Langen Stein 21, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,  
Eggers o. Eckers, Daniel, Kastanienallee 9, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,  
Mex, Alexander, E-Thälmann-Str. 136, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt.

## Die dreiste Lüge mit dem "Das hätten die nicht schaffen können..."

Immer wieder wiesen die Ermittlungsbehörden darauf hin, daß die Unschuld der drei bzw. vier Nazis nicht nur durch deren eigene Aussagen, sondern auch durch

"objektive Beweise" zweifelsfrei feststünde. Polizisten lieferten ihnen ihr "Alibi": Um "3.20 Uhr" hätten sie an einer "weit"<sup>(20)</sup>, "relativ weit"<sup>(21)</sup> bzw. "entfernt gelegen"<sup>(22)</sup> Tankstelle getankt, dies würde durch Zeugenaussagen belegt, das Auto sei von der Polizei beobachtet worden.<sup>(23)</sup> Deshalb, so der Lübecker Polizeidirektor, hätten sie die Fahrt von der Tankstelle bis zur Hafenstraße in den verbleibenden Zeit nicht schaffen können.<sup>(24)</sup>

Auch das ist eine Lüge. Tatsache ist, daß, so erklärte einer der vier verhafteten Nazis, Heiko Patynowski, in einem Interview, die Tankstelle 15 Kilometer vom Brandort entfernt lag.<sup>(25)</sup> Das Feuer ist dort gegen 3.40 Uhr ausgebrochen<sup>(26)</sup> und wer behauptet, daß 15 Kilometer mit dem Auto durch eine Kleinstadt mitten in der Nacht in 20 Minuten nicht zu schaffen sind, der lügt ganz einfach. Nicht umsonst war in der Presse

## Das Drecksmanöver mit dem von "innen gelegten Brand"

Hieß es in den noch weitgehend ungefilterten und nicht "koordinierten" Erklärungen am Tage nach dem Brandanschlag bei der Staatsanwaltschaft, daß das Feuer an mehreren Stellen gleichzeitig ausgebrochen sei<sup>(28)</sup> und deckten sich diese Angaben auch mit den Beobachtungen von Feuerwehrleuten, die bei ihrer Ankunft mit den Löschwagen drei Brandherde beobachtet hatten<sup>(29)</sup>, so behauptete die Polizei noch bevor die Brandschutzexperten überhaupt soweit vordringen konnten<sup>(30)</sup>, die Ursache sei ein einziger Brandherd, den sie "im 1. Stock" vermutete.<sup>(31)</sup>

Ein Verwirrungsspiel begann, der Lübecker Polizeidirektor verkündete: "Wir reden zur Zeit nicht mehr von einem Brandanschlag" und es werde in "alle Richtungen ermittelt"<sup>(32)</sup>. Von technischem Defekt, brennenden Zigaretten oder einem Bügeleisen war nun die Rede.<sup>(33)</sup>

Tatsache ist jedoch, daß Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingsheimes berichteten, in der Brandnacht Vernummte mit Molotow-Cocktails hantieren gesehen zu haben.<sup>(34)</sup> Eine Heimbewohnerin erklärt: "Ich habe zuerst Glas klirren hören..."<sup>(35)</sup> Auch der Vater von Safoan Eid gab an, daß er in der Brandnacht ein Gartentor auf- und zugehen hörte. Danach habe es im Haus eine Explosion gegeben, außerdem habe er eine Chemikalie gerochen.<sup>(36)</sup>

Als "Beweis" dafür, daß "Fremde" das Feuer angeblich nicht haben legen können, präsentierte die Polizei dann eine verschlossene Haustür<sup>(37)</sup>, eine Aluminiumtür, deren Milchglasscheibe, die zwei Drittel der Höhe der Tür maß<sup>(38)</sup>, schon lange kaputt war, wie Bewohner des Heimes berichteten, so daß sich Fremde leicht haben Einlaß verschaffen können!<sup>(39)</sup>

## Die Notwendigkeit eigener Recherche und eigenständiger politischer Enthüllungen

Wenngleich für uns allein durch eine Zusammenstellung der Berichterstattung in den bürgerlichen Medien zweifelsfrei feststeht, daß es sich um ein Nazi-Massaker handelt, wenn gleich wir von dieser Position auch nicht ab-

## GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands  
Nr. 62 Mai 1993 16.-DM

### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Aus dem Inhalt:

- Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazifaschismus
- Die bewaffneten Aufstände in Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor

120 Seiten, DM 10,-

rücken, weil Staatsanwaltschaft und Polizei eine Lügengeschichte nach der andere servieren, so bleibt dennoch das Problem und die Aufgabe, *mit eigenen Recherchen die Lügen und Betrugsmanöver dieses Staates noch klarer und deutlicher aufzudecken*. Wir können ihn zwar nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, aber wir können ihn zwingen, immer krassere Lügen, immer absurdere Unwahrheiten zu verbreiten, so daß seine Lügenfratze immer deutlicher zum Vorschein kommt.

Das Nazi-Massaker von Lübeck hat aufs Neue gezeigt, daß Illusionen in diesen Staat, in seine Polizei und seine Justiz mehr als schädlich sind, daß die entschlossenen, konsequenten demokratischen und revolutionären Kräfte sich von seinen dreisten Lügen nicht in die Defensive drängen lassen dürfen und vor allem, daß auch jegliches Vertrauen darauf, daß die sich als "kritisch" verstehenden Presseorgane den Fall "schon aufdecken werden", völlig fehl am Platze sind.

Notwendig ist die Erkenntnis, daß - bei allen wirklichen, aber oft auch nur vorgeschobenen Unterschieden zwischen den verschiedenen Abteilungen der Armee von Redakteuren, Journalisten und Nachrichtenagenturen - alle nur jeweils andere Teile der Bevölkerung an sich binden und alle an einem ganz materiellen Strick von zehn bis zwölf großen Verlagen hängen. Die bürgerlichen Medien sind ein fester Bestandteil dieses reaktionären kapitalistisch-imperialistischen Systems, dienen ihm und haben vor allem und über allem die Funktion, dieses System zu sichern. Konkret für Lübeck bedeutet das:

■ Es ist die Aufgabe der demokratischen und revolutionären Kräfte, systematisch die Bewohnerinnen und Bewohner des Asylheimes selbst zu befragen, die Darstellungen von Safoan Eid herauszubekommen, die Ansichten seines Anwalts zu erfragen und sie in der Öffentlichkeit breit zu Wort kommen zu lassen. Schafft eine Gegenöffentlichkeit! Schafft eine Öffentlichkeit für die Verfolgten!

■ Es ist die Aufgabe der gesamten antinazistischen Szene und im Falle des Lübecker Nazi-Massakers besonders der norddeutschen antinazistischen Kräfte, systematisch und eigenständig zu recherchieren, vorhandene Rechercheergebnisse zusammenzufassen und auszuwerten. Entlarvt die Lügen der bürgerlichen Medien!

Das Nazi-Massaker in Lübeck gibt eine Vorahnung davon, was neben dem staatlichen Terror - den tagtäglichen Massenabschiebungen, den Tausenden von Inhaftierten in den Abschiebegefängnissen - an alltäglichen Nazi-Angriffen und -Überfällen noch auf uns zukommen wird und wie solche Nazi-Verbrechen von diesem Staat und seiner Armee von Journalisten systematisch vertuscht und gedeckt werden.

**Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren - das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben.**

Gerade alle sich als kommunistische Kräfte verstehenden Gruppierungen und Gruppen gleich welcher Nationalität haben - ohne Vertuschung der vorhandenen Differenzen und bei offener und öffentlicher Debatte sämtlicher existierender ideologischer und politischer Gegensätze - die unbedingte Verpflichtung zum solidarischen Handeln, zur praktischen Solidarität. Das ist ein wesentlicher Gradmesser für

die Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit einer jeden Genossin, eines jeden Genossen einer solchen Gruppierung.



## Quellen

(1) Die Welt, 24-1-1996, (2) Junge Welt, 24-1-96, (3) Lübecker Bündnis gegen Rassismus, "Weitere Informationen zu den Ermittlungen gegen Sarwan E., Februar 1996 und FR, 23-1-96, (4) Taz, 23-1-96, (5) Die Zeit, 26-1-96, (6) Spiegel, 5/96, (7) ZDF-Sendung "heute", 23-1-96, (8) Taz, 23-1-96, (9) Spiegel, 5/96, (10) Taz, 23-1-96, (11) Stern, 25-1-96, (12) Medien- und Verlagswerkstatt querblick, (13) Taz, 19-1-96, (14) Hamburger Morgenpost, 20-1-96, (15) FAZ, 19-1-96, (16) Junge Welt, 24-1-96, (17) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (18) Spiegel, 4/96, (19) Junge Welt, 22-1-96, (20) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (21) FR, 20-1-96, (22) Taz, 20-1-96, (23) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (24) Junge Welt, 20-1-96, (25) Spiegel, 4/96, (26) Taz und FR, 19-1-96, (27) FR, Badische Neueste Nachrichten, Junge Welt, 19-1-96, (28) Taz, Badische Neueste Nachrichten, 19-1-96, (29) FAZ, 20-1-96, (30) Hamburger Morgenpost, Junge Welt, 20-1-96, (31) Taz, 19-1-96, (32) Hamburger Morgenpost, 20-1-96, (33) Spiegel, 4/96, (34) Taz, 19-1-96, (35) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (36) Bild am Sonntag, 21-1-96, (37) Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21-1-96, (38) Lübecker Bündnis gegen Rassismus, "Weitere Informationen zu den Ermittlungen gegen Sarwan E., Februar 1996, (39) Junge Welt, 24-1-96.



## BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/ 730920

## ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

## Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

## GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

**Neuerscheinung!**

**Rot Front**

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Heft 1, Januar 1996

Inhalt:

1. Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus
2. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution
3. Tod dem deutschen Imperialismus, Revisionismus und Militarismus (H. S.)

Zur Verfügung: Rezension und Freizeitung zur internationalen Bewegung der Sozialistischen Revolution - 1996 - Buch und Briefe des revolutionären Kampfes

Karl Marx: Krieg den deutschen Zuständen!

Einleitung von: Ernst Thälmann

156 Seiten, DM 10,-

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von "Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

In Berlin: Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; In Bochum: UBU, Universitätsstraße 150; In Bonn: Buchladen Che & Chandler, Breite Straße 46; In Dortmund: Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; In Duisburg: Antiquariat, Pulverweg 33b; In Frankfurt: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; In Freiburg: Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; In Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; In Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; In Hannover: Internationalismus Buchhandlung, Engelbaster Damm 10; In Herne: Infoladen, Heinrichstr. 19; In Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marlenstr. 15; In Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg; In Köln: Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; In München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; In Stuttgart: Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9; In Wolfsburg: Infoladen Anna, Schachtstr. 31a.

## Interview mit Mohammed Eid, dem Bruder von Safoan Eid!

Wie geht es den Bewohnerinnen und Bewohnern jetzt nach dem Brand. Wie viele sind noch im Krankenhaus, wieviele sind noch schwer verletzt?

**Mohammed:**

Meine Mutter und mein Bruder sind noch schwer verletzt. Eine Frau aus Liberia, sie hat zwei Kinder, liegt auch immer noch im Krankenhaus und ist schwer verletzt. Die Familie Omari ist auch schwer verletzt. Auch die anderen Bewohner vom Haus sind zwar schon aus dem Krankenhaus entlassen, aber sie sind immer noch verletzt. Ein Mann hat einen Schock, seit dem Brand hat er fast kein Wort geredet, es geht ihm sehr schlecht, er kann seine Hände und Füße nicht richtig bewegen. Bei dem Brand ist er aus dem Fenster gesprungen und hat seine Frau getragen.

Wir finden es großartig und sehr mutig, daß die Bewohnerinnen und Bewohner sich trotz ihrer schwierigen Lage nicht haben spalten lassen von der Polizei und der Justiz. Wir haben gehört, daß der deutsche Staat nun versucht, die Bewohnerinnen und Bewohner, die ja mit Safoan solidarisch sind, mundtot zu machen, indem sie sie abschieben. Wie ist die Situation von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hafenstraße heute? Ist jemand von Abschiebung bedroht? Gibt es schon Abschiebebescheide oder sogar Inhaftierungen in Abschiebehaft?

**Mohammed:**

Wir alle, alle Bewohner sind immer noch von Abschiebehaft und Abschiebung bedroht. Wir haben immer noch kein gesichertes Aufenthaltsrecht hier in Deutschland. Im Moment ist noch ein Mann aus Afrika, er heißt Victor Atey, in Abschiebehaft. Er war zwar nicht in der Neuen Hafenstraße gemeldet, aber war in der Nacht des Brandanschlages dort, mußte aus dem Fenster springen und hat sich verletzt. Die Behörden sagen nach wie vor, meine Familie ist ausreisepflichtig und der Brandanschlag hat damit nichts zu tun. Die Behörden haben auch einen Brief an die libanesische Botschaft geschrieben, in dem sie schreiben, daß dieser Libanese wissen muß, daß er ganz schnell abgeschoben wird.

Wir denken, daß der deutsche Staat das Nazi-Verbrechen in Lübeck mit allen Mitteln vertuscht. In der Presse konnten wir lesen, daß die Polizei und Staatsanwaltschaft die Bewohner bei den Verhören als Zeugen massiv unter Druck gesetzt hat. Gleich nach dem Brandanschlag sei auf ihre Verletzungen und Belastungen keine Rücksicht genommen worden, und später gab es stundenlange Verhöre auch mitten in der Nacht? Können Sie dazu etwas sagen?

**Mohammed:**

Wir wurden schlimmen Verhörmethoden unterzogen. Wenn einer der Bewohner bei den Verhören z.B. ausgesagt hat, daß er vor dem Brand einen Knall gehört hat, dann kam von

der Polizei gleich: Nein, das war kein Knall, die Brandursache kam nicht von außerhalb, der Brand wurde im Haus gelegt.

Also hat die Polizei immer versucht, die Aussagen der Bewohner in eine bestimmte Richtung zu lenken?

**Mohammed:**

Ja. Und dann haben sie immer gleich gefragt, mit wem hast Du Dich nicht gut verstanden, mit wem hast Du Streit gehabt. Sie haben gefragt, wo wir uns normalerweise aufgehalten haben, wohin wir gegangen sind, also Dinge aus dem Privatleben. Ich wurde z.B. nachts zum Verhör abgeholt, ein Verhör von 24.00 Uhr bis 3.00 Uhr nachts. Sie haben uns direkt aus dem Krankenhaus zum Verhör abgeholt. Auch Kinder wurden verhört wie Erwachsene.

Wir denken, daß die bürgerlichen Medien den Nazi-Hintergrund massiv geieugnet und vertuscht haben und nicht das geringste Interesse besitzen, daß die Wahrheit ans Licht kommt. Wie wurden die Bewohnerinnen und Bewohner von den bürgerlichen Medien behandelt?

**Mohammed:**

Wir sind von den Zeitungen oft um Interviews gebeten worden. Aber was wir tatsächlich gesagt haben, wird in den Zeitungen oder im Fernsehen



*Demonstration in Lübeck am 23.3.1996*

nicht gebracht. Sie bringen dann Dinge, die wir gar nicht gesagt haben. Alles, was wir gesagt haben, sieht dann in der Presse plötzlich ganz anders aus und wird gegen uns gedreht, damit die Wahrheit nicht herauskommt.

Das ist also wie jetzt der Versuch von den "Lübecker Nachrichten". Die haben ja gerade behauptet, daß Herr Makudila, dessen ganze Familie bei dem Brand ermordet worden ist, gegen ihren Bruder als Nebenkläger auftreten will.

**Mohammed:**

Ich weiß nicht, worum es da geht. Aber ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß Herr Makudila nicht gegen uns gesprochen hat, überhaupt nicht. Das hat nur die Zeitung so berichtet. Die haben das dann als kleine Randnotiz in ihrem Artikel gebracht. Nur ein, zwei kurze Sätze. Wenn Herr Makudila wirklich etwas gegen uns gesagt hätte, dann hätte die Zeitung eine riesige Schlag-

zeile daraus gemacht. Das war sofort mein erster Eindruck. Tatsächlich sagt Herr Makudila, er vertraut der Polizei bei dem, was sie macht - ich für meinen Teil habe eine andere Meinung - und er will als Nebenkläger auftreten. Ich werde natürlich auch Nebenkläger sein im Prozeß gegen die wirklichen Verbrecher, weil ich sicher weiß, daß mein Bruder das nicht gemacht hat.

Die Medien versuchen also, die Bewohnerinnen und Bewohner gegeneinander auszuspielen und einen Keil zwischen sie zu treiben?

**Mohammed:**

Die Presse versucht, uns gegeneinander aufzubringen, aber zum Glück werden sie das nicht schaffen, denn die Bewohner werden nicht vergessen, wie wir tatsächlich miteinander gelebt haben. Sie werden es nicht schaffen, daß alle vergessen, wie das Miteinander, die Freundschaft unter den Bewohnern war. Wir konnten unsere Probleme zusammen reden, die Kinder haben zusammen gespielt, die Erwachsenen haben zusammen Fußball gespielt.

Der Staatsanwalt hat einen Zeugen präsentiert, der für seine Aussage möglicherweise 50.000 DM erhalten wird. Diese Aussage ist der einzige angebliche Beweis gegen Safoan. Wer ist eigentlich in der Brandnacht mit Safoan Eid im Krankentransporter noch gesessen, in dem auch der Zeuge, der Sanitäter, war, der Safoan heute belastet?

**Mohammed:**

Mehrere Verletzte waren vorne gesessen, ich auch und mein Bruder. Nach zwei, drei Kilometern hat Safoan vom Krankenwagen aus einen Verwandten auf der Straße gesehen und ihm gewunken. Mein Bruder ist dann nach hinten in den Krankenwagen gegangen, um ihm zu winken. Dann ist er hinten im Wagen gesessen. Dann ist mein anderer Bruder Gasban nach hinten gesessen zu meinem Bruder. Dann ist der Sanitäter zu meinem Bruder und hat ihn am Ohr behandelt. Nachdem der Sanitäter meinen Bruder so eine Minute am Ohr behandelt hat, dann hat eine Frau geschrien, daß sie keine Luft mehr bekommt. Dann ist der Sanitäter dort hin, er war immer beschäftigt und ging hin und her. Mein Bruder hat mir erzählt, daß sie sich mit dem Sanitäter gar nicht unterhalten haben. Safoan und mein anderer Bruder haben sich unterhalten, ob unsere Unterkunft und wir nun auch Opfer von einem Nazi-Anschlag geworden sind. Dabei fielen die Worte "Wer war es?", "Wer kann so etwas tun?" "Ja, sie waren es!". Außerdem war auch ein Polizist im Krankenwagen. Wenn mein Bruder wirklich gesagt hätte "Wir waren es", warum haben sie ihn dann nicht gleich festgenommen? Aber was der Sanitäter sagt, daß stimmt nicht. Mein Bruder hat gesagt "Die waren es" und nicht "Wir waren es".

*Das Interview wurde von Freunden des Buchladen Georgi Dimitroff am 9.3.1996 durchgeführt.*

## Der Nazi-Terror geht weiter!

Nach dem Nazi-Massaker von Lübeck verging und vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Menschen aus anderen Ländern von nazistischen Banden angegriffen werden - wie vor kurzem in Magdeburg, wo ein Mann aus dem Sudan schwer verletzt wurde -, es verging und vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte oder Wohnhäuser, in denen überwiegend Menschen aus anderen Ländern wohnen, oder Schändungen von jüdischen Friedhöfen verübt werden.

Auch in Lübeck gab es nach dem Nazi-Massaker in der Lübecker Hafenstraße erneut nazistische Anschläge:

### 29.2.96: Brandanschlag auf ein Wohnhaus in der Lübecker Innenstadt!

In der Nacht zum 29.2.96 brannte ein Wohnhaus in der Lübecker Innenstadt völlig aus. Die 29 Bewohnerinnen und Bewohner, darunter eine türkische und eine griechische Familie, konnten sich retten. In einem angrenzenden Durchgang wurden Hakenkreuzschmierereien gefunden, die laut einer Bewohnerin erst in der Nacht des Anschlages entstanden sein können. Auch in die-

sem Fall geht die Polizei ähnlich vor wie bei dem Nazi-Massaker eineinhalb Monate zuvor: es wird versucht, den Nazi-Anschlag zu vertuschen. Die Polizei beauftragt Feuerwehrleute, die Hakenkreuze zu beseitigen. Als diese sich weigern, übernimmt die Polizei selbst die "Arbeit"!

### 8.3.1996: Schändung eines jüdischen Friedhofes in Lübeck!

Auf Grabsteine, die Wände der jüdischen Synagoge auf dem Gelände des Friedhofes und auf ein



Hakenkreuzschmierereien auf dem jüdischen Friedhof in Lübeck!

Nebengebäude wurden Hakenkreuze geschmiert sowie die Initialen der nazistischen "FAP"! Die Nazis konnten unerkannt entkommen (Lübecker Nachrichten, 8.3.96).

### 23.3.1996: Hakenkreuzschmierereien am niedergebrannten Flüchtlingswohnheim in der Lübecker Hafenstraße!

Um ca. 15.00 kommt die Demonstration gegen rassistische Ermittlungen, für die Freilassung von Safoan Eid am ehemaligen Flüchtlingswohnheim an: eine Seitenwand und die Vorderseite des Hauses sind mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert! Die Polizei macht keinen Finger krumm, stattdessen bedroht sie die Demonstration mit großem Aufgebot. Ein Demonstrant übermalt die nazistischen Schmierereien.

**Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren - das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben!**

**Nichts vergessen, nichts vergeben!**

## Hattingen 1993 funktioniert wie die Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1993, eine Woche nach den Nazi-Morden in Solingen, brennt das Haus der türkischen Familie Ünver in Hattingen vollständig aus. Die Mutter mit ihren 5 Kindern kann sich aus dem Haus retten. Zunächst beginnt die Fahndung nach mehreren Männern, die ein Nachbar zur Tatzeit weglaufen sah; nach wenigen Tagen wird sie bereits wieder eingestellt. Nun läuft es wie in Lübeck 1996 ab: Die Frau wird von Staatsanwaltschaft, Polizei und bürgerlichen Medien als "Täterin" präsentiert, das konstruierte, völlig absurde "Motiv" lautet: Sie wollte das Geld kassieren, das nach dem Brand von der Bevölkerung gespendet würde! Eindeutige Einbruchspuren am Haus, die Zeugenaussagen von Frau Ünver, sie habe einen Mann vor dem Brand im Haus gesehen und dem Nachbarn werden als unglaubwürdig hingestellt. Durch die Beschreibung des Nachbarn wurde ein markantes Merkmal eines der beobachteten Männer bekannt: ein im Hinterkopf einrasierter Winkel. Als sich aufgrund der in der Presse veröffentlichten Beschreibung eine Frau meldet, sie habe einen Mann in einer Kneipe gesehen, auf den die Beschreibung paßt, muß auch die Polizei der Sache nachgehen. Das Ergebnis: Die Kneipe ist polizeilich als Treffpunkt der nazistischen REP's bekannt, der Wirt gibt sich selbst als REP-Mitglied zu erkennen und beteuert - wie auch der REP-Chef des Kreises Hattingen -, daß es bei ihnen niemand gebe, auf den die Beschreibung passe. Die Polizei gibt sich damit zufrieden und stellt die Ermittlungen in diese Richtung ein! Ein weiterer Hinweis stößt die Polizei auf drei Männer, von denen einer offen zugibt, er habe sich am Tag nach der Brandnacht die Haare geschnitten! Kein Nachfragen der Polizei, Ermittlungen beendet! Begleitet werden diese polizeilichen Vertuschungen von einer Berichterstattung der bürgerlichen Medien, die Frau Ünver als Täterin verurteilen und sogar nicht davor zurückschrecken, einen FAP-Nazi zu präsentieren, der "bezeugt", daß es in Hattingen keine Nazi-Aktivitäten gäbe, denn er würde seine Aktivitäten woanders durchführen! (Wochenpost, 26.6.1993) (Quelle: Broschüre der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen)

Am 20.2.1996 beginnt schließlich der Prozeß gegen Frau Ünver, die Staatsanwaltschaft fordert zweieinhalb Jahre auf Bewährung. Aufgrund der doch zu fadenscheinigen, zu offensichtlichen Lügen und Verdrehungen der staatsanwaltschaftlichen Anklage muß das deutsche Gericht Frau Ün-

ver am 19.3.96 freisprechen, betont aber in der bisherigen Tradition der staatlichen Vertuschungsmanöver, daß die Ermittlungen der Polizei in Richtung Nazi-Szene nicht nachlässig gewesen wären! (FR, 20.3.96) Das ist ein Freibrief dafür, daß es auch in Zukunft keinerlei Ermittlungen in Richtung Nazi-Anschlag geben wird, das die nazistischen Täter weiter frei herumlaufen werden!

Auch dieses Beispiel zeigt ebenso wie die staatlichen Lügen und Manöver zur Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck:

**Es ist eine dringende Aufgabe der gesamten antinazistischen Kräfte, systematisch und eigenständig zu recherchieren, vorhandene Rechercheergebnisse zusammenzufassen und auszuwerten, die Lügen von Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerlichen Medien zur Vertuschung von Nazi-Anschlägen zu entlarven!**

### Veranstaltung

#### Lübeck, Hattingen...: Die Opfer als Täter? Geschichte einer deutschen Entlastung

mit: Vertreterin der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen

Wolfgang Heiermann (Rechtsanwalt der Familie Ünver)

MitarbeiterInnen des Antirassistischen Telefons aus Hamburg

Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen Altenessen

Zeit: Montag 22. April, 20 Uhr

Veranstalter: Zeche Carl, Antifaschistisches Forum, Forum für Internationale Friedensarbeit

Die Broschüre der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen (22 Seiten) kann für 2 DM beim Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr.4, 60327 Frankfurt/Main bestellt werden.

## Wie "taz" und "junge welt" im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen!

### Erklärung von "Gegen die Strömung"

Angesichts der staatlich verordneten Nachrichtensperre und der Vertuschungsmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien zum Nazi-Brandanschlag in Lübeck am 18.1.96 hatten wir versucht, in der sich als "kritisch" verstehenden Presse eine Anzeige zur Widerlegung der entscheidenden Lügen und Manöver um das Nazi-Massaker zu schalten, damit dort, wenn schon nicht aus eigenem journalistischem Antrieb und Kritikverständnis, so doch zumindest für Geld die Wahrheit ans Licht kommt.

Doch weit gefehlt. Wurde der Abdruck unserer Anzeige in der offiziell staatsloyalen Presse wie "Frankfurter Rundschau" und "Süddeutsche Zeitung" ohne große Umschweife abgelehnt, so lehnten sowohl die "taz" als auch die "junge welt" unter dem Vorwand möglicher juristischer Konsequenzen ab. Nach zähen Verhandlungen - auch die Vorlage des Ausweises des presserechtlich Verantwortlichen wurde verlangt! - gelang es dann, "taz" und "junge welt" zum Abdruck einer durch Einschwätzungen bestimmter Wörter zensierten Anzeige zu bewegen. Das war wohl ein in der Geschichte der Presse der BRD einmaliger Vorfall, aber wir müssen zugeben, es hat uns doch ein bißchen amüsiert, als wir dann morgens am 9.3.96 die Zeitung aufgeschlagen haben, denn: Deutlicher kann man nicht vertuschen!

Wir halten es für bezeichnend, daß diese Anzeige im Original in keiner deutschen Tageszeitung abgedruckt werden konnte, sei es durch die offene Weigerung der reaktionären Presse, sei es durch die "Schere im Kopf" der sich als "kritisch" verstehenden Zeitungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt: Ob es für das "Ansehen Deutschlands" oder aus Angst vor Repression - letztlich lügen, betrügen und vertuschen sie alle!

**Vertraut nicht den Lügen der bürgerlichen Medien!  
Schafft eine breite, unzensierte Gegenöffentlichkeit!**

Gegen die Strömung, 13.03.1996

im Original heißt es hier: "Lügen"

im Original heißt es hier: "vertuscht"

10 Flüchtlinge ermordet und 38 schwer verletzt bei dem Nazi-Brandanschlag gegen das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße am 18.1.1996!

## Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien

### Die zentralen Lügen und Manöver zur Entlastung der Nazis:

1. Um die drei zunächst verhafteten Nazis freizulassen, präsentierte die Polizei ein Alibi und behauptete, die Wegstrecke von der Tankstelle (wo sie gesehen worden sein sollen) zum Brandort sei nicht zu schaffen! Wahr ist, daß 15 Kilometer innerhalb von 20 Minuten nachts mit dem Auto sehr wohl zu schaffen sind. Und schließlich sind Minuten nach Ausbruch des Feuers die Personalien der Nazis dort kontrolliert worden.
2. Um "Druck zu nehmen" wurde behauptet, daß die am Tatort verhafteten Nazis "keine Ausländerfelle" seien. Wahr ist, daß einer der vier - Malik W. - im Juli 1995 bereits wegen Nazi-Schmierereien zwei Monate in U-Haft gesessen hatte und alle zur Nazi-Szene in Grevenmühlen gehörten.
3. Um die Nazis zu entlasten und die Opfer zu beschuldigen, wurde behauptet, der Brand sei von "innen", also angeblich von einem der Hausbewohner selbst gelegt worden. Wahr ist, daß die Glasscheibe der Aluminiumtür kaputt war und sich jeder ins Flüchtlingsheim Eintritt verschaffen konnte!

Der vollständige Text ist als DIN-A3-Plakat kostenlos erhältlich. Quellen und Hintergrundinformationen im Flugblatt "Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck" von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Bestellungen an: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M. - Fax: (069) 730620. V.i.S.d.P.: Albert Odenhall, Vertrieb für Internationale Literatur, Buchbinder, c. 10625 Berlin

### Die zentralen Lügen und Manöver zur Beschuldigung des Heimbewohners Safoan Eid:

1. Der angebliche "Streit zwischen Afrikanern und Arabern" ist eine Erfindung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Wahr ist, daß es im Flüchtlingsheim keinen solchen Streit gab, wie die afrikanischen Heimbewohner einmütig bezeugen.
2. Nach der Aussetzung von 50.000 DM Belohnung meldete sich - nach einhalb Tagen!!! - ein freiwilliger Sanitäter und belastete damit faktisch Safoan Eid des Mordes und Mordversuches an der eigenen Familie. Wahr ist, daß Safoan Eid nicht "Wir yareu es", sondern "Sie waren es" gesagt hat.
3. Ein weiterer Beweis dafür, daß Safoan Eid unschuldig im Gefängnis sitzt, ist die Tatsache, daß er in der Brandnacht nach Ausbruch des Feueralarms von anderen Hausbewohnern schlafend geweckt wurde.

- ☆ Kein Vertrauen in Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien! Die Nazi-Pest überall bekämpfen!
- ☆ Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten! ☆
- ☆ Sofortige Freilassung von Safoan Eid! ☆

### Kundgebung

Freiheit für Safoan Eid!

9. März, 14.00 Uhr  
vor der JVA, Martling  
in Lübeck/Mart!

### Veranstaltung

mit ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern der Lübecker Hafenstraße

14. März, 18.00 Uhr  
im Workshop, Kanalstr. 9  
in Lübeck

### Demonstration

Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!

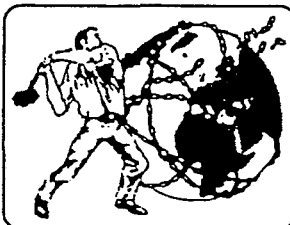
23. März, 13.00 Uhr  
in Lübeck

im Original heißt es hier: "staatliche"

**Der unzensierte Text der Anzeige sowie eine Dokumentation des Briefwechsels mit "junge welt" und "taz" kostet 1 DM. Zu bestellen bei:**

**Buchladen Georgi Dimitroff  
Koblenzerstr. 4  
60327 Frankfurt/Main**

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/96

September 1996

**Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen:**

## Der Polizeistaat bei der Arbeit!

Es war wie aus einem leicht vereinfachenden Lehrbuch über die Rolle des bürgerlichen Staates im Imperialismus: Während in Worms Mordtruppen der Nazis unter Polizeischutz eine Stunde lang ihre Parolen grölen konnten, während 300 deutsche Nazis ungehindert nach Polen ausreisen konnten und das Fußball-Länderspiel Polen-Deutschland nutzten, um massiv nazistische Propaganda zu verbreiten, waren ein Monat zuvor in Hannover und Bremen mit einem Polizeiaufgebot sondersgleichen die mehr oder minder politisch unangepaßten Punker-„Chaostage“ verboten und mit großer Brutalität verhindert worden. Einige Wochen später wurden 313 von der Polizei als „links“ eingestufte Demonstrantinnen und Demonstranten direkt aus dem Zug heraus in Grevesmühlen brutal festgenommen, um das Demonstrationsverbot durchzusetzen, das gegen die angemeldete Demonstration verhängt worden war, die sich gegen die Grevesmühlener Nazi-Szene richtete.

Es lohnt sich, anhand von diesen Schlaglichtern sich die Funktion des bürgerlich-imperialistischen Staates, seine Vorgehensweise, das Ausmaß der angewandten unterdrückerischen Methoden und die gleichzeitige Heuchelei vor Augen zu führen.

### Hannover und Bremen: Der deutsche Polizeistaat in Aktion gegen die Punker- „Chaostage“!

Um jegliche Proteste im Zusammenhang mit den „Chaostagen“ schon im Vorfeld zu verhindern, wurde ein ganzes Arsenal von polizeistaatlichen Mitteln aufgeföhren.

Ein Aufgebot von 7000 Polizisten und Bundesgrenzschützern, zwölf Wasserwerfern, acht Räumpanzern sowie 20 Großraumhubschraubern stand bereit, um Hannover gegen Punks und Autonome abzuschirmen. Bereits eine Woche vor dem geplanten Beginn der „Chaostage“ (2. bis 4. August 1996) wurden Punks von Polizei und Bundesgrenzschutz systematisch aus Hannover und dann auch aus Bremen vertrieben. Stadt- und Landesgrenzen wurden dicht gemacht, es gab ein Einreiseverbot für alle, die wie Punks aussahen. Am Freitag, den 2.8.1996, verbot auch die Stadt Bremen alle Ausweich- oder Ersatzveranstaltungen.

Speziell für die Polizeistaatsaktionen gegen die „Chaostage“ wurde das niedersächsische Polizeigesetz geändert. Der Kern dieser Änderung besteht darin, daß jetzt ganz legal ohne richterliche Genehmigung vier Tage lang Personen prä-

ventiv festgenommen werden können, anstatt wie bisher nur 48 Stunden mit richterlicher Prüfung nach 8 Stunden (jw, 2.8.1996).

Allein in Hannover wurden Tausende Jugendliche, die mit Zügen ankamen, kontrolliert. 1315 wurden zurückgeschickt; insgesamt wurden 2360 „Platzverweise“, in Hannover erteilt. Alle Betroffenen wurden in eine Datei aufgenommen; die Daten wurden auch nach Bremen weitergegeben. 571 Personen wurden insgesamt in Hannover und Bremen festgenommen. 141 strafrechtliche Ermittlungen laufen, größtenteils wegen des Verdachts „versammlungsrechtlicher Straftaten“ (jw 6.8.1996).

Der große Teil der Festgenommenen mußte unter brutalen Bedingungen - gefesselt und ohne ein Mindestmaß an Hygiene - in Garagen auf einem ehemaligen Kasernengelände oder in Turnhallen ca. 20 Stunden ausharren. Sie wurden von der Polizei fotografiert, sie mußten zum Teil auf dem nackten Betonboden schlafen, erst nach 10 bis 11 Stunden bekamen sie etwas zu essen und zu trinken, nur wenige durften einen Rechtsanwalt verständigen (taz, 5./6./7.8.1996).

Mit welcher Brutalität die deutsche Polizei den Punks gegenüber vorgegangen ist, wird besonders deutlich an einem Beispiel: Auf der Sielwallkreuzung in Bremen fuhr am 3.8.1996 Polizisten in einem VW-Kleinbus absichtlich ein

nen angetrunkenen Mann an, der über die Kreuzung torkelte, und dann, als er hingefallen war, überrollten sie sein Bein (FR, 6./7.8.1996).

Sämtliche Polizeistaatsaktionen waren gezielt und massiv durch systematische Hetze in den bürgerlichen Medien vorbereitet. Die angebliche „Gefährlichkeit“ der Punks und damit der Polizeieinsatz wurden u.a. mit dem Hinweis auf „Alkoholexzesse“, „demonstratives Urinieren in der Öffentlichkeit“, „begründet“, es wurde behauptet, das „Werfen von Steinen“ sei für Punks genauso typisch wie das „Betreten von Kaufhäusern“ (jw 4.7.96). Immer wieder wurde der Polizeiterrör gegen die Punks mit dem angeblich so „hohen Sachschaden“ der „Chaos-Tage“ von 1995 gerechtfertigt.

Während gegen die Punker mit riesigem Polizei-Aufgebot vorgegangen wird, können zur selben Zeit in Hannover Nazi-Banden ungestört, ja unter dem Schutz der Polizei ihre nazistischen Aktionen zum „Heß-Gedenktage“ vorbereiten. Ungehindert konnten sich nach Beobachtungen von Punks auch polizeibekannte Nazis in Hannover zwischen den Polizisten bewegen, die zur selben Zeit Jagd auf alle machten, die sie als „Punker“ bezeichneten! (jw, 3.8.1996)

Es ist klar: Ganz gewiß sind die Punks in der Mehrheit keine hochpolitischen Aktivisten, sondern sie stellen sich mit mehr oder weniger richtigen und zum Teil auch falschen Inhalten und Formen gegen das vorherrschende deutsche Spießertum. Bei jedem bayerischen Oktoberfest wird der Boden mehr verkotzt und fallen mehr Reinigungsarbeiten an als bei zehn „Chaostagen“ zusammen. Es geht also um eine Machtdemonstration gegen Jugendliche, um die offizielle Knüppelerziehung inklusive praktischer Übungsmöglichkeiten der Polizei für Bürgerkriegssituationen.

### Worms: Nazi-Aufmarsch unter dem Schutz der Polizei!

Am 17.8.1996 zogen 250 Nazis nazistische Parolen grölend durch Worms und konnten anschließend eine einstündige Kundgebung in der Innenstadt abhalten. Als 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen das Nazi-Pack und die nazistische Propaganda vorgehen wollten, griff das anwesende SEK ein, ging gegen die antinazistischen Kräfte vor und schützte damit die Nazis und ihre Kundgebung. Offiziell waren zwar alle nazistischen „Heß-Gedenkveranstaltungen“ verboten, faktisch erlaubte die Polizei jedoch mehrere Nazi-Aktionen: außer in Worms fanden z.B. auch in Bad Harzburg (Niedersachsen) und Merseburg (Sachsen-Anhalt) Nazi-Aufmärsche statt. Tatsache ist, daß die Polizei tatenlos zusah, wie sich die Nazis von ihrem Sammelplatz aus am Domplatz in Marsch setzten. Bereits seit dem 15. August hatte der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz Informationen über geplante Nazi-Aktionen im Raum Worms. Um 13.24 Uhr war dann der Sammelplatz „Worms, Hauptportal Dom“ unter den Nazis bekanntgegeben und sofort vom Verfassungsschutz an das Landeskriminalamt von Rheinland-Pfalz weitergeleitet worden.

Polizeilich bekannt ist natürlich auch, daß Worms eine Nazi-Hochburg ist, daß sich dort in den letzten zwei Jahren regelmäßig über 100 Nazis zu nazistischen „Grillfesten“ trafen. Dort fand auch die erste Nazi-Großveranstaltung nach



dem Nazi-Brandanschlag in Solingen statt (FR, 12.9.1996).

## Grevesmühlen: Polizeiterror gegen die antinazistische Demonstration!

Am 31.8.1996 sollte im Anschluß an eine Kundgebung in Lübeck eine antifaschistische Demonstration in Grevesmühlen unter dem Motto „Gegen den herrschenden rassistischen Normalzustand in Deutschland“ stattfinden. Der Ort Grevesmühlen wurde gewählt, um gegen die Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck vom 19.1.1996 anzukämpfen, bei dem 10 Flüchtlinge ermordet, und 38 Flüchtlinge zum Teil schwer verletzt worden waren; um gegen die rassistischen Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Safoan Eid anzukämpfen, einem ehemaligen Bewohner des Lübecker Flüchtlingswohnheimes, der von Polizei, bürgerlichen Medien und Staatsanwaltschaft zum „Täter“ gemacht wird. Grevesmühlen wurde gewählt, um auf die dortige Nazi-Szene aufmerksam zu machen, aus der die vier Nazis kommen, die bis heute - trotz erdrückender Beweise dafür, daß sie zu den Nazi-Mördern von Lübeck gehören - durch eine beispiellose Kumpanei zwischen bürgerlichen Medien, Staatsanwaltschaft und Polizei geschützt werden.

Die Demonstration in Grevesmühlen wurde nach § 130 StGB, dem sogenannten „Volksverhetzungsparagrafen“ verboten aufgrund von Formulierungen aus dem Demonstrationsaufruf wie „Bringen wir ihnen unsere Wut und unseren Haß“ und „Den TäterInnen auf die Pelle rücken“ (taz 28.8.1996).

Das war die staatliche Rechtfertigung dafür, daß am 31.9.1996 auf dem Grevesmühlener Bahnhof ca. 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten von 700 Polizisten eingekesselt und kurz darauf ohne Vorwarnung wahllos und brutal niedergeknüppelt wurden. Anschließend wurden die meisten der Demonstrantinnen und Demonstranten „in Gewahrsam genommen“ und zu verschiedenen Sammelpunkten gekarrt, wo sie bis in die frühen Morgenstunden eingesperrt wurden.

Dies zeigt: In die Enge getrieben durch die internationale Öffentlichkeit und die Enthüllung der staatlichen Vertuschung des Nazi-Brandanschlags durch antinazistische Kräfte schlägt der Staat des deutschen Imperialismus - mit all seinen regionalen Besonderheiten - immer brutaler zu.

Die Polizeiaktion fand unter dem Applaus von rund hundert am Bahnhof versammelten Schaulustigen statt, darunter ca. 50 Nazis aus Grevesmühlen, die die antifaschistischen Demonstrantinnen und Demonstranten mit dem selbst nach deutschen Gesetzen verbotenen „Hitlergruß“ und mit nazistischen Parolen am Bahnhof „begrüßt“ hatten (taz 2.9.1996).

## Deutsche Polizei ermöglicht Aufmarsch deutscher Nazis in Polen!

Rund 300 Nazis nutzten das Fußball-Länderspiel am 4.9.1996 zwischen Polen und Deutschland in Zabrze (Polen) für ihre nazistische Propaganda, die über das deutsche Fernsehen millionenfach verbreitet wurde. Immer wieder zeigten sie im Stadion den „Hitler-Gruß“ und grölten Nazi-Parolen wie „Wir sind wieder einmarschiert“ oder „Wir sind in Polen, um Juden zu versohlen“. Ganz eindeutig war diese Nazi-Aktion langfristig vorbereitet: beim Abspielen der Nationalhymnen hielten die Nazis ein Transparent hoch mit der zynischen Aufschrift „Schindler-Juden, wir grüßen euch“.

Wie verhielt sich der deutsche Staat? Vertreter der Polizei behaupten, während der Anreise der Nazis habe auf „deutscher Seite“ nicht eingeschritten werden können. Die meisten „Störer“ seien bis Zgorzelec mit Autos gefahren und erst dort in den Zug gestiegen, und ab da sei die polnische Polizei zuständig. Mit kaum zu überbietendem Zynismus wird die „Schuld“ für den Nazi-Aufmarsch allein der polnischen Polizei in die Schuhe geschoben. Die Wahrheit sieht ganz anders aus:

Natürlich sind diese Nazis polizeilich bekannt, sie hätten jederzeit an der Grenze von der deutschen Polizei festgenommen werden können al-

lein schon deshalb, weil sie noch in Deutschland während der Zugfahrt nazistische Parolen gebrüllt hatten, was nach dem sogenannten „Volksverhetzungsparagrafen“ strafbar ist (FR, 6.9.1996). Und nach dem Nazi-Aufmarsch? Niemand wurde verhaftet und vor Gericht gestellt, obwohl die Gesichter namentlich bekannter Nazis im Fernsehen klar zu erkennen waren!

Wenn man die Begründungen für das Nicht-Eingreifen der Polizei im Fall der Nazis und den Polizei-

einsatz zur Verhinderung der „Chaostage“ gegenüberstellt, wird die Funktion des bürgerlichen Staates noch offensichtlicher: Im ersten Fall teilt das Bundesinnenministerium mit, daß Festnahmen bei der Anreise wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht möglich seien. Die Vermutung, jemand werde sich schlecht benehmen, reiche nicht aus (FR, 6.9.1996). Zur Durchsetzung des Verbots der „Chaostage“ reichte genau diese Vermutung aus für den massiven, systematischen und brutalen Polizeieinsatz gegen die Punks!

☆☆☆

Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, daß der deutsche Staat gezielt die Nazi-Szene kontrolliert und dieser nur ab und zu „Mäßigung“ verordnet. Die Nazis sind eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen, eine Art Reserve, die sorgsam geschützt wird gegen antinazistische Kräfte.

Allen Beschwörungen von „Gleichheit“ zum Trotz, die uns tagtäglich von den bürgerlichen Medien und Politikern als die „demokratische Realität“ in Deutschland vorgelogen wird, zeigt sich, daß die eh nur spärlich vorhandenen demokratischen Rechte für „linke“ Kräfte immer weiter eingeschränkt und demontiert werden.

Der Gegensatz zwischen dem angeblich demokratischen Anspruch und der Realität in Deutschland muß systematisch entlarvt werden. Wir müssen eigenständige Kräfte mobilisieren, die keinerlei Illusionen in diesen Staat haben. Dabei gilt es, maximal alle existierenden Möglichkeiten im Rahmen der noch bestehenden demokratischen Rechte zu nutzen, und dennoch jederzeit damit zu rechnen, daß sie bald nicht mehr genutzt werden können. Bei diesen und anderen Fragen müssen wir ansetzen und die Rolle des Polizeistaates genauer hinterfragen, die Funktion des Staates im Kapitalismus überhaupt aufzeigen, seinen Klassencharakter offenlegen. Anlässe dazu sind mehr als genug gegeben.

Es ist unsere Aufgabe zu zeigen, daß der einzige Ausweg auf lange Sicht die proletarische Revolution, die Zerschlagung des ganzen bürgerlichen Staatsapparats durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Verbündeten und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist, wo nicht mehr wie im Kapitalismus eine kleine Minderheit die große Mehrheit mit einem gut ausgerüsteten Polizei- und Militärapparat unterdrückt, sondern wo die große Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten und Unterdrückten ihre früheren Herren niederhält und auf dieser Grundlage wirklich demokratische Verhältnisse für die Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten immer umfassender verwirklicht werden.

Es liegt an uns, massiver denn je gegen antidemokratische polizeistaatliche Manöver vorzugehen und dies maximal zu nutzen, um anknüpfend an solche Kämpfe das Programm der Kommunistischen Partei zu propagieren.



**BUCHLADEN**  
**Georgi Dimitroff**  
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.  
Fax 069/730920  
**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr  
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

**Vertrieb für Internationale  
Literatur**  
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin  
**GEÖFFNET:**  
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

□ Zur Diskussion gestellt: Anmerkung zum Flugblatt 9/96

### "Der Polizeistaat bei der Arbeit"

In einer Diskussionsrunde gab es eine kurze Diskussion über folgende Stelle im Flugblatt:

"Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, daß der deutsche Staat gezielt die Nazi-szene kontrolliert und dieser nur ab und zu 'Mäßigung' verordnet." (S. 2, Spalte 2 unten)

Dahinter steht, daß der Staat ja nun nicht hinter jeder Aktion der Nazis steckt, daß ihm doch wohl die ein oder andere Aktion der Nazis nicht unbedingt ins Konzept paßt. In

"Rot Front" Nr. 2 wurde dies differenzierter und treffender beschrieben:

"Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten." (RF Nr. 2, S. 57)

**Reichswehr,  
Wehrmacht,  
Bundeswehr,**



**zerschlagt das  
deutsche Mörderheer!**

Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin  
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Streuzettel  
des Buchladen Dimitroff

**Tod  
dem deutschen  
Imperialismus,  
Revanchismus und  
Militarismus!**

Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin  
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main



## Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!

Extrem niedrige Löhne, die oftmals gar nicht ausbezahlt werden, Unfallschutz und Arbeitssicherheit sind fast gleich Null, 12-Stunden-Tage sind der Normalfall, auch 16-Stunden-Tage sind keine Seltenheit, zusammengepfercht in überfüllten „Wohn“-Containern, gemeinsame Razzien von IG-Bau-Führung und Polizei, staatliche Abschiebungen und nicht nur rassistische Beschimpfungen und Aktionen durch Arbeiteraristokraten der IG-Bau, sondern auch ein zunehmender Rassismus von rassistisch verhetzten deutschen Arbeitern bis hin zu nazistischen Angriffen und Nazi-Mordanschlägen - das alles prägt inzwischen den „Alltag“ der meisten Bauarbeiter aus anderen Ländern, insbesondere auch der „illegalen“ arbeitenden, die zu den am brutalsten ausgebeuteten Teilen der Werkstätigen in Deutschland zählen.

Hier nur einige Schlaglichter:

- Ende Juni 1995 wurde in Frankfurt/Oder mit einem Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen etwa 300 vermeintlich „illegale“ polnische Arbeiter mit äußerster Brutalität vorgegangen. Diese wurden festgenommen, in einen Lagerraum getrieben und schließlich ausgewiesen. Bei dieser regelrechten Treibjagd kam es zu Szenen, die ältere Menschen in Polen an den Terror während der Nazi-Okkupation erinnerten. Als Solidaritätsaktion mit den inhaftierten und ausgewiesenen polnischen Arbeitern besetzten über hundert polnische Jugendliche die Oderbrücke und blockierten eine Stunde lang den Grenzverkehr (jw, 27.6.1995, jw, 13.7.1995)

- An den staatlichen Razzien gegen „illegal Beschäftigte“ beteiligen sich die Arbeiteraristokraten und -bürokraten der IG-Bau bundesweit. Es läuft immer nach dem gleichen Schema ab: Es wird versucht, vor Ort Betriebsräte zu bespitzeln, um an Informationen zu kommen, es werden selbstständig Kontrollen durchgeführt, die Zollbehörde wird verständigt, die dann polizeiliche Razzien organisiert. „So läuft das immer ab“, erklärt der Arbeiterbürokrat Hans Schmid von der IG-Bau Hamburg, um „Ordnung auf unseren Baustellen“ zu schaffen (jw, 25/26.5.1996).

- Auch der Terror der Nazis richtet sich zunehmend gegen Bauarbeiter aus anderen Ländern. Drei Bauarbeiter aus England, Noel M., Arthur B., und Michael R., wurden am 17.6.1996 auf dem Bahnhofsvorplatz von Mahlow (bei Berlin) von ca. 10 Nazis wegen ihrer dunklen Hautfarbe rassistisch angepöbelt. Als sie die Stadt mit ihrem Auto verlassen wollten, wurden sie von einem VW-Golf verfolgt, und nazistische Mörder warfen einen großen Stein in die Scheibe der Fahrertür, so daß sich draufhin das Auto mehrere Male überschlug. Noel M. wurde in die Intensivstation eingeliefert, mußte künstlich beatmet werden und ist seit dem Mordanschlag vom Nacken ab querschnittsgelähmt. Seine beiden Kollegen wurden leicht verletzt. Von der Polizei und Staatsanwaltschaft wurden die Nazi-Opfer wie Täter behandelt, die Nazis wurden über einen Monat nicht belangt: Als die Polizei am Unfallort eintraf, interessierte sie sich nicht für den Nazi-Angriff, sondern in rassistischer Manier nur für die Pässe der Bauarbeiter. Die

Staatsanwaltschaft versuchte den Nazi-Angriff umzudrehen in eine angebliche Verfolgung der Nazis durch die Bauarbeiter, um die Nazis zu entlasten. Über einen Monat konnten sich die Nazis weiterhin am Bahnhofsvorplatz treffen, ohne daß die Polizei irgend etwas unternahm, erst am 24.7.1996 wurden zwei Nazis, Heiko H. und Mario P. aufgrund einiger Solidaritätsaktionen - u.a. eine antifaschistische Solidaritätsdemonstration in Mahlow am 27.7.1996 -, vermehrter Berichte in der deutschen bürgerlichen Presse und Fernsehen und auch Berichten in der englischen bürgerlichen Presse festgenommen und Haftbefehl erlassen, allerdings keineswegs wegen Mordversuch, sondern lediglich wegen „schwerer Körperverletzung und schwerem Eingriff in den Straßenverkehr“. Alle anderen Nazis laufen nach wie vor frei herum und können ihre rassistischen Angriffe fortsetzen (jw, 24.-26.7.1996).

In der Nacht zum 1.10.96 wurden in Trebbin (Brandenburg) drei italienische Bauarbeiter Opfer eines brutalen nazistischen Überfalls, zwei der Arbeiter wurden dabei von den Nazis mit Baseballschlägern schwer verletzt, der eine liegt mit Schädelbruch im Koma. Kollegen brachten die Schwerverletzten ins Krankenhaus, und auf dem Rückweg wurde einer von ihnen erneut von Nazis angegriffen. Er erlitt einen Nasenbeinbruch. Ein paar Tage später stürmten fünf Nazis die Stammkneipe der Bauarbeiter, zerstörten große Teile des Inventars und bedrohten den libanesischen Besitzer des Lokals. Die Bauarbeiter haben nach dem Nazi-Angriff tagelang nicht geschlafen aus berechtigter Angst, daß es zu weiteren Nazi-Angriffen kommen könnte. Viele Bauarbeiter überlegten sich angesichts dieser Situation möglichst schnell aus Deutschland zu flüchten, um ihr Leben zu retten. Ein paar Tage nach dem Überfall der Nazis nutzten die Kapitalisten die Angst der Bauarbeiter ganz bewußt aus: Die ausstehenden Lohnfortzahlungen wurden verweigert und mit der Abreise spekuliert. Doch die Bauarbeiter ließen sich nicht unterkriegen und hatten eine richtige Antwort für die Kapitalisten parat: sie besetzten einen Baukran, forderten die Auszahlung der ausstehenden Löhne und konnten mit dieser Aktion auch eine vorübergehende Zusage der Kapitalisten nach teilweiser Lohnauszahlung erkämpfen (FR, 4./5.10.1996, jw, 16.10.1996).

- Besonders alarmierend ist, daß sich zunehmend auch deutsche Bauarbeiter an chauvinistischen und rassistischen Aktionen und Schikanen gegen ihre Kollegen aus anderen Ländern beteiligen. In Hamburg wollten deutsche Bauarbeiter die Toiletten mit ihren polnischen Kollegen nicht mehr teilen, weil diese angeblich so dreckig wären. Daraufhin wurde ein Container aufgestellt, mit der rassistischen Parole: „Nicht für Polen“. Ebenfalls in Hamburg wurde eine Baustelle, wo viele Bauarbeiter aus anderen Ländern arbeiten, mit einer Menschenkette umzingelt, um in rassistischer Manier auf die „vielen Ausländer“ aufmerksam zu machen (jw, 25/26.5.1996).

- Die Bauarbeiter aus anderen Ländern nehmen dies alles allerdings nicht widerstandslos hin. So besetzten 100 Bauarbeiter aus Italien im Juni 1996 eine Woche lang eine Baustelle in Berlin, um ihren seit drei Monaten ausstehen-

den Lohn zu erkämpfen. Nach einigen Tagen wurde Polizei eingesetzt, die die Baustelle räumte, doch sie wurde erneut besetzt. Bauarbeiter aus Portugal, die die Arbeit auf der Baustelle fortführen sollten, ließen sich nicht als Streikbrecher einspannen. Inzwischen sind die Bauarbeiter gekündigt und nach Italien abgereist. Von ihrem ausstehenden Lohn von pro Person bis zu 12.000 DM hat jeder nur 400 DM erhalten, was noch nicht einmal für die Zugfahrkarte reichte (jw, 21./27.6.1996).

★ ★ ★

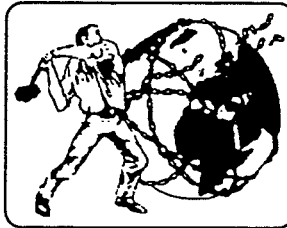
Jede wirklich ernste gewerkschaftliche Bewegung muß von vornherein gegen all diese Tendenzen massiv und militant, Seite an Seite mit den rassistisch, nationalistisch und polizeistaatlich bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern kämpfen. Massive militante Aktionen gegen den Nazi-Terror, Schutz vor Razzien und folgende Abschiebungen und für Lohnerhöhung für die „Illegalen“ seitens der zu Tariflöhnen arbeitenden Bauarbeiter, egal welcher Nationalität, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keinesfalls unwirksamen Aktionen zur Spaltung der Bauarbeiter entgegenzutreten.

Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhaltigen Bedingungen Arbeiter beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallschutz bietet, wüßte, daß am nächsten Tag die Bauarbeiter gemeinsam „seinen Laden“ auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan. Eine Aktion in diese Richtung führten irische Bauarbeiter im Oktober 1994 durch. Um ihre nicht ausgezahlten Löhne zu erkämpfen haben sie den gerade von ihnen gebauten Dachstuhl mit Kettsägen in kleine, handliche Teile zerlegt. Sie hinterließen ein „Bekennerschreiben“: „Hugo R.: Kein Geld - kein Dach.“

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen von vornherein, ohne Wenn und Aber jegliche Hetze gegen die durch den Kapitalismus zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern bekämpfen. Jegliche „Sondergesetze“ wie das „Ausländergesetz“ sowie „Zuzugsregelungen“, „Einwanderungsgesetze“ usw. dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die deutsche Arbeiterklasse mit dem Geist der Überheblichkeit und des Chauvinismus anzustecken. Jede fortschrittliche Arbeiterbewegung muß unbedingt für die **gleichen Rechte** aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen, die ursprünglich aus anderen Ländern kommen, eintreten, für die Abschaffung des „Ausländergesetzes“ und gegen jede Einwanderungsbeschränkung kämpfen, gegen jegliche Sondergesetze und gegen jede Beschränkung für Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß.

Der Grundgedanke der proletarisch-internationalistischen Solidarität, das Ziel des Zusammenschlusses über die Grenzen der Staaten und Nationalitäten hinweg muß bei all diesen Kämpfen im Vordergrund stehen.

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11/96

November 1996

Der Syrer Ahmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen - Der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen“ - Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!

## Nazis und Polizei - Mord und Totschlag!

Die Situation in Deutschland 1996 verschärft sich für alle Menschen, die von rassistisch-nationalistischem Terror bedroht sind, fast täglich. Mord und Totschlag werden von der sogenannten „Öffentlichkeit“ nur ganz am Rande registriert. Das hat seinen Grund unter anderem in einem mehr und mehr perfektionierten System, das Gegenwehr und Demonstrationen schon im Keim durch Medienmanipulation erstickt. Während der staatliche Abschiebeterror Monat für Monat bis zu 3000 Menschen aus Abschiebegefängnissen und Abschiebehaft heraus „verschiebt“, oftmals in Länder, wo Folter und staatlicher Mord an der Tagesordnung sind, haben die bürgerlichen Medien die von der deutschen Polizei erschossenen Menschen aus anderen Ländern, von Nazis Ermordeten, die von Brandanschlägen verkohlten Leichen in winzigen Pressemeldungen - wenn überhaupt - abgewikkelt.

Es muß durch eigenständige Ermittlungen, eigenständige Recherche und eigenständige Aktionen, in Deutschland und international, die mörderische Fratze dieses Staates und seiner Nazibanden, wie sie einzeln auftreten und wie sie gemeinsam unter Deckung der bürgerlichen Medien arbeiten, entlarvt und bekämpft werden.

### Polizei erschießt Migranten aus Griechenland in Nürnberg

Am 4. Oktober 1996 wurde der Grieche Vassilis zusammen mit anderen Migranten in Nürnberg von einer Polizeistreife angehalten. Er wurde festgenommen, weil ein Haftbefehl wegen angeblicher „Leistungserschleichung“ gegen ihn vorliegt. Er versuchte wegzulaufen. Unbewaffnet und laut Zeugenaussagen bereits *mit Handschellen gefesselt wurde er von einer deutschen Polizistin aus 15 Meter Entfernung durch mehrere Schüsse in den Rücken ermordet.*

„Zum Märtyrer hochstilisiert wird ein Rauschgiftsüchtiger, während keiner an die junge Polizeibeamtin denkt, die nur ihre Pflicht für die Allgemeinheit tat“, so der zynische Kommentar von Peter von der Grün, Polizeipräsident von Nürnberg. Die bürgerlichen Medien verbreiten die Polizeiversion: Vassilis wird faktisch als „Drogendealer“ hingestellt, als „Krimineller“, was dazu dient den Mord zu rechtfertigen, ja als angebliche „Notwehr“ hinzustellen.

Am 12.10.1996 demonstrierten ca. 700 Menschen unter dem Motto „Schluß mit der Polizeigewalt“ in Nürnberg gegen den Polizeimord. Begleitet wurde die Demonstration von einem massiven „Sicherheitsaufgebot“ unter anderem von Einheiten der berüchtigten Polizeispezialeinheit USK. Im Sommer hatten Mitglieder einer solchen Spezialeinheit in ihrer Kaserne eine nazistische Heß-Gedenkfeier veranstaltet, mit Transparent, Hitlergruß und Naziliedern.

Bei einer Gedenkundgebung am 19.10.1996 wurden ca. 600 Flugblätter mit dem Titel „Vassilis wurde ermordet - Rassismus ist kein Unfall“ von der Polizei beschlagnahmt, die Polizistin, die Vassilis erschossen hat, ist Tage nach dem Mord immer noch angeblich „vernehmungsunfähig“.<sup>(1)</sup>

### Nazi-Mord an Ahmed Bachir aus Syrien in Leipzig

Am 23. Oktober 1996 wurden von den Nazis Daniel Z. und Norman E. in einem Gemüseladen in Leipzig die Auslagen umgeworfen, zwei Verkäuferinnen wurden rassistisch beschimpft und

### Zur Nazi-Hochburg Wurzen bei Leipzig

Die Stadt Wurzen (30 km von Leipzig) und der gesamte Landkreis (Muldentalkreis) steht nach Einschätzung lokaler antifaschistischer Gruppen faktisch unter der militanten Kontrolle der Nazis. Am Aufbau der örtlichen Nazi-Szene waren geschulte Kader der „Nationalistischen Front“ maßgeblich beteiligt. Auch die NPD spielt eine führende Rolle in und um Wurzen.

Im Oktober 1995 besetzten Nazis ein Gebäudekomplex auf einem stillgelegten Industriegelände in Wurzen, das mit ausdrücklicher Billigung des Eigentümers zur Festung ausgebaut wurde. Dort trafen sich teilweise bis zu 300 Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Schließung des Gebäudes im August 1996 hat die Nazis jedoch nur wenig geschwächt, weil sie, dank der tatkräftigen Mithilfe städtischer Jugend- und Sozialarbeiter/innen, alle Jugendzentren und ähnliche Anlaufpunkte sowie die Straße und die Schulen dominieren.

Die Nazis können ihre rassistische und antisemitische Propaganda in Wurzen und Umgebung nahezu ungehindert, selbst in Schulen verbreiten. *Die Zusammenarbeit des deutschen Staates mit den Nazis wird an vielen Punkten sichtbar.*

Zur Rechenschaft gezogen für ihre Taten werden die Nazis in den seltensten Fällen, obwohl bei Überfällen der Nazis die **Polizei** oft Zeuge ist und sogar Videoaufzeichnungen von Nazi-Überfällen vorliegen. Eine bevorstehende Hausdurchsuchung wurde von der Polizei schon eine Woche vorher bei den Nazis „angemeldet“. Als Nazis ein von Antifaschisten besetztes Haus überfielen zog die Polizei rechtzeitig ab, obwohl klar war, wann der Nazi-Angriff stattfinden würde. Die Polizei war so gut informiert, daß sie sogar die Lagepläne für den geplanten Angriff schon im Vorfeld hatte. Auch **bürgerliche Politiker** stellen sich offen auf die Seite der Nazis: Der Wurzenener Bürgermeister Pausch traf sich bei einem „Runden Tisch der Jugend“ mit 100 Nazis und ihren Eltern. Wen wundert es da noch, wenn dieser Bürgermeister behauptet: „Die NPD ist doch eine demokratische Partei“ (FR 26.6.1996). Die CDU-Politikerin Katarina Kämpfe reiste im Juli 1992 mit einigen Nazis aus Wurzen nach Rumänien, um sie angeblich „umzuerziehen“, tatsächlich zogen die Nazis am Hitlergeburtstag nazistische Parolen grölend durch ein rumänisches Dorf und versetzten vor allem dort lebende Roma in Angst und Schrecken.

Die Zusammenarbeit der **Justiz** mit den Nazis verläuft ähnlich „erfolgreich“. Nazi-Verbrechen werden grundsätzlich als „jugendtypische Delikte“ behandelt, entsprechend niedrig fallen die Strafmaße aus. Der zuständige Leipziger Staatsanwaltschaft tut sich dabei hervor, viele nazistische Verbrechen überhaupt nicht zur Anklage zu bringen bzw. nicht zuzulassen. Geständnisse von Nazis wie „war doch gut, was wir gemacht haben“ wirken sich strafmildernd aus. Die Nazis sind laut lokaler antifaschistischer Gruppen inzwischen von Freisprüchen vor Gericht so überzeugt, daß sie sich gar nicht erst auf den Prozeß vorbereiten.

Eine Chronologie der Ereignisse in und um Wurzen von **Februar 1991 bis August 1996** in der Broschüre „Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen“ enthält **über 40 nazistische und rassistische Verbrechen, mit einem Toten und Dutzende von zum Teil schwer Verletzten**, vier Überfälle auf Flüchtlings- und Aussiedlerunterkünfte. Das Flüchtlingswohnheim in Wurzen, in dem viele Roma untergebracht waren, wird nach dem Nazi-Angriff vom 23./24.8.1991 geschlossen; heute gibt es in Wurzen kein Flüchtlingswohnheim mehr.

(Quelle: Aufruf zur Demonstration in Wurzen am 16.11.1996 und die Broschüre „Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen“)

**Antifaschistische Demonstration in Wurzen (bei Leipzig), Sa. 16.11.1996, 14 Uhr, Bhf. Wurzen**

angegriffen. Ahmed Bachir, ein Flüchtling aus Syrien, der in dem Laden aushalf, kam den Verkäuferinnen zu Hilfe. Er forderte die Nazis auf, den Laden zu verlassen. Vor dem Laden griffen die nazistisch verhetzten Deutschen den Syrer an. Einer der beiden zog ein Messer und stach den Syrer ins Herz, der kurze Zeit später an seinen Verletzungen starb. Die Staatsanwaltschaft vertuscht öffentlich diesen Nazi-Mord, indem sie behauptet: „...das Motiv ist völlig offen“.

Stunden vor dem Nazi-Mord randalierten mehrere Nazis in einer nahegelegenen Schule und grölten nazistische Parolen. Seit langem werden laut Berichten lokaler antifaschistischer Gruppen mehrfach wöchentlich Menschen aus anderen Ländern in Leipzig von Nazis angegriffen und verletzt.

Auf einer Demonstration gegen den Nazi-Mord, an der 500 Demonstrantinnen und Demonstranten teilnahmen, trugen Flüchtlinge ein Transparent mit der Aufschrift: „Wenn keine Abschiebung, dann Mord“.<sup>(2)</sup>

## Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/ Nazi-Banden

Die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus verschärft betriebene Faschisierung, Hetze und Unterdrückungspraxis, vor allem auch gegen politische Flüchtlinge und andere hier lebende und arbeitende Menschen verschiedenster Nationalität, die staatliche Politik der Leugnung und Vertuschung von nazistischem Terror ermutigt die Nazis und deren Organisationen zu *tagtäglichen, um ein Vielfaches verstärkte Terrorakte* gegen „Nichtdeutsche“, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Behinderte und Obdachlose, gegen alle Menschen, die nicht in ihr deutsch-nazistisches Weltbild passen, zu *Pogromen* wie in Hoyerswerda und Rostock, zu *Mordtaten* wie in Mölln, Solingen, Lübeck und jetzt in Leipzig. Die *Komplizenschaft des deutschen Staatsapparates mit den nazistischen Brandstiftern* wird deutlich z.B. an dem faktisch unter Polizeischutz durchgeführten Pogrom in Rostock 1991 und an der Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck 1996. Das alles diene und dient den deutschen Imperialisten zur Verschärfung ihrer rassistischen und chauvinistischen Gesetze und Politik gegen Menschen anderer Nationalität.

Durch das Anwachsen neuer Nazi-Parteien hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazifaschis-

## Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet

In der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1996 wurde das Ehepaar Fethiye und Alahittin Yilmaz und Hüseyin Evcin Opfer eines feigen Brandanschlages. Eine 43 Jahre alte Bewohnerin konnte sich gerade noch rechtzeitig auf das Dach des Hauses retten.

Die Polizei machte fünf Tage lang keinerlei Angaben zur Brandursache. Ihr Kommentar lautete: „Auf Brandstiftung gibt es keinerlei Hinweise“. Erst Tage nach dem Brand, aufgrund offenkundiger Tatsachen muß Polizei und Staatsanwaltschaft zugeben, daß es ein Brandanschlag war. Mit der Bekanntgabe der Brandursache wurde auch gleich ein mögliches Täterbild geliefert - der Brand könne das Werk eines Pyromanen sein, so hieß es.

Wir können nicht konkret beweisen, wer den Brand gelegt hat, dennoch muß man nach den Nazi-Morden von Stuttgart und Lübeck davon ausgehen, das Nazianschläge vertuscht werden, um vor allem auch das „Ansehen Deutschlands“ in der Weltöffentlichkeit nicht zu gefährden. Laut dem Verfassungsschutzbericht von 1994 wurde in diesem Jahr kein Mord von Nazis registriert, obwohl erwiesenermaßen mindestens 22 Morde auf das Konto der Nazis gehen. Falls die Nazi-

mörder durch Zufall gefaßt werden und ein Geständnis ablegen, wird z.B. die Aussage des Nazi-Mörders von Stuttgart, er habe die Brandanschläge „aus Haß gegen Ausländer“ durchgeführt, einfach ignoriert. So werden aus Nazis und Rassisten unpolitische „Pyromanen“.

Es ist auch nicht der erste Brandanschlag von Nazis in Karlsruhe. Vor ca. drei Jahren verübten Nazis einen Brandanschlag auf die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST). Die Staatsanwaltschaft und Polizei verharmlosten damals diesen nazistischen Mordanschlag, als „eine Tat von Betrunknen Jugendlichen, die auf dem Heimweg von der Disco dort vorbeikamen.“

Die ständige Desinformation und Vertuschung ist eine Methode der bürgerlichen Medien und des deutschen Staates, um Widerstand gegen den alltäglichen Nazi-Terror schon im Keim zu ersticken und zu verhindern. Deshalb ist es *unentbehrlich eigenständige Ermittlungen und Recherchen anzustellen*, um dieses verfluchte System zu bekämpfen, zu durchbrechen und zu entlarven.

### Quellen

„Badische Neueste Nachrichten“, 17/22.10.1996, jw, 22.10.1996, „Rheinpfalz“, 17.10.1996

stischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebauten Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter“, als „Versuchsballon“, wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerlässlich und heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende *Faschisierung hauptsächlich vom Staat der deutschen Imperialisten ausgeht*, daß der hauptsächlichste Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man die Nazi-Banden wirklich vernichten und die Gefahr

eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

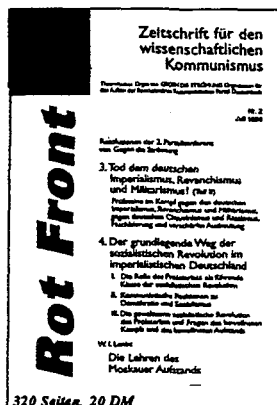
*Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!*

Der Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/Parteien muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zur Zerschlagung dieses Staatsapparates und zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

Es gilt, den Kampf gegen die Nazi-Banden/Nazi-Parteien und den Kampf gegen die staatliche Faschisierung mit allen von Nationalismus, Rassismus und Nazi-Terror Betroffenen gemeinsam militant und internationalistisch zu führen!

(1) Flugblatt zur Demonstration am 19.10.1996 in Nürnberg; „junge welt“ (jw), 15.10.96, 22.10.1996; „Nürnberger Zeitung“, „Abendzeitung“, 14.10.1996

(2) taz, 25.10.1996, 28.10.1996; jw, 25.10.1996, 26./27.10.1996



## Den Nazis die gebührende Antwort erteilen!

Nachdem in Halstenbeck bei Hamburg wochenlang und mehrfach Menschen aus anderen Ländern von Nazis überfallen und zusammengeschlagen worden waren, griffen die Betroffenen zur militanten Selbsthilfe: Am 8.10.1996 wurden 15 Nazis, darunter Mitglieder der verbotenen FAP, von einer unbekannten Gruppe angegriffen; sechs Nazis wurden verletzt. Als die Polizei mit 20(!) Streifenwagen eintraf, waren die „Angreifer“ bereits verschwunden (jw, taz 10.10.1996).

### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

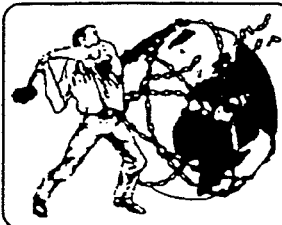
Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/97

Februar 1997

## Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!

Seit Jahren gibt es eine Zunahme nazistischer Aktionen, Anschlägen und Publikationen. Die bürgerlichen Medien dieses Landes sind sich weitgehend einig, daß es sich um eine angeblich unübersichtliche Anzahl von kleinen Gruppen handelt, einige Spinner sozusagen – so wie angeblich „in jedem Land“. Eine – wenn auch nur grobe – Bestandsaufnahme ergibt jedoch ein ganz anderes Bild; ein gefährliches Bild, das zeigt, daß die Nazis wie eh und je unterschätzt werden. Ein Bild, das zeigt, daß politische Aufklärung und militante Aktionen gegen nazistische Aktivitäten unerlässlich sind. Dabei geht es aber vor allem darum, in richtiger Weise die Verbindung und Haltung dieses Staatsapparates zu den Nazis konkret zu entlarven, um prinzipiell und grundsätzlich aufzudecken, daß der Nazismus mit seinen Wurzeln vernichtet werden muß, daß die Wurzel des Nazismus vor allem das System des Kapitalismus ist.

Es gibt im Grunde innerhalb Deutschlands, zusätzlich zu den Aufgaben des Kampfes gegen die zunehmend stärker werdenden internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtaktivitäten des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, vier große tagespolitische Herausforderungen:

**1. Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung:** Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, der absoluten Verelendung, der Armut vergrößert sich, Ausbeutung verschärft sich in wachsendem Tempo und fordert den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen und Betroffenen.

**2. Kampf gegen die Politik des deutschen Chauvinismus:** Als angebliche Ursache für die Verelendung wird zunehmend vom deutschen Staat, den bürgerlichen Medien und den Nazis der deutsche Chauvinismus in allen Varianten hochgezogen, das „nationale Projekt“ heißt – nach innen gerichtet – „Ausländer rauskneifen“, „Ausländer halbieren“, „Ausländer abschieben“, „Abschrecken“ durch Polizei, Mord, Totschlag und Brandstiftung, tägliche juristische Schikane. Verschiedene Abteilungen, die sich manchmal in die Quere kommen, arbeiten daran: Staatsanwälte, Medien, Richter, Polizei, Nazis, politische Parteien usw. Große Teile der Bevölkerung sollen und werden so chauvinistisch verseucht.

**3. Gegen die Faschisierung des Staatsapparates:** Um mögliche und wirkliche Gegenwehr ge-

gen die soziale Verelendung und das nationale Projekt „Ausländer jagen“ im Ansatz zu verhindern, werden alle konsequent gewerkschaftlich, demokratisch, und revolutionär kämpfenden Gruppen von einem sich zunehmend faschisierenden Staatsapparat überwacht, mit Prozessen überzogen, mit Verbot bedroht oder wie Dev Sol und PKK mit Verbot und Gefängnis verfolgt. Gleichzeitig droht zunehmend der Terror der Nazibanden.

**4. In diesem Gesamtrahmen ist der Kampf gegen nazistischen Organisationen und Gruppen zu diskutieren und zu klären.**

Es geht darum, welchen Stellenwert die Nazis heute und in Zukunft haben, und was es bedeuten würde, wenn wir – unter dem Vorwand, uns nicht ablenken zu lassen – nicht mit großer Kraft gegen die Nazis kämpfen würden. Es geht darum, warum die Nazis *ideologisch, politisch und militärisch* nicht unterschätzt werden dürfen. Es geht darum, wie unser Kampf so gegen sie geführt werden muß, daß er nicht *an Stelle* anderer nötiger Kämpfe, sondern als Teil eines einheitlichen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und gegen alle seine Abteilungen geführt wird.

### Nazis im Staatsapparat und Schutz der Nazi-Verbrecher

Seit der Niederlage des Nazifaschismus war eine Besonderheit des Staatsaufbaus in West-

## Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!

Ganz gezielt lauerten die Nazi-Mörder dem 17-jährigen Frank Böttcher auf und ermordeten ihn durch Fußtritte gegen den Kopf und mehrere Messerstiche in den Rücken, nachdem Nazis ihn zwei Stunden zuvor schon beschimpft hatten. Schon seit Wochen kommt es in Magdeburg immer wieder zu nazistischen Hetzjagden. An diesem Abend machten die Nazis systematisch Jagd auf „Linke“, fast an jeder Straßenbahnhaltestelle postierten sie sich und verbreiteten Angst und Terror.

Nicht erst nach diesem weiteren Nazi-Mord ist bekannt, daß Magdeburg eine Nazi-Hochburg ist. Seit 1991 kam es in Magdeburg zu unzähligen nazistischen Angriffen gegen Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, bei denen Dutzende verletzt und mindestens vier ermordet wurden. Am 4.8.1991 überfielen 30-40 Nazis drei Punks und ermordeten einen von ihnen, am 9.5.1992 überfielen 60 Nazis eine Gartenwirtschaft, in der sich linke Jugendliche befanden, und ermordeten Thorsten Lamprecht. Am 24.4.1993 überfielen 50 Nazis eine Diskothek, der 23-jährige Matthias L. wurde totgeschlagen. Am „Himmelfahrtstag“ im Mai 1994 marschieren 150 Nazis durch die Innenstadt von Magdeburg und terrorisierten praktisch ungünstig den ganzen Tag über Menschen aus anderen Ländern, machten Jagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe unter den Augen von deutschen Schaulustigen. Dieser Nazi-Pogrom steht in einer Reihe mit Hoyerswerda, Rostock und Mannheim-Schönau, es gab Dutzende von Verletzten und ein Opfer, Farid Boukhit, starb im September 1994 an den Folgen seiner Verletzungen. Die meisten Nazi-Angriffe liefen unter dem direkten Schutz der Polizei ab, die sich in der Nähe befand, aber nicht eingriff und die Nazis gewähren ließ. Die nazistischen Schläger und Mörder wurden von der Justiz in den meisten Fällen nicht gerichtlich belangt oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt.

Der Kommentar der Polizei zu dem erneuten Nazi-Mord lautet: man ermittle in „alle Richtungen“, es sei nicht klar, ob es „Rechtsradikale“ gewesen seien, es könne auch ein „Raubüberfall“ oder „eine Auseinandersetzung innerhalb der linken Szene“ gewesen sein! Dies ist ein weiterer Versuch, einen Nazi-Mord zu vertuschen und ist faktisch eine Inschutznahme der Nazi-Mörder.

Am Sonntag, den 9.2.1997 demonstrierten ca. 500 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen den Nazi-Mord. Nun zeigte die Polizei, „was sie kann“. Brutale Knüppelinsätze und 10 Festnahmen – so lautete ihre „Erfolgsmeldung“. Die Demonstrantinnen und Demonstranten setzten sich militant mit Steinen und Flaschen zur Wehr. In der Nacht zum Montag errichteten Antifaschistinnen und Antifaschisten Straßenbarrikaden und griffen die Polizei, die die Straße räumen wollte, erneut militant an.

**Solidarität mit den  
Nazi-Opfern!**

**Nichts vergeben,  
nichts vergessen!**

**Tod dem Nazismus!**

deutschland zunächst, daß in der Regel zwar offiziell an der Spitze des Staates nicht mehr die absolute Naziprominenz stehen durfte, aber diese Regel wurde immer wieder durchbrochen. Der wohl bekannteste Fall ist, daß Globke, Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Staatssekretär bei Bundeskanzler Adenauer wurde. Die in den Staatsapparat integrierten Nazis bildeten ihre Seilschaften, arbeiteten auch aus dem Exil heraus und halfen sich gegenseitig in „alter Kameradschaft“.

Der Schutz der Nazis war und ist im Grundgesetz als Grundrecht in Artikel 16 Absatz 2 verankert: „Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden“. Das von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition festgelegte Prinzip, daß Nazi-verbrecher am Ort ihrer Tat vor Gericht gestellt werden, wurde so ausgehebelt. Das war eine der Bedingungen, daß die sich in Westdeutschland weitgehend sicher fühlenden Alt-Nazis sich in das parlamentarische System und die Neuaufgabe der Wehrmacht, die Bundeswehr, integrierten. Die Pensionen der SS-Mörder, Wehrmachtsgeneräle und all der großen und kleinen soldatischen und verbeamteten Henker und willigen Vollstrecker waren garantiert, der Wiedereingliederung stand spätestens in den 50er Jahren nichts mehr im Weg.

Trotz kleiner Unterschiede bei der Einschätzung der alten Naziverbrecher waren sich sämtliche Bonner Parteien und die westdeutsche Öffentlichkeit weitgehend einig. Schumacher, der Vorsitzende der SPD, warb in den 50er Jahren für die Rehabilitierung der Waffen-SS, die doch angeblich nur eine „kämpfende Truppe“ gewesen sein soll, Bundeskanzler Helmut Schmidt setzte sich für den in Italien verurteilten SS-Verbrecher Kappler ein, Richard Weiszäcker für Rudolf Hess, Kohl gedachte in Bitburg der SS-Mörder – eine unendliche Liste!

### **Illegale und legale Arbeit ausgesprochener Nazi-Organisationen**

Im Hintergrund der offiziellen Bonner Bühne arbeiteten stets und ohne Unterbrechung durch vielfältige Drähte mit den Spitzen des kapitalistischen Systems verbunden – und selbst Teil dieser Spitzen – jene Organisationen und Personen, die sich nach wie vor mehr oder minder offen auf die Nazizeit als programmatische Zielsetzung beriefen. Die Naziorganisationen arbeiteten immer mit internationalen Verbindungen und mit legalen Parteien, Organisationen und Publikationen, gleichzeitig aber auch konspirativ. Sie hatten und haben ihre Kader in alle zentralen Stellen des Staates, seiner Ämter und Parteien eingeschleust. Sie finanzieren sich zu nicht unerheblichen Teilen über „Vertriebenen“-Verbände und Steuer-gelder bei den Wahlen ihrer legalen Parteien.

### **Nazistische Erziehung von Kindern und Jugendlichen**

Von Anfang an war es eine Aufgabe für die alten Nazi-Kader, Kinder und Jugendliche in nazistischer Tradition zu erziehen. Eine der wesentlichsten Instrumente war dabei die Wiking-Jugend, in der über 40 Jahre lang eine Generation neuer Nazis aufgezogen wurde. 15 000 Kinder und Jugendliche gingen durch die Lager und Schulungen dieser erst 1994 verbotenen nazistischen Jugendorganisation.<sup>1</sup>

### **Parlamentarische Projekte**

Seit 1949 beteiligten sich die Nazi-Kader an parlamentarischen Projekten, die abgelöst von Verboten und Wiedenzulassungen vor allem in Landtagen die 5%-Marke überschritten, entsprechend finanziell versorgt und mit Publizität ausgestattet wurden. Die 1964 gegründete NPD – 1967: 28 000 Mitglieder – zog in einige Landtage ein. 1971 gründete sich die DVU mit ähnlichen Erfolgen. Die Partei REP erhielt 1989 bei den Europawahlen 7,5%. In den letzten Jahren sind die DVU und die REP in diversen kommunalen Parlamenten vertreten.

### **Wehrsportgruppe Hoffmann: Die ersten Nazi-Morde**

1968 verübte der Nazi J. Bachmann, nach monatelanger Medienhetze, ein Attentat auf das SDS-Führungsmitglied Rudi Dutschke, der später an den Folgen des Kopfschusses starb.

Seit 1980 wurden nach Wahlerfolgen und Wahl-niederlagen der legalen NPD vor allem aus dem Umkreis der Wehrsportgruppe Hoffmann Morde begangen, so 1980 an dem jüdischen Verleger Lewin und seiner Lebensgefährtin Poeschke, aber auch innerhalb der eigenen Reihen begannen Hinrichtungen. Die militärische Ausbildung erhielt diese neue Generation von deutschen geflohenen Nazi-Mördern in arabischen Ländern, in denen 1945 geflohene Nazi-Kader an Aufbau und Führung von Polizei, Geheimdienst und Militär der dortigen reaktionären Staaten beteiligt waren.

1980 wurden im Rahmen von 7 Brand- und Sprengstoffanschlägen zwei Vietnamesen ermordet. *Ein Höhepunkt des nazistischen Morderrors war der Bombenanschlag auf dem Oktoberfest am 26. September 1980*, wo von dem Mitglied der Wehrsportgruppe G. Köhler 13 Menschen ermordet und 211 zum Teil schwer verletzt wurden. Der Wehrsportgruppe Hoffmann werden selbst vom deutschen Staatsapparat insgesamt mindestens 16 Morde vorgeworfen.

### **Tagtäglicher systematischer Nazi-Terror, Brandanschläge und Mordserien**

Die Serie von nazistischen Mordanschlägen reißt seitdem nicht mehr ab: Im Oktober 1982 ermordete der Nazi H. Oxner drei Menschen aus rassistischen Motiven, in Hamburg ermordeten die Nazis/Skinheads zwei Arbeiter aus der Türkei – um nur einige Beispiele zu nennen.

Anfang der 90er Jahre war im Zusammenspiel zwischen legalen nazistischen Organisationen und illegalen nazistischen Kleingruppen eine Infrastruktur entstanden, die es angesichts des Gesamtklimas in diesem Land erlaubte, systematisch landesweit nächtliche Anschläge durchzuführen. Dabei wurde nun gezielt mit „modischen“ Methoden der Jugendbewegung gearbeitet und die Skinheadbewegung sowie verschiedene Musikrichtungen aufbereitet, um an eine größere Zahl nazistisch beeinflusster Jugendliche heranzukommen. Systematisch wurden die Nazi-Kader überall hingeschickt, wo es pronazistische Stimmungen unter Jugendlichen gab, um dort ihre Arbeit zur Organisierung von offenen Pogromen und Serien von Überfällen durchzuführen.

Im Verlauf des Jahres 1990 wurden mindestens 5 Menschen von Nazis ermordet, 4000 Nazianhänger führen unter dem Schutz der Polizei die

DVU-Versammlung im Oktober in Passau durch. 1991 wurden mindestens 11 Menschen von Nazis ermordet, 1992 mindestens 32 Menschen und 1993 mindestens 37 Menschen. Die Zahl der Brandanschläge läßt sich nicht mehr zählen, sie fanden und finden täglich statt. Im August 1992 spricht die Polizei beim Nazi-Pogrom in Rostock von 1200 Jugendlichen „Gewalttättern“, es gab 3000 „Schaulustige“.<sup>2</sup>

Für 1994 sind die Daten derselben sicherlich untertriebenen Quelle, daß die DVU mit 20 000 und die REPs mit 20 000, sowie die NPD mit 5000 Personen die größten Naziorganisationen sind. Skins und Kleingruppen-Nazis wurden auf 9100 Personen geschätzt.<sup>3</sup>

1995 wurden laut Verfassungsschutzbericht 16 472 Ermittlungsverfahren wegen sogenannter „rechtsradikaler Aktivität“ eingeleitet, von denen 70% eingestellt, 15 % mit einer Verurteilung abgeschlossen wurden. Es kam also zu ca. 2400 Verurteilungen.<sup>4</sup>

### **Pseudowissenschaftliche Nazi-Aktivitäten**

1981 erschien das nationalistisch-rassistische Heidelberger Manifest, von einer nicht unerheblichen Gruppe deutscher Hochschullehrer unterzeichnet. 1986 wurde die „Junge Freiheit“ gegründet, die nazistische Thesen akademisch formuliert in einer Auflage von 10 000 Exemplaren produziert.

Gleichzeitig haben sich einzelne bisher von den offiziellen Ideologen des deutschen Imperialismus hochgeachtete „Wissenschaftler“ mit vielen Publikationen wie D. Irving und E. Nolte weitgehend selbst „geoutet“. Sie bekannten sich – D. Irving direkt, Nolte in Nuancen vorsichtiger – im sogenannten „Historikerstreit“ zum Nazifaschismus als „Antwort auf die Gefahr des Kommunismus“.

Die tiefe Verknüpfung und innere Verbindung zwischen sogenannten Koryphäen und den organisierten Nazis wurde nach dem Tod des Staatsrechtlers Maunz bekannt, der als Rechtsberater der DVU und der Deutschen Nationalzeitung den Nazis maximale legale Möglichkeiten verschaffte. Am 24.9.1993 gab die „Deutsche Nationalzeitung“ bekannt, daß der kurz zuvor verstorbene Rechtsprofessor Theodor Maunz jahrzehntelang ein Berater Freys und Autor vieler hundert Artikel in seiner Nazizeitung war. Maunz war nicht irgendwer, sondern ein führender „Staatsrechtler“ der BRD nach 1945, der den Grundgesetzkommentar, sowie zentrale Lehrbücher verfaßt hatte, mit denen die deutschen Juristen nach 1945 erzogen wurden. Maunz war der Ziehvater von Roman Herzog, dem Bundespräsidenten und Co-Autor des Maunzschen Grundgesetzkommentars. Maunz war vor 1945 Experte für nazistisches Verwaltungs- und Polizeirecht, nach 1945 setzte er seine Karriere bruchlos fort. 1952 wurde er wieder Professor, 1957 Kultusminister von Bayern. Seine Nazivergangenheit wurde spätestens 1964 öffentlich bekannt, als er vom Amt des Kultusministers zurücktreten mußte.

### **Im Zentrum der Kontinuität: Die DVU und die „Deutsche Nationalzeitung“**

Die angeblichen und wirklichen Streitigkeiten der Kleingruppen der Nazis, die durch Spaltung und Neugründungen vor allem Verwirrung stifteten, dem deutschen Staat die Möglichkeit ga-



## Wie pseudokommunistische Kräfte Elemente der Nazi-Propaganda verbreiten und den „Arbeiter, der nach Hitler schreit“ hofieren...

Ein unvermeidliches Kapitel bei der Analyse der Merkmale der Nazibewegung ist, daß es auch ex-kommunistische Kräfte gibt, die mehr oder minder unverhohlenen Elemente der Nazi-Ideologie verbreiten, Nazi-Anhänger hofieren (mit der hanebüchenden Begründung, daß darunter „Arbeiter“ sind!!) und den Kampf gegen den Nazismus bagatellisieren. Eine der Wurzeln dafür ist die Ideologie des Nationalismus verbunden mit der Ideologie der „Massenlinie“.

So hat z.B. in Deutschland der Renegat Willi Dickhut, der maßgeblich am Aufbau der heutigen MLPD beteiligt war, schon immer extremen Nationalismus gepredigt. In seinem Buch „So war's damals...“ Erinnerungen eines Solinger Arbeiters“ greift Dickhut die berechtigten Forderungen des Potsdamer Abkommens an.

Voll im Fahrwasser der Nazis hat die MLPD insbesondere die berechnete Unterdrückung und Inhaftierung der Nazis durch die Teilnehmer der Antihitlerkoalition in nazistischer Manier als „Verbrechen“ angeprangert. In ihrer Broschüre „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen“ wird auf Naziquellen gestützt behauptet die USA hätten „die systematische Vernichtung deutscher Kriegsgefangener in den amerikanischen Lagern“ betrieben (S. 27).

Ein weiteres Beispiel findet sich bei der PDS, die im „Neuen Deutschland“ vom 13.2.1995 einen Erlebnisbericht eines Dresdner SED-Mitglieds anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens abgedruckt hat. Unwiderrspen spricht dieser SEDler im Stile der „Deutschen Nationalzeitung“ von einem „putzigen SA-Mann“ und von den „einfachen Leuten“ als „Opfer“ der Bombardierung.

Der Nazikollaborateur Gerhard Hauptmann wird mit seinem Zitat in Szene gesetzt: „Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens“. Noch 1946 beschimpfte er die alliierten Flugzeuge als „feindliche Flug-

zeuge“. „Ich habe die Sodom- und Gomorrhä-Höllen der **feindlichen** Flugzeuge persönlich erlebt.“ (ND vom 13.2.95)

In enger ideologischer Verbindung zu MLPD und PDS hat sich in Österreich – angesichts zunehmenden Naziterrors, angesichts der Morde der deutsch-österreichischen Nazibewegung (mit der FPÖ Haider als legalem Kern) an Roma, angesichts pogromartiger Aktionen gegen Flüchtlinge aus Rumänien und dem Anwachsen der FPÖ auf über 25% der Wähler – eine kriecherische Angleichung an der MLPD/PDS-Verharmlosung der Nazis ergeben:

Die Zeitschrift FÖHN (mit einer nicht unerheblichen Auflage, die in der linken Szene in Österreich gewisse Verbreitung hat und sich selbst als prokommunistisch versteht) zeigt beispielhaft, wie pseudokommunistische Phrasen zu Pronazismus führen. Der FÖHN propagiert Verständnis für „den Arbeiter, der nach Hitler schreit“ und begrüßt die Gewalttätigkeit der nazistischen Haider-Anhänger. Im Original:

Der Arbeiter, der nach einem  
Haider schreit, hat in dem, wovon er dabei ausgeht (!), noch allemal mehr recht als der Fünfzig- oder Hunderttausend-Schilling-Krawattträger, der ihn dafür als Faschisten ins Eck stellt.

Nun ist es aber doch so, daß es sich bei der Haiderwählerschaft um die in ihrer Unzufriedenheit mit diesem System am weitesten fortgeschrittene Bevölkerungsgruppe handelt.

Wenn seine  
falsche Propaganda sie aus der SPÖ und aus der ÖVP richtigerweise herauslöst, so ist das zuallererst einmal gut und nicht schlecht.

Die Gewalt, die aus vielen Haiderwählern zu brechen nicht droht, sondern: verspricht, ist im wahren Sinne des Wortes notwendig. Ohne sie ist die Gewalt, die herrscht, nicht umzubringen. Um das leisten zu können, muß die in den Unterdrückten systematisch erzeugte Gewaltfähigkeit aber von der Form eines jähren Ausbruchs in die dauerhafte Stärke übergeführt werden. Die individuelle Abreaktion, zu der sie neigt, muß überwunden werden zugunsten organisierter Militanz.

All das hat nun wiederum dem Revisionist und Renegaten, der als Herausgeber der RF der MLPÖ zeichnet, so gefallen, daß die MLPÖ so gleich eine Koalition mit der Zeitschrift FÖHN schriftlich fixierte. Die ex-kommunistische RF bezeichnet den FÖHN „als Zeitschrift, die sich zu abonnieren lohnt“ und zwar ausdrücklich wegen deren Haltung zu den Haider-Anhängern. Die RF spricht verharmlosend von den „Haider-Buberlin“ und lobt die Zeitschrift FÖHN dafür, daß sie gegen die Tendenz angehe, „die Haider-Wähler als Fußvolk der äußersten Reaktion abzuschreiben, bzw. direkt als zur anderen Seite der Barrikade gehörig einzuordnen, egal, welche hohen Prozentsatz an Arbeitern es unter ihnen gibt“ (Originalton RF Nr. 254, S. 6 bzw. 34-36). Der üble Höhepunkt der braunen Geschichte ist, daß sich nun beweisen läßt, was vorher unklar war. Der Herausgeber der RF outet sich selbst als Befürworter von Aktionen gegen rumänische Flüchtlinge:

Im Jahre 1996, in der RF 250, bekannte der Herausgeber stolz, daß er schon 1990 bei einer Demonstration gegen rumänische Flüchtlinge in Kaisersteinbruch „persönlich anwesend“ war, und es dabei angeblich um die „Verteidigung eines berechtigten Anliegens der Dorfbewohner“ (RF 250, S. 18) gegangen wäre.

Insofern ist es nur der nächste logische Schritt, daß dieser Renegat den Haider-Anhängern, „dem Arbeiter, der nach Hitler schreit“ seine volle Aufmerksamkeit schenkt. Traurig aber wahr – das politische Todesurteil der MLPÖ ist ein Beweis, wie Revisionismus, Nationalismus, Renegatentum und Charakterlosigkeit in bestimmter Mischung mehr oder minder rasch zum Pronazismus wird.

Material und Belege hierzu können bestellt werden bei: Buchladen G. Dimitroff, Koblenzstr. 4, 60318 Frankfurt, Fax: 069/730920

ben, sich auf Grund des Drucks vor allem der internationalen Öffentlichkeit, den Orden „Wir verbieten ja Naziorganisationen!“ selbst an die Brust zu heften, waren immer begleitet von der Stabilisierung der operativen Basis, vor allem auch von der ständigen Stabilisierung der Naziszene, in deren Mittelpunkt und Kontinuität die DVU steht. Während eine Reihe von Projekten aufblühten und wieder scheiterten, während die DVU Geldstrafen für offen auftretende Naziorganisationen übernahm, während die DVU auf ihrer jährlichen Passau-Veranstaltung mit Skin- und offenen Nazi-Organisationsordern operierte, die international besetzte nazistische Veranstaltung „Wahrheit macht frei“ zur Leugnung des nazistischen Völkermordes in Auschwitz unter Einbeziehung wesentlicher Teile der Nazigrößen organisierte, verbot die Polizei diverse Kleinorganisationen der Nazis mehr aus kosmetischen Gründen. Die DVU, mit ihrer Zeitung „Deutsche Nationalzeitung“ mit einer Auflage von 70 000 – 80 000 Exemplaren muß als ein wesentliches Kontinuität garantierendes Rückgrat der Naziszene angesehen werden.

### Nazi-Thesen gehen der realen Politik des deutschen Imperialismus voran

Die stärkste Waffe beim Vormarsch der Nazibewegung in Deutschland ist die inhaltliche Übereinstimmung in den zentralen Frage, den zentralen Zielen der Nazis mit den Bonner Parteien:

Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriegsvorbereitung nach außen, im Inneren Abschiebungen und Abschreckungsterror. Die Naziorganisationen formulieren lediglich einfacher und klarer ohne viel komplizierten ideologischen Ballast, was die offiziellen Bonner Parteien aus einer Reihe von Gründen noch vorsichtiger formulieren müssen.

Es ist klar, daß wir die Dimensionen nicht überschauen dürfen: Der deutsche Staatsapparat ist der Hauptakteur, nach außen und nach innen. Er schiebt in gigantischem Umfang in Folterländer ab und vollstreckt das „Ausländer raus!“ insbesondere durch seine Politik der Abschiebungen. Aber die Bedeutung nazistischer Aktivitäten im Zusammenhang mit der Abschaffung des Asylrechts, der Einrichtung der Abschiebehaft usw. kann kaum überschätzt werden. Die Nazi-Aktionen von Hoyerswerda und Rostock waren sozusagen die Stichwortgeber für die gesetzlichen Maßnahmen.

Und hier sind wir auch bei einer entscheidenden Rolle der Nazis – abgesehen davon, daß sie auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, mit ihnen zum Teil hervorragend, heute vor allem in Kroatien ausgebildeten Nazi-Kadern –, unliebsame politische Gegner durch Meuchelmord zu beseitigen, zu terrorisieren, ohne daß der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht:

Sie treiben das gesellschaftliche Klima weiter nach rechts, starten Versuchsballons, wo noch mit Gegenwehr zu rechnen ist und schaffen eine Atmosphäre, in der dann – angeblich um den

„Vormarsch der Rechten“ zu stoppen – alle Bonner Parteien, ob CDU, SPD, FDP, die GRÜNEN oder die PDS mit „Zugeständnissen“ an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung“ immer schärfer die Politik des deutschen Imperialismus nach innen und außen vorantreiben.

### Das professionelle Vorgehen bei der Koordinierung der verschiedenen Abteilungen der Naziorganisationen

Wer sich die Mühe macht, die Geschichte der Naziorganisationen in Deutschland und die Entwicklung ihrer verschiedenen Merkmale zu analysieren, wird nicht bestreiten können, daß trotz aller Rückschläge durch den Kampf antinazistischer Kräfte im In- und Ausland der weitgehende Vormarsch der Naziorganisationen gezielt und koordiniert vor sich geht. Der Wechsel der politisch im Vordergrund stehenden Wahlparteien der Nazis, der Wechsel der Organisations- und Zeitungsnamen von Kleinorganisationen, die professionelle Ausnutzung der pseudodemokratischen Mentalität einer „akzeptierenden Jugendarbeit“ und der „Toleranz“ für Nazis als angeblich „demokratische Tugend“, die Verbindung der Mordaktionen auf der Straße mit pseudowissenschaftlichem „Revisionismus“ à la Nolte, die genaue Kenntnis des Polizei- und Justizapparates durch in diesem Apparat beschäftigten Mitglieder der Nazi-Organisation, sowie die festen Freundschaften und Verbindungen zu Personen

in den höchsten Staatsämtern – all das sind wesentliche Quellen, aus denen die Naziorganisationen Kräfte ziehen und sich regenerieren. Die Geschichte der Nazis war immer auch eine Geschichte ihrer Unterschätzung.

Es ist allerdings damit ganz und gar nicht gesagt und läßt sich nicht voraussagen, in welchen Zeiträumen es der deutsche Imperialismus taktisch für angebracht hält, die Naziorganisationen mehr in den Vordergrund zu spielen. Denn die Nazi-Aktivitäten sind für den deutschen Imperialismus heute immer noch durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland vor allem aus internationalen Gründen eine zweischneidige Sache. So nützlich die Nazis als Einpeitscher und Stichwortgeber für Nationalismus und Rassismus sind – das sogenannte „Ansehen Deutschlands“ ist immer noch ein gewichtiger Faktor.

In der Weimarer Republik kam der deutsche Imperialismus, nachweisbar erst 1929/30, also 3-4 Jahre vor der Nazi-Diktatur, zur Auffassung, die NSDAP in kurzer Zeit in den Vordergrund zu spielen und über die Koalition mit der Partei der „Deutsch-Nationalen“ durch massive finanzielle Spritzen der namhaften Vertreter des deutschen Kapitals zur Übernahme der Staats- und Regierungsgeschäfte vorzubereiten. Die komplexen Gründe für die Übernahme der Staatsgeschäfte des deutschen Imperialismus durch die NSDAP genau zu analysieren ist eine Sache (die Aufgabe der Zerschlagung der kommunistischen Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte, die Zentralisierung des Staatsapparates, Kriegsvorbereitungen, die Notwendigkeit des Führerkults und des durch die Nazis auf die Spitze getriebenen deutschen Nationalismus und Rassismus als entscheidendes Mittel der Verhetzung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung), sich selbst und anderen klarzumachen, daß bei entsprechenden gesellschaftlichen Konstellationen einige Jahre genügen, um Nazis an die Regierungsgeschäften zu beteiligen als Schritt auf dem Weg zu Errichtung der nazifaschistischen Diktatur ist das andere.

### Zur Rolle der faschistischen Parteien in anderen Ländern

Zur Bagatellisierung der deutschen Nazis ist es nicht unüblich, daß auf die immensen Erfolge der „Nationalen Front“ in Frankreich, der faschistischen Parteien in Italien, der Haider-FPO in Österreich sowie der Schirnowski-Partei in Rußland verwiesen wird.

Wer sich auch in diesen Fragenkomplex hinein-denkt, wird verstehen, daß es aus nazistischer Sicht logisch ist, und den Interessen des deutschen Imperialismus völlig entspricht, daß zunächst in anderen Ländern das angebliche „Tabu“ durchbrochen wird, daß faschistische politische Kräfte nach der Niederlage des Nazifaschismus direkt und hochoffiziell zunächst an der Regierung beteiligt werden. „Normalisierung“ wird dies dann genannt, wenn demnächst in Rußland, Österreich oder Frankreich nationalfaschistische Kräfte an der Regierung beteiligt werden – in Zusammenarbeit mit der Nazi-Abteilung des deutschen Imperialismus.

So werden die heute tonangebenden Kräfte auf der politischen Bühne in Deutschland früher oder später das Spiel spielen, daß diese neuen Bedingungen sie – angeblich „eigentlich gegen ihren

<p>Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus</p> <p><b>Rot Front</b></p> <p>Heft 1, November 1996</p> <p><b>Inhalt:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus</li> <li>2. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution</li> <li>3. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (a la)</li> </ol> <p>Zur Veranschaulichung, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus</p> <p>Die Bewältigung der DDR – Krise und Beginn der revolutionären Umwälzung</p> <p>Karl Marx:</p> <p>Krieg den deutschen Zuständen!</p> <p>Bildung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie</p>	<p>Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus</p> <p><b>Rot Front</b></p> <p>Heft 2, Juli 1996</p> <p><b>Inhalt:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (a la)</li> <li>2. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution</li> <li>3. Die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland</li> <li>4. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der revolutionären Revolution</li> <li>5. Staatliche Politik zur Demokratie und Sozialismus</li> <li>6. Die gestohlene verfassungsmäßige Revolution des Proletariats und Fragen des revolutionären Kampfs und des revolutionären Aufbaus</li> </ol> <p>Willkommen:</p> <p>Die Lehren des Moskauer Aufstands</p>	<p>Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus</p> <p><b>Rot Front</b></p> <p>Heft 3, Januar 1997</p> <p><b>Inhalt:</b></p> <p>Die Notwendigkeit der kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hauptaufgabe der kommunistischen Partei</li> <li>2. Ziel grundlegende gesellschaftliche Umwälzung der kommunistischen Partei</li> <li>3. Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus</li> <li>4. Kritik und Selbstkritik</li> <li>5. Prinzipielle Aufgaben des kommunistischen Kampfs</li> </ol> <p>L.W. Sule:</p> <p>Dem Genossen G. Teija zum Gedenken</p>
Nr. 1, Januar 1996, 155 Seiten, 10 DM	Nr. 2, Juli 1996, 321 Seiten, 20 DM	Nr. 3, Januar 1997, 262 Seiten, 20 DM

Willen“ – schließlich gezwungen hätte, mit den vom deutschen Imperialismus weitgehend gelenkten Haider-Nazis, den russischen Faschisten oder den französischen Faschisten zu „verhandeln“, um dann im deutschen Parlament die Zusammenarbeit mit nazifaschistischen Organisationen als nächsten Schritt zu rechtfertigen und so weiter.

Ein weiterer Aspekt ist: Ein erheblicher Teil der *Kraft* der DVU liegt in den offiziellen ausgezeichneten Beziehungen zu den russischen Faschisten. Ein wesentlicher gewichtiger Faktor für die Naziorganisationen in Deutschland sind die sehr guten, aber noch nicht an die große Glocke gehängten Beziehungen zu den Haider-Nazis in Österreich.

### Die Perspektive der proletarischen Revolution für den Kommunismus

Ein tiefer Zusammenhang zwischen Nazifaschismus und Kapitalismus ist in der auf die Spitze getriebenen kapitalistischen Ideologie zu finden, eben der Nazi-Ideologie. Die Brutalität des Profitsystems, die Logik, nach der der Stärkere den Schwächeren tötet – die Ideologie des Sozialdarwinismus, daß sich die Dinge „wie in der Natur“ regeln – all das sind zugespitzte Elemente der Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft gemischt mit Rassismus, die die Nazis so attraktiv für den Kapitalismus machen. Ganz besonders betroffen sind vor allem die jüdische Bevölkerung und die Sinti und Roma in Deutschland, die Opfer der nazistisch-rassistischen Völkermordpolitik.

Eine tiefe inhaltliche Kritik der Ideologie des Nazismus wird das biologistische Weltbild vernichten müssen, das in seinen Kernaussagen dem kapitalistischen Weltbild entspricht, so wie eine politisch und ökonomische Beseitigung der Wurzeln des Nazismus die Beseitigung des Kapitalismus erfordert.

Natürlich ist es eine Gefahr, sich von Nazi-Aktivitäten vor Ort ablenken zu lassen, die Zusammenhänge mit der Politik des deutschen Imperialismus zu wenig zu berücksichtigen. Aber ganz gewiß ist die noch größere Gefahr, gar nichts zu tun.

Es gehört zu den weit verbreiteten Irrtümern in verschiedenen sich als „revolutionär-antifaschistisch“ verstehenden Organisationen, daß – da ja die Wurzel des Nazifaschismus der Kapitalismus

ist – der Kampf gegen die Nazis sozusagen „spontan“, „automatisch“ in den Kampf für die proletarische Revolution einmünden müsse. Die eigentliche Aufgabe, diesen Zusammenhang bewußt herzustellen, wird so „übersprungen“.

Es geht unserer Meinung nach darum, angesichts der vielfältigen Aufgaben, klar zu trennen, um verbinden zu können: die nötigen Aufgaben im demokratischen Kampf von den langfristigen, eigenständigen Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, sowie die Arbeit für den Aufbau der kommunistischen Partei von den Aufgaben im Kampf gegen die Nazis.

Den Nazifaschismus in all seinen Erscheinungen mit der Wurzel vernichten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten. Der Kampf gegen Nazismus muß in den Kampf für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

#### Quellen:

- (1) (Antifareader, Berlin 1996, S. 87)
- (2) (ebenda, S. 17)
- (3) (ebenda, S. 38)
- (4) (ebenda, S. 9)

#### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

#### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

# Die entscheidene Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur „bessere Organisation“, sondern vor allem größere Klarheit!

Nazis sind Mörder: Fast täglich werden Brandanschläge mit bewußter Modabsicht, vor allem gegen Flüchtlinge und Familien von Arbeitern und Arbeiterinnen nichtdeutscher Nationalität, verübt. Zunehmend wächst auch die Bedrohung demokratischer und revolutionärer Initiativen durch Nazis. Nach der Nazi-Demonstration in München (die sich gegen die Entlarvung der Verbrechen der Wehrmacht richtete) gipfelt diese Bedrohung dieses Jahr in der Nazi-Ankündigung, den 1. Mai in Leipzig „zu übernehmen“!

Die organisierte Gegenwehr, die vom „Bündnis gegen Rechts“ aus Leipzig in Wurzeln mobilisiert werden konnte, und die Mobilisierung heute zum 1. Mai in Leipzig können ein wichtiger Einschnitt sein, damit sich weiterhin überregional verschiedene antifaschistische Initiativen zusammenschließen.

Die Gründe, die diesen gemeinsamen Kampf gegen die Nazis - mit allen von den Nazis Bedrohten - nötig machen, werden nicht aufhören; die staatlich forcierte Fasisierung und Unterstützung von Nazi-Banden ist noch lange nicht am Ende.

Aber die Probleme, einen solchen gemeinsamen Kampf zu führen, sind auch nicht aus der Welt.

**Je stärker eine gegen die Nazis gerichtete Gegenwehr sich auch potentiell und real gegen Abschiebeterror, gegen das nationale Projekt „Ausländer raus“ usw. richtet, um so stärker mobilisiert dieser Staat des deutschen Imperialismus seine pseudolinken Agenturen, um „alles unter Kontrolle zu halten“.**

Denn die Gefahr für diesen Staat, die von den organisierten und militant kämpfenden antifaschistischen Kräften ausgeht, liegt in der weitertreibenden Perspektive, die reaktionäre Ideologie dieses Staates und seiner kapitalistischen Wurzeln überhaupt zu durchschauen.

Die entscheidene Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur „bessere Organisation“, sondern vor allem größere Klarheit... über die Nazis, über diesen Staat, über den deutschen Imperialismus, über das kapitalistischste System überhaupt. Diese Klarheit kann nur das Ergebnis solidarischer und

harter Diskussionen sein, die die *Einheit der Aktion* keinesfalls sprengen!!

## Wo sind die Grenzen des „gemeinsamen Kampfes gegen die Nazis?“

Wer irgendwo konkret und wirklich voll Haß und Energie gegen Nazi-Banden kämpft, wirklich unter Druck ist, wird nicht umhin kommen, hie und da Kompromisse einzugehen, Öffentlichkeit durch Ausnutzung bürgerlicher, letztlich konterrevolutionärer Organisationen zu schaffen. Wer etwas anderes behauptet, hat keine Ahnung vom wirklichen Kampf, will nicht wirklich kämpfen oder will den Kampf sabotieren!

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille, denn das Problem beginnt, wo Stück für Stück aus dem „Ausnutzen“ solcher Teile des DGB, der SPD der Grünen, der Kirchen oder der PDS eine Dynamik entsteht, in der diese Organisationen „unverzichtbar“ werden, ihre Phrasen vom „Gewaltmonopol des Staates“ sich schleichend durchsetzen, den militanten Kampf denunzieren, ja ihre Kenntnisse unverfroren diesem Staat zur Verfügung stellen.

Das Problem beginnt nicht nur, sondern ist schon massiv da, wenn etwa die *Kritik* verboten wird, um die „Einheit“ nicht zu gefährden. Spätestens dann ist aus dem angeblichen „Ausnutzen“ bürgerlicher Organisationen etwas anderes geworden: der „Schwamm“, der diesem Staat dazu dient, wirklich demokratische oder revolutionäre Kräfte „aufzusaugen“, hat seine Arbeit recht erfolgreich begonnen.

Ein solcher Prozeß läßt sich auch an der Rolle der PDS gegenüber militanten antinazistischen Kämpfen nachweisen.

**So sehr wir also die großartige Arbeit und den Kampf von Organisationen wie „Bündnis gegen Rechts“ in Leipzig unterstützen, um so deutlicher müssen wir auf die üble gegenwärtige und noch üblere morgige Rolle jener Kräfte verweisen, die vom deutschen Imperialismus nur „ausgeschickt“ werden, um „alles unter Kontrolle zu bekommen“.**



## Was man über die PDS wissen sollte

Das Gewimmer der PDS, als „staatstragend“ und „grundgesetzkonform“ anerkannt zu werden, reicht noch nicht. Die PDS muß erst beweisen, daß und inwiefern sie „nützlich“ für diesen Staat ist, nützlich im Abwürgen sich entwickelnder Kämpfe gegen die Nazis und gegen den Staat des deutschen Imperialismus.

Und *das* ist der Grund, warum taktisch genau überlegt trotz großer Widerstände in der Spießerbasis der PDS einzelne Funktionäre Geld und gute Worte für antinazistische Initiativen geben und manchmal auch eine Anmeldung einer Demonstration durchführen. Gelten sie erst einmal als „ehrliche und gute Menschen“, wird Kritik an ihnen verboten, dann beginnen sie ihre Rolle als „Schwamm“ und Kontrollinstrument!!

Die PDS als eine insbesondere in Ostdeutschland doch große Massenpartei hat gewiß auch einige Mitglieder, gerade unter Jugendlichen, die nicht Abwiegler, Schleimer oder ausgefuchste Konterrevolutionäre sind. Es mag auch diese oder jene Mitglieder und Anhänger der PDS geben, die Marx nicht nur im Munde führen, um seine Grundideen, den Kommunismus gleichzeitig zu verfälschen. Aber was besagt das? Das besagt unserer Meinung nach nur, daß wir um so deutlicher und klarer entlarven müssen, welche Rolle die PDS spielt.

Wir meinen, daß bewußt werden und diskutiert werden muß:

■ Daß die Führung und viele Mitglieder der PDS *nicht* bereit waren, gegen die Pogrome in Rostock und Hoyerswerda auch nur einen Finger zu rühren.

■ Daß konkret innerhalb der PDS pronazistische Aktivitäten gefördert, geduldet und „solidarisch diskutiert“ werden: 1996 ließ der PDS-Bürgermeister von Marzahn, Buttler, Hunderte von Nazis ungehindert aufmarschieren. Und Ostrowski (ehem. PDS-Vizechefin) trifft sich nach dem Pogrom von Rostock 1993 mit dem Führer der nazistischen NO und verkündet, man habe „sach-

lich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht“ (zitiert nach „Radikal Brechen“, Nr. 12, „Revisionistische und am Revisionismus orientierte pseudokommunistische Organisationen“, Eine Materialsammlung zu u.a. PDS, KPF, DKP, KPD-Ost, S. 17).

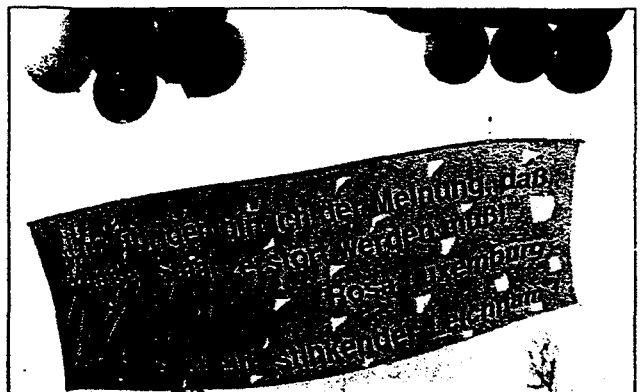
■ Völlig klar muß sein, daß die PDS für den „Anschluß Ostdeutschlands an die BRD“ eingetreten ist und eintritt, wie auch für die „Einhaltung“ des revanchistischen „Einheitsvertrags“ (ebenda, S. 16).

■ Völlig klar muß sein, daß die PDS Rosa und Karls Lehren in den Dreck tritt, sich nur heuchlerisch auf sie beruft, aber einen klaren Aufruf für die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus durch das klare Bekenntnis zum Grundgesetz ersetzt, zu diesem kapitalistisch-imperialistischen Staat („Sie ist Partei im Sinne des Grundgesetzes und wirkt auf dessen Grundlage“, ebenda, S. 14), in dem sie die Rolle übernehmen wollen, als angebliche „Kenner der Linken“ diesen Staat vor demokratischen und revolutionären Entlarvungen, Kritiken und Kämpfen zu schützen.

Deswegen muß die PDS entlarvt und bekämpft werden, wenn wirklich der Kampf gegen diese oder jene Aktivität der Nazis verbunden werden soll mit dem Kampf gegen die Faschisierung dieses Staates, gegen die Aktivitäten des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr, gegen Ausbeutung, gegen das kapitalistische System!

Um die Grenze zwischen angeblichem oder wirklichem „Ausnutzen“ richtig zu erkennen, ist ständige Diskussion und Debatte unter wirklichen Genossinnen und Genossen notwendig, nicht aber mit staatstragenden Konterrevolutionären mit „demokratischem“ oder gar „sozialistischem“ Mäntelchen!

„Die PDS ist ein ‚stinkender Leichnam‘!“



Aktion auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin am 12.1.1997 gegen die Heuchelei der PDS

PROLETARIAT ALLEN LÄNDEN VEREINIGT EUCH  
PROLETARIAT ALLEN LÄNDEN UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

# GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Maï 1997

Kritiken und Bestellungen bitte an:  
Buchladen Georgi Dimitroff, 60327 Frankfurt/  
Main, Koblenzerstr. 4, Fax-Nr.: 069/730920

## Inhaftierte Nazis - "bloße Kriminelle"?

Bei der Diskussion über den Begriff „politische Gefangene“ **heute** muß unserer Meinung nach ebenfalls gesehen werden, daß in Deutschland gegenwärtig auch einige Nazis in den Gefängnissen sitzen, und zwar nicht nur wegen Mordanschlägen, sondern auch wegen sogenannter „Propagandadelikte“, d.h. auch wegen offener nazistischer Hetze.

Außerhalb jeder Diskussion steht, daß die Gefängnisstrafen für Nazis lächerlich niedrig sind, daß angesichts ihrer Verbrechen viel zu wenige Nazis inhaftiert sind, daß inhaftierte Nazis in den Gefängnissen ihr braunes Treiben weitgehend ungehindert fortsetzen können. So ist bekannt geworden, daß Nazis in der JVA Brandenburg eine Nazi-Zeitung drucken und vertreiben konnten. Dahinter steht - und dies steht ebenfalls außer jeder Diskussion -, daß die Nazis von diesem Staat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte - auch in den Gefängnissen - direkt und indirekt eingesetzt werden. Aber Leuten, die nun vorschnell sagen: „Na also, da haben wir's doch! Wollt ihr etwa behaupten, der deutsche Staat geht gegen seine eigenen Handlanger vor?“, antworten wir ohne Illusionen in das Wesen dieses Staates: „Ja, ab und zu schon!“ Es ist eben nicht so, daß Terrorakte und auch bestimmte propagandistische Aktionen der Nazis allesamt direkt durch die Staatsorgane des deutschen Imperialismus wie auf „Knopfdruck“ gelenkt würden.

Es ist eine Tatsache, daß dieser Staat ab und zu doch noch gezwungen ist, den Schein zu erwecken, als ginge er auch gegen die Nazis vor, und dafür ein paar Nazis hinter Gitter steckt. Die Gründe dafür haben selbstverständlich nichts mit einer angeblich „antnazistischen“ Haltung dieses Staates zu tun, wohl aber mit dem Druck vor allem der internationalen Öffentlichkeit auf den deutschen Imperialismus vor dem Hintergrund der Einmaligkeit des Ausma-

ßes der Verbrechen des Nazifaschismus.

Wenn NPD-Deckert, Althaus und andere vor laufenden Mikrofonen und Kameras in Buchenwald, Auschwitz und anderen Gedenkstätten des Holocaust, den Völkermord an den Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma leugnen und die Abermillionen Opfer der Nazi-Ausrottungspolitik verhöhnern können, so dient das nicht gerade dem „Ansehen“ des Staates des deutschen Imperialismus.

Und wenn dieser Staat - unter dem Druck der internationalen antifaschistischen Kräfte und unter dem Druck im eigenen Land - zum Beispiel Leute wie NPD-Deckert ins Gefängnis stecken muß, dann haben wir doch nichts dagegen. Im Gegenteil, sind sie nicht viel zu kurze Zeit dort? Auch verurteilte Alt-Nazis sind insofern politische, eben nazistische Gefangene. Und wenn sie nicht sowieso auf „Bewährung“ ihre Pension verzehren, sondern ausnahmsweise einmal ihre sowieso viel zu niedrige Strafe absitzen müssen, dann ist das natürlich gut und nicht schlecht.

In den letzten Jahren gibt es eine erschreckende Zunahme nazistischer Aktionen, Anschläge und Veröffentlichungen. Dem entsprechen die massiv verstärkten Anstrengungen der Sachwalter des deutschen Imperialismus, die Existenz der zunehmenden braunen politischen Nazi-Bewegung durch „Entpolitisierung“ zu vertuschen und die Verbrechen der Nazis als Aktionen von „Einzelgängern“, „Betrunkenen“ oder „Waffennarren“ darstellen, die sich angeblich keineswegs aus der Existenz der braunen Ideologie und Politik der Nazi-Bewegung motivieren würden und angeblich einen „bloß kriminellen Hintergrund“ hätten.

Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit ist der Mordprozeß gegen den Nazi Lemke in Essen. Lemke hat aus seiner braunen Gesinnung nie den geringsten Hehl gemacht. Wegen einem Brandanschlag auf ein von Menschen aus der Türkei bewohntes Haus und wegen rassistischer Hetze saß er bereits einmal im Gefängnis. In der Nazi-„Hilfsorganisation Nationaler Gefangener“ war er deshalb auch schon einmal zum „Gefangenen

des Monats“ gekürt worden. In dem vor kurzem beendeten Prozeß unternahmen die Richter alles, um die nazistischen Motive dieses Nazi-Mörders, der sich damit brüstet, eine „Linke abgestochen“ zu haben, möglichst vollständig auszublenden.

Das dahinter stehende massive reaktionäre Interesse des deutschen Staates ist eindeutig: Es soll vor allem vor der internationalen Öffentlichkeit die Tatsache vertuscht werden, daß es in Deutschland heute eine Nazi-Bewegung gibt, die nicht nur systematisch Nazi-Propaganda betreibt, sondern zunehmend auch mehr nazi-politische Morde begeht. Aus diesem Grund wird auch tunlichst aus dem öffentlichen Bewußtsein herausgehalten, wie viele Nazi-Gefangene insgesamt inhaftiert sind, wie viele Nazis nicht nur wegen Terrorakten, sondern gerade auch wegen der Propaganda ihrer braunen Gesinnung verurteilt wurden und im Gefängnis waren oder sind.

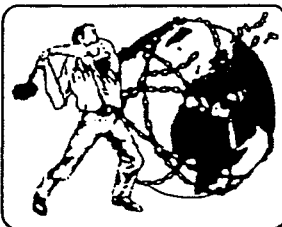
☆☆☆

Wer behauptet, Nazis seien nur „gewöhnliche Verbrecher und Brandstifter“, leistet der Entpolitisierungsmanöver des deutschen Imperialismus Vorschub und leugnet, daß es sich bei den Nazis wesentlich um eine politische Kraft handelt, **die von den antifaschistischen und revolutionären Kräften auch politisch bekämpft und politisch unterdrückt werden muß**. Dagegen müssen die antifaschistischen und revolutionären Kräfte offensiv die Manöver zur Vertuschung der Existenz der Nazi-Kräfte und deren Hintergründe systematisch entlarven und bekämpfen.

Unserer Meinung nach ist die Losung „Freiheit für alle demokratischen und revolutionären Gefangenen“ hier und heute die richtige Losung, die einerseits weit genug ist, um alle fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Gefangenen zu umfassen, andererseits eng genug ist, um alle reaktionären und faschistischen Gefangenen auszuschließen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/ 98

April 1998

Mai 1997 bis April 1998 - Schlaglichter zum Vormarsch des deutschen Imperialismus:

## Die Resignation bekämpfen!

Der deutsche Imperialismus ist an allen Fronten in der Offensive, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Er scheint noch mehr als z.B. der französische Imperialismus „alles im Griff“ zu haben. Im Kampf gegen Resignation und Defätismus muß herausgestellt werden: Es ist notwendig die Analyse der Offensive des deutschen Imperialismus durchzuführen. Aber eine solche Analyse muß verbunden werden mit der nicht schönfärberischen, sondern realistischen, die ganze Wahrheit aussprechenden Analyse der gerechten Kämpfe in Deutschland. Denn es gab und gibt Widerstand, - gerade auch gegen den Vormarsch der Nazis - es gab und gibt Kämpfe, zwar viel zu wenige und viel zu schwache. Aber gerade deshalb ist es um so wichtiger sie zu propagieren trotz all ihren Schwächen und Halbheiten, um daraus maximal lernen zu können, so daß der Kampf gegen den deutschen Imperialismus verstärkt werden kann!

### Bundesregierung verweigert Reparationen gegenüber Nazi-Opfern aus Griechenland und gegenüber den Herero in Namibia!

Mit der Arroganz von Herrenmenschen hat die Bundesregierung zynisch auf vielfältige berechnete Reparationsforderungen geantwortet. Hier nur zwei Beispiele:

**Griechenland:** „Reparationsforderungen sind 50 Jahre nach Kriegsende nicht mehr angebracht“ - so lautete der Originalton der Bundesregierung im Herbst 1997 auf Reparationsforderungen aus Griechenland! Die gesamte Höhe der Reparationsforderungen Griechenlands mit Zinsen belaufen sich heute auf 70 Milliarden Dollar, lediglich 115 Millionen Dollar sind in den 60er Jahren gezahlt worden.<sup>1</sup> Dem deutschen Imperialismus ging es darum, international ein weiteres Mal ein Zeichen zu setzen, daß endlich Schluß sein müsse mit der „Beschimpfung der deutschen Ehre“, was dazu dient, die Nazi-Verbrechen zu verharmlosen, den Nazi-Faschismus aufzuwerten, ja Stück für Stück zu rehabilitieren.

**Namibia:** Der Staatsbesuch des obersten Repräsentanten des deutschen Imperialismus Herzog in Namibia im März 1998 war ein direkter Schlag ins Gesicht des Volkes der Herero, die Opfer des Völkermords der deutschen Kolonialarmee in den Jah-

ren 1904 bis 1907 waren. Der deutsche Bundespräsident lehnte jegliche Entschädigungen und jegliche Entschuldigung strikt ab, ja weigerte sich, die Vertreter des Volkes der Herero zu empfangen. Das Ziel von Herzogs Reise war in der Tat auch ein ganz anderes. Dem deutschen Imperialismus ging es darum, die reaktionären Beziehungen zu dieser ehemaligen deutschen Kolonie zu verstärken, insbesondere zu den 30.000 „Deutschstämmigen“, die weitgehend die Rolle einer „5.Kolonie“ des deutschen Imperialismus haben, um dessen Hegemonialinteressen dort voranzutreiben.

### NATO-„Osterweiterung“ im Bundestag ratifiziert: Der deutsche Imperialismus baut seine Vormachtstellung in Osteuropa auch mit Hilfe der NATO immer weiter aus!

Im März 1998 wurde der NATO-„Osterweiterung“ nach Polen, Ungarn und Tschechien hoch offiziell im Bundestag zugestimmt.<sup>2</sup> Daß das nur ein Anfang sein soll, betonte Rühle schon im Mai 1997: Im Jahr 2000 soll Rumänien, Bulgarien und Slowenien folgen. Mit der „Ost und Südosterweiterung“ von EU und NATO soll die Stationierung von Bundeswehreinheiten in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn und danach in anderen Ländern erfolgen, es soll

der direkte, auch militärische Griff nach Ost- und Südosteuropa sowie nach anderen „Euro-Regionen“ vorbereitet und vorangetrieben werden. In Polen und in der Tschechischen Republik führt die Bundeswehr bereits Militärmanöver durch, die slowenische Armee wird nach Grundsätzen und mit Hilfe der Bundeswehr aufgebaut.<sup>3</sup> Ob mit der Einführung des „Euro“, der nun auch höchststrichrichtlich vom BVG als „mit dem Grundgesetz übereinstimmend“ legitimiert wurde, oder mit der NATO-Ost- bzw. Südosterweiterung - der deutsche Imperialismus nutzt diese Projekte, um seine Vormachtstellung in Europa weiter auszubauen, um seine Expansionspolitik noch besser durchführen zu können.

### Deutsche „Normalität“: Bundeswehrsoldaten mit Hitlergruß im Kriegseinsatz in anderen Ländern!

Die ständige Kriegspropaganda des deutschen Imperialismus - wie z.B. während des „Hochwassereinsatzes“ der Bundeswehr an der Oder im Sommer 1997 - hat Wirkung gezeigt: Die Stationierung von Bundeswehrsoldaten in Ex-Jugoslawien und in anderen Ländern ist zur deutschen „Normalität“ geworden, gegen die es so gut wie keinen Protest gibt. Rühle betonte öffentlich, daß die Bundeswehr in Bosnien bleiben werde, verkleinert als Spezialtruppe, die mit dem „Euro-Fighter“ ausgerüstet werden wird!<sup>4</sup> Es ist schon „normal“, daß *deutsche Soldaten mit dem Hitlergruß im Kriegseinsatz* sind, wie z.B. in Bosnien als Teil der SFOR-Truppen. Im Oktober 1997 grölten Soldaten der Bundeswehr mit Ustascha-Faschisten öffentlich das nazistische „Horst-Wessel-Lied“,<sup>5</sup> Offiziere des deutschen SFOR-Kontingents bezeichneten albanische Soldaten als „Scheißjuden“.<sup>6</sup>

### Das Ausmaß nazistischer Erziehung und nazistischen Einflusses in der Bundeswehr am Beispiel des sogenannten „Bundeswehrskandals“

Wie weitgehend die Bundeswehr die Nazi-Organisationen auch materiell unterstützt, ihre Soldaten und Offiziere ideologisch und „praktisch“ nazistisch erzogen werden und wie weitgehend Nazis in der Bundeswehr ihren Einfluß und ihre Strukturen ausgebaut haben und weiter ausbauen - das zeigte der sogenannte „Bundeswehrskandal“, der ja nur die wirklich nicht mehr zu verschleiernnden Tatsachen zum Vorschein brachte, also die Spitze des Eisberges.

Hier nur einige der wichtigsten Punkte: Ein führender Nazi-Kader, Roeder, war 1995 Referent an der Bundeswehr-Führungsakademie.<sup>7</sup> Roeders nazistisches „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk“ bekam drei Bundeswehr-LKWs geschenkt, die nach Rußland geschafft worden sind.<sup>8</sup> Schon 1994 wurden ehemalige SS-Mitglieder in die Akademie eingeladen, ebenso bekam ein „SS-Kameradenwerk“ zwei LKWs geschenkt.<sup>9</sup> Laut Angaben der REP sollen 78 Offiziere und Feldwebel und 400 Soldaten REP-Mitglieder sein. Bekannt wurde auch, daß der Nazi-Versandhandel der DVU, in den Bundeswehrkasernen betrieben wird, um die Soldaten mit nazistischen Büchern, Zeitschriften und Videos zu versorgen.<sup>10</sup> Der Alltag der Bundeswehr ist mehr und mehr von Antisemitismus, der Erstellung von nazistischen Videos mit Schein-

## Flugblätter von „Gegen die Strömung“ 1997/98 (Auswahl)

● **Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge! Solidarität!** (Juli 1997)

● **Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa-Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen!** (August/September 1997)

● **Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet! Kampf um das revolutionäre Erbe**

Ernesto Che Guevaras!, (Oktober/November 1997), 2 DM

● **Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!** (Februar 1998)

● **Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herero in Namibia! Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen!** (März 1998)

Folterungen, Schein-Erschießungen, sowie Schein-Vergewaltigungen, geprägt, ja in ganzen Truppteilen herrscht eine zutiefst nazistische Atmosphäre vor, die auch dazu führt, daß immer wieder Bundeswehrsoldaten nazistische Angriffe auf der Straße gegen diejenigen durchführen, die sie als „undeutsch“ bezeichnen, wie z.B. im Sommer 1997 in Detmold, als Soldaten der Rommel-Kaserne (benannt nach dem Nazi-General Erwin Rommel!), Freiwillige für den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien, Jagd auf Menschen machten, die sie als „Ausländer“ bezeichneten.<sup>11</sup> Dieses „praktische Training“ auch in Deutschland dient dazu die Soldaten für ihre kommenden „Aufgaben“ im Kriegseinsatz „vorzubereiten“, ja es geht darum, daß sie heute schon diese „Praktiken“ während ihrer Kriegseinsätze immer öfter „anwenden“. Es geht darum die deutschen Soldaten zu deutschen Herrenmenschen zu erziehen, die keine Gnade kennen, um die Ziele der deutschen Imperialisten auch militärisch durchzusetzen!

Die Nazi-Banden werden gestärkt, indem ihre Kader militärisch in der Bundeswehr ausgebildet werden, vor allem auch bei den Kriegseinsätzen im Ausland wie z.B. in Kroatien und Bosnien, indem ihr ideologischer und personeller Einfluß im Staatsapparat des deutschen Imperialismus weiter ausgebaut wird und nicht zuletzt auch durch die materielle militärische Unterstützung durch Kriegsgüter.

### Weitere Verschärfung der mörderischen Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus!

Auch in den vergangenen 12 Monaten sind Tausende von Flüchtlingen aus der mörderischen Abschiebehaft oder direkt an den deutschen Grenzen vom deutschen Polizeiapparat abgeschoben worden, viele Flüchtlinge direkt in reaktionäre Staaten, ja gezielt und geplant direkt ins Gefängnis dieser Staaten, was oftmals Folter, ja Mord für sie bedeutet! Der Tod von Flüchtlingen auch in Deutschland wird durch diese gesamte Atmosphäre des Terrors, vor allem auch durch die mörderische Abschiebehaft, systematisch vorbereitet. In der Abschiebehaft sind ständig ca. 3500 Flüchtlinge unter schlimmsten Haftbedingungen bis zu ihrer Abschiebung eingesperrt. Seit 1993 haben sich 39 Flüchtlinge in Haft aus Angst vor Abschiebung selbst getötet. Am 5.8.1997 hat sich ein Mann aus Rumänien in Oldenburg aus Angst vor Abschiebung in einem Fluß ertränkt. 14 Flüchtlinge sind bei versuchten Selbsttötungen schwer verletzt worden. 73 Flüchtlinge wurden bei der versuchten Einreise nach Deutschland, mehrere Flüchtlinge bei Abschiebungen getötet.<sup>12</sup>

„Grenzen dicht“ - mit dieser Parole hat es der deutsche Imperialismus geschafft, daß 1997 nur 104.000 Flüchtlinge Asyl beantragten, 10% weniger als 1996.<sup>13</sup> Als Mittel für die Abschottung

Deutschlands dient nicht nur die faktische Abschaffung des Asylrechts, sondern auch in immer größerem Ausmaß die brutale Menschenjagd von BGS und reaktionären Bürgerwehren vor allem an der polnischen Grenze: Seit 1990 haben allein diese Bürgerwehren 160 Flüchtlinge gefangen genommen und dem BGS übergeben.<sup>14</sup>

Neue *reaktionäre Gesetze gegen „Ausländer“*, die im Juli 1997 verabschiedet wurden, erleichtern weitere Abschiebungen: Eine Abschiebung ist jetzt legal möglich bei Verurteilung zu 3 Jahren Haft. Wegen Landfriedensbruchs ohne Bewährung verurteilte Menschen ohne deutschen Paß werden gezwungen auszureisen, die Ausweisung von „Ausländern“ soll in der Regel, bei Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Demonstration, durchgeführt werden.<sup>15</sup> Ein *neues „Asylbewerberleistungsgesetz“*, das im Juni 1997 verabschiedet

### Politische Stellungnahmen zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus in Flugblättern und Plakaten von „Gegen die Strömung“

1989/90, 78 Seiten, 8 DM

1991/92, 82 Seiten, 8 DM

1993/94, 117 Seiten, 10 DM

1995/96, 170 Seiten, 15 DM

wurde, führt dazu, daß mehreren hunderttausend Flüchtlingen jegliche soziale Leistungen gestrichen werden.<sup>16</sup> Allen Flüchtlingen wird ein Leben unter Sozialhilfeniveau verordnet! Das eh schon unerträgliche Leben der Flüchtling in Deutschland wird dadurch noch unerträglicher.

### Der Polizeistaat marschiert!

Die staatliche Faschisierung richtete sich außer gegen die Flüchtlinge vor allem auch gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte, um Widerstand und Kampf gegen die imperialistischen Projekte schon im Keim zu ersticken.

Am 11.6.1997 durchsuchten 500 Polizisten, mehrere Häuser und Wohnungen in Berlin, in der größten Durchsuchungsaktion in Berlin nach 1945, um die Zeitschrift „Interim“ zu zerschlagen.<sup>17</sup> Diese Aktion ist eine *Drohung an alle demokratischen und revolutionären Zeitungsprojekte*.

*Der Freispruch des Polizisten, der Halim Dener am 1. Juli 1994 durch einen gezielten Schuß in den Rücken erschossen hat, im Juni 1997<sup>18</sup> muß als Freibrief für alle Polizisten zum gezielten Todesschuß, als Drohung an alle demokratischen und revolutionären Kräfte ernst genommen werden!*

*Massive Bürgerkriegsmanöver* wie beim Castor-Transport nach Ahaus am 20.3.1998 mit 30.000 Polizisten wird zur „Normalität“. Gegen die insgesamt 20.000 Demonstranten, die auch militante Aktionen wie Gleisunterhöhungen und Schienenblockaden durchführten, wurden Wasserwerfer, Schlagstöcke und Polizeihunde eingesetzt, 500 Demonstranten wurden festgenommen.<sup>19</sup> Anti-Nazi-Demonstrationen werden immer öfter verboten, massives Polizeiaufgebot von mehreren Tausend Polizisten, massenhafte Durchsuchungen und Festnahmen sind eigentlich inzwischen bei jeder Anti-Nazi-Demonstration die Regel.

Der „*Große Lauschangriff*“ erleichtert das eh schon massenhafte Abhören durch bessere juristische Absicherung. Das Abhören wird für 50 „Straftaten“ legalisiert und bei Verdacht für weitere „Straftaten“ u.a. auch bei „illegaler Einschleusung von Ausländern“,<sup>20</sup> was sich massiv auch gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützer richtet.

### Deutsche „Normalität“: Nazi-Morde, alltäglicher brutaler Nazi-Terror und eine steigende Zahl von Nazi-Demonstrationen unter dem Schutz der deutschen Polizei!

Alltäglicher Nazi-Terror durch gezielte Mordanschläge, Brandanschläge, Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen und Synagogen, Nazi-Schmierereien und andere nazistische Aktionen gehört seit Jahren zur „deutschen Normalität“. 1997/1998 kam es zu einer weiteren Steigerung des Nazi-Terrors: Allein im zweiten Quartal von 1997 registrierte selbst das BKA 216 antisemitische Taten, wobei es 2 Verletzte gab.<sup>21</sup> Allein in Sachsen spricht das LKA von 1460 „rechtsorientierten Delikten“, 1996 waren es noch 960.<sup>22</sup> Insgesamt wird aus Quellen des deutschen Bundestags von 2800 rassistischen und antisemitischen Straftaten ausgegangen, mit dutzenden von Verletzten - die Nazi-Aktionen in der Bundeswehr und die Angriffe gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Punks, Obdachlose etc. nicht mitgezählt.<sup>23</sup> Folgende in den letzten 12 Monaten dokumentierten *Nazi-Morde* sind uns bekannt:

*Ein 42 jähriger Vietnamese stirbt im Mai 1997 an den Folgen eines Nazi-Mordanschlags.<sup>24</sup>*

*Ein 45 jähriger Mann aus Potzlow wird am 23.8.1997 von Nazis mit Baseballschlägern ermordet.<sup>25</sup>*

*Der 59 jährige Josef Anton Gera aus Bochum wird am 14.10.1997 durch Fußtritte und durch Schläge mit einem Eisenrohr von mehreren Nazis ermordet.<sup>26</sup>*

*Die Antifaschistin Jana Georgi wird am 26.3.1998 in Saalfeld von einem Nazi durch mehrere Messerstiche in den Hals ermordet.*

Daß diese Zahlen die wirkliche furchtbare Realität nicht wiedergeben ist klar. Die im Zusammenspiel von Polizei, Staatsapparat und bürgerlichen Medien verschleierte Nazi-Morde, Nazi-Anschläge und nazistischen Aktionen gehen mit Sicherheit nochmal in die Hunderte!

Seit die Nazis im März 1997 in München den größten Nazi-Aufmarsch seit 1970 mit 5000 Nazis gegen die Wehrmachtausstellung im Bündnis mit der CSU unter Polizeischutz durchführen konnten, obwohl 10.000 antifaschistische Demonstrantinnen und Demonstranten dies versuchten zu verhindern, haben die Nazis immer öfter zu einer neuen Taktik gegriffen: Sie organisieren nahezu monatlich **naziistische Demonstrationen** mit mehreren hundert Nazis. Dabei spielt die NPD und ihre Jugendorganisation JN eine entscheidende Rolle, die durch die Aufnahme vieler neuer Mitglieder vor allem aus den verbotenen Nazi-Organisationen, zahlenmäßig und von ihrem Einfluß bei nazistisch beeinflussten Jugendlichen zu einer der wichtigsten Nazi-Organisationen wurde.

Bei dieser Nazi-Taktik geht es vor allem um folgendes: Erstens geht es darum zu versuchen, antifaschistische Kräfte zu zermürben, zweitens geht es darum Nazi-Aufmärsche auf der Straße als „Normalität“ durchzusetzen als weiteren Schritt in der Aufwertung der Nazi-Organisationen, drittens zielen diese Nazi-Demonstrationen unter dem deutsch-chauvinistischen Motto „Den Deutschen die deutschen Arbeitsplätze“ oder „Gegen Drogen“ darauf ab, für die nächste Bundestagswahl die NPD und andere Nazi-Parteien wie die REPs oder die DVU als „rechte Alternative“ zur CDU/CSU hoffähig zu machen, um als nächste Etappe in den Bundestag einzuziehen.

### Der Kampf gegen die Nazis, der Kampf gegen den Abschiebeterror und der Kampf der Erwerbslosen

Es muß als erstes festgestellt werden: Gegen viele reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus wie vor allem seine Kriegspropaganda, die Kriegseinsätze der Bundeswehr sowie seine Verweigerung von Reparationen hat es so gut wie keine Proteste, geschweige denn Widerstand gegeben. Es herrscht ein erschreckender „Gewöhnungseffekt“ gegenüber dieser „deutschen Normalität“ vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften. Das ist die traurige Realität.

Es muß jedoch auch festgestellt werden: Gegen andere reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus - insbesondere gegen den Vormarsch der Nazis - sowie gegen die immer weiter vorangetriebene Verelendung der Werktätigen, der steigenden Zahl an Erwerbslosen, die insgesamt ca. 7 Millionen (4,8 Millionen der offiziellen Statistik und noch 2 Millionen, die durch die offiziellen staatlichen Statistiken nicht berücksichtigt werden) beträgt, entwickelten sich hingegen Kämpfe und Widerstand.

Es gab nur sehr wenige **Warnstreiks der Arbeiterinnen und Arbeiter** um Lohnerhöhungen sowie vereinzelt Streiks in kleineren Betrieben. Die Zahl der Streikenden ist gegenüber dem Vorjahr massiv zurückgegangen. Die Bourgeoisie hatte Hand in Hand mit ihren DGB-Fürsten an diesem Punkt in den letzten 12 Monaten die Lage wirklich weitgehend „im Griff“.

**Der Kampf der Studentinnen und Studenten** für bessere Ausbildungsbedingungen erreichte am 27.11.1997 in Bonn seinen Höhepunkt mit der Demonstration von 40.000, wo mehrere Hundert Studenten und Studentinnen versuchten in die Bannmeile einzudringen und es auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Am 4.12.1997 waren bundesweit 100.000 auf der Stra-

## Kämpfe gegen Imperialismus und Reaktion in anderen Ländern

◆ 3000 Gefangene in **Bolivien** kämpften 1997 für bessere Haftbedingungen. In **Honduras** wurden im August 1997 bewaffnete Gefängnisaufläufe von mehreren Tausend Gefangenen durchgeführt. Ein Ziel war es, aus den Gefängnissen zu fliehen, was auch mehreren Hundert Häftlingen gelang (jW, 15.8.1997). Auch in **Brasilien** gab es im Juli 1997 bewaffnete Aufstände in mehreren Gefängnissen; Militär mußte gegen die kämpfenden Gefangenen eingesetzt werden, mehrere Gefangene wurden ermordet (taz, 23.7.1997). Faschistische Banden ermordeten politisch führende Genossinnen und Genossen der zunehmenden Massenkämpfe der landlosen Bauern in Brasilien.

Trotz Massaker der mexikanischen Armee in Chiapas gab es in **Mexiko-City** Demonstrationen von mehreren Zehntausend gegen das reaktionäre mexikanische Regime.

◆ Der schon jahrzehntelang geführte Guerillakampf in **Kolumbien** dauert unvermindert an und konnte trotz brutalstem reaktionärem Terror nicht vernichtet werden. Mehrere Tausend Guerilleros kämpfen nach wie vor bewaffnet gegen das reaktionäre kolumbianische Regime.

◆ Der bewaffnete Befreiungskampf des tamilischen Volkes auf **Sri Lanka** reißt nicht ab. Immer wieder greifen tamilische bewaffnete Kräfte die reaktionäre Armee militärisch an, z.B. im Juni, Juli und August 1997, wobei auch die reaktionäre

Armee schwere Verluste hinnehmen mußte (jW, 4.8.1997).

◆ In **China** gibt es neue Massenproteste gegen das polizeistaatlich-revisionistische chinesische Regime: Im Juli 1997 demonstrierten über 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die weit verbreitete staatliche Korruption. 100 Demonstranten wurden bei Kämpfen mit staatlichen bewaffneten Kräften verletzt, 81 wurden festgenommen (jW, 18.7.1997).

◆ Die immer wiederkehrenden mächtigen Kämpfe und Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ländern Afrikas reißen auch 1997/98 nicht ab, wie z.B. der Streik der Ölarbeiter in **Nigeria** im Oktober 1997 oder die militante Demonstration von 15.000 Minenarbeitern in Johannesburg/**Südafrika** für höhere Löhne im Februar 1998 zeigte, bei dem das reaktionäre südafrikanische Regime mit Blendgranaten und Plastikgeschossen gegen die Minenarbeiter vorging (FR, 25.2.1998).

◆ 10.000 Bergarbeiter in **Spanien** (Asturien) führen seit Dezember 1997 einen zum Teil militanten Streik durch.

◆ In **Frankreich** entstand eine kämpferische Erwerbslosenbewegung, die in engem Zusammenhang vor allem mit der fortschrittlichen Flüchtlings- und Jugendbewegung, sowie mit fortschrittlichen Bauernorganisationen ihren Kampf führte und führt.

Be, Straßenblockaden wurden durchgeführt.<sup>27</sup>

Gegen die **mörderische Abschiebepolitik** gab es trotz der vielen gezielten Nazi-Anschläge gegen Kirchen und trotz vieler Polizeieinsätze gegen Kirchengemeinden, die Flüchtlinge vor Abschiebung schützen, wichtige öffentliche Aktionen durch antirassistische „Kirchenasyl“-Gruppen. Die Aktion „Kein Mensch ist illegal“ wird von vielen fortschrittlichen Organisationen unterstützt, ihr Motto lautet: Flüchtlinge notfalls auch verstecken.<sup>28</sup>

Auch in Deutschland sind - angelehnt an die Erwerbslosenbewegung in Frankreich - **Ansätze zu einer Bewegung der Erwerbslosen** entstanden. Am 5.2.1998 protestierten mehr als 50.000 Erwerbslose in 100 Städten vor Arbeitsämtern mit Demonstrationen, mit Besetzungen von Arbeitsämtern, wie z.B. in Oldenburg und Berlin.<sup>29</sup> Im März 1998 wurde der Aktionstag wiederholt, der nun monatlich stattfinden soll.

Am Widerstand gegen den Castor-Transport beteiligten sich 20.000 Menschen.

Von besonderer Bedeutung ist die Kontinuität und Fülle der **Kampfdemonstrationen gegen den Vormarsch der Nazis**. Diese haben sich vor allem gegen die öffentlichen Nazi-Aufmärsche, Nazi-Veranstaltungen und -Parteitage gerichtet. Um die Bedeutung und Energie, die positive Entwicklung der Anti-Nazi-Bewegung in Deutschland herauszustellen, soll eine ausführliche **Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen** vorgestellt werden:

- 14.6.1997: 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrieren in Berlin gegen einen Aufmarsch von 600 Nazis.<sup>30</sup>
- 21.6.1997: 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrieren gegen eine nazistische Sonnenwendfeier in Hetendorf auf einem Nazi-Gelände; 1000 Polizisten schützen die Nazis.<sup>31</sup>

- 20.7.1997: Mehrere hundert Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Wehr (Südbaden) gegen einen Parteitag der REPs. 270 Polizisten sind zum Schutz der Nazis im Einsatz.<sup>32</sup>
- Juli 1997: 700 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen eine geplante Nazi-Kundgebung, die unter dem Motto „Kirchenasyl wieder Gesetz und Recht“ stattfinden sollte. Die Nazi-Kundgebung fand daraufhin nicht statt.
- 16.8.1997: 450 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Bergisch Gladbach gegen ein JN-Zentrum.
- 13.9.1997: 4000 Antifaschisten und Antifaschistinnen verhindern in Hamburg einen Nazi-Aufmarsch der NPD; 2000 Polizisten sind im Einsatz gegen die Anti-Nazi-Demo.<sup>33</sup>
- 27.9.1997: 450 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Passau gegen den DVU-Parteitag, der mit 3000 Nazis in der Nibelungenhalle stattfindet. 2000 Polizisten schützen die Nazis.<sup>34</sup>
- 24.1.1998: 1200 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen den Aufmarsch von 1200 Nazis, der sich gegen die Wehrmachtausstellung richtet; 3000 Polizisten schützen den Nazi-Aufmarsch.<sup>35</sup>
- 31.1.1997: 600 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen den Aufmarsch von 150 Nazis, teilweise militant mit Straßenblockaden in Lübeck. 82 Antifaschisten und Antifaschistinnen werden festgenommen, 600 Polizisten sind im Einsatz.<sup>36</sup>
- 7.2.1998: 2500 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen über 3500 Nazis, die einen NPD-Kongreß in Passau ab-

halten. Die Nazis ziehen unter massivem Polizeischutz durch die Straßen.<sup>37</sup>

- 14.3.1998: 2000 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren teilweise militant in Lübeck gegen 300 aufmarschierende Nazis, die von 1200 Polizisten den Weg frei geknüpelt bekommen. 500 Anti-Nazi-Demonstranten werden festgenommen.<sup>38</sup> 2500 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis in Saalfeld. 3000 Polizisten sind gegen die Anti-Nazi-Demonstrantinnen und -Demonstranten im Einsatz, allein 500 Polizisten schützen den Nazi-Aufmarsch, 135 Antifaschisten und Antifaschistinnen werden festgenommen. In Neustrelitz demonstrieren 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen 200 Nazis, die durch die Straßen ziehen und von der Polizei geschützt werden.<sup>39</sup>

Weitere wichtige Anti-Nazi-Demonstrationen, die sich nicht unmittelbar gegen Nazi-Aufmärsche richteten, sondern gegen den alltäglichen Nazi-Terror, waren:

- 9.10.1997: 7000 Polizisten verhindern eine Anti-Nazi-Demonstration in Saalfeld, die sich gegen die Nazi-Aktivitäten in der Nazi-Hochburg Saalfeld richten sollte, über 400 Antifaschisten und Antifaschistinnen werden festgenommen. 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen blockierten zeitweilig aus Protest gegen den Polizeiterror die A 9 bei Eisenberg, 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Erfurt, 600 in Leipzig gegen den Polizeiterror.<sup>40</sup>
- November 1997: 1000 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren zum Gedenken an den Nazi-Mord an Silvio Meier in Berlin. Die Polizei behindert mit einem Großaufgebot die Demonstration.<sup>41</sup>
- 8.2.1998: 1000 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren zum ersten Todestag von Frank Böttcher in Magdeburg, der von Nazis ermordet wurde. Es kommt zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.<sup>42</sup>
- 28.3.1998: 1500 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren am 28.3.1998 gegen den Nazi-Mord an Jana Georgi in Saalfeld.

So positiv und unterstützenswert die Anti-Nazi-Bewegung (und natürlich auch die Aktionen und Kämpfe gegen den Abschiebeterror) sind, darf jedoch folgendes nicht übersehen werden:

Die Anti-Nazi-Bewegung und die Bewegung zur Unterstützung der Flüchtlinge muß in der nächsten Zeit durch systematische, eigenständige Recherche Informationen über die Nazi-Opfer und die Opfer der mörderischen staatlichen Abschiebepolitik zentral sammeln, auswerten und den demokratischen und fortschrittlichen Kräften zur Verfügung stellen. Es geht darum die Lügen, das syste-

matische Verschweigen und Vertuschen dieses Staates und seiner bürgerlichen Medien aufzudecken und zu entlarven! Die Nazi-Opfer und die Opfer der mörderischen Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus dürfen nicht vergessen werden!

Ob dies gelingt oder nicht, hängt auch in großem Maße damit zusammen, weitergehende Kampfperspektiven in den Blick zu nehmen und zu diskutieren.

### Verbindung aller Tageskämpfe zu einem einheitlichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die Perspektive der proletarischen Revolution

Es gibt innerhalb Deutschlands vor allem folgende große tagespolitische Aufgaben:

Den Kampf gegen die zunehmend stärker werdenden *internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtaktivitäten des deutschen Imperialismus*, Militarismus und Revanchismus.

**Kampf gegen die Politik des deutschen Chauvinismus:** Als angebliche Ursache für die zunehmende Verelendung wird vom deutschen Staat, seinen Parteien, den bürgerlichen Medien und den Nazis der deutsche Chauvinismus in allen Varianten hochgezogen. Das „nationale Projekt heißt - nach innen gerichtet - „Ausländer rauskeln“, „Ausländer abschieben“, „Abschrecken“ durch Polizei, Mord, Totschlag und Brandstiftung sowie tägliche juristische Schikane. Verschiedene Abteilungen, die sich manchmal in die Quere kommen, arbeiten daran: Staatsanwälte, Richter, Medien, Polizei, politische Parteien, Nazis usw. Große Teile der deutschen Bevölkerung werden so chauvinistisch verseucht.

**Gegen die Faschisierung des Staatsapparates:** Um mögliche und wirkliche Gegenwehr gegen die soziale Verelendung und das nationale Projekt „Ausländer jagen“ schon im Ansatz zu verhindern, werden alle konsequent gewerkschaftlich, demokratisch und revolutionär kämpfenden Gruppen von einem sich zunehmend faschisierenden Staatsapparat überwacht, mit Polizeiterror verfolgt, mit Gefängnis und Verbot bedroht oder verfolgt. Gleichzeitig droht auch allen „Linken“ zunehmend der Nazi-Terror.

**Kampf gegen die nazistischen Organisationen und Gruppen:** Der Kampf gegen die Nazis muß auf der Straße und gegen ihre Ideologie geführt werden.

**Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren - das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben!**

**Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung:** Das Ausmaß der Erwerbslosigkeit, der absoluten Ver-

elendung, der Armut vergrößert sich, die Ausbeutung verschärft sich in wachsendem Tempo und fordert den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen.

Die Verstärkung und Radikalisierung, ja die Verbindung all dieser Kämpfe zu einem einheitlichen militanten demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und all seiner Abteilungen muß gegen die Abwiegelei der opportunistischen Kräfte angepackt werden. Doch dabei darf nicht stehen geblieben werden.

Die Ursachen für Ausbeutung, Faschisierung, Nazismus und Erwerbslosigkeit liegen im kapitalistischen System selbst. Deshalb geht es darum für *die Vorbereitung der proletarischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung* zu kämpfen, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf ein- und ihm unterzuordnen. Heute ist vor allem der *Kampf um den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei* entscheidend, die die nötige Bewußtheit und Organisation in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn nur so kann dort die Kraft, der Haß und die Entschlossenheit entstehen, um das gesamte verfluchte System des deutschen Imperialismus in der bewaffneten, proletarischen Revolution zu vernichten!

### Quellen

<sup>1</sup> taz, 1./2.11.1997, <sup>2</sup> FR, 27.3.1998, <sup>3</sup> FAZ, 3.5.1997, <sup>4</sup> taz, 13.10.1997, <sup>5</sup> FR, 6.10.1997, <sup>6</sup> junge Welt (jW), 19.2.1998, <sup>7</sup> FR, 8.12.1997, <sup>8</sup> FR, 11.12.1997, <sup>9</sup> taz, 16.1.1998, <sup>10</sup> jW, 19.2.1998, <sup>11</sup> Antifaschistisches Info-Blatt Nr. 42, S. 9, <sup>12</sup> FR, 5.8.1997, <sup>13</sup> jW, 14.1.1998, <sup>14</sup> FR, 6.3.1998, <sup>15</sup> jW, 5.7.1997, <sup>16</sup> jW, 7./8.2.1998, <sup>17</sup> taz, 13.6.1997, <sup>18</sup> FR, 28.6.1997, <sup>19</sup> FR, 21.3.1998, <sup>20</sup> jW, 7./8.3.1998, <sup>21</sup> taz, 22.8.1997, <sup>22</sup> jW, 16.1.1998, <sup>23</sup> jW, 28.2.1998, <sup>24</sup> taz, 6.5.1997, <sup>25</sup> jW, 15.1.1998, <sup>26</sup> taz, 24.10.1997, <sup>27</sup> FR, 5.12.1997, <sup>28</sup> FR, 16.10.1997, <sup>29</sup> taz, 6.2.1998, FAZ, 10.2.1998, <sup>30</sup> Antifaschistisches Info-Blatt 40/1997, S. 30/31, <sup>31</sup> FR, 22.6.1997, <sup>32</sup> FR, 21.7.1997, <sup>33</sup> taz, 15.9.1997, <sup>34</sup> „Die Rote Hilfe“, 1/1998, S. 13, <sup>35</sup> Rechter Rand, Nr. 51, S. 17/18, <sup>36</sup> jW, 2.1.1998, <sup>37</sup> jW, 9.2.1998, <sup>38</sup> FR, jW, 18.3.1998, <sup>39</sup> FR, 18.3.1998, jW, 16.3.1998, <sup>40</sup> jW, 13.10.1997, <sup>41</sup> jW, 24.11.1997, <sup>42</sup> jW, 9.2.1998.

### BUCHLADEN

#### Georgi Dimitroff

Koblener Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

#### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

#### Vertrieb für

#### Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

#### GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

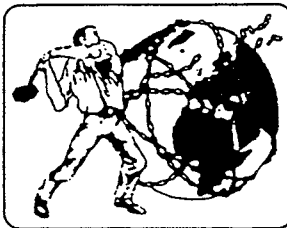
Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich:

In Berlin: Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in Bonn: Antiquariat W. Marrow, Breite Straße 52; in Braunschweig: Antifacaté, Cyriaksring 55; in Dortmund: Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in Duisburg: Antiquariat, Pulverweg 33b; in Frankfurt: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in Freiburg: Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; in Hannover: Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg; in Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; in München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; in Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Peter-Vischer-Str. 25.



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/98

Mai 1998

Leipzig, 1. Mai 1998:

## Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!

Die nazistische NPD hatte für den 1. Mai eine Demonstration in Leipzig angekündigt. Der NPD gelang es in diesem Jahr mit 5.000 bis 6.000 Nazis unter dem Schutz der Polizei vor dem sogenannten „Völkerschlachtdenkmal“ aufzumarschieren und ihre Kundgebung abzuhalten. Doch das ist nur die eine Seite der Sache. Den militanten antifaschistischen Kräften gelang es im Kampf gegen Polizei und Nazis zu verhindern, daß das Nazi-Pack ihren geplanten Marsch durch die Straßen von Leipzig durchführen konnte. Durch diesen militanten Kampf der antinazistischen Kräfte gelang es auch, vor der Weltöffentlichkeit das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und den Nazis aufzudecken und anzuprangern.

### Das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und Nazis

#### Erste Etappe: Geschickt inszeniertes Verwirrspiel vor dem 1. Mai

Das Ordnungsamt der Stadt Leipzig hatte am 17. April die Nazi-Demonstration erstmals verboten. Argumentiert wurde dabei vor allem damit, daß nicht genügend Polizeikräfte vorhanden seien, um die Nazis vor den Gegendemonstranten zu schützen. Das Verwaltungsgericht Leipzig bestätigte am 27. April zunächst das Verbot. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hob dieses Urteil am 30. April zumindest teilweise wieder auf: die Nazis dürften keine

Demonstration durchführen, wohl aber eine Kundgebung vor dem Völkerschlachtdenkmal.

Daraufhin sprach die Stadt Leipzig ein zweites Verbot aus. Begründung: es gebe neue Erkenntnisse, daß mit noch mehr „gewalttätigen“ Nazis zu rechnen sei. Auch dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Leipzig aufgehoben. Nach dem dritten Verbot durch die Stadt Leipzig erlaubte am Morgen des 1. Mai das Verwaltungsgericht Leipzig endgültig die Nazi-Demonstration.<sup>1</sup>

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte dann das Urteil des sächsischen Oberverwaltungs-



Militante Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf mit der Polizei!

### Solidarität mit den vom Polizeiterror bedrohten Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Wir drucken hier die Presseerklärung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Göttingen ab, die den Polizeiterror gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten anprangert und die juristische Rechtfertigung und den Vorwand für diesen Polizeiterror entlarvt:

#### Hausdurchsuchung beim Archiv der Roten Hilfe e.V. - Politische Verfolgung im Schafspelz der Strafverfolgung

Am Dienstag, den 12.5.98 durchsuchte die Polizei mehrere Wohnungen in Berlin, Hamburg, Göttingen, Passau, München, Nürnberg, Bielefeld und Mülheim. Bei den Durchsuchungen wurden Computer, Disketten, Flugblätter und persönliche Unterlagen beschlagnahmt. Die Durchsuchungen richteten sich gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die eine „kriminelle Vereinigung“ im Sinne des § 129 gebildet haben sollen. Hintergrund sind 100 angebliche Straftaten, die sich gegen Veranstaltungen politischer Gegner, staatlicher Einrichtungen und der Stadt Passau gerichtet haben sollen.

In Göttingen wurden unter anderem die Räume des Buchladen Rote Straße, Nikolai-Kirchhof 7 durchsucht. Diese Durchsuchung galt unter anderem dem Archiv der Roten Hilfe e.V. Die Staatsanwaltschaft München wollte dort Mitgliederlisten der Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. (OG) Passau beschlagnahmen. Begründet wurde dies damit, daß die OG Passau ein Teil der Antifaschistischen Aktion Passau (AAP) sei. Die AAP soll eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB darstellen.

Diese Begründung ist absurd und faden-scheinig. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende Schutzorganisation für politisch Bedrängte und Verfolgte. Sollten Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Passau zugleich Mitglieder der Roten Hilfe sein, so wäre dies nur verständlich, angesichts der hier erneut deutlich gewordenen Verfolgung von Antifaschistinnen durch den deutschen Staat.

Daraus kann jedoch in keinem Fall geschlossen werden, daß die OG Passau Teil der AAP ist. Eine Mitgliederliste der OG Passau ist für die Ermittlungen gegen die AAP ohne Belang.

Das Suchen nach einer solchen Liste zeigte dagegen, daß die Staatsanwaltschaft keinerlei Hinweise auf die angebliche „kriminelle Vereinigung“ hat. Dafür wären zumindest Personen erforderlich, die der Begehung von Straftaten verdächtigt werden. Eben diese versucht die Staatsanwaltschaft nun bei der Roten Hilfe zu finden - eine Groteske, doch für die Rote Hilfe leider bitterer Ernst.

Wie schon in der Vergangenheit werden im Tarngewand der Strafverfolgung politisch mißliebige Personen eingeschüchert und ihre Arbeit behindert. Die Rote Hilfe ist der Staatsanwaltschaft München offensichtlich bei ihren Machenschaften im Wege und wird gleich mit auf die schwarze Liste gesetzt.

Fortsetzung auf S. 2

Anti-Nazi-Demonstration in Solingen am 30.5.1998 zum 5. Jahrestag der Nazi-Morde! 12.00 Uhr, Alter Markt  
Beilage: Kommunistische Positionen zum reaktionären „Völkerschlachtdenkmal“

Fortsetzung von S. 1

Der § 129 StGB ist dabei ein ideales Werkzeug für die Einschüchterer und Disziplinierer, sie müssen keine konkreten Straftaten mehr aufklären, sondern können sich ungeniert ihren Verschwörungphantasien und ihrer Ausschüffelei politisch Andersdenkender hingeben.

Musterbeispiel für derartiges Vorgehen ist im Übrigen das Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen, bei dem jahrelang Tref-

fen gefilmt, Telefone abgehört und schließlich eine Großrazzia durchgeführt wurde. Bekanntes Ergebnis: Das Verfahren wurde eingestellt.

■ Die Rote Hilfe protestiert gegen die Durchsuchungen und behält sich rechtliche Schritte wie Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige vor.

■ Die Rote Hilfe erklärt sich mit den betroffenen AntifaschistInnen solidarisch und wünscht ihnen Durchhaltevermögen und Mut, angesichts der staatlichen Verfolgung. Ihr seid nicht allein.

■ Zum Schutz der politischen Freiheit: der § 129 StGB muß abgeschafft werden!

■ Die Rote Hilfe Göttingen ruft zu einer Kundgebung gegen die Durchsuchungen auf. Sie findet am Samstag den 16.5.1998 um 12.00 Uhr am Marktplatz (Gänseliesel) in Göttingen statt.

13.5.98

gerichts, das die Kundgebung am „Völkerschlachtdenkmal“ erlaubte.<sup>2</sup> Somit hat das oberste Gericht in Deutschland den Naziaufmarsch genehmigt.

So zeigte sich bei allem Hin und Her auch ganz praktisch, was theoretisch eh klar ist: der Staatsapparat des deutschen Imperialismus mit seinen Gerichten wird wie bisher so auch in Zukunft Schutzmacht der nazistischen Bewegung sein.

### Zweite Etappe: Militante Straßenkämpfe gegen die Polizei, die die Nazis schützte!

Das Leipziger „Bündnis gegen Rechts“, die Gruppen der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) und andere hatten mit der Parole „Nazi-Aufmarsch in Leipzig verhindern!“ für den 1. Mai bundesweit nach Leipzig mobilisiert. Rund 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten waren diesem Aufruf gefolgt. Insgesamt waren am 1. Mai über 6.100 Polizisten in Leipzig im Einsatz, um den Aufmarsch der Nazis zu schützen. Schon während der Anreise gelang es einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten, kleine Gruppen von Nazis anzugreifen und aufzulösen.<sup>3</sup>

Im Verlauf der militanten Kämpfe in Leipzig gegen die Nazis zeigte sich, daß nicht nur die deutsche Polizei gegen die Antifaschisten vorgeht. Es war von großer Bedeutung, daß die Anti-Nazi-Kräfte sich auch von drei Abwiegemanövern nicht von ihrem Kampf abhalten ließen.



Von militanten Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen die Polizei errichtete brennende Barrikaden


**Erstes Ablenkungsmanöver:** Es gelang in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai dem DGB, die nächtliche Besetzung des Platzes vor dem „Völkerschlachtdenkmal“ nach einem Musik-Konzert, das etwa 10.000 Menschen besuchten, zu verhindern. Das war ein taktischer Nach-

ten Kämpfe kam es zu üblen abwieglerischen Durchsagen vom Lautsprecherwagen aus. So wurde von diesen Abwieglern betont, man sei ja nicht gegen die Polizei, sondern gegen die Nazis, die Polizei könne auf unserer Seite kämpfen, wenn sie die Uniform ausziehen wür-

### Dokumentation

Zu den  
**Nazi-Morden  
in Solingen**

- 1) Neonazis ermorden 2 Frauen und 3 Mädchen aus der Türkei
- 2) Der west/deutsche Staatsapparat und die Nazis Hand in Hand
- 3) Protestaktionen gegen den Nazi-Anschlag von Solingen



35 Seiten, 4 DM

Zu bestellen bei:  
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4,  
60327 Frankfurt/Main

### Inhaltsverzeichnis

Neonazis ermorden 2 Frauen und 3 Mädchen aus der Türkei

Mörderischer Brandanschlag in Solingen  
Solingen ist kein Einzelfall  
Weitere Mordversuche und Mordandrohungen

Der west/deutsche Staatsapparat und die Nazis Hand in Hand

Die wahren Brandstifter sitzen in Bonn!  
Polizei, Bundesanwaltschaft und die bürgerlichen Medien arbeiten Hand in Hand an der Vertuschung und Verharmlosung des Nazi-Anschlags von Solingen

Protestaktionen gegen den Nazi-Anschlag von Solingen

Die antinazistische Selbsthilfe organisieren!  
Widerstandsaktionen vom 29.5. bis zum 7.6. im Überblick

Anhang:  
Die Nazi-Morde von Mölln und die Protestaktionen dagegen  
Chronologie  
Der Nazi-Terror geht weiter: Von rassistischen Anschlägen bis zu Pogromen!

teil, der den Nazis ihren Aufmarsch am 1. Mai erleichterte.

**Zweites Ablenkungsmanöver:** Am Morgen des 1. Mai startete der DGB aus Gründen der Abwiegerei seine traditionelle 1. Mai-Demonstration mit ca. 5.000 Teilnehmern um 9.00 Uhr von Connewitz aus zur offiziellen DGB-Kundgebung am Marktplatz, also weit weg vom „Völkerschlachtdenkmal“, dem Aufmarschort der Nazis.<sup>4</sup> Die Opportunisten von PDS und MLPD entlarvten sich, indem sie lediglich an einer Kundgebung des DGB auf dem Leipziger Marktplatz teilnahmen, nicht aber am militanten Kampf gegen die Nazis. Diese Manöver wirkten schon weniger. Die Hälfte der Teilnehmer entfernte sich von der DGB-Kundgebung, um am militanten Kampf gegen die Nazis und die Polizei teilzunehmen.<sup>5</sup>

**Drittes Ablenkungsmanöver:** Angesichts der militan-

de, usw. Am übelsten war aber, daß behauptet wurde, alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich mit Steinen bewaffnen, seien Provokateure, denen man das Handwerk legen müsse. Solche Durchsagen stießen jedoch auf heftige Proteste, mehrere Menschen protestierten direkt am Lautsprecherwagen gegen diese verleumderischen und pazifistischen Durchsagen, die so - auch angesichts der Schlägertrupps der Polizei - keine durchschlagende Wirkung auf die militanten antifaschistischen Kräfte hatten.

Doch sowohl der massive Polizeiterror als auch diese und andere Abwiegemanöver konnten den militanten Kampf nicht verhindern:

Zunächst gelang es der Polizei verschiedene Demonstrationzüge der antinazistischen Kräfte am Vormittag zu spalten und teilweise sogar zu zerstreuen. Doch immer wieder formierten sich neue kämpferische Demonstrationzüge auf dem Weg zur Nazi-Kundgebung am „Völkerschlachtdenkmal“.

Immer wieder griffen die verstreuten Gruppen von mehreren hundert bis mehreren tausend Nazigegegnern und Nazigegegnern die Polizeisperren militant an, die diese daran hin-



## Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!

Angeichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund. Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit“ weit ab von den Nazi-Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase „bloß keine Gewalt“ sowie die reaktionäre Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über erfolgreiche Anti-Nazi-Gegenwehr demokratischer und revolutionärer Kräfte sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller Kraft, überall, wo die Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Doch das allein reicht eben nicht. Überall wo Kämpfe gegen die Nazis geführt werden, zeigt sich recht bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen Argumenten, ihrer faschistischen Ideologie vom „Recht des Stärkeren“ auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin in Deutschland war und millionenfach verbreitet wurde. Bis heute sind deutliche Spuren der Nazi-Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden. Aber

auch das greift noch zu kurz. So wie der Nazifaschismus nur eine bestimmte **Form** der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus war, nämlich seine „offen terroristische Diktatur“, so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur die ins Extreme gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus: deutscher Chauvinismus - Rassismus - Antisemitismus - Antiziganismus - Antikommunismus.

Und so wie der deutsche Imperialismus die Kontinuität, die ungebrochene Tradition des Nazifaschismus verkörpert, herrscht seine verbrecherische Ideologie ebenso ungebrochen in allen Lebensbereichen - auch in den Köpfen der Masse der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wer also einen wirklich konsequenten Kampf gegen die Nazis heute führen will, einen Kampf, der radikal ist, an die Wurzeln geht, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst und seine Ideologie bekämpfen!

Deshalb geht es auch darum, in der Anti-Nazi-Bewegung wo immer möglich weitergehende Diskussionen zu führen über den revolutionären Kampf zum Sturz der deutschen Bourgeoisie in der proletarischen Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats über die gestürzte Bourgeoisie, ihre Nazis und sämtliche Reaktionäre als Instrument zur Vernichtung des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus!

tetet Antifaschistinnen und Antifaschisten. Gegen acht von ihnen wurden Haftbefehle wegen „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ erlassen.<sup>7</sup>

Die bürgerliche Presse einigte sich auf die staatsoffizielle Doktrin, daß Nazis dasselbe seien wie Anti-Nazi-Demonstranten, „Links“ dasselbe wie „Rechts“, mit der altbekannten Konsequenz: Samthandschuhe für die Nazis, Justiz- und Polizei-Terror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten.

## Militanter Kampf gegen die Nazis und weitergehende Perspektiven

So wichtig und unerläßlich der militante Kampf gegen die Nazis ist, er ist nicht der einzige: Unerläßlich bleibt es, über Ursachen des Nazismus und Perspektiven des Kampfes gegen seine Wurzeln zu diskutieren und Klarheit über Perspektiven des Kampfes gegen dieses Gesellschaftssystem, gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen.

Die Realität einer nazistischen Massenbewegung zeigt dabei, daß der Bürgerkrieg vorprogrammiert ist: Der Kampf für Sozialismus und Kommunismus wird nicht ein Kampf von 99,9% gegen 0,1% sein. Auch wenn es in langwierigen und schwierigen Kämpfen gelingen wird, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Nazismus und Kapitalismus zu gewinnen, für den revolutionären Kampf zu mobilisieren, werden die Kräfte der Konterrevolution nicht nur aus Bundeswehr, Polizei, Justiz und Presse bestehen. Es ist absehbar, daß auch eine nazifaschistische Massenbewegung in allen Phasen des Kampfes eine wichtige und blutige Waffe der Konterrevolution sein wird.

Schon heute wird sichtbar, daß die Nazi-Organisationen in für viele Illusionisten unvorstellbarem Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei militärisch ausgebildet wurden und werden. Es ist für die Nazis nur eine taktische Frage, wann

dem sollten, bis zum Denkmal vorzudringen. An vielen Stellen in Leipzig (vor allem in den Stadtteilen Stötteritz, Thonberg und Marienbrunn)<sup>6</sup> wurden Barrikaden errichtet und teilweise angezündet, wurden Polizeisperren mit Steinen, Flaschen Leuchtpurmunition und Feuerwerkskörpern angegriffen und oftmals auch durchbrochen, trotz Einsatzes von Wasserwerfern und Tränengas.

Am Nachmittag gelang es den meisten der in Leipzig anwesenden Nazigegnerinnen und Nazigegnern, sich auf der Prager Straße, in Sichtweite des Denkmals, zu versammeln. Am Denkmal hing, wie im Vorjahr, ein großes Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus“. Der Weg zum Denkmal war auf der Höhe des alten Messegeländes durch mehrere Polizeiketten und Wasserwerfer versperrt. Noch kurz bevor die Mehrheit der Gegendemonstranten dort eintraf, hatte die Polizei einem verirrt Nazibus den Weg durch die Gegenkundgebung freigeprügelt.

Mit den nun anwesenden 4.000 bis 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten konnte die Kreuzung vollständig blockiert werden.

Bald darauf kam die Meldung, daß die Busse der Nazis durch das Osttor der alten Messe den Heimweg antraten. Nahezu alle Teilnehmer der Straßenblockade machten sich daraufhin auf den Weg zum Osttor, wo es erneut zu militanten Angriffen gegen die Nazis und gegen die Polizei, die die Nazis schützte, kam. Wie schon in der Nacht zum 1. Mai wurden auch nach dem Ende der Nazikundgebung immer wieder

Nazi-Busse, -PKW und einzelne Nazigruppen angegriffen.

### Dritte Etappe: Polizeiterror und Pressehetze nach der Anti-Nazi-Demonstration

Auf dem Rückweg von Leipzig nach Berlin wurden mehrere Busse gestoppt und 174 Leute festgenommen. Die Berliner Antifaschistinnen und Antifaschisten wollten nach den Demonstrationen in Leipzig am Abend noch an einer der revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Berlin teilnehmen. Zum Teil wurden sogar Leute, die es ohne Behinderungen durch die Polizei von Leipzig nach Berlin geschafft hatten, aus S-Bahnzügen heraus festgenommen. Nachdem die Demonstration in Berlin nach massiven Angriffen der Polizei für aufgelöst erklärt wurde, kam es auch in Berlin zu militanten Kämpfen. Im Laufe der Nacht wurden über 400 weitere Menschen festgenommen.

Die Polizei meldete am Abend des 1. Mai mehr als 90 in Leipzig verhaf-



Wasserwerferangriff gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

und in welchem Umfang sie Gewehre, Maschinenpistolen und Granatwerfer einsetzen. Vorbereitet dazu sind sie schon heute. Die Liste ihrer Mordtaten ist heute schon so lang, daß eigentlich niemand daran zweifeln dürfte, daß die nazistische Bewegung zu Mord und Totschlag entschlossen und bereit ist. Dies ist ein wichtiger Aspekt für alle ehrlichen Kräfte, die wirklich gegen die Nazis kämpfen wollen.

★★★

Durch das Anwachsen der Nazi-Parteien, vor allem der DVU und der NPD, hat das Gewicht und die Bedeutung offener nazistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebauten Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und die Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um ergänzende und flankierende Maßnahmen des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter“, als „Versuchsballe“, um herauszufinden, wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt hat.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen. Sie werden sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre

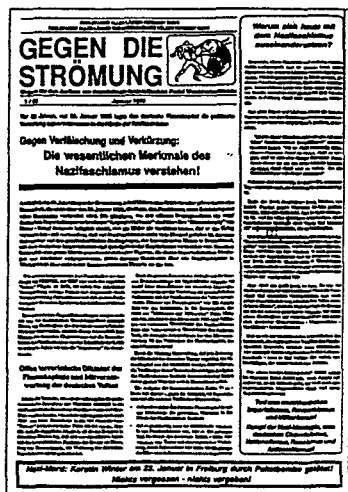
Hetzpropaganda ist unerlässlich und ist heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende *Faschisierung hauptsächlich vom Staat des deutschen Imperialismus ausgeht*, daß der hauptsächlichste Träger nazifaschistischer Ideologie und offener terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses Gesellschaftssystem muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, wenn man die Nazi-Banden und Nazi-Parteien wirklich vernichten will und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen will!

Der Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden / Nazi-Parteien muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.



**Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich:**

In Berlin: Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in Bonn: Antiquariat, Breite Straße 52; in Braunschweig: Antifacafé, Cyriaksring 55; in Dortmund: Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in Dulsburg: Antiquariat, Pulverweg 33b; in Frankfurt: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in Frelburg: Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; in Hannover: Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg; in Köln: Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43;



Januar 1993, 2 Seiten, A 3



Februar 1997, 4 Seiten, A 3



April 1998, 4 Seiten, A 3

Flugblätter von „Gegen die Strömung“ zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff

**Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und gegen ihre Ideologie führen!**

**Doppelt und dreifach zurückschlagen!**

**Den Kampf der von den Nazis Verfolgten wirklich solidarisch unterstützen und den gemeinsamen Kampf der wirklich konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren!**

**Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!**

#### Quellen

<sup>1</sup> Jungle World Nr. 19 (6.5.98), S. 29, <sup>2</sup> Taz 2./3.5.98, S. 3 und ak 414 (7.5.98), S. 5, <sup>3</sup> ak 414, 7.5.98, S. 5, <sup>4</sup> Leipziger Volkszeitung, 2./3.5., S. 13, <sup>5</sup> jW 2./3.5., S. 1, <sup>6</sup> Leipziger Volkszeitung, 2./3.5., S. 13, <sup>7</sup> jW 4.5., S. 4

**BUCHLADEN**  
**Georgi Dimitroff**  
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.  
Fax 069/730920

**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr  
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

**Vertrieb für Internationale Literatur**  
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin  
**GEÖFFNET:**  
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

**Zur Durchsuchung beim Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt am Main und beim Buchladen „Vertrieb für internationale Literatur“ in Berlin:**

## Presseerklärung

1. Am Samstag den 16. Januar 1999 wurde der Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt am Main, der Buchladen „Vertrieb für Internationale Literatur“ in Berlin und eine Privatwohnung von der Polizei durchsucht und Exemplare des Flugblatts „Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis“ der Zeitschrift GEGEN DIE STRÖMUNG beschlagnahmt. Ein „Hochleistungskopierer“ wurde versiegelt.

Wir betonen: dies war nicht eine Aktion der Nazis gegen GEGEN DIE STRÖMUNG, sondern eine Aktion der Polizei - so als wollte sie noch einmal eine Vorführung geben, daß sie sich auch außerhalb von Demonstrationen schützend vor die Nazi-Banden stellt.

2. Der Vorwand und Vorwurf lautet:

„... verdächtigt, als verantwortlicher Redakteur in der Maiausgabe 1998 der von ihm gedruckten und herausgegebenen Flug-schriften 'Gegen die Strömung' das militante, gewalttätige Vorgehen der Antifa am 01. 05. 1998 in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gebilligt und verherrlicht zu haben.“

Ausgestellt am 23. Oktober 1998 von Richterin STILP, wurde der Durchsuchungsbeschuß drei Monate später vollstreckt (in Frankfurt von Kriminaloberkommissar ARETZ, Kriminalhauptmeister BRUCHMANN und einem Herrn DIGU-AL) - eine Woche nach der großen Demonstration in Berlin zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Nicht uninteressant ist, daß die letzte willkürliche Durchsuchung von Buchläden und Privaträumen gegen GEGEN DIE STRÖMUNG am Tag genau vor zwei Jahren (am Wochenende der damaligen Demonstration anlässlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) erfolgte.

Und ein Kriminalbeamter mit Namen REINER ZUFALL war nicht dabei.

3. Der Durchsuchungsbefehl gibt keine konkrete Passage des Flugblatts an, die beweist, daß GEGEN DIE STRÖMUNG irgendetwas „verherrlicht“.

Offensichtlich, nach nochmaligem Studium, scheint sich alles auf folgende Passage des Flugblatts zu konzentrieren:

**„Angesichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund.“**

Was den militanten Kampf der antinazistischen Kräfte (der „Antifa“) angeht, so wird er

klar als prinzipiell berechtigte Notwehr dargestellt, die die sogenannte „putative Notwehr“ (also die zeitweilige Offensive) einschließt, ohne in das weinerlich-peinliche defensive Gejammer der Opportunisten einzustimmen.

Eine VerHERRlichung des militanten Kampfes ist mit Sicherheit in dieser wie in anderen Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG nicht

zu finden, da wir, im Gegensatz zu Nazis und Polizei, den HERRENmenschenstandpunkt, den HERRENstandpunkt und jede Form religiös gefärbter VerHERRlichung prinzipiell bekämpfen.

☆☆☆

**Wir – wie auch die Polizei – kennen ja die weit verbreitete Praxis solidarischer Antifas, beschlagnahmte Flugblätter in großer Anzahl nachzukopieren und weiter zu verbreiten.**

Frankfurt am Main / Berlin, den 18. 1. 1999

GEGEN DIE STRÖMUNG  
BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF  
VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR



## Nazi-Mord an dem algerischen Flüchtling Omar Ben Noui am 13. 2. 1999 in Guben nach organisierter Nazi-Hetzjagd vor den Augen der deutschen Polizei!

Im brandenburgischen Guben wurde in der Nacht zum 13. Februar 1999 der algerische Flüchtling Omar Ben Noui von Nazis zu Tode gehetzt.

Dem Nazi-Mord war eine stundenlange Nazi-Jagd unter den Augen der Polizei vorausgegangen. Schon am frühen Freitagabend begannen die Nazis ihre rassistische Hetzjagd. Ein 17-jähriger Jugendlicher wurde, weil er aufgrund seiner Hautfarbe als „undeutsch“ galt, rassistisch bedroht. Um 2 Uhr nachts griffen Nazis vor einer Diskothek in Guben Flüchtlinge aus anderen Ländern an, diese wehrten sich erfolgreich. Danach fuhren Nazis mit 10 bis 15 PKWs unter Führung des NPD-Kaders Alexander Bodes durch Guben, um „Neger zu jagen“ wie sie es in nazistischem Ton nannten (jungle world, 17.2.1999). Sie brüllten Nazi-Parolen wie „Türken raus“ und zeigten den Hitlergruß. Issaka Kaba, ein Flüchtling aus Sierra Leone, Omar Ben Noui und Bensaha Khaled, Flüchtlinge aus Algerien, hatten zu dritt um 4 Uhr morgens in Guben eine Disco verlassen und sich auf den Heimweg gemacht. Kurz darauf wurden sie unter den Augen einer Polizeistreife von den durch Guben ziehenden Nazis angegriffen.

Obwohl Omar, Issaka und Bensaha der Polizei um Hilfe bittend zuwinkten, ließ sie die Nazis in ihrem rassistischen Terror ungestört und fuhr davon. Omar, Issaka und Bensaha rannten um ihr Leben. Bensaha konnte, nachdem die Nazis ihn auf ein Auto geworfen hatten, flüchten. Issaka und Omar wurden von Nazis umzingelt, sie flüchteten in den Hauseingang eines Wohnhauses.

Die Nazi-Jagd wurde dabei von Anwohnern aus den Fenstern beobachtet, die den von den Nazis bedrohten Menschen keine wirkliche Hilfe leisteten, sondern lediglich gafften (taz, 15.2.1999). Als nach dem verzweifelten Klingeln der Verfolgten niemand der Hausbewohner öffnete, trat Omar Ben Noui in Todesangst eine Glastür des Wohnhauses ein, um zusammen mit Issaka vor den Nazis in das Wohnhaus zu flüchten. Der 28-jährige Omar wurde dabei so schwer verletzt, daß er kurz darauf verblutete. Issaka konnte per Taxi in eine Gaststätte flüchten, von wo aus er die Polizei anrief, die inzwischen auch von Anwohnern benachrichtigt worden war. Die Gaststätte wurde von dutzenden grölenden Nazis belagert (taz, 16.2.99).

Auch nach dem Nazi-Mord schützte die deutsche Polizei die Mörder. Sie nahm zwar fünf an der rassistischen Hetzjagd beteiligte Nazis vorübergehend fest, ließ aber drei von ihnen Stunden später wieder frei. Die am Ort des Mordes noch immer herumstehenden Nazis wurden von der Polizei nicht behelligt. Stattdessen nahm die Polizei Issaka Kaba fest und hielt ihn mit den Händen auf dem Rücken durch Handschellen gefesselt acht Stunden lang auf der Polizeiwache in Guben gefangen, weil die Nazis, die zuvor Omar in den Tod gehetzt hatten, behaupteten Issaka hätte einen deutschen Jugendlichen mit einer Machete angegriffen, was natürlich eine Lüge war! Gestützt auf ihren deutschen Rassismus und ihr Herrenmenschentum war für die deutschen Polizisten sofort klar, daß nur Issaka der Täter sein konnte. Während Nazi-Mörder frei herumliefen, wurde ein Opfer, das die rassistische Nazi-Hetzjagd überlebt hatte, wie ein Verbrecher behandelt.

Staatsanwaltschaft, Politiker und Polizei arbeiteten nach dem Nazi-Mord Hand in Hand bei der Vertuschung des Ausmaßes des Nazi-Terrors in Guben und Brandenburg:

Deutsche Politiker heuchelten sofort ihr „Mitgefühl“ nachdem klar war, daß dieser Nazi-Mord nicht vertuscht werden konnte. Die SPD-Grüne-Bundesregierung äußerte ihr „Entsetzen“ (jw, 16.1.1999). Ein Polizeisprecher sprach zwar davon, daß es in Guben „rechte Jugendliche“ gebe, diese wären allerdings „nicht organisiert“, so lautete seine dreckige Lüge (taz, 15.1.199). Die fünf vorübergehend festgenommenen stadtbekannten Nazis, Ronny Hahn, Rene Kubitz, Jörg Donath, Daniel Tschakowski und Christian Kaschke sind organisierte Nazis, die von NPD-Kadern wie Alexander Bode oder Michael Nattke, einem Vertrauten der NPD-Führer Frank Schwerdt und Christian Schwedt, angeführt werden. Diese Nazi-Bande hatte erst vor wenigen Wochen im 30 Kilometer entfernten Forst den linken Treffpunkt „Reaktor“ angegriffen und dabei mehrere Menschen verletzt.

Am nächsten Morgen wurde am Ort des Nazi-Mordes eine Mahnwache abgehalten zum Gedenken an den Nazi-Mord an Omar Ben Noui.

Der Ministerpräsident von Brandenburg, Stolpe besuchte die Mahnwache. Er trug heuchlerisch seine angebliche Trauer zur Schau, kam aber dann ganz schnell zu seinem eigentlichen Anliegen, den Nazi-Terror

zu verharmlosen: Er behauptete „Brandenburg sei ein tolerantes Land“.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus: In Brandenburg gab es alleine 1998 sogar laut offiziellen Angaben mindestens „308 fremdenfeindliche, rechtsextremistische und antisemitische Straftaten“. In Guben, das muß auch der VS zugeben, ist die „rechtsextreme Szene überdurchschnittlich aktiv“. Vor allem die NPD organisiert eine Veranstaltung nach der anderen, schickt ihre Nazi-Kader wie Frank Schwerdt nach Guben um die bestehenden nazistischen Strukturen, in denen gerade auch die Nazi-Mörder von Omar Ben Noui organisiert sind, weiter auszubauen (taz, 15.2.1999).

Am Sonntag, den 14. Februar 1999 fand eine Demonstration gegen den Nazi-Mord in Guben von ca. 500 Menschen statt, die auch die unterlassene Hilfe der Polizei für die von den Nazis verfolgten Opfer anprangerte.



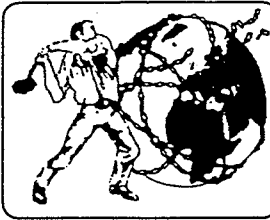
**Omar Ben Noui wurde  
am 13.2.1999 in Guben  
von Nazi-Mördern  
in den Tod gehetzt!**

**Nichts vergessen,  
nichts vergeben!**



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7/99

Juli 1999

## Gegen die „Gewöhnung“ an die tagtäglichen Nazi-Verbrechen!

Nahezu unbeachtet von der Öffentlichkeit verüben Nazis in Deutschland ihre mörderischen Verbrechen. Nicht wenige meinen sogar, es sei heute „nicht mehr so schlimm mit den Nazis“ wie noch vor ein paar Jahren. Doch der Schein trügt und er soll ja auch trügen. Tatsache ist, daß in den letzten Monaten und Jahren die Nazi-Bewegung erstarkt ist, sich konsolidiert hat und sich die Lage in Deutschland für alle vom rassistisch-nationalistischen Nazi-Terror Bedrohten weiter verschärft hat.

Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus, seine Polizisten, Richter, Staatsanwälte und Politiker vertuschen und verharmlosen die Nazi-Verbrechen Hand in Hand mit den bürgerlichen Medien, die die Nazi-Verbrechen bagatellisieren und die politische Motivation der Nazis verschweigen. Daß in Deutschland Nazis Menschen erschlagen, erstechen oder bei lebendigem Leib verbrennen, die sie als ihre „Feinde“ ansehen, daß sie jüdische Friedhöfe schänden und Synagogen beschmieren – all das ist kaum noch eine Schlagzeile wert, all das soll „nichts Besonderes“ mehr sein und soll hingenommen werden wie die Anzahl der Verkehrstoten.

Diese Manöver sind bis hin zu fortschrittlichen Kreisen nicht ohne Wirkung geblieben und es hat sich ein furchtbarer „Gewöhnungseffekt“ eingestellt. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist es die Aufgabe aller demokratischen und revolutionären Kräfte, diesen „deutschen Zuständen“ den Krieg zu erklären und diese furchterliche Macht der Gewohnheit, die Passivität und Resignation zu bekämpfen!

### „Deutsche Zustände“: Tagtäglicher Nazi-Terror, tagtägliche Nazi-Verbrechen

Weitgehend bekannt ist, daß sich Anfang der 90er Jahre eine riesige Welle nazistischer Morde in Deutschland ausbreitete. Erinnert sei an das Pogrom von Hoyerswerda 1991, die Pogrome von Rostock und Mannheim-Schönau 1992, die Nazi-Morde von Mölln 1992 und Solingen 1993, das nazistische Pogrom gegen schwarzafrikanische Flüchtlinge in Magdeburg 1994, das Nazi-Massaker von Lübeck 1996.

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus versuchen nicht ohne Erfolg, den Eindruck zu erwecken als sei Lübeck 1996 der Wendepunkt gewesen, als sei die Nazi-Mordbrennerei in den letzten drei, vier Jahren abgeklungen. Doch das ist eine dreckige Lüge. Im Fahrwasser des allgemeinen Vormarsches des deutschen Im-

perialismus - bis hin zu dessen Beteiligung am imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien – geht der tagtägliche Nazi-Terror ungehindert weiter.

■ **Nazi-Morde:** 1997 ermordeten die Nazis mindestens vier Menschen, 1998 gab es mindestens ein Opfer der Nazi-Morde, 1999 wurden bereits mindestens zwei Menschen von Nazis ermordet. Wir sagen „mindestens“, weil wir wissen, daß der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus eifrig bemüht sind, die Hintergründe zu vertuschen. So taucht im jüngsten Verfassungsschutzbericht von 1998 der erwiesene Nazi-Mord an der 14jährigen Antifaschistin Janna Georgi, die am 26.3.1998 in Saalfeld mittags auf offener Straße von einem Nazi erstochen wurde, überhaupt nicht auf, es gibt 1998 angeblich keinen einzigen Nazi-Mord.

■ Auch der **Nazi-Terror insgesamt** reißt nicht ab. Unzählige sind die Mordversuche, die Brandanschläge, die Verwüstungen, die Hetz-

### Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen von „Gegen die Strömung“: Zusammenspiel von Nazis und Staatsapparat

Am 16. Januar 1999 durchsuchten Polizei und Staatsschutz die Buchläden Georgi Dimitroff in Frankfurt/Main und den Vertrieb für Internationale Literatur in Berlin, sowie eine Privatwohnung.<sup>1</sup>

Gegenstand der Ermittlungen ist das Flugblatt 5/98 von GEGEN DIE STRÖMUNG „Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf – der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!“.

Die Vorwürfe lauten: „...wird angeklagt ... eine rechtswidrige Tat, nachdem sie begangen worden war, nämlich die Beteiligung an Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen wurde, bei der andere Waffen bei sich geführt wurden, um diese bei der Tat zu verwenden, durch Verbreitung von Schriften in einer Weise gebilligt zu haben, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.“<sup>2</sup>

Auslöser der Ermittlungen war ein Brief des führenden Nazi-Kaders Steffen Hupka aus Quedlinburg. Hupka, ehemaliger Kader der inzwischen verbotenen Nazi-Organisationen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) und der „Nationalistischen Front“ (NF), ist inzwischen Mitglied des Bundesvorstands der NPD und der JN.<sup>3</sup> Er ist Anmelder zahlreicher Nazi-Aufmärsche, so z.B. dem am 1. März 1997 gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ in München oder dem am 27. Februar 1999 in Magdeburg.

In seinem Brief beklagt er sich darüber, daß in dem Flugblatt zur Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden aufgerufen würde. Er fordert die Polizei auf, die Ermittlungen aufzunehmen und bittet darum, über den Stand der Ermittlungen informiert zu werden. **Ein anschaulicheres Beispiel der Zusammenarbeit von Nazis und Staatsapparat findet sich wohl selten.**

Wir werden das Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen von GEGEN DIE STRÖMUNG dazu nutzen, die Nazi-Morde und anderen Nazi-Verbrechen anzuprangern, die in der letzten Zeit in diesem Land begangen wurden.

Wir werden klarstellen, daß wir uns nicht zu rechtfertigen haben, sondern daß wir vielmehr gegen die Zustände in Deutschland „Anklage erheben“!

Solidarisiert Euch und berichtet über den Hintergrund und den Verlauf des Prozesses!

**Montag, 2. August 1999, 13.00 Uhr,  
Amtsgericht Frankfurt/Main,  
Gerichtsgebäude E  
(Hammelsgrasse 1)  
II. Stock, Raum 26**

<sup>1</sup> Siehe dazu die Presseerklärung von GDS und den Buchläden vom 18.1.1999.

<sup>2</sup> §§140 Nr. 2, 126, Abs. 1 Nr. 1, 125 Abs. 1 Nr. 1, 125a Satz 1 und 2 Nr. 2, 74, 74d des Strafgesetzbuches.

<sup>3</sup> Vgl. Antifaschistisches Infoblatt Nr. 42, Verfassungsschutzbericht 1998 und Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 476 f.

jagden, die Überfälle, die Angriffe und Bedrohungen des Nazi-Packs. „1998 wurden 11.049 Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund erfaßt“, heißt es selbst im offiziellen Verfassungsschutzbericht von 1998. Das sind im Durchschnitt also mindestens 32 verbrecherische Nazi-Aktionen pro Tag! Insbesondere die Zahl antisemitischer Verbrechen hat sich stark erhöht. Offiziell wurden 1998 991 Fälle antisemitisch motivierten Nazi-Terrors verzeichnet, darunter Schändungen jüdischer Friedhöfe, Nazi-Schmierereien, antisemitische Hetze bis hin zu zwei Sprengstoffanschlägen auf das Grab von Heinz Gallinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

■ Zunehmend schaffen sich die Nazis sogenannte „befreite Gebiete“ (zum Beispiel in und um die sächsische Stadt Wurzen), also Gebiete, in die sich Menschen aus anderen Herkunftsländern, Antifaschistinnen und Antifaschisten und alle anderen vom Nazi-Terror Bedrohten vor allem alleine und nachts kaum noch ohne Gefahr für Leben und Gesundheit begeben können.

■ Verstärkt wurde auch die sogenannte „Anti-Antifa“, in der die Nazis Einzelheiten und persönliche Daten bis hin zur Adresse, Anschrift des Arbeitsplatzes oder Autokennzeichen von Einzelpersonen erfassen, die sich in irgendeiner Form als Nazi-Gegner „geoutet“ haben. Neben Daten von Personen aus antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen enthalten diese „Feindkarteien“ Daten von engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Journalistinnen und Journalisten oder auch Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden, die dann mit der Aufforderung veröffentlicht werden, gegen die Genannten vorzugehen. Damit sollen nicht nur die jeweils Betroffenen eingeschüchtert werden, sondern natürlich auch alle anderen antinazistischen Kräfte davon abgeschreckt werden, gegen die Nazis den Mund aufzumachen, gegen sie vorzugehen und die Selbsthilfe zu organisieren.

■ Kaum ein Wochenende vergeht mehr, an dem nicht mindestens ein *Nazi-Aufmarsch* mit mehreren Hundert Nazis stattfindet. Es ist diesem Nazi-Pack sogar vereinzelt gelungen – natürlich unter Polizeischutz –, Aufmärsche mit einer Beteiligung von einigen tausend Nazis zu organisieren (z.B. in München im März 1997 mit ca. 5.000 Nazis, am 1. Mai 1998 in Leipzig mit rund 6.000 Nazis).

■ Auch personell haben die Nazis in der letzten Zeit enormen Zulauf erhalten. Die *personelle Stärke der Nazi-Banden und -Parteien* ist selbst laut dem Verfassungsschutzbericht von 1998 weiter angestiegen. Registriert sind dort rund 53.600 Nazis (1997: 48.400), davon 39.000 in den drei großen Nazi-Parteien DVU, REP

## Schlaglichter des tagtäglichen Nazi-Terrors: Eine ganz „normale“ Woche in Deutschland

Schauen wir uns nur einmal eine ganz „normale“ Woche in Deutschland an. Zum Beispiel die Woche, in der dieses Flugblatt geschrieben wurde:

**Samstag, 10. Juli 1999:** Rund 600 Nazis marschieren unter dem Schutz von 6000 Polizisten in Hamburg-Bergdorf mit Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ auf. Unter dem Beifall der Nazis prügelt die Polizei auf die dagegen demonstrierenden Antifaschistinnen und Antifaschisten ein, 95 von ihnen werden verhaftet.<sup>1</sup>

**Montag, 12. Juli 1999:** In Ockenheim bei Mainz beschmieren Nazis den Flur eines Hauses mit Hetzparolen wie „Ausländer raus“ und stecken dann mit mehreren Benzinkanistern das Haus in Brand. Die im Dachgeschoß wohnende bosnische Familie überlebt den mörderischen nazistischen Anschlag, weil ein Nachbar den Brand noch rechtzeitig bemerkt hatte.<sup>2</sup>

**Dienstag, 13. Juli 1999:** Vor dem Magdeburger Hauptbahnhof werden sechs Punker von Nazis angegriffen und teilweise erheblich verletzt.<sup>3</sup> Am gleichen Tag wird ein 20jähriger Nazi von einem Tübinger Gericht nach seiner Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl er übers Internet Mordaufrufe verfaßt hatte und zu diesem Zweck detailliert die Lebensgewohnheiten von Antifaschisten bis hin

zur Buslinie zum Arbeitsplatz veröffentlicht hatte.

**Mittwoch, 15. Juli 1999:** Eine Gruppe von 16- bis 17jährigen Nazis marschierten mit „Sieg Heil“- und „Heil Hitler“-Rufen durch Saar-mund.<sup>4</sup>

**Freitag, 16. Juli 1999:** In Göttingen beschmieren Nazis ein Denkmal mit Hakenkreuzen, das an die Zerstörung der dortigen jüdischen Synagoge in der Zeit des Nazifaschismus erinnern soll.<sup>5</sup> NPD-Nazis verteilen in Dresden ihre Hetzaufkleber und verhöhnen den Besitzer einer Imbißbude aus der Türkei, indem sie einen NPD-Aufkleber an seinem Lokal anbringen. Als dieser dagegen protestiert, wird er von den Nazis zusammengeschlagen.<sup>6</sup> An einem See nahe Altglietzer (Brandenburg) treffen sich ca. 50 teilweise uniformierte Nazis, brüllen Nazi-Parolen und hören Nazi-Musik. Am Kuhsee in Gramzow (Brandenburg) halten ca. 20 Nazis ein Zeltlager ab.<sup>7</sup>

**Samstag, 17. Juli 1999:** Am Helensee findet ein Treffen von 23 Nazis statt. An einem Kiessee in Eberswalde treffen sich 14 Nazis und hören Nazi-Musik.<sup>8</sup>

Quellen: <sup>1</sup> junge Welt (jW), 12.7.1999, <sup>2</sup> Rhein-Zeitung, 3.7.99, <sup>3</sup> FR, 14.7.99, <sup>4</sup> Süddeutsche Zeitung, 4.7.99, <sup>5</sup> jW, 15.7.99, <sup>6</sup> taz, 17.7.99, <sup>7</sup> jW, 17.7.99, <sup>8</sup> Frankfurter Rundschau (FR), 19.7.1999.

### Kampf gegen die braune Pest!

Eine Auswahl aus  
den Publikationen von  
GEGEN DIE STRÖMUNG  
1991-1999

#### Aus dem Inhalt:

Nazis und deutscher Staat, Hand  
in Hand – Widerstand dagegen

Zur Geschichte und  
ungebrochenen Tradition  
des Nazifaschismus

ca. 130 Seiten, ca. 15 DM, DinA4.  
Bestellungen an: Buchladen Georgi Dimitroff,  
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M, Fax: 069/730920

und NPD. Diese bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von etwa 11 Prozent. Rund 16.400 Nazis werden den Nazi-Skins und nazistischen „Kleingruppen“ zugerechnet.

■ Die Auflage der in regelmäßigen Abständen erscheinenden *Nazi-Hetzschriften* beläuft sich nach Angaben des Verfassungsschutzes von 1998 auf insgesamt 6,9 Millionen Exemplare (1997: 5,4 Millionen), was eine Erhöhung der Gesamtauflage um ca. 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die wöchentlich erscheinenden DVU-Hetzblätter „Deutsche National-Zeitung“ und „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“ liegen mit 35.000 bzw. 21.000 Exemplaren an der Spitze. Das Nazi-

Blatt „Deutsche Stimme“ der NPD hat eine Auflage von 8.000 Exemplaren, das kostenlose Faltblatt „DS Extra“ wird monatlich in einer Auflage von 100.000 gedruckt.

■ Parallel zum Ausbau und zur Festigung der Organisations- und Infrastruktur ist es den

Nazis gelungen, sich *militärisch immer besser auszurüsten*. Schon heute ist sichtbar, daß die Nazi-Organisationen in für viele unvorstellbarem Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei militärisch ausbilden lassen. Bekannt sind die Fälle, in denen Nazis direkt Bundeswehrbestände aufgekauft haben. Die vereinzelt bekannt gewordenen Funde von Nazi-Waffenlagern, wie im Juli 1998 in Friedrichsthal (Saarland), als Rohrbomben, Sprengstoffvorrichtungen, Panzerfäuste, Mörser, Pumpguns, Revolver, Gewehre usw. bei einem Nazi entdeckt wurden, sind nur die Spitze des Eisbergs. Diese Funde lassen erahnen, daß die Nazis mit der Vorbereitung auf die militärische Durchsetzung ihres Mordprogramms längst begonnen haben.

### Wie der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus den Nazi-Terror vertuschen und die Nazis in Schutz nehmen

Der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus haben ein ganzes System von *Betrugs- und Verschleiernungsmanövern* perfektioniert, um den Protest gegen die Nazi-Verbrechen schon im Keim zu ersticken und eine weitgehende „Gewöhnung“ an den Nazi-Terror durchzusetzen:

■ Wenn Nazi-Anschläge bekannt werden, heißt es meistens „die Polizei schließt einen frem-



## Der Kampf gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/ Nazi-Banden und weitergehende Perspektiven

Die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus verschärft betriebene Faschisierung, Hetze und Unterdrückungspraxis, vor allem auch gegen politische Flüchtlinge und andere hier lebende und arbeitende Menschen verschiedenster Nationalität ermutigt die Nazis und deren Organisationen zu **tagtäglichen, um ein vielfaches verstärkte Terrorakte** gegen "Nichtdeutsche", gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Behinderte und Obdachlose, gegen alle Menschen, die nicht in ihr deutschnazistisches Weltbild passen, zu **Pogromen** wie in Hoyerswerda und Rostock, zu **Mordtaten** wie in Mölln, Solingen und Lübeck. Die **Komplizenschaft des deutschen Staatsapparates mit den nazistischen Brandstiftern** wird deutlich z. B. an dem faktisch unter Polizeischutz durchgeführten Pogrom in Rostock und an der Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck 1996. Das alles diene und dient den deutschen Imperialisten zur Verschärfung ihrer rassistischen und chauvinistischen Gesetze und Politik gegen Menschen anderer Nationalität.

Durch das Anwachsen der Nazi-Parteien hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebauten Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzenden und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als "Vorreiter", als "Versuchsballon", wie weit sich die Bevölkerung und die

Arbeiterklasse schon an offenere nazistische Propaganda und Terror gewöhnt hat.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda sind unerlässlich und heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende **Faschisierung hauptsächlich vom Staat des deutschen Imperialismus ausgeht**, daß der hauptsächlichste Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man die Nazi-Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

Der **Kampf** zur Verteidigung der demokratischen Rechte **gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden / Parteien** muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

(Auszug aus: „Rot Front – Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus“, theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG, Nr. 2, Juli 1996, S. 56 f.)

denfeindlichen Hintergrund aus“. Allerlei Gerüchte werden in die Welt gesetzt. Von Streitereien der Betroffenen oder Verbindungen zum „Rotlicht“-Milieu ist oft die Rede. Kommt es dann doch einmal zu einer Verhaftung, waren es meist „Einzeltäter“, „Waffennarren“, „alkoholisierte Jugendliche“ und, und, und.

- Die Nazis werden vom deutschen Imperialismus verharmlost und unterstützt. Mit dem „Argument“ es handle sich bei den Nazis um eine „jugendliche Protestbewegung“, wird die sogenannte „akzeptierenden Sozialarbeit“ gerechtfertigt und den Nazis Treffpunkte zur Verfügung gestellt, wo sie ihre Mordtaten planen und vorbereiten können.
- Falls die Nazi-Mörder doch einmal gefaßt werden und aus ihrer nazistischen Gesinnung keinen Hehl machen, wird der politische Hintergrund bewußt vertuscht. So geschehen bei dem Nazi-Mörder, der im März 1994 in Stuttgart ein Haus, das überwiegend von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt war, in Brand gesetzt und sieben Menschen bei lebendigem Leib verbrannt hatte. Nach der Aussage, er habe die Brandanschläge „aus Haß gegen Ausländer“<sup>12</sup> durchgeführt, kam damals Staatsanwalt Jung

zu dem Schluß, es handelte sich um „psychische Probleme“ und „weniger um eine gefestigte politische Einstellung“<sup>13</sup>.

- Durch die Propaganda, die Nazis seien ein Problem, das vor allem in der Ex-DDR existiert, wird das Ausmaß der Verbreitung der nazistischen Ideologie und Organisation heruntergespielt.
- Nicht selten werden von Polizei und Staatsanwaltschaft die Opfer von Nazi-Anschlägen selbst zu Verbrechern erklärt. So wurde nach dem Nazi-Massaker in Lübeck 1996 der Hausbewohner Safwan Eid angeklagt, obwohl einer der beteiligten Nazis schon gestanden hatte. Das Geständnis wurde und wird von der Staatsanwaltschaft systematisch als unglaubwürdig hingestellt.

Eine zentrale Rolle dabei, daß diese Manöver so erfolgreich sind spielen die bürgerlichen Medien. Systematisch werden einzelne Nazi-Verbrechen, aber vor allem auch das gesamte Ausmaß des tagtäglichen Nazi-Terrors von den bürgerlichen Medien totgeschwiegen, bagatellisiert, entpolisiert und verschleiert. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Interessen, um die Steigerung der Auflage, es geht nicht nur darum, den „guten Ruf Deutschlands zu wahren“. Mit die-

ser ständigen Desinformation und Vertuschung soll das schleichende Gift der Verunsicherung, des Zweifels und der Desorientierung verbreitet werden. Wir sollen uns an das Vorhandensein des tagtäglichen Nazi-Terrors „gewöhnen“ und uns damit abfinden. Die Macht der Gewohnheit, diese fürchterliche Macht der Bourgeoisie, ist der Boden, auf dem Passivität und Resignation gedeihen und sich ausbreiten können. Denn das ist eine Voraussetzung, um Gegenaktionen und Proteste gegen den alltäglichen Nazi-Terror schon im Keim zu ersticken.

## Aufgaben im Kampf gegen die tagtäglichen Nazi-Verbrechen

Gegen die Zunahme des Nazi-Terrors haben sich vielerorts wichtige Kämpfe und Widerstand entwickelt. Es gibt unbestreitbar eine Kontinuität und Fülle von teilweise auch militant geführten Demonstrationen und Kämpfen gegen öffentliche Nazi-Aufmärsche, -Veranstaltungen und -Parteitage. Die Bedeutung und die Wirkung dieser Demonstrationen, diese positive Entwicklung der Anti-Nazi-Bewegung in Deutschland kann nicht hoch genug eingeschätzt werden! Herausragend in dieser Hinsicht war der militante Kampf antifaschistischer Kräfte am 1. Mai 1998 in Leipzig, denen es gegen die Kräfte von Nazis und Polizei gelang zu verhindern, daß das Nazi-Pack seinen geplanten Marsch durch die Straßen von Leipzig durchführen konnte. An solche Kämpfe gilt es anknüpfen.

Es ist nötig, daß militante und zentral organisierte, zehntausende Personen umfassende Aktionen gegen den Nazi-Terror durchgeführt werden.

Gegen die Desinformation, Vertuschung und „Gewöhnung“ gilt es, eigenständige Ermittlungen und Recherchen anzustellen. Es muß bewußt sein: Die Situation ist heute so, daß noch nicht einmal die Namen der Nazi-Opfer und die Tatorte dieser Morde und der Nazi-Mordanschläge systematisch recherchiert und bekannt gemacht werden! Es ist eine zentrale Aufgabe des antinazistischen Kampfs, die chauvinistische und rassistische Hetze, die bürgerlichen Drecksmethoden der Verschleierung und Vertuschung systematisch zu entlarven und das ganze ungeheure Ausmaß des alltäglichen Nazi-Terrors aufzudecken.

Ein guter Ansatz hierfür ist unserer Meinung nach beispielsweise die Arbeit der Prozeßgruppe, die in Zusammenarbeit mit den Opfern in mühevoller Kleinarbeit den Hintergrund des Nazi-Brandanschlags von Hattingen 1993 recherchiert und publik gemacht hat, oder auch die Arbeit regionaler antirassistischer Gruppen und Flüchtlingsorganisationen, die die Vertuschung des Nazi-Massakers von Lübeck dokumentiert und bekämpft haben. Das Ziel muß also eine gezielte, systematische, eigenständige Recherche vor Ort sein in Zusammenarbeit mit den Opfern des Nazi-Terrors und durch organisierten Informationsaustausch zwischen den antinazistischen Kräften.

Angesichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Selbsthilfe und der militante



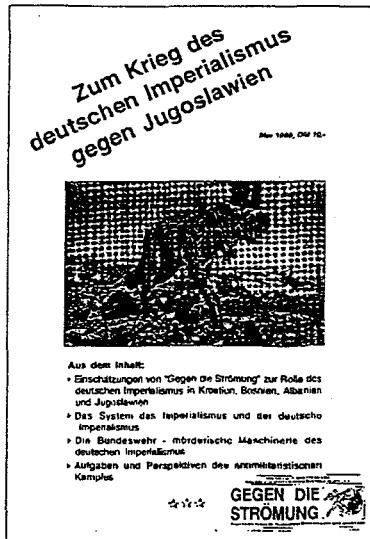
### Aus dem Inhalt:

- Einschätzungen von „Gegen die Strömung“ zur Rolle des deutschen Imperialismus in Kroatien, Bosnien, Albanien und Jugoslawien
- Das System des Imperialismus und der deutsche Imperialismus
- Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus
- Aufgaben und Perspektiven des antimilitaristischen Kampfes

Bestellungen an:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4,  
60327 Frankfurt/M, Fax: 069/730920

### Die imperialistische Besetzung des Kosova durch den deutschen Imperialismus bekämpfen!



Broschüre, 124 Seiten, 10 DM, Mai 1999

Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund. Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit“ weit ab von den Nazi-Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase „Bloß keine Gewalt!“ sowie die reaktionäre Hetze in den bürgerlichen Medien gegen erfolgreiche Anti-Nazi-Gegenwehr demokratischer und revolutionärer Kräfte sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller Kraft, überall, wo Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Doch das allein reicht eben nicht. Überall, wo Kämpfe gegen die Nazis geführt werden, zeigt sich recht bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen Argumenten, ihrer faschistischen Ideologie vom „Recht des Stärkeren“ auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin in Deutschland war und millionenfach verbreitet wurde. Bis heute sind deutliche Spuren der Nazi-Ideologie, in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden. Aber auch das greift noch zu kurz. So wie der Nazifaschismus nur eine bestimmte *Form* der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus war, nämlich seine „offen terroristische Diktatur“, so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur die ins Extrem gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus: deutscher Chauvinismus – Militarismus – Revanchismus – Rassismus – Antisemitismus – Antiziganismus – Antikommunismus.

Und so wie der deutsche Imperialismus die Kontinuität, die ungebrochenen Tradition verkörpert, herrscht seine verbrecherische Ideologie ebenso ungebrochen in allen Lebensbereichen – auch in den Köpfen der Masse der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wer also einen wirklich konsequenten Kampf gegen die Nazis heute führen will, einen Kampf, der radikal ist, an die Wurzel geht, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst und seine Ideologie bekämpfen!

Deshalb geht es auch darum, in der Anti-Nazi-Bewegung wo immer möglich weitergehende Diskussionen zu führen über den revolutionären Kampf zum Sturz der deutschen Bourgeoisie in der proletarischen Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletari-

ats über die gestürzte Bourgeoisie, ihre Nazis und sämtliche Reaktionäre als Instrument zur Vernichtung des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Es gilt, den Kampf gegen die Nazi-Banden/Nazi-Parteien und den Kampf gegen die staatliche Faschisierung mit allen von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Nazi-Terror Betroffenen gemeinsam militant und internationalistisch zu führen!

### Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und gegen ihre Ideologie führen!

### Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Den Kampf der von den Nazis Verfolgten wirklich solidarisch unterstützen und den gemeinsamen Kampf der wirklich konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren!

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

## PROZESS-INFO

Nr. 1  
Juni 1999

Führender NPD-Kader Hupka erstattet Anzeige – Staatsanwaltschaft erhebt prompt Anklage!

Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen von GEGEN DIE STRÖMUNG

wegen des Flugblatts „Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf – der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!“

Montag, 2. August 1999, 13.00 Uhr  
Amtsgericht Frankfurt/Main Gerichtsgebäude E (Hammelsgrasse 1)  
II. Stock, Raum 26

27 Seiten, kostenlos oder Solidaritätspreis 3 DM  
Bestellungen an: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4,  
60327 Frankfurt/M, Fax: 069 / 730920

### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

### Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

### GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

1989–1999

# Nazi-Morde

– eine unvollständige Chronik –

## 1989

27. 7. Gelsenkirchen: Ein Obdachloser wird von zwei Nazis so schwer zusammengeschlagen, daß er kurze Zeit später stirbt.

## 1990

6. 3. Berlin: Der pakistanische Student **Mahmud Azhar** stirbt an seinen Verletzungen, nachdem er im Januar von einem rassistischen Deutschen zusammengeschlagen wurde.  
 17. 11. Kempten (Allgäu): Ein Mann aus der Türkei stirbt nach einem Brandanschlag.  
 17. 11. Berlin: Ein Äthiopier wird erstochen aufgefunden.  
 24. 11. Eberswalde: 50 Nazis greifen eine Gruppe von Arbeitern aus Angola und Mosambik an und töten den Angolaner **Antonio Amadeu**.  
 28. 12. Hachenburg im Westerwald: Der 17-jährige Kurde **Nihat Yusuf-oglu** wird auf offener Straße von einer Nazi-Gruppe erstochen.

## 1991

1. 1. Rosdorf bei Göttingen: **Alexander Selchow** wird von zwei Nazis erstochen.  
 23. 2. Sachsen: Ein Mann aus Afghanistan stirbt nach einem Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft wegen nicht erhaltener medizinischer Hilfe.  
 31. 3. Dresden: Der mosambikanische Arbeiter **Jorge Joao Gomodai** wird in der Straßenbahn zusammengeschlagen und aus der fahrenden Bahn geworfen. Er stirbt kurz darauf.  
 8. 5. Gifhorn: Der 23-jährige **Mathias Knabe** wird von 20 Nazi-Skinheads angegriffen und vor ein fahrendes Auto gehetzt. Am 4. 3. 1992 erliegt er seinen Verletzungen.  
 1. 6. Leipzig: Ein Nazi stößt einen 35-jährigen Mann nach einem Streit aus der Straßenbahn. Der Mann stirbt wenige Tage später an seinen Verletzungen.  
 4. 6. Kisdorf (Niedersachsen): **Helmut Lega** wird von zwei Nazis angegriffen und erstochen.  
 16. 6. Friedrichshafen: Der 34-jährige Angolaner **Agostinho** wird von einem DVU-Nazi erstochen.  
 7. 7. Gelnhausen: Ein Sinto wird von rassistischen Deutschen erschossen.  
 19. 9. Saarlouis: Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft stirbt **Samuel Kofi Yeboah** aus Ghana.  
 29. 9. München: Ein Mann aus Rumänien wird von zehn Nazis überfallen und brutal mißhandelt. Er stirbt am 10. 12. 1991.  
 12. 11. Berlin: Nach Auseinandersetzungen mit rassistischen Deutschen stirbt der 19-jährige **Mete Eksi** an seinen Verletzungen.  
 3. 12. Hohenselchow (Mecklenburg-Vorpommern): Ein 30-jähriger Mann wird von Nazis erschlagen.  
 14. 12. Der 27-jährige **Timo Kählke** wird erschossen und in seinem Auto verbrannt. Der Tat dringend verdächtig ist die „Werwolf-jagdeinheit Senftenberg“.

## 1992

5. 1. Augsburg: Ein Nigerianer stirbt nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek.  
 11. 1. Hannover: Ein Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft wird von einem Bundeswehrsoldaten so schwer mißhandelt, daß er am nächsten Tag stirbt.  
 31. 1. Lampertheim: Eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka kommt bei einem rassistischen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in den Flammen um.  
 6. 3. Reilingen bei Mannheim: Ein Mann aus der Türkei wird von Nazis ermordet.  
 14. 3. Saal bei Rostock: Der 18-jährige **Dragomir Christinel** aus Rumänien wird von rund 40 rassistischen Deutschen überfallen und erschlagen.  
 18. 3. Buxtehude: Der 53-jährige **Gustav Schneeklaus** wird von zwei Nazis zusammengeschlagen, weil er Hitler einen Verbrecher genannt hat. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen.  
 19. 3. Flensburg: Der 31-jährige Obdachlose **Ingo Finnern** wird von einem Nazi zusammengeschlagen und ins Hafenbecken geworfen und ertrinkt.  
 4. 4. Hörstel (NRW): Nach Brandstiftung in einer Flüchtlingsunterkunft stirbt der dort untergebrachte **Erich Bosse**.  
 24. 4. Berlin-Marzahn: Der 29-jährige Vietnamese **Nguyen Van Tu** wird auf offener Straße von einem Nazi erstochen. Die zahlreich umherstehenden Deutschen sehen tatenlos zu.  
 25. 4. Werder: **Peter K.** aus Potsdam wird auf einem Fest von einem Mitglied der Nazi-Gruppe „Wannseefront“ totgeschlagen.  
 10. 5. Magdeburg: 60 Nazis überfallen ein Gartenlokal. Der 23-jährige **Thorsten Lambrecht** stirbt zwei Tage später an den Folgen eines schweren Schädelbruchs.  
 1. 7. Neuruppin (Brandenburg): Ein Nazi ersticht den 50-jährigen **Emil Wendland**. Zuvor war dieser von mehreren Nazis durch Schläge und Fußtritte mißhandelt worden.  
 5. 7. Kreis Pasewalk: Zwei Jäger erschießen angeblich irrtümlich zwei „illegal“ einreisende Flüchtlinge in der Nähe der polnischen Grenze.  
 8. 7. Kemnat-Ostfildern (b. Stuttgart): 7 Nazis erschlagen den Arbeiter **Sadri Berisha**, einen 55-jährigen Kosova-Albaner, in einem Bauarbeiter-Wohnheim.  
 1. 8. Bad Breisig (Rheinland-Pf.): Der 49-jährige Obdachlose **Klaus Dieter Klein** wird von zwei Nazis erstochen.  
 3. 8. Stotternheim (Thüringen): Drei Nazis ermorden den 24-jährigen Polen **Inreneusz Syderski**.  
 24. 8. Koblenz: Ein Nazi erschießt den 35-jährigen Obdachlosen **Frank Bönisch**.  
 29. 8. Berlin-Charlottenburg: Zwei Nazis ermorden den 58-jährigen Obdachlosen **Günter Schwannicke**.  
 10. 10. Hoyerswerda: Bei einem Nazi-Überfall auf antifaschistische Besucherinnen und Besucher einer Diskothek wird **Waltraud Scheffler** von den Nazis so schwer verletzt, daß sie am 23. 10 1992 an den Folgen stirbt.

19. 10. Berlin: In der Nähe des Kurfürstendamm's schlagen mehrere Rassisten einen 37jährigen Peruaner zusammen und erstechen ihn dann.
- Nov. Königswusterhausen (Brandenburg): Zwei Antifaschisten werden in der Nähe der S-Bahn tot aufgefunden, nachdem Drohbriefe von Nazis vorausgegangen waren.
7. 11. Brandenburg: Drei Nazis ermorden den 52jährigen Obdachlosen Rolf Schulze. Nachdem sie ihn am Kolpingsee zunächst mißhandelten, übergießen sie ihn mit Benzin und zünden ihn an.
13. 11. Wuppertal: Zwei Nazis verletzen den 53jährigen Karl-Hans Rohn durch Schläge und Fußtritte lebensgefährlich, überschütten ihn mit Alkohol und zünden ihn an, weil sie ihn „für einen Juden“ gehalten haben.
21. 11. Wülfrath: Der 92jährige Jude Alfred Salomon stirbt nach einer Schlägerei mit einem ehemaligen SS-Oberführer der „Organisation Todt“ in einem Altersheim an Herzstillstand.
21. 11. Ostberlin: Nazis ermorden den 27jährigen Antifaschisten Silvio Meier und verletzen mehrere seiner Begleiter.
23. 11. Mölln: Bei einem Brandanschlag von Nazis auf zwei von mehreren Familien aus der Türkei bewohnte Häuser sterben Yeliz Arslan (10), Vahide Arslan (51) und Ayse Yilmaz (14). Neun weitere Bewohner werden zum Teil schwer verletzt.
6. 12. Jänschwalde: Ein kroatischer Arbeiter stirbt bei einem Brandanschlag.
27. 12. Neuss: Ein Mann aus der Türkei wird von Nazis vor ein Auto getrieben.
- 1992 Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt (Main) zählt 1992 41 nachgewiesene oder vermutete Nazi-Morde.

## 1993

7. 1. Wetzlar: Ein Nazi tritt einen Obdachlosen tot.
15. 1. Erfurt: Zwei Nazis verprügeln einen Mann und stoßen ihn vor ein Auto, das ihn tödlich erfaßt.
18. 1. Arnstadt: Zwei Nazis schlagen einen 46jährigen Mann zusammen und lassen ihn auf einer verkehrsreichen Kreuzung liegen, wo er von einem Auto überfahren wird.
22. 1. Freiburg: Die Antifaschistin Kerstin Winter wird durch eine Nazi-Paketbombe ermordet.
23. 1. Schlotheim: Ein Punk wird von einem Nazi im Verlauf einer Schlägerei mit einem Messer erstochen.
3. 2. Suhl: Der Antifaschist Olaf H. wird erhängt in seiner Wohnung aufgefunden. Freunde von Olaf bezweifeln auf Grund häufiger Nazi-Drohbriefe den Selbstmord.
19. 2. Hoyerswerda: Eine Gruppe von Nazis greifen Musiker einer Band an, schlagen Mike Zerna zusammen und kippen ein Auto auf ihn.
26. 2. Hoyerswerda: Ein Mann stirbt an den Folgen eines Angriffs von Nazis.
9. 3. Mülheim: Der 55jährige türkischer Rentner Mustafa Demiral wird am Rhein-Ruhr-Zentrum von zwei REPs angegriffen. Ihm wird seine Hinrichtung vorgespielt. Er stirbt daraufhin an einem Herzinfarkt.
24. 4. Magdeburg: Mathias L. wird bei einem Nazi-Überfall auf eine Diskothek ermordet.
27. 4. Obhausen (Sachsen-Anhalt): Ein junger Mann stirbt an den Folgen einer Verletzung, die er beim Überfall von Nazis am 24. April auf eine von Antifaschistinnen und Antifaschisten besuchte Discothek erlitten hatte.
29. 4. Thüringen: Mitglieder einer Nazi-Metal-Band ermorden Sandro Beyer.
20. 5. Coburg: Bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus wird ein Mensch getötet und vier weitere verletzt.
21. 5. Göttingen: Ein 20jähriger Mann, der mit einem türkischen Bekannten und einer bulgarischen Freundin auf einem Fest von Nazis verletzt wurde, starb kurze Zeit darauf.
29. 5. Solingen: Bei dem Nazi-Brandanschlag werden fünf Menschen aus der Türkei, Saima Genç, Hülya Genç, Hatice Genç, Gülsüm Ince, Gülstan Öztürk ermordet.
10. 6. Dresden: Ein Arbeiter aus Mosambik stirbt bei einem Brandanschlag.

17. 6. Duellmen: Der 41jährige Kurde Abdi Atalan wird von zwei etwa 20jährigen rassistischen Deutschen erschossen.
29. 6. Mühlhausen (Thüringen): Ein Rassist tötet einen 26jährigen rumänischen Flüchtling mit Messerstichen.
22. 7. Uelzen: Ein Nazi hat einen sechzehn Jahre alten Schüler aus Lüneburg niedergeschlagen und dann in Brand gesetzt.
19. 9. Werneuchen bei Bernau: Der 51jährige Horst T. wird von 5 deutschen Jugendlichen zusammengeschlagen, in Brand gesetzt und in den Oder- Havelkanal geworfen.
5. 10. Bad Wildungen: Bei einem Brandanschlag sterben ein Mann aus Sri Lanka, seine deutsche Frau und ihre beiden Kinder.
10. 10. Düsseldorf: Ein Obdachloser aus der Türkei wird von Nazis durch Messerstiche ermordet.
7. 12. Hamburg/Bremen: Der 19jährige Kolong Jamba aus Gambia wird von einem Rassisten im Zug von Hamburg nach Bremen ermordet.
25. 12. Kaltenkirchen: Ein Mann aus der Türkei stirbt bei einem Brandanschlag.
- 1993 Das Archiv für Sozialpolitik/Ffm zählt 1993 53 nachgewiesene oder vermutete Nazi-Morde.

## 1994

26. 1. Humboldt-Gremberg: In einer Flüchtlingsunterkunft wird gezielt gegen eine bosnische Roma-Familie ein Nazi-Brandanschlag verübt. In Folge dieses Anschlags sterben am 7. Februar die 61jährige Raina Jovanovic und am 12. März die 11jährige Jasminka.
1. 2. Ein unbekannter Flüchtling aus Zaire, der als „blinder Passagier“ auf einem deutschen Frachtschiff entdeckt wird, wird von der Mannschaft über Bord geworfen und ertrinkt.
16. 3. Stuttgart: Bei einem Brandanschlag von einem Nazi sterben sieben Menschen aus anderen Ländern, und 16 werden schwer verletzt.
20. 4. Göttingen: Bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Göttingen stirbt eine Frau aus der Türkei.
22. 6. Bochum: Der 9jährige Mohamed Badaoui erstickt in Folge eines Brandanschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft.
26. 7. Berlin: 8 Rassisten greifen 2 Männer aus Polen an. Dabei wird einer der beiden Polen in die Spree geworfen wo er ertrinkt.
27. 9. Magdeburg: Farid Boukhit stirbt an den Folgen seiner Verletzungen vom Nazi-Pogrom in Magdeburg vom 12. Mai 1994.
6. 11. Der 18jährige Piotr Kania wird von Nazis ermordet.
8. 11. Rotenburg: Ein Bundeswehrsoldat ersticht einen 18jährigen Antifaschisten.
20. 11. Zittau: Ein Nazi ersticht den 18jährigen Michael Gäbler, der einige Nazis zur Rede gestellt hat.
- 1994 Das Archiv für Sozialpolitik/Ffm zählt 1994 33 nachgewiesene oder vermutete Nazi-Morde.

## 1995

4. 1. Zell: Bei einem Brandanschlag sterben zwei kosova-albanische Mädchen im Alter von 2 und 4 Jahren.
8. 1. Mellendorf b. Hannover: Eine Serbin und ihre drei Kinder sterben beim Brandanschlag auf einen Wohncontainer.
- Juni Sachsen: Peter T. stirbt 9 Tage nach einem Nazi-Überfall in Sachsen im Krankenhaus.
22. 6. Bochum: Bei einem Brandanschlag auf ein Haus in dem hauptsächlich Flüchtlinge aus dem Libanon lebten, erstickt der 9jährige Eisam Chandin am Rauch.
29. 8. Ulm: Bei einem Brandanschlag auf ein Hochhaus werden zwei Flüchtlinge aus Ghana und dem Tschad ermordet.
5. 9. Lübeck: Ein Deutscher und eine Frau aus der Türkei sterben bei einem Brandanschlag auf ein Haus in Lübeck.
24. 12. Bergkamen: Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft sterben 3 Kinder.
- 1995 Dagmar K. und drei weitere Menschen werden von drei Nazis im Laufe des Jahr ermordet.

## 1996

18. 1. Lübeck: Beim Nazi-Massaker werden 10 Menschen aus Zaire, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien und dem Libanon ermordet: Françoise Makodila Landu (27), Christelle Makodila Nsimba (6), Jean-Daniel Makodila Kosi (1), Legrand Makodila Mbongo (4), Miya Makodila (12) Christine Makodila (19), Rabia El Omari (17), Silvio Bruno C. Amossou (27), Monica Maiamba Bungo (27), Nsuzana Bungo (6)
15. 2. Brandenburg: Der Antifaschist Sven Beuter wird von einem Nazi ermordet.
- August Heilbronn: Ein 44-jähriger Mann wird von 6 Nazis totgeschlagen.
23. 10. Leipzig: Der Syrer Achmed Bachir wird von zwei Nazis mit Messerstichen ermordet.

## 1997

1. 1. Greifswald: Vier deutsche Rassisten ermorden einen 57jährigen Obdachlosen.
9. 2. Magdeburg: Der Punk Frank Böttcher wird von Nazis ermordet.

Mai Ein 42jähriger Vietnamese stirbt an den Folgen eines Nazi-Mordanschlages.

4. 6. Friedrichshafen: Bei einem Brand vermutlich durch Brandstiftung stirbt der 26-jährige Kurde Bektas Heval.
23. 8. Potzlow: Ein 45jähriger Mann wird von Nazis mit Baseballschlägern ermordet.
14. 10. Bochum: Der 59-jährige Josef Anton Gera wird von mehreren Nazis ermordet.

## 1998

26. 3. Saalfeld: Die 14-jährige Antifaschistin Jana Georgi wird von einem Nazi mittags auf offener Straße erstochen.

## 1999

13. 2. Guben: der algerische Flüchtling Omar Ben Noui wird nach einer organisierten Nazi-Hetzjagd vor den Augen der deutschen Polizei in den Tod getrieben.
20. 3. Duisburg-Walsum: Der 58jährige Egon Efferts wurde von drei Nazis mit Tritten und einem Strick ermordet

# Nichts vergessen, nichts vergeben!

Als Plakat A 2 zu bestellen bei:

**Buchladen Georgi Dimitroff  
Koblenzer Str. 4  
60327 Frankfurt/Main  
Fax 069/73 09 20**



# **Geschichte und ungebrochene Tradition des Nazifaschismus**





## **Warum sich heute mit dem Nazifaschismus auseinandersetzen?**

Neonazis, offene Rassisten und anderes reaktionäres Lumpenpack sind im ganzen Land aktiv: Menschen aus anderen Ländern werden tagtäglich gejagt, Flüchtlingswohnheime in Brand gesetzt, jüdische Friedhöfe geschändet, Obdachlose erschlagen, fortschrittliche Leute wie Silvio Meier auf offener Straße erstochen oder gezielt wie jetzt Kerstin Winter in Freiburg durch eine Paketbombe ermordet.

Aus allen Ritzen und Löchern kriecht die braune Pest hervor, von den Staatsorganen des west/deutschen Imperialismus aufgepäppelt, gestärkt, unterstützt.

“Und in dieser Situation sollen wir uns mit dem ‘alten’ Nazifaschismus beschäftigen?” werden manche fragen. “Wo es doch notwendig wäre, diesen Neonazis Paroli zu bieten, dafür zu sorgen, daß sie sich eine blutige Schnauze holen, wann immer sie sie aus ihren Löchern herausstrecken. Oder ihnen mal zu zeigen, wie die Krankenhäuser von innen aussehen!”

Aktionen sind notwendig, an jedem Ort, an jedem Tag - viel mehr noch, als das bis jetzt schon der Fall ist.

Doch das allein reicht eben nicht. Überall, wo solche Kämpfe gegen Neonazis bereits geführt werden, zeigt sich recht bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen Argumenten, ihrer faschistischen Ideologie vom “Recht des Stärkeren” auseinanderzusetzen, sie zu bekämpfen.

Und diese Ideologie beschränkt sich nicht auf das “Deutschland-den-Deutschen-Ausländer-raus-Gegröhle” von besoffenen, verhetzten Jugendlichen. Diese Ideologie hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, wie sie zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin in Deutschland war, millionenfach verbreitet wurde und heute noch - und wieder immer stärker - deutliche Spuren in den Köpfen der Bevölkerung hat.

Aber auch das greift noch zu kurz. So wie der Nazifaschismus nur eine bestimmte **Form** der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus war, nämlich ihre “offen terroristische Diktatur”, so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur die ins extreme gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie, der west/deutschen Imperialisten: deutscher Chauvinismus - Nationalismus - Rassismus - Antisemitismus!

Und so wie der west/deutsche Imperialismus die Kontinuität, die ungebrochene Tradition des Nazifaschismus verkörpert, herrscht seine verbrecherische Ideologie ebenso ungebrochen in allen Lebensbereichen - auch in den Köpfen der Masse der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter.

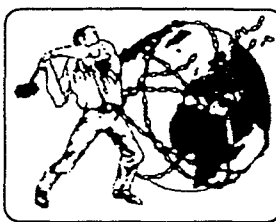
Wer einen wirklich konsequenten Kampf gegen die Neonazis heute führen will, einen Kampf, der radikal ist, an die Wurzeln geht, der muß auch den west/deutschen Imperialismus selbst und seine Ideologie bekämpfen!

***Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!***

***Kampf der Nazi-Ideologie, dem deutschen Chauvinismus,  
Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus!***

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11-12/98

November/Dezember 1998

1 DM

## Der Novemberpogrom 1938:

# Vor aller Augen!

Vor 60 Jahren wurde das bis dahin größte Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden in Nazi-Deutschland durchgeführt. Im gesamten Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus und seiner Nazis wurden vor aller Augen am 9./10. November 1938 die Jüdinnen und Juden mißhandelt, gequält, geschlagen, vergewaltigt und gefoltert. Viele wurden zum Teil schwer verletzt, viele wurden ermordet, praktisch alle Synagogen und jüdischen Friedhöfe, Tausende Geschäfte und Wohnungen zerstört. Entgegen anderen falschen Positionen stellte der Vorsitzende der KPD Wilhelm Pieck 1939 zu Recht fest: „Wo blieben Äußerungen des kollektiven Protestes der Arbeiter in den Betrieben gegen die Bande von Brandstiftern, Mördern und Räubern, die unter dem Schutz der Polizei ihr erbärmliches Handwerk ausübte? Wir hatten nicht solche kollektiven Proteste...“<sup>1</sup> Der Novemberpogrom setzte sich in den Tagen danach fort und verschärfte sich. Vor aller Augen wurden am 10. November 1938 30.000 Juden und Jüdinnen generalstabsmäßig verhaftet, durch die Straßen und öffentlichen Plätze getrieben und in KZs verschleppt. Mehrere Hundert wurden unmittelbar nach ihrer Verschleppung in den Nazi-KZs ermordet. Vorausgegangen war dem Nazi-Massaker die vor aller Augen stattfindende Deportation von 17.000 der 50.000 polnischen Jüdinnen und Juden in Deutschland am 27./28. Oktober 1938, die unter unmenschlichen Bedingungen in Waggons und Lagern an der deutsch-polnischen Grenze festgehalten wurden.

Diese mörderischen Nazi-Maßnahmen waren keine Geheimaktionen - sie geschahen vor aller Augen. Sie waren die Fortsetzung des 1933 begonnenen, 1935 weiter verschärften antisemitischen Nazi-Terrors, der schließlich in der Vernichtungspolitik der Nazis, im Völkermord an der europäischen jüdischen Bevölkerung endete. Der Novemberpogrom war zweifellos das Werk der Nazis. Aber „die Nazis“ - das waren nicht nur die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, die die offene terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals, den Nazifaschismus errichtet hatten, wie Georgi Dimitroff auf dem 7. Weltkongress der Komintern 1935 richtig ausführte, sondern das war gerade auch eine nazistische „Volks“-bewegung ungeheuren Ausmaßes. Nazis und deutsches Volk ohne Überschneidung ausgerechnet als sich ausschließende Gegensätze hinzustellen genau das war und ist eben falsch. Denn der Novemberpogrom geschah nicht nur vor aller Augen, die Nazis hatten Massenorganisationen mit über 12 Millionen „Volksgenossen“, die Nazi-Partei hatte 1938 mehrere Millionen Mitglieder, die Nazis hatten fanatischen und begeisterten Massenanhang in allen Schichten des deutschen Volks!

Der 17-jährige Herschel Grynszpan aus Hannover kaufte sich nach der Deportation seiner Eltern nach Polen im Oktober 1938 einen 6,35 mm Revolver und demonstrierte vor aller Welt, daß es galt, Nazis wie Ernst Rath ein Loch in den Kopf zu schießen, bewaffnete Aktionen durchzuführen, einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazi-Mörder zu führen! Der internationale Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazis, der unbedingt den bewaffneten Kampf beinhalten mußte, war nicht nur ein Kampf gegen einzelne Nazi-Führer. Er war auch ein Kampf gegen fanatisierte deutsche Volksmassen, die bis zum Mai 1945 in einem kaum zu fassenden Ausmaß die bewaffneten Nazi-Kräfte gegen die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition unterstützten!

### Die Massendeportationen von 17.000 Juden und Jüdinnen mit polnischem Paß aus Deutschland im Oktober 1938

Im Oktober 1938 führten die Nazis die bis dahin größten Massendeportationen von Jüdinnen und Juden nach Polen durch. Der Vorwand war, daß die polnischen Papiere zehntausender Jüdinnen und

Juden bald nicht mehr gültig seien. So wurden am 27. und 28. Oktober 1938 in ganz Deutschland auf einen Schlag etwa 17.000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaftet und nach Polen deportiert.<sup>2</sup> Das war auch die erste große Deportation, welche in engster Koordination von Gestapo, SS, Polizei, Reichsbahn sowie Diplomatie und Finanzbehörden durchgeführt wurde. Die verhafteten Jüdinnen und Juden wurden auf bestialische Weise in verschlossenen Eisenbahnwaggons

## Nazi-Sprengstoffanschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland

Innerhalb weniger Monate sind auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Berlin und des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, zwei nazistische Anschläge verübt worden.

Bei dem ersten Anschlag Ende September 1998 wurde das Grab geschändet und teilweise zerstört. Am 19.12.1998 haben Nazi-Terroristen die Grabplatte des Grabes durch Sprengstoff völlig zerstört. Bundespräsident Herzog sprach nicht von Nazis, sondern lügerisch vom „Ausfluß einer verrückten Gesinnung“ und von „wirren Einzelgängern“, um von den organisierten nazistisch-antisemitischen Tätern abzulenken und sie damit faktisch in Schutz zu nehmen. (FR, 22.12.1998)

Evelyn Galinski stellte zu Recht einen Zusammenhang zu der Rede Walsers in der Paulskirche in Frankfurt/Main her, wo Walser im Stile der nazistischen „Deutschen Nationalzeitung“ das Erinnern an Auschwitz als „Einschüchterungsmittel oder Moralkaule“ bezeichnete, wenn sie betonte, daß „geistige Brandstifter und Schreibtischläter“ dafür verantwortlich seien, daß solche Verbrechen verübt werden. (FR, 21.12.1998).

Dieser antisemitische Nazi-Sprengstoffanschlag ist nur ein Glied in der langen Kette von antisemitischen Verbrechen in West/Deutschland nach 1945, die in der Tradition des Antisemitismus während der Nazi-Herrschaft stehen.

Wir können hier nur einige Schlaglichter des Antisemitismus nach 1945 in West/Deutschland aufzeigen:

### Antisemitischer Terror gegen jüdische Friedhöfe, Synagogen und andere jüdische Einrichtungen ab 1945

Es zeigt sich daß es seit 1945 bis heute eine ununterbrochene Kette von antisemitischem Terror gegen jüdische Einrichtungen gegeben hatte. 1949 wurden 14 Friedhöfe und mehrere Synagogen geschändet (Wolfgang Kraushaar, Die Protestchronik, 1949-1952, Band 1, Hamburg 1996, S. 122, 140). Insgesamt gab es in Jahren von 1949 bis 1957 mit 176 angezeigten Straftaten mehr antisemitische Aktionen als in der Weimarer Republik mit 125 antisemitischen Angriffen gegen jüdische Friedhöfe. 1959/1960 war die Schändung der Synagoge vom 24./25.12.1959 in Köln der Auftakt für hunderte weitere antisemitische Aktionen innerhalb eines Monats und insgesamt 1092 antisemitische Straftaten im Jahre 1960. (ebenda, S. 2073)

1965 gab es ein erneutes verstärktes Hervorbrechen von antisemitischen Straftaten wie z.B. Friedhofsschändungen. Unmittelbare Anlässe waren die Debatte im Bundestag über die strafrechtlichen Verjährungsfristen von Nazi-Verbrechen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und die Urteilsverkündung im Auschwitz-Prozeß im August 1965.

### Antisemitischer Naziterror in den 70er und 80er Jahren

Die 1973 gegründete und bis 1980 legal bestehende Nazi-„Wehrsportgruppe Hofmann“

Fortsetzung auf S. 2

Beilage: ■ Aufruf des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!“ vom November 1938 mit kritischer Einschätzung  
■ Die 1893 verabschiedete Resolution der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus mit kritischer Einschätzung

Fortsetzung von S.1

konnte bis 1980 mehr oder weniger ungehindert zahlreiche rassistische und antisemitische Verbrechen begehen, bis hin zu insgesamt 16 Morden. 1980 ermordete diese Gruppe den jüdischen Verleger Lewin und seine Lebensgefährtin Poeschke.

Manfred Röder, einer der vehementesten Verfechter der sogenannten „Auschwitz-Lüge“, d.h. der nazistischen Leugnung des Nazi-Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas, der 1982 wegen Nazi-Brand- und Sprengstoffanschlägen verurteilt wurde, der in jüngster Zeit für seine revanchistischen Projekte offen von der Bundeswehr unterstützt wurde, verübte 1973 einen antisemitischen Anschlag gegen eine „Auschwitz Ausstellung“ in Mannheim (taz, 14.6.1996).

#### Bitburg 1985

1985 war der Startschuß für das Hervorbrechen von unverhülltem Antisemitismus und offenen antisemitischer Hetze wie „Die Schonzeit für Juden ist vorbei“ von Politikern und Medien des westdeutschen Imperialismus. Anlässlich der Ehrung der SS-Gräber in Bitburg am 8. Mai 1985 durch Kohl und Reagan und der geplanten Auf-führung des antisemitischen Stückes von Rainer Werner Fassbender „Der Müll, die Stadt und der Tod“ wurde der Antisemitismus auch offiziell wieder hoffähig.

#### Eine neue Welle von antisemitischen Schändungen jüdischer Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten 1992/93

1992/93 begann eine neue Welle von antisemitischem Terror gegen jüdische Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten. In München, Bad Cannstatt, Karlsruhe, Stuttgart, Michelstadt, Wuppertal, Frankfurt am Main, Dortmund und an der Außenstelle des KZs Dachau in Überlingen gab es 1992 und 1993 Schändungen gegen die jüdischen Friedhöfe und Gedenkstätten (FAZ, 4.10.1992 und 24.10.1992 und „Neues Deutschland“, 8.10.1992, taz, 30.1.1993, FR 28.8.1992). Die Zerstörungen im jüdischen Friedhof in Gauting verschwieg die Polizei ungefähr zwei Wochen lang (SZ, 6.8.1992).

#### Nazi-Brandanschlag gegen die jüdische Baracke im KZ Sachsenhausen 1992

In der Nacht zum 26. September 1992 hatten Brandstifter die Ausstellung in der jüdischen Baracke im KZ Sachsenhausen in Flammen aufgehen lassen.

#### Nazi-Brandanschläge gegen die Synagoge in Lübeck 1994 und 1995

Auf die Synagoge in Lübeck wurde im März 1994 und im Mai 1995, d.h. innerhalb von 14 Monaten zweimal ein Brandanschlag verübt. Die-

se Anschläge waren vorläufige Höhepunkte in einer langen Reihe von antisemitischen Verbrechen der sich formierenden nazistischen Bewegung in den letzten Jahren nach der Einverleibung der DDR.

#### Antisemitisches Exempel in Gollwitz gegen jüdische Immigrantinnen und Immigranten 1997

Im Brandenburger Dorf Gollwitz hat der Gemeinderat im September 1997 beschlossen, ein bisher einmaliges rassistisches und antisemitisches Exempel zu statuieren: er beschloß, daß keinerlei jüdische Immigrantinnen und Immigranten aufgenommen werden sollen und fand damit die Unterstützung praktisch des gesamten Dorfes (JW, 6.10.1997).

#### Antisemitischer Alltag 1998: 17 Schändungen jüdischer Friedhöfe pro Woche

Im Dezember 1998 wurden in Deutschland pro Woche 17 jüdische Friedhöfe geschändet. Am 28. Oktober 1998 haben Nazis ein mit einem Davidsstern und dem Wort „Bubis“ beschmieretes Schwein über den Alexanderplatz in Berlin gejagt (SZ, 7.12.1998).

an die polnische Grenze verschleppt. Die letzten sieben Kilometer bis zur Grenzstation Zbaszyn mußten sie zu Fuß zurücklegen. Unter Schlägen, Drohungen und Gewehrschüssen der SS wurden sie über die Grenze getrieben, wo ihnen polnische Grenzschützen den Weg verstellten. Tausende wurden dann wochen- und monatelang in Polen an der Grenze unter menschenunwürdigen Bedingungen interniert. So lebten im Lager Zbaszyn, das erst im Juli 1939 aufgelöst wurde, auf engstem Raum 5.000 bis 8.000 Menschen. Otto Bucholz, einer der 17.000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit, berichtete in einem Brief an seine Verwandten am 19.12.1938 aus Zbaszyn über die Deportation unter anderem:

„Freitagmittag um 4 Uhr wurden wir dann unter strenger Bewachung von Polizei und SS nach dem Hauptbahnhof gebracht. Jeder bekam einen Laib Brot und Margarine und wurde dann in die Waggonen verladen. Das war ein Bild der Grausamkeit. Weinende Frauen und Kinder, herzerreißende Szenen. Dann wurden wir unter strengster polizeilicher Bewachung in geschlossenen Waggonen an die Grenze transportiert. Samstagmittag, um 5 Uhr an der Grenze angelangt, wurden wir über die Grenze geschoben. Ein neues grausames Schreckensbild war hier zu sehen. Drei Tage lang waren wir auf dem Bahnsteig und Bahnhofshallen, 8000 Menschen. Frauen und Kinder ohnmächtig, wahnsinnig, Sterbefälle, die Gesichter gelb wie Wachs. Der reinste Leichenfriedhof. Unter den Ohnmächtigen war ich auch. Nichts, als das trockene Gefängnisbrot ohne etwas zu trinken. Geschlafen überhaupt nicht, zwei Nächte auf dem Bahnsteig und eine Nacht in der Bahnhofshalle, wo ich zusammenbrach.“<sup>43</sup>

Sendel Grynspan, der Vater von Herschel Grynspan, berichtete von der Deportation im Prozeß gegen Eichmann 1961 in Jerusalem:

„Man hat uns in einen Konzertsaal am Leineufer geführt, wo wir ungefähr 600 Personen aus allen Stadtteilen vorfanden. Wir sind da ca. 24 Stunden bis Freitag

abend geblieben. Dann hat man uns in Polizeiwagen gebracht. Ca. 20 Personen pro Wagen, und zum Bahnhof gefahren. Die Straßen von Hannover waren voller Leute, die schrien: „Juden nach Palästina!“

Wir wurden mit dem Zug bis zur deutschen Grenze Neu-Bentschen auf der Strecke Frankfurt an der Oder - Posen transportiert....

Als wir die Grenze erreichten, wurden wir durchsucht. Wir durften zehn Mark mitnehmen, das übrige wurde beschlagnahmt... Wir konnten mit niemandem Kontakt aufnehmen, wir wurden bewacht. Und die SS sagte uns, wir müßten ca. zwei Kilometer bis zur polnischen Grenze gehen. Die SS sind mit Peitschen gekommen und haben uns geschlagen, die nicht gehen konnten, wurden geschlagen. Blut floß auf der Landstraße. Man riß ihnen die Pakete, die sie trugen, aus den Händen. Sie verhielten sich grausam und barbarisch. Zum erstenmal sah ich, welche Barbaren die Deutschen waren. Sie befahlen uns zu laufen und schrien: „Lauf, lauf schnell.“ Ich selbst erhielt einen Hieb und fiel auf den Rand der Landstraße. Aber mein Sohn Marcus zog mich an der Hand und sagte: „Komm Papa, wir laufen, sonst holen sie dich.“ Wir erreichten die Grenze. Wir überschritten sie, die Frauen voran, denn man begann auf uns zu schießen.“<sup>44</sup>

Gegen das Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden aus Polen gab es in Deutschland so gut wie keinen Protest. In den bürgerlichen Medien der anderen kapitalistischen bzw. imperialistischen Länder wurde darüber berichtet, aber auch dort gab es kaum Reaktionen oder Proteste.

#### Die historische Bedeutung der bewaffneten Aktion Herschel Grynspans für den Kampf gegen Nazi-Deutschland

In dieser Situation entschloß sich der in Paris lebende 17jährige Herschel Grynspan zu einer

bewaffneten Aktion, um die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf den Nazi-Terror gegen die Jüdinnen und Juden aus Polen zu lenken. Herschel Grynspan, der zunächst mit seinen Eltern und Geschwistern in Hannover und dann in Frankfurt/M. gelebt hatte, war 1937 nach Paris geflohen. Am 27. Oktober waren seine Eltern und Geschwister nach Zbaszyn deportiert worden.<sup>45</sup> Von dort erhielt er am 3. November 1938 eine Postkarte seiner Schwester über deren Deportation und Internierung in Zbaszyn. Außerdem las er die Berichte darüber vor allem in der jüdischen Pariser Zeitung „Hajnt“ vom 4. November.

Herschel Grynspan verschaffte sich Zutritt zur deutschen Botschaft in Paris indem er behauptete, er hätte von Rath ein wichtiges Dokument zu übergeben. Er wird dann in das Büro von Rath gebracht. Rath fragt ihn nach dem Dokument, im selben Augenblick zieht Herschel seinen Revolver aus der Tasche, richtet ihn auf den Nazi und ruft: „Sie sind ein ‚sale boche‘, hier ist das Dokument, im Namen der 12.000 verfolgten Juden!“<sup>46</sup> Herschel Grynspan erschoss am 7. November 1938 in der deutschen Botschaft in Paris den Nazi-Diplomaten von Rath mit fünf Schüssen aus seinem Revolver. Von Rath war ein Nazi, der bereits vor 1933 der Nazi-Partei beigetreten war.<sup>47</sup>

Das war eine mutige Tat, eine bewaffnete Aktion des Protestes angesichts der allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber den Massendeportationen. Mehr noch, Herschel Grynspan machte damit vor der ganzen Welt und auch für die jüdischen Opfer deutlich, daß es unbedingt nötig war, dem Nazi-Terror mit allen Mitteln entgegenzutreten, sich mit Waffengewalt dagegen zu wehren. Er tat damit eigentlich das naheliegendste, was unbedingt hätte massenhaft geschehen müssen.<sup>48</sup> Herschel Grynspan hat mit seiner mutigen Tat den Finger in die Wunde gelegt. Es galt den Kampf um Leben und Tod gegen die Nazis aufzunehmen. Die Nazis erkannten diese Brisanz, diesen für sie besonders gefährlichen Aspekt der Sache durchaus.

Das Nazi-Geschrei von der „Verschwörung des Weltjudentums“ usw. war äußerste Demagogie. So propagierte die Nazipresse nach der Aktion von Herschel Grynspan auch einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Erschießung des höchstge-

gestellten Nazifunktionärs in der Schweiz, des Nazi-Landesgruppenleiters Wilhelm Gustloff im Februar 1936 in Davos durch den jüdischen Studenten jugoslawischer Staatsangehörigkeit David Frankfurter.<sup>9</sup>

In der Tat aber war es den Nazis wichtig herauszubekommen, ob hinter der gerechten Erschießung von Rath eine Organisation stand, welche eventuell dazu übergehen könnte, dem Nazi-Terror gegen die Jüdinnen und Juden auf breiterer Basis bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Nazis nahmen das Attentat des 17-jährigen Herschel Grynszpan auf den Legationsrat von Rath in der deutschen Botschaft in Paris am 7. November 1938 als Vorwand für die Auslösung und Durchführung des Novemberpogroms 1938 im Sinne ihrer antisemitischen Zielsetzungen. Mit ihrem Terror gegen alle Jüdinnen und Juden, der Geiselnahme von 30.000 Jüdinnen und Juden, die nach dem 9. November teilweise mehrere Monate lang in KZs verschleppt, dort gefoltert und mehrere hundert von ihnen ermordet wurden, gaben sie als groß angelegte Drohung auch das mörderische Muster vor, wie sie dann mit äußerstem Terror, mit massenhafter systematischer Vernichtung gegen alle vorgingen, die den bewaffneten Kampf gegen die Nazis aufnahmen, darunter auch gegen den bewaffneten Kampf von Jüdinnen und Juden, den diese in Polen und den anderen besetzten Ländern führten. Das Naziprinzip, Nazi-Massaker und massenhafte Geiselmorde für einen toten Nazi, wurde beim Pogrom am 9./10. November und bei den massenhaften Morden an den in die KZs verschleppten Jüdinnen und Juden das erste Mal vorexerziert, um zu demonstrieren, daß bewaffneter Widerstand, ja Widerstand angeblich insgesamt sinnlos sei!

### Die Nazi-Massaker am 9./10. November 1938

Die Nazifaschisten und die antisemitisch-gehetzten Bevölkerungsteile übten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 sowie am 10. November einen mörderischen Terror aus, der sich praktisch gegen alle Jüdinnen und Juden im Herrschaftsbereich der Nazis richtete. Tausende, ja zehntausende Jüdinnen und Juden, Männer, Frauen, Greise und Kinder wurden in ihren Wohnungen, in jüdischen Altersheimen, Krankenhäusern, Waisenhäusern, auf den Straßen sowie in den Synagogen und Bethäusern von den Nazihorden und deren Gefolgschaft entsetzlich gequält, mißhandelt, geprügelt, gefoltert und vergewaltigt, viele zum Teil schwer verletzt, viele ermordet und in den Tod getrieben, ihre Wohnorte, ihre Geschäfte vielfach völlig verwüstet, die Synagogen, Gebetshäuser und jüdischen Friedhöfe nahezu alle vernichtet und geschändet.<sup>10</sup>

Es bedurfte vielerorts nicht der besonderen Anstrengungen der Nazi-Führung, damit größere Massen in den Straßen sich am Pogrom freiwillig und mit Begeisterung beteiligten. Der aus den Synagogen aufsteigende Brandgeruch, das Klirren der Fensterscheiben, die Todesschreie der Opfer lockten vielfach sofort größere Menschenmengen an. Die Masse des Nazi-Terrors gegen die Jüdinnen und Juden sowie der Zerstörung ihrer Geschäfte, Synagogen usw. fand im Angesicht einer oft nach Hunderten oder – in größeren Städten – nach Tausenden, ja zehntausenden zählenden Menschenmenge statt. Aus sensationslüsternen, dem Nazi-Massaker freudig zustimmenden Zuschauerinnen und Zuschauern wurden massenhaft Mithelfer, ja oftmals auch Aktivisten der Nazi-Massaker. Es ist vielfach dokumentiert, daß große Teile dieser na-

zistisch verhetzten Massen der SA-Führung spontan in die jüdischen Wohnungen oder in die Synagogen folgten und sich dort an den Nazi-Massakern gegen die Jüdinnen und Juden beteiligten.<sup>11</sup> Sie halfen mit, Juden und Jüdinnen zu mißhandeln, zu prügeln, ja zu ermorden, Synagogen zu zerstören, Kult- und Einrichtungsgegenstände herauszutragen

■ In **Königsbach** weigerte sich ein Mann, auf die Torarollen zu urinieren. Er erhielt daraufhin von der SA einen Schlag auf den Kopf, der ihn sofort tötete.<sup>14</sup>

■ In **Landau** wurde Herr Wolf aus Böchingen erschlagen.<sup>15</sup>

■ In **Oberdorf-Bopfingen** wurden zwei Männer, Vater und Sohn, verhaftet und auf der Fahrt ins Gefängnis aufgefordert, in den Wald zu laufen. Sofort beschoss die SA die beiden und verletzte den Vater am Oberschenkel. Der Sohn wurde wahrscheinlich erschossen und von der SA heimlich in Gmünd begraben.<sup>16</sup>

■ In **Hamm** wurde in der Pogromnacht ein Mann namens Strauss in seinem Bett erschossen.<sup>17</sup>

■ In **Bremen** wurde eine Frau, die ihren Sohn schützen wollte, durch die Schüsse der Nazis so schwer verletzt, daß sie kurz darauf verstarb.<sup>18</sup>

■ In **Neidenburg** gab es mindestens zwei Tote: Der SA-Mann Uhlrich brach gewaltsam in die Wohnung der Familie Zack ein. Mit seinem Dolch stürmte er durch die Wohnung und stach dabei brutal auf alle Personen ein, die sich dort befanden. Frau Zack wurde dabei ermordet, ihre Söhne Aron, Kurt und Helmut schwer verletzt.<sup>19</sup> Ebenfalls in Neidenburg drangen die SA-Männer Tybussek, Kubin und Stryio in die Wohnung der Familie Naftali ein. Als Herr Naftali versuchte, aus der Wohnung zu flüchten, ermordete der SA-Scherge Stryio ihn mit drei Dolchstichen.<sup>20</sup>

■ In **Lesum** drang ein SA-Trupp in die Wohnung der Familie Goldberg ein. Im Schlafzimmer erschoss der Scharführer Frühling mit seiner Pistole Frau Goldberg, während der „Rottenführer“ Mahlstedt ihren Mann ermordete.<sup>21</sup>

■ In **Eberstadt** dringen vier Nazis in die Wohnung von Frau Susanna Stern ein. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP, der Bauer Heinrich Frey erschießt Frau Stern kaltblütig mit drei Schüssen aus seiner Dienstpistole.<sup>22</sup>

■ In **Düsseldorf** konnte Paul Marcus bei der vollkommenen Zerstörung seines Cafés durch den SA-Mob zunächst noch flüchten. Im Laufe der Nacht wurde er dann jedoch erschossen und am Martin-Luther-Platz tot aufgefunden.<sup>23</sup>

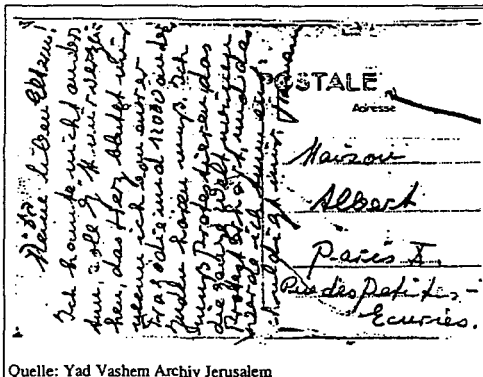
■ In **Hilden** wurden vier Menschen ermordet: Frau Willner und ihr Sohn Ernst wurden von den Nazis erstochen. Auch Carl Herz und Nathan Mayer wurden in dieser Nacht in Hilden ermordet.<sup>24</sup>

■ In **Lünen** (bei Dortmund) wurde ein jüdischer Mann aus seinem Haus geholt und auf dem Weg ins Polizeigefängnis in die Lippe geworfen, wo er ertrank.<sup>25</sup>

Zu den Opfern im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom müssen auch alle Jüdinnen und Juden gerechnet werden, die den Terror, die Ermordung von Familienangehörigen, die Erniedrigungen usw. nicht überstanden haben und durch Herzschlag usw. starben. Dazu gehört insbesondere auch die große Zahl von Jüdinnen und Juden, welche durch den Nazi-Terror in den Tod getrieben wurden. Allein in Nürnberg wurden am 10. November 10 jüdische Menschen durch den Pogromterror in den Tod getrieben.<sup>26</sup>

Die Nazis selbst haben offiziell 91 Tote am 9./10. November 1938 zugegeben, in Wirklichkeit

### „Ich muß protestieren, daß die ganze Welt meinen Protest erhört...“



Quelle: Yad Vashem Archiv Jerusalem

Herschels Abschiedskarte an seine Eltern, die er am 7. November 1938 geschrieben hat, enthält folgende Zeilen:

„Meine lieben Eltern,

Ich konnte nicht anders tun, soll G'tt mir verzeihen, das Herz blutet mir wenn ich von eurer Tragödie und 12.000 anderer Juden hören muß. Ich muß protestieren, daß die ganze Welt meinen Protest erhört, und das werde ich tun, entschuldigt mir. Hermann.“

Herschel unterzeichnete die Karte mit der deutschen Form seines Vornamens.



Herschel Grynszpan, November 1938

und auf einem öffentlichen Platz zu verbrennen, Wohnungen zu zerstören und zu plündern. Andere wiederum warteten das Ende des „offiziellen“ Einsatzes ab, ehe sie sich in die verwüsteten Wohnungen und Geschäfte wagten, vor allem um zu plündern.

### Mordaktionen

Die nazistische Bezeichnung „Reichskristallnacht“ enthält auch die Verharmlosung, daß beim Novemberpogrom 1938 eigentlich nur viele Sachen, vor allem Schaufensterscheiben zerschlagen worden seien. Dagegen ist es sehr wichtig, gerade die vielfach mörderischen Nazi-Massaker zu betonen. In verschiedenen Quellen ist nur ein Teil dieser Morde dokumentiert:

■ In **Nürnberg** wurden mindestens zehn Menschen an diesem Tag ermordet.<sup>12</sup> So wurde in der Hochstraße Jacob Spaeth ermordet, indem er bestialisch mit Knütteln zusammengeschlagen und dann die Treppe hinuntergeworfen wurde.<sup>13</sup> Paul Lebrecht wurde in der Pirkeheimer Straße von den SA-Mördern aus einem Haus in den Hof geworfen, blieb dabei am Geländer eines Balkons hängen und starb. In der Rankestraße wurde Nathan Langstadt mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden.

## Einige Fakten zum Raub am Eigentum der jüdischen Bevölkerung

Das „Arisierungsverfahren“, d.h. der Raub des Eigentums der Jüdinnen und Juden, dem ein legaler Anstrich gegeben wurde, lief in der Regel nach folgendem Muster ab: „Arisierungsinteressent“, finanzierende Bank, profitierende Nazis und das willfährige Finanzamt arbeiteten Hand in Hand. Sie ließen dem jüdischen Geschäfts-, Betriebs- oder Konzerninhaber keine andere Wahl, als seinen Besitz so weit unter Wert zu verkaufen, daß es in den meisten Fällen die Vernichtung der Existenzgrundlage bedeutete. Wo dies keine Wirkung zeigte, wurde der jeweilige Eigentümer so lange in „Schutzhaft“ genommen, bis sein Widerstand und häufig auch seine Persönlichkeit gebrochen war.

Von den 1933 von Jüdinnen und Juden unterhaltenen selbstständigen Betrieben, d.h. Privatbanken, Warenhäuser, Industriefirmen, Hotels, Läden, Handwerksbetrieben, Ärzte- und Rechtsanwaltspraxen, waren Mitte 1938 etwa zwei Drittel bereits aufgelöst oder „arisiert“. Mindestens die Hälfte der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätigen waren erwerbslos.<sup>1</sup>

Die Hauptnutznießer des Raubzugs waren ohne Zweifel die großkapitalistischen Unternehmen des deutschen Monopolkapitals. Hier einige Beispiele<sup>2</sup>:

□ Die Berliner Handelsgesellschaft wurde von einer kombinierten industriellen Gruppe übernommen, die sich vor allem aus der AEG und der IG Farben zusammensetzte.

□ In der Metall- und Elektroindustrie vereinigte der Mannesmann-Konzern die Firma Wolff, Netter & Jacobi und die Hahnschen Werke.

□ Der Siemens-Konzern sicherte sich das Kabelwerk Dr. Cassierer und die Heliowatt-Werke.

□ Die Warenhausfirmen Karstadt und Epa wurden von einem Bankenconsortium unter Füh-

rung der Dresdner Bank und der Commerz- und Privatbank „übernommen“.

□ Das von der Dresdner Bank kontrollierte Bankhaus Hardy riß die Privatbanken I. Bleichröder und Gebr. Arnold an sich.

Die verbrecherischen Erfahrungen beim Raub des Besitzes von Jüdinnen und Juden in Deutschland hat für Banken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, Konzerne wie Siemens, Krupp usw. auch eine große Rolle gespielt für die spätere Ausplünderung der von Nazideutschland besetzten Länder. So heißt es in einem Bericht der amerikanischen Untersuchungskommission von 1946 über die Dresdner Bank:

*„In den sechs Jahren von 1938 bis 1944 erfuhr die Dresdner Bank eine gewaltige Expansion (...). Diese außergewöhnliche Entwicklung, für die es praktisch keine Parallele gibt, war nur deshalb in so kurzer Zeit möglich, weil die Dresdner Bank unter Leitung von Carl Goetz die Finanz- und Industriressourcen der besetzten Gebiete Europas rücksichtslos ausbeutete (...). Die Erfahrung und Geschicklichkeit, mit der die Dresdner Bank die Wirtschaftsressourcen dieser Länder ausbeutete, hatte sie an der deutschen Heimatfront mit der ‚Arisierung‘ jüdischen Eigentums erworben.“<sup>3</sup>*

Doch nicht nur das Großkapital profitierte vom Raub. Die mittlere Führerclique der Nazis setzte sich zu einem Großteil aus deklassierten Elementen des Kleinbürgertums zusammen, deren wirtschaftliche Existenz teilweise durch den ersten Weltkrieg und die Inflation zerstört worden war. Diesen deklassierten Elementen der Nazibewegung konnte durch den Raub kleiner Unternehmen von Jüdinnen und Juden eine neue wirtschaftliche Position gegeben werden. Auf diese Art und Weise wurden bestimmte Elemente fest an die Nazibewegung gekettet.

An diesem gigantischen Raub waren aber auch große Massen der ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen beteiligt, und dies nicht nur am

9. November 1938. Gerade auch während des Krieges und der Okkupation zahlreicher Länder durch die Nazifaschisten bereicherten sich massenhaft und wissentlich auch zehntausende von Werktätigen am Eigentum der verschleppten und ermordeten Jüdinnen und Juden. Das belegen die über lange Zeit streng verschlossenen Akten etwa der Oberfinanzdirektion Köln. Aus den Unterlagen ist klar ersichtlich, wer die Bettwäsche, die Handtücher oder den Kohlenkasten seines ehemaligen Nachbarn billig erwarb. Denn jedwede Veräußerung von Möbeln oder Gebrauchsgegenständen der deportierten Jüdinnen und Juden wurde per Quittung festgehalten und abgeheftet. Die Käuferinnen und Käufer wußten also, daß das angeeignete Gut aus dem Schrank der deportierten Familie stammte. Sie wußten auch, daß diese Familie nicht zurückkehren würde, um Rechenschaft zu verlangen. Es wurde stets darauf hingewiesen, daß es sich bei dem „Erworbenen“ um ehemaligen Besitz von Jüdinnen und Juden handelte. Allein die Oberfinanzdirektion Düsseldorf hatte bis zum Sommer 1945 auf diesem Weg über 117 Millionen Mark kassiert. Tatsächlich war es so, daß „wenn irgendwo eine Familie ausgebombt wurde, sie grundsätzlich anschließend in jüdischen Möbeln saß. Das war ein offenes kollektives Geheimnis.“<sup>4</sup> Nach 1945 haben dann häufig die gleichen Finanzbeamten, die zuvor für die Versteigerung jüdischer Wohnungseinrichtungen zuständig waren, durch ihre Aussagen bei Wiedergutmachungsklagen überlebender Opfer Entschädigungen verzögert oder verweigert.<sup>5</sup>



Öffentliche Versteigerung von geraubtem jüdischen Eigentum an Deutsche, 1942

1 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 105.

2 Siegfried Kahn, Antisemitismus und Rassenhetze – Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948, S. 81.

3 FR.10.11.1998.

4 Zu diesem Ergebnis kommt der Historiker Wolfgang Dreßen in einer umfangreichen Studie anhand der Durchsicht der Akten der Oberfinanzdirektion Köln (FR. 30.10.1998).

5 FR. 30.10.1998.

war die Zahl der Ermordeten um ein vielfaches höher.<sup>27</sup>

### Öffentliche Quälereien und Mißhandlungen

Auf den Straßen fanden regelrechte Hetzjagden und Spießbrutenläufe statt, bei denen Jüdinnen und Juden oft vor Hunderten und Tausenden öffentlich gequält und erniedrigt wurden. So kamen am 10. November 1938 rund 50 Juden aus dem Kreis Bautzen in das Dresdner Polizeigefängnis und berichteten über den antisemitischen Terror in Bautzen: „Man hing uns Schilder mit der Aufschrift ‚Jude‘ um und zwang uns zu rufen: ‚Juda verrecke‘. Dann wurden wir sieben Stunden lang kreuz und quer durch Bautzen getrieben, stellte uns auf Plätzen auf, wo wir beschimpft, bespuckt und mit Steinen beworfen wurden. Wir wurden vor dem Gerbertore an die Spree geführt und am Ufer aufgestellt. Es war beabsichtigt alle Juden in die Spree zu stürzen. Diese Ungeheuerlichkeit unterblieb in letzter Minute.“<sup>28</sup>

Jüdinnen und Juden wurden auf Plätzen, in Hallen und Gefängnissen zusammengetrieben, um sie zu mißhandeln, zu quälen und zu demütigen. In

Erfurt zum Beispiel wurden in der Pogromnacht alle Männer zwischen 18 und 80 abgeholt und in die Turnhalle gebracht. Eines der Opfer, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Harry Stern berichtet: „Wir mußten in Kniebeuge gehen, was die größte Qual war, die ich je erlebt habe... Eine Anzahl von Juden – ohne Rücksicht auf Alter und Körperbeschaffenheit – mußte die in der Turnhalle angebrachten Leitern heraufklettern. Unten standen Nazis mit Reitpeitschen, sie schlugen so lange zu, wie die Menschen auf den Leitern in Reichweite waren... Wir mußten antreten und nach den Klängen des Horst-Wessel-Liedes herummarschieren. Dann wurde kommandiert ‚Juda verrecke!‘ zu schreien, was wir tun mußten. Danach wurden wir in Omnibusse verladen und nach Buchenwald gebracht...“<sup>29</sup>

In Potsdam war eines der ersten Ziele des Pogromterrors das jüdische Kinderheim im Vorort Caputh. Die dort untergebrachten Kinder wurden aus dem Schlaf gerissen und unter Beschimpfungen und schrecklichen Mißhandlungen hinausgejagt.<sup>30</sup>

In Fürth wurden alle Juden und Jüdinnen, auch Kinder in jüngstem Alter, schwangere Frauen und Kranke, aus den Wohnungen getrieben. Sie wur-

den brutalst verprügelt und mußten dann, kaum bekleidet, drei Stunden lang auf dem Marktplatz stehen. Die jüdischen Männer wurden anschließend schrecklich mißhandelt, auf Lastwagen getrieben und ins KZ Dachau verschleppt.<sup>31</sup>

### Zerstörung der Synagogen und der jüdischen Friedhöfe

Ein besonderer Schlag gegen alle Jüdinnen und Juden in Deutschland war die nahezu vollständige Zerstörung aller Synagogen und Bethäuser sowie die Zerstörung der jüdischen Friedhöfe. Über 1.000 Synagogen im Herrschaftsgebiet der Nazifaschisten waren vor aller Augen abgebrannt und rund hundert weitgehend zerstört worden.<sup>32</sup> Das Zerstörungswerk folgte fast überall dem gleichen Grundmuster: Nazi-Horden drangen in die Synagogen ein, zerstörten deren Inneres, setzten die Gebäude mit Benzin und anderen Brandbeschleunigern in Brand und warfen Thorarollen, Gebetbücher usw. in die Flammen. Die Feuerwehr hatte die Anweisung, die in Brand stehenden Synagogen und Gebetsräume nicht zu löschen und trat allenfalls in Aktion, um angrenzendes sogenanntes „arisches“ bzw. „deutsches“ Eigentum vor dem Übergreifen

der Flammen zu schützen. Gleiches galt für die Polizei. Fast in allen Fällen war die Vernichtung der Synagogen begleitet von einer gaffenden hunderte, ja tausende zählenden Menge, die sich in der Nähe der brennenden Synagogen eingefunden hatte. Die Vernichtung der Synagogen und Bethäuser war dabei oft verbunden mit der extremen Demütigung und Verhöhnung der Jüdinnen und Juden gerade auch an jenen Orten, welche vor allem für religiöse Jüdinnen und Juden eine zentrale Bedeutung haben. In Baden-Baden mußten religiöse Juden unter Androhung der Ermordung in der zuvor zerstörten Synagoge das nazistische „Horst-Wessel-Lied“ singen und aus Hitlers „Mein Kampf“ vorlesen.<sup>33</sup>

Auch die jüdischen Friedhöfe wurden während des Pogroms geschändet und zerstört. So wurde in Leipzig der gesamte jüdische Friedhof zerstört, Gebäude wurden in Brand gesteckt, Grabsteine umgeworfen, Gräber geschändet.<sup>34</sup>

### Zerstörung und Plünderung von Geschäften und Wohnungen

Während des Pogroms wurden tausende, praktisch alle Ladengeschäfte und viele Wohnungen der Jüdinnen und Juden im Herrschaftsbereich der Nazis beschädigt, demoliert, vielfach auch weitgehend zerstört. Im Augenzeugenbericht von Inge Deutschkron heißt es etwa über Berlin, wo Nazi-„Fachleute“ zuvor die jüdischen Hauptgebäude isoliert haben, indem sie die Telefonleitungen abgeschnitten, die Strom- und Heizanlagen abgestellt haben und der Verkehr „von den neuralgischen Punkten“ durch die Polizei umgeleitet worden ist: „Auf den Straßen Berlins war die Hölle los. Mit Äxten, Beilen und Knütteln hatten SA-Männer in der Nacht des 9. November die Fensterscheiben der durch ihre Kennzeichnung leicht auszumachenden jüdischen Geschäfte eingeschlagen und eine heillose Zerstörung angerichtet... Plünderer hatten das Bild der Zerstörung und der Gewalt noch vervollständigt... Dichte Rauchschwaden hingen über der Fasanenstraße, dort wo die Synagoge stand...“<sup>35</sup>

Während und nach den Nazi-Massakern wurden jüdische Wohnungen, Geschäfte und Synagogen geplündert. So wurden z.B. in Darmstadt sämtliche jüdischen Wohnungen zerstört und geplündert.<sup>36</sup> In Ostrich in der Nähe von Wiesbaden wurden jüdische Wohnungen und Geschäfte von nazistisch verhetzten Massen ausgeraubt.<sup>37</sup> In Wölfersheim plünderten nach dem antisemitischen Nazi-Massaker große Teile der Einwohner und Einwohnerinnen von Wölfersheim jüdische Wohnungen.<sup>38</sup>

Ein kaum zu überbietender Zynismus war schließlich noch, daß den Opfern des Pogroms, den Jüdinnen und Juden eine sogenannte „Stühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Mark sowie die „Wiederherstellung des Straßenbildes“ auf eigene Kosten auferlegt wurde. Die Erstattungen der Versicherungen für die während des Pogroms angerichteten Schäden dagegen wurden zugunsten des Nazi-Staates eingezogen.<sup>39</sup>

### Der Novemberpogrom und der Masseneinfluß der Nazis

Am Abend des 9. November 1938 war in München ein großer Teil der Nazi-Führung und der oberen Nazi-Funktionäre versammelt zum alljähr-

lichen „Gedenken“ an den Nazi-Putsch vom 9. November 1923. Als dort die Nachricht eintraf, daß von Rath seinen Verletzungen erlegen war, wurde umgehend der Befehl zur Durchführung des Pogroms im gesamten Herrschaftsbereich der Nazifaschisten gegeben. Die dort gehaltene antisemitische Hetzrede von Goebbels war das Signal zum Losschlagen und zugleich Handlungsanleitung. Die hohen Führer der Nazi-Partei, der SA usw. machten sich sogleich daran, den untergebenen Dienststellen ihrer Organisationen entsprechende Weisungen zu geben. Diese Befehle und Nachrichten stimmten nach ihrem Inhalt und vielfach auch nach ihrem Wortlaut weitgehend überein.<sup>40</sup> Ziele und Methoden der Aktion wurden genau bezeichnet und auch bis zur untersten Ebene ziemlich genau verstanden.

Der Pogrom selbst wurde in erster Linie von den Nazi-Organisationen angeführt, wobei deren Mitglieder nicht Uniformen, sondern Zivilkleidung zu tragen hatten. Unter den Nazi-Organisationen lag die Hauptrolle bei den regional gegliederten Formationen der SA und der Allgemeinen SS. Der Befehl zur Durchführung des Pogroms erging vor allem an die etwa zwei Millionen Mitglieder (!!) zählenden SA-Einheiten, die sich in Gruppen, Brigaden, Standarten, Stürme und Trupps gliederten. Abgesehen von den hauptberuflichen führenden Nazi-Funktionären bestanden diese vor allem aus Mitgliedern und Unterführern, die zivile Berufe ausübten.<sup>41</sup> Das waren Angestellte, Beamte oder Arbeiter, Besitzer von kleinen Läden oder Handwerksstätten. Andere betätigten sich in sogenannten geistigen oder freien Berufen. Sie alle lebten in ihren privaten Wohnungen, aus denen sie durch ein eintrainiertes Benachrichtigungssystem an jene Stellplätze befohlen wurden, die ihnen von früheren Einsätzen her, zum Teil noch aus der Zeit vor 1933, bekannt waren.

In den Reihen der Nazi-Partei und ihrer paramilitärischen Verbände, vor allem in der unausgesetzt aufgewiegelten SA und der SS, hatte sich durch die jahrelange antisemitische Nazi-Hetze und

hatte. Die Nazis haben diesen Einfluß organisatorisch verankert, indem sie eine Vielzahl von riesigen nazistischen Massenorganisationen geschaffen hatten, welche breiten Massen der Werktätigen von der Kindheit („Pimpfe“) über die Jugend („Hitlerjugend“ inklusive „Bund deutscher Mädchen“) und im Erwachsenenalter in allen gesellschaftlichen Bereichen erfaßte („Deutsche Arbeitsfront“ usw.). Allein die Nazi-Partei hatte auch 1938 schon mehrere Millionen Mitglieder, die SA 2 Millionen, die SS 250.000-300.000. In der HJ war ab einem bestimmten Alter die gesamte von den Nazis als „gesund und arisch“ eingestufte deutsche Jugend organisiert, 1939 ca. 12,5 Millionen. Paul Merker, Mitglied des ZK der KPD, berechnete für das Jahr 1939 5-6 Millionen Nazi-Funktionäre. Es ist si-



Gaffende Deutsche vor der brennenden Synagoge in Frankfurt/Main (Börseplatz) während des Pogromnachts, 9./10. 11. 1938

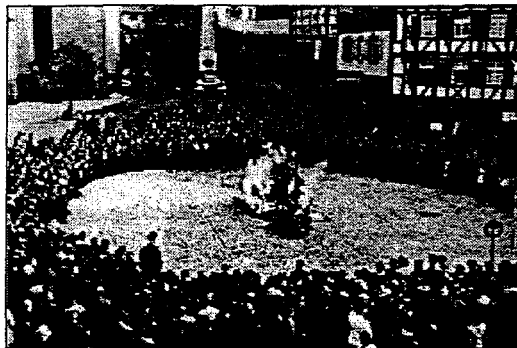
cherlich nicht übertrieben, was Paul Merker über die Situation im Jahr 1939 geschrieben hat „Die Gesamtzahl der unter dem Einfluß der NSDAP Gestandenen dürfte im Jahre 1939 mindestens 22,5 Millionen betragen haben oder 50 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung von 45 Millionen. Und auch von den restlichen 50 Prozent waren bei weitem nicht alle bewußt antinazistisch gesinnt.“<sup>42</sup>

Eine sich ausschließende Gegenüberstellung von Nazi-Organisationen hier und werktätigen Massen dort ist 1938 falsch. Dies muß von vornherein bei der Frage bewußt sein, in welcher Weise ausgebeutete und werktätige Massen am Pogrom beteiligt waren.

Und insofern geht es um die Unterscheidung zwischen der Nazi-Führung und den Nazi-Kernorganisationen einerseits und den eher peripheren Nazi-Organisationen bis hin zu den nicht organisierten, aber unter dem Einfluß der Nazis stehenden Massen andererseits.

Die Nazis mobilisierten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige direkt zur Teilnahme am Pogrom. In den Großstädten<sup>43</sup> wurde in größerem Umfang die Mobilisierung von Werktätigen aus den Betrieben mittels der Nazi-Betriebsorganisationen praktiziert.<sup>44</sup> Auf dem Land dagegen gelang es den Nazi-Bürgermeistern, Nazi-Lehrern usw. oft sogar vor dem Hintergrund der traditionell vorhandenen reaktionären Atmosphäre der „Dorfgemeinschaft“ nicht selten, annähernd die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme am Pogrom zu mobilisieren.<sup>45</sup>

In zahllosen Berichten der jüdischen Opfer des Pogroms wurde mit großer Bitterkeit die Tatsache festgestellt, daß sich an den Verbrechen des Novemberpogroms massenhaft auch „einfache Bürger“, Nachbarn, langjährige Kunden der Geschäfte, ehemalige Kollegen usw. ohne entsprechende Nazi-Mobilisierung, also aus eigener Initiative, beteiligten. So zeigte sich beim Novemberpogrom 1938 eine noch nie dagewesene Massenveranke-



Die Bevölkerung von Mosbach bei der Verbrennung der Einrichtung und der religiösen Gegenstände der Synagoge am 10.11.1938

den von 1933 bis 1938 auch auf der Straße durchgeführten antisemitischen Terror ein mörderischer Antisemitismus entwickelt, der sich im November 1938 im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis in einem Ausmaß zerstörend, brandschatzend und mordend über die Jüdinnen und Juden ergoß, wie dies in Deutschland bisher noch nie der Fall war.

Eines der wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus war, daß er sich in Deutschland auf eine breite *Massenbasis* von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte.

Dieser Einfluß bestand nicht nur ideell, im Bewußtsein dieser Massen, wobei der gigantische Nazi-Propagandaapparat eine enorme Bedeutung



rung der rassistisch-antisemitischen Ideologie und Politik als Wesensmerkmal des Nazifaschismus. Diese Massenverankerung war so weitgehend, daß die große Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen den Nazis die Treue bewahrte, zumindest bis sie den Krieg für endgültig verloren hielten, selbst dann nicht dazu bereit waren, sich gegen die Nazi-Führung zu erheben.

### Die Verschleppung 30.000 jüdischer Geiseln in die Nazi-KZs

Am 10. November 1938 und in den Tagen danach wurden 30.000 Juden nach vorher aufgestellten Listen im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom aus dutzenden Städten, Kleinstädten und Dörfern vor aller Augen in die KZs Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Oftmals wurden die Jüdinnen und Juden nicht nur von der SA oder SS auf diesen Märschen gequält, sondern auch von am Straßenrand sich versammelnden nazistisch verhetzter Massen. So wurden in Frankfurt/Main am 12. November 1938 Juden und Jüdinnen von antisemitisch verhetzten Massen am Frankfurter Südbahnhof beschimpft und mit Fäusten geschlagen. Viele Jüdinnen und Juden wurden zum Teil schwer verletzt.<sup>45a</sup>

In den KZs wurden die verschleppten Jüdinnen und Juden wochenlang, teilweise monatelang festgehalten. Mißhandlungen aller Art, Prügel, Folter, der alltägliche Terror sowie tagtägliche Morde an den jüdischen Häftlingen - die SS-Führer und -Mannschaften gingen mit entsetzlichen Mord-Terror gegen die verschleppten Jüdinnen und Juden vor. Der oftmals durch Prügel, Peitschenhiebe und scharfe Hunde „begleitete“ Transport in die KZs, die ersten qualvollen „Appelle“, das Stunden um Stunden währende Strammstehen auf den zentralen Lagerplätzen, der darauf folgende systematische mörderische SS-Terror verbunden mit den schrecklichen Lebensbedingungen in den KZs wie Hunger, Krankheiten und Kälte - all das führte dazu, daß in kurzer Zeit mehrere Hundert jüdische Häftlinge ermordet wurden. Der in den KZs ausgeübte Terror sollte die jüdischen Opfer auch einschüchtern. Zugleich wurde der materielle Raub am Besitz der Jüdinnen und Juden vorangetrieben. Die Freilassung gebunden an Emigration wurde vielfach von der Unterschrift unter entsprechende Schriftstücke über „Übereignungen“, „Schenkungen“ usw. abhängig gemacht.

Einer der etwa 6.000 Hamburger Jüdinnen und Juden, die im November 1938 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht wurden, beschrieb unmittelbar nach seiner Freilassung am 21. November 1938 den Nazi-Terror gegen die ins KZ Sachsenhausen verschleppten Juden:

„Bei unserer Ankunft in Sachsenhausen empfing uns eine große Anzahl SS-Leute und begann sofort mit ... Mißhandlungen durch Treten und Schlagen mit Gewehrkolben und Knütteln... die körperliche Anstrengung und das unausgesetzte Schlagen und Stoßen durch die SS war derart, daß zwei von unserer Gruppe auf dem 15 Minuten langen Marsch tot liegen blieben.

Dann begann das Furchtbarste, was in der Wirklichkeit vor allem auf mich alle körperlichen Mißhandlungen als gering erscheinen ließ - wir mußten 19 Stunden lang im Lager stehen (bei einzelnen dehnte sich diese Zeit bis zu 25 Stunden aus), und während dieser Zeit, falls einer oder andere zusammenbrach, Fußtritt und Schläge mit Gewehrkolben in Empfang nehmen. Als erstes ertönte dann der Ruf nach dem Rabbiner, der am Bart

gezerrt und mißhandelt wurde - ihm wurde dann ein Schild in die Hand gegeben mit der Aufschrift: „Ich bin ein Landesverräter und mitschuldig am Tode von Rath's.“ Dieses Schild mußte er mit gestrecktem Arm 12 Stunden umhertragen... Wir wurden nun an Bart und Kopfschmerzen geschoren und mußten wieder sechs Stunden ohne Essen, Trinken und Kopfbedeckung im Freien im Regen stehen - wir waren mithin zwei Tage und Nächte ohne Schlaf und Essen und mußten die längste Zeit stehen...“<sup>46</sup>

Im KZ Buchenwald war der Nazi-Terror besonders barbarisch, die Methoden des Ausraubens besonders brutal, hier wurden bis zum Februar 1939 600 jüdische Menschen ermordet, die am 9./10. November 1938 und in den Tagen danach ins KZ Buchenwald verschleppt wurden. Davon wurden allein über 70 in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1938 von SS-Mördern bestialisch er-



Deutsche Bevölkerung in den Straßen von Regensburg beobachtet die Deportation jüdischer Männer ins KZ Dachau, 10.11.1938

schlagen.<sup>47</sup> Im Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald wird das Leiden dieser jüdischen Häftlinge, der Nazi-Mordterror geschildert:

„Nach einer qualvollen Treibjagd von Weimar her kamen sie vollkommen erschöpft in Buchenwald an. Kinder von zehn Jahren bis zu Greisen im Alter von 80 Jahren wurden mit Peitschen und Gewehrkolben ins Lager getrieben. Die Schwachen wurden am Ende des Zuges erschossen. Besonders schlimm war der Zustand der Männer aus Thüringen, die, gehetzt von Hund, schon vorher einen langen Fußmarsch zurückzulegen hatten.

Auf dem Appellplatz wurden die Mißhandlungen fortgesetzt. Niedergeschlagene wurden sofort ausgeraubt...

Links vom Tor waren fünf Baracken: 1 a bis 5 a. 2500 Menschen wurden in jeder Baracke untergebracht. Durch Löcher und Spalten fegte der eisige Wind. Strohsäcke und Decken gab es nicht. Abortanlagen und Waschräume waren nicht vorhanden. Nach einigen Tagen wurden zwei Latrinen gebaut. Diese reichten nicht...In der neutralen Zone, einem etwa 2 m breiten Geländestreifen längs des elektrischen Zaunes, der nicht betreten werden durfte, lagen die Erschossenen. Körperschwache stürzten beim Austreten in die Latrine und ertranken. Selbstmord durch Erhängen, Öffnen der Pulsadern und freiwilliger Sprung in die Latrine waren häufig und konnten kaum von den Mithäftlingen verhindert werden...

29 wahnsinnig Gewordene mußten mit Draht gefesselt werden. SS-Leute hielten sie plötzlich ab und trieben sie mit Schlägen zum Bunker, wo sie vom Scharführer Sommer mit einem eisernen Dreikant erschlagen wurden. Tausende sahen, von Schrecken gelähmt, diesem grausigen Treiben zu.

Unter Führung von SS-Scharführer Janssen drangen nachts Grüne in die Baracken ein. Sie

zogen Lebenden und Toten die Ringe von den Fingern, brachen Goldzähne aus und erschlugen alle, die sich wideretzten...

Als einmal zwei Baracken wegen Überlastung zusammenbrachen, drang wieder die SS ein und ermordete 16 Gefangene.“

Im KZ Dachau sind bis zum August 1939 von den im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom verschleppten jüdischen Menschen 185 ermordet worden.<sup>47a</sup>

Während des Pogroms und in den Monaten danach wurden insgesamt weit mehr als 1000 Juden und Jüdinnen im Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus ermordet.<sup>48</sup>

### Kombinierte Vorgehensweise der Nazi-Führung, um ihren antisemitischen Masseneinfluß ausweiten zu können

Die Nazifaschisten hatten von Anfang an erklärt, daß sie die sogenannte „Judenfrage“ nicht mit „Raddau“-Antisemitismus, wie sie das nannten, sondern auf dem Weg des staatlichen „Vernunft“-Antisemitismus bzw. des „wissenschaftlichen“ Antisemitismus „lösen“ wollten. Das bedeutete, daß die Jüdinnen und Juden durch das von antisemitisch-rassistischer „Vernunft“ geleitete staatliche Vorgehen „ausgeschaltet“, ja vernichtet werden sollten.<sup>49</sup> Von vornherein war damit aber das Element des Pogroms, des antisemitischen Appells an die niedrigsten Instinkte und der Schürung der Pogromstimmung bzw. des Pogroms selbst nicht ausgeschlossen.

So kam es im Vorfeld der Verabschiedung der rassistisch-antisemitischen „Nürnberger Gesetze“ im Sommer 1935 zu einer neuen Welle antisemitischen Terrors gegen die Jüdinnen und Juden, von Boykottaktionen jüdischer Geschäfte, über die Zunahme des alltäglichen Antisemitismus wie Beleidigungen, Pöbeleien, körperliche Angriffe, eine extreme Zunahme von antisemitischen Verbotschildern in den Städten und Dörfern Deutschlands bis zu Nazi-Angriffen auf Synagogen, die sich über ganz Deutschland erstreckten.<sup>50</sup>

Im Januar 1937 wiederum hatte das „Judenreferat im SD-Hauptamt“ als das „wirksamste Mittel“ zur beschleunigten „Lösung der Judenfrage“ den „Volkszorn“ empfohlen, „der sich in Ausschreitungen ergeht... da der Jude durch Pogrome... viel gelernt hat und nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich spontan gegen ihn wenden kann.“<sup>51</sup>

Im Juli 1938 dagegen gab etwa Karl Krimmich, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bei der Beratung der Rolle der Banken bei der „Totallösung der Arisierung“ den Geräuschlosen vor den spektakulären den Vorzug.<sup>52</sup>

Beide Aspekte spielen für die Nazi-Politik bzw. für die deutschen Imperialisten eine Rolle. In bestimmten Situationen schürten die Nazifaschisten also durchaus kaltblütig auch Pogrome und führten diese durch. Doch in der Gesamtstrategie der Nazis hatte dies letztendlich eher den Charakter einer flankierenden Maßnahme für die Durchführung der offiziellen staatlich-organisierten antisemitischen Politik.

Das war auch im November 1938 so. Schon an den Befehlen und Anweisungen der Nazi-Führer, wie der Pogrom durchzuführen sei, zeigt sich, daß der Rahmen und die Grenzen der durchzuführenden Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung ziemlich genau überlegt und festgelegt waren. Noch bedeutsamer aber war, daß schon sehr rasch,



bereits am 10. November der nazistische Grundkurs betont wurde, die sogenannte „Judenfrage“ auf „staatlichem Weg“ zu lösen. Auf der ersten Seite des zentralen Nazi-Hetzorgans „Völkischer Beobachter“ verkündete der Nazi-Propagandaminister Goebbels, der bei der Auslösung des Pogroms die führende Einpeitscherrolle gespielt hatte: „Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“<sup>53</sup> Für die Jüdinnen und Juden bedeutete dies unmittelbar am oder direkt nach dem 9. November die staatlich organisierte Deportation von 30.000 Juden in die KZs.

Die nazistischen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Chelmo, Sobibor, Majdanek-Lublin, Belzec – das ist der furchtbare Beweis dafür, daß für die Vernichtung der Jüdinnen und Juden sowie der Roma und Sinti im Gesamtrahmen der Nazi-Politik nicht das Element des Pogroms entscheidend war, sondern der staatlich-bürokratische Weg hin zum kaltblütig und „wissenschaftlich“ geplanten Völkermord unter Einsatz aller staatlicher Mittel.

★★★

Sicherlich hat es unter den obersten Nazi-Führern sowie im Nazi-Apparat angesichts des Kompetenzgerangs zwischen den verschiedenen Nazi-Ministern, der Gestapo, der SA usw. auch Widersprüche über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel der antisemitischen Politik gegeben, so auch über den Ablauf des Novemberpogroms 1938. In der Nazi-Konferenz über den Novemberpogrom am 12. November 1938 kritisierte z. B. der für den Nazi-Wirtschaftsplan zuständige Göring, der den Grundgedanken des Novemberpogroms vollumfänglich billigte, die massenhafte Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen als unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem „deutschen Volksvermögen“ verloren gingen: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet“.<sup>54</sup> In der Grundlinie der staatlich vollzogenen antisemitischen Politik bis hin zum staatlich organisierten Völkermord waren sich die Nazi-Führer grundlegend einig.

Ebenso gab es auch nicht exakt einkalkulierbare Momente in der Wechselwirkung zwischen der Nazi-Parteistruktur und dem Nazi-Umfeld bis hin zu unorganisierten Antisemiten, welche durchaus auch „selbständig“ oder in Verbindung mit einzelnen „übereifrigen“ Nazifunktionären am jeweiligen Ort zum Pogrom schritten. So hat es schon am 7. und 8. November 1938 in einer ganzen Reihe von kleineren Orten Pogrome gegeben, die von Nazi-Ortsgruppenleitern initiiert wurden, die teilweise deren Kontrolle entgingen, weil sich große Teile der Bevölkerung massiv daran beteiligten.<sup>55</sup>

Insgesamt konnten die Nazi-Führer selbstverständlich bei der Durchführung ihrer antisemitischen Politik nicht alles vorausplanen. So waren sie auch bei der Durchführung des Novemberpogroms zum Teil gezwungen zu improvisieren. Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ging es nicht anders, wenn sie den Pogrom unter dem Vorwand der „Rache“ und des angeblich so spontanen „Volkszorns“ durchziehen wollten. Das allein zu betonen heißt aber die ganze Wahrheit zu vertuschen.

Ausschlaggebend für die Durchführung des antisemitischen Terrors mit all seinen Verbrechen war

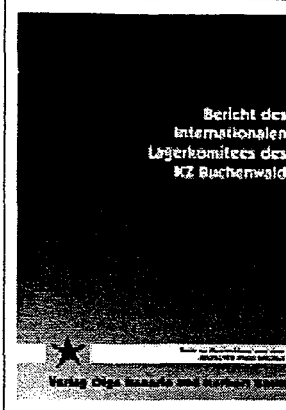
die Tatsache, daß in Situationen wie am 9. November 1938 ein jahrelang eingespielter Apparat vorhanden war, daß die Nazi-Führer bei der Durchführung ihres Terrors jederzeit über die Gewaltmittel des bürgerlichen Staatsapparats verfügten, dessen Hebel von den deutschen Imperialisten in die Hände der Nazi-Partei gelegt worden waren, um deren aggressive Weltherrschaftspläne mit allen Mitteln bis hin zum Völkermord durchzusetzen. Und für den Erfolg des Verbrechens war schließlich auch ausschlaggebend, daß sich die Nazis beim Entschluß zur raschesten Durchführung des Pogroms auf den tiefsitzenden Einfluß des Rassismus und Antisemitismus unter breitesten Teilen der ausgebeuteten und werktätigen Massen stützen konnten.

★★★

Von Anfang an trolleten die Nazis tagaus tag ein: „Die Juden sind unser Unglück! Juda verrecke!“ Angesichts des Vorhandenseins einer unter Führung der KPD erstarkenden revolutionären Arbeiterbewegung und angesichts der für die deutschen Imperialisten drohenden Gefahr, daß die revolutionäre Gärung in Teilen der Arbeiterklasse bei einer herangereiften revolutionären Situation zum bewaffneten Aufstand der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter führt, hatte gerade auch die chauvinistische und antisemitische Hetze für die deutschen Imperialisten vor 1933 eine wichtige Ablenkungsfunktion.<sup>56</sup>

Dennoch kann die Funktion des groß angelegten Novemberpogroms 1938 nicht gleichgesetzt werden etwa mit der Funktion der großen Pogrome, die der Zarismus in Rußland 1905 durchführte, um die breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie vor allem auch die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land vom revolutionären Kampf, von der Revolution abzulenken. Denn 1938 gab es in Deutschland keine revolutionäre Situation. Mehr noch: Es gab wohl während der gesamten 12 Jahre der Herrschaft des Nazifaschismus keine Zeit (außer in den ersten Kriegsjahren nach den nazistischen „Blitzsiegen“), die weiter von einer revolutionären Situation entfernt war als das Jahr 1938. Und wohl zu keinem anderen Zeitpunkt konnte sich das Nazi-Regime auf eine derart breite Massenbasis stützen wie im Herbst 1938.

Innenpolitisch war es den nazifaschistischen Machthabern gelungen, die größten Teile der Parteiorganisation der KPD in Deutschland zu zerschlagen und damit den wirksam handelnden revolutionären Kern des Widerstands gegen die Nazifaschisten und den deutschen Imperialismus überhaupt sehr weitgehend zu schwächen. Vor allem durch die Rüstungsproduktion gab es zumindest keine sichtbare Massenarbeitslosigkeit mehr. Die olympischen Spiele in Berlin 1936 bedeuteten für die Nazifaschisten einen nicht unerheblichen internationalen Prestigegewinn. Außenpolitisch hatte sich der deutsche Imperialismus durch die Erfolge der „friedlichen“ Annexion Österreichs im März 1938 sowie durch die Annexion der Grenzgebiete der Tschechoslowakei im Oktober 1938 erheblich gestärkt und war durch die „München“-



Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das Internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise in diesem Dokument von 1949 genauestens geschildert, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

205 Seiten, Preis 20 DM, ISBN 3-932636-26-0

Zu bestellen bei:  
Buchladen Georgi Dimitroff,  
Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Politik der französischen und englischen Imperialisten in seiner Aggressivität ermutigt worden. So saßen die nazifaschistischen Machthaber des deutschen Imperialismus im Herbst 1938 vergleichsweise fest im Sattel.

Warum aber dann der Pogrom? Und warum überhaupt die immer weiter getriebene Verschärfung des antisemitischen Terrors, bei dem es zwischenzeitlich nur scheinbare „Entspannung“ gab (aus durchsichtigen Gründen etwa zur Zeit der Olympischen Spiele), um dann nur um so grausamer und mörderischer fortgeführt zu werden bis zum Völkermord in den Todesfabriken.

Der KPD-Genosse Paul Merker hat 1944 über die Funktionen des Rassismus der Nazis richtig festgestellt:

*„Der Rassismus der Nazis diente nicht mehr bloß zur Ablenkung betrogener Volksmassen, sondern er war zugleich das Mittel zur Stützung der höchsten Machthaber, zur materiellen Korruption der mittleren und unteren Nazifunktionäre und zur ideologischen Vorbereitung des Raubkrieges. Jeder rassistisch-antisemitische Vorstoß erfolgte deshalb nach jeweiliger kaltbühtiger Abwägung des Für und Wider, nach genauer Berechnung des zu erzielenden Ergebnisses zur gegebenen Zeit. Deshalb erfolgte er nach genauer Ausarbeitung der jeweils anzuwendenden Methoden, die sich von der Schmähung und Demütigung bis zur blutigen Terrorisierung und Ausrottung der jüdischen Bevölkerung entwickelte.“<sup>57</sup>*

In der Tat waren Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus für die deutschen Imperialisten nicht nur geeignetes Gegenmittel gegen den Klassenkampf des Proletariats, gegen die Gefahr der proletarischen Revolution, sondern boten auch die geeignete pseudowissenschaftliche Begründung für deren Weltherrschaftspläne, für die Unterwerfung und Versklavung anderer Völker, die auch nicht halt macht vor der Ausrottung der als „minderwertig“ hingestellten Völker.

Sehr wichtig ist auch zu sehen, daß der immer schärfer durchgeführte Antisemitismus eine wesentliche praktische nazistische „Erziehungs“funktion breiter Massen, vor allem der Jugend für die Durchführung der Nazi-Politik mit all ihren Verbrechen hatte. Dazu schrieb Paul Merker:

*„Durch den Rassismus und Antisemitismus wurde Hunderttausenden eingeeifft, den Massenmord freudig durchzuführen. Doch die Erziehung zum Massenmord konnte nicht allein durch das Wort erreicht werden. Tägliche Einprägung von Theorie und Praxis war erforderlich, um den Nazi-jünglingen die herrenmenschliche Arro-*

## Warum Kommunistinnen und Kommunisten sich angesichts antisemitischer Aktionen im Interesse der revolutionären Erziehung der Arbeiterklasse schützend vor jüdische Kapitalisten stellen müssen

Es entspricht dem Klassenstandpunkt der Kommunistinnen und Kommunisten, daß sie wissen und propagieren, daß es ausgebeutete und unterdrückte jüdische Werktätige gibt so wie andere Werktätige und daß es große wie kleine jüdische Ausbeuter und Unterdrücker gibt so wie andere Ausbeuter und Unterdrücker.

Die proletarische Revolution zerschlägt nicht nur den Staatsapparat der herrschenden Klasse, sondern enteignet schließlich auch *alle* Kapitalisten, unabhängig von ihrer Nationalität, Religionszugehörigkeit oder anderen Merkmalen.

Warum kann es dann aber Situationen geben, in denen sich die Kommunistinnen und Kommunisten sogar schützend vor jüdische Kapitalisten, also vor eine Zielscheibe der proletarischen Revolution stellen müssen, obwohl diese doch als Ausbeuter und Unterdrücker bekämpft werden müssen und auf lange Sicht von der proletarischen Revolution enteignet werden?

Genau dies war 1938 die Situation: Es war die Pflicht der Kommunistinnen und Kommunisten, aller fortschrittlichen und revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter, die jüdische Bevölkerung zu verteidigen und zu schützen, im Bewußtsein der bestehenden Klassenunterschiede.

Eine solche besondere Situation ist allgemein *dann* gegeben, wenn Reaktionäre oder gar direkt nazistische Elemente bestimmte, vielleicht gar berechnete ökonomische Forderungen ausnutzen für die Entfaltung eines deutschnationalen, antisemitischen, rassistischen „Protests“, also eine zutiefst reaktionäre Bewegung entfachen, die das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter verhindert, vernebelt und vernichtet.

Es ist doch offensichtlich, daß z. B. die deutschen Nazifaschisten bei ihrer Hetze und ihren Pogromen bewußt die Hetze personalisiert haben, diesen oder jenen jüdischen Bankier oder Kaufhausbesitzer zuerst zur Hatz freigaben, um sich selbst als Vertreter eines „nationalen Sozialismus“ darzustellen.

Im Interesse der ideologischen Erziehung der Arbeiterklasse, im Interesse des revolutionären proletarischen Klassenbewußtseins, ist es die unbedingte Pflicht der Kommunistinnen und Kommunisten, jeglichem Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus entgegenzutreten, hier *keinerlei Zugeständnis* zu machen, da ohne eine solche Erziehung und Vorbereitung eine siegreiche proletarische Revolution unmöglich ist.

Das heißt in einer Situation der Pogrome und ihrer Vorbereitung mußten sich die Kommunistinnen und Kommunisten damals und müssen sie sich heute *vor alle nationalistisch, rassistisch Verfolgten stellen, auch vor einzelne Kapitalisten*, um rassistische und chauvinistische Übergriffe abzuwehren, und der Demagogie trotzen, daß sie sich damit für Kapitalisten einsetzen würden. Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen sich nicht nur schärfstens von jeglichem Antisemitismus abgrenzen, son-

dem sich sogar schützend vor die nazistisch diskriminierten und verfolgten Gruppen stellen, auch vor etwaige Kapitalisten, *nicht weil sie Kapitalisten sind, sondern obwohl sie Kapitalisten sind.*

Denn beim Kampf gegen antijüdische Hetze und Pogrome muß man sich bewußt sein, daß sie sich nicht teilen läßt in einen angeblich berechtigten Teil, den gegen die „reichen Juden“ und einen unberechtigten Teil, gegen die „armen Juden“. Und wer der Hetze und Verfolgung von Jüdinnen und Juden zusieht, weil die betreffenden ja „nur“ Kapitalisten sind, macht sich mitschuldig an der Verbreitung des Giftes des Antisemitismus und Rassismus, das für jede revolutionäre Arbeiterbewegung tödlich ist.

Mag eine solche Haltung es Demagogen erleichtern, die Kommunistinnen und Kommunisten als „Verteidiger der Kapitalisten“ zu diffamieren, auf lange Sicht stärkt diese Haltung das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und den Kampf zum Sturz des Kapitalismus. Selbstverständlich ändert dies nichts am Programm und der Perspektive der Zerschlagung des kapitalistischen Systems und der Enteignung aller Kapitalisten, wovon dann eben auch jene betroffen sein werden, die vorher vielleicht von den Kommunistinnen und Kommunisten versteckt wurden, um sie vor Pogromen zu schützen. Und dies ändert auch nichts daran, daß Ausbeutung und Unterdrückung – von wem sie auch immer ausgehen – bekämpft und angegriffen werden müssen.

★★★

Paul Singer, kaum eine Genossin, kaum ein Genosse kennt diesen Namen. Angesichts der antisemitischen Wellen der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts hat die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie zu Lebzeit Engels bewußt und demonstrativ einen Juden, der zumindest zu Beginn seiner Sympathie für den revolutionären Kampf des Proletariats Textilfabrikant war, in ihre Reihen aufgenommen und als Kandidat für die Stadtverordnetenwahl aufgestellt!

Die klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins verstanden sehr wohl, daß dies keine Hinwendung zum Kapitalismus, sondern ein Schlag gegen den Antisemitismus war – zumal sich Genosse Singer voll und ganz auf den Standpunkt des Proletariats, des Marxismus stellte.

Es war nicht nur eine Demonstration der revolutionären Sozialdemokratie gegen Antisemitismus, es wurde zunehmend eine machtvolle Demonstration der Arbeiterschaft in Berlin, die liebevoll, in vollem Bewußtsein über den reaktionären Charakter des Antisemitismus ihren Paul Singer feierten. Ein vor den Nazis geflohenen Augenzeuge berichtete 1944:

„Und da geschah das, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme „Judenpaule! Judenpaule! Die Massen horchten auf. „Bravo Judenpaule! Hoch, Judenpaule!“ tönte es noch einmal von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzel-

ne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung gänzlich harmlos. Sie war lediglich ein Ausdruck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle. Hunderte, Tausende wiederholten: „Judenpaule! Judenpaule!“ Es umbrauste die mächtige Gestalt des Gefeierten, der noch am Rednerpult stand und, zuerst erstaunt und sprachlos, dann bis ins Innerste ergriffen, die eigenartige Huldigung entgegennahm. Die Arbeiter konnten sich gar nicht beruhigen. Sie stürmten auf das Podium und holten Singer herunter. Sie hoben ihn hoch und trugen ihn im Triumph aus dem Gebäude auf die Straße. . . . So etwas begab sich einmal in Deutschland. Es ist freilich fast zwei Menschenalter her ...“

(Zitiert nach: Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/Main 1959, S. 183)

Paul Singer starb am 18.1.1911. Lenin schrieb über Paul Singer, daß er sich in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts dem revolutionären Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter zugewandt habe und 1870 den sozialdemokratischen Protest gegen die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich durch Deutschland unterzeichnete. 1878 trat Paul Singer der revolutionären deutschen Sozialdemokratie bei. Lenin erklärte über Paul Singer, daß es „*selten solche Menschen gibt, die aus dem Lager der Bourgeoisie kommen und sich dem Sozialismus anschließen*“ (Lenin, Paul Singer, 1911, Werke Band 17, S. 78). Lenin schilderte die revolutionäre Tätigkeit des Genossen Singer:

„*Er war vor allem und vornehmlich praktischer Organisator der illegalen Partei zur Zeit des Ausnahmegesetzes, ferner Berliner Stadtverordneter und Parlamentarier nach Aufhebung dieses Gesetzes.*“ (ebenda, S. 78)

Lenin betont, daß Paul Singer „*stets an der Spitze der standhaftesten und entschiedensten Kämpfer gegen alle Erscheinungen des Opportunismus*“ stand (ebenda, S. 78).

Lenin berichtete über Paul Singers Beerdigung:

„*Am 5. Februar dieses Jahres trug die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer ältesten Führer, Paul Singer, zu Grabe. Die gesamte Arbeiterbevölkerung Berlins, viele Hunderttausende waren dem Ruf der Partei gefolgt und zur Trauerdemonstration erschienen, waren gekommen, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der seine ganze Kraft, sein ganzes Leben in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse gestellt hatte. Niemals zuvor hat die Dreimillionenstadt Berlin solche Massen gesehen: Nicht weniger als eine Million Menschen nahmen an dem Zug teil oder säumten die Straßen.*“ (ebenda, S. 76)

- ganz, die Verachtung des Mitmenschen, die terroristische Grausamkeit, die kalblütige Mordbereitschaft beizubringen. Dieser praktischen Erziehung zur Herzlosigkeit, Unmenschlichkeit, Grausamkeit und Mordbereitschaft dienten die kalblütigen Folterungen und Mordtaten an wehrlosen politischen Gegnern und Juden.“<sup>58</sup>

Die zunehmende Aggressivität des nazistischen Antisemitismus ist von daher nicht Ausdruck der

zunehmenden Schwäche der Nazi-Machthaber bzw. der immer größeren Unzufriedenheit breiter Massen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, sondern gerade umgekehrt. Um so fester die Nazifaschisten im Sattel saßen, um so mehr Handlungsspielraum sie nach innen und außen erhielten, um so mehr vorübergehende „Rücksichtnahmen“ wegzulassen, um so mehr sich die deutschen Imperialisten durch die „zurückhaltenden“ oder sogar unterstützenden Reaktionen der anderen im-

perialistischen Großmächte in ihrem aggressiven Expansionismus bestärkt sahen (siehe etwa „Münchener Abkommen“), desto mehr verschärften sie den Terror gegen die Jüdinnen und Juden, bis schließlich durch den Überfall Nazideutschlands auf Polen sowie durch die Kriegserklärungen Frankreichs und Englands an Deutschland und den Zweiten Weltkrieg überhaupt<sup>59</sup> irgendwelche „Rücksichtnahmen“ sowieso weitestgehend hinfällig wurden.

Die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus ist der welthistorisch zum ersten Mal begangene industriell durchgeführte rassistische Massenmord an der jüdischen Bevölkerung sowie an den Sinti und Roma. Dieses „deutsche Morden“, der staatlich angeordnete und auf lange Sicht geplante, industriell organisierte, bürokratisch geregelte und mit preußischer Mentalität durchgeführte Völkermord ist bisher in der Geschichte einmalig.

Dies kann nicht allein auf ein unmittelbares ökonomisches Interesse reduziert werden, wie das manche Vulgärmarxisten meinen. Der Nazifaschismus setzte zwar keineswegs das Profitstreben als höchstes Gesetz des Imperialismus außer Kraft. Das deutsche Monopolkapital zeigte tatsächlich, daß es sich an den KZs, ja selbst an den Vernichtungslagern durch Beraubung und Sklavenarbeit der Häftlinge vor ihrer Ermordung noch bereichern konnte.

Aber weder die unmittelbar ökonomischen Profitinteressen noch die konkreten militärischen Erfordernisse können wirklich umfassend erklären, warum in den Kriegsjahren und vor allem in den Jahren der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Nazi-Regimes die Nazi-Henker weiter Züge mit Hunderttausenden von Menschen in die

die antisemitischen Gewalttaten der Nazis in der Novemberpogromnacht abgelehnt hätten. Zumindest hätte sich doch nur eine kleine Minderheit daran beteiligt. Die Darstellungen der modernen Revisionisten gehen in die gleiche Richtung.

Diesen Fälschungen ist zunächst ein sicherlich noch vordergründiges Argument entgegenzuhalten: Soweit diese Ablehnung, diese Distanz bestand, betraf sie vielfach nur die extremen antisemitischen Pogrom-Verbrechen bzw. die „sinnlose“ Vernichtung großer Sachwerte, reichte aber nicht bis zur generellen Ablehnung des Antisemitismus. Das zeigte sich schon daran, daß dieselben Leute dann zumeist gegen die „ge-

setzmäßigen“ antisemitischen Maßnahmen nichts mehr einzuwenden hatten. Das gilt besonders für bestimmte deutschnationale Kreise, die selbst stark antisemitisch waren.

*Grundlegend ist der entscheidende Punkt aber, daß die überwältigend große Mehrheit nichts gegen den antisemitischen Terror unternahm, den Jüdinnen und Juden in ihrer entsetzlichen Bedrängnis und Todesangst nicht tatkräftig zur Seite stand, sie nicht unterstützte und schützte.*

Genau das ist ein entscheidender Punkt, aus dem *große Mitschuld* erwächst.<sup>60</sup>

Dabei kann beim Novemberpogrom sich niemand herausreden, „nichts davon gewußt“ zu haben. Die Verbrechen fanden im gesamten Herrschaftsbereich des Nazifaschismus statt – und alles dies geschah größtenteils vor aller Augen und vor einer Kulisse von Hunderten, Tausenden, in größeren Städten von zehntausenden von Zuschauerinnen und Zuschauern. Die 30.000 jüdischen Menschen, welche in die KZs verschleppt wurden, wurden in langen Kolonnen und durch ein Spalier von hunderten, tausenden, ja zehntausenden von „Zuschauern“ durch deutsche Großstädte, Kleinstädte und Dörfer geführt. Und die Nachricht von den brennenden Synagogen und den zerstörten Geschäften erreichte zweifellos auch jene, die in Städten und Dörfern wohnten, die schon „judenfrei“ waren. Die gesamte Nazi-Presse machte den Pogromterror im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis bekannt.

Die Nazis führten zahlreiche öffentliche Massenkundgebungen vor allem am 10. November 1938 durch. Auf diesen Kundgebungen wurden antisemitische Hetzreden gehalten, die „Erfolge“ des Pogroms gefeiert und zugleich neuer antisemitischer Terror angekündigt. Die Nazi-Führer ließen sich von hunderten begeisterten Nazi-Anhängern feiern. In Nürnberg fand zum Beispiel nach der Pogromnacht eine öffentliche Massenkundgebung der Nazis statt an der 100.000 freiwillig teilnahmen und der antisemitischen Hetzrede von Streicher, dem Herausgeber des „Stürmer“,

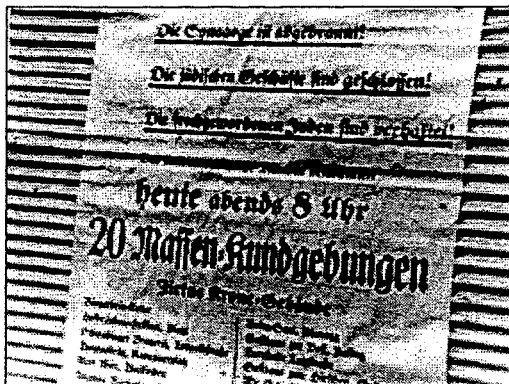
## Wichtige Flugblätter von „Gegen die Strömung“ zur Einschätzung des Nazifaschismus



50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte! Februar/März 1995, 6 Seiten, A 3



Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen! 50 Jahre Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung!“ April 1995, 10 Seiten, A 3



Nazi-Verbrechen in München während des Novemberpogroms sowie 20 antisemitische Massenkundgebungen in München am 11.11.1938 werden öffentlich auf Plakaten bekanntgemacht.

Vernichtungslager dirigierten, Millionen Menschen fabrikmäßig ermordeten.

Der unmittelbare Zweck des mörderischen Antisemitismus der Nazis war die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, das ideologische Programm der Ausrottung aller Jüdinnen und Juden in die Tat umzusetzen.

Dahinter stand, langfristig und weltweit für „1000 Jahre“ ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu statuieren, wie es die Welt bisher nicht gesehen hatte, um jeglichen Widerstand gegen das Nazi-Regime, gegen die Weltoberungspläne des deutschen Imperialismus zu zerschlagen.

Der industrielle Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie auch an den Sinti und Roma wirkt heute beim dritten Anlauf auf die Weltherrschaft um so mehr als Drohung an die Völker, dem deutschen Imperialismus „freiwillig“ Platz zu machen und sich ihm zu unterwerfen.

## Zur kommunistischen Linie des Kampfes gegen den Nazifaschismus angesichts nazistischer verseuchter Volksmassen in Deutschland

In den bürgerlichen Darstellungen und Einschätzungen des Novemberpogroms 1938 wird immer wieder betont, daß große Teile der Bevölkerung

einem der schlimmsten Antisemiten Nazi-Deutschlands und „Gauleiter von Franken“, zuzubelten.<sup>61</sup> Allein in München gab es an zwanzig Orten Massenkundgebungen. Dazu wurde auf Plakaten und in der Nazi-Presse aufgerufen, die auch Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden verkündeten. In München rechtfertigte der Nazi-„Gauleiter“ Adolf Wagner bei der Hauptkundgebung im Zirkus Krone vor tausenden Nazi-Anhängern den Mord an dem polnischen Juden Chaim Both.<sup>62</sup>

In der Straßenbahn, in Lokalen, überall war das im Nazi-Jargon als „Judenaktion“ bezeichnete Nazi-Massaker Tagesgespräch. Somit konnte niemand in Deutschland sagen, von den Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden bis hin zu den Morden nichts gewußt zu haben.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist, daß sich ein großer Teil der Werktätigen auch direkt an den Nazi-Massakern, vor allem am Raub beteiligte bzw. davon profitierte. Die weite Verbreitung des Begriffes „Schnäppchenjagd“ stammt in der Tat



Antisemitische Massenkundgebung in München im Zirkus Krone am 11. November 1938, abgedruckt in der Nazi-Zeitung „Völkischer Beobachter“ vom 12.11.1938.

aus dem Raub am Eigentum der Jüdinnen und Juden. Massenhaft wurden die verwüsteten Wohnungen von Jüdinnen und Juden ausgeraubt, deren Inhaberinnen und Inhaber oft geflohen oder deportiert waren. Auf den Straßen und Höfen wurden regelrechte Versteigerungen von Wohnungsinventar durchgeführt.

Die Anerkennung der Mitschuld der ausgebeuteten und werktätigen Massen an den Nazi-Verbrechen in der Tradition von Marx und Engels sowie

## Antisemitische Positionen des ZK der SED 1952: Entschädigung von Naziverbrechen an jüdischer Bevölkerung = „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“

Die KPD/SED hat direkt nach 1945 in ersten Ansätzen versucht den nazistischen Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen. 1952 war von diesen positiven Ansätzen nicht mehr viel übrig. Ja das ZK der SED verbreitete selbst öffentlich Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Ausschluss von Paul Merker aus der SED und seiner Verhaftung 1952.

Es soll hier nicht darum gehen, was Paul Merker wirklich oder angeblich getan hat, ob er in konterrevolutionäre Aktionen verwickelt war oder nicht. Es soll aufgezeigt werden, welchen Schmutz das ZK der SED in einer Erklärung vom 20.12.1952 ausleerte, der durch nichts zu rechtfertigen ist:

„Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er (Paul Merker, A.d.V.) mit den Wor-

ten: „Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen“.

(Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Band 4, Berlin 1954, S.206)

Beim ZK der SED wird die Wiedergutmachung der Naziverbrechen an der jüdischen Bevölkerung zur „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“. Ein Kempunkt des Potsdamer Abkommens über die Pflicht zur Wiedergutmachung der Naziverbrechen, der im Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945 noch richtig hervorgehoben wird, wird hier eindeutig aufgegeben und durch den Versuch ersetzt, an reaktionärste, ja antisemitische Ideen der Massen zu appellieren.

der proletarische Internationalismus – insbesondere gegenüber den vom deutschen Imperialismus überfallenen Völkern – waren als Ausgangspunkt des Kampfs gegen den Nazifaschismus unerlässlich.

Die Mitschuld galt es auf der Basis der klassenmäßigen Differenzierung herauszuarbeiten:

Zweifelloso trägt die Hauptschuld an den Naziverbrechen der deutsche Imperialismus, die deutsche Monopolbourgeoisie insgesamt. Dies schließt die Hauptrepräsentanten der Politik des Nazifaschismus, die Nazi-Führer und den Generalstab der Nazi-Wehrmacht etc., als Teil der herrschenden Klasse mit ein.

Danach folgen die Hunderttausende, die sich direkt daran beteiligten; die KZ-Schergen, Henker, Folterer, die Soldaten, welche die unglaublichsten Greuel und Verbrechen begangen haben.

Dann ist da die Mehrheit der Nazi-Anhänger, die diese Verbrechen unterstützten und sie guthieß.

Es folgt die große Masse derjenigen, die mit diesem oder jenem Verbrechen der Nazi-Faschisten nicht einverstanden waren, sie jedoch aus Feigheit duldeten und nichts dagegen unternahmen.

Und schließlich sind da diejenigen, z.B. Anhänger von SPD und KPD, die den Nazifaschismus und seine Verbrechen zwar ablehnten, aber nicht die Kraft und Prinzipienfestigkeit besaßen, sich in den aktiven Widerstand einzureihen.

Dem gegenüber steht der organisierte antinazistische Widerstand (und auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener Minderheit der deutschen Bevölkerung, die aktiv gegen den Nazifaschismus gekämpft hat.

Einen solchen Widerstand und auch einzelne Akte der Solidarität gab es auch am 9. November 1938. Hier einige Beispiele von Solidarität mit den gequälten und gehetzten Jüdinnen und Juden:

Der überlebende Arvy Levi berichtete von einer Solidaritätsaktion in München während der Pogromnacht, die seinen Vater Raphael Levi, seiner Schwester und einer weiteren Jüdin das Leben rettete:

„In dieser Nacht wurde mein Vater im Haus versteckt. Herr Daffinger, Geschäftsführer im Schauspielhaus, hielt ihn an den folgenden drei Tagen in seiner Wohnung versteckt, auch meine Schwester und unsere jüdische Haushälterin, Gitta Oppenheimer.“

Siegfried und Paul Adler aus München wurden gerettet, weil eine Nachbarsfamilie der Gestapo nicht verraten hat, wo beide hingezogen sind.<sup>63</sup> Ein Bauer aus Ellar versteckte die jüdische Familie



Der Aufruf des ZK der KPD vom November 1938 gegen den Novemberpogrom (siehe Beilage)

Lippmann aus Limburg in der Pogromnacht. Jedoch wurde die jüdische Familie Lippmann von nazistischen verhetzten Massen aus dem Haus des Bauern gezerrt und verschleppt, der Bauer selbst wurde furchtbar verprügelt und die Scheiben seines Hauses zerstört.

Wir betonen auch das, zumal es gerade die Mitschuld aller anderen zeigt, welche dies nicht taten.

Wie war angesichts dieser Situation kommunistische Politik möglich?

Der erste Schritt mußte sein, die bittere Wahrheit offen und öffentlich auszusprechen. Lenin formulierte dazu programmatisch:

„Ihr seid verpflichtet, ihnen (den Massen, AdV) die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-

demokratischen und parlamentarischen Vorurteile (in Deutschland vor allem die nazistischen Vorurteile, A.d.V.) beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortschrittlichsten Vertreter), nüchtern zu prüfen.“<sup>65</sup>

Es ging auf dieser Basis darum ein klares demokratisch-antinazistisches Minimalprogramm mit einem Kempunkt der demokratischen Solidarität mit allen Nazi-Opfern, insbesondere auch mit den Juden und Jüdinnen, den Sinti und Roma, auszuarbeiten. Das mußte verknüpft werden mit der vollen Klarheit über die Notwendigkeit der Vorbereitung und der Führung des bewaffneten Kampfes gegen den Nazifaschismus auf Leben und Tod. Nur auf der Basis einer solchen Linie, einer Linie voll des Hasses auf die nazifaschistischen Verbrechen, einer Linie des demokratisch-bewaffneten-illegalen Widerstands, konnte wirklich die übergeordnete kommunistische Linie bewahrt und entwickelt werden. Das kommunistische Maximalprogramm durfte keinesfalls beiseite geschoben oder verkürzt werden, sondern es mußte nach wie vor die Grundlage der kommunistischen Agitation und Propaganda bilden. Es mußte aber auch bewußt sein, daß die Realisierung des kommunistischen Maximalprogramms, die Durchführung der proletarischen Revolution, des Bürgerkriegs zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, dem Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, angesichts eines fehlenden minimalen demokratischen Bewußtseins bei großen Teilen auch der Arbeiterinnen und Arbeiter kurzfristig nicht realistisch war.

Es galt den Kampf gegen den Nazifaschismus dem langfristigen Ziel der proletarischen Revolution ein- und unterzuordnen.

Unser Krieg gegen den deutschen Imperialismus, den Kapitalismus überhaupt umfaßt heute auch den Kampf gegen den Antisemitismus. Der Kampf gegen den Antisemitismus muß theoretisch, ideologisch und politisch als Teil des demokratischen Kampfes geführt werden, als unerläßlicher Bestandteil zur Schaffung eines wirklich klaren Klassenstandpunkts der Mehrheit der Arbeiterklasse. Ohne einen solchen Kampf ist die Vorbereitung und die Durchführung der proletarischen Revolution, dem grundsätzlichen und übergeordneten Kampf, die Verwirklichung des kommunistischen Maximalprogramms unmöglich!

### Anmerkungen

1 Wilhelm Pieck, „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, Referat auf der Berner Konferenz der KPD, 30.1.1939, zitiert nach: Die Berner Konferenz der KPD 1939, Berlin 1974, S. 75.

In der Resolution der Berner Konferenz der KPD von 1939 wird allerdings eine viel zu positive Einschätzung in Bezug auf den Einfluß des nazistischen Antisemitismus und Rassismus auf breite Teile der Massen gegeben. Dort heißt es im Gegensatz zu Pieck:

„In diesen Septembertagen und bei den Judenpogromen zeigte es sich, daß immer breitere Massen der Kriegs- und Rassenhetze des Regimes, diesen beiden Hauptinstrumenten der Hitlerpropaganda, die Gefolgschaft versagen.“ (Dokumente zur Geschichte der SED, Band 1, Berlin 1981, S. 333)

„Immer breitere Massen“ sollen der „Rassenhetze des Regimes“ die „Gefolgschaft“ versagt haben, und das soll sich auch beim Novemberpogrom 1938 gezeigt haben...

genau das war eben falsch, eine fatale Fehleinschätzung des Ausmaßes der nazistischen antisemitischen Verseuchung breiter Massen in Deutschland.

2 Peter Longerich, Politik der Vernichtung, Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 197.

3 Zitiert nach Trude Maurer, Abschiebung und Attentat, Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 52.

4 Nach: Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/M. 1988, S. 44.

5 Was damals geschehen war, wurde im Eichmann-Prozess 1961/1962 in Jerusalem von Herschels Vater Sendel Grynszpan berichtet.

6 Während der Nazi-Zeit war „sale boche“ ein geläufiges Schimpfwort für Nazis, was soviel wie „drecksiger Deutscher“ bedeutete. Herschel meint mit den „12.000 verfolgten Juden“ einen der Transporte vom Oktober 1938. Insgesamt verschleppten die Nazis 17.000 Jüdinnen und Juden von Deutschland nach Polen.

7 Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/M. 1988, S. 52/53.

8 Besonders übel ist, wenn es bei Trude Maurer, Autorin in einem Band über den Novemberpogrom 1938 heißt: „Sollte er wirklich im Krieg nicht umgekommen sein, so hätte gerade dieser eine Jude, der tatsächlich schuldig war, den Mord an den Juden unverehrt überlebt.“ (Trude Maurer, Abschiebung und Attentat, Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 71.)

9 So heißt es in einer Instruktion für die Nazi-Presse vom 7.11.1938: „In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland. In Ausdrücken, die der Empörung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, daß die jüdische Emigrantenclique, die schon Frankfurter den Revolver in die Hand drückte, auch verantwortlich für dieses Verbrechen sei.“ (Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 15.)

10 Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft, Paderborn 1993, S. 139.

11 Relativ genaue Informationen über die Beteiligung von Teilen der werktätigen Bevölkerung stammen aus Gerichtsurteilen in den ersten Nachkriegsjahren, wenn gleich diese Urteile nur einen kleinen Ausschnitt der begangenen Verbrechen zeigen. (Wolf-Arno Kropat: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 66 f.)

12 Angeführt in Salomon Korn's Rede zur 60. Wiederkehr des 9. November 1938, Frankfurter Rundschau, 10.11.1998.

13 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/Main 1988, S. 98.

14 Herbert Schultheis, „Die Reichskristallnacht in Deutschland“, Bad Neustadt an der Saale 1985, S. 126.

15 ebenda, S. 154.

16 ebenda, S. 137.

17 ebenda, S. 301.

18 ebenda, S. 259.

19 Hans-Jürgen Döschner, Reichskristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, Berlin, S. 98.

20 ebenda, S. 99.

21 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 88.

22 Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden – Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939, München 1998, S. 291.

23 Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, 1988, Frankfurt/Main, S. 24.

24 ebenda.

25 Herbert Schultheis, „Die Reichskristallnacht in Deutschland“, Bad Neustadt an der Saale, S. 328.

26 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 98.

27 Enzyklopädie des Holocaust, Band III, München-Zürich, S. 1208.

28 Die Reichskristallnacht – Eine Arbeitshilfe für Unterricht und Gemeindearbeit, Heppenheim 1988, S. 49.

29 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 39/40.

30 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/Main 1988, S. 92.

31 ebenda, S. 98.

32 Hermann Graml, Reichskristallnacht – Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 32.

33 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 104.

34 ebenda, S. 96.

35 Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, München 1986, S. 34.

36 Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 109.

37 ebenda, S. 116.

38 ebenda, S. 133.

39 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 114/115.

40 Siehe z. B. das geheime Fernschreiben mit detaillierten Instruktionen an alle Staatspolizei(lei)stellen, das der Gestapo-Chef Müller um Mitternacht herausgab sowie das Fernschreiben mit präzisen Anweisungen für die Durchführung des Pogroms, das der Chef der Sicherheitspolizei Heydrich um 1 Uhr 20 an alle Staatspolizei(lei)stellen schickte. Beide Dokumente sind abgedruckt in Wolf-Arno Kropat: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 74-76.

41 Zahlenangabe nach K. Pätzold/Irene Runge: Kristallnacht – Zum Pogrom 1938, Köln 1988, S. 65.

42 Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende“, Mexico 1945, Nachdruck: Frankfurt/Main 1972, S. 55.

43 Von den 1938 in Deutschland (also ohne das im März 1938 annektierte Österreich und ohne die im Oktober 1938 annektierten Gebiete der Tschechoslowakei) lebenden ca. 350.000 bis 365.000 Jüdinnen und Juden lebten über 65 % in sieben Großstadtgemeinden konzentriert, ca. 40 % allein in Berlin.

44 Siehe Wolf-Arno Kropat: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 68.

45 Aus Hessen sind einige Fälle solcher direkten Nazi-Mobilisierungen der werktätigen Massen, ja sogar von Kindern zur Teilnahme am Pogrom dokumentiert. Einige Beispiele sollen hier angeführt werden:

- In Wolfersheim wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter des örtlichen Braunkohlenkraftwerkes, der „Hefrag“ mobilisiert.

- In Griesheim bei Darmstadt führten die beiden Chefs einer Firma Müller zwei Dutzend Angestellte zum Kaufhaus Löb, um dort gemeinsam Fensterscheiben einzuwerfen und gegen den jüdischen Inhaber vorzugehen.

- Der Nazi-Ortsgruppenleiter von Treysa mobilisierte in der Stadtschule mit Einwilligung des Rektors 40 bis 50 Schülerinnen und Schüler im Alter von 8 bis 14 Jahren zur Durchführung der „Judenaktion“. Auf dem Schulhof gab er ihnen Anweisungen darüber gegen wen und wie die Ausschreitungen vor sich gehen sollen. Dann werden die Kinder zu Häusern und Geschäften von Jüdinnen und Juden sowie zur Synagoge geführt, an deren Zerstörung sie sich beteiligten. (Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 67/68)

45a Wolfgang Wippermann, Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, Band I, Frankfurt 1986, S. 107.

46 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 42 – 43.

47 Klaus Drobisch, Widerstand in Buchenwald, Frankfurt/Main 1985, S. 30 und 32, Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 175.

47a Hans-Jürgen Döschner, „Reichskristallnacht“, Die Novemberprogrome 1938, Berlin 1988, S. 110.

48 Enzyklopädie des Holocaust, Band III, München-Zürich, S. 1208 bzw. Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann: Die Kristallnacht, Frankfurt/M. 1988, S. 187.

49 Hitler z. B. äußerte bereits 1919, daß nach Einführung einer „Fremdengesetzgebung“ das Ziel eines „Antisemitismus der Vernunft“ aber „unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein“ müsse. In einer ersten großen Rede zu dem Thema „Warum wir gegen die Juden sind“, die er am 13. August 1920 bereits als Propagandist der NSDAP hielt, sprach er ganz ähnlich von seinem „wissenschaftlichen Antisemitismus.“ (Zitiert nach Hermann Graml: Reichskristallnacht – Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 94)

50 Obwohl es um antisemitische Terroraktionen in ganz Deutschland ging, werden diese in der bürgerlichen Li-

teratur oft verharmlosend als „Kurfürstendamm-Krawalle“ bezeichnet (z.B. in: Avraham Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“ – Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt/Main 1987, S. 67).

51 Zitiert nach: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 105.

52 Kurt Pätzold/Irene Runge, Kristallnacht – Zum Pogrom 1938, Köln 1988, S. 245.

53 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 32.

54 Zitiert nach Hermann Graml, Reichskristallnacht – Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 177.

55 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 18.

56 Eben vor dieser Gefahr warnte auch Stalin im Jahr 1931, als er den Antisemitismus als „extreme Form des Rassenchauvinismus“ charakterisierte und erklärte:

„Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Wege abbringt und sie in den Dschungel führt.“ (Stalin, „Über den Antisemitismus“, 1931, Werke Band 13, S. 26)

57 Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende“, Mexico 1945, Nachdruck: Frankfurt/Main 1972, S. 47.

58 ebenda, S. 47.

59 Der Zweite Weltkrieg begann im Grunde bereits vor dem Überfall auf Polen, durch die Kriegssaggressionen der italienischen Faschisten in Abessinien, durch die Militärinterventionen der deutschen und italienischen Imperialisten in Spanien, durch den Aggressionskrieg der japanischen Imperialisten in China.

60 Die grundlegende Position von „Gegen die Strömung“ zur Mitschuld ist enthalten in „Rot Front“ Nr. 1, Januar 1996, S. 91 – 95.

61 Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 131.

62 A. Heusler, T. Weger, „Kristallnacht“ – Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998, S. 153/154.

63 Andreas Heusler/Tobias Weger, „Kristallnacht“ – Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998, S. 151

64 Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 85

65 Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 43/44

## BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

## ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

## Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

## GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr



## Einschnitte und Phasen des mörderischen antisemitischen Terrors der Nazifaschisten

Um den Novemberpogrom besser einschätzen und einordnen zu können, soll hier zunächst wenigstens ein kurzer Überblick über Einschnitte und Phasen der antisemitischen Politik der Nazifaschisten gegeben werden. Wir betonen von vornherein, daß es eine unumgänglich wichtige Aufgabe ist, die Gesamtheit der Verbrechen des Völkermords an den Jüdinnen und Juden und an den Sinti und Roma sowie der Ausrottungspolitik vor allem auch gegen die slawischen Völker insgesamt und in den einzelnen Ländern sehr genau zu darzustellen. Das Wissen darum in kompakter Form ist wichtig für alle Genossinnen und Genossen, um im ideologischen Kampf gegen die Vertuschung dieser Verbrechen in jeder Situation bestehen und die Offensive ergreifen zu können.

■ Nachdem 1933 die deutschen Imperialisten die Hebel der Macht in die Hände der Nazis gelegt hatten, begann in Nazi-Deutschland sofort die Diskriminierung, Terrorisierung und Isolierung der Jüdinnen und Juden. Der antisemitische Terror in Nazi-Deutschland reichte schon direkt nach dem Januar 1933 von antisemitischen Gesetzen, Razzien und Überfällen der SA, über verbale Beleidigungen und Drohungen durch z.B. antisemitische öffentliche Schilder, antisemitische Hetze in der gesamten Nazi-Presse bis zu massenhaften körperlichen Angriffen, Schändung von jüdischen Friedhöfen und Synagogen.

Bereits am 1. April 1933 wurde in Nazi-Deutschland der staatlich organisierte Boykott von Unternehmen der Jüdinnen und Juden mit massenhafter Unterstützung von Teilen der deutschen Bevölkerung unter dem öffentlichen antisemitischen Aufruf „Die Juden sind unser Unglück! Kauft nicht bei Juden!“ durchgeführt. Am 7. April 1933 erließen die Nazis das „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, welches die „nichtarischen“ Beamten (mit einigen Ausnahmen bis 1935) ausschaltete.

■ Ein wichtiger Einschnitt bei der Verschärfung des antisemitischen Nazi-Terrors waren die antisemitisch-rassistischen „Nürnberger Gesetze“ von 1935 („Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen und arverwandten Blutes“, „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutscher oder arverwandten Blutes sind verboten“, ebenso „außerehelicher Verkehr“). Vorausgegangen waren den „Nürnberger Gesetzen“ eine antisemitische Offensive, mit antisemitischen Massenkundgebun-

gen und -demonstrationen von zehntausenden, ja hunderttausenden Teilnehmern, massenhaften Boykotten von jüdischen Unternehmungen, einer erneuten Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen. Insgesamt wurde in der Phase von 1935 bis zum Novemberpogrom 1938 der staatliche Nazi-Terror gegen die Jüdinnen und Juden massiv verstärkt. Die „Arisierung“, d.h. der Raub des Besitzes von Jüdinnen und Juden wurde rigoros vorangetrieben. Gleichzeitig wurden immer mehr Jüdinnen und Juden zur Flucht gezwungen.<sup>1</sup>

■ 1938 wurde der antisemitische Nazi-Terror weiter verschärft. Eine neue Welle antisemitischer Gesetze wurde Anfang 1938 verabschiedet (ins-



Antisemitische Massenveranstaltung in Nazi-Deutschland unter der antisemitischen Parole „Die Juden sind unser Unglück!“, 1935

gesamt verabschiedeten die Nazis über 2000 antisemitische Gesetze von 1933 bis 1945), worin praktisch die vollständige „Ausschaltung“ der Jüdinnen und Juden aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben in Deutschland, die weitgehende Vollendung des Raubs am Besitz der Jüdinnen und Juden beschlossen wurde. Im Sommer 1938 werden neue Boykotte und antisemitische Kennzeichnungen jüdischer Geschäfte durchgeführt, jüdische Geschäfte werden landesweit geplündert und zerstört, allein in Berlin werden im Juni 1500 Juden verhaftet und in die Nazi-KZs verschleppt, allein in Sachsen werden 1350 antisemitische Veranstaltungen abgehalten.<sup>2</sup>

■ Die Deportation der 17.000 Juden und Jüdinnen mit polnischem Paß aus Deutschland nach Polen im Oktober 1938, das Nazi-Massaker am 9./10. November 1938 und die Verschleppung von 30.000 jüdischen Menschen in die Nazi-KZs waren weitere Einschnitte des antisemitischen Terrors der Nazifaschisten.

Direkt nach dem Novemberpogrom 1938 drohten die Nazi-Führer öffentlich mit der Vernichtung der Juden und Jüdinnen. Das „Schwarze Korps“, eine Zeitung der SS, verkündete öffentlich mit Bezug auf eine Sitzung der führenden Nazi-Größen vom 12. November 1938, also zwei Tage nach dem Novemberpogrom, das „Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung“. Am 30. Januar 1939 erklärte Hitler in einer öffentlichen Reichstagsrede vor aller Augen, die im Radio übertragen wurde, im „Völkischen Beobachter“ abgedruckt und auch als Sonderdruck verteilt wurde, „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ in einem neuen Weltkrieg!<sup>3</sup>

■ Der Zweite Weltkrieg bedeutete einen tiefgehenden Einschnitt des antisemitischen Terrors der Nazifaschisten. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann die Verwirklichung der nazistischen Drohungen, die massenhafte physische Vernichtung von „Fremdrassigen“ und „rassisch Minderwertigen“. Den Anfang machte die Ermordung zehntausender bei der sogenannten „Euthanasie“-Aktion ab Januar 1940 sowie die Massenerschießungen in Polen vom Herbst 1939 bis Frühjahr 1940, bei denen zehntausende Jüdinnen und Juden, Polinnen und Polen in Wäldern, Kiesgruben usw. durch Einsatzkommandos erschossen wurden. In dieser Phase kam es auch bereits zu groß angelegten, auf bestialische Weise durchgeführten Deportationen von Jüdinnen und Juden nach Polen, das von den Nazis als „Generalgouvernement“ bezeichnet wurde. Die systematische Deportation der jüdischen Bevölkerung aus ganz Europa in von den Nazis errichteten Ghettos war Voraussetzung für den staatlich angeordneten und auf lange Sicht geplanten, industriell organisierten, bürokratisch geregelten und mit preußischer Mentalität durchgeführten Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas.

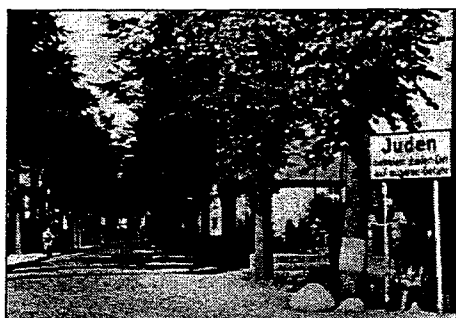
■ Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann zugleich der Massenmord an den Jüdinnen und Juden der UdSSR. Die „Einsatzgruppen“ und Polizeieinheiten durchkämmten systematisch die sowjetischen Städte und Dörfer und ermordeten bis 1943 über 1,5 Millionen Juden und Jüdinnen, Frauen, Kinder, Männer, Kranke und Alte. Die Strategie der Vernichtung aller Jüdinnen und Juden im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis führte vor allem ab der Nazi-Ministerialbesprechung am 20. Januar 1942 („Wannsekonferenz“) über die „Endlösung der Judenfrage“ zum staatlich durchorganisierten industriellen Völkermord an mehreren Millionen Jüdinnen und Juden, in den Nazi-Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Belzec, Majdanek-Lublin und Chelmo.<sup>4</sup>

1 Bis Anfang 1938 waren von den circa 500.000 im Jahr 1933 in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden circa ein Drittel aus Deutschland vertrieben worden.

2 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 17, Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 127.

3 „Das Schwarze Korps“, 24.11.1938, nach: Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 177/178. So verkündete Hitler am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag in einer zentralen und längeren Passage: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ (Zitiert nach: Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 178).

4 Siehe dazu genauer: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998, S. 32ff.



Antisemitisches Schild am Stadtrand von Braunschweig mit der Drohung „Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr“, 1935

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

September 1989

50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen:

## Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen

Zum 50. Jahrestag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen laufen die Propagandamaschinen des westdeutschen Imperialismus auf Hochtouren. 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen, 44 Jahre nach der Niederlage im 2. Weltkrieg würde Goebbels vor Neid erblassen angesichts der ungeheuren Möglichkeiten der Massenmedien heute, die immer und immer wieder wiederholte Lüge als Wahrheit zu verkaufen. Keine Zeitung, kein Tag im Fernsehen ohne "Enthüllungen" über den Ausbruch des 2. Weltkriegs. Wie wird dabei vorgegangen? Was sind die Ziele dieser ungeheuren Propagandamaschinerie?

### Erneute Verbreitung der Nazi-Lüge, daß der Krieg gegen die Sowjetunion Stalins gerecht gewesen sei

Eine der Hauptparolen der Nazis zur Rechtfertigung ihres gesamten Raubkrieges war - neben der offen imperialistischen Theorie vom "Gesundstoben" am Raub der Reichtümer anderer Völker und

der These vom "fehlenden Lebensraum" - der "Kampf gegen den Bolschewismus", gegen die "Diktatur Stalins", gegen die Ausbreitung des Kommunismus. So wurde - je nach Situation mal dieses, mal jenes betonend - der Raubkrieg ideologisch vorbereitet und später gerechtfertigt.

Nach der Niederlage der Nazis im 2. Weltkrieg wurde diese Tradition fortgeführt. Zwar hatten sie Schiffbruch erlitten, ihre Ideologie aber war längst nicht vernichtet. Auch der deutsche Imperialismus war zwar besiegt, aber nicht zerschlagen, im Gegenteil, er lebte wieder auf. In Westdeutschland erstarkte das Kapital von Jahr zu Jahr und es schuf sich erneut eine aggressive Armee, die Bundeswehr. Leitmotto zur Rechtfertigung des Krieges gegen den Osten war in den 50er Jahren erneut: Der Kampf der Wehrmacht habe sich doch schließlich gegen den Kommunismus, gegen die "Diktatur Stalins" gerichtet. Wenigstens das sei doch ehrenhaft gewesen. Und so erhielten denn auch die ehemaligen SS-Offiziere prompt Posten bei der neugegründeten Bundeswehr, genau nach Vorschrift versteht sich.

Tausende Broschüren und Bücher erschienen in dieser Zeit. Sie alle hatten nur die eine Aufgabe: nachzuweisen, daß der Krieg seitens der deutschen Imperialisten zwischen 1939 und 1945 zwar "schlimm" (vor allem, weil er verloren wurde!),

"Hitler, Goebbels, Ribbentrop, Himmler und die anderen Machthaber des heutigen Deutschlands sind die Kettenhunde der deutschen Bankiers, die deren Interessen über alle anderen Interessen stellen. Die deutsche Armee ist in den Händen dieser Herren ein blindes Werkzeug, dazu berufen, das eigene und fremdes Blut zu vergießen, sich und andere zu Krüppeln zu machen, und das nicht um Deutschlands Interessen willen, sondern zur Bereicherung der deutschen Bankiers und Plutokraten."

(Stalin, "Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion", 1942, S. 55)

der eigentlich Schuldige jedoch Stalin gewesen sei. Dieser habe Hitler angeblich erst ermutigt, dieser habe eigentlich die Diktatur ausgeübt, Hitler sei nur in die Fußstapfen Stalins getreten usw.

Heute, zum Jahrestag des Überfalls des deutschen Imperialismus auf Polen werden all diese Lügen und antikommunistischen Verfälschungen wieder ausgegraben, um die Verbrechen des deutschen Imperialismus zu rechtfertigen.



### Die wahren Gründe für den Krieg gegen die Sowjetunion

Die Sympathie der englischen, amerikanischen und französischen Imperialisten für Hitler, seine Duldung und Förderung nach 1933, rechnete vor allem darauf, daß Hitler mit seinem wütenden, blutigen Antikommunismus im eigenen Land schon ernst gemacht und die Konzentrationslager mit Kommunisten gefüllt hatte.

Einerseits wollten die anderen Imperialisten den deutschen Imperialismus, einen Konkurrenten im Kampf um die Weltmärkte, durch einen Krieg mit der Sowjetunion geschwächt sehen. Andererseits sollte Hitler den Krieg gerade auch zur Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion führen. Hit-

### Gorbatschows Schützenhilfe gegen Stalin

Willkommene Hilfe bei ihren Propagandafeldzügen gegen die Sowjetunion Stalins erhalten die westdeutschen Imperialisten dabei noch von ganz anderer Seite. Nach dem Verrat der Chruschtschow-Revisionisten an der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins, nachdem Partei und Staat die Farbe gewechselt haben, nach der Wiederherstellung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und der Entfaltung der bürgerlichen Ideologie hat sich heute ein ganz besonders extremes Regime in der Sowjetunion etabliert. Die kapitalistisch-revisionistische Gorbatschow-Clique - ganz besonders hemmungslos in ihrer Anbiederung an die westlichen Imperialisten, ganz besonders konsequent beim Abstreifen der letzten Reste vom "sozialistischen Mäntelchen" - stößt, ausgestattet mit Milliardenkrediten aus dem Westen, ins gleiche Horn: Die westdeutschen Imperialisten können voller Freude ihre "Enthüllungen" über Stalin direkt aus "Moskau News", "Sputnik" oder "Prawda" zitieren: Stalin sei genauso wie Hitler oder gar schlimmer als dieser!



Die deutschen Monopolkapitalisten glaubten, sich für immer in den besetzten sowjetischen Gebieten festsetzen zu können.



Schon immer wurde mit dem Wörtchen "Freiheit" Schindludergetrieben. Die Ausbeuterklassen benutzten es seit jeher, um ihre Freiheit der Ausbeutung und Unterdrückung zu fordern.

● In der Sowjetunion wird jetzt auch vermehrt die "Freiheit des Arbeitsmarktes" gepriesen, was nichts anderes heißt, als daß die Arbeiterinnen und Arbeiter

## **Gorbatschows "Freiheit" ist die Freiheit der Ausbeuter, Unterdrücker und Faschisten!**

jetzt auch ganz offiziell als Arbeitslose, als Reservarmee für die Profite hin und herschoben werden können.

● Drastisch zeigte sich auch, was diese "Freiheit" für die nichtrussischen Nationalitäten bedeutet, als Gorbatschows Elitetruppen mit Giftgas ein Gemetzel unter der georgischen Zivilbevölkerung veranstalteten.

Die vorbildliche Nationalitätenpolitik Lenins und Stalins beschränkt auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus den gewiß nicht immer

lichten Weg, einerseits ein Maximum an nationalen Rechten (bis hin zum Recht auf Losrennung) zu garantieren, ohne andererseits zu dulden, daß sich reaktionärer Nationalismus und Chauvinismus entfalten konnten.

Die Gorbatschows aber greifen wieder auf die Tradition des Zärismus zurück, lassen den Nationalitätenstreit aufleben, schüren ihn, um dann scheinheilig den Kopf über die Ausschreitungen zu schütteln. Die Sowjetunion ist längst wieder zu einem Völkergefängnis wie zur Zeit des Zärismus geworden.

● Ein besonders krasses Beispiel des staatlich geschützten Großrussextremismus ereignete sich im Juni/Juli 1988 in Leningrad. Innerhalb von zwei Wochen konnten unter den Augen der Miliz und der Parteifunktionäre fünf faschistische Großkundgebungen der "Pamjat" (1) stattfinden. Trotz Protesten aus der Bevölkerung nach den ersten Veranstaltungen wurde von den "zuständigen Stellen" nichts gegen die weiteren Veranstaltungen unternommen. Ja, die Versammlungen wurden sogar weiterhin von der Miliz gegen die aufgebrachte Bevölkerung geschützt.

So konnten die Faschisten offen ihre Parolen ver-

breiten: Sie forderten das Verbot der Heirat von Russen mit Nichtrussen, forderten die Deportierung von Juden und Nichtrussen und propagierten einen gnadenlosen Kampf gegen diejenigen zu führen, die "unter einem russischen Namen ihr ethnisches Wesen verbergen".

Als dagegen ein empörter Leningrader ein Protestplakat mit der Aufschrift "Proletarier aller Länder vereinigt Euch" entrollte, wurde er unter den Augen der Miliz von den faschistischen Schlägertrupps überfallen. Mit Wut stürzten sie sich gerade auf die Parole, die das wirkliche Gegenmittel gegen ihresgleichen, Faschisten und ihre Ziehväter, darstellt. (2)

Wer heute in der Sowjetunion den proletarischen Internationalismus hochhält, wird - unter staatlichem Schutz - von den Faschisten verfolgt!

Das ist das wahre Gesicht der Gorbatschows, der Chruschtschows und Breschnews oder wie die nachfolgenden Figuren auch heißen mögen, die sich allesamt dem Kapitalismus verschrieben haben!

(1) "Russische national-patriotische Front", die sich offen - auch durch das Äußere ihrer Kleidung - zur "Schwarzen Hundschaff" bekennt, eines unter dem Zärismus berüchtigten militanten Vortrupps des großrussischen Chauvinismus und Antisemitismus. (2) nach "Moskau News", September 1988.

ler als Stoßtrupp gegen die kommunistische Gefahr, als Stoßtrupp im Kampf gegen die damals eben sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins, dem glühenden Vorbild der fortschrittlichen Arbeiter aller Länder - das war die Rolle, die Nazi-Deutschland zugedacht war! Schließlich hatten die englischen und französischen Imperialisten bereits kurz nach dem Sieg der Oktoberrevolution durch ihre Intervention in Rußland praktisch bewiesen, daß sie gemeinsam mit den deutschen Imperialisten zu jedem Verbrechen gegen die Revolution in Rußland bereit waren.

der Sowjetunion diktatorisch daran gehindert, erneut die Werktätigen auszubeuten. Auf dem Land waren die Blutsauger der Landarbeiter und kleinen Bauern, die großbäuerlichen Kulaken in einer gigantischen Massenbewegung enteignet und ihres Einflusses beraubt worden. Die Landwirtschaft erholte sich rasch von den Schäden, die ihr die Sabotageaktionen der Kulaken, Getreideverbrennungen, Viehschlachtungen usw. zugefügt hatten.

Die kommunistischen Parteien aller Länder, zusammengeschlossen in der Kommunistischen Internationale, gewannen unter dem Eindruck des

siegreichen Sozialismus und durch die Führung des Klassenkampfes in den eigenen Ländern immer mehr Autorität und Einfluß, wurden wirklich führende Kräfte der Arbeiter- und Befreiungsbewegungen der damaligen Zeit.

Das alles sah natürlich keine imperialistische Macht gern. Die sozialistische Sowjetunion und die mit ihr eng verbundene kommunistische Weltbewegung war der Todfeind aller Imperialisten.



**Entscheidendes Material, um der Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins entgegenzutreten:**

### **Geschichtsfälscher**

72 Seiten,  
DM 3,50

Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des zweiten Weltkriegs

Eine historische Richtigmstellung der Verfälschungen und Verleumdungen der Sowjetunion unter Stalin in Zusammenhang mit dem sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt 1939. Veröffentlicht vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR im Februar 1948.

In der sozialistischen Sowjetunion waren damals die Fabrikbesitzer enteignet, die Volkswirtschaft nach den ersten Jahren des Bürgerkriegs wiederhergestellt und unter großen Anstrengungen eine Schwerindustrie aufgebaut worden. Die Ausbeutung der Arbeiter wurde abgeschafft, die Ausbeuter wurden durch die Mehrheit der Völker

## **Warum war der Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Deutschland richtig?**

Um die damalige Rolle der Sowjetunion zu entstellen, um gerade auch ihre großartige Rolle im Kampf gegen die Nazi-Henker zu verleugnen, werden Schmutzkübel über ein angebliches "Komplot Stalins mit Hitler" ausgegossen. Gemeint ist der Abschluß eines Nichtangriffsvertrages der Sowjetunion mit Deutschland.

Zu einem Zeitpunkt, als alle Bemühungen der Sowjetunion gescheitert waren, Abkommen mit England oder Frankreich zur Isolierung Hitlerdeutschlands zu schließen, im Gegenteil diese 1938 selbst mit Deutschland das räuberische

Münchener Abkommen abgeschlossen hatten, zu diesem Zeitpunkt blieb der Sowjetunion allein der Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland, um eine Atempause zur Vorbereitung auf den kommenden Krieg zu erhalten.

Es muß klar sein: Nach dem Einmarsch Japans nach China, nach der faschistischen Niederschlagung der spanischen Republik, dem Einmarsch Italiens nach Äthiopien, nach der Annexion Österreichs, des Sudetenlandes und des "Restes" der Tschechoslowakei und dem deutschen Überfall auf Polen war der Weltkrieg im Grunde genommen längst im Gange.

Daß die Sowjetunion - nach dem Überfall der deutschen Truppen auf Polen sowie der Kapitulation Polens gegenüber Hitlerdeutschland - am 17. September 1939 ihre Truppen 150 bis 200 Kilo-

# **ES WAR VOR ALLEM DIE SOZIALISTISCHE SOWJETUNION STALINS, DIE DEM NAZI-FASCHISMUS DAS GENICK BRACH!**

meter weiter nach Westen vorverlegte, war absolut legitim und militärisch völlig richtig. Dies erfolgte nicht nur im Interesse der Verteidigung der Sowjetunion, sondern in Übereinstimmung mit den Interessen des Kampfes aller Völker gegen die Nazi-Aggressoren. Mao Tse-tung, der Führer der chinesischen Revolution stellte heraus, daß das Handeln der Sowjetunion völlig gerechtfertigt war. Die Sowjetunion stand damals vor der Frage: "Soll man zulassen, daß ganz Polen unter die Herrschaft des deutschen Imperialismus gerät, oder soll man so handeln, daß die nationalen Minderheiten Ostpolens die Freiheit erlangen? In dieser Frage hat die Sowjetunion den zweiten Weg gewählt..." (Mao Tse-tung, "Die Interessen der Sowjetunion fallen mit den Interessen der gesamten Menschheit zusammen", 1939, Ausgewählte Werke, Band II, S. 325)

So wurden der Strategie des "Blitzkrieges" und den anfänglichen Erfolgen der Nazis nicht nur Worte, sondern Taten entgegengestellt: Moskau war nun ca. 200 Kilometer weiter von den Nazi-Truppen entfernt, Leningrad nach der Vorverlegung der Truppen in Finnland ebenfalls ungefähr 150 Kilometer.

Hätte die Sowjetunion nicht so gehandelt, hätten die Nazi-Truppen im ersten Sturm ganz Polen besetzt und in ganz Polen ihre Greueltaten verübt. Beim Überfall auf die Sowjetunion wären sie ebenfalls bis nach Moskau und Leningrad vorgeedrungen. Wären Moskau und Leningrad in die Hände der Nazi-Truppen gefallen, dann wären die Befreiung der Sowjetunion von den Nazi-Truppen und der Sieg über die Nazi-Faschisten überhaupt wesentlich langsamer und schwieriger vonstatten gegangen, hätten wesentlich größere Opfer gekostet, während in den Vernichtungslagern in Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Majdanek und Chelmo weiter ungestört Millionen Menschen aus den von Deutschland besetzten Ländern umgebracht und massakriert wurden.

★

## Die Heuchelei der Imperialisten

Die Einwände seitens der westdeutschen Imperialisten heute gegen die Vorverlegung der Truppen der Roten Armee, gegen den Abschluß eines

"Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich ist der

Nichtangriffspaktes durch die Sowjetunion sind natürlich pure Heuchelei. Die deutschen Imperialisten glaubten, sie könnten die Sowjetunion überraschen, wortbrüchig übertölpeln und sie so in ein paar Monaten niederwerfen. Doch es kam anders: Die sozialistische Sowjetunion hat dem Hitlerpack das Genick gebrochen! Das werden die deutschen Imperialisten Stalin nie verzeihen!

Auch seitens der englischen und französischen Imperialisten war es reine Heuchelei, als sie der Sowjetunion Absprachen und Kompromisse mit der Nazi-Diktatur vorwarfen. Waren es doch sie selbst, die das räuberische Münchener Abkommen abschlossen, die das republikanische Spanien im Kampf gegen Franco und die deutschen Faschisten im Stich gelassen hatten. Sie waren in

Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion gerade ein solcher Pakt.

Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert

sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland."

(Stalin, Rundfunkrede am 3. Juli 1941, zitiert nach: J. Stalin, "Über den großen vaterländischen Krieg", Frankfurt 1972, S. 7/8)

Wahrheit gar nicht an einer gemeinsamen Front mit der sozialistischen Sowjetunion zur Verteidigung Polens interessiert und lehnten alle realistischen Verhandlungen - sobald es um konkrete militärische Absprachen ging - im Grunde genommen ab. Die von England abhängige, zutiefst reaktionäre Regierung Polens hatte sogar offen erklärt, daß sie wirkliche Hilfe im Kampf gegen die Nazi-Diktatur durch die Rote Armee ablehnte.

## Die Opfer der Nazi-Verbrechen in Polen

### Opfer von Kriegshandlungen:

<i>Streitkräfte</i>	123 000
<i>Zivilbevölkerung</i>	521 000
<i>In Vernichtungslagern, bei öffentlichen Hinrichtungen, Befriedungsaktionen, Liquidierung des Ghettos</i>	3 577 000
<i>In Gefängnissen, Arbeitslagern, infolge Erschöpfung, schlechter Behandlung, Epidemien</i>	1 286 000
<i>Infolge erlittener Mißhandlungen, Überanstrengung, Verletzungen starben nach der Entlassung aus Arbeits-, Vernichtungslagern und Gefängnissen</i>	521 000
<b>Insgesamt Tote</b>	<b>6 028 000</b>
<b>Davon jüdische Bevölkerung aus Polen</b>	<b>3 400 000</b>
<i>Ferner wurden von den Nazis polnische Frauen und Männer nach Deutschland oder in von Deutschland besetzte Länder zur Zwangsarbeit verschleppt</i>	2 460 000

Zwangsweise umgesiedelt wurden von den Nazis außerdem 2 478 000

(nach: "Oder-Neiße - eine Dokumentation", Berlin 1956, S. 58/59)

## Die sozialistische Sowjetunion Stalins trug die Hauptlast des Kampfes gegen den Nazi-Faschismus

Wer vom Standpunkt des Gesamtverlaufs und des Ergebnisses des zweiten Weltkriegs die Frage des Nichtangriffspakts und der Vorverlegung der sowjetischen Truppen betrachtet, dem wird klar, daß es bei dieser richtigen Entscheidung um die Rettung von Millionen Menschenleben ging. Obwohl die englischen und französischen Truppen bereits von den Nazi-Truppen bekämpft wurden, dauerte es bis Juni 1944, bis die Westmächte die "Zweite Front" eröffneten und erst angesichts des Vormarsches der Roten Armee ernsthafte Anstrengungen unternahmen. Und das, obwohl sie offiziell seit 1941 mit der Sowjetunion verbündet waren!

Die sozialistische Sowjetunion verlor im Kampf gegen die Nazi-Diktatur über 20 Millionen Menschenleben! Die Sowjetunion Stalins - das ist die geschichtliche Wahrheit - trug die Hauptlast des militärischen Kampfes gegen die Nazi-Henker!

# DIE LEHREN FÜR HEUTE

Wenn wir heute, 50 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkriegs zurückblicken, so nicht nur, um die Geschichtsfälschung zu bekämpfen, die damals sozialistische Sowjetunion gegen Lügen und Verdrehungen zu verteidigen und die für westliche Milliarden erkaufte Lügen der Gorbatschow-Banditen zu entlarven. Es gilt vielmehr

auch, sich selbst und anderen bewußt zu machen:

Das System, das diesen Krieg hervorgebracht hat, das System des Weltimperialismus, existiert heute immer noch und gebietet tagtäglich in der ganzen Welt Hungertod und imperialistische Kriege. Die Gefahr eines erneuten weltweiten Krieges existiert nach wie vor!

Die Hauptverantwortlichen für den zweiten Weltkrieg, das deutsche Monopolkapital, der deutsche Imperialismus und seine Nazi-Henker wurden nur geschlagen, nicht wirklich vernichtet. Der westdeutsche Imperialismus verkörpert die ungebrochene Tradition, tritt in die Fußstapfen der Nazis. Heute noch als großer "Kreditgeber" und "Geschäftsmann" mit Samt in der Stimme, jedoch jederzeit auch bereit, un-

verhohlener und mit militärischer Präsenz vorzugehen. Die Ideologie der Nazis, die "deutsche Ideologie", der imperialistische Wahn, die "Besten der Welt" zu sein, wird nach wie vor lebendig gehalten, dient der Unterdrückung in anderen Ländern wie auch in Westdeutschland selbst.

"So schlimm wird es doch nicht kommen", propagierten die Abwiegler vor 1939, und viele glaubten ihnen! Auch heute, angesichts der weltweiten Aufrüstung unter dem Mantel der "Umrüstung" oder "Abrüstung" glauben viele nicht mehr an die Gefahr neuer imperialistischer Kriege.

Gegen alle Illusionen erklären wir: Solange es Imperialismus gibt, solange der Kapitalismus nicht durch die Kräfte der proletarischen Weltrevolution beseitigt ist, gibt es die Gefahr neuer imperialistischer Kriege.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder müssen sich zusammenschließen gegen erneute Raubkriege, zusammenschließen für die diktatorische Unterdrückung aller Kriegstreiber, Militaristen, aller Ausbeuter und Faschisten, zusammenschließen, um sich gegenseitig bei der Durchführung ihrer Revolution zu unterstützen.



**Krieg und Leichen - die letzte Hoffnung der Reichen**

Für uns in Westdeutschland heißt das:

**Tod dem westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, dem Fortsetzer des Erbes der Nazi-Henker!**

**Für die sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, Schulter an Schulter mit den Arbeitern und Arbeiterinnen aller Länder. Schulter an Schulter mit allen, insbesondere den vom westdeutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern!**

## Buchladen Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 6 Frankfurt 1

Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr  
Samstag 9 - 14 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

Antifaschistische, antiimperialistische Literatur



Werke von MARX, ENGELS,  
LENIN UND STALIN

Schriften des Kommunismus und  
der Kommunistischen Internationale



in vielen Sprachen erhältlich

Gegen die Ideologie und Politik des  
westdeutschen Revanchismus

**POLEN - EIN PRÜFSTEIN!**

in: "Gegen die Strömung", Nr. 35, 60  
S., DM 4,-

# Nazi-Verbrechen in Jugoslawien

Am 6. April 1941 überfiel der Nazi-Faschismus und sein faschistischer Verbündeter Italien Jugoslawien. Die Nazi-Wehrmacht und die SS besetzten das Land und es wurde ein brutales Terror- und Mord-Regime errichtet. Vier Jahre später wurde die deutsche Wehrmacht und die SS durch die jugoslawische Volksbefreiungsarmee mit Unterstützung der bulgarischen Volksarmee und vor allem der sowjetischen Roten Armee vernichtend militärisch geschlagen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren von den Nazis und ihren einheimischen Handlangern über 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Jugoslawiens ermordet worden, das waren über 10% der Gesamtbevölkerung. Der materielle Schaden wurde auf 9,1 Mrd Dollar beziffert.

## Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Roma

Die Völkermordpolitik der Nazis in Jugoslawien gegenüber der jüdischen Bevölkerung und den Roma war Teil des Nazi-Mordplanes, des staatlich organisierten industriell durchgeführten Massenmordes an 6 Millionen Juden und über 500.000 Sinti und Roma Europas. Von der rassistischen Gesetzgebung, der Verschleppung in KZs und Ghettos über antisemitische und antiziganistische Pogrome bis zur brutalen Zwangsarbeit - alle diese Terrormaßnahmen dienten der Vorbereitung und Durchführung des rassistischen Massenmordes, der direkt nach dem Einmarsch der Nazis begann.

Insgesamt wurden über 80.000 Jüdinnen und Juden, ca. 125.000 Roma aus Jugoslawien von den Nazis und ihren faschistischen Schergen ermordet. Im August 1942 verkündete ein Nazi-Schergen stolz: Serbien sei „das einzige Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst“. 1944 wurde dann auch Kroatien für „juden- und zigeunerfrei“ erklärt.

In Serbien übernahm vor allem die Nazi-Wehrmacht die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der Roma. Es wurde der Befehl ausgegeben, daß alle „Juden und Zigeuner“ als „Geißeln“ interniert werden sollten. Sie wurden daraufhin in KZs und Ghettos verschleppt. 1941 direkt nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien wurden sogenannte „Sühnebefehle“ erlassen, nach denen für jeden verwundeten deutschen Soldaten 50 und für jeden toten deutschen Soldaten 100 „Juden, Zigeuner und Kommunisten“ ermordet werden sollten. Bei den massenhaften Morden waren vor allem Jüdinnen und

Juden - vom Kind bis zum Greis - betroffen. In drei Tagen, vom 27.-30. Oktober wurden allein nördlich von Pancevo vom Infanterie-Regiment 433 der Wehrmacht 2200 Jüdinnen und Juden durch Erschießen ermordet. Bis zum 31. Dezember ermordete die Nazi-Wehrmacht mehr als 30.000 Menschen, vor allem jüdische Bevölkerung.

Nach der jüdischen Bevölkerung wurden bei den Geislerschießungen vor allem auch Roma ermordet. Als die deutsche Wehrmacht im Oktober 1941 9000 Einwohner Serbiens ermordete, waren darunter viele Roma. Am 21. Oktober 1941 wurden von einem Infanterieregiment der 717. Division der deutschen Wehrmacht in Kragujevac in sieben Stunden in einem wahren Blutbad 7000 Menschen mit Maschinengewehren niedergemetzelt, davon waren Tausende Jüdinnen und Juden und hunderte Roma. Am 11. Dezember 1943 wurden in Leskowitz 293 Roma von der Wehrmacht erschossen. Insgesamt sind während der Nazi-Besetzung mehrere Tausend Roma von der Wehrmacht und der SS bei den Geislerschießungen ermordet worden.

Im KZ Sajmiste wurden von der SS **Massenmorde durch Giftgas** durchgeführt. Vom März bis April 1942 wurden in einem mobilen Lastwagen über 7000 Häftlinge, 6500 Jüdinnen und Juden und 500 Roma, vor allem Kinder, Frauen und Greise, durch Autoabgase grausam ermordet.

In Kroatien, wo die Nazis einen Vasallenstaat gründeten, der von den kroatischen Faschisten, der Ustascha, formell geführt wurde, wurde der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Roma auch unter der Regie der Nazis, aber im wesentlichen durch die kroatischen Faschisten selbst, durchgeführt. Allein im Todeslager Jasenovac wurden über 20.000 Jüdinnen und Juden und 30.000 Roma von der Ustascha ermordet, insgesamt wurden in Kroatien 26.000 Jüdinnen und Juden und 40.000 Roma ermordet - auf bestialische Art und Weise erschlagen, erschossen, ertränkt oder durch Essensentzug ermordet.

Die Nazi-Wehrmacht und die SS organisierten vor allem gegen Ende des Krieges aus ganz Jugoslawien - als der industrielle Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma seinen bestialischen Höhepunkt erreichte - **massenhafte Deportationen in die nazistischen KZs und Vernichtungslager**. Insgesamt wurden 28.000 Jüdinnen und Juden und mehrere Tausend Roma aus Jugoslawien in den Nazi-KZs oder Vernichtungslagern außerhalb Jugoslawiens ermordet.

## Massenmorde an serbischer Bevölkerung

In ganz Jugoslawien war die serbische Bevölkerung von Anfang an ganz in der Tradition der antiserbischen Politik des deutschen Imperialismus ebenfalls einem Terror- und Mordregime der Nazis und ihrer Handlanger unterworfen. Insgesamt wurden allein von der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien 80.000 Geiseln ermordet, davon war ein großer Teil serbische Bevölkerung. Frauen, Männer, Kinder und Greise wurden allein nur deshalb ermordet, weil sie in den Gebieten lebten oder gelebt hatten, wo es Partisanenaktionen gab. Systematisch wurden ganze Dörfer vernichtet und die Einwohner ermordet oder in KZs verschleppt. Bei nazistischen Massenmorden im Herbst 1941 z.B. im Bezirk Macva (6000 Ermordete), in Krajewo (2000 Ermordete) und in Kragujevac (7000 Ermordete) wurden mehrere Tausend Serbinnen und Serben von der deutschen Wehrmacht erschossen. Von den 50.000 in Nazi-KZs in Serbien Ermordeten war ein großer Teil serbische Bevölkerung.

Im Ustascha-Staat wurde die serbische Bevölkerung besonders brutal verfolgt. Der Ustascha-Staat hatte die Verfolgung der serbischen Bevölkerung in Kroatien auf seine Fahnen geschrieben. Hunderttausende wurden vertrieben oder ermordet.

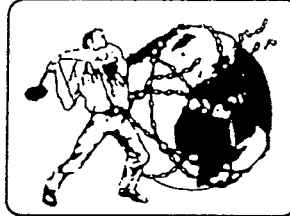
## Opfer der antinazistischen Kräfte

Auch im direkten Kampf gegen die antinazistischen Kräfte gingen die Nazis und ihre bewaffneten Kräfte in Jugoslawien brutal und grausam vor. Die Opfer waren besonders hoch. Während der Kämpfe gegen die Nazi-Okkupanten und ihre einheimischen Handlanger hatten die jugoslawischen Volksbefreiungskräfte rund 305.000 Tote und über 425.000 Verletzte zu beklagen, über 35.000 Soldaten der Roten Armee waren gefallen, verwundet oder wurden vermißt. Die bulgarische Volksarmee hatte Verluste von über 24.000 Soldaten.

*Quellen: M. Gilbert, „Endlösung“, Reinbek 1982, V. Dedijer, „Jasenovac - das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan“, Verhandlungsniederschriften der „Nürnberger Prozesse“, Der zweite Weltkrieg, Pahl-Rugenstein-Verlag, „Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945“, Hrsg. Rom e.V. Köln, H. Haer/K. Naumann (Hrsg.), „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, Hamburg 1995, „Zeit-Punkte“ Nr. 3/1995, „Gehorsam bis zum Mord? Der verschleierte Krieg der deutschen Wehrmacht“, W. Benz (Hrsg.), „Dimension des Völkermordes - Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus“, München 1991, „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945“, Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung.*

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

6/91

Juni 1991

*Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion:*

## Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!

Mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941 verfolgte der deutsche Imperialismus mehrere weitgesteckte Ziele: Nachdem es ihm gelungen war, fast ganz Europa sein Programm der "Neuordnung Europas" mit Krieg und Terror aufzuzwingen und in sein Hinterland zu verwandeln, sollte nun die Sowjetunion - als mächtigster Gegner dieses Programms und entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur Weltherrschaft - beseitigt werden.

Von Anfang an machten die Nazis keinen Hehl daraus, daß sie in der in ihrem Jargon sogenannten "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung" ihren Hauptfeind sahen. Blutiger Antikommunismus und barbarischer Rassenhaß waren Merkmale und Erscheinungen des Nazi-Faschismus, begleiteten die faschistischen "Ausrottungsfeldzüge". Unter dieser Fahne führten sie die Versklavung anderer Völker und die Ausbeutung ihrer Ressourcen unter der Knute der deutschen Imperialisten durch. Diese Ziele konnten nur vollständig durchgesetzt werden, wenn die sozialistische Sowjetunion zerschlagen worden wäre. Denn die Sowjetunion, in der das System der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen, das System der Versklavung und Erniedrigung der Völker beseitigt worden war, galt als Anziehungspunkt und Vorbild der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt.

Diesen Zielen des deutschen Imperialismus entsprach eine gewaltige Kriegsmaschinerie, die Nazi-Deutschland gegen die Sowjetunion in Gang setzte. Der Militärapparat, der am 22. Juni 1941 aufgeboten wurde, um die Sowjetunion im "Blitzkrieg" zu überrollen, war der größte, der je in der Geschichte bei einer militärischen Operation eingesetzt wurde: Etwa 3,8 Millionen Soldaten waren im Einsatz, zu deren Transport an die Front rund 17 000 Eisenbahnzüge erforderlich waren. Ausgerüstet war dieses Eroberungsheer unter anderem mit 600 000 Kraftfahrzeugen, 3000 Panzern, 7000 Artilleriegeschützen und 2000 Flugzeugen.

Nicht nur das Ausmaß des Einsatzes von Kriegsgeschützten und Soldaten, mehr noch die Grundsätze der Kriegsführung machten deutlich, daß von vornherein der Vernichtungsfeldzug gegen das System des Sozialismus durch mörderischen Terror gegen die Völker der Sowjetunion akribisch geplant und mit "deutscher Gründlichkeit" durchgeführt wurde:

Systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung unter der Parole der "Endlösung der Judenfrage"; Vernichtung der Zivilbevölkerung der großen Städte wie Leningrad und Moskau durch Aushungern und Bombardierung; Umsiedlung und Verschleppung der Landbevölkerung, begleitet von Massenerschießungen und einkalkuliertem Massensterben; planmäßige Ermordung der Kriegsgefangenen durch Zwangsarbeit, Hunger, Erschießungen und Giftgas, rücksichtslose Ermordung ziviler und militärischer "Kommisars", d.h. aller Kommunisten; Geißelerschießungen, um den Widerstand gegen die Nazi-Barbarei zu brechen (100 Zivilpersonen für einen getöteten deutschen Eroberer); ausdrückliche Entbindung aller Wehr-

machtsangehörigen von Gesetzen und Straffreiheit für Verbrechen an Partisanen oder an der Zivilbevölkerung; Verschleppung der noch arbeitsfähigen Bevölkerung zur Zwangsarbeit, zur "Vernichtung durch Arbeit"; planmäßiger Raub der Reichtümer des Landes und schrankenlose Ausplünderung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, wobei millionenfaches Verhungern und Erfrieren der Zivilbevölkerung einkalkuliert wurden.

Dergestalt instruiert, zog die deutsche Wehrmacht, unterstützt von den "Einsatzgruppen der SS", aus, um die Macht der Arbeiterklasse in der Sowjetunion zu beseitigen, den Widerstand der Werktätigen gegen die faschistischen Invasoren zu brechen und dem Kreuzzug gegen den Kommunismus zum Sieg zu verhelfen.

Die deutschen Eroberer wateten durch ein Meer von Blut und Zerstörung: 20 Millionen Bürger der Sowjetunion fielen dem Krieg zum Opfer, über 700 000 sowjetische Juden wurden sofort erschossen oder in den Vernichtungslagern, durch Giftgas ermordet. In den okkupierten Gebieten wurden 15 Großstädte, über 1700 Kleinstädte und etwa 70 000 Dörfer ganz oder teilweise verwüstet. Durch die Zerstörung von sechs Millionen Häusern wurden 25 Millionen Menschen obdachlos. Ein Drittel des bebauten Landes war in Ödland verwandelt, fast die Hälfte des Industriepotentials zerstört worden.

Als sich ihre Niederlage abzeichnete, setzte die Nazi-Bestie alles daran, auf ihrem Rückzug in der Sowjetunion nur "verbrannte Erde"

"Deutschland wird nach seiner Niederlage natürlich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch entwaflnet werden. Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten. Es ist allbekannt, daß die deutschen Machthaber jetzt schon zu einem neuen Krieg rüsten. Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt."

(Stalin, "Der 27. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 6. November 1944, Werke Band 14, S. 367)

zurückzulassen.

Doch die Rechnung Nazi-Deutschlands ging nicht auf. Die deutschen Imperialisten hatten ihr gefräßiges Maul weit aufgerissen, um die Sowjetunion zu schlucken, aber der Brocken war zu groß. Es bewahrheitete sich, was Ernst Thälmann seinen Peinigern im Zuchthaus Brandenburg entgegenschleuderte: "Stalin bricht Hitler das Genick".

**Die west/deutschen Imperialisten und die Gorbatschow-Revisionisten können den gerechten Krieg der Sowjetunion zur Verteidigung des Sozialismus und zur Befreiung der Völker nicht vergessen machen!**

Eine der Hauptparolen der Nazis zur Rechtfertigung ihres gesamten Raubkrieges war - neben der offen imperialistischen Theorie vom "Gesundstoßen" am Raub der Reichtümer anderer Völker und der These vom "fehlenden Lebensraum" - der "Kampf gegen den Bolschewismus", gegen die angebliche "Diktatur Stalins", gegen die Ausbreitung des Kommunismus. Je nach Situation wurde mal dies, mal jenes betont, so wurde der Raubkrieg ideologisch vorbereitet und später dann auch ganz offen gerechtfertigt.

Nach der Niederlage der Nazis im Zweiten Weltkrieg wurde diese Tradition fortgeführt. Zwar hatten sie Schiffbruch erlitten, ihre Ideologen aber waren nicht verschwunden. Der deutsche Imperialismus war zwar besiegt aber längst nicht zerschlagen, im Gegenteil, er lebte wieder auf. In Westdeutschland erstarkte das Kapital Jahr für Jahr, und es schuf sich erneut eine aggressive Armee in der Tradition der Wehrmacht, die Bundeswehr. Leitmotto zur Rechtfertigung eines Krieges gegen "den Osten" wurde erneut der "Kampf gegen den Kommunismus". Der Krieg zwischen 1939 und 1945 seitens der deutschen Imperialisten sei zwar "schlimm" gewesen (vor allem, weil er verloren wurde!), Stalin sei aber kein Deut besser als Hitler gewesen usw.

Heute werden diese Anwürfe aus der Giftküche des Antikommunismus wieder aufgewärmt, um den gerechten Charakter des Krieges seitens der Sowjetunion



"Der Russe muß sterben, damit wir leben" - Schlußruf der faschistischen deutschen Wehrmacht beim Überfall auf die sozialistische Sowjetunion Stalins

Stalins zu verleumden. Dabei erhalten insbesondere die west/deutschen Imperialisten im Gegenzug für Milliardenkredite direkt Schützenhilfe von den Gorbatschow-Revisionisten, die - ganz in den Fußstapfen Chruschtschows - keine "Enthüllung", keine Verleumdung scheuen, um das kapitalistisch-revisionistische Ausbeutersystem in der Sowjetunion als "Alternative" zum Sozialismus und Führung Stalins zu verkaufen.

Den west/deutschen Imperialisten dient dies nicht nur als demagogische Bestätigung ihrer jahrzehntelangen Propaganda, daß der Sozialismus nicht funktionieren könne und nichts anderes als "Totalitarismus" sei. Kühl kalkulierend nutzen sie dies auch zur Relativierung und Rechtfertigung der Verbrechen des deutschen Imperialismus, die dem Vergessen anheim fallen sollen, zur Verdunkelung der historischen Kontinuität des deutschen Imperialismus bis heute.

In Wirklichkeit ist der Sieg der Sowjetunion über den Nazi-Faschismus gar nicht davon zu trennen, daß die Sowjetunion einen gerechten, einen Befreiungs-

den. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse wurde beseitigt, die Ausbeuter wurden durch die Mehrheit der Völker der Sowjetunion diktatorisch daran gehindert, erneut die Werktätigen auszubeuten. Auf dem Land waren die Blutsauger der Landarbeiter und kleinen Bauern, die großbäuerlichen Kulaken in einer gigantischen Massenbewegung enteignet und ihres Einflusses beraubt worden. Die nationale Unterdrückung wurde im großen und ganzen beseitigt. Überreste davon wurden bekämpft.

Hierin liegt der tiefste Grund, warum es der Sowjetmacht gelang, eine enge Verbindung des Hinterlandes mit der Front, eine Verbindung der militärischen, industriellen und landwirtschaftlichen Produktion für die Front mit der Versorgung der Zivilbevölkerung herzustellen. Warum es ihr gelang, das Zusammenwirken von Roter Armee und Partisanenverbänden zur Befreiung des Landes zu organisieren und jene enge Verbundenheit der Völker der Sowjetunion mit ihrer politischen und militärischen Führung zu schaffen, welche die Grundlage war für den Sieg über den Nazi-Faschismus. Dieser Sieg ist mit dem Namen Stalins auf das engste verbunden.

Den Krieg gegen die Hitler-Armee führte die Sowjetunion nicht nur für die eigenen Interessen, sie trug auch die Hauptlast des Kampfes zur Befreiung der Völker der Welt vom Nazi-Faschismus. Letztendlich wurde auch das deutsche Volk, das so große Mitverantwortung für die Verbrechen der Nazis trug, von der Roten Armee befreit.

Die sozialistische Sowjetunion Stalins hat dem Hitlerpack das Genick gebrochen - das ist es, was die deutschen Imperialisten Stalin niemals verzeihen!

### Der immer mehr erstarkende west/deutsche Imperialismus - aggressive imperialistische Großmacht und eigenständiger Kriegsherd!

Als am 8. Mai 1945 die Rote Fahne vom Berliner Reichstag wehte, war der deutsche Imperialismus geschlagen, aber nicht zerschlagen. Das kapitalistische System blieb im westlichen Deutschland unangestastet. Mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte, die schon sehr schnell nach 1945 die gemeinsamen formulierten Ziele der Anti-Hitler-Koalition verrieten und den darniederliegenden deutschen Imperialismus vor allem gegen die Sowjetunion Stalins aufpäppelten, konnte schon sehr bald wieder der Weg zu alter Macht und Herrlichkeit eingeschlagen werden. Damit bewahrheitete sich die Voraussage Stalins, der schon vor Ende des Krieges, 1944, vor einer solchen Entwicklung gewarnt hatte.

Heute bedarf es schon großer politischer Blindheit, um nicht zu sehen, daß der west/deutsche Imperialismus schon längst wieder ökonomisch, politisch und militärisch eine Großmacht ist, die - getrieben von der Gier nach Profit - in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Großmächten wie den USA, der Sowjetunion, England, Frankreich nach Weltherrschaft strebt. Gierig trachtet diese imperialistische Großmacht nach Revanche für die den Nazi-Faschisten beigebrachte Niederlage und bereitet sich auf einen Krieg um die Neuaufrichtung der Welt, der Einflußsphären und Absatzmärkte vor.

Mit der erfolgreichen Durchführung des seit Jahrzehnten verfolgten imperialistischen Projektes "Wiedervereinigung" durch den weit vorangeschrittenen Prozeß der Einverleibung der DDR und Westberlins hat der west/deutsche Imperialismus seine Macht in

großem Umfang auf ganz Deutschland ausgedehnt. Damit gelang es ihm auch, die Beschränkungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands ergeben hatten, weitgehend abzuschütteln und dadurch freie Hand zu bekommen.

Heute stehen seine Truppen wieder an der Grenze zu Polen, das zu Beginn des Zweiten Weltkrieges von der nazi-faschistischen deutschen Wehrmacht überfallen und mit einem mörderischen Terror überzogen worden war. Die Oder-Neiße-Grenze als Nachkriegsgrenze Polens hat die Bundesrepublik niemals als gerecht anerkannt.

Nicht nur, daß die Armee des west/deutschen Imperialismus, die in allen Belangen in der Tradition des preußischen Militarismus steht und geprägt ist von Revanchegeist und großdeutschem Chauvinismus, nach Osten vorgerückt ist und zunehmend auch international - meist noch mit "humanitärer" Tarnung - aktiv wird. Auch die "friedliche" Durchdringung Polens und der anderen Länder Osteuropas, einschließlich der Sowjetunion, sind unüberschbare Faktoren der anwachsenden Aggressivität des west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus.

Durch den im großen Umfang vorangetriebenen Prozeß der Einverleibung der DDR, durch den weiteren politischen und ökonomischen Vorstoß nach Osteuropa - weiter angestachelt durch den Zerfall der revisionistisch-kapitalistischen Regimes - hat sich die vom west/deutschen Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr weiter erhöht.

Seit die Sowjetunion nach dem Tode Stalins den sozialistischen Weg verließ und den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat, sind Stalins Warnungen vor einer "neuen Aggression" eines wiedererstarkten Deutschlands umso eindringlicher zu wiederholen und in ihrer vollen Tragweite zu erkennen: Denn heute besteht keine starke, sozialistische Macht mehr, an der sich damals die deutschen Imperialisten die Zähne ausgebissen haben!

### Wachsamkeit und unversöhnlicher Kampf!

Der west/deutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus ist eine Großmacht auf dem Vormarsch. Der Überfall des deutschen Imperialismus auf die sozialistische Sowjetunion vor 50 Jahren, das unaussprechliche Ausmaß an Massenmorden, Verwüstungen und Zerstörungen, das er mit diesem Krieg angerichtet hat, all das muß im Bewußtsein wach gehalten werden, als unverdrängbarer Beweis für seine verbrecherische Natur.

Die Fäden der deutschen Geschichte sind nicht durchschnitten, der west/deutsche Imperialismus steht in der Kontinuität des Nazi-Faschismus, denn das System des deutschen Imperialismus, das ihn hervorgerufen hatte, wurde niemals zerschlagen.

Das System des west/deutschen Imperialismus beruht auf Ausbeutung und Unterdrückung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung durch eine Minderheit von Kapitalisten. Es unterdrückt andere Völker, plündert sie aus und bedroht sie mit Krieg. Es wird seine zerschlossene bürgerlich-demokratische Maske vollends abwerfen, wenn es die Interessen der Ausbeuterherrschaft verlangen.

Die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen muß daher vor allem heißen:

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland muß die proletarische Revolution, den erbarmungslosen Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter und ihre Helfershelfer, die Errichtung der Diktatur des Proletariats vorbereiten - ohne Illusionen in den west/deutschen Imperialismus!

**Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!**

Neuherausgabe aus Anlaß des 50. Jahrestages des Überfalls des Nazi-Faschismus auf die sozialistische Sowjetunion Stalins:

## Marx · Engels · Lenin · Stalin Über den Partisanenkampf

Moskau 1944

ca. 150 S., DM 5,-

Zu beziehen über:

**Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/Main 1**

krieg gegen die deutschen Okkupanten zur Verteidigung des Sozialismus geführt hat. Aus der moralischen Überlegenheit erwuchs den Völkern der Sowjetunion jene große Siegeszuversicht, die Stalin bereits ein halbes Jahr nach dem Überfall der Nazi-Armee zum Ausdruck gebracht hatte:

"Schon allein der Umstand, daß die deutschen Räuber, die jedes Menschenantlitz verloren haben, in ihrer moralischen Verkommenheit schon längst auf das Niveau wilder Bestien herabgesunken sind, schon allein dieser Umstand spricht dafür, daß sie sich dem unvermeidlichen Untergang preisgegeben haben."

(Stalin, "Der 24. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 6. November 1941, Werke Band 14, S. 254)

Aber dies war nicht der einzige, nicht einmal der gewichtigste Grund, warum die Zerschlagung der Sowjetunion durch die größte Militärmaschinerie der Geschichte scheitern mußte. Die Sowjetunion und die Rote Armee kämpften zwar zu Beginn des Krieges unter großen Verlusten, und es gelang der faschistischen Wehrmacht, bis kurz vor Moskau vorzudringen, aber langfristig mußten im Krieg Faktoren wirken, welche das sozialistische System der Sowjetmacht dem des imperialistisch-kapitalistischen Nazi-Deutschlands überlegen machte.

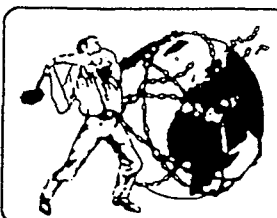
### Der Sieg über den Nazi-Faschismus ist untrennbar mit dem Namen Stalins verbunden!

Die Völker der Sowjetunion kämpften eben nicht nur gegen einen ausländischen Feind, der ihr Land verwüstete, sie kämpften auch um ihre Macht und ihre revolutionären Errungenschaften. In der sozialistischen Sowjetunion waren damals die Fabrikbesitzer enteignet, die Volkswirtschaft nach den ersten Jahren des Bürgerkriegs wiederhergestellt und unter großen Anstrengungen eine Schwerindustrie aufgebaut wor-



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

2/92

Februar 1992

## Zur Wannsee-Konferenz 1942

# NICHTS VERGESSEN!

Vor 50 Jahren, am 20. Januar 1942, trafen sich die nazifaschistischen Henker, die Schergen des deutschen Monopolkapitals in einer Villa in Berlin, um den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas (und den Sinti und Roma Europas), der bereits begonnen hatte, zu koordinieren und zu perfektionieren. Ein welthistorisches Exempel sollte statuiert werden und wurde statuiert: Die fabrikmäßige, industrielle Ermordung ganzer Völker - das war der Plan! Und er wurde weitgehend durchgeführt. Es war vor allem der Kampf der Völker der Sowjetunion unter Führung der KPdSU(B) und Stalins, der die Mordmaschinerie der Nazis in den Vernichtungslagern in Polen beenden konnte. Doch für die kommunistische Weltbewegung, vor allem aber für die kommunistischen Kräfte in Deutschland genügt diese sehr wichtige Feststellung nicht.

### Der "normale Terror" der Nazifaschisten

Für die kommunistischen Kräfte vor allem in Deutschland galt es nach der Niederschlagung des deutschen Imperialismus durch die Staaten der Anti-Hitler-Koalition, durch den antinazistischen Kampf der Völker, selbst die ganze Dimension des Nazifaschismus zu verstehen und in der Arbeiterklasse verständlich zu machen.

Was war geschehen? Und warum?

Die Arbeiterbewegung war 1933 geschlagen, ihre Organisationen, auch die der KPD wurden weitgehend zerschlagen. Die Gefängnisse und Konzentrationslager waren gefüllt mit den Genossinnen und Genossen der KPD.

In Deutschland sah sich der rassistische, nazistische Antisemitismus keinem ernsthaften Gegner im Inneren gegenüber. 1938 konnte er in landesweiten, staatlich organisierten Pogromen sein blutiges, mörderisches Gesicht beweisen:

Kaum ein nennenswerter Widerstand war zu verzeichnen, als die Synagogen brannten und 30 000 Mitglieder der jüdischen Gemeinden verhaftet und in KZs verschleppt wurden.

Der Krieg, der seit 1939 die Situation in Nazi-Deutschland wesentlich prägte, wütete gegenüber den Völkern mit aller nazistischen Grausamkeit: Großstädte wie Warschau und Rotterdam wurden bombardiert, die Bevölkerung der okkupierten Länder wurde terrorisiert und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Die Erschießungskommandos der deutschen Wehrmacht und der SS wüteten in den Dörfern und Städten, um Widerstand und Partisanenaktionen zu unterbinden, Geiseler-schießungen gehörten zum Alltag in den besetzten Ländern.

Das rassistische Morden der "Einsatzgruppen" ge-

gen die jüdische Bevölkerung in der sozialistischen Sowjetunion hatte schon begonnen, das Morden durch Giftgas war schon gestartet worden, als sich auf der Wannsee-Konferenz die Organisatoren eines Mordens anderer Art trafen und die Koordination der Deportationen in die Todesfabriken von Chelmo und Sobibor, Treblinka und Belzec, Majdanek und Auschwitz-Birkenau planten.

### Eine neue Stufe des Terrors - die "industrielle" Ermordung ganzer Völker

Das Morden der deutschen Nazi-Verbrecher war umfassender, weitreichender als das aller bisherigen faschistischen und reaktionären Ausbeuterregimes der Weltgeschichte. Die systematischen Massensterben an der Bevölkerung ganzer Dörfer in Griechenland, in der Tschechoslowakei, in Polen, Jugoslawien, Albanien..., die Politik des Mordens durch Aushungerung der heldenhaften Leningrader-Bevölkerung, die systematische Hinrichtung sowjetischer Kriegsgefangener - überall, wo sie auftauchten, demonstrierten die Nazis ihre Macht durch Ermordung ganzer Teile der Bevölkerung, wahllos vom Kleinkind bis zum ältesten Bewohner eines Dorfes. Ihr vorrangiges Ziel: Jeden Widerstand zu brechen, lähmendes Entsetzen zu verbreiten, eine Atmosphäre zu erzeugen, in der sich der Einzelne hilflos fühlt, machtlos wähnt und schon selbst beginnt zu glauben, daß die deutschen Nazibestien angeblich "unbesiegbare" seien.

Ja, all dies ist wahr und darf nicht aus der Analyse der Verbrechen des Nazi-Regimes ausgeklammert werden. Und dennoch unterscheidet sich diese Art des Mordens gegenüber der Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma:

Es geht um die Einmaligkeit des staatlich angeordneten, industriell organisierten, bürokratisch geregelten und mit preußischer Mentalität eiskalt durchgeführten Völkermordes. Elf bis zwölf Millionen Menschen, die jüdische Bevölkerung und - in jeweils angehängten Waggons - die Sinti und Roma Europas sollten in Eisenbahnwaggons wie Vieh in die Vernichtungslager transportiert und dort ermordet werden: auf sie warteten riesige Gaskammern, in die bis zu 2000 Menschen gepfercht wurden und Krematorien, in denen ihre Leichen verbrannt wurden.

Das Morden auf diese "deutsche Weise" begann. Die Fahrpläne der Züge, der zeitliche Ablauf der Deportationen, das "Durchkämmen" Europas nach Juden, all das wurde genauestens organisiert - als ginge es um Umgeziefer und nicht um Menschen, ganze Familien, ja um die gesamte jüdische Bevölkerung und die Bevölkerung der Sinti und Roma.

Wesentlich ist auch, einen weiteren Aspekt zu verstehen: Nicht vor allem um den Widerstand der jüdischen Bevölkerung zu brechen, wurden 250 000 deutsche Mitglieder der jüdischen Gemeinden ermordet, wurden über fünf Millionen Juden aus allen besetzten Ländern ermordet und zudem eine halbe Million Sinti und Roma.

Natürlich, es wurde auch gemordet, um deren Geld, Hab und Gut zu rauben, es wurden ihnen die Goldzähne ausgebrochen und eingeschmolzen, ja selbst ihre Haare wurden geschoren und "verwertet". Es ist wahr, daß noch vor ihrer Ermordung Hunderttausende zur Sklavenarbeit verurteilt, dem Nazi-Regime und allen großen Konzernen des deutschen Imperialismus zur maximalen Ausbeutung überlassen wurden.

Aber weder die rein ökonomischen Profitinteressen noch die konkreten militärischen Erfordernisse können ausreichend erklären, warum in den Kriegsjahren und vor allem in den Jahren der sich abzeichnenden militä-

### Der Plan der Wannsee-Konferenz: Die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung Europas!

L a n d	Zahl
A. Altreich	131.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland - judenfrei -	
Lettland	3.600
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrussland aus-schl. Bialystok	446.484
Zusammen: über	11.000.000

(aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz)



rischen Niederlage des Nazi-Regimes die Nazi-Henker weiter die Züge mit Hunderttausenden von Menschen in die Vernichtungslager dirigierten, Millionen Menschen fabrikmäßig ermordeten.

## Der Völkermord der Nazis - auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft

Wir unterstreichen mit allem Nachdruck, daß die Feststellung der Kommunistischen Internationale, daß die NS-Diktatur "die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist", korrekt war und ist und den Kern unserer Gesamtschätzung ausmacht. Gleichzeitig betonen wir, daß ein Kampf gegen die Vulgarisierung des wissenschaftlichen Kommunismus nötig ist.

Ganz falsch ist jedenfalls die Vorstellung, daß sich aus der richtigen Feststellung, daß das NS-Regime die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals ist, angeblich automatisch ergebe, daß auch die Praxis des Völkermordes an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma "ökonomisch" erklärt werden müsse.

Denn der im Interesse des deutschen Imperialismus geschaffene nazifaschistische Staat, die nazifaschistische Ideologie haben durchaus ein gewisses Eigengewicht. Das System der Willkür und des Massenterrors, als Kennzeichen der nazifaschistischen Diktatur, schließt in sich ein, daß nicht jede Maßnahme des Nazi-Regimes unmittelbar aus den Interessen des Finanzkapitals, aus ökonomischen oder sogenannten "militär-rationalen" Gründen erklärt werden kann.

Die systematische Politik des Völkermordes an der jüdischen Bevölkerung Europas und den Sinti und Roma in Europa hat seine Wurzel zunächst und unmittelbar im System des nazifaschistischen Terrorregimes, das das ausdrückliche Ziel hatte, weltweit für tausend Jahre ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu statuieren, wie es die Weltgeschichte bisher nicht gesehen hatte.

**Dies geschah im tieferliegenden und langfristigen**

## Aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz:

Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsgewerkschaften verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden.

**Geheime Reichsliste!**

**gen Interesse der eigentlichen Machtzentren des Nazi-Regimes, im Interesse des deutschen Monopolkapitals, des deutschen Imperialismus, der so allen Völkern der Welt zeigte, zu was er fähig ist.**

Die Einmaligkeit des Völkermordes überdauerte bei weitem die Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg.

Der Völkermord, das System von Auschwitz als Ausgeburt des Weltsystems des Imperialismus, als Eigenschöpfung des deutschen Imperialismus wirkt heute mehr denn je als Fanal des weiterlebenden deutschen Imperialismus, der durch seine Niederlage nicht zer-

schlagen, sondern nur geschlagen wurde. Als Fanal und Drohung an alle Völker, sich "zu entscheiden", nun beim dritten Anlauf auf die Weltherrschaft dem deutschen Imperialismus "freiwillig" Platz zu machen, sich ihm zu unterwerfen!

## Das Weltsystem des Imperialismus, den west/deutschen Imperialismus zerschlagen!

Für die kommunistischen Kräfte in West/Deutschland bedeutet die Erinnerung an die Wannsee-Konferenz, sich der Aufgabe zu stellen, den Völkern der Welt, vor allem auch gegenüber der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma ihre Entschlossenheit zu beweisen, einem System den Krieg zu erklären, das die Todesmaschinerie von Auschwitz als Konsequenz in sich birgt: dem System des Imperialismus.

Die kommunistischen Kräfte in West/deutschland müssen dabei vor allem die besondere Rolle des "eigenen", des west/deutschen Imperialismus hervorheben, der seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg heute weitgehend überwunden hat und erneut zum Kampf um die Weltherrschaft antritt. Sie müssen selbstkritisch die gesamten Erfahrungen der kommunistischen Kräfte in Deutschland auswerten und zusammenfassen, als Besonderheit und Stärke des deutschen Imperialismus seinen ungeheuren Einfluß auf breite Massen der deutschen Bevölkerung korrekt einschätzen. Sie müssen sich den Internationalismus der Völker im Kampf gegen den Nazifaschismus zum Vorbild nehmen. Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen unverbrüchlich am Kampf zur Erziehung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Geiste des Sozialismus und Kommunismus, am Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution festhalten, um Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder durch die sozialistische Revolution endgültig dem deutschen Imperialismus das Lebenslicht auszublenden, jede Möglichkeit eines erneuten imperialistischen Krieges durch den deutschen Imperialismus und eines erneuten Völkermordes durch ein Regime des deutschen Imperialismus unmöglich zu machen!

## Lest und studiert:



### Aus dem Inhalt:

- Zur Vorgeschichte und Entstehung des westdeutschen Imperialismus
- Der westdeutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
- Verschärfung der Unterdrückung und Ausbeutung in Westdeutschland



### Aus dem Inhalt:

- Antisemitismus dient dem westdeutschen Imperialismus
- Zentrale Varianten des Antisemitismus in Westdeutschland heute
- Kämpfen wir gegen jede Form des Rassismus und Chauvinismus

## Bestellungen und Leserbriefe an:

**BUCHLADEN**  
**Georgi Dimitroff**  
Koblenzer Str.4, Frankfurt/M.

\* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

\* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

\* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,  
Samstag 9 - 14 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

## Eine berechtigte Kritik am Flugblatt 2/92

*Im Flugblatt steht folgende Formulierung:*

**"Wir unterstreichen mit allem Nachdruck, daß die Feststellung der Kommunistischen Internationale, daß die NS-Diktatur 'die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals' ist, korrekt war und ist und den Kern unserer Gesamteinschätzung ausmacht."**

*Davon abgesehen, daß die Definition des Faschismus durch die Komintern von GDS an dieser Stelle konkret auf den Nazifaschismus bezogen wird und davon ausgehend, daß sie für den Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie überhaupt Gültigkeit zu besitzen beansprucht, steht dieser Definition des Faschismus zumindest auf den ersten Blick im Widerspruch zu dem, was Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 über den Faschismus gesagt hat:*

**"Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst".**

*Daß Dimitroff in diesem Zitat nicht den offenen terroristischen Charakter der Machtausübung der Bourgeoisie erwähnt, tut hier nichts zur Sache, es geht vielmehr um den Widerspruch, ob nun im Faschismus das "Finanzkapital selbst" die Macht ausübt oder dessen reaktionärste, chauvinistischste, am meisten reaktionären Elemente. Im Flugblatt "Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!" vom Januar 1993*

### Antwort der Redaktion

Vielen Dank für Eure kritischen Bemerkungen zu unserem Flugblatt vom Februar 1992. Die von Euch angeschnittene Frage wurde schon sehr lange, seit 1973/74 bei uns diskutiert: Die Merkmale des Nazifaschismus, die von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß benannt wurden, müssen zusammengefasst analysiert werden. Die verschiedenen Aussagen widersprechen sich in der Tat nicht, aber - da habt Ihr vollkommen recht - , es ist nicht korrekt, ausgerechnet das Merkmal des Nazifaschismus als Kern zu bezeichnen, in dem auf einen bestimmten Teil der herrschenden Klasse eingegangen wird.

*kommt die Definition des Faschismus und seiner spezifisch deutschen Ausprägung als Nazifaschismus viel besser rüber, gerade auch weil darin die Besonderheit des Nazifaschismus wesentlich mehr Raum einnimmt als im "Wannsee"-Flugblatt, wo zwar auch darauf eingegangen wird, allerdings die Analyse überhaupt zu kurz kommt.*

*Letzteres scheint den Revisionisten das Wort zu reden, die behaupten, daß der Faschismus die Machtausübung nur eines Teils des Finanzkapitals sei, um so ihre Theorie - von den "zwei Fraktionen" innerhalb der Bourgeoisie - besser verbraten zu können.*

*Daß dies nicht das Interesse der Komintern war, versteht sich von selbst, und auch wenn dieser Widerspruch als nur scheinbar entlarvt wird dadurch, daß erklärt wird, der Begriff "Elemente" beziehe sich hierbei auf die "Statthalter" des Finanzkapitals im Faschismus ( auf die NSDAP z.B. im Nazifaschismus ), die die Diktatur ausüben für das Finanzkapital, dessen "Elemente" sie auch gleichzeitig sind, dann ist das derart komplex und abstrakt, daß es bei der Verwendung dieser Definition nicht nur erwähnt, sondern genau erklärt werden muß, damit die Abgrenzung zum Revisionismus auch in diesem Punkt deutlich und nachvollziehbar wird.*

*Das ist im "Wannsee"-Flugblatt nicht gemacht worden, sondern diese für mein Verständnis problematische These wird darin völlig unkommentiert als "der Kern" der Gesamteinschätzung von GDS präsentiert. Im*

*Genossinnen und Genossen eines Antifa-Kollektivs*

Unser Flugblatt vom Januar 1993 korrigiert in der Tat den Fehler vom Februar 1992. Ein Fehler ist ein Fehler, egal welche Umstände ihn hervorgerufen haben und ob es "woanders richtig steht". Danke also für Eure Kritik.

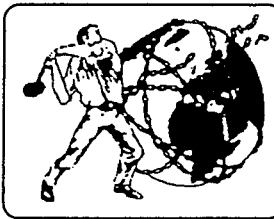
Bei der Bewertung dieses von Euch aufgezeigten Fehlers ist unsere Meinung, daß Ihr eine Abweichung von unserer in allen anderen Publikationen, vor allem auch in den Grunddokumenten, festgelegten Linie zum Nazifaschismus aufgedeckt habt.

...

Leitung von *Gegen die Strömung*

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Oktober 1989

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

## Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Am 2. Oktober räumten zwei Hundertschaften der Polizei auf Geheiß des Hamburger SPD-Innensenators das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg. Dort hatten seit Ende Juli zeitweise mehrere Hundert Roma gegen die drohende Abschiebung von rund 1500 vor allem aus Jugoslawien geflüchteten Roma protestiert und damit ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verliehen.

Die gewaltsame Räumung war nur der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Schikanen seitens der Hamburger Behörden, der anschließende Demonstrationzug wurde durch massive Polizeikräfte vom Hamburger Rathaus ferngehalten. Auch in Köln hatten sich in den vergangenen Monaten Roma gegen die angedrohte Abschiebung durch die Behörden des westdeutschen Imperialismus gewehrt.

Die westdeutschen Behörden nutzen dabei - unterstützt durch die Presseorgane - die vorhandenen tiefstehenden Vorurteile gegen die als "Zigeuner" beschimpften Sinti und Roma aus.

In dieser Auseinandersetzung stehen wir solidarisch aufseiten der gegen ihre drohende Abschiebung kämpfenden Roma in Köln, Hamburg und anderswo.

Dieser Konflikt ist von umso größerer Bedeutung, weil eine Fülle von Problemen sichtbar wird, die alle zeigen, wie der westdeutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in wesentlichen Bereichen in der Tradition des deutschen Imperialismus und des Nazi-Faschismus steht.

### Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma

Über eine halbe Million Sinti und Roma wurden von den Nazis systematisch - egal ob Frauen, Kinder oder Greise - ermordet. Die Umsetzung der Ideologie der Nazis vom angeblich "unwerten Leben" bedeutete in der Praxis: systematisches Ausforschen, Erfassen, systematisches Verhaften und Deportieren, systematisches Ermorden!

Eine der Voraussetzungen für diese mörderische Praxis der Nazis waren die über Jahrhunderte in Deutschland verbreiteten Vorurteile gegenüber den

so bezeichneten "Zigeunern", angeblich herumziehenden Gaunern, die neben Diebstahl, Spionage usw. natürlich auch für alle sonstigen schlechten Dinge der Welt verantwortlich gemacht wurden.

Die Nazis arbeiteten nicht nur mit barbarischem Terror gegenüber der Arbeiterklasse in Deutschland, sie versuchten auch - leider mit großem Erfolg - durch Demagogie sich selbst eine Massenbasis zu verschaffen. Um erfolgreich die drohende sozialistische Revolution zu verhindern, die Macht ihrer eigentlichen Auftraggeber - das Kapital in Deutschland - zu festigen und auszuweiten, mußten die Nazis den "Deutschen" schmeicheln, sie hofieren. Sie mußten den deutschen Chauvinismus ausbauen, und den nicht revolutionären Teilen der Massen immer und immer wieder einhämmern, daß "Deutsch-Germanisch-Sein" angeblich heißt, etwas Besseres zu sein. Ein wesentliches Mittel dabei war es, einen "Sündenbock" für die miserable wirtschaftliche, politische und soziale Situation der Werktätigen zu präsentieren. Tatsachen interessierten die Nazis dabei überhaupt nicht.

Ihre Konstruktion einer "arischen Rasse", ihre Theorie vom "deutschen Blut" und ähnlicher Unsinn sollte den rückständig gehaltenen Massen einreden, daß sie etwas Besseres, zu Höherem berufen seien, gegenüber jenen

Menschen, die angeblich anderen "Rassen" angehörten.

Zwei große Bevölkerungsgruppen innerhalb Deutschlands wurden herausgegriffen: Die jüdische Bevölkerung in Deutschland und die so genannten, genauer gesagt: so beschimpften "Zigeuner". Mit den berüchtigten Nürnberger "Rassengesetzen" von 1935 wurden sie als Beispiele benutzt, um die angebliche "Überlegenheit" der deutschen "Herrenmenschen" und der "arischen Rasse" sogar in Gesetzen festzulegen.

Trotz vieler existierender Unterschiede gegenüber der Art und Weise der Hetze gegen die jüdische Bevölkerung (hier wurde u.a. gerade auch auf die über Jahrhunderte praktizierte antisemitische Hetze der Kirchen zurückgegriffen) war in einem wesentlichen Punkt die Praxis der Nazis gegenüber den so beschimpften "Zigeunern" die gleiche: Sie wurden nicht nur als "minderwertig" eingestuft, und als "Untermenschen" bezeichnet. Vor allem aber wurde das geschichtlich einzigartige Programm eines staatlich organisierten, administrativ durchgeführten und militärisch abgesicherten Völkermords an 6 Millionen Juden und über 500 000 Sinti und Roma in die Praxis umgesetzt!

Schon im 15. Jahrhundert wurden von den damals Herrschenden die als "Zigeuner" beschimpften Angehörigen des Volkes der Roma für "vogelfrei" erklärt.

In der Zeit der Weimarer Republik wurden nach jahrhundertelanger Diskriminierung die entscheidenden Weichen gestellt. 1926 wurde durch ein "Zigeuner- und Arbeitsscheuen-Gesetz" die Erfassung aller persönlicher Daten der deutschen Sinti und Roma eingeleitet, im November 1927 die Registrierung sämtlicher Fingerabdrücke angeordnet und durchgeführt.

Dies war eine wesentliche Voraussetzung, um den Nazis die Massenverhaftungen ab 1936 und die Deportationen zu erleichtern. Es zeigt deutlich, wie die zwei Formen der Herrschaft der deutschen Imperialisten, die bürgerliche Republik und die Nazi-Diktatur, aufeinander aufbauten, wie aus der Realität der Diskriminierung und Verfolgung dann die Realität des Völkermordes wurde.

### Auschwitz-Birkenau...

Das größte Vernichtungslager der Nazis wurde einer der berüchtigtsten Orte der Ermordung auch der

## Ungebrochene Tradition



des Rassismus gegen Sinti und Roma

deutschen Sinti und Roma durch das von den Nazis extra dafür eingesetzte Giftgas Zyklon B.

## Ungebrochene Tradition der Verfolgung von Sinti und Roma

❖ Ab 1935 wurden den Sinti und Roma durch die "Reichsbürger- und Blutschutzgesetze" wegen ihres sogenannten "artfremden Blutes" die deutsche Staatszugehörigkeit aberkannt. Nach 1945 verweigerten ihnen die Behörden regelmäßig die Rückgabe der Staatsbürgerschaft. Stattdessen wurden den Sinti und Roma "Fremdenpässe" ausgestellt, die sie zu "Ausländern" machten und die jederzeitige Abschiebung ermöglichten.

❖ Die Tradition der Sondererfassung der "Zigeuner" wurde in Westdeutschland fortgeführt und ausgebaut. Die "Zigeunerkarteien" der Nazis wurden umbenannt in "Landfahrerkarteien" und existierten offiziell bis in die 70er Jahre bei den Landeskriminalämtern. Danach wurden sie angeblich aufgelöst.

In Wirklichkeit wurden diese durch elektronische Speicherung mit dem "INPOL"-System (Internes polizeiliches Informationssystem) zu einer einzigen großen "Zigeunerkartei" zusammengefaßt. Die Kennzeichnung in den Polizeiakten durch "ZN" ("Zigeunername") wurde seit 1983 durch "HWAÖ" ("häufig wechselnder Aufenthaltsort") ersetzt. Polizeierror, Razzien mit vorgehaltener Maschinenpistole usw. gehören zu den Alltagserfahrungen der Sinti und Roma.

❖ Ganz in der Tradition der Zwangsdeportationen der Nazis stehen die verschiedenen Maßnahmen der westdeutschen Behörden, Sinti und Roma aus den Städten fernzuhalten, sie ins Ausland abzuschieben.

❖ Entschädigungsansprüche zwangssterilisierter

Sinti und Roma wurden von den westdeutschen Behörden durchweg abgelehnt. Sie gingen davon aus, daß die Sterilisationen im Rahmen der "Verhütung erbkranken Nachwuchses" zurecht erfolgten und nicht Teil der rassistischen Verfolgung waren.

❖ Polizeibeamte, die bis 1945 in Himmlers Reichssicherheitshauptamt für das Vernichtungsprogramm an Sinti und Roma verantwortlich waren, traten bis in die 60er Jahre als "Gutachter" in sogenannten "Wiedergutmachungsverfahren" von Sinti und Roma auf und rechtfertigten die Rassenpolitik der Nazis als "Kriminalitäts- und Asozialenbekämpfung".

❖ Es ist einer der größten Skandale in Westdeutschland nach 1945, daß die Sinti und Roma im wesentlichen von der sogenannten "Wiedergutmachung" ausgeschlossen wurden!

(Quelle: Romani Rose, "Bürgerrechte für Sinti und Roma", Heidelberg 1987)

In einer besonderen Abteilung dieses Vernichtungslagers, dem sogenannten "Zigeunerlager", wurden in der Nacht des 2. August 1944 die letzten Häftlinge, über 3 000 Alte, Kranke, Mütter und Kinder in der Nacht innerhalb weniger Stunden in der Gaskammer ermordet.

Die Kinder wurden mit Knütteln und Peitschen unter den Betten hervorgetrieben, wo sie sich vor der Ermordung verstecken wollten. Die Älteren, die sich wehrten, wurden an Ort und Stelle niedergemacht, die Schreie "Mörder, Mörder" schallten über das Gelände.

Auschwitz-Birkenau: 90 Prozent der dort registrierten 21 000 Sinti und Roma aus elf europäischen Ländern wurden ermordet.

### ...nach 1945

Keiner der für den Völkermord Verantwortlichen wurde nach 1949 in Westdeutschland wirklich bestraft. Vielmehr erhielten sehr viele der "Spezialisten" der Nazis Posten im Staat des westdeutschen Imperialismus, um unter neuen Bedingungen die von den Nazis so benannte angebliche "Zigeunerplage" weiter zu bekämpfen. So "bearbeiteten" zum Teil die einstigen Mörder und Helfershelfer nach 1945 die Anträge der überlebenden Sinti und Roma auf Wie-

dergutmachung..., was natürlich reihenweise Ablehnungen bedeutete.

Die deutschen Sinti und Roma leben seit 500 bzw. 100 Jahren in Deutschland. Ihre Nachfahren, die heute noch 50 000 bis 60 000 deutschen Sinti und Roma kämpfen nach wie vor um ihre Gleichberechtigung und um die Anerkennung als von den Nazis "aus rassischen Gründen Verfolgte"!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland müssen diesen durch und durch berechtigten und gerechten Kampf als ihre ureigenste Sache betrachten und diesen Kampf nach Kräften unterstützen. Sie müssen dem westdeutschen Imperialismus die "demokratische" Maske vom Gesicht reißen, die ungebrochene Tradition des Rassismus aufzeigen und wahrhaft geschwisterliche Gefühle für die leidgeprüften deutschen Sinti und Roma entwickeln.

Doch nicht nur die deutschen Sinti und Roma sind den diversen Diskriminierungen ausgesetzt. Die jugoslawischen Roma in Köln und Hamburg, die gegenwärtig einen von Verzweiflung geprägten Kampf um eine Bleibe führen, werden gleich doppelt und dreifach unter Druck gesetzt:

Zunächst einmal werden sie als "Zigeuner" beschimpft. Abgesehen davon, daß es für eine Bewertung der berechtigten Anliegen der Sinti und Roma

völlig unerheblich ist, muß dennoch festgestellt werden, daß das von Presse und Fernsehen verbreitete Klischee von den "umherziehenden Zigeunern" nicht der Realität entspricht. Über 90 % der deutschen Sinti und Roma haben längst einen festen Wohnsitz, entsprechen also ganz und gar nicht den Vorstellungen des deutschen Spießbürgers. Nun ergibt sich für die Hetze der Medien die Möglichkeit, "echte Zigeuner", eben die Roma aus Jugoslawien vorzuführen.

Weiteren Diskriminierungen sind sie als Asylbewerber ausgesetzt. Zu den eingepägten Vorurteilen gegen die als "Zigeuner" Beschimpften kommt nun die jahrelange Hetze gegen alle Asylbewerber. Gerade wo das Schauspiel der "DDR-Flüchtlinge" durch die Medien publikumswirksam aufbereitet und verbreitet wird, passen Tausende von verfolgten Roma nicht in das Westdeutschland der 80er Jahre.

Wir müssen klarmachen: Es sind Überlebende des Völkermordes, von den Pseudokommunisten in Jugoslawien politisch Verfolgte, Menschen, die wissen, was Ausbeutung und Unterdrückung ist.

"Zigeuner, Asylant, Ausländer..." So tönt es aus allen Ecken - ob aus Bonn oder vom nächstgelegenen Stammtisch. Wir müssen dieser Hetze offensiv entgegenreten! Unsere Antwort ist:

## Solidarität mit den um ihre Bleibe in Westdeutschland kämpfenden Roma!

### Die revisionistisch-chauvinistischen Herrschercliquen in Polen, Rumänien und vor allem Jugoslawien verfolgen die Roma Osteuropas!

Seit Ende der 50er Jahre, vor allem aber nach 1968, als durch Polen eine antisemitische Welle rollte, um von der Krise des polnischen Revisionisten-Regimes abzulenken, wurden die Roma dort diskriminiert. Sie flohen nach Schweden, Dänemark, aber auch nach Hamburg und Bremen.

In der CSSR wurde ebenfalls seit 1968, um einen Sündenbock für die Probleme des revisionistischen Systems zu schaffen, die Hetze auf die Roma begonnen.

Der selbst in Polen und Ungarn noch zugestandene offizielle Status als eigene Nationalität wird den 400 000 Roma in der CSSR verweigert.

Ähnlich wie in Polen und der CSSR ergeht es auch den Roma in Ungarn heute. Die fast 500 000 Roma leben, meist abgedrängt in den Osten Ungarns, weit unter dem Lebensstandard der anderen Werktätigen.

In Jugoslawien breitet sich gegenwärtig der Chauvinismus aller Schattierungen explosionsartig aus. Die Bürgerkriegssituation für die Minderheit der Kosovo-Albaner, die an Mussolinis Demagogie erinnernde großserbische Hetze der neuen "Führer" der serbischen Chauvinisten machen auch vor den Roma in Jugoslawien nicht halt. Selbst der formale Status einer Nationalität wird ihnen aberkannt. Vor den Verfolgungen und Ausschreitungen flohen über 10 000 Roma nach Westeuropa.

Wir fordern:

**Asylrecht und jede nur denkbare Unterstützung für die aus Jugoslawien vertriebenen Roma, Überlebende des Nazi-Völkermordes!**

### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str.4, Frankfurt

\* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

\* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

\* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale  
in vielen Sprachen erhältlich

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,  
Samstag 9 - 14 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

# Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

( Din A 4, 120 Seiten, DM 10.-)

In dieser Nummer wird zunächst das System der Konzentrationslager und Vernichtungslager des Nazi-Regimes in seinen Etappen und mit seinen Mechanismen des Herrschafts- und Überwachungssystems - die SS-Mannschaften, das Spitzelsystem, das System von "teile und herrsche" und die sogenannte "Häftlingsselbstverwaltung" - dargestellt.

jeglichen Widerstands gegen reaktionäre Kräfte überhaupt.

Es galt, den Kampf gegen Demoralisierung und für Verbesserung der Lebenschancen zu koordinieren mit dem Kampf für die Sabotage in der Rüstungsindustrie. Der konsequente Kampf gegen Spitzel und der Widerstand von Häftlingen gegen drohende Liquidierungen mußte koordiniert werden mit dem Kampf zur Information der Weltöffentlichkeit, der Organisierung von einzelnen Fluchten und den Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Massenfluchten.



## Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Aus dem Inhalt:

- Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazifaschismus
- Die bewaffneten Aufstände in Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor

Die Probleme eines organisierten Widerstandes unter den extremen Bedingungen der KZ- und Vernichtungslager des Nazifaschismus bergen wie in einem Brennglas in zugespitzter Form grundlegende Probleme und Perspektiven

Alexander Pecerskij über den Aufstand in Sobibor:

*"Zuerst müssen wir die Offiziersgruppe erledigen, die das Lager verwaltet. Natürlich einen nach dem anderen, und ohne das leiseste Geräusch. Aber es muß in kurzer Zeit geschehen..." Über den Verlauf des Aufstands schrieb er: "Rufe wie Donner hallten durch das Todeslager und vereinigte Juden aus Rußland, Polen, Holland, Frankreich, der Tschechoslowakei und Deutschland. Sechshundert bis aufs Blut gepeinigten und gemarterten Menschen stürmen mit einem wilden 'Hurrah' für ihr Leben und ihre Freiheit vorwärts."*

Der bewaffnete Aufstand als höchste Form des Widerstandes mußte geplant, vorbereitet und organisiert werden.

Dabei war - wie die vorliegende Analyse anhand der Darstellung der verschiedenen Widerstandsaktionen und Aufstandsversuche zeigt - die Problematik in Konzentrationslagern wie Buchenwald oder im Stammlager Auschwitz eine ganz andere als in Vernichtungslagern wie Sobibor, Treblinka oder in Auschwitz-Birkenau.

\* \* \*

Die Hauptakteure des Widerstandes waren unzweifelhaft die Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Parteien der verschiedensten Länder: Jüdische Kommunistinnen und Kommunisten verschiedener KPs, die sowjetischen Genossinnen und Genossen, die Kommunisten der Internationalen Brigaden verschiedener KPs -- sie alle kämpften durch alle Schwierigkeiten und Fehler hindurch in einer Art und Weise, für die die Worte "vorbildlich" oder "heldenhaft" kaum passen: Zu abgedroschen wirken solche Worte angesichts der wirklich welthistorischen Bewährungsprobe, die die Kommunistinnen und Kommunisten dieser Zeitspanne zu bestehen hatten.

Die Wahrheit ist: Nicht alle haben standgehalten. Und es gab auch Nicht-Kommunisten, unpolitische Opfer des Nazifaschismus, Frauen Männer, Jugendliche und alte Menschen, die bewiesen haben, daß der Nazifaschismus weder militärisch noch moralisch "unbesiegbar" war.

Die kommunistischen Kräfte mußten unter den Bedingungen des zugespitzten Nazi-Terrors zeigen, wie es möglich war, auf der Basis der illegalen Arbeit auch legale Arbeit zu leisten, daß bewußte Disziplin und schonungslose Härte bei der Liquidierung von Nazi-Henkern und Spitzeln kombiniert werden mußten mit korrekt diskutierten Kompromissen, um

manchmal auch kleinste Verbesserungen zu erkämpfen.

Dabei mußte und wurde auch mit allen ehrlichen nichtkommunistischen Kräften zusammengearbeitet.

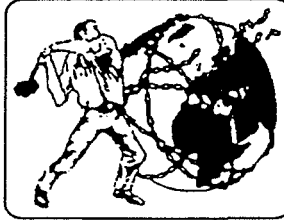
Rudolf Vrba, slowakischer Jude, Mitglied der Widerstandsorganisation in Auschwitz-Birkenau:

*"Ich war Zeuge folgender Szene: Ein Transport war eingetroffen... und der SS-Arzt wählte einige Juden von gesundem Aussehen aus dem Transport aus, der vergast werden sollte, was dann auch geschah. Aber der SS-Vertreter wies sie zurück.. 'Ich kann sie nicht nehmen, denn heutzutage krepieren die nicht schnell genug'... So erhöhte die Verbesserung der Lebensbedingungen drinnen im Konzentrationslager die Todesquote in den Gaskammern... Folglich war meine Vorstellung von der Widerstandsbewegung und ihrer Aufgabe diese: Die Verbesserung ist nur ein erster Schritt. Die Widerstandsbewegung muß sich bewußt machen, daß es das wichtigste Ziel ist, den Prozeß der Massenvernichtung zu beenden, die Todesmaschinerie abzustellen."*

Die vorliegende Nummer versucht, einen Überblick über den Widerstand in den Konzentrationslagern und Vernichtungslagern zu geben, dabei den antikomunistischen Verleumdungen entgegenzutreten und klarzustellen, daß trotz aller wichtigen Unterschiede zwischen der Situation damals und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeglicher revolutionäre Kampf lernen kann und lernen muß vom Widerstand in den Konzentrationslagern und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes.

Zu beziehen über Buchladen GEORGI DIMITROFF, Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/M.

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

4/95

April 1995

DM 1,-

**Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!**

**50 Jahre Schwur von Buchenwald:**

## “Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!”

*Buchenwald... das ist für die deutschen Imperialisten das Stichwort für ihre reaktionäre Propaganda der Gleichsetzung der Nazi-KZs mit den notwendigen und berechtigten antinazistischen Internierungslagern nach 1945 in Deutschland.*

*Buchenwald... das ist für die SED/PDS-Revisionisten ein Anlaß, ihr deutsch-chauvinistisches, ganz und gar nicht kommunistisches Weltbild zu transportieren. Es wird eine ganz bestimmte Vorstellung, ein ganz bestimmter Inhalt der Ereignisse in Buchenwald mit Verschiebungen und Verfälschungen zur “Rettung der Ehre der deutschen Nation” propagiert.*

*Buchenwald... ist dagegen für die kommunistischen Kräfte, ist für uns ein Symbol, an dem sehr, sehr viel über die Nazi-Verbrechen und ihre hauptsächlichsten Verursacher, die Haltung des deutschen Volkes während der Nazi-Zeit, die Rolle der KPD vor 1945, die Rolle der KPD und SED nach 1945, die Rolle der Armeen der Anti-Hitler-Koalition und der Erfüllung oder Nichterfüllung des Schwurs von Buchenwald in Deutschland nach 1945 erklärt und geklärt werden kann.*

### Der Nazi-Terror im KZ Buchenwald

Das KZ Buchenwald wurde vom Nazi-Regime im Juli 1937 in der Nähe von Weimar mitten in Deutschland errichtet.

Wer nach Buchenwald verschleppt wurde, war - wie in den anderen Nazi-KZs auch - *mörderischen Lebensbedingungen* ausgesetzt: *Hunger, den schlimmsten Krankheiten wie Typhus oder Ruhr, systematischem Schlafentzug, tagtäglichem Terror und ständiger Schikane durch die SS bei gleichzeitiger brutaler Sklavenarbeit in Betrieben des deutschen Imperialismus gemäß dem Nazi-Programm “Vernichtung durch Arbeit”* - das bestimmte den “Alltag” für die Häftlinge.

Der Nazi-Terror war weitgehend unberechenbar, erzeugte dadurch Entsetzen und Schrecken, die Häftlinge mußten jederzeit damit rechnen, daß sie das nächste Opfer der SS werden könnten. Die Nazis erschlugen, zertrampelten, erschossen, erhängten, erwürgten und ertränkten tagtäglich Häftlinge. Folter aller Art gegen Häftlinge - auch das gehörte zum “Alltag” des KZ Buchenwald.

Das KZ Buchenwald war kein Nazi-Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Belzec, Sobibor und Chelmo, es war jedoch Teil des Systems der KZs und Vernichtungslager, das vor allem den industriellen Völkermord an über 6 Millionen Juden und Jüdinnen, an über 500.000 Sinti und Roma durchführte.

Auch im KZ Buchenwald, wie auch in den meisten anderen KZs, wurden *Massenmorde an Juden, Sinti und Roma* durchgeführt. Juden und

### □ **Militärische Invasion des türkischen faschistischen Regimes im Irak mit Unterstützung des deutschen Imperialismus**

Trotz der Heuchelei von Kinkel und Co über die “Kriegsführung” der Türkei und der “Drohung”, die deutschen Waffenlieferungen einzufrieren, kann sich das türkische faschistische Regime bei seiner Invasion im Irak, seinem Bombenterror, der Vernichtung ganzer Landstriche, der Liquidierung von Dörfern, der Massaker der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung der Loyalität der deutschen Regierung sicher sein.

Das PKK-Verbot bildet eine direkte, auch militärische Unterstützung für das türkische Regime; die mörderischen Abschiebungen von Kurden in die Klauen des türkischen Regimes, die gerade jetzt wieder mit Aufhebung des niemals wirklich realisierten “Abschiebestopps” massenhaft anlaufen sollen; die umfangreichen Waffenlieferungen aus DDR-Beständen an die Türkei - diese Fakten beweisen eindeutig, daß ein Drahtzieher auch des jetzigen Terrors des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk die deutschen Imperialisten sind.

### □ **Solidarität mit dem Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen!**

Angesichts der militärischen Eskalation in der Türkei und im Irak verstärken die kurdischen Genossinnen und Genossen ihren Kampf gegen das türkische faschistische Regime auch in Deutschland, wie z.B. mit Angriffen auf türkische Banken, mit Massendemonstrationen. Mit diesem gerechten Kampf gilt es mit aller Kraft internationalistische Solidarität zu entwickeln, diesen Kampf gilt es gegen jegliche Verleumdungen zu verteidigen.

Es gilt jede Möglichkeit zu nutzen, den Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen auf der Straße gegen den deutschen Staatsapparat, den Kampf gegen die Abschiebungen maximal zu unterstützen.

### □ **Solidarität mit der vom Nazi-Terror bedrohten kurdischen und türkischen Bevölkerung!**

Die Nazis verschärfen zeitgleich mit der Verstärkung der gerechten Aktionen der kurdischen Genossinnen und Genossen ihren mörderischen Terror. Die Nazis treten als “Trittbrettfahrer” auf und erzeugen unter der Bevölkerung aus der Türkei Angst und Schrecken. Die bürgerlichen Medien verschleiern den Nazi-Terror, um die Nazi-Pest zu verharmlosen.

Der Kampf für die internationalistische Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes kann in Deutschland nicht wirklich geführt werden, wenn er nicht verknüpft wird mit dem Kampf gegen den Nazi-Terror, der sich vor allem auch gegen die kurdische und türkische Bevölkerung richtet.

*S.6: Kritik der chauvinistischen Phrase der SED-Revisionisten von der “Rettung der Ehre der deutschen Nation” durch den Widerstand in Buchenwald!*



## Nazi-Verbrecher aus dem KZ Buchenwald - in Westdeutschland amnestiert, versorgt und gepflegt

Die Geschichte vieler Nazi-Verbrecher aus dem KZ Buchenwald ist in mehrerer Hinsicht typisch für die Geschichte von hunderten von Gestapo, SD- und SS-Mördern. Diese Nazi-Verbrecher, die in Westdeutschland nach 1945 nicht verurteilt, sondern gehegt und gepflegt wurden, haben vor allem den Aufbau der westdeutschen Polizei, der Geheimdienste, der Bundeswehr und des Justiz- und Beamtenapparats vorangetrieben und durchgeführt.

Aus dem KZ Buchenwald sind die bekanntesten Fälle:

- Der SS-„Arzt“ und Obersturmbannführer Eisele war von 1940 bis 1943 als „Lagerarzt“ direkt an der Ermordung von tausenden von Häftlingen durch Giftspritzen beteiligt. Hunderte von Häftlingen hat er mit Sicherheit eigenhändig ermordet. Er war gefürchtet und berüchtigt, machte Jagd nach Häftlingen im Krankenbau und auf dem Appellplatz. 1947 wurde dieser Nazi-Mörder im Dachauer Buchenwaldprozeß von einem US-Militärgericht in Westdeutschland gerechlicherweise zum Tode verurteilt, 1948 aber schon

zu lebenslanger Haft begnadigt. 1950 war Eisele wieder auf freiem Fuß und praktizierte als Arzt in München. Er konnte ins Ausland flüchten und starb dort 1967 eines natürlichen Todes.

- Der SS-Hauptscharführer Otto, führend beteiligt an der Ermordung von über 8000 sowjetischen Kriegsgefangenen durch die getarnte Genickschußanlage und einer der Mörder Ernst Thälmanns, wurde im Dachauer Buchenwaldprozeß zu nur 20 Jahren Haft verurteilt. Schon 1952 war dieser Nazi-Verbrecher wieder frei, erhielt als „Spätheimkehrer“ 6000 DM vom westdeutschen Staat und wurde Lehrer in Geldern/Rheinland. Die westdeutsche Justiz nahm trotz der Zeugenaussage des ehemaligen polnischen Häftlings Marian Zgoda, die dieser bis in die 60er Jahre immer wieder wiederholte, erst 1962 die Ermittlungen auf. Jedoch erst 1985 konnte der Rechtsanwalt der Tochter Ernst Thälmanns die Erhebung der Anklage erzwingen. Otto wurde zu einer lächerlichen Strafe verurteilt, konnte nach wie vor frei herumlaufen und kassierte seine Pension vom westdeutschen Staat. Vor einigen Jahren ist auch Otto eines natürlichen Todes gestorben.

- Der SS-Massenmörder Sommer, der „Henker von Buchenwald“ wurde 1947 in Westdeutschland von einem überlebenden Häftling des KZ Buchenwald erkannt. Trotzdem blieb er noch 10 Jahre auf freiem Fuß. Immer wieder attestierten ihm Juristen und Ärzte angebliche „Verhandlungsunfähigkeit“. Erst 1958 wurde ihm in Westdeutschland auf internationalen Druck hin der Prozeß gemacht. Trotz des Urteils „Lebenslänglich“ wurde er schon 1968 amnestiert und lebte noch 1984 im komfortablen Altenpflegeheim Stephanusheim in Rummelsberg.

Man darf sich keinen Illusionen hingeben: Viele Nazi-Verbrecher sind ihrer gerechten Strafe vor allem mit Hilfe des deutschen Imperialismus entgangen und sind - ohne jemals bestraft zu werden - gestorben.

Jedoch gilt es auch und gerade heute angesichts der sich immer weiter ausbreitenden Nazi-Pest in Deutschland alles zu tun, damit sämtliche heute noch lebenden Nazi-Mörder nicht ruhig im Bett sterben und ihre Verbrechen ungesühnt bleiben, sondern daß möglichst viele ihre gerechte Strafe bekommen!

Jüdinnen, Sinti und Roma und die „slawischen Untermenschen“ standen in der Nazi-Hierarchie ganz unten, gegen sie wurde besonders grausam und brutal vorgegangen.

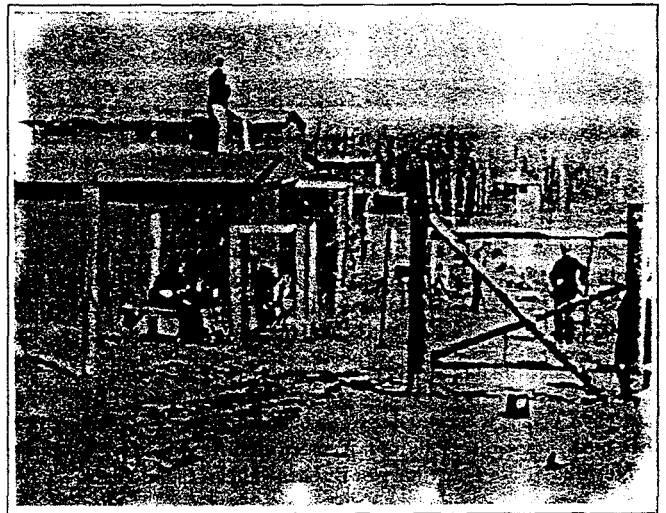
Insgesamt ist bekannt, daß 40.000 Juden und Jüdinnen von den Nazis ins KZ Buchenwald verschleppt wurden. Nach dem Nazi-Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland und Österreich im November 1938 wurden von den über 12.000 nach Buchenwald eingelieferten Juden und Jüdinnen in kurzer Zeit 600 ermordet. Von den im September 1939 aus Österreich und der Tschechoslowakei eingelieferten 2500 Juden und Jüdinnen wurden innerhalb eines Jahres auf besonders barbarische Weise 2000 ermordet. Die Nazi-Bestien ließen die Häftlinge erfrieren, verhungern und ermordeten sie mit vergiftetem Essen.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges wüteten die Nazi-Mörder auch in Buchenwald besonders barbarisch, um den Himmler-Befehl „Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen“ in die Tat umzusetzen. In nur 4 Monaten, vom Januar bis zum April 1945 wurden über 7000 jüdische Häftlinge von den Nazis ermordet, zum großen Teil auf den Todesmärschen durch Deutschland.

Im Juni 1938 kam der erste Massentransport von 1000 deutschen Sinti und Roma nach Buchenwald. Sinti und Roma wurden in Buchenwald systematisch gequält und ermordet, bekamen keine Winterkleidung, sie mußten schwerste Sklavenarbeit durchführen. Die Sterblichkeitsrate unter Sinti und Roma war besonders hoch. Die belegten Transporte zeigen, daß 20.000 Sinti und Roma in Buchenwald eingekerkert waren, wieviele davon ermordet wurden ist unbekannt. (R. Rose / W. Weis, Sinti und Roma im „Dritten Reich“, Göttingen 1991, S. 95/96)

Nach dem Überfall des Nazi-Faschismus auf die sozialistische Sowjetunion im Juni 1941 begann gemäß dem ideologischen Programm der „Ausrottung des Bolschewismus“ die **systematische Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen**, zuerst durch die SS-„Einsatzgruppen“ und die Nazi-Wehrmacht und dann auch immer mehr durch das System der Nazi-KZs. 5,7 Millionen Rotarmisten gerieten in Gefangenschaft, 3,3 Millionen wurden ermordet, davon allein bis zum Februar, also in 8 Monaten, 2 Millionen.

In Buchenwald wurden sowjetische Kriegsgefangene durch eine besondere Bestialität planmäßig vernichtet. In einem Pferdestall wurde eine getarnte Genickschußanlage aufgebaut und damit von



Das Todeslager innerhalb des KZ Buchenwald für polnische Häftlinge

Oktober 1941 bis Anfang 1944 8433 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Auch **polnische Häftlinge**, die gemäß der Nazi-Ideologie „Untermenschen“ waren, wurden in Buchenwald ermordet. Die größte bekannte, systematisch geplante und durchgeführte Massensmordaktion an polnischen Häftlingen begann im Oktober 1939. Bis zum Februar 1940 wurden in einem extra dafür errichteten Todeslager innerhalb Buchenwalds durch Erfrieren und Verhungern 3000 Häftlinge ermordet, die Überlebenden durch SS-„Ärzte“ mit Giftspritzen ermordet.

Die SS-Mörder im weißen Kittel waren nicht nur an der Ermordung dieser polnischen Häftlinge beteiligt. Sie folterten und ermordeten systematisch vor allem jüdische und sowjetische Häftlinge mittels **pseudomedizinischer Experimente** durch Typhus-, Fleckfieber-, Cholera- und andere todbringende Infektionserreger. Allein von den 1000 Häftlingen, die mit Fleckfieberregern infiziert wurden, starben sofort 158 Häftlinge.



Der Lagerappell im KZ Buchenwald

Fast 8 Jahre lang, bis zur Befreiung am 11. April 1945, hatte die Nazi-Bestie gewütet, schreckliche Verbrechen an Häftlingen aus über 30 Nationen verübt. In dieser Zeit waren insgesamt 250.000 Häftlinge im KZ Buchenwald inhaftiert, 70.000 bis 80.000 von ihnen wurden von den Nazis in Buchenwald ermordet, nur 21.000 überlebten diese Hölle.

Im Verlaufe des 2. Weltkrieges wurde es immer klarer und gegen Ende des Krieges war es erschreckende Realität: Aufgrund des weltgeschichtlich noch nie dagewesenen Ausmaßes an reaktionärer Verhetzung, an Verbohrtheit und Charakterlosigkeit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, die buchstäblich bis zur letzten Minute des Krieges den Nazis gefolgt ist, war das deutsche Volk nicht in der Lage, den Nazi-Terror von sich aus zu beenden und den Sturz des Nazi-Regimes durchzuführen.

**Das Ende des Nazi-Terrors wurde nicht durch das deutsche Volk herbeigeführt.**

Die Befreiung vom Nazi-Faschismus kam von "außen", durch die alliierten Armeen, vor allem die Rote Armee, mit Unterstützung der Partisanen und Partisaninnen der von den Nazis besetzten Länder. Deutschland wurde durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt, die die politische Macht übernahmen und ausübten.

## Warum die antinazistischen Internierungslager nach 1945 notwendig waren

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus sind sich einig: Die antinazistischen Internierungslager der Roten Armee nach 1945 in der SBZ/DDR - wie zum Beispiel das Lager Buchenwald - werden als "ungerecht", als "Verbrechen", die internierten Nazis werden als "Opfer" hingestellt. Der Antikommunismus, der insbesondere in der Form des Antistalinismus vorherrscht, wird geschickt ausgenutzt, es wird daran angeknüpft und die Lüge "Stalins Lager waren genauso schlimm wie die Nazi-Lager" verfehlt seine Wirkung auch bei vielen ehrlichen Antinazisten nicht. Buchenwald spielte und spielt in dieser Propaganda eine besondere Rolle, wurde zum reaktionären Symbol für all diese Geschichtsfälscher.

Doch alle diese reaktionären Hetzer werden die Wahrheit nicht aus der Welt schaffen können:

**Das System der KZs und Vernichtungslager des Nazi-Faschismus diente den Welt-herrschaftsplänen des deutschen Imperialismus, der Vernichtung, Ausbeutung und Unterdrückung der Völker.**

Der weltweite antinazistische Kampf der Völker hatte die Vernichtung des Nazi-Faschismus zum Ziel, die Befreiung der Völker von seiner bestialischen Herrschaft. Die Internierungslager der Roten Armee - wie auch der englischen Armee und der US-Armee in Westdeutschland - entsprechend den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition waren zentraler Bestandteil dieses Kampfes, der ja nach dem 8. Mai 1945 noch lange nicht zu Ende war.

Am 8. Mai 1945 war die militärische Niederlage der Nazis besiegt. Jedoch war der Nazi-Faschis-

## Nicht zu viele, sondern viel zu wenige aktive Nazis und andere Reaktionäre wurden nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland interniert!

In der Direktive Nr. 39 des alliierten Kontrollrates vom 12. 10. 1946 wurden die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens konkretisiert und für ganz Deutschland einheitliche Kriterien für die Entnazifizierung festgelegt, nach denen vorgegangen werden sollte:

"Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:

a) Die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;

b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;

c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.

(Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates. Nummer 11, 31.10.1945)

Die Realität der Entnazifizierung in Bezug auf Internierung, Verurteilung und Vollstreckung der Strafen sah in Deutschland bis in die 40er Jahren folgendermaßen aus:

● Insgesamt wurden in **ganz Deutschland** lediglich ca. 350.000 Personen aufgrund der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und des alliierten Kontrollrates interniert.

● Bis zum 31. Mai 1946 wurden in der **britischen Besatzungszone** 71.250 Perso-

nen interniert, davon 65.000 aufgrund der automatischen Arrestkategorie, 4044 als Kriegsverbrecher, 2100 zur Sicherung der Besatzungsmacht. In der **Besatzungszone der USA** waren im Winter 1945 120.000 Personen interniert.

In **Westdeutschland** wurden lediglich ca. 4000 Personen verurteilt, ca. 800 zum Tode, von denen ca. 500 hingerichtet wurden. Die Todesurteile und Hinrichtungen wurden alle in den ersten Monaten nach dem 8. Mai 1945 ausgesprochen bzw. durchgeführt.

● Nach amtlichen sowjetischen Angaben Ende der 40er Jahre wurden bis zum Januar 1947 65.138 Personen in der **SBZ** interniert.

In der SBZ waren bis zum 1. 1. 1947 von 14.820 einsitzenden Nazi-Kriegsverbrechern 14.240 verurteilt, davon 95 % zwischen 1945 und 1950, 138 Kriegsverbrecher wurden zum Tode verurteilt.

Angesichts der Tatsache von Millionen aktiver Nazis, die direkt oder indirekt an schlimmsten Nazi-Verbrechen beteiligt waren, kann die einzige vom antinazistischen Standpunkt aus gezogene Schlußfolgerung lauten:

**Nicht zu viele, sondern viel zu wenige sind interniert worden, viel zu wenige Nazi-Verbrecher sind wirklich gerecht bestraft worden, viel zu viele sind vor allem ab den 50er Jahren mit Hilfe der westdeutschen Imperialisten, der USA und Englands geflüchtet, untergetaucht und niemals zur Rechenschaft gezogen worden!**

Quellen: H. Wember, *Umerziehung im Lager, Essen 1991, Spiegel Spezial Nr. 4/1995*

mus keineswegs vollständig zerschlagen und vernichtet. Kader des Nazi-Faschismus gab es noch auf allen Gebieten, so auch im gesamten Staatsapparat. Millionen aktiver Nazis in der NSDAP, der SA, der SS, der Gestapo oder der Nazi-Wehrmacht waren an den Verbrechen des Nazi-Faschismus mehr oder weniger beteiligt, sie alle waren nach dem 8. Mai 1945 natürlich nicht über Nacht verschwunden. Versprengte militärische Einheiten der SS, der Wehrmacht oder "Werwölfe" (illegale bewaffnete Nazi-Gruppen) stellten eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die alliierten Armeen dar. Vor allem aber waren die Wurzeln des Nazi-Faschismus noch nicht beseitigt.

Das Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition vom August 1945 wurde zur Grundlage für den Kampf zur vollständigen Vernichtung des Nazi-Faschismus. Es legte drei zentrale Aufgaben der Entnazifizierung Deutschlands fest:

- Säuberung sämtlicher Teile des Staatsapparates, sämtlicher Ämter und Betriebe von aktiven Nazis,
- Aburteilung der Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer,
- Verhaftung und Internierung sämtlicher leitender Nazi-Funktionäre und beliebiger Per-

sonen, die für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens gefährlich sind.

Zur dritten Aufgabe heißt es im Potsdamer Abkommen:

**"Nazistische Parteiführer und die Leitung der nazistischen Ämter und Organisationen und beliebige andere Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."**

(Die Potsdamer Konferenz 1945, Berlin 1986, S. 386)

Aus mehreren Gründen waren die Internierungslager der Anti-Hitler-Koalition für die Durchführung der Entnazifizierung zentral:

Erstens galt es insgesamt die Entnazifizierung, die Aburteilung der großen wie der "kleinen" Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer, der großen wie "kleinen" Nazi-Kollaborateure nach dem Grundsatz durchzuführen, den Stalin als Antwort auf die Frage gegeben hat, wie weit man bei der Verfolgung zweitrangiger Nazi-Verbrecher gehen sollte:

**"Je weiter man gehen wird, desto besser"**  
(Stalin Werke Band 15, S. 92)

## Die "MLPD" im Fahrwasser der Nazis: Die Lüge von der "systematischen Vernichtung" deutscher Kriegsgefangener in US-Lagern

Wer die nebenstehend abgebildete Broschüre der "MLPD" zunächst von der Grafik und dem Titel her anschaut, könnte meinen, es mit einer Publikation der Nazis zu tun zu haben. Herausgeber ist aber die "MLPD". Und was in der Broschüre geschrieben steht, entspricht der äußeren Aufmachung: Der Inhalt könnte ohne Probleme das Publikum auf jeder Wahlkampfveranstaltung von Schönhuber zu Beifallsstürmen hinreissen.

Es wird, kurz gesagt, aufgerechnet, ganz im Tenor des deutschen Imperialismus, der seit Jahr und Tag angebliche Verbrechen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition auflistet, um so die Verbrechen des Nazi-Faschismus zu relativieren.

Nicht nur der reißerische Titel "Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen" schwimmt auf dieser "Relativierungswelle". Die braune Soße ergießt sich in der ganzen Broschüre über die Leserin und den Leser: "US-Kriegsverbrechen totgeschwiegen" heißt es da in einer Überschrift. Worin bestanden denn nun die "Verbrechen" an jenen deutschen Soldaten, die in ihrer übergroßen Mehrheit bis zum Schluß nicht wagten zu desertieren und ihre Munition im Auftrag der Nazis verschossen oder selber Nazis waren?

Die "MLPD" benutzt in dieser Broschüre den Begriff "systematische Vernichtung". Doch wer erwartet, nun würde wirklich über "systematische Vernichtung", über die industriell organisierten Mordfabriken in den Nazi-Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Belzec, Majdanek-Lublin, Chelmo und Auschwitz-Birkenau gesprochen, in die die Häftlinge, vor allem jüdische Gefangene sowie Sinti und Roma, nur mit einem Ziel eingeliefert wurden, nämlich für die "systematische Vernichtung", der wird eines schlechteren belehrt!

Die "MLPD" behauptet, ein Teilnehmerstaat der Anti-Hitler-Koalition, die USA, hätten (das sagt die "MLPD" und nicht etwa die "REPs")

*"die systematische Vernichtung deutscher Kriegsgefangener in den amerikanischen Lagern" betrieben.*

(S. 27 dieser Broschüre, die 1985 erschien und auch in der "Roten Fahne", Zentralorgan der MLPD, propagiert wird)

"Systematische Vernichtung"??

Die "MLPD" betrachtet es als Enthüllung, daß 3000 deutsche Kriegsgefangene, die vorher in der Nazi-Wehrmacht gedient hatten, in einem US-amerikanischen Kriegsgefangenenlager an Krankheit und Erschöpfung in drei Monaten starben. Mag sein, daß selbst diese Zahlen von Nazis stammen, mag sein, daß diese Zahlen stimmen. Sie beweisen erst einmal gar nichts. Ebenso wie die Zahl der in sowjetischen Lagern gestorbenen deutschen Häftlinge gar nichts beweist.

3000 Tote, das war die Zahl der Menschen, die innerhalb von zwei Stunden - und der industrielle Massenmord lief rund um die Uhr, tagtäglich - in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau, in Treblinka oder Sobibor ermordet werden konnten.

**Das war "systematische Vernichtung".**

Die demgegenüber mehr oder weniger komfortablen Lager der Staaten der Anti-Hitler-Koalition damit auch nur in Zusammenhang zu bringen, ist nicht einfach ein Fehler, das ist ein wirkliches Verbrechen, das ist nazistische Propaganda!



Wir sind sehr für eine Differenzierung der durchaus sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Haltung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition. Allerdings völlig anders als die "MLPD".

Der wesentliche Unterschied war in Wahrheit der, daß in den US-Lagern schon bald nach 1945 die Masse der alten Nazis bevorzugt, unter "humanitären" Mäntelchen die Verfolgung der großen und kleinen Nazi-Henker hintertrieben wurde. Dort wurde eine "Entnazifizierung" betrieben, die einer "Nazifizierung" West-

deutschlands gleichkam, während wenigstens in den ersten zehn Jahren nach 1945 die Sowjetunion und die Rote Armee die Nazi-Henker ermittelten, bestraften und hinrichteten. 1955 allerdings, zwei Jahre nach dem Tod Stalins, begann die Sowjetunion als Anbiederung an die westlichen Imperialisten mit der Freilassung deutscher Kriegsverbrecher - ein von Adenauer groß gefeierter Sieg. Das gilt es anzuprangern, nicht aber die angeblich zu "harte" Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Das ist aber ganz und gar nicht die Herangehensweise der "MLPD".

In ihrem Chauvinismus scheut sie sich nicht, auch die sozialistische Sowjetunion zur Zeit Stalins als

angeblich "zu hart" anzugreifen und das Potsdamer Abkommen zu beschimpfen. In dem Buch Willi Dickhuts mit dem Titel "So war's damals... Erinnerungen eines Solinger Arbeiters" läßt die "MLPD" ein KPD-Mitglied die Verleumdungen gegen das Potsdamer Abkommen und die Sowjetunion Stalins vorbringen, um dann zu schlußfolgern:

*"Die Kritik war durchaus berechtigt."*  
(ebenda, S. 526)

Welche Kritik? Lassen wir also auch, obwohl es ungeheure Verleumdungen sind, diese angebliche "Kritik" auf deutsch-chauvinistischer Basis zu Wort kommen:

*"Daß wir (die KPD, A.d.V) mitverantwortlich für das gemacht werden, was in der russischen Politik als unsere Volksinteressen gefährdend angesehen wird. Z.B. die Haltung der Sowjet-Regierung in der Frage der Ostgrenze Deutschlands, der Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Gebieten, der Verweigerung der Aufhebung der Zonen-grenze, der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen. Besonders schädigend ist gerade das Verhalten der Sowjet-Regierung im letzten Fall."*  
(ebenda, S. 526)

Konkret wird hier als "Gefährdung der Volksinteressen" (was für ein Ausdruck!) angesehen:

★ Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

★ Die Umsiedlungen der in ihrer Mehrheit nazistisch verhetzten deutschen Bevölkerung aus Polen und der CSSR entsprechend dem Potsdamer Abkommen

★ Die Festsetzung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, ihr Einsatz bei der Wiederherstellung der von ihnen zerstörten Sowjetunion, die nötigen Maßnahmen, um die großen und kleinen Nazi-Henker ausfindig zu machen, ihre Verurteilung usw.

Es ist eigentlich nur logisch, daß die vorgeblich gegen die USA gerichteten Angriffe der schlechten "Behandlung", gar "systematischen Vernichtung" deutscher Kriegsgefangener sich auch (oder gerade) gegen die Sowjetunion zur Zeit Stalins richtet.

Diese ganze revanchistische und deutsch-nationalistische Grundauffassung steckt ganz, ganz tief in den Köpfen der führenden Kräfte der "MLPD". Mit der Haltung von Marx und Engels, mit der Haltung von Kommunisten und Kommunistinnen hat das ganze wirklich *nichts* zu tun.

*Um diesen Grundsatz verwirklichen zukönnen, war es unerlässlich, sämtliche der Beteiligung oder Unterstützung an Nazi-Verbrechen Verdächtigen sofort zu internieren, damit sie nicht untertauchen, ja flüchten und sich damit ihrer gerechten Strafe entziehen konnten.*

Zweitens war die Internierung aller Personen, die das Potsdamer Abkommen und seine Umsetzung gefährden konnten oder bekämpften, zentral, um die Entstehung einer pronazistischen antialliierten Bewegung schon im Keim zu ersticken, um den maximalen Schutz der alliierten Soldaten in Deutschland gegen Nazi-Anschläge zu gewährleisten.

Ein Argument gegen die Internierungslager ist, daß angeblich "Unschuldige" interniert worden

sind. Von den insgesamt ca. 350.000 Internierten gibt es vielleicht wirklich zwei, drei oder vier Fälle, in denen die Internierung nicht korrekt war. Aber selbst da ist Skepsis angebracht. Die Namen, ihre Lebensgeschichte und die ihnen gemachten Vorwürfe sollen erst einmal auf den Tisch gelegt werden. Es muß bewußt sein:

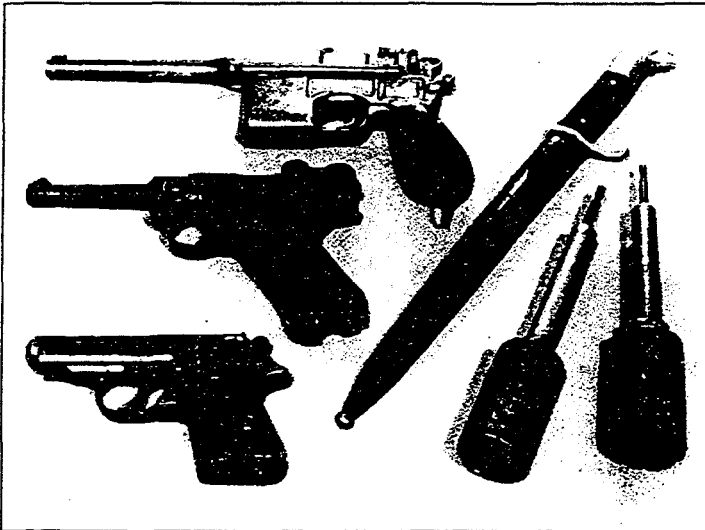
Es gab allein 12 Millionen NSDAP-Mitglieder, davon 500.000 SS-Leute, 60.000 Gestapo-Henker, hunderte nazistische Blockwarte und Spitzel. Im Verhältnis dazu ist die Zahl von 350.000 Internierten ungeheuer gering, mit Sicherheit eben zu gering als zu groß!

Eines der dümmsten Argumente ist die Behauptung, die im Ton der Empörung vorgetragen wird, daß auch "SPD-Mitglieder" interniert waren. Dies wird als weiterer "Beweis" für die "Ungerechtig-

keiten der Internierung" präsentiert. Ja es ist wahr, daß auch SPD-Mitglieder interniert waren, aber es sollte doch klar sein, daß Tausende und Aber-tausende von Nazi-Funktionären *sehr rasch* in die SPD eingetreten sind, um sich "unangreifbar zu machen." Zudem: Ob SPD, CDU oder "parteilos" - wer gegen das Potsdamer Abkommen hetzte, gefährdete die Besetzung Deutschlands und wurde völlig zu Recht interniert!

Der Kern, der gegen die reaktionären Hetzer immer wieder betont werden muß und auch für den heutigen Kampf gegen die Nazis zentrale Bedeutung hat, ist:

Ohne diktatorische Gewalt gegen Nazis und Nazi-Verbrecher, ohne ihre maximale Niederhaltung, Internierung und weitestgehende Aburteilung konnte nach dem 8. Mai 1945 die Entna-



Von Häftlingen hergestellte Handgranaten und der SS entwendete Waffen

zifizierung nicht durchgeführt werden, die Parole "Demokratie für alle" nützt damals wie heute im Kampf gegen die Nazis nur den Nazis selbst.

## Den kommunistischen Widerstand im KZ Buchenwald verteidigen!

Es ist kein Zufall, daß gerade der internationale kommunistische Widerstand im KZ Buchenwald in letzter Zeit immer mehr zu einem vorrangigen Ziel der antikommunistischen Hetze der deutschen Imperialisten wird. Von der Propaganda der BILD-Zeitung "Kommunisten halfen Nazis" bis zu subtileren Methoden der Diffamierung, wie der weitgehenden Säuberung der Gedenkstätte des KZ Buchenwald von der Erinnerung an den kommunistischen Widerstand, weil dessen Rolle angeblich "überhöht" gewesen sei - das Ziel ist vor allem den am besten organisierten kommunistischen Widerstand in einem Nazi-KZ zu diffamieren, um insgesamt den kommunistischen Widerstand gegen den Nazi-Faschismus zu diskreditieren. Die historische Wahrheit ist eindeutig:

*Die führende Kraft im Kampf gegen die Nazis waren die kommunistischen Kräfte aller Länder, die vom Nazi-Faschismus überfallen wurden und die kommunistischen Kräfte aus Deutschland - das kann gerade auch am KZ Buchenwald gezeigt werden.*

### Der Kampf um die "Häftlingsselbstverwaltung"

Sofort nach der Errichtung des KZ Buchenwald wurden deutsche Kommunisten eingeliefert. 1937/38 waren über 7000 deutsche Häftlinge im KZ Buchenwald eingekerkert, vor allem Mitglieder der KPD, die während dieser Zeit den "Grundstamm" der Häftlinge bildeten. Bis die ersten Genossen aus anderen Ländern 1938/39 nach Buchenwald verschleppt wurden, hätten die deutschen antinazistischen Häftlinge unter Führung der Kommunisten bereits ein Netz illegaler Verbindungen errichtet und wichtige Erfolge im Kampf um die "Häftlingsselbstverwaltung" erzielt.

Die "Häftlingsselbstverwaltung" sollte nach einem Plan der Nazis die innere Verwaltung, das "Funktionieren" des KZ-"Alltags" garantieren und gleichzeitig durch Einbeziehen von kommunistischen Kadern diese materiell und moralisch korrumpieren, sie sollte die nationalen Gegensätze schüren und so vom Kampf gegen die SS ablenken.

Die Frage war, ob sich die Antinazisten

an der "Häftlingsselbstverwaltung" beteiligen sollten. Die Gratwanderung, die riesigen Probleme, die dabei entstanden, z.B. was es heißt immer konkret jegliche Anpassungspolitik, jegliche Kollaboration mit dem Feind, jegliche unzulässige Kompromisse zu erkennen und zu vermeiden, sich nicht korrumpieren zu lassen, den unversöhnlichen Haß gegen die Nazis zu bewahren und gleichzeitig nicht solche Kompromisse abzulehnen, die den Häftlingen nützen - all das kann am Kampf der kommunistischen Kräfte gegen die pro-nazistischen Häftlinge um die "Häftlingsselbstverwaltung" im KZ Buchenwald erklärt und bewußt gemacht werden.

*Rettung von Häftlingsleben durch Verstecken im Krankenbau, prügelnde Kapos entfernen, eine bessere Verteilung des Essens gewährleisten - das ist nur ein Ausschnitt des Erfolges des großartigen Kampfes der kommunistischen Kräfte in der "Häftlingsselbstverwaltung". Deutsche Kommunisten hatten in diesem Kampf die besten Bedingungen, weil sie von den Nazis als "Arier" bevorzugt auf Posten der "Häftlingsselbstverwaltung" gestellt wurden.*

*Sie leisteten hervorragendes und haben es ermöglicht, daß immer weitergehend auch kommunistische Kräfte anderer Nationalitäten in die "Häftlingsselbstverwaltung" miteinbezogen werden konnten und so der Widerstand noch effektiver wurde, die Todesrate in Buchenwald erheblich gesenkt werden konnte.*

### Der Kampf gegen das Nazi-System von "Teile und Herrsche" und für den Proletarischen Internationalismus

Die Organisation einer internationalen Widerstandsorganisation erforderte von den Kommunisten einen ausdauernden Kampf um den proletarischen Internationalismus. Denn das System der Nazis zielte darauf ab, vor allem die nationalen Gegensätze zwischen den Häftlingen zu schüren mit einem ausgeklügelten System von "Teile und Herrsche". So bekamen deutsche und österreichische Häftlinge bestimmte Privilegien, um sie zu korrumpieren, an unterster Stufe standen die "slawischen Untermenschen", die Juden und die Sinti und Roma, gegen die besonders barbarisch vorgegangen wurde. Dabei wurden von den Nazis sämt-

liche chauvinistischen Vorurteile bei den Häftlingen ausgenutzt, um sie gegeneinander auszuspielen, vor allem auch der Antisemitismus und Antiziganismus, die ja gerade auch vor 1933 in Deutschland schon tief verwurzelt waren. Das für die internationalistische Zusammenarbeit erforderliche Vertrauen mußte erst hergestellt werden. Ein überlebender deutscher kommunistischer Häftling des KZ Buchenwald schildert die Aufgabe folgendermaßen:

*"Das Internationale Lagerkomitee führte eine große Erziehungsarbeit zur Ausschaltung der Gegensätze zwischen den einzelnen Nationen durch, die naturgemäß in einem faschistischen Konzentrationslager vorhanden waren und immer wieder in Erscheinung traten. Mit aller Schärfe wurde der Kampf gegen die Überheblichkeit einiger deutscher Häftlinge geführt, die bewußt oder unbewußt die faschistische Ideologie des Herrenstandpunktes auch im Verhältnis zu den Häftlingen anderer Nationen anwenden wollten."*

(*"Die Tat"*, Berlin, 11.4.1952)

Vor allem die sowjetischen Genossen haben in diesem Kampf hervorragendes geleistet. Sowjetische Kommunisten schafften es, eine Zeitung für die sowjetischen Kriegsgefangenen herauszugeben und Artikel gegen den Antikommunismus wie z.B. "Die Freundschaft der Nationalitäten in der UdSSR" zu schreiben, die unter den Häftlingen diskutiert wurden.

Erst wenn es gelang, sich im Kampf gegen den Hunger, die Krankheiten, die brutalen Lebensbedingungen, die bei den Häftlingen eine tiefe Demoralisierung erzeugten, zusammenzuschließen, war die weitgehende Überwindung der nationalen Gegensätze wirklich möglich. Denn Vertrauen vor allem in die deutschen antinazistischen Häftlinge konnte nur geschaffen werden, wenn diese ganz materiell beweisen konnten, daß Kampf gegen die Nazis für sie bedeutete, daß sie maximal solidarisch waren mit den Häftlingen anderer Nationalität.

Auch hier wurde im KZ Buchenwald herausragendes geleistet, insbesondere im Kampf für die von den Nazis am brutalsten Gequälten, die sowjetischen und jüdischen Häftlinge.

Als nach dem antisemitischen Pogrom im November 1938 die Nazis im KZ Buchenwald die verschleppten jüdischen Häftlinge in einem eigenen Lager innerhalb Buchenwalds isolierten und systematisch durch Hunger und Krankheiten ermorden wollten, wurde sofort vor allem von österreichischen und deutschen Kommunisten eine breite Solidarität organisiert. Unter Lebensgefahr wurden Kleidung, Eßgeschirr und Lebensmittel in das Sonderlager geschmuggelt, es wurde eine Typhus-Impfung durchgeführt und so der Widerstand der jüdischen Häftlinge im Sonderlager gegen ihre Ermordung unterstützt und gestärkt.

Eine weitere entscheidende Aktion für den internationalistischen Zusammenschluß des Widerstands im KZ Buchenwald war die Solidarität mit den ersten 2000 sowjetischen Kriegsgefangenen. Ihre Ankunft wurde nicht, wie die Nazis sich das vorgestellt hatten, zur Präsentation der "bolschewistischen Untermenschen", sondern zu einer kraftvollen Manifestation des Kampfes gegen den nazistischen Antikommunismus. Aus allen





Baracken strömten Antinazisten und steckten den halbverhungerten Häftlingen unter Lebensgefahr ein Stück Brot oder Kartoffeln zu, was für viele erst einmal das Überleben bedeutete. In den nächsten Monaten führten die antinazistischen Häftlinge aller Nationalitäten gemeinsam mit den sowjetischen Häftlingen einen Kampf gegen ihre Ermordung. Essen wurde organisiert und zu den isolierten sowjetischen Gefangenen geschmuggelt.

Der Widerstand im KZ Buchenwald hat es schließlich durch den unermüdlichen Kampf um die internationalistische Solidarität, in jahrelanger Kleinarbeit und mit viel Geduld und Vorsicht geschafft, ein durchdachtes, weitreichendes illegales Netz von Verbindungen aufzubauen und die Organisation einer internationalen Widerstandsfront durchzusetzen. Ab 1942 begannen die verschiedenen nationalen Widerstandsorganisationen mit dem Aufbau militärischer Organisationen, die sich im Winter 1942/43 in der "Internationalen Militärorganisation" (IMO) zusammenschlossen. Im Sommer 1943 wurde dann das Internationale Lagerkomitee (ILK) gegründet. Im ILK waren die Repräsentanten der in Buchenwald kämpfenden kommunistischen Widerstandsgruppen verschiedener Länder vertreten. Das ILK war das anerkannte politische und ideologische Führungszentrum des antinazistischen Kampfes. Dort wurden alle wesentlichen politischen Aktivitäten der internationalen Solidarität und des antifaschistischen Widerstandes zentral geplant, koordiniert, durchgeführt und abgesichert. Die Beschlüsse des ILK wurden auf der Basis der mehrheitlichen demokratischen Abstimmung ihrer Mitglieder getroffen. Die Führung der IMO wurde den drei deutschen Genossen übertragen, die bisher die deutsche Militärorganisation geleitet hatten; einer von ihnen war gleichzeitig leitendes Mitglied des ILK und daher verantwortlich für die laufende Verbindung von IMO und ILK.

Unter Führung des ILK und der IMO wurde ein Kampf unter heute kaum vorstellbaren Bedingungen geführt, der nur als heldenhaft bezeichnet werden kann. Es wurde der legale mit dem illegalen Kampf gegen das barbarische Nazi-System im KZ Buchenwald verknüpft, für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge, gegen Spitzel und die Spaltungsversuche der Nazis, für die Entfaltung der Sabotage in den Rüstungsbetrieben bei Buchenwald, für die Schaffung bewaffneter Gruppen und die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.

Welch hohes Ansehen die kommunistischen Kräfte im KZ Buchen-

wald genossen wird auch klar durch die Aussage des christlich-demokratischen Häftlings Eugen Kogon:

"Der Verdienst der Kommunisten um die KL-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden." (E. Kogon, Der SS-Staat, München 1983, S. 330)

### Kein hauptsächlich "deutscher" Widerstand!

Schaut man sich die diversen DDR und SED-Standardwerke zum Widerstand im KZ Buchenwald an, so fällt vor allem auf, daß durch Gewichtung, reservierte Seitenzahl und Stil der deutsche kommunistische Widerstand eindeutig in den Vordergrund gestellt wird.

Prüfsteine gegen solche oder ähnliche deutsch-chauvinistische Sichtweisen sind nicht schwer zu finden:

- Wer weiß, daß von 12 Mitgliedern des ILK nur 3 deutsche Kommunisten waren,
- wer weiß, daß von den 900 militärischen Kämpfern der IMO nur 115 deutsche Häftlinge waren,
- wer weiß, daß der Funkspezialist, der den Sender gebaut hat, mit dessen Hilfe mit der US-Armee Kontakt aufgenommen wurde, ein polnischer Häftling war,

der kann eigentlich nicht im Traum daran denken - wenn ein ehrliches Interesse, den Widerstand gegen antikommunistische Angriffe zu verteidigen, damit verknüpft ist - den international geführten und geprägten Widerstand in Buchenwald in einen hauptsächlich deutsch bestimmten Widerstand umzufälschen. In Wirklichkeit diskreditiert eine solche Haltung durch Übertreibung den internationalen Widerstand und verunglimpft auch den hervorragenden *internationalistisch geprägten* Beitrag der deutschen Kommunisten. Durch diese Überbewertung der "deutschen Verdienste" wird zudem auch der deutsche Nationa-

lismus und Chauvinismus in der deutschen kommunistischen und Arbeiterbewegung gefördert und gestärkt.

Das Fazit kann nur lauten: *Die Widerstandskaktionen in Buchenwald waren vor allem proletarisch-internationalistische Aktionen*, wo die deutschen kommunistischen Kader eine gewichtige, aber in vielerlei Hinsicht auch untergeordnete Rolle gespielt haben!

### Kampf für die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand

Eine zentrale Erfahrung des Kampfes des internationalen Widerstandes in Buchenwald war die Tatsache, daß es neben dem Kampf um die scheinbar kleinen Erfolge, im Kampf ums tägliche Überleben, im Kampf gegen die Nazi-Ideologie gelang, das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren und auf die Aufgabe hin zu orientieren, *den bewaffneten Aufstand gegen die Nazi-Henker auf illegaler Basis zu planen und vorzubereiten*, als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Nazi-Faschismus.

Dem ILK und der IMO gelang es, systematisch den bewaffneten Aufstand auf allen Ebenen vorzubereiten. Ein genauer *Aufstands-Plan wurde erarbeitet*, in zweiter Linie aber auch ein "Defensivplan". Der *Offensivplan* sah vor, daß die Häftlinge den Zeitpunkt des Aufstandes aufgrund günstiger innerer und äußerer Bedingungen *selbst* bestimmen. Durch die sofortige Inbesitznahme der Waffenarsenale der SS sowie einer nahen Waffenfabrik, sollte die Bewaffnung tausender Häftling ermöglicht werden. Nach der Befreiung des Lagers wollten die Häftlinge sich mit dem antinazistischen Widerstand in der Umgebung von Weimar vereinigen.

Der *Defensivplan* war für den Fall ausgearbeitet worden, daß die Nazis das Lager liquidieren. In diesem Fall sollte unabhängig vom Kräfteverhältnis versucht werden, die SS zu überwältigen und aus dem Lager auszubrechen. Das war die Alternative zur kampflösen Aufgabe. Warum diese Unterscheidung heute so wichtig ist, werden wir weiter unten genauer erklären.

Die *militärische Ausbildung* der Mitglieder der IMO wurde praktisch und theoretisch durchgeführt. Alle Militärkader wurden an der Pistole und dem Karabiner drei bis fünfmal unterrichtet, für diese Ausbildung wurden legale und illegale Möglichkeiten genutzt bzw. geschickt miteinander kombiniert. Die *Waffenbeschaffung* der IMO stellt ein weiteres hervorragendes Beispiel dar, wie unermüdlich und vorbildlich der antinazistische Widerstand sein Netz geknüpft und eingesetzt hatte. Folgende Waffen wurden vor allem aus den Gustloff-Werken, dem Bahnhof Buchenwalds, sowie aus den Waffenkammern der SS besorgt und zum Teil auch selbst entwickelt und gebaut: 1 leichtes Maschinengewehr, 96 Karabiner, etwa 100 Pisto-



Bewaffnete Häftlinge übergeben den US-Truppen gefangene SS-Mörder

len, 124 Handgranaten, davon 16 aus den Beständen der SS, der Rest wurde in Eigenproduktion der IMO, von sowjetischen und polnischen Genossen hergestellt. Außerdem waren noch 50 Hieb- und ca. 100 Stichwaffen vorhanden und 1100 Brandflaschen.

1945 hatte die IMO 900 militärisch ausgebildete Kämpfer, die sich u.a. aus Offizieren und Soldaten der Roten Armee, Partisanen der verschiedensten Länder oder Interbrigadisten, und auch militärisch weniger erfahrenen Genossen zusammensetzten, die in Fünfergruppen organisiert waren.

Die nationale Zusammensetzung der militärischen Kader war wie folgt:

Sowjetunion: 56 Gruppen, Spanien: 9 Gruppen, Tschechoslowakei: 21 Gruppen, Italien: 5 Gruppen, Jugoslawien: 16 Gruppen, Ungarn: 6 Gruppen, Polen: 14 Gruppen, Deutschland: 23 Gruppen, Frankreich: 22 Gruppen, Österreich: 5 Gruppen, Niederlande: 2 Gruppen, Belgien: 8 Grup-

pen, Nachrichtenzug (Teil der "Häftlingsselbstverwaltung"): 7 Gruppen.

Die sowjetische Gruppe war nicht nur die zahlenmäßig stärkste, sondern auch die organisierteste und erfahrenste, sie war der Kern der illegalen Militärorganisation.

### Warum die These der SED/DKP Revisionisten von der "Selbstbefreiung" den Widerstand in Buchenwald diffamiert

Keine Frage über den Widerstand im KZ Buchenwald ist so von den SED/DKP-Revisionisten beachtet und bearbeitet worden wie die Frage der Befreiung Buchenwalds. In nahezu sämtlichen Büchern, Artikeln oder Aufsätzen aus der DDR oder von der DKP bis heute ist vom "Aufstand" und der "Selbstbefreiung Buchenwalds" die Rede.

### Aus dem Bericht des ILK direkt nach 1945 über die Befreiung des KZ Buchenwald am 11.4.1945

"Gleichzeitig mit dem Erscheinen neuer Jagdbomber um 11.45 Uhr ertönte die bisher nur probeweise benutzte Feindalarm-sirene. SS-Leute rannten herum und suchten von ihrem Raubgut zu retten, was sie nur konnten. Der Kommandant Pister war schon vorher mit seinem Mörderstab abgefahren, und um 12.10 Uhr hörten die Häftlinge zum letzten Mal die verhaßte Stimme des Rapportführers Hofschulte: 'Sämtliche SS-Leute aus dem Lager!' In Hochspannung verrannten die letzten Minuten. Langsam kreisten in geringer Höhe Aufklärer. MG-Salven knatterten unaufhörlich.

Dazwischen hörte man die Abschüsse aus Panzerkanonen. Der Kampfärm wurde immer deutlicher...

Um 14 Uhr marschierte eine Kompanie SS-Reserve in Richtung Front, bog dann aber ab um sich in Richtung Osten 'abzusetzen'... MG-Schüsse gellen auf, Tiefflieger schießen zur Erde. Das müssen flüchtende Panzer sein!

Wie vom Fieber geschüttelt liegen die bewaffneten Stoßtrupps des Lagers hinter Hügeln, zum Sturm auf den Zaun bereit. Noch immer kein Befehl zum Eingreifen. Im oberen Kommandanturbereich ist es noch ruhiger. Jemand ruft die Posten von den Türmen. Zwei SS-Russen drücken sich aus der Feuerlinie. Ein russischer Häftling ruft ihnen zu, die Waffen wegzuerwerfen. Sie tun es. Der Sturm bricht los. An fünf, sechs Stellen wird der Zaun zerissen. Schüsse fallen in nächster Nähe. Über den Appellplatz rast eine Gruppe von Bewaffneten. LA (Lagerältester, A.d.V.) Eiden an ihrer Spitze. Es passieren auch schon die ersten Panzer die Straße nach Hottelstedt - SS-Revier. Sie dringen in den Kommandanturbereich ein und durchfahren ihn, ohne sich aufzuhalten, in Richtung Weimar. Am Tor wurde die schwerbewaffnete Wache überwältigt. Kameraden vom Lagerschutz erstürmten den Turm, montierten das schwere MG ab. Die ersten Handgranaten und Panzerfäuste

wurden erbeutet. Auch an der hinteren Seite des Lagers wurden die Zäune durchbrochen und die Wachtürme gestürmt.

Um 15.15 Uhr flattert die weiße Fahne auf Turm 1. Das Lager rast. Alles will Waffen und drängt nach außen. Die Kasernen werden gestürmt. Überall werden Waffen erbeutet, ins Lager gebracht und neue Gruppen mit ihnen ausgerüstet. Die ersten Gefangenen werden eingebracht. Der Lagerälteste schickt seinen ersten Aufruf durch das Mikrophon: 'Kameraden! Die Faschisten sind geflohen. Ein internationales Lagerkomitee hat die Macht übernommen. Wir fordern euch auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Das Lager wird gesichert. Bleibt, soweit ihr nicht eingeteilt seid, in den Blocks!' Das Lager jubelte und blieb nicht in den Blocks. Jeder wollte eine Waffe und jeder wollte dabei sein. Ein seit 1933 in Haft befindlicher Kommunist begrüßte die ersten, den Durchbruchspanzern folgenden Spähwagen und gab ihnen Auskunft. Ununterbrochen rollten Panzer über die Straße. Laufend wurden SS-Leute, Soldaten und in Uniform gesteckte Hitler-Jungen eingebracht. Das Schlachtfeld war mit abgerissenen Achselstücken und den sonst so beliebten Sternen bedeckt. Zwei tote SS-Leute lagen an der Straße.

Das internationale Komitee hatte sofort nach Auftauchen der ersten Panzer seine Arbeit aufgenommen, und als gegen Abend die ersten amerikanischen Offiziere den Kommandanturbereich betraten, war bereits durch die militärische Leitung eine Sicherheitskette um das ganze Lager gezogen. Die amerikanischen Offiziere sprachen sich anerkennend über das tatkräftige Handeln der Häftlinge aus und sagten, nachdem sie über die Lage informiert waren, alle mögliche Hilfe zu.

Die Schlacht um das Konzentrationslager Buchenwald war geschlagen."

(Aus: KZ Buchenwald - Bericht des Internationalen Lagerkomitees, Weimar 1949, S. 211-212)

Natürlich entspricht es der Wahrheit, daß das Lager beim Eintreffen der US-Truppen schon fest in der Hand der internationalen Widerstandsorganisation war, daß die internationale Widerstandsorganisation 225 SS-Mörder gefangen genommen hat, daß nach der Befreiung ein bewaffneter Schutz der Häftlinge gegen versprengte Nazi-Trupps organisiert wurde und daß die US-Truppen zunächst weiter auf Weimar marschierten und erst zwei Tage später die Leitung des Lagers übernommen haben. Das bestreiten nur eingefleischte Antikommunisten.

*Es ist jedoch völlig falsch und ein Trick, diese historischen Tatsachen als "Selbstbefreiung" oder "Aufstand" zu bezeichnen.*

Der Schlüssel zum Verständnis, warum die revisionistische These von der "Selbstbefreiung" falsch ist, besteht in der genauen Unterscheidung von Defensiv- und Offensivplan und in der wahrheitsgemäßen Einschätzung der Rolle der US-Truppen bei der Befreiung des KZ Buchenwald.

Die Schilderung des Berichtes des ILK, die Schilderungen verschiedener überlebender Häftlinge aller Nationen direkt nach 1945 machen den realen Beitrag des internationalen Widerstandes zur Befreiung Buchenwalds klar. Das Fazit kann nur lauten:

Es kann nicht von einem wirklichen bewaffneten Aufstand gesprochen werden, es kann nicht davon gesprochen werden, daß der Offensivplan verwirklicht worden wäre. Denn es fehlte die relevante bewaffnete Gegenmacht, die besiegt werden mußte. Es war eher eine Art friedliche Machtübernahme, eine Realisierung des Defensivplanes mit dem Herannahen der US-Truppen und der damit zusammenhängenden Flucht von über 2700 der 3000 SS-Leute. Die faktische Leistung des Widerstandes zur Befreiung Buchenwalds war also militärisch gesehen relativ gering, moralisch jedoch von riesiger Bedeutung für die antinazistischen Häftlinge, für den Kampf in den Nazi-KZs, es war die "Krönung" des jahrelangen illegalen Kampfes gegen die SS.

Die revisionistische "Selbstbefreiungsthese" hingegen provoziert die Frage: Warum wurde nicht schon eine Woche früher, auch wenn die US-Truppen noch weit weg waren, die Evakuierung der jüdischen und sowjetischen Häftlinge auf die Todesmärsche durch die SS, wo noch Tausende ermordet wurden, mit einer bewaffneten Erhebung verhindert?

Es wird bewußt, daß die Taktik des ILK - keine Auslösung des bewaffneten Aufstandes, das maximale Herannahen der US-Truppen abwarten - dann ein Verbrechen gewesen wäre, wenn es möglich gewesen wäre, daß sich das KZ Buchenwald ohne Nähe der US-Truppen hätte wirklich selbst befreien können und damit die Evakuierten vor den Todesmärschen hätte retten können. Ist dies klar, wird auch klar, daß die Bagatellisierung der Rolle der US-Truppen den großartigen Kampf der militärisch ungeheuerschwachen Widerstandsorganisation und die richtige Taktik des ILK im Grunde diffamiert und in den Dreck zieht.

Die Frage, ob und wann der Aufstand ausgelöst werden sollte, wurde im ILK immer wieder diskutiert. Die Verzögerung der Auslösung des Aufstandes bedeutete für alle Beteiligten eine riesige moralische Belastung, erforderte eine riesige



## Der Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von den Nazibestien und ihren Helfershelfern ermordeten

### 51.000 Gefangenen!

51.000 erschossen, gehängt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt.

51.000 Väter, Brüder und Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und hunderttausende Kinder klagen an. Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen. Wenn uns eines am Leben hielt, dann war es der Gedanke:

### Es kommt der Tag der Rache!

Heute sind wir frei!

Wir danken den verbündeten Armeen, den Amerikanern, Engländern, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt den Frieden und das Leben erkämpften. Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisators und Initiators des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt.

### F. E. Roosevelt!

Ehre seinem Angedenken!

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. Uns beseelte eine Idee. Unsere Sache ist gerecht - unser muß der Sieg sein.

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, opferreichen Kampf. Und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitler-Fahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Apellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

**Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!**

**Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!**

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren Gemordeten, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

**Wir schwören!**

moralische Verantwortung, weil ja bewußt war, daß Evakuierung gleichbedeutend war mit Ermordung einer großen Anzahl von Häftlingen auf den Todesmärschen. Die richtige Beantwortung dieser Frage war eine schwierige und sehr komplizierte Frage und es gibt nur eine wahrheitsgemäße Antwort, warum das ILK keinen Aufstand ausgelöst hat:

Ohne Flucht von über 2700 der schwerbewaffneten 3000 SS-Bewacher vor den herannahenden US-Truppen konnte keinerlei Aufstand Erfolg haben, weil die militärische Überlegenheit der SS gegenüber der IMO zu groß war und es keine sympathisierende Bevölkerung in der Nähe des Lagers gab, die den Aufstand hätte unterstützen und die flüchtenden Häftlinge hätte schützen können - ganz im Gegenteil. In der Umgebung von Weimar wurde die deutsche Bevölkerung mit großem Erfolg zur Unterstützung der Nazis im "Volkssturm" mobilisiert. Ein Aufstand, die Realisierung des Offensivplans in dieser Situation hätte eine Niederlage bedeutet, was die Gefahr der Liquidierung des gesamten Lagers, gemäß dem Himmler-Befehl "Kein Häftling darf den Alliierten lebendig in die Hände fallen", ungeheuer erhöht hätte.

Bei der Herausstellung des hervorragenden Beitrags der internationalen Widerstandsorganisation bei der Befreiung und Rettung von über 21.000 Häftlingen aus den Klauen der Nazi-Mörder muß auch bewußt sein, daß diese in gewissem Sinne wirklich nur als hervorragend bezeichnet werden können, daß aber in gewissem Sinne der Widerstand nur wenig leisten konnte - so tragisch das auch war und ist. Ein Beispiel:

Es war eine großartige Leistung, die Evakuierung von 1500 jüdischen Gefangenen auf die Todesmärsche am 4.-5. April 2 Tage hinauszuzögern - was auch durch Tieffliegerangriffe der US-Armee unterstützt wurde, weil dadurch die SS sich eine ganze Zeit nicht aus ihren Schutzräumen wagte. Zuvor konnten die Nazis solche Evakuierungen zumeist in ein bis zwei Stunden durchführen. Jedoch konnte die Taktik der Verzögerung der Evakuierungen bis zum Herannahen der US-Armee nicht verhindern, daß die Nazis insgesamt vom 6.-10.4. über 28.000 Häftlinge auf Todesmärsche schicken konnte, wo tausende noch von den Nazi-Bestien vor dem Herannahen der alliierten Armeen ermordet wurden.

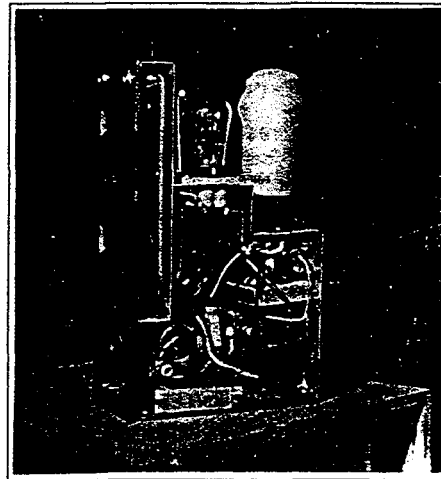
Die 11 in Buchenwald kämpfenden Kommunistischen Parteien formulierten am 19. 4. 1945 zur Befreiung Buchenwalds:

**"Die militärischen Kader aller Nationen haben Schulter an Schulter und gemeinsam mit der alliierten amerikanischen Armee Buchenwald befreit."**

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum die 11 Kommunistischen Parteien direkt nach der Befreiung Buchenwalds ebennicht von einer "Selbstbefreiung" sprachen:

■ Zu klar war direkt nach 1945, daß die alliierten Truppen Deutschland vom Nazi-Regime befreit hatten, zu klar war die sehr gewichtige Rolle, die die US-Truppen für die Befreiung Buchenwalds gespielt hatten: Hätte es die US-Truppen nicht gegeben, hätte es am 11. April 1945 keine Befreiung Buchenwalds gegeben!

■ Diese Aussagen haben wirkliche Kommunisten gemacht, die *Bescheidenheit* als wesentli-



Der Empfänger des Funkgerätes, mit dem das ILK Kontakt zu den US-Truppen aufnahm

ches kommunistisches Merkmal verinnerlicht und wirklich realistisch ihren Widerstand in den weltweiten Kampf gegen die Nazis eingeordnet hatten.

## Die tiefe Bedeutung des Schwurs von Buchenwald analysieren!

Im Schwur von Buchenwald heißt es "Die *Vernichtung des Nazismus* mit seinen *Wurzeln* ist unsere Losung!"

Diese Formulierung wurde im Schwur von Buchenwald, der unter führender Beteiligung der kommunistischen Kräfte erarbeitet wurde, ganz bewußt gewählt und ist auch heute eine programmatische Aufgabenstellung für die kommunistischen Kräfte in Deutschland, die genau durchdacht und diskutiert werden muß.

1. Diese Formulierung macht deutlich, daß nach der Befreiung Buchenwalds der Kampf gegen den Nazismus keineswegs als beendet erklärt werden durfte, sondern daß der Kampf bis zur vollständigen Vernichtung des Nazismus mit seinen *Wurzeln* weitergeführt werden mußte und werden muß.

Diese Betonung der Wurzeln beinhaltet vor allem aus kommunistischer Sicht, daß der Nazismus alle allgemeinen Merkmale der offen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals - wie der 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen richtig den Faschismus definierte - besaß.

Das bedeutet, daß die entscheidenden *Wurzeln des Nazismus im System des Kapitalismus* liegen und daß er deshalb endgültig mitsamt seinen Wurzeln nur vernichtet werden kann, wenn der Imperialismus in der proletarischen Revolution vernichtet wird.

2. Die Formulierung "Vernichtung" ist eine Kampfansage an jegliche reformistische oder revisionistische Vorstellung, die eine Art "Zurückdrängen" des Nazismus propagiert. Der Kampf zur vollständigen Vernichtung des Nazismus ist ein blutiger Kampf, bedeutet die Vorbereitung und Verwirklichung großer Aufgaben für die kommunistischen Kräfte. Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Verbünde-

## Die Ermordung Ernst Thälmanns im KZ Buchenwald

Am 16. 9. 1944 meldete der "Völkische Beobachter", daß Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD, angeblich bei einem "Terrorangriff" der alliierten Luftwaffe auf Weimar und Umgebung ums Leben gekommen sei. Dies war eine Lüge, die bis heute von Nazis, aber auch von anderen reaktionären Kräften in Deutschland verbreitet wird. Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Es ist bewiesen, daß Ernst Thälmann am 18. 8. 1944 im KZ Buchenwald auf direkten Befehl von Hitler und Himmler von den Nazis ermordet wurde. Der polnische Häftling Marian Zgoda hatte von einem Versteck aus die Ermordung des Genossen Thälmann beobachtet und sagte im Dachauer Buchenwald-Prozeß vor einem US-Militärgericht 1947 aus:

**"Ich verließ durch den Luftschacht dennoch meine Unterkunft und gelangte auf den Hof des Krematoriums. Hinter einem Schlackehaufen verbarg ich mich. Dort lag ich bis 24 Uhr und beobachtete, wie folgende Personen nach und nach in der angeführten Reihenfolge das Krematorium betraten: Stabschef Otto, Lagerführer Obersturm-**

**führer Gust, Rapportführer Hofschulte, Kommandoführer Oberscharführer Warnstedt, Adjutant Schmidt, Lagerarzt Hauptsturmführer Schiedlausky, Oberscharführer Werner Berger, Unterscharführer Stoppe...**

**0 Uhr 10 Minuten kamen die beiden Kommandoführer des Krematoriums heraus und öffneten das Tor im Hofe, um einen großen Personenwagen einzulassen. Dem Wagen entstiegen drei Zivilisten, von denen offensichtlich zwei den dritten, der in der Mitte ging, bewachten. Den Gefangenen sah ich nur von hinten. Er war groß, breitschultrig und hatte eine Glatze... Inzwischen waren auch die übrigen SS-Leute auf den Hof gekommen und flankierten die Eingangstür des Krematoriums. Die Zivilisten ließen ihren Gefangenen vorgehen. In dem Augenblick, als er das SS-Spallier passiert hatte und das Krematorium betrat, fielen drei Schüsse hinter ihm vom Hof her.**

**Anschließend begaben sich alle SS-Leute und die beiden Zivilisten in das Krematorium und schlossen die Tür hinter sich zu. Etwa drei Minuten später fiel ein vierter Schuß im Krematori-**

**um. Offensichtlich war es der übliche Fangschuß.**

**20 bis 25 Minuten später verließen die Unterführer das Krematorium. Dabei sagte Hofschulte zu Otto: 'Weißt du wer das war?' Otto antwortete: 'Das war der Kommunistenführer Thälmann.'"**  
(Neues Deutschland, 7.5.1947)

Die Nazis hatten den Genossen Thälmann 11 Jahre eingekerkert, gequält und gefoltert - aber er kämpfte unermüdlich weiter und blieb ein ungebrochener Kommunist. Der Plan der Nazis, einen Prozeß gegen Ernst Thälmann zu eröffnen und ihn als "reuegen Kommunisten" zu präsentieren, um die nazistische antikommunistische Hetze zu steigern, scheiterte kläglich.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges steigerten die Nazis die gezielte Ermordung kommunistischer Kader in den KZs und Gefängnissen, um so die kommunistischen Kräfte für den Kampf nach dem Ende des 2. Weltkrieges möglichst weitgehend zu schwächen. Im Zuge dieser Aktion beschloß die Nazi-Führung, Ernst Thälmann ohne Prozeß zu ermorden.

ten den bewaffneten Kampf zur gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates des deutschen Imperialismus unter Führung ihrer Kommunistischen Partei siegreich durchführt, es geht darum, die Diktatur des Proletariats zu errichten, die gestürzten Ausbeuter niederzuhalten und maximale proletarische Demokratie für die Masse der Werktätigen zu realisieren im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus - ohne diese gigantischen Aufgaben anzupacken und in die Tat umzusetzen ist die Ausrottung des Nazismus mit seinen sämtlichen Wurzeln unmöglich!

Es wäre jedoch falsch und kurzsichtig, daraus zu schließen, der radikaldemokratische Kampf gegen die Nazis und die Faschisierung, sowie gegen alle anderen Ungerechtigkeiten des imperialistischen Systems sei unwichtig. Es ist ja gerade so, daß vor allem auch in diesen demokratischen Kämpfen das notwendige Bewußtsein und der notwendige Grad der Organisation bei den Arbeiterinnen und Arbeitern anhand ihrer eigenen Erfahrungen durch die Erziehungsarbeit der Kommunistischen Partei geschaffen werden muß, um die Arbeiterklasse zu befähigen, schließlich den Kampf zur Vernichtung der Wurzeln des Nazismus erfolgreich durchführen zu können.

3. Jedoch beinhaltet die Formulierung "Nazismus" auch eine besondere Aufgabenstellung für die kommunistischen Kräfte in Deutschland. Denn der aus der deutschen Geschichte gewachsene Nazismus, der Nazi-Faschismus, hatte wesentliche Besonderheiten, er war nicht der "Zwillingsbruder" des italienischen Faschismus. Die besonders reaktionäre Nazi-Ideologie, die welthistorisch bisher einmaligen Nazi-Verbrechen - der industriell durchgeführte und staatlich organisierte Völkermord -, die riesige Massenverankerung des Nazi-Faschismus im deutschen Volke - das sind nur die wichtigsten Besonderheiten, die erkannt, eingeordnet und woraus die richtigen

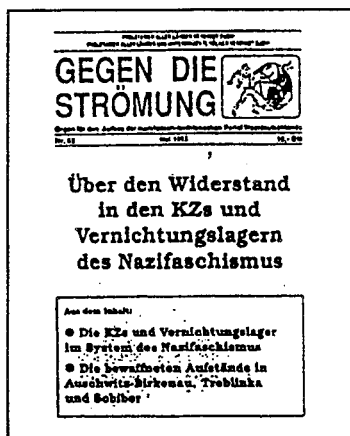
Schlußfolgerungen gezogen werden mußten und müssen.

**Die Wurzeln des Nazismus vernichten - das bedeutet unter anderem gerade auch die verbrecherische "deutsche Ideologie" als Wurzel der Nazi-Ideologie zu vernichten, um erfolgreich auf diesem Weg und in diesem Kampf die sozialistische Revolution durchführen und weiterführen zu können!**

★★★

**Der Kampf der kommunistischen Kräfte im KZ Buchenwald ist Teil der kommunistischen Tradition, die auf der Grundlage des wissenschaft-**

**lichen Kommunismus steht, der von Marx, Engels, Lenin und Stalin ausgearbeitet wurde. Der Kampf der kommunistischen Kräfte im KZ Buchenwald ist Teil des illegalen und legalen Kampfs, ist Teil der Tradition des Bürgerkriegs gegen den Imperialismus, des Kampfes für die wirkliche Diktatur des Proletariats, den Sozialismus und Kommunismus wie es in Ansätzen in den ersten Jahren der DDR spürbar war und nicht für einen revisionistischen Polizeistaat!**



### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.  
Fax-Nr.: 069/730920

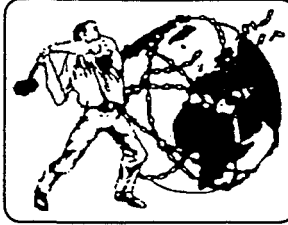
- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
  - Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
  - Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale
- in vielen Sprachen erhältlich

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr  
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

2-3/95

Februar-März 1995

**50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!**

## Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!

Nach einem die Überlebenden Nazi-Opfer von Auschwitz entwürdigenden Medienrummel um den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz folgte - gut getimet - "endlich" der Aufschrei der "deutschen Seele". Bundespräsident Herzog, der zu Auschwitz nichts zu sagen hatte, ergriff das Wort, um das angebliche Kriegsverbrechen gegen Dresden anzuklagen und den Krieg gegen Nazi-Deutschland mit dem Krieg der Nazis gleichzustellen und gleichermaßen zu verurteilen. Und er gab noch eins drauf: "Wir, die Deutschen" sind großzügig, "wir" verzichten auf die Verfolgung der Kriegsverbrecher, die Dresden zerstört haben, verkündete er, nicht ohne Blick auf die angeblich so rachsüchtigen Juden, die Deutschland Auschwitz immer noch nicht verzeihen können, statt gegenseitige Anklagen endlich einzustellen!!

Proteste gegen das Spektakel in Dresden wie die Aktion gegen die Herzog-Rede wurden sofort polizeilich verhindert. Transparente wie "Deutsche Täter sind keine Opfer" und Parolen wie "Protestieren wir gegen den deutschen Opferkult und die Kontinuität des Täterregimes" genüßten, um Polizei und "wütende Bürger" in Aktion treten zu lassen. Mehrere Demonstrantinnen und Demonstranten wurden festgenommen, während der Dresdner REP-Verband unbehelligt seinen "Trauer"-Kranz am Heidefriedhof niederlegen konnte - neben dem Kranz der Bundeswehr, der von Generalinspekteur Neumann dort platziert wurde!

Während im Vorfeld dieser Protestaktion in Dresden zunächst wichtiges an inhaltlicher Arbeit geleistet wurde, um nationalistische und pronazistische Argumentationen innerhalb der sich als "revolutionär" verstehenden Bewegung aufs Korn zu nehmen (1), zerbrach der Versuch eines breiteren Protestbündnisses bald wieder an zwei scheinbar extrem gegenüberstehenden, gleichermaßen absurden Positionen.

Während eine Gruppierung in großsprecherischer und absurder Art und Weise zur Bedingung der Aktionseinheit eine "antinationale Haltung" gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf in der Türkei und dem auch national gegen die USA motivierten bewaffneten Kampf in Mexiko erhob (2), zeigte sich auf der anderen Seite eine derartige Flachheit der Argumentation, daß man sich dazu verstieg, "die Bombar-

dierung Dresdens, die Aussiedlung der Deutschen und die Vergewaltigung deutscher Frauen durch alliierte Soldaten" (3) in einem Atemzug zur Diskussion zu stellen. Anstatt die Berechtigung der alliierten Kriegsführung mit dem Ziel der bedingungslosen

**Für die von der Deportation bedrohten Jüdinnen und Juden bedeutete die Bombardierung Dresdens eine Chance zum Überleben!**

In einem Bericht eines Überlebenden des Nazi-Völkermordes heißt es:

"Am Morgen des 13. Februar 1945 kam der Befehl, die letzten in Dresden zurückgebliebenen Sternträger zu evakuieren. Bisher vor der Deportation bewahrt, weil sie in "Mischehe" lebten, waren sie nun dem sicheren Ende verfallen... Am Abend dieses 13. Februar brach die Katastrophe über Dresden herein: Die Bomben fielen, die Häuser stürzten, der Phosphor strömte, die brennenden Balken krachten auf "arische" und "nichtarische" Köpfe... wen aber von den etwa 70 Sternträgern diese Nacht verschonte, dem bedeutete sie Errettung, denn im allgemeinen Chaos konnte er der Gestapo entkommen."

Kapitulation Nazi-Deutschlands zu unterstreichen, wurden mit solchen Formulierungen die Geschichtsfälscher des deutschen Imperialismus unterstützt.

Dabei ist es wesentlich zu verstehen, daß beide Gruppierungen durchaus auf Grund der Empörung ihres Umfelds die Demagogie des Dresden-Spektakels als Manöver des deutschen Imperialismus anprangern wollten. Angesichts des enormen ideologischen und politischen Drucks, infolge eines fehlenden grundlegend richtigen Standpunktes zur Frage des zweiten Weltkrieges und der nationalen Frage im Imperialismus verhedderten sie sich allerdings hoffnungslos. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, daß auch üble abgehalfterte "Politprofis" des Opportunismus ihre Finger im Spiel hatten, um durch Überspitzungen und Provokationen jede echte Diskussion zu beenden und ins absurde zu führen.

Nachfolgend in zwölf Punkten zusammengefaßte Ergebnisse unserer Diskussion:

### 1.

Die Bombardierung Dresdens ist nicht zufällig das Thema Nummer 1, um den Krieg der Staaten der Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland als Kriegsverbrechen anzuprangern. Denn in diesem Fragenkomplex bündeln sich wesentliche Fragen, komplizierte Fragen.

Grundlegende Klarheit über den deutschen Imperialismus, den Nazi-Faschismus und den Verlauf des 2. Weltkrieges, sowie die Besonderheiten und Probleme der Anti-Hitler-Koalition sind Voraussetzung, um die aggressiven Lügenkampagnen der deutschen Imperialisten bekämpfen zu können, ohne nach- oder klein beizugeben. Das ist Voraussetzung dafür, daß komplizierte Probleme nicht unzulässig vereinfacht oder einfache Fragen unzulässig verkompliziert werden.

Um zu den drei entscheidenden Fragenkomplexen - zur Bombardierung Dresdens, zum Luftkrieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland überhaupt sowie zur Zielsetzung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, Deutschland zu besetzen, um den Nazismus zu zerschlagen - fundiert Stellung beziehen zu können, ist zunächst die *Geschichte der Fragestellung* zu beleuchten. Diese Fragen wurden seit Beginn der Luftangriffe auf Deutschland, insbesondere in den letzten Kriegsjahren und -monaten, von Goebbels zum Zentrum der Nazi-Propaganda gemacht - und zwar nachweisbar mit dem Ziel, gerade auch jene an den Nazi-Staat und die Nazi-Wehrmacht zu binden, die nicht mehr an die Nazi-Ideologie und auch nicht mehr an den "Sieg Deutschlands" glauben.

### 2.

Daß die Propagandamaschinerie Goebbels gut geht war und sehr große Erfolge gerade auch bei den "normalen" Deutschen hatte - soll heißen, bei jenen, die keine wichtige Funktion im Nazi-Apparat hatten - zeigte sich am krasssten in den letzten Wochen und Tagen des Krieges. Aufgrund des weltgeschichtlich noch nie dagewesenen Ausmaßes an reaktionärer Verhetzung, an Verbohrtheit und Charakterlosigkeit war die große Mehrheit eines Volkes, des *deutschen Volkes, nicht in der Lage, den Krieg von sich aus zu beenden und die Nazi-Führung zu stürzen.*

**S. 2: Zu Herzogs Demagogie-Rede in Dresden**

**S. 4: Die Analyse der Position der SED von 1950 zur Bombardierung Dresdens ergibt: Deutscher Chauvinismus!**

## 3.

Nach dem Krieg, nach 1945, wurde ohne wirkliche Unterbrechung bis heute das Thema "Bombardierung Dresdens" ohne Unterlaß gepflegt und gehegt. Die Analyse der Artikel und Bücher zu diesem Thema zeigt, daß sie - mit ganz wenigen Ausnahmen - nicht nur in der Tradition von Goebbels <sup>(4)</sup> mit Lügen über die Bombardierung Dresdens selbst und über die Zusammenhänge, die dazu führten, arbeiten, sondern frontal den Luftkrieg der Alliierten als "barbarisch" angreifen. Dabei wird vor allem ein zentrales Ziel verfolgt: Mit der "Aber-die-anderen-haben-doch-auch"-Ideologie wird die Rechtmäßigkeit des Befreiungskrieges der Staaten der Anti-Hitler-Koalition überhaupt bestritten. Die verbrecherischen und mörderischen Kriegsanstrengungen der Nazi-Armee gerade auch in den letzten Monaten des Krieges werden damit verteidigt und gerechtfertigt. Deutschland wird als "Opfer" eines angeblichen "Angriffes" der Alliierten dargestellt. <sup>(5)</sup> *Die welt-historische Schande des "Durchhaltens" der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf der Linie der Nazi-Propaganda bis buchstäblich zur letzten Minute des Krieges soll beschönigt oder gar gerechtfertigt werden.* <sup>(6)</sup>

Es ist daher auch kein Zufall, daß der heute führenden "Historiker" der international operierenden Nazis, D. Irving, für den deutschen Markt in den 60er und 70er Jahren gleich drei Bücher über Dresden und den Luftkrieg veröffentlichte und die Bombar-

dierung Dresdens als "Kriegsverbrechen" diffamierte, ehe er vor der Weltöffentlichkeit die Existenz der Nazi-Vernichtungslager als "Auschwitz-Lüge" bezeichnete.

Zunächst zu Auschwitz schweigen und umso mehr zu Dresden das Maul aufreißen - das war die Taktik von D. Irving, bevor er offener und direkter Nazi-Positionen einnahm.

Zunächst am 27. Januar, dem 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz "sich zurückhalten", um dann wenige Wochen später unverhohlen anlässlich der Bombardierung Dresdens "Haß gegen den Krieg" zu predigen", also Haß gegen die Armeen der Anti-Hitler-Koalition - das ist der Kern des Auftretens des neuen Bundespräsidenten Herzog, das ist der heutige Stand der offiziellen Propaganda der Politiker des deutschen Imperialismus.

## 4.

Lassen wir einmal Herrn Herzog und andere Figuren im Dienste des deutschen Imperialismus beiseite. Was sind die Gründe, die es erleichtern, daß diese Demagogen Erfolg haben? Warum verstehen manche Jugendliche heute unter dem Einfluß der Presse und der anderen Medien gerade den Komplex "Dresden" ganz und gar nicht, wenn sie auch sonst in vielen Fragen den Medien gegenüber kritisch eingestellt sind?

Ausgangspunkt für eine ruhige, überzeugende Erklärung und Begründung ist ein prinzipielles Verständnis dafür, daß die Völker überfallener Länder, die ausgeraubt und versklavt werden oder werden sollen, das Recht haben, sich zu wehren, das Recht haben, einen Verteidigungskrieg zu führen, einen Krieg, der ganz und gar berechtigt, ja gerecht ist. <sup>(7)</sup>

Das ist der allererste und noch relativ einfache Schritt - als Voraussetzung, um den zweiten Schritt zu verstehen: Es genügt ganz offensichtlich nicht, die Nazi-Wehrmacht lediglich wieder zurück nach Deutschland zu jagen und somit das eigene Land von den Nazi-Mördern zu befreien. Warum war das nicht ausreichend, ja absurd? Aus dem einfachen Grund, weil die Nazis und ihre Militärmaschinerie sich auf dem Gebiet Deutschlands hätten erholen können, um den Krieg erneut mit ganzer Macht weiterzuführen. Das war der Hauptgrund für die weiterreichenden Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition: eine wirkliche Beendigung des Krieges auf der Basis der *bedingungslosen Kapitulation Deutschlands* nach der Zerschlagung des Nazi-Staates und vor allem der Nazi-Armee. Dies war der entscheidende, wenn auch nicht der einzige Grund, warum die Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Grenzen Deutschlands überschreiten, Deutschland besetzen mußten. Somit ergab sich das Problem, daß alliierte Soldaten auf "deutschem Boden" kämpfen mußten. Damit war auch klar, daß die Nazis eine große Möglichkeit erhielten, die Bevölkerung weiter an Nazi-Deutschland zu binden, ihren Aggressionskrieg ge-

## Zu Herzogs Demagogen-Rede in Dresden

### 1) "Um die deutschen Opfer unserer Geschichte trauern"

Herzog zitiert als Richtlinie seiner "Trauer" die offizielle Rede am "Volkstrauertag":

**"Wir denken heute an die Opfer von Gewalt und Krieg, Kinder, Frauen und Männer aller Völker. Wir gedenken der Soldaten, die in den Weltkriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Verlebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren."**

Herzog schlußfolgert:

**"Genau das ist der Geist, aus dem heraus wir auch um die deutschen Opfer unserer Geschichte trauern."**

Hier wird die Tür geöffnet, um unter der Maske der Ablehnung der Trauer nur um die "Deutschen", pauschal die deutschen Nazi-Täter wieder in die Kategorie der Opfer einzureihen.

### 2) Dresden im "juristischen Sinne"...

Herzog ist - anders als die Alliierten, so wird suggeriert - großzügig und verzichtet auf "Kriegsverbrecher-Prozesse" gegen die Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition und erklärt:

**"Es gibt keinen Sinn, darüber zu richten, ob der Bombenkrieg, an dessen Unmenschlichkeit niemand zweifelt, im juristischen Sinne rechtmäßig war oder nicht. Was bringt uns das..."**

In dieser Passage stecken drei revanchistische Gedanken:

a) Es werden alle konsequenten Vertreter der Anti-Hitler-Koalition zu einem "niemand" erklärt. Die Rechtmäßigkeit der Bombardierung der Großstädte Deutschlands wird von Verteidigern des Nazi-Staates und seinen Kollaborateuren bezweifelt. Das ist der Kern.

b) Indem Herzog behauptet, daß eine solche Feststellung "keinen Sinn" macht, deutet er natürlich an,

daß "eigentlich" diese Bombardierungen angebliche "Kriegsverbrechen" seien, aber die ach so "großzügigen Deutschen" auf eine juristische Verurteilung verzichten.

c) Hier ist angelegt, was für 1996 als nächster Schritt auf dem Weg der Revision der Geschichte schon vorbereitet ist: Die gerechten Nürnberger Prozesse gegen die Nazi-Kriegsverbrecher sollen als "unsinnig" diffamiert werden.

### 3) Die Phrase von der angeblichen "Sinnlosigkeit des Krieges gegen die Nazis"

Herzog greift frontal den gerechten Krieg der Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland an:

**"...wir wollen nicht vergessen, daß es (Dresden, A.d.V.) im Rahmen eines Krieges zerstört wurde, den eine deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hatte. Gerade deshalb zeigt Dresden aber auch die ganze Sinnlosigkeit moderner Kriege."**

"Gerade deshalb?" Diese zwei Wörtchen sind eine demagogische Operation. Gerade weil Deutschland (das Nazi-Regime als "deutsche Regierung" zu bezeichnen, ist auch ein Zungenschlag, der es in sich hat, der eine gewisse Rechtmäßigkeit dieses Regimes suggeriert) den Krieg verschuldet hat, deshalb soll der Verteidigungskrieg der Alliierten "sinnlos" sein?

Herzog benennt ganz bewußt den entscheidenden kausalen Zusammenhang, um ihn dann rotzfrech in Goebbelsscher Manier einfach ohne jegliches Argument offensiv zu bestreiten.

### 4) Herzog predigt Haß gegen den Krieg "als solchen"

Diese These vorbereitend behauptet Herzog:

**"Erst wenn man sich vorstellt, wer alles unter den Bombenopfern von Dresden gewesen sein muß, wird die menschliche Tragödie moderner**

**Kriegführung handgreiflich. Da waren die in der Wolle gefärbten Nazis und Gestapoleute, die Deportationslisten für Juden zusammenstellten. Da waren Juden, die auf diesen Listen standen."**

Und die angeblich "unmenschlichen Alliierten", so suggeriert diese übelste demagogische Passage, vernichteten nicht nur Nazis, sie waren beteiligt an der "Judenvernichtung"!!

Abgesehen davon, daß weit über 95% der Juden aus Deutschland schon in die Vernichtungslager deportiert worden waren, als Dresden bombardiert wurde, wird unterschlagen, daß die vor der Deportation in den sicheren Tod stehenden Juden die Bombardierung der Großstädte ausdrücklich begrüßten als Chance, im Chaos zu entkommen und vor allem, weil der Luftkrieg gegen Nazi-Deutschland Vorbote der bedingungslose Kapitulation dieses Nazi-Deutschlands war.

Nun kommt Herzog zum Kern:

**"Es ist der Krieg als solcher, den wir hassen müssen wie die Pest. Vor allem den modernen Krieg, in dem es weder Front noch Heimat gibt."**

"Der Krieg als solcher"... Hier ist klar, daß es Herzog nicht allein um die Bombardierung Dresdens oder die Luftangriffe auf deutsche Großstädte geht, es geht ihm darum, den Krieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland überhaupt zur "Pest" zu erklären, den es zu hassen gilt!

So schließt sich der Kreis: Die Verurteilung der Bombardierung Dresdens ist nur der "Aufhänger" um den Befreiungskrieg der Alliierten zu diffamieren und mit dem Raub und Vernichtungskrieg der Nazis gleichzustellen!

(Quelle der Herzog-Rede: "Das Parlament" Nr. 9, 24.2.1995)

gen andere Völker "umzubenennen" in einen "Verteidigungskrieg", einen angeblich nun sowieso "gerechten" Krieg angesichts der Offensive der Staaten der Anti-Hitler-Koalition.

## 5.

Eine solche Situation wäre nur dann vermeidbar gewesen, wenn sich Stalins Hoffnung zu Anfang des Krieges, daß es aufgrund revolutionärer Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung zu einer Erhebung der antinazistischen Kräfte in Deutschland kommen würde - erleichtert durch die harten Schläge der Partisanen und alliierten Armeen gegen die Nazis - erfüllt hätte (Siehe Stalin, Werke Band 14, S. 255/256). <sup>(9)</sup> Als aber klar war und klar wurde, daß mit einer solchen Erhebung nicht zu rechnen war (selbst in der Kriegsgefangenschaft zeigte sich, daß die Mehrheit der vielzitierten "einfachen deutschen Landser" - vollgesogen mit Nazi-Ideologie - nicht bereit war, gegen die Nazi-Verbrecher zu kämpfen), blieb als realistisches Ziel zur Beendigung des Krieges und der Befreiung Europas und Deutschlands vom Nazi-Faschismus nur die Perspektive der *vollständigen Besetzung Deutschlands durch die regulären Armeen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition* als Grundbedingung für die vollständige Kapitulation Nazi-Deutschlands.

## 6.

Nur wer das Ziel der vollständigen Besetzung Nazi-Deutschlands als berechtigt anerkennt, hat überhaupt die Möglichkeit zu begreifen und zu akzeptieren, *warum die systematische Bombardierung aller Großstädte und regionaler Zentren Deutschlands* eine durch vielfache Gründe *berechtigte* und wichtige Form der Kriegsführung der Luftwaffe der USA und Englands war.

Die Gründe für einen solchen Luftkrieg ergaben sich keinesfalls *nur* aus "rein militärischen" Gesichtspunkten, wenn diese Gesichtspunkte auch wesentliches Gewicht haben. Von sehr großem Gewicht war es, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu "überzeugen", daß die Nazis größenwahnsinnige Lügner sind.

## 7.

Die Bombardierung von Großstädten war ein Novum in der Kriegsführung, das von den Nazis mit der Bombardierung Guernicas, Rotterdams, Warschaus, Coventrys usw. eingeführt wurde. Die Nazi-Führung hatte nach diesen Bombardierungen großmäulig erklärt, daß "niemals eine Bombe deutsche Städte treffen" würde. Die Nazis glaubten auf dem Höhepunkt ihrer Macht, sie seien "unbesiegbar".

Ein Ziel der Kriegsführung der Anti-Hitler-Koalition war es gerade, durch den Luftkrieg unwiderlegbar den *Mythos der "Unbesiegbareit"* der deutschen Luftwaffe, Bombe für Bombe den Glauben an die "Unfehlbarkeit" der Nazi-Führer zu *zerschlagen*, um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre "Schutz"-Versprechen nicht halten konnte, zu brechen. Daß die Bombardierungen der deutschen Großstädte gerade in diesem Sinne Wirkung zeigte, durchaus erfolgreich waren, auch bei der Demoralisierung der direkten Nazi-Anhänger, belegen interne Nazi-Berichte. Der "Sicherheitsdienst" der SS meldete nach der Bombardierung Hamburgs im Jahre 1943:

"...daß eine große Stadt nach der anderen dem Erdboden gleichgemacht werde, liege wie ein Alpdruck auf allen Volksgenossen und trage sehr

wesentlich dazu bei, das Gefühl der Unsicherheit und Ausweglosigkeit zu verstärken."

(Bericht des SD vom 29.7.43, Borberach, München 1968 "Meldungen aus dem Reich", zitiert nach: Götz Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S. 100)

Das galt gerade auch für jene große Mehrheit, an denen Kategorien wie "Schuld an Guernica", "moralische Verantwortung" für KZs und Vernichtungslager sowieso wirkungslos abprallten. Diese Mehrheit, erzogen nach der Philosophie "Der Stärkere hat recht" und ihr gläubig verfallen, konnte sich nicht etwa von der Nazi-Führung lösen, weil ihnen klar wurde, daß die Nazis einen verbrecherischen Krieg angefangen hatten. Dies war nur möglich, wenn klar war, daß mit Hitler und seinen Leuten dieser Krieg nicht zu gewinnen war, daß die "Stärkeren" eben die Anderen, die alliierten Armeen waren. Das war die Realität, das war der Bewußtseinsstand bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

## 8.

Dabei ist es aber doch sehr wichtig zu verstehen, daß diese angeführten Überlegungen nicht die einzigen, vielleicht noch nicht einmal die gewichtigsten Gründe für den Luftkrieg waren. *Es gab klare militärische Notwendigkeiten, auf die nazistische Taktik der "Verwandlung der Großstädte in Festungen" zu reagieren*, Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erzwingen, um die nazistische Vernichtungsmaschinerie zu stoppen und schließlich Deutschland mit möglichst geringen eigenen Verlusten besetzen zu können.

## 9.

Dabei ehrt es die Staaten und Armeen der Anti-Hitler-Koalition, mit wieviel Anstrengungen und Mühen sie die deutsche Bevölkerung immer wieder über die Selbstverständlichkeit informierte, daß die Großstädte als logistische und militärische Zentren längst Kampfgebiet sind. Unermüdlich wurde immer wieder erklärt: *"Frauen und Kinder aber haben auf dem Schlachtfeld nichts zu suchen"*, die deutsche Bevölkerung habe endlich die Großstädte zu verlassen. Und wenn sie schon zu feige zum Aufstand gegen Hitler seien, sollten sie wenigstens Frauen und Kinder aus den zum militärischen Schlachtfeld erklärten Großstädten wegbringen, die Evakuierung selbst durchführen oder - wie am Beispiel Berlins - gegen den Nazi-Staat durchsetzen.

In einem englischen Flugblatt vom 1. September 1943 mit dem Titel *"An die Zivilbevölkerung der deutschen Industriegebiete"*, das das Antifaschistische Plenum und die Jugend-Antifa-Aktion (JAA) aus Braunschweig zur Verteidigung des alliierten Luftkrieges veröffentlichte, heißt es:

"Am 10. Mai 1942 hat Premierminister Churchill alle deutschen Städte, in denen sich die Rüstungsfabriken der deutschen Kriegsmaschine befinden, öffentlich zum Kriegsgebiet erklärt und die deutsche Zivilbevölkerung aufgefordert, diese Städte zu verlassen. Die deutsche Regierung hat es über ein Jahr lang in verbrecherischer Weise unterlassen, hinlängliche Vorkehrungen zur Evakuierung der Bevölkerung aus diesen Gebieten zu treffen..."

Solange diese bedingungslose Kapitulation nicht erfolgt ist, stellen sämtliche deutschen Industriestädte einen Kriegsschauplatz dar. Jede Zivilperson, die sich auf diesem Kriegsschauplatz aufhält, läuft selbstverständlich ebenso Gefahr, ihr Leben zu verlieren, wie jede Zivilperson, die sich unbefugt auf einem Schlachtfeld aufhält..."

Wer diese Warnung mißachtet, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben."

In einem ähnlichen Flugblatt vom 23. Juni 1943 steht:

**Dieses Gebiet ist Schlachtfeld... Was die Frauen und Kinder betrifft, so haben sie auf einem Schlachtfeld nichts zu suchen."**

(Zitiert nach: G. Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S. 403)

Millionen von Flugblättern, tägliche Radio-Sendungen von Radio Moskau und BBC in deutscher Sprache (oft genug im BBC mit genauer Angabe der Uhrzeit der Bombardierung) stellten klar, daß die Angriffe sich gegen Nazi-Deutschland richteten, Teil des Kampfes für die bedingungslose Kapitulation, für die Zerstörung der Macht der Nazis war.

## 10.

Was waren nun die *Resultate des alliierten Luftkrieges*, darunter schließlich auch gegen Dresden?

a) Die deutsche Großmäuligkeit von der "Vernichtung der Sowjetunion und Englands" war dem defensiven Nazi-Gejammer über die "Zerstörung Deutschlands" gewichen.

b) Daß dieser Krieg verloren, die Alliierten mächtiger waren, erkannten durch den dauernden Luftkrieg auch Teile der Nazi-Anhänger.

c) Deutsche Flugzeuge und Militär waren in den bombardierten Großstädten gebunden, statt an der Front kämpfen zu können.

d) Industrie und Wohnraum für die in der Industrie Arbeitenden, waren in großem Umfang zerstört; Nachschub und Nachschubwege, aber auch Zentralen der Nazi-Verwaltung wurden in erheblichem Umfang vernichtet.

## 11.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen kann über jene Art der "Argumente" gesprochen werden, die gegen die Bombardierung Dresdens seit 1945 ohne Unterbrechung und mit gleicher Niveaulosigkeit immer und immer wieder vorgebracht werden. Dabei ist es zunächst keineswegs nebensächlich, daß all jene, die ganz spezielle "Dresden-Gründe" benennen, keinesfalls nur gegen die Bombardierung Dresdens sind, um statt dessen eine gründlichere Zerstörung Berlins oder Hamburgs zu fordern! Das wäre zwar abstrakt denkbar, ist aber in der Realität nicht existent. *All die "Dresden-Gründe" dienen nur als Vorwand, um den Luftkrieg, ja die alliierte Kriegsführung überhaupt als "ungerecht", ja als angebliches "Kriegsverbrechen" zu diffamieren.* <sup>(9)</sup>

Lohnt es sich da, diese "Dresden-Gründe" auch noch im Einzelnen zu widerlegen? Ja, unter dem Gesichtspunkt, Schwankenden und Verunsicherten zu helfen, die ganze demagogische Kette der Hetze gegen die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu durchschauen.

## 12.

*Das fünffache Credo der "Dresden-Ideologen"* lautet:

a) "Der Krieg war doch schon entschieden". Wäre also die Bombardierung 2 Jahre vorher berechtigt gewesen? Soll das damit gesagt werden? Wohl kaum. Daß der Krieg schon "entschieden" war, ist eine Halbwahrheit. Es stimmt einerseits seit der Schlacht um Stalingrad, stimmt andererseits nicht, da bis zum 8. Mai 1945 in Berlin Haus um Haus von der Roten Armee erkämpft werden mußte, die Verluste gerade der Roten Armee in den letzten Monaten des 2.





Weltkrieges große Ausmaße annahmen. <sup>(10)</sup> Obwohl der Krieg "schon längst entschieden" war. Weil "entschieden" solange hypothetisch blieb, bis nicht die bedingungslose Kapitulation real durchgesetzt war.

b) "Dresden hatte doch keine militärische Bedeutung, seine Bombardierung war doch sinnlos" wird behauptet. Das sahen die Nazis anders, die Dresden planmäßig zur "Festung" ausbauten. Und das sahen auch die Alliierten anders, die ganz eindeutig erklärten, daß Dresden eine wichtige Nazi-Festung war.

Eine sowjetische Erklärung von 1945 legte dar, daß Dresden,

"eine Rüstkammer Deutschlands sei, ein Pulverfaß, eine Nachschubquelle, die das Material für die Vernichtung friedliebender Völker liefert."

(W. A. Ruben, Abschaum der Menschheit, 2.6.45, Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung)

In einem Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 wird Dresden als "mächtiger Verteidigungsknoten in Sachsen" charakterisiert. (Zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3./4. Mai 1975) <sup>(11)</sup>

c) "Dresden war doch Aufnahmeort für Flüchtlinge" heißt es, die "armen Flüchtlinge..." folgt meistens. Das Problem war jedoch, daß die Flüchtlingsbewegung dem Vormarsch der Roten Armee nützte. Die Festsetzung, administrative Versorgung und militärische Rekrutierung der Flüchtlinge diente hingegen nur der Stabilisierung des zusammenbrechenden Nazi-Regimes. Es lag in der Tragik dieser Phase des Krieges, daß die Flüchtlinge in jeder Hinsicht den Nazis noch mehr glaubten als den Alliierten, die massiv und deutlich die Evakuierung der Großstädte gefordert hatten. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser "Flüchtlinge" Nazi-Verbrecher waren, die ihre Bestrafung durch die Rote Armee zu recht fürchteten.

d) Vielleicht am unerträglichsten ist das Gejammer über die "zerstörte Kultur" und die zerstörte "Frauenkirche" (die nun für 160 Millionen DM wieder aufgebaut werden wird). Vor allem die revisionistische SED tut sich dabei besonders hervor. In ihrer Standardliteratur über die Zerstörung Dresdens wird immer wieder gejammert, daß "Dresden - Kleinod der Menschheit" zerstört wurde (siehe: W. Weidauer, Inferno Dresden, 8. Auflage, Berlin 1990, S. 5).

Es war Krieg. So einfach ist das. Und wer die Zerstörung von Kultur nicht will, mußte den Aufstand gegen das Nazi-Regime wagen, anstatt sich bis zum Schluß am Nazi-Krieg zu beteiligen!

e) Das mit Sicherheit demagogischste Argument

ist die Behauptung, daß die Zerstörung von 60% der Häuser Dresdens sich eigentlich gegen den Vormarsch der Roten Armee gerichtet habe. Diese Art der Argumentation (die keinesfalls nur von den SED-Revisionisten vorgetragen wird), übersieht, daß die Nazis so oder so auf ihrem Rückzug die Politik der "Verbrannten Erde" betrieben haben. Dabei gehört zu den Ungereimtheiten der "Dresden-Ideologen", daß sie einerseits behaupten, der Luftkrieg sei besonders massiv im Osten durchgeführt worden, um durch die Zerstörungen der Roten Armee die wirtschaftliche Basis für den Neuanfang zu erschweren, gleichzeitig wird aber "angepöbeln", daß doch auch so wenig Industrie in Dresden zerstört worden sei. Nur nebenbei: Die Zerstörung Dresdens <sup>(12)</sup> ist gering, gemessen an zerstörten Gebäuden in Städten wie Köln, Stuttgart, Pforzheim usw. Auch dies zeigt, daß dieser Argumentationsstrang ein Schuß ist, der nach hinten los geht.

Ja, es gab Widersprüche zwischen den Armeen der imperialistischen Länder USA und England einerseits und der Armee der sozialistischen Sowjetunion andererseits. Doch diese Widersprüche bezogen sich nicht darauf, daß die Sowjetunion etwa an England kritisierte, daß es zu heftig und brutal Deutschland bekämpfte, sondern ganz im Gegenteil, daß zu schwach und zu ineffektiv gekämpft wurde. <sup>(13)</sup>

☆☆☆

Die Bombardierung deutscher Großstädte geschah im Einvernehmen aller Alliierten. Das zeigen die Dokumente eindeutig. Zum Beispiel schrieb Stalin am 19. 4. 1943 an Churchill:

"Ich freue mich, daß Sie beabsichtigen, die Bombenangriffe auf deutsche Städte in ständig wachsendem Umfang fortzusetzen." (Stalin, Briefwechsel mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, Berlin 1961)

Und am 14. Januar 1944 schreibt er an Churchill:

"Folglich brauchen Sie die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen, sondern sollten sie möglichst verstärken." (ebenda, S. 230)

Die richtige Haltung zu Dresden ist keine Spezial-

## Jeder Mann muß mitkämpfen!

Durch Anschlag wurde heute folgender Aufruf des Gauleiters bekanntgegeben:

### Männer Offensivens!

Der General der Panzertuppen Gräfer teilt mir soeben mit: „Gauleiter!

Wir haben die in Sachsen eingebrochenen Bolschewiken abgeschliffen und werden sie vernichten."

Ich rate deshalb alle Männer Sachsens östwärts der Elbe auf, die Waffe in die Hand zu nehmen und den verhassten Feind zu schlagen, der nur in einzelnen Abteilungen durch das Land zieht.

Jeder Mann muß mitkämpfen! Jede Waffe beilegt sein. Die Bolschewikenherden sollen merken, daß sie in unsere Heimat nicht ungehindert einbrechen können.

Jetzt gilt es! Wenn Ihr alle mannhaft und tapfer seid, dann gelingt es, diese asiatischen Herden zu vernichten.

Heil Hitler

Martin Butschmann, Gauleiter.

Bis zur letzten Minute: Durchhalte-Aufruf der Nazis vom 24. April 1945

frage irgendwelcher studierten Militärs oder Möchtegern-"Militärfachleute", die darüber fachsimpeln, wo mehr oder wo weniger Bomben hätten geworfen werden müssen. <sup>(14)</sup>

Es ist bei genauerem Hinsehen überhaupt keine Dresden-Frage: Es geht um die Rechtfertigung der Kriegsanstrengungen der Nazis als "Verteidigung", um die Diffamierung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, es geht darum, den Nazi-Faschismus schrittweise zu rehabilitieren - wobei diese Schritte immer größer werden.

Es ist die zwingende Aufgabe aller kommunistischen Kräfte, auch wenn es eigentlich nur um konsequent demokratisch zu klärende Fragen geht, auch bei der Aufklärung dieser Fragen voranzugehen, Informationen, Materialien und Dokumente zu verbreiten, um richtigen antinazistischen Dokumenten angesichts der Geschichtsfälscher zum Durchbruch zu verhelfen.

## Anmerkungen und Quellen

(1) Vor allem ist da der Aufruf "Kein Friede mit Deutschland! Keine Träne für Dresden! Der Krieg der Anti-Hitler-Koalition war gerecht" zu nennen.

Zum Beispiel wird gegen die Lüge von der "sinnlosen Zerstörung Dresdens" nicht nur insgesamt der Krieg gegen Nazi-Deutschland, sondern auch der Luftkrieg der Alliierten im Kern richtig verteidigt:

"Sinn des Bombenkrieges gegen NS-Deutschland war erstens Zerstörung der industriellen Kriegswirtschaft, insbesondere der Treibstoffversorgung, zweitens die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung und drittens, Vergeltung für Städte wie Coventry zu üben."

(2) Die Gruppe "ak kassiber Berlin" schreibt:

"Wir sehen, daß die Sehnsucht, in Deutschland möge es ein bißchen so sein, wie woanders, sei es Chiapas oder Kurdistan, immer noch stark vorhanden ist. Wir halten sie aber für falsch und gefährlich: sie ist auch ein Ausdruck der Verdrängung der deutschen Geschichte, die eben nicht tot und schon gar nicht vergangen ist."

"So teilen wir z.B., daß es für eine antinationale Aktion zum 8. Mai keinen positiven Bezug auf die nationalen Befreiungsbewegungen geben darf."

("Tragen wir den deutschen Konsens oder nicht, akzeptieren wir einen deutschen Frieden oder lassen es bleiben", ak kassiber Berlin, Dezember 94, S. 4 bzw. 2)

Beide Zitate zusammen zeigen bei diesen angeblich "Antideutschen" in Wirklichkeit von "urdeutschem" Gemüt. Weil Deutschland nicht national unterdrückt ist, soll der Befreiungskampf des kurdischen Volkes und der Befreiungskampf in Mexiko keine nationale Komponente haben dürfen, dürfe man "keinen positiven Bezug" auf nationale Befreiungskämpfe nehmen?

## Einsatz aller Arbeitskräfte für die Verteidigungsbereitschaft

### Anordnung des Kommandanten des Festungsbereichs Dresden

Der Ernst der gegenwärtigen Lage erfordert außergewöhnliche Maßnahmen, um die Verteidigungsbereitschaft des Verteidigungsbereichs beschleunigt zu vollenden. Jeder ist verpflichtet, seine ganze Arbeitskraft dafür einzusetzen.

Um Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, ordne ich an, Jeder Mann, jede Frau sowie Jungen und Mädchen (vom 14. Lebensjahr an) stellen sich mit Schanzgerät (Hacke, Schaufel und Spaten) täglich (einschließlich Sonntag) ab 21. April 5 Uhr zum Stellungsbau oder zu Aufstellungsbauarbeiten an den durch Plakate bekanntgegebenen Stellplätzen.

Arbeitszeit für Männer (vom 14. Lebensjahr an) von 6 bis 16 Uhr, für Frauen und Jugendliche von 8 bis 12 Uhr. Verspätung ist nichtzulässig. Der bereits angesetzte Einsatz der Betriebe für Schanz- oder Rüstungsarbeit bleibt bestehen.

Der Kommandant des Festungsbereichs Dresden:

gen.: Fbr. von und zu Gils  
General der Infanterie.



Diese "deutsche Ausdehnung" - was in Deutschland richtig ist, gilt auch in allen anderen Ländern - ist zutiefst schematisch, antirevolutionär und ganz und gar nicht internationalistisch.

An dieser Stelle auch noch eine kurze Bemerkung zu dem Begriff "antideutsch". Die Verfasser dieses Begriffes sind Deutsche, aber tun so, als wären sie es nicht oder betonen sie wollen es nicht sein, als ob das eine Frage des Willens ist. Sie sind Deutsche und können sich aus den mit dieser objektiven Tatsache verbundenen Konsequenzen nicht feige und demagogisch entziehen (siehe dazu auch unsere Kritik an der "Radikalen Linken" und ihrer Parole "Nie wieder Deutschland", in: "Gegen die Strömung" Nr. 50, S. 18-22).

(3) Die "Broschürengruppe" versteigt sich in ihrer Kritik an den "Antideutschen" zu folgender Aussage:

"Ebenso lehnen wir alle Versuche ab, die Bombardierung Dresdens oder anderer deutscher Städte oder der Aussiedlung Deutscher aus den vom Faschismus überfallenen Nachbarländern oder die Vergewaltigung von Frauen durch Soldaten der Anti-Hitler-Koalition mit dem Faschismus und der Shoah aufzurechnen." (Interim, Nr. 317, 2.2.1995, S. 26)

Hier werden in einem Atemzug der Völkermord an den europäischen Juden, gerechte antinazistische Maßnahmen (Umsiedlungen) und Probleme innerhalb der Armeen der Anti-Hitler-Koalition genannt. Mit keinem Wort wird klargemacht, was davon Verbrechen sind und was nicht. Ja, es wird suggeriert und Raum dafür gelassen, auch die gerechten Umsiedlungen als "Verbrechen" einzustufen, das zwar nicht ganz so schlimm wie die Nazi-Verbrechen war, deshalb nicht "aufzurechnen" sei, aber eben auch ein Verbrechen war.

Dagegen muß klargestellt werden:

Die Nazi-Verbrechen waren Verbrechen, die in ihrer Dimension in der bisherigen Weltgeschichte einmalig sind.

Die sicherlich innerhalb der Armeen der Anti-Hitler-Koalition vereinzelt vorgekommenen Vergewaltigungen oder auch Plünderungen wurden von den alliierten Armeen nach deren Richtlinien bekämpft und bestraft.

Die Umsiedlungen deutscher Bevölkerung nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens aus Polen und der Tschechoslowakei waren Maßnahmen, die gegen die Rolle der deutschen Bevölkerung als "fünfte Kolonne" des Nazi-Faschismus in diesen Ländern gerichtet waren. Die Umsiedlungen waren Teil des Kampfes zur vollständigen Vernichtung der Überreste des Nazi-Faschismus nach 1945 und zur Vernichtung der Kriegsgefahr, die vom deutschen Imperialismus ausging und ausgeht, die wir auch heute gegen die Hetze der deutschen Imperialisten offensiv verteidigen müssen.

(4) Wie weit Nazi-Quellen heute wieder offiziell Bestandteil der Propaganda des deutschen Imperialismus sind, zeigt sich ganz besonders deutlich am Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". In einer besonderen Dokumentation zu den Bombardierungen Hamburgs wurden ohne jeden distanzierenden Kommentar "dokumentierte Augenzeugenberichte für den Hamburger Polizeipräsidenten aus dem Jahre 1943" abgedruckt. ("Operation Gomorrha, Luftangriffe auf Hamburg vor 50 Jahren", Beilage zum Spiegel 29/1993, S. 3)

(5) Bezeichnend ist auch, daß so gut wie niemand der 56.000 Mitglieder der englischen und US-amerikanischen Flugzeugbesatzungen der Bomber-Staffeln gedenkt, die von den Nazis abgeschossen, ermordet wurden.

(6) Die FAZ leugnet die historische Wahrheit, daß die über große Mehrheit des deutschen Volkes bis zum 8. Mai 1945 hinter den Nazis stand:

"Die Zahl der fanatischen oder auch nur verzweifelten Anhänger des nationalsozialistischen Staates war klein geworden." (FAZ, 11.2.95)

(7) Wie Stalin 1946 feststellte, hatte der 2. Weltkrieg "von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges" (vergl. Stalin, Rede in der Wählerversammlung... 9.2.1946, Werke Band 15, S. 38), er war vom Gesamtcharakter her also ein gerechter Krieg gegen die Nazis und ihre faschistischen Verbündeten.

Lenin machte klar, daß bei der Bestimmung des Charakters eines Krieges Fragen wie "Wer hat den ersten Schuß abgegeben?" völlig unwesentlich sind und stellte klar:

"Der Spießbürger begreift nicht, daß der Krieg die 'Fortsetzung der Politik' ist, er begnügt sich deshalb mit der Erklärung: 'der Feind greift an', 'der Feind ist in mein Land eingedrungen', ohne Gedanken sich darüber zu machen, *worum* der Krieg geführt wird, von *welchen* Klassen, um *welchen* politischen Zielen willen."

(Lenin, "Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den 'imperialistischen Ökonomismus'", 1916, Werke Band 23, S. 24)

(8) Stalin erklärte - leider zu optimistisch in bezug auf Deutschland - am 6. 11. 1941 in einer Rede in Moskau:

"...daß nicht nur das europäische Hinterland, sondern auch das deutsche Hinterland der deutschen Truppen einen Vulkan darstellt, bereit auszubringen und die hitlerischen Abenteurer zu begraben." (Stalin, Der 24. Jahrestag der Oktoberrevolution, Werke Band 14, S. 255/256)

Am 1. Mai 1942 formulierte Stalin ähnlich:

"Für das deutsche Volk wird es immer klarer, daß der einzige Ausweg aus der geschaffenen Lage darin besteht, Deutschland von der Abenteurerclique Hitler-Göring zu befreien." (Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1.5.1942, Werke Band 14, S. 272)

(9) In einem Kommentar der FR vom 13. 2. 95 mit der bezeichnenden Überschrift "Auschwitz, Dresden, Hiroshima" wird die Bombardierung Dresdens direkt als "Kriegsverbrechen" diffamiert:

"Daß die Briten Dresden zweimal ohne strategische Absichten und Ziele ins Visier nahmen, die Einsätze somit die Dimension eines Racheaktes bekamen: das festzuhalten ist auch Deutschen erlaubt... Dresden und Hiroshima waren Kriegsverbrechen."

Die FAZ erklärt die Bombardierung Dresdens indirekt zum "Verbrechen", wenn sie im Zusammenhang mit dem Luftkrieg der Alliierten von "Angriffen auf wehrlose deutsche Städte" (FAZ, 11.2.95) spricht.

Die schon zitierte "Broschürengruppe" argumentiert im Fahrwasser von Herzog, wenn sie behauptet, daß ja angeblich die Bomben auf Dresden auch gegen Nazi-Opfer wie jüdische Menschen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene gerichtet waren:

"Nicht nur Deutsche (eine kleine Minderheit WiderständlerInnen, untergetauchter Juden und Jüdinnen und eine große Mehrheit MittäterInnen) haben in Dresden eins auf die Schnauze bekommen. In Dresden lebten nicht nur Deutsche, sondern auch FremdarbeiterInnen und Kriegsgefangene aus verschiedenen Ländern..." (Interim Nr. 317, 2.2.1995, S. 26)

(10) Allein in den zwei Tagen der Kämpfe zur Besetzung Dresdens verlor die Rote Armee noch 200 Personen. Ein Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 lautet:

"Die Kämpfer der 1. Ukrainischen Front haben nach zweitägigen schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen und heute am 8. Mai die Stadt Dresden genommen, einen mächtigen Verteidigungsknoten in Sachsen." (Zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3./4. Mai 1975)

(11) In einem Dokument der englischen Luftwaffe von 1945 heißt es:

"Dresden, die siebtgrößte Stadt Deutschlands ... hat sich zu einem Industriezentrum vorrangigster Bedeutung entwickelt und ist, wie jede andere große Stadt mit einer Vielzahl von Telefon- und Bahnverbindungen, von höchstem Wert für die Kontrolle der Verteidigung jenes Frontabschnittes, der jetzt von Marschall Konjews Durchbruch bedroht ist. Der Angriff (auf Dresden, A.d.V.) hat den Zweck den Feind dort zu schlagen, wo er es am meisten spüren wird..." (Aus einem internen RAF-Memo, 1945, Review of the work of Int. I)

Dresden war Eisenbahn- und Verwaltungszentrum, nach Berlin und Leipzig die größte Stadt im Gebiet der "Ostfront", Garnisonsstadt, in der große Truppenteile konzentriert waren. Dresden war ohne Zweifel eine der wichtigsten Nazi-Festungen.

Auf der Grundlage dieser Fakten muß bewußt sein, daß zum Zeitpunkt der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 die Rote Armee nur 110 km entfernt im Kampf mit den Nazi-Truppen lag. Vor allem über Dresden wurde der Nachschub der Nazis für die "Ostfront" organisiert, Dresden war entscheidendes Koordinationszentrum, gerade auch um den Vormarsch der Roten Armee zu bekämpfen.

(12) Immer wieder reden die diversen "Dresden-Ideologen" auch entgegen der historischen Wahrheit von der "Vernichtung Dresdens" und wollen damit suggerieren, daß ja fast kein Unterschied mehr zwischen der Bombardierung Dresdens und dem nazistischen Völkermord, der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis bestünde. Die FAZ spricht schon in der Überschrift ihrer Ausgabe vom 11.2.95 von der "Vernichtung auf einen Schlag". Herzog beginnt seine Dresden-Rede damit, daß "die Stadt Dresden durch Bomben vernichtet worden" sei. (Das Parlament 24. 2. 95, Nr. 9/95, S. 11) In Wirklichkeit sind eben lediglich selbst laut einer offiziellen Berechnung der westdeutschen Regierung ca. 60% der Wohnungen in Dresden zerstört worden. Dresden steht laut dieser Quelle erst an 22. Stelle einer Liste der von den Bombardierungen betroffenen deutschen Städte. (Dokumente deutscher Kriegsschäden, Band 1, Bonn 1958-64, S. 52 f.)

(13) Auf der Seite der englischen und amerikanischen imperialistischen Staaten spielten bei der mehr oder minder konsequenten Befolgung einer gegen die Nazis gerichteten Politik nicht nur die Prinzipien imperialistischen Konkurrenzdenkens gegen die imperialistische Großmacht Deutschland eine wesentliche Rolle. Der - heute vielleicht schwer vorstellbare, aber damals klar vorhandene - ungeheure moralische Druck der Bevölkerung der "eigenen" Länder angesichts der weltweiten Verbrechen des Nazifaschismus hatte in gewisser Hinsicht eine noch grundlegendere Bedeutung.

Die westlichen Alliierten waren unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, der wachsenden Autorität der sozialistischen Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland trug, unter dem Druck der eigenen Bevölkerung mehr und mehr *gezwungen*, der sozialistischen Sowjetunion (klassenmäßig ihr Erzfeind) beizustehen, Waffen zu liefern, endlich die "zweite Front" im Westen zu eröffnen und die verabredeten Bombardierungen Nazi-Deutschlands energisch durchzuführen.

(14) So heißt es bei der schon zitierten "Broschürengruppe":

"...(es) stellt sich doch die Frage, ob die Bomben auf Dresden nicht effektiver für das Ziel, die Niederlage Deutschlands zu erreichen hätten eingesetzt werden können." (Interim, Nr. 317, 2.2.95, S. 26)



## BUCHLADEN Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.  
Fax-Nr.: 069/730920

★ Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

★ Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

★ Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr  
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

## DIE VERBRECHEN DER DEUTSCHEN BANK IN DER ZEIT DES NAZIFASCHISMUS

### Die Deutsche Bank und die Finanzierung der Nazi-Herrschaft

Der Jahresbericht der Deutschen Bank von 1937 macht offensichtlich, welch wichtige Säule die Deutsche Bank für die Finanzierung der Nazi-Gewaltherrschaft war:

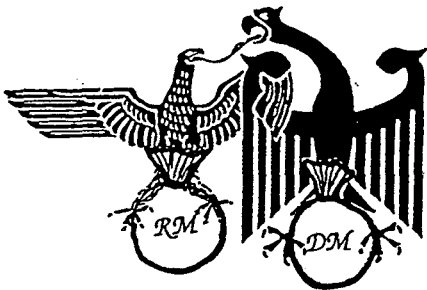
"Immer wieder erweist sich die laufende und enge Geschäftsverbindung der Bank mit ihrer großen Zahl von Kunden... als ein Apparat, der für die notwendige langfristige Anleihefinanzierung der Reichsausgaben unentbehrlich ist." ("Omgus", S.135)

Und in bezug auf die Überfälle der Nazi-Wehrmacht verweist die Bank stolz auf ihre Leistungen, wenn sie sagt:

"Im Jahre 1940, in dem Deutschlands Wehrmacht Siege geschichtlichen Ausmaßes errang, hat auch die deutsche Kriegswirtschaft die von ihr geforderte Leistungsprobe bestanden... Die Kreditbanken haben damit vor allem zu der erfolgreichen Durchführung der kurzfristigen Reichsfinanzierung einen wesentlichen Beitrag geleistet." ("Omgus", S.136)

### Die Deutsche Bank und die Kriegsproduktion

Der direkteste Beitrag der Deutschen Bank bei der Aufrüstung bestand in der Ausrichtung der unter ihrer



Kontrolle und ihrem Einfluß stehenden Industrieunternehmen auf die Kriegsproduktion. Besonders herausragend ist dabei das Beispiel Daimler-Benz A.G., welche wesentlich von der Deutschen Bank kontrolliert wurde und nach 1935 fast ausschließlich für die Aufträge der deutschen Wehrmacht produzierte.

### Aktive Beteiligung der Deutschen Bank am sogenannten "Arisierungsprogramm"

Neben der Entfernung sämtlicher Juden aus Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bank nach dem Regierungsantritt der Nazi-Banden 1933 beteiligte sich die Deutsche Bank aktiv am "Arisierungsprogramm" der Nazi-Diktatur, sicherte sich dadurch Extraprofite und Kundeneinlagen und gewann neue hinzu.

Beispiel: Im Jahre 1938 wurde die sogenannte "Arisierung" von Mendelssohn & Co., Berlin, in die Wege geleitet.

Nach dem Austritt ihrer jüdischen Partner ging die Firma in Liquidation, und die Deutsche Bank übernahm alle Konten der Kunden ohne Ersatzleistung.

Aus den Enteignungs- und Konfiskationsmaßnahmen der Nazis zog sie Nutzen; so diente sie als wichtigste Einziehungsagentur für eine Sondersteuer, die der jüdischen Bevölkerung von Berlin nach den Pogromen vom November 1938 auferlegt wurden.

### Deutsche Bank: Nutznießer der Zwangsarbeit

Beispiel Mannesmann: Mannesmann wurde von den Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bank vollständig kontrolliert und geleitet. Mannesmann und damit auch die Deutsche Bank wurden folgender Verbrechen an den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern angeklagt:

"Mord durch Aushungern..., Gewaltanwendung..., unmenschliche Behandlung... grobe strafbare Vernachlässigung... und Mißbrauch von Fremdarbeitern." ("Omgus", S. 178)

Weitere Beispiele könnten u.a. von der Daimler-Benz A.G. oder den Bayerischen Motoren-Werken A.G. folgen, die ebenfalls sehr eng mit der Deutschen Bank verflochten waren und ihre tödlichen Geschäfte mit den Zwangsarbeitern betrieben.

### Die Bereicherung und Expansion der Deutschen Bank mithilfe der militärischen Unterwerfung Europas durch Nazi-Deutschland

Die Deutsche Bank benutzte die kriegerischen Eroberungsfeldzüge der Nazi-Banden dazu, ausländische Banken zu übereignen bzw. zu kontrollieren und zur größten europäischen Bank zu werden.

So heißt es z.B. im Jahresbericht der Bank von 1938: "Das geschichtlich so denkwürdige Jahr 1938, das unserem Vaterlande mit der Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes einen Zuwachs von über 10 Millionen Menschen und mehr als 110 000 qkm Raum brachte, hat der deutschen Wirtschaft Aufgaben bisher nicht bekannten Umfangs gestellt ...

Für unsere Mitarbeit an der Lösung der bank- und kreditwirtschaftlichen Aufgaben haben unsere Beteiligung an der größten österreichischen Bank, der Oesterreich-



schen Creditanstalt - Wiener Bankverein, und die Übernahme des sudetendeutschen Geschäftes der böhmischen Union-Bank eine organisatorische Grundlage geschaffen, auf der sich unsere Tätigkeit in den neuen Gebieten und in enger Verbindung damit im südosteuropäischen Raum aufbauen wird...

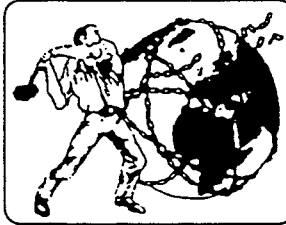
Unsere geschäftlichen Beziehungen im Sudetenland erfahren dadurch (durch die Übernahme von 16 Filialen der BUB) eine wertvolle Ergänzung." ("Omgus", S. 215)

Die Liste der ausländischen Tochter- und Filialgesellschaften, die im Gefolge der militärischen Expansion der Nazis gegründet oder übernommen wurden, ist lang.

Des weiteren finanzierte die Deutsche Bank den Export- und Importhandel; ihre Aktivitäten erstreckten sich auch auf die Ausdehnung der durch deutsche Industrieunternehmen ausgeübten Kontrolle auf ausländische Aktiengesellschaften; sie beteiligte sich an Transaktionen der deutschen Regierung im Ausland und kümmerte sich um die administrativen Angelegenheiten der Filialen bzw. Filialgesellschaften sowie die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Nazi-Partei im Ausland.

(Quelle: "Omgus, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, 1946/1947", Nördlingen 1985)

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/7 98

Juni/Juli 1998

Gegen die 60-Jahre-Jubelfeier des „Musterbetriebs“ des deutschen Monopolkapitals:

## VW – in der ungebrochenen Tradition der Verbrechen des Nazi-„Musterbetriebs“

Am 26. Mai 1938 legten die Nazis mit großem propagandistischen Aufwand den Grundstein für das VW-Werk. Heute, zum 60jährigen „Jubiläum“ loben nicht nur die VW-Kapitalisten selbst, sondern auch viel Prominenz aus Politik und Wirtschaft die „Erfolgsgeschichte“ und die „Leistungen“ des VW-Konzerns in höchsten Tönen. Das ist kein Zufall. Denn dieses von den Nazis gegründete, bewußt als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ aufgebaute Unternehmen spielt in der Tat damals wie heute nicht nur eine große Rolle im Ausbeutungssystem des deutschen Imperialismus, sondern hat auch in vielerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle im System der reaktionären und chauvinistischen „Deutschen Ideologie“.

Die Kontinuität des Nazismus, die Tradition des Musterbetriebs für das deutsche Monopolkapital geht in mehrfacher Hinsicht über das Jahr 1945 hinaus. Bis heute weigert sich VW, die Opfer der Zwangsarbeit zu entschädigen.

Gleichzeitig muß herausgestellt werden, daß die riesigen Profite von VW auch heute sehr wesentlich durch die extreme Ausbeutung und Unterdrückung zehntausender VW-Arbeiterinnen und -Arbeiter vor allem in den abhängigen Ländern erzielt werden sowie auch durch die besonders starke Ausbeutung weitgehend rechtloser Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern bei VW in Deutschland selbst.

### I. Weder vergeben, noch vergessen: Die Verbrechen des Nazi-Rüstungsbetriebes VW

Das VW-Werk und die eigens dafür aus dem Boden gestampfte „Stadt des Kraft-durch-Freude-Wagens“ war von vornherein zentraler Bestandteil der Kriegsindustrie des deutschen Imperialismus. VW hatte im unmittelbaren Auftrag für das Nazi-Kriegsministerium eine kriegswichtige Rolle zur Durchführung des Raubkriegs des deutschen Imperialismus:

- Schon 1939, ein Jahr nach der Grundsteinlegung des Werks, wurde mit der Produktion von Kriegsfugzeugen begonnen (vor allem JU-88 und des Focke-Wulf-Jägers Ta 152).<sup>1</sup>
- Verschiedene Minenarten (Teller- und Sprengminen), Schwimmgeräte und Motoren für Panzer wurden bei VW hergestellt.<sup>2</sup>
- Rund 60.000 „Kübelwagen“ produzierte VW für die Nazi-Wehrmacht und Waffen-SS.<sup>3</sup>
- VW war selbst größter Serienproduzent der „V1“-Rakete (ca. 13.500) und koordinierte die gesamte V1-Produktion.<sup>4</sup>

Dabei profitierte VW nicht nur von den nazistischen „Arisierungsmaßnahmen“ (z. B. Luckenwalder Feintuchfabrik 1941), sondern es gelang den VW-Konzernherren unter der Leitung von Porsche und Piëch auch im Gefolge der militärischen Überfälle Nazi-Deutschlands, in den okkupierten Länder Fabriken an sich zu reißen (z. B. das Peugeot-Werk Montbéliard). Am 30. April 1943 erhielt VW den Titel „Kriegsmusterbetrieb“ für „ganz besondere Leistungen in der Rüstungsproduktion“.<sup>5</sup>

### Der Nazi-Konzern VW existierte von Anfang an auf dem Blut und Schweiß der Sklavenarbeiterinnen und -arbeiter

Rund 18.000 Menschen waren während des Nazifaschismus bei VW beschäftigt, nur rund 1/6, also 3000, waren deutsche Arbeiterinnen und

Arbeiter, größtenteils Vorarbeiter und Meister. Von den „Errungenschaften für die Belegschaft“ des Nazi-Konzerns kann in Herrenmenschenmanier nur reden wer vertuscht, daß die Produktion bei VW in der Hauptsache auf der extremen Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen beruhte, die dort vielfach zu Tode geschunden wurden.<sup>7</sup>

• **Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter:** Auf der Suche nach Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern folgte VW den Spuren der Nazis in die überfallenen Länder. Im Jahre 1940, also ein Jahr nach Produktionsbeginn, kamen die ersten Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, 1500 Polinnen und Polen, bei VW an.<sup>8</sup> Im Oktober 1942 wurden weitere 1500 polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter geschickt.<sup>9</sup> Sie mußten das Kennzeichen „P“ deutlich sichtbar auf der rechten Brustseite tragen. Mitte 1943 wurden ca. 1.500 Franzosen und 500 Belgier für die Zwangsarbeit bei VW deportiert.<sup>10</sup> Nach größeren Streikaktionen in den Niederlanden 1943 wurden von den Nazi-Besatzern kurzerhand alle Studenten zur Zwangsarbeit „verpflichtet“, 200 bis 300 niederländische Studenten wurden so zu VW verschleppt.<sup>11</sup> Die größte Anzahl von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern – bis 1944 waren es zwischen 4000-5000<sup>12</sup> –, wurde aus der sozialistischen Sowjetunion verschleppt. War die Lage der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter insgesamt von brutalster Unterdrückung gekennzeichnet, so war dies besonders der Fall bei den aus Polen und der sozialistischen Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Auf der Grundlage der Nazi-Ideologie von den „slawischen Untermenschen“ wurden sie systematisch geschunden und mißhandelt. Gleich nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 schickte die VW-Leitung einen persönlichen Referenten Porsches in die besetzte Sowjetunion, um sich „vor Ort“ Zwangsarbeiter zu beschaffen.<sup>13</sup>

Bei der „Beschaffung“ von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern wurde mit äußerst brutalen



Arbeiter von VW-Wolfsburg, die aus guten Gründen anonym bleiben wollen, protestieren gegen die Verweigerung von Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter

Methoden vorgegangen: vom Sperren der Lebensmittelkarten, über die Androhung zur Erschießung, der Verhaftung von Familienmitgliedern bis hin zu regelrechten Menschenjagden. Vor allem in Polen und der Sowjetunion wurden ganze Dörfer umstellt. Die Einwohner wurden aus ihren Häusern gezerrt, zusammengetrieben und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Darunter waren nicht selten auch Kinder, die schon ab 10 Jahren als „Arbeitskräfte“ gerechnet wurden<sup>14</sup>.

Über die qualvollen Tage und Wochen des Transports von nicht selten Tausenden von Kilometern in Viehwaggons berichtet ein ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter:

„Hier [in Lublin] war ein Sammellager, wo furchtbare Bedingungen herrschten: Hunger, Kälte, Angst und wir mußten stundenlang in Reihen stehen. Viele weinten, jammerten und schrieten, denn man nahm die Kinder von den Müttern weg und sortierte uns alle wie Ware zum Verkauf... Dann wurde ein großer Transport von arbeitsfähigen Personen zusammengestellt, und in Güterwagen wurden wir nach Deutschland gebracht. Wir waren ungefähr zwei Wochen unterwegs... Manchmal versorgte man uns mit einem Stück Brot oder etwas Suppe. So brachte man uns in die „Stadt des KdF-Wagens“. Hier sagte man uns, daß wir in der Fabrik arbeiten werden. So kamen mehrere Meister heraus aus der Fabrik und suchten sich einige Personen aus.“<sup>15</sup>

• **Kriegsgefangene:** Beim Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstungsproduktion spielte VW eine Vorreiterrolle. VW-Beauftragte suchten sich Kriegsgefangene im „Stamm lager XIB“ in Fallingbomel<sup>16</sup>, aber auch in den Kriegsgefangenenlagern in den von den Nazis besetzten Gebieten in der Sowjetunion aus.<sup>17</sup>

Schon im Herbst 1941 kamen 850 sowjetische Kriegsgefangene<sup>18</sup>, 1942 verlangte VW weitere 800 französische Kriegsgefangene. 1943, nach dem Sturz Mussolinis, wurden 1400 italienische Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit bei VW gezwungen<sup>19</sup>; ebenso erging es 200 serbischen Kriegsgefangenen<sup>20</sup>. Übereinstimmend schildern Überlebende, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen am brutalsten behandelt wurden. Jeglicher Kontakt mit den übrigen Arbeiterinnen und Arbeitern war ihnen verboten, sie litten unter Hunger, Kälte und der Brutalität ihrer Bewacher. Zeitweise hatten sie gar keine Unterkünfte und mußten unter freiem Himmel schlafen.

• **KZ-Häftlinge:** Besonders auch bei der Erprobung des „Einsatzes“ von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie preschte VW voraus. Vier KZs wurden bis 1945 auf dem VW-Gelände oder in unmittelbarer Nähe davon errichtet.

Das erste war ein KZ mit dem zynischen Namen „Arbeitsdorf“ auf dem Gelände des VW-Werks. Auf Vorschlag Porsches hatte Hitler am 11.1. 1942 angeordnet, daß für die Fertigstellung und den Ausbau der Leichtmetall-Gießerei im VW-Werk KZ-Häftlinge eingesetzt werden sollen. Das KZ „Arbeitsdorf“ war ein „Pilotprojekt“, in dem die für die Nazifaschisten effektivste Form der Ausbeutung von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie „erprobt“ werden sollte. Die SS stellte dafür rund 1200 KZ-Häftlinge zur Verfügung, vor allem aus den KZs Sachsenhausen, Neuengamme und Buchenwald.<sup>21</sup> Nahezu die Hälfte der Häftlinge wurde während der

halbjährigen Dauer des „Pilotprojekts“ zu Tode geschunden.

Joseph Sobieralski, ein Überlebender, berichtet:

„Ich wurde mit 600 anderen Häftlingen nach Fallersleben gebracht und nach drei Monaten waren von uns ca. 150 gestorben und mit mir wurden 150 nach Sachsenhausen als arbeitsunfähig zurückgebracht. Am Ende der Aufbauarbeiten, d.h. nach sechs Monaten, kamen nochmals 150 Mann nach Sachsenhausen zurück, die mir selbst sagten, daß die restlichen 150 Mann während der letzten drei Monate gestorben waren.“<sup>22</sup>

Den KZ-Häftlingen war jeder Kontakt mit den übrigen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen verboten. Geschunden durch die Schwerstarbeit

**FW/4 249**

**Geheime Reichssache!**

**Dringend!**

„Obergruppenführer F o h l“

**P o r s c h e**

Lieber Pohl!

Professor P o r s c h e hat mich heute besucht. Er bittet uns, ein Werk für die Fabrikation einer Geheimwaffe, die in einem Bergwerk unter Tag stattfindet und 3 1/2 Tausend Arbeitskräfte braucht, als KZ-Betrieb zu übernehmen.

Nehmen Sie doch bitte mit Personals Verbindung auf.

Heil Hitler!

Ihr  
ges. H. Himmler.

4.3.44 22/M.

1944: VW-Chef Porsche fordert bei Hitler KZ-Häftlinge für den Bau der V1-Rakete an

bei VW, durch Unterernährung und Krankheiten waren die KZ-Häftlinge noch den Schlägen und Knüppeln der SS ausgesetzt. Über ein Drittel aller verstorbenen KZ-Häftlinge sind durch Mißhandlungen und Folter der VW-SS-Männer ermordet worden.<sup>23</sup>

Nicht nur in Wolfsburg selbst setzte VW KZ-Häftlinge in der Produktion ein. Im März 1944 wurde VW bei Himmler vorstellig und forderte für sein Erzbergwerk im französischen Tiercelet 3500 Häftlinge aus dem KZ Natzweiler für die V1-Produktion unter Tage an.<sup>24</sup> Wegen der herannahenden Truppen der Anti-Hitler-Koalition ließ VW die Produktion dann im September 1944 in das KZ Dora-Mittelbau verlegen.

In den Jahren 1944/45 wurden drei weitere KZs in Wolfsburg errichtet. Am 24. April 1944 wurde auf dem Laagberg, 3 km vom VW-Werk entfernt, eine Außenstelle des KZs Neuengamme errichtet. Dort wurden rund 800 französische sowie 350 spanische KZ-Häftlinge inhaftiert.<sup>25</sup>

• **Jüdische KZ-Häftlinge:** Im Mai kam eine Gruppe von 800 ungarischen Juden auf dem Laagerberg an, die in Auschwitz von VW-Ingenieuren als „arbeitsfähig“ selektiert worden waren und bei VW für die Produktion der „V1“ eingesetzt werden sollten.<sup>26</sup> Im August 1944 wurden ungarische Jüdinnen von Auschwitz in das VW-Werk deportiert. Für sie wurde im VW-Werk als Außenstelle des KZ Neuengamme im Keller Halle I ein KZ errichtet. Insgesamt mußten dort ca. 650 weibliche KZ-Häftlinge bei der Produktion von Munition und Tellerminen schuften.<sup>27</sup>

• **Kinderermordungen:** Schwangere polnische und sowjetische Frauen aus dem Volkswagenwerk mußten kurz vor der Geburt in die Baracken des „VW-Kinderheims“. Bei der Entbindung wurden sie nicht medizinisch betreut und spätestens 16 Tage nach der Geburt wurden sie wieder zur Rückkehr an ihren Arbeitsplatz gezwungen. Ihre Babys mußten die Frauen im „VW-Kinderheim“ zurücklassen. Anfangs war das Kinderermordungsheim auf dem VW-Gelände im sog. „Ostlager“ untergebracht, danach wurde es in den Ort Rühen verlegt.<sup>28</sup> Ungefähr 400 Säuglinge und Babys wurden dort durch Unterernährung, mangelnder Hygiene und Krankheiten getötet.<sup>29</sup> 1944 betrug die Todesrate unter kranken Säuglingen beispielsweise nahezu 100 Prozent.<sup>30</sup> Leiter des „VW-Kinderheims“ war der VW-Werksarzt Körbel, ein Nazi der ersten Stunde.<sup>31</sup>

☆☆☆

Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge waren einem ungeheuren Terror ausgesetzt. Der VW-„Werksschutz“, hervorgegangen aus dem „SS-Sondersturm Volkswagen“, bestand fast ausschließlich aus SS-Männern. In seine Zuständigkeit fiel auch die Bewachung der Lager der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge.<sup>32</sup> Über die Folterung eines französischen Zwangsarbeiters heißt es:

„Die SS brachte ihn in einen Wald, der sich auf dem Werksgelände befand, und zwang ihn, kniend eine schwere Eisenstange wiederholt hochzuheben. Jedes Mal, wenn der so Bestrafte die Eisenstange anhub, erhielt er einen Schlag mit der Peitsche auf den nackten Rücken...“<sup>33</sup>

Der VW-Werkschutz verfügte auch über einen sogenannten Strafbunker, wo die SS-Männer aus den geringsten Anlässen, mißhandelten und folterten. Auch die Gestapo hatte im VW-Werk eine Dienststelle.<sup>34</sup> In ihre Zuständigkeit fiel das VW-eigene „Straflager“ (Lager18)<sup>35</sup> sowie das ge-



Überlebende Häftlinge des VW-eigenen KZs Laagberg bei ihrer Befreiung durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition im April 1945

# Mommsens „Standardwerk“ über die Rolle von VW im Nazifaschismus: Eine nachträgliche Rechtfertigung der Verbrechen von VW und eine Verhöhnung der Nazi-Opfer

Im Jahre 1986 bezahlten die VW-Konzernherren dem bürgerlichen Historiker Mommsen 2,6 Millionen DM für ein Forschungsprojekt über die Entwicklung VWs mit der „Zwangsarbeiterfrage“. Fünf Jahre später war daraus Mommsens 1055 Seiten umfassendes Machwerk „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich“ (Düsseldorf 1996) entstanden. Unter dem Deckmantel einer „wissenschaftlichen Studie“ schönt und rechtfertigt dieses Machwerk einerseits die Verbrechen von VW und verhöhnt andererseits die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen, schildert ihre Lage mit unglaublichem Zynismus und stellt ihre Aussagen als unglaubwürdig dar.

Mommsens methodischer Trick, mit dem er erreicht, daß nach der Lektüre der 1055 Seiten „keiner mehr durchblickt“, besteht darin, einen Wust von Details, von unwichtigen und vor allem ablenkenden Fragen mit wesentlichen Fragen zu vermischen. Seitenlang läßt er sich darüber aus, wieviele Lehrlinge 1944 die Abschlußprüfung mit welchen Noten bestanden haben, um wieviel Kubikzentimeter der Hubraum des VW-Kübelwagens in seiner „Tropenversion“ erhöht wurde usw.

## 1. Drecksargument: Nazi-Lehrlingsausbildung = „ernstzunehmende Reform des zeitgenössischen Berufsschulunterrichts“

Wer Mommsens Machwerk liest, wird schnell merken, daß sich hinter der Fassade der scheinbaren Wissenschaftlichkeit und Objektivität eine unverholene Parteinahme für die VW-Verbrecher verbirgt. Übel wird einem schon bei der Wortwahl, die Mommsen verwendet und womit er verrät „wes' Geistes Kind“ er ist. Die VW-KZs nennt er auch „Arbeitslager“<sup>1</sup>, ungeniert spricht er im Nazi-Jargon von „Ostarbeitern“<sup>2</sup>, die Befreiung Wolfsburgs ist für ihn eine „Besetzung“. Unverkennbar beeindruckt ist Mommsen jedoch von Leistungen und Erfolgen des Nazi-Musterbetriebs. Die Nazi-Lehrlingsausbildung beschreibt er als „ernstzunehmende Reform des zeitgenössischen Berufsschulunterrichts“<sup>3</sup>.

## 2. Drecksargument: „Zwangsarbeiterbeschäftigung...eine erstaunliche organisatorische und logistische Leistung“

Anerkennung findet bei ihm auch die Organisation der mörderischen Zwangsarbeit über die er schreibt:

*„Die Ausländer- und Zwangsarbeiterbeschäftigung in der Volkswagenwerk GmbH stellt in man-*

*cher Beziehung eine erstaunliche organisatorische und logistische Leistung dar...“*<sup>4</sup>

Geradezu harmonisch und als modellhaft für heutige kapitalistische Konzerne erklärt Mommsen:

*„Mit Ausnahme der KZ-Häftlinge,...trafen die übrigen Ausländer einschließlich der Kriegsgefangenen am Arbeitsplatz aufeinander, und in dieser Beziehung bildete sich eine multi-ethnische Struktur unterhalb der Leitungsebene ...“*<sup>5</sup>

Hingegen beklagt er die „verminderte Leistungsbereitschaft“ und „Motivation“ der Zwangsarbeiter, die er auf „fehlende Arbeitsanreize“ zurückführt.

## 3. Drecksargument: Aussagen überlebender KZ-Häftlinge werden als Lügen hingestellt!

Für sein „Forschungsprojekt“ hatte Mommsen Zugang zu den gesamten VW-Archiven. Hierauf stützt sich nahezu die gesamte „Studie“. Um sein Ziel zu Erreichen, den VW-Konzern „reinzuwaschen“, scheut sich Mommsen auch nicht, die Aussagen Überlebender zu diskreditieren und in den Dreck zu ziehen. Ehemalige Häftlinge des VW-KZs Laagberg, die in späteren Prozessen ausgesagt haben, werden von Mommsen als Lügner dargestellt:

*„Die Aussagen, die überwiegend im Zusammenhang von Strafprozessen stehen haben teilweise die Tendenz, die Zustände im Lager möglichst unerträglich zu schildern und den jeweiligen Beschuldigten möglichst zu belasten.“*<sup>6</sup>

## 4. Drecksargument: „Die hygienischen Bedingungen“ der Nazi-VW-KZs werden als „zufriedenstellend“ bezeichnet!

Für Mommsen hingegen war die Lage der KZ-Häftlinge „einigermaßen erträglich“. Zum VW-KZ „Arbeitsdorf“ erklärt er:

*„Die hygienischen Bedingungen waren – jedenfalls im Vergleich zu anderen Lagern – zufriedenstellend...“*<sup>7</sup>

Was soll der relativierende Verweis auf andere KZs? Sollen die KZ-Häftlinge VW etwa noch dankbar sein, daß sie bessere Klos hatten als in den KZs, aus denen sie zu VW geschickt wurden??

## 5. Drecksargument: Mommsen propagiert das Nazi-Bild vom „dreckigen Polen“ und hetzt gegen ausgebeutete italienische Arbeiter

Die unglaubliche Beschönigung der mörderischen Sklavenbedingungen bei VW vermischt sich darüber hinaus mit Mommsens dumpfen Rassismus,

dem Bild von „dreckigen Polen“, die deutsche Herrenmenschen sogar zum Waschen zwingen müssen. Es

*„wurden neben einer monatlichen Desinfizierung der Baracken verordnet, daß jeder Insasse einmal wöchentlich ... eine öffentliche Badeanstalt aufsuchte. Man erzwang die Einhaltung der Vorschrift, indem die Ausgabe der Essensmarken davon abhängig gemacht wurde.“*<sup>8</sup>

Deutlich wird: Mommsen verachtet und verabscheut die ausgebeuteten italienischen Arbeiter. Zum Protest ausgebeuteter italienischer Arbeiter gegen die unzureichende Ernährungslage ist Mommsens verhöhnender Kommentar:

*„Der unentbehrlich scheinende Chianti,... war immer seltener zu erhalten.“*<sup>9</sup>

## 6. Drecksargument: Mommsen im Stile eines SS-Wachmanns über den Widerstand in den Nazi-VW-KZs: „Zusammenrottung“ - „plündernde Zwangsarbeiter“...

Mommsens Arroganz wird ergänzt durch seinen Haß gegen den Widerstand. Eine spontane Widerstandsaktion im VW-Werk zur Solidarisierung französischer und niederländischer Zwangsarbeiter, in ihrer Mehrzahl niederländische Studenten, ist für Mommsen eine „Zusammenrottung“. Im Stil eines SS-Wachmanns schreibt er:

*„Der Zwischenfall stellte gewiß keine bewußte Zusammenrottung dar, sondern beruhte auf jugendlichem Leichtsinne der Beteiligten.“*<sup>10</sup>

Schließlich, kurz vor der Befreiung Wolfsburgs empört sich Mommsen über „renitente“, widerspenstige Zwangsarbeiter:

*„Schon in den vorausliegenden Tagen hatte es bei der ausländischen Belegschaft Anzeichen von Renitenz gegenüber dem Werkschutz gegeben. Nunmehr bestand die Gefahr, daß durch protestierende und plündernde Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene erheblicher Sachschaden entstand.“*<sup>11</sup>

## Quellen:

- 1 Mommsen, Hans/Grieger, Manfred, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 796;
- 2 ebenda, S. 597, 3 ebenda, S. 241, 4 ebenda, S. 44,
- 5 ebenda, S. 513, 6 ebenda, S. 522, 7 ebenda, S. 583,
- 8 ebenda, S. 769 f., 9 ebenda, S. 510, 10 ebenda, S. 510,
- 11 ebenda, S. 576, 12 ebenda, S. 299, 13 ebenda, S. 734,
- 14 ebenda, S. 950.

fürchtete KZ-ähnliche „Arbeitserziehungslager“ Lager 21 bei Salzgitter, in dem die Häftlinge nicht selten zu Tode geprügelt wurden. Jeden Monat wurden dort zur Abschreckung mehrere Zwangsarbeiter öffentlich erhängt.<sup>16</sup>

## Widerstandsaktionen bei VW

Selbst unter dem grausamen Terrorregime bei VW gab es Widerstand. Bei VW in Wolfsburg erfolgte dieser fast ausschließlich von seiten der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen. Dokumentiert sind vor allem Sabotageaktionen, Manipulation von Werkzeugen, provozierte Kurzschlü-

se und Stromausfälle sowie die Produktion von Ausschuß. Sowjetische Zwangsarbeiter, die in

der Materialinspektion arbeiteten, unterrichteten z.B. die Arbeiter in der Produktion von dem zu hohen angefallenen Ausschuß, die dann den Ausschuß heimlich aus der Inspektion abholten und in den Mittellandkanal warfen<sup>17</sup>. Versucht wurde auch Informationen über die Kriegsproduktion bei VW den Armeen der Anti-Hitler-Koalition zukommen zu lassen.<sup>18</sup>

Sowjetische und französische Kriegsgefangene versuchten, in einer gemeinsam organisierten Widerstandsaktion mehrere Male im VW-Werk das

Kraftwerk zu sprengen, um so den ganzen Betrieb lahmzulegen. Als diese Versuche geschei-

tert waren, beschlossen sie, die Turbine außer Kraft zu setzen, was auch gelang.<sup>19</sup>

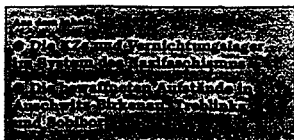
Solidarität von Deutschen erfuhren die VW-Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen in erster Linie von deutschen KZ-Häftlingen oder sogenannten „Militärstrafgefangenen“, also u.a. Wehrmachtsdeserteuren. Dokumentiert ist ein Fall bei dem 20 deutsche Militärhäftlinge gegen einen SS-Werkschutzmann vorgingen, der einen sowjetischen Kriegsgefangenen mißhandelte.<sup>40</sup>

Anders war die Situation in den VW-Betrieben außerhalb Deutschlands, so etwa in dem von Nazi-Deutschland okkupierten Frankreich. Zum Beispiel verlief die Produktion im französischen Peugeot-Werk Montbéliard mit 15.500 Arbeiterinnen und Arbeitern nicht so, wie die Nazis sich das erwünscht hatten. Es gab im besetzten Frankreich eine starke, auch bewaffnet kämpfende Widerstandsbewegung, die von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde. Seit 1943 mehrten

**GEGEN DIE  
STRÖMUNG**



**Über den Widerstand  
in den KZs und  
Vernichtungslagern  
des Nazifaschismus**



118 Seiten, 10 DM

sich auch im Peugeot-Werk Sabotageaktionen. So konnte im September 1943 das gesamte Reifenlager von der Résistance abgebrannt werden. Der VW-SS-Werkschutzleiter schickte daher einen SS-Obersturmführer ins Peugeot-Werk. In seinem Bericht heißt es:

„In dieser Zeit hatte die französische Maquis schon begonnen, sich zu regen. Daher ergab es sich als wichtige Aufgabe, die Werksanlagen und den Gang der Produktion so sehr zu sichern, wie es nur möglich war ... Alle gefährdeten Hallen und Maschinen wurden durch Mauern, Drahtverhaue, Sondereingänge vor Sabotage geschützt. Tag und Nacht kontrollierten laufende Streifen, verstärkten dadurch die stehenden Doppelposten...“<sup>53</sup>

Wiederholt kam es im Werk zu Streiks: Als die VW-Werksleitung 1944 ein Fahrradverbot erließ, weil Widerstandskämpfer auf Fahrrädern VW-Wachposten erschossen hatten, traten alle französischen Arbeiterinnen und Arbeiter in einen Streik. Schließlich mußte VW die Fabrik schließen, nicht ohne vorher jedoch ihr Beutegut, „Arbeiter und Maschinen“ nach Deutschland zu verschleppen.<sup>54</sup>

### VW = Nazi-Musterbetrieb

Das Volkswagen-Werk war ein Nazi-Vorzeigebetrieb und wurde mit den verschiedensten „Auszeichnungen“ ausgestattet: Im Mai 1943 erhielt VW das „Leistungsabzeichen in Silber für vorbildliche Berufserziehung“<sup>41</sup>, im gleichen Jahr erhielt es die „Auszeichnung in Silber für vorbildliche Heimstätten und Wohnungen“<sup>42</sup>. Am 1. Mai 1944 wurde VW schließlich als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet.<sup>43</sup>

Noch heute wird anlässlich der diversen VW-Jubiläumsfeiern 1998 direkt oder indirekt die reaktionäre und pronazistische Demagogie verbreitet, daß es beim VW-Konzern der Nazis diesbezüglich angeblich doch auch „positive Seiten“ gegeben habe, nämlich ein „für seine Zeit hochmodernes Unternehmen“ auch mit „vorbildlichen sozialen Errungenschaften für die Belegschaft“.

In der Tat gab es für die hochprivilegierten deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die selbst als „einfache“ Arbeiterinnen und Arbeiter faktisch Vorarbeiterrolle hatten, gewisse soziale Leistungen wie allgemeine Speise- und Waschsäle, Betriebsärzte, die Einrichtung einer betriebseigenen Krankenkasse, relativ umfassende Lehrlingsausbildung an den damals modernsten Maschinen usw. Damit sollten die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter korruptiert und an die Ideologie und Politik von der „Volksgemeinschaft“ gekettet werden, was in einem sehr hohen Maß auch gelungen ist. Außerdem gab es zahlreiche nazikulturelle und -sportliche Veranstaltungen, damit die Ideologie des Nazi-Musterbetriebs alle Lebensbereiche durchdrang.

Mit der These von der angeblich „fortschrittlichen Seite“ des Nazi-Musterbetriebs VW, hin-

ter der im Grunde die These von der angeblich „fortschrittlichen Seite“ des Nazismus überhaupt steht, wird ausgeblendet und beschönigt, daß der VW-Konzern insgesamt und in jeder Hinsicht Produkt und Nutznießer des Nazifaschismus war und jede seiner Maßnahmen dessen aggressiven imperialistischen Weltherrschaftszielen bis hin zum Völkermord diene. Die Ideologie der nazistischen klassenversöhnlerischen „Volksgemeinschaft“, in der es nur noch „Volksgenossen“ und „Arbeitskameraden“ gibt, die „alle an einem Strang ziehen“, existiert bis heute in abgewandelter Form. Diese These von der „fortschrittlichen Seite“ beruht vor allem auch auf dem deutschchauvinistischen Herrenmenschenstandpunkt. Denn dabei wird ausgeblendet, daß überhaupt nur deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter in den Genuß dieser „sozialen Leistungen“ kamen, während die übergroße Mehrheit, die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge Sklavenarbeit verrichten mußten.

### Zu einigen Besonderheiten des Nazi-Betriebs VW

Tatsache ist, daß es während der Zeit der Nazi-Diktatur in der deutschen Bevölkerung wenig Widerstand gab. Tatsache ist aber auch, daß dieser Widerstand in erster Linie von seiten der Arbeiterinnen und Arbeiter kam. Diese allgemeine Feststellung läßt sich jedoch auf VW nicht so ohne weiteres übertragen. Denn gerade der Nazi-„Musterbetrieb“ weist einige Besonderheiten im Vergleich zu vielen anderen kapitalistischen Großbetrieben im damaligen Nazi-Deutschland auf.

Ganz allgemein muß zunächst festgestellt werden, daß sich die Lage und Struktur der Arbeiterklasse in Deutschland von 1933 bis 1938 und noch mehr dann ab 1940/41 erheblich verändert hatte:

- Als die Bauarbeiten für die Errichtung des VW-Werks begannen, war es den Nazifaschisten bereits gelungen, die kommunistische und Arbeiterbewegung in Deutschland, ihre Organisationen weitgehend zu zerschlagen. Ein sehr großer Teil der Genossinnen und Genossen der KPD war in den Gefängnissen und KZs.
- Das VW-Werk wurde innerhalb kürzester Zeit in einem nicht-industrialisierten Gebiet aus dem Boden gestampft. Es war insofern eine geschichtslose Fabrik ohne gemeinsame Kampfradition und -erfahrung der Arbeiterinnen und Arbeiter, ohne langjährige kommunistische Betriebsarbeit.
- Bei der Anwerbung der deutschen Facharbeiter suchte sich VW gezielt Nazis bzw. Nazi-Anhänger aus<sup>44</sup>, soweit das beim herrschenden Arbeitskräftemangel möglich war. Um bei VW einen Ausbildungsplatz zu erhalten, mußte z. B. ein Empfehlungsschreiben der HJ vorgelegt werden. Das Lehrlingsheim unterstand der HJ und während der dreijährigen Ausbildung in der betriebseigenen Werksschule wurde auf die Vermittlung der Nazi-Ideologie höchsten Wert ge-

legt<sup>45</sup>. Damit sollte ein neuer Typus von „deutschen Facharbeitern“ herangebildet werden, der eine „hohe Qualifikation mit nationalsozialistischer Gesinnungsfestigkeit“ verband.<sup>46</sup>

- Anders als seine kapitalistischen Konkurrenten verfolgte VW als Vorreiter von Beginn an das Konzept, daß die Belegschaft nur zu 30 % aus Facharbeitern, Vorarbeitern und Meistern bestehen sollte, 70 % sollten Hilfsarbeiter sein<sup>47</sup>. Letztere waren bei VW vor allem seit Kriegsbeginn die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge.
- Die deutschen Arbeiter- und -arbeiterinnen bei VW waren in jeder Hinsicht privilegiert. Nur sie kamen in den Genuß der „großzügigen betrieblichen Sozialleistungen“, und während die Zwangsarbeiter in Baracken hausen mußten, konnten sie in die neu gebauten Wohnungen in der „Stadt des KdF-Wagens“ einziehen. Ideologisch versuchte VW – nicht ohne Erfolg – die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Gift des deutschen Chauvinismus und Herrenmenschentums zu verhetzen.<sup>48</sup>

Mithilfe dieser materiellen Korruption und auf Grundlage der verbrecherischen Nazi-Herrenmenschen-Ideologie gelang es den VW-Oberen sehr weitgehend, eine ihr ergebene Schicht von privilegierten und korruptierten Arbeitern heranzuzüchten, die das Elend der Zwangsarbeiter nicht nur skrupellos mitansehen, sondern die Zwangsarbeiter oft genug selbst beschimpften, mißhandelten, schlugen und nicht selten zu Tode prügelten.<sup>49</sup> Auf die große Masse der 3.000 deutschen Werkstätigen bei VW in Wolfsburg zur Zeit des Nazifaschismus trafen durch diese Privilegierung gegenüber der übergroßen Mehrheit der 15.000 bis aufs Blut und bis in den Tod extrem ausgebeuteten Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen daher weitgehend die Merkmale jener Schicht zu, die als Arbeiteraristokratie bezeichnet wird.<sup>49a</sup>

Nicht wenige aus der deutschen Bevölkerung in Wolfsburg bereicherten sich zusätzlich noch ganz persönlich an der verbrecherischen Zwangsarbeit der Nazifaschisten. Zum Beispiel gab es einen regelrechten Sklavenmarkt italienischer Zwangsarbeiter. Sie mußten sich sonntags um 9.00 Uhr in Fünferreihen aufstellen und wurden dann zu Arbeiten in Privathaushalten eingeteilt.<sup>50</sup>

Eindrucksvoll ist die Schilderung von Julia Kerstesz. Sie war in Auschwitz der Selektion entgangen und ins VW-Werk deportiert worden. Wenn sie zusammen mit anderen Leidensgenossinnen sonntags von den SS-Wachmannschaften zur Feldarbeit getrieben wurde, passierten sie Wolfsburg:

„Es gab uns einen Stich ins Herz, als wir die Privathäuser mit Gardinen sahen und die Zivilbevölkerung schmuck und sonntäglich gekleidet. Wir waren betroffen darüber, daß – während wir als Maulwürfe vegetierten – draußen das Zivilleben weiterging.“<sup>51</sup>

## II. Die ungebrochene Tradition bei VW und in Wolfsburg über die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus hinaus

1945 war der deutsche Imperialismus geschlagen, aber nicht vernichtet und zerschlagen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem blieb erhalten, die deutschen Banken und Konzerne gelangten zu

alter Macht und Herrlichkeit. Wie in einem Brennglas läßt sich diese Entwicklung bei VW in Wolfsburg verfolgen und zeigt dennoch einige Besonderheiten auf.

Insbesondere wird hier mit aller Deutlichkeit das hohe Maß der Kontinuität des Nazismus auch unter den bürgerlich-demokratischen Verhältnissen seit 1945 deutlich.



Dabei muß die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung gesehen werden, denn es gab allgemein und auch bei VW durchaus einige Ansätze des Antinazismus, die allerdings keine nachhaltige Wirkung zeigten.

Zum einen führt die Geschichte von VW nach 1945 deutlich vor Augen, warum es 1945 absolut notwendig war, daß Deutschland von den Truppen der Anti-Hitler-Koalition militärisch besetzt werden mußte, um die Naziherrschaft zu beseitigen. Zum andern wird daran auch sichtbar, daß die von der Anti-Hitler-Koalition im Potsdamer Abkommen beschlossene Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands in Westdeutschland nur auf dem Papier blieb, weil die darin vorgesehenen Maßnahmen durch die westlichen Imperialisten im Zuge des sich verstärkenden Antikommunismus zunehmend sabotiert wurden.

### „Das VW-Werk ist zum Sammelbecken reaktionärer und nationalsozialistischer Elemente geworden...“

Nach anfänglichen Entnazifizierungsmaßnahmen erklärte der britische Werkskommandant Major Hirst im April 1946 die Entnazifizierung für beendet. Dies stieß auf heftigen Widerstand des VW-Betriebsrats und der Gewerkschaft.<sup>52</sup> Zwei weitere Entnazifizierungsausschüsse wurden gebildet und tagten ab Mai 1946 im Volkswagenwerk. Bei einer Belegschaft von 8000 (darunter nun viele im Rahmen des Potsdamer Ab-

kommens aus Polen und der Tschechoslowakei umgesiedelte Deutsche) behandelten sie 1161 Fälle und schlugen die Entlassung von lediglich 208 Personen wegen Betätigung für die NSDAP vor.<sup>53</sup> Vor allem VW-Werksangehörige in leitenden Positionen konnten dagegen immer wieder erfolgreich Berufung einlegen.

Im Juni 1946 fand in Helmstedt vor einem britischen Militärgericht der Prozeß gegen den leitenden VW-Werksarzt Körbel statt. Dabei zeigte sich bereits, wie stark das nazistische und pronazistische Potential war. Körbel wurde wegen „bewußter Vernachlässigung“ von Hunderten von verstorbenen Babys und Kindern polnischer und sowjetischer Nationalität im VW-„Kinderheim“ zu Tode verurteilt.<sup>54</sup> Dagegen wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, in der sich innerhalb von 11 Tagen 589 Wolfsburgerinnen und Wolfsbürger gegen das Todesurteil aussprachen. Der Kirchenvorstand betonte in einem Gnaden-gesuch an die Militärbehörden Körbels „Frömmigkeit“.<sup>55</sup>

Ehemalige KZ-Häftlinge und Antifaschisten schrieben am 18.6.1947 an die Werksleitung von VW:

„Uns ist wohl bekannt, daß das Volkswagenwerk zum Sammelbecken reaktionärer und nationalsozialistischer Elemente geworden ist.“<sup>56</sup>

Das galt nicht nur für die VW-Werke im damaligen Westdeutschland. VW baute eine regel-

rechte Rattenlinie in seine Produktionsorte vor allem in den abhängigen Ländern Süd- und Mittelamerikas auf, durch die Hunderte von kleinen und großen Nazi-Henkern geschleust wurden. In einem Interview erklärte Simon Wiesenthal Ende der 70er Jahre, ebenso wie Krupp und Siemens, sind die VW-Werke „wahre Nazinester“ und es arbeiten darin Hunderte kleiner Nazi-Henker und wenigstens 18 SS-Offiziere.<sup>57</sup> Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung eines brasilianischen Kollegen. Aufgrund des autoritären und repressiven Verhaltens der deutschen Chefs im brasilianischen VW-Werk vermutet er sicherlich ganz richtig:

„Die Nazis, die man in Wolfsburg nicht mehr haben will, werden zu uns nach drüben geschickt!“<sup>58</sup>

Einer der großen Nazi-Henker, für die sich VW „erkenntlich“ gezeigt und „nach drüben“ geschickt hat, ist beispielsweise Franz Paul Stangel, der *Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka*. In Treblinka wurden in eineinhalb Jahren über 800.000 Menschen, vor allem die jüdische Bevölkerung aus den Ghettos von Wilna, Warschau und Bialystock, durch Giftgas ermordet. Stangel kam bis zu seiner Verhaftung als Chef der Montageabteilung bei VW-Brasilien in São Paulo unter.<sup>59</sup>

Im VW-Werk in Wolfsburg wurde mit dem Jahresbeginn 1948 Heinrich Nordhoff neuer VW-Chef. Der Nazi Nordhoff war von 1942 bis 1945 Produktionsleiter des Opel-Lastkraftwagenwerks

## Volkswagen übernimmt auch heute die Rolle des Vorreiters und Musterbetriebs des deutschen Imperialismus

### ○ Ideologische Vorreiterrolle bei der Propagierung der klassenversöhnlichen „Sozialpartnerschaft“

Ähnlich wie schon für die Nazis übernimmt Volkswagen auch heute eine besondere Rolle, die Rolle des Vorreiters und „Versuchsballons“ für den deutschen Imperialismus.

Durch extreme Propagierung von Sozialpartnerschaftsideologie unter dem nationalistischen Tenor der Erhaltung und Sicherung des „Standorts Deutschland“ und der mehr oder minder offenen Propaganda, daß „deutsche Arbeitsplätze zuerst für deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter“ bereitgestellt werden, führt Volkswagen die nazistische Volksgemeinschaftsideologie im modernen Gewand fort. An diese nazistische Tradition wurde in den Jahren nach 1945 direkt angeknüpft. 1947 erklärte VW-Generaldirektor Münch in den mit dem Betriebsrat vereinbarten „10 Gründen für die Arbeit im Volkswagenwerk“, daß „sämtliche Arbeiter und Angestellte im Volkswagenwerk“ eine „Leistungsgemeinschaft bilden“<sup>60</sup>. Auch sein Nachfolger Nordhoff, der die Arbeiterinnen und Arbeiter auf Betriebsveranstaltungen gerne mit „Liebe Arbeitskameraden“ begrüßte, setzte diese Tradition fort:

„Der Arbeiter weiß, wie sehr seine Existenz mit der des Werkes verwachsen ist. Er hat noch immer Angst, mit dem Werk seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Ihm diese Unsicherheit zu nehmen, war in diesen Nachkriegsjahren die erste Aufgabe jeder gewissenhaften Betriebsführung. Durch die Erfüllung dieser Aufgabe entsteht ein neues Verhältnis zwischen Führung und Arbeiter: die menschliche Beziehung. Dieses Verhältnis ist produktiv und dem unfruchtbaren Klassenkampf diametral entgegengesetzt.“<sup>61</sup>

### ○ Anbindung an Volkswagen durch Privilegierung

Als zusätzliches Anbindungsmittel an den „eigenen“ Konzern, an die „eigene“ Firma nutzt Volks-

wagen auch weiterhin das Mittel der Privilegierung der eigenen Arbeiterinnen und Arbeiter. Durch die riesigen Extraprofitte, die Volkswagen insbesondere aus der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den vom Imperialismus abhängigen Ländern preßt, hat Volkswagen zusätzliche Mittel zu Bevorzugung und Bestechung der Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aber der Arbeiteraristokratie in den Werken in Deutschland zur Verfügung.

Durch die Bezahlung höherer Löhne im Vergleich zu anderen Metallbranchen, durch den Abschluß sogenannter „Haustarifverträge“ mit besonderen Vergünstigungen der Arbeiterinnen und Arbeiter hier, hat es VW in seinen Werken in Deutschland bisher erreicht, größeren Widerstand gegen die Verschärfung der Ausbeutung, vor allem aber auch größere Solidaritätsaktionen mit den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in anderen Ländern, zu verhindern.

### ○ Vorreiterrolle bei der Erprobung und Einführung neuer Ausbeutungskonzepte

Unter den Schlagworten wie „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ und „atmendes Unternehmen“ setzte VW mit eifriger Beihilfe der Arbeiterbürokraten des VW-Gesamtbetriebsrates und der IG-Metall mit der Einführung des neuen Arbeitszeit-Modells und der 4 Tage-Woche bei VW im Januar 1994 eine massive Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen bei VW durch.

Nach dem neuen Modell arbeiten die Kolleginnen und Kollegen wöchentlich zwischen Montag und Freitag 28,8 Stunden, je nach Bedarf kann die Arbeitszeit auf 38,8 Wochenstunden ausgeweitet werden. Durch zusätzliche Sonderschichten am Samstag soll die Samstagsarbeit wieder Regelarbeitstag werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen VW dann zur Verfügung stehen, wenn es dem Konzern paßt. Außerdem werden Neueingestellten vermehrt nur befristete Arbeitsverträge aufgezungen. Zusätzlich wird die Kontrolle der

Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Einführung der sogenannten „Teamarbeit“ verstärkt. Durch den Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen allein in Wolfsburg seit 1991 hat VW den Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter so verstärkt, daß der „Krankenstand“ inzwischen auf 3,4 % gesunken ist.

Mit all diesen Maßnahmen haben die VW-Ausbeuter ihre Profite enorm steigern können. Lohnverlust von 18%, Einsparungen von 3 Mrd. DM an Sozialplankosten, starke Intensivierung der Ausbeutung und Vermeidung von „Leerlaufzeiten“ - alles das streichen die VW-Ausbeuter durch ihr neues Modell ein.

### ○ Vorreiterrolle auch bei der Intensivierung der Ausbeutung international

VW setzt alles daran, diese intensivierten Ausbeutungsmethoden an allen VW-Standorten weltweit durchzuführen. Gerade in Ländern, wo VW mit einer kämpferischen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter konfrontiert ist, spielt bei der Durchsetzung dieser „modernen“ Auspressungsmethoden die Hilfe durch die Gewerkschafts- und Betriebsratsbürokraten eine wichtige Rolle. So verkündeten die VW-Arbeiteraristokraten bei der Gründung des VW-Welt-Betriebsrats am 13.5.1998 in Wolfsburg:

„Die Mitbestimmung und das VW-Modell einer kooperativen Konfliktlösung sind gefragte Exportartikel. So wurden im engen Kontakt mit den deutschen Betriebsräten in diesem Frühjahr die VW-Werke in Brasilien saniert: statt Entlassungen setzten die Betriebsräte Arbeitszeitverkürzungen nach deutschem Muster durch.“<sup>62</sup>



in Brandenburg.<sup>60</sup> Unter seiner Regie kam es bei VW zu massenhaften Wiedereinstellungen der im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Nazis. Ein Kollege berichtet:

„Die Nazis, die im Sommer 1946 das Feld räumen mußten, sind allmählich alle wieder eingesickert, mit wenigen Ausnahmen haben sie ihre alten Positionen oder auch bessere wieder bezogen... Für politisch Belastete öffnen sich die Türen des Werks sehr schnell und sehr weit. Demokraten... werden trotz laufender Neueinstellungen systematisch abgelehnt.“<sup>61</sup>

### Nazi-Umtriebe in und um VW nach 1945

1947 tauchten an den Wänden innerhalb und außerhalb des VW-Werks Hakenkreuze und Nazi-Parolen auf. Die VW-Leitung ließ sie nicht entfernen. Im gleichen Jahr wurde auf dem Gelände des VW-Werks zweimal die Hakenkreuzflagge gehißt. Bei der Übertragung eines Liedes mit der

Melodie des „Deutschland-Liedes“ über Werkfunk streckte eine große Anzahl von Werksangehörigen den Arm zum Hitler-Gruß.<sup>62</sup>

Kurz vor den für November 1948 angesetzten Kommunalwahlen gründete sich die Nazi-Partei „Deutsche Reichspartei“ („DReP“).<sup>63</sup> Auf der DReP-Kandidatenliste befanden sich allesamt ehemalige NSDAP-Mitglieder.<sup>64</sup> Auffällig ist dabei auch die personelle Verquickung mit VW: So war der Vorsitzende der Nazi-Ortsgruppe Rudolf Knöring<sup>65</sup> ein Arbeiter von VW. Kurzzeitiges DReP-Mitglied war auch Helmuth Hillebrecht, ehemaliger Fallschirmjägermajor der Nazi-Wehrmacht und „Ritterkreuzträger“. Hillebrecht war jahrelang Vorsitzender des VW-Betriebsrates.<sup>66</sup> Kurze Zeit später gründete er die Nazi-Partei SRP mit. Die Nazis von der DReP führten ihren Wahlkampf unter der Parole „Kampf gegen Entnazifizierung und Demontage“<sup>67</sup> und betrieben offene Nazi-Propaganda: „Maske ab und mutig hingestellt! Die Besatzungsmächte sollen erkennen, was unsere Meinung ist!“ rief Nazi-Kader Falck von der DReP am 10. Oktober 1948 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Wolfsburg seinen 1000 Zuhörern zu.<sup>68</sup>

Am 28. November 1948, drei Jahre nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus, konnte in Deutschland eine Nazi-Partei wieder durchschlagende Wahlerfolge erzielen: *Die DReP-Nazis gewannen die Wolfsburgs Kommunalwahl mit einer Zweidrittelmehrheit.*<sup>69</sup> *Wolfsburgs neuer Bürgermeister war ein Nazi* von der DReP namens Heuchling, Elektro-Ingenieur bei VW.<sup>70</sup> Nach ihrem Wahlerfolg wurde den DReP-Nazis vom neuen VW-Chef Nordhoff sofort „gute Zusammenarbeit“ zugesagt.<sup>71</sup> Ein damaliger Beobachter schildert die Atmosphäre:

„Die Nazis wagen wieder den Hitlergruß. Man verkündet auf der Straße, daß entsozifiziert wird. In der öffentlichen Versammlung wird dieses vorsichtshalber widerrufen, man unterstreicht aber durch stürmischen Beifall, daß die Entnazifizierung in Wolfsburg sofort aufhört ... Nazistische und Pogrom-Lieder werden gesungen. Mit dem Horst-Wessel-Lied marschiert man zum Bahnhof.“<sup>72</sup>

## Das Nazi-Auto „Volkswagen“ und VW als Träger und Mittler der Nazi-„Auto-Ideologie“

Der Nazi-Musterbetrieb VW war von Anfang an verbunden mit der Propaganda eines „Volkswagens“ als Bestandteil der Nazi-Volksgemeinschafts-Ideologie. Weitgehend bekannt ist, daß beispielsweise der Begriff „Volksempfänger“ ein von den Nazis erfundener Ausdruck ist. Der bis heute weithin „unverkrampfte“ Umgang mit dem Begriff „Volkswagen“ dagegen zeigt, daß die Ideologie des Nazi-Musterbetriebs VW sehr tiefgehend ein kaum hinterfragter, geradezu selbstverständlicher Bestandteil der herrschenden reaktionären Ideologie ist.

Wir meinen, daß der Kampf für den allseitigen Bruch mit der bürgerlichen Ideologie im allgemeinen und der Nazi-Ideologie im besonderen es erforderlich macht, sich auch mit diesen und ähnlichen Aspekten der „deutschen Ideologie“ auseinanderzusetzen. Einige Aspekte sollen daher hier knapp beleuchtet und auch zur Diskussion gestellt werden.

Der „Volkswagen“, so Hitler, sollte bedeuten, daß der Autobesitz „nicht länger ein klassentrennendes Mittel“<sup>73</sup> sein sollte. So sollte das Auto, und sei es zunächst auch nur das Versprechen eines „Autos für alle“ die Funktion erhalten, die nazistische „Volksgemeinschaftsideologie“ zu festigen. Es geht darum, daß die Nazis etwas gefunden bzw. geschaffen hatten, was offenbar hervorragend geeignet war, ihre ideologischen und politischen Ziele voranzubringen.

Wenn man heute in Deutschland feststellt, daß es seit Jahrzehnten so etwas wie eine „Auto-Ideologie“ gibt, dann ist es unbedingt nötig, auf diesen einen Ursprung dieser Ideologie hinzuweisen. Im größeren Zusammenhang steht dies auch mit den berüchtigten Nazi-„Autobahnen“. Diese stehen noch heute massenhaft in dem besten Ruf, daß „Hitler“ damit angeblich immerhin dauerhafte „deutsche Qualitätsarbeit“ geschaffen habe, egal ob darauf nun Armeefahrzeuge zu den Fronten des Nazi-Krieges rollten oder deutsche Urlauber zu ihren Ferienzeilen.

Es geht darum, daß es für die Herrschenden durchaus wichtig ist, über Mechanismen wie einen Auto-Kult bzw. Auto-Fetischismus die ideologische Anbindung breiter werktätiger Massen an das bürgerliche Kommando zu erreichen. Dies ist ein vielfältiger und vielschichtiger Komplex.

Die materielle Seite dieses Komplexes läßt sich durch einen Vergleich verdeutlichen. Bekanntlich

haben Marx und Engels wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der „eingefleischte Eigensinn“ der Kleinbauern ein überaus mächtiger Faktor ist, der diese an die herrschende Großbourgeoisie und den Kapitalismus bindet. Damit wird die Erkämpfung des Bündnisses des revolutionären Proletariats mit den unteren Schichten der Bauernschaft im Kampf für die sozialistische Revolution erschwert, selbst wenn die Lage der meisten Kleinbauern sehr elend ist, diese hoch verschuldet sind usw. Sicherlich unterscheidet sich die grundlegende Klassenlage der breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter objektiv sehr wesentlich von jener der unteren Schichten der Bauernschaft. Denn letztere besitzen, selbst wenn sie keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, dennoch im allgemeinen eigene Produktionsmittel. Dennoch läßt die herrschende Bourgeoisie nichts unversucht, um auch bei den breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter den gleichen Effekt zu erzielen, nämlich die bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Besitzmentalität zu verankern. Und das pausenlose Trommeln der „Auto-Ideologie“ tut schon seit Jahrzehnten seine Wirkung. Jahrelang wird für ein neues Auto „gespart“. Das endlich erstandene Auto wird dann gehegt und gepflegt, samstags gewaschen und poliert; und wehe, es ist mal ein Kratzer im Lack. So zeigt sich, und im Grunde wissen das auch alle, daß das Auto nicht nur ein Gebrauchsgegenstand, sondern vor allem ein Statussymbol ist. Es muß „standesgemäß“ sein, gleichzeitig ermöglicht es aber auch, diese „Standesunterschiede“ zu verschwischen. Das Thema „Auto“ ist somit auch eine wahre Domäne der Spießbürgerideologie. Wenn ein Arbeiter dann mal ein „dickeres“ Auto fährt als der eigene Chef, scheint es, als ob damit auch die Klassengegensätze verwischt sind. Der Auto-Fetischismus schafft die Illusion einer vermeintlichen – weil eben für die breiten werktätigen Massen in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht vorhandenen – Unabhängigkeit („Freie Fahrt für freie Bürger“). Für diese „Unabhängigkeit“ begeben sich Hunderttausende, ja Millionen in tiefe finanzielle Abhängigkeit. Denn für den Kauf eines Autos verschuldet man sich. Das wirkt aber als ein nicht zu unterschätzender Bremsklotz gegen den wirklich rücksichtslosen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß der Besitz eines PKW oder etwa eines Kleintransporters tatsächlich den Übergang zu einer bürgerlich-kleinbürgerlichen Existenzgrundlage bildet bzw. bilden kann, insofern dieser Besitz oftmals erste Voraussetzung für die Aufnahme bestimmter „selbstän-

diger“ Tätigkeiten bildet, als Handelsvertreter, Kleintransportunternehmer usw.

In der „Auto-Ideologie“ kommt überhaupt auch die für den Kapitalismus typische Brutalisierung, des „Jeder gegen jeden“ zum Ausdruck, die ihre Grundlage in der bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenz hat. In den letzten Jahrzehnten sind allein in Deutschland mehrere Hunderttausend Menschen auf den Straßen umgekommen, ein vielfaches davon sind Verletzte, oftmals mit lebenslangen Folgeschäden. Unter den Opfern sind ein hoher Prozentsatz Kinder und Jugendliche. Wären ebensovielen bei Schießereien getötet oder verletzt worden, würde man von Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen sprechen. Die von den Herrschenden geförderte und in tausenderlei Formen und in zahllosen Medien verbreitete „Auto-Ideologie“ bedeutet diesbezüglich auch den „Kitt“, hinter dem Steuer des Automobils buchstäblich über Leben und Tod zu entscheiden, es beim Überholen „gerade noch geschafft“ zu haben usw.

Es ist kein Zufall, daß über Meldung von jährlich Zigtausend Toten im Autoverkehr nicht einmal ein Bruchteil der Betroffenheit herrscht wie etwa bei einem Zugunglück, geschweige denn, daß die bürgerlichen Politiker irgendetwas dagegen unternehmen. Dahinter stehen mächtige Interessen der Kapitalisten der Autoindustrie, eine der größten Industriezweige in Deutschland überhaupt. Mehr noch, hinter der „Auto-Ideologie“ stecken tiefergehend die Probleme, die untrennbar mit der Grundstruktur der am Streben nach Maximalprofit orientierten kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung verbunden sind. Aus der typisch kapitalistischen Infrastruktur, ihrer Verteilung der industriellen Standorte, der Wege der Rohstoffzufuhr und des Absatzes, aber auch der Verteilung der Produktionsstandorte einerseits und der Wohngebiete andererseits ergeben sich mit steigender Tendenz geradezu aberwitzige und vielfach direkt absurde Ströme von Individualverkehr und Warentransporten auf den Straßen.

Gegen die individual-kapitalistische „Auto-Ideologie“ muß bewußt gemacht werden, daß das Programm der sozialistischen Revolution, das Ziel der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft auch die bewußte und geplante Umwälzung der ganzen kapitalistischen Infrastruktur einschließt, im kollektiven Interesse der Produzenten und durch die Produzenten, namentlich durch das Proletariat.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen von 1948 wurde schließlich aufgrund einer Wahlbeschwerde wegen eines Formfehlers annulliert<sup>73</sup> und die „DRep“ im März 1949 für den Kreis Gifhorn wegen ihrer nazistischen Propaganda von den britischen alliierten Militärbehörden verboten<sup>74</sup>. Auch wenn einige DRep-Nazis für kurze Zeit mit einem politischen Betätigungsverbot belegt wurden, fanden sie sehr schnell wieder eine „politische Heimat“ in den restlichen bürgerlichen Parteien. Der ehemalige Landes-Parteivorsitzende Schlüter landete bei der FDP und wurde später niedersächsischer Kultusminister. Luise Gericke, langjährige Betriebsärztin und zeitweise Betriebsrätin bei VW, ging nach ihrer Mitgliedschaft in der in den 50er Jahren gegründeten Nazi-Partei „Nationale Arbeiterpartei“ zuerst zur FDP, dann zur CDU und landete schließlich bei der SPD.<sup>75</sup>

### Bis heute keine Entschädigung für die Opfer der mörderischen Zwangsarbeit bei VW

Es ist ja nicht so, daß VW grundsätzlich individuelle Entschädigungsansprüche ablehnt ... Entschädigt wurden nämlich die 340.000 deutschen Sparer, die mit ihren Sparkarten einen „KdF-Wagen“ bestellt und vorfinanziert hatten.<sup>76</sup>

Ganz anders jedoch der Umgang des VW-Konzerns mit Entschädigungszahlungen an die Frauen und Männern, die während der Zeit des Nazi-Faschismus im VW-Werk als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge Sklavenarbeit verrichten mußten. Aus Gründen der Imagepflege gab VW-Vorstandsmitglied Frerk im Oktober 1991 bekannt, es würden 12 Millionen Mark be-



### 11. September 1977: Volkswagen gratuliert dem mörderischen Terrorregime in Chile zum 4. Jahrestag des Putsches

„Die Volkswagen-Familie möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen, sich darin niederzulassen und mit seinen Menschen ihre Freiheit, ihren Schwung und ihre Lebensfreude zu teilen.... Es lebe Chile!

Volkswagen, 11. September 1977

(El Mercurio, 11. September 1977. In: Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil - Entwicklungshilfe im besten Sinne?“, Bonn 1978, S.84)

reitgestellt für „Zwecke der infrastrukturellen Hilfeleistungen auf sozialem und kulturellem Gebiet“ in den Ländern, aus denen die Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen verschleppt worden sind. Bis heute lehnen die VW-Oberen – unter fadenscheinigsten „Begründungen“, so etwa daß dies zur „Wettbewerbsverzerrung für VW“ führe<sup>77</sup> – die rechtliche Verpflichtung zu individuellen Entschädigungszahlungen ab. So hieß es vor ein paar Tagen aus den VW-Vorstandsetagen, VW habe „zwar eine historische und politische Verpflichtung, zu seiner Ver-

gangenheit im Nationalsozialismus zu stehen (!!), eine rechtliche Verpflichtung besteht jedoch nicht“<sup>78</sup>. Auch bei dem jetzt in Aussicht gestellten „Hilfsfond“ für Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, der angeblich im September 1998 eingerichtet werden soll – zynischer Weise nur für die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die zwischen 1944 und 1945 bei VW bis aufs Blut ausgebeutet wurden, so als hätte es vor 1944 keine brutale Zwangs- und Sklavenarbeit bei VW gegeben! – wird betont, daß sich die „Rechtsauffassung“ von VW nicht geändert habe.<sup>79a</sup>

## III. Volkswagen – einer der größten internationalen Ausbeuterkonzerne des deutschen Imperialismus

Volkswagen als einer der internationalen Großkonzerne tritt den Arbeiterinnen und Arbeitern als weltweiter Ausbeuter und Blutsauger gegenüber. Insgesamt werden 280.000 Arbeiterinnen und Arbeiter direkt in ca. 35 Volkswagen-Werken auf der ganzen Welt ausgebeutet.<sup>84</sup> In den 10 VW-Werken in Deutschland sind knapp 140.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Hinzu kommen weitere über 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus den VW-Werken in Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Portugal und Spanien. In Süd- und Mittelamerika, vor allem Mexiko, Argentinien und Brasilien, sind es rund 50.000. Schließlich beutet VW in seinem Werk in Südafrika ca. 6.000 Arbeiterinnen und Arbeiter und in China rund 15.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Insgesamt sind es mehrere Hunderttausend, die VW über Tochtergesellschaften (z. B. in Südkorea, Indonesien, Philippinen) auspreßt.

VW hat in Konkurrenz zu den anderen großen Automobilkonzernen nach 1945 systematisch seine Position auf dem Automobilmarkt ausgebaut und verfügt heute über einen Weltmarktanteil von 10,4 Prozent aller verkauften Pkws und Nutzfahrzeuge. Mit Aufkäufen von Konkurrenzfirmen wie Audi, SEAT, Skoda und vor kurzem Rolls Royce konnte VW seine Position nicht nur behaupten, sondern seinen Einfluß in „neuen Märkten“ verstärken. Über Skoda läßt VW seit Mai 1998 in Sarajevo Autos produzieren.<sup>85</sup>

Mit in den letzten Jahren ständig verfeinerten Ausbeutungsmethoden und Verschärfung der Arbeitsetze hat Volkswagen die Ausbeutungsinten-

sität so verschärft, daß allein in den letzten drei Jahren der Gewinn jeweils verdoppelt wurde. 1997 hat Volkswagen mit 1,4 Mrd. DM nach

Abzug von Steuern den höchsten Gewinn in der Geschichte des Konzerns aus den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit herausgepreßt.<sup>86</sup>

### Einige Schlaglichter aus den Kämpfen fortschrittlicher Kolleginnen und Kollegen bei VW in Deutschland nach 1945

Gegen die verschärfte Ausbeutung und den Abbau demokratisch-gewerkschaftlicher Rechte hat es auch in den VW-Werken in Deutschland Protest und Widerstand gegeben. So beispielsweise beim Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984 oder beim Kampf gegen den § 116.

- Besonders brutal von der brutalen Ausbeutung und vor allem auch von der chauvinistisch-rassistischen Spaltungspolitik des VW-Konzerns sind die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Herkunftsländern betroffen. Gegen ihre schlechte Behandlung und die Arbeitsbedingungen hat sich immer wieder Widerstand bei VW Wolfsburg gereg. So streikten 1962 4.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern bei VW Wolfsburg gegen zu **geringe Bezahlung, gegen nationalstische Hetze, unzureichende ärztliche Betreuung und schlechtes Essen**. Anfang November 1963 kam es zu einem eintägigen **Streik gegen die Wohnsituation im sogenannten „Italienerdorf“** von VW Wolfsburg, der mit Hilfe der Bereitschaftspolizei niedergeschlagen wurde. Daraufhin wurden ca. 20 Arbeiter entlassen und über 200 weitere verließen „freiwillig“ das Werk.<sup>83</sup>

- Hervorzuheben ist dabei auch, daß in den 50er Jahren in den VW-Werken Wolfsburg und Braunschweig einer der wenigen Proteststreiks gegen die Remilitarisierung und atomare Bewaff-

nung der Bundeswehr stattfand. Am **28. März 1958** legten ohne Zustimmung der IG Metall 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter von VW-Wolfsburg für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. Sie protestierten damit sowohl **gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr** als auch **gegen die Weigerung der DGB-Führung, dagegen das Kampfmittel des politischen Generalstreiks einzusetzen**. Zur selben Zeit kam es auch im VW-Zweigwerk Braunschweig zu einem Warnstreik von 3.200 Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die atomare Aufrüstung. Der Betriebsratsvorsitzende distanzierte sich gegenüber der Presse und erklärte, daß es sich bei dem Streik „um eine spontane Aktion der Belegschaft“ ohne vorherige Zustimmung des Betriebsrats gehandelt habe.<sup>82</sup>

- Von ausserordentlicher Bedeutung ist auch der eineinhalbstündige **Solidaritätsstreik** von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern von VW Salzgitter vom 18. August 1987 mit dem **Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW-Mexiko**. Solche oder ähnliche Aktionen gab und gibt es viel zu wenige, sie sind dennoch erste Schritte hin zu einer praktizierten internationalistischen Solidarität, die die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen bei VW in Deutschland unbedingt erkämpfen müssen.

## Einige Kämpfe und Streiks von Kolleginnen und Kollegen bei VW in anderen Ländern

**Mexiko:** Einer der herausragendsten Kämpfe der damals 11.000 VW-Arbeiterinnen und -arbeiter in Puebla war der 58-tägige Streik und die Besetzung des VW-Werks in Puebla im Juli/August 1987. Auslöser war die Ankündigung von VW, trotz einer Inflationsrate von mehr als 130 Prozent die Löhne um 15 Prozent zu kürzen, verschiedene Zulagen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu halbieren sowie mehr als 700 Arbeiterinnen und Arbeiter zu entlassen.<sup>1</sup> Aufgrund der kämpferischen Haltung der VW-Arbeiterinnen und -arbeiter in Puebla und der Unterstützung ihres Kampfes in Mexiko setzten die Arbeiterinnen und Arbeiter eine 78 Prozent Lohnerhöhung durch.

Im September 1988 wurde in einem viertägigen Streik die Absetzung des Gewerkschaftsführers Duran, dem die Kolleginnen und Kollegen Kollaboration mit der Firmenleitung bei der Entlassung von 1.200 Arbeiterinnen und Arbeitern vorwarfen, durchgesetzt.<sup>2</sup> Gleichzeitig richtete sich der Streik gegen die geplanten Entlassungen und gegen die seit Wochen im Werk stationierten Polizeieinheiten. Im Verlauf des Kampfes wurden 65 Kolleginnen und Kollegen festgenommen, viele weitere zum Teil schwer verletzt.<sup>3</sup>

**Brasilien:** Im VW-Werk São Bernardo streikten im Dezember 1986 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für die von der Firmenleitung zugesagte Auszahlung einer 20% Lohnerhöhung.<sup>4</sup>

Im Oktober 1987 kam es zum Streik von 40.000 Metallarbeiterinnen und -arbeitern für eine 66% Lohnerhöhung und gegen die massiven Entlassungen in der Metallindustrie in der Region um São Paulo.<sup>5</sup>

Anfang Mai 1989 entstand mit über 2 Millionen die größte Streikbewegung in Brasilien seit Ende der Militärdiktatur 1985. Bei einer Demonstration in São Paulo wurden fünf Arbeiter, darunter drei Kollegen von VW, angeschossen. Im Verlaufe des Streiks wurden 100 Kolleginnen und Kollegen von VW entlassen. Als letzter Großbetrieb stimmten dann die VW-Arbeiterinnen und Arbeiter von São Bernardo einer 45% Lohnerhöhung zu und beendeten den Streik Mitte Mai.<sup>6</sup>

**Südafrika:** Im Juni/Juli 1980 führten die Arbeiterinnen und Arbeiter des VW-Werkes in Uitenhage gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von 12 Fabriken einen dreiwöchigen Streik erfolgreich für die Erhöhung ihrer Löhne durch.<sup>7</sup>

Im Oktober 1987 streikten 5.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen.<sup>8</sup>

Im Rahmen der Tarifverhandlungen im August 1989 in der Autobranche streikten 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, auch die Belegschaft des VW-Werks um höhere Löhne.<sup>9</sup> Um den Streik nach mehr

als zwei Wochen zu brechen, sperrte VW die 5.500 VW-Arbeiterinnen und -arbeiter aus.

Im Oktober 1995 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter des VW-Werks in Uitenhage gegen die Entlassung eines Kollegen.<sup>10</sup>

**Belgien:** Im September 1994 streikten 5.600 Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk Vorst im Süden Brüssels drei Wochen für bessere Arbeitsbedingungen, und die Wiedereinstellung entlassener Kolleginnen und Kollegen. Begonnen wurde der Streik von den Fließbandarbeiterinnen und -arbeitern gegen die ständige Erhöhung der Laufgeschwindigkeit und die damit einhergehende Verschärfung der Arbeitshetze.<sup>11</sup>

### Quellen

- 1 TAZ, 3. und 31.7.1987
- 2 TAZ, 29.9.1988
- 3 TAZ, 3.10.1988
- 4 TAZ, 12.12.1986
- 5 TAZ, 22.10.1987
- 6 TAZ, 10.5.1989
- 7 Geisler, W./Wellmer, G., DM-Investitionen in Südafrika, in Informationsstelle südliches Afrika e.V., Bonn 1983
- 8 TAZ, 24.10.1987
- 9 TAZ, 9.8.1989
- 10 TAZ, 10.10.1995
- 11 TAZ, 30.9.1994

Insbesondere in den vom Imperialismus abhängigen Ländern Afrikas, Südamerikas und Asiens preßt VW mit niedrigsten Löhnen, brutalster Arbeitshetze und schlechtesten Arbeitsbedingungen riesige Profite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern dieser Länder. Kinderarbeit, Behinderungen und Verbote gewerkschaftlicher Organisationen und Tätigkeit in den VW-Werken sind gängige Praxis der verschärften Ausbeutung durch VW in diesen Ländern.

Dabei zeigt sich vor allem: VW investiert in „bester deutscher Tradition“ gerade in denjenigen Staaten, in denen faschistische Militärdiktaturen VW maximale Ausbeutungsmöglichkeiten sichern. Bezeichnend ist die Aussage des ehemaligen Chefs von VW do Brasil Werner Paul Schmidt von 1971, der seine volle Unterstützung für das reaktionäre Terrorregime in Brasilien kundete:

„Sicher foltern Polizei und Militär Gefangene, um wichtige Informationen zu erlangen; sicher wird beim Politisch-Subversiven oft gar kein Gerichtsverfahren gemacht, sondern gleich geschossen. Aber eine objektive Berichterstattung müßte jedes Mal dazufügen, daß es ohne Härte eben nicht vorwärtsgesht. Und es geht vorwärts.“<sup>12</sup>

Auf der anderen Seite verstehen es die gut geschulten und erfahrenen Demagogen bei Volkswagen aber auch, jegliche noch so kleine „Demokratisierung“ in diesen Ländern als Ergebnis des „positiven“ Einwirkens zu verkaufen und werbewirksam auszuschlachten. Hier einige Beispiele zu den Ausbeutungspraktiken von VW in anderen Ländern:

• **VW-Brasilien:** Im Werk São Bernardo, dem größten Automobilwerk Südamerikas, beutet VW ca. 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus<sup>13</sup>. In der Zeit der Militärdiktatur in Brasilien von 1964 bis Mitte der 80er Jahre nutzte und forcierte VW die dortigen polizeistaatlichen Verhältnisse: Ge-

werkschaftliche Organisierung wurde massiv behindert, Gewerkschaftsversammlungen auf dem Betriebsgelände waren verboten usw.<sup>14</sup> Der VW-Werkschutz in São Bernardo, aufgebaut von bei VW untergetauchten Nazis und Tummelplatz ehemaliger brasilianischer Militärs<sup>15</sup>, ist bei den Arbeiterinnen und Arbeitern nicht minder gefürchtet als die brasilianische Militärpolizei. So berichtete die Wochenzeitung „O São Paulo“:

„Wann immer es zu einem Verdacht, einem Fehler oder zu einer Reiberei mit den Chefs kommt, werden die Arbeiter in die Räume der ‚Sicherheit‘ gebracht. Die Verhöre, die dort dann ablaufen, sind härter als auf einer Polizeiwache. Drohungen und Aggressionen wie etwa: ‚Dich bringen wir in die Folterkammer‘, sind keinesfalls selten. In anderen Fällen werden Arbeiter während der Dienstzeit - bis zu einer Woche - in diesen Räumen eingesperrt, als ob sie ein privates Gefängnis seien. Immer wieder werden Menschen gezwungen, Diebstähle zu gestehen, die sie gar nicht begangen haben. Sogar Kinder, Schüler der werkseigenen Schule, werden von den Wächtern bedroht. ... Nach Auskunft des Gewerkschaftsführers Lula ist die ‚Sicherheit‘ bei Volkswagen, verglichen mit sämtlichen Betrieben der Branche, einem Polizeiapparat am ähnlichsten.“<sup>16</sup>

• **VW-Mexiko:** In Mexiko ist VW seit 1964 präsent. Zur Zeit beutet VW in Puebla 15.200 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Die Arbeitsbedingungen bei VW Mexiko sind gekennzeichnet von brutalster Ausbeutung, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt zur Zeit 3600 Pesos (750 DM).<sup>17</sup>

Gegen die mörderische Ausbeutung führen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW in Puebla immer wieder einen entschlossenen Kampf, den VW

nicht selten durch den Einsatz von Militärpolizei niederschlagen läßt. Dabei hat VW Mexiko eine besondere Strategie entwickelt, um kämpferische Kolleginnen und Kollegen „loszuwerden“: Nach einem einwöchigen Streik im Juni 1992 wurde die gesamte Belegschaft entlassen. Die Wiedereinstellung von 1.500 Kolleginnen und Kollegen, die als „Rädelsführer und Gesetzesbrecher“ galten, wurde abgelehnt.<sup>18</sup> Eine Demonstration der nicht wiederingestellten Kolleginnen und Kollegen vor den Werkstoren der Fabrik ließ VW dann von Polizei mit Schlagstöcken und einer Hundestaffel auseinanderknüppeln, mehrere Demonstranten mußten mit Schlag- und Bißwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden.<sup>19</sup>

Am Beispiel von VW Mexiko zeigt sich sehr deutlich die reaktionäre Rolle der Arbeiterbürokraten. So bewilligte der VW-Betriebsrat beim 58-tägigen Streik bei VW de Mexico in Puebla 1987 im Baunataler-Werk bei Kassel die Einführung einer Sonderschicht, um die Stockung der Lieferungen aus Mexiko aufzufangen. Erst aufgrund des Drucks der Arbeiterinnen und Arbeiter in VW-Werken wie z.B. dem 1,5 stündigen Solidaritätsstreik von 600 VW-Arbeiterinnen und Arbeitern in Salzgitter mußte die Sonderschicht und offene Streikbrecherarbeit zurückgenommen werden. Die IG-Metall Zentrale wie auch der Gesamtbetriebsrat in Wolfsburg versagen den kämpfenden mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern die Solidarität mit der Begründung, daß die dortige Gewerkschaft nicht Mitglied in der offiziellen CTM sei. Erst nach fünf Wochen sieht sich der Gesamtbetriebsrat bei VW Wolfsburg gezwungen den Streikenden eine Solidaritätserklärung zu senden.<sup>20</sup>

Beim Streik 1992 in Puebla, als VW zunächst die gesamte Belegschaft des Werkes entlassen hatte, antwortete das im Betriebsrat für internationale Beziehungen zuständige Betriebsratmitglied Uhl auf die Frage, ob es wieder zu Streikbrecherarbeiten wie 1987 kommen könnte, ganz im Sinne der VW-Kapitalisten:

„Können wir hinnehmen, daß in Deutschland wegen Streiks in Mexiko kurzgearbeitet werden muß?“<sup>17</sup>

• **VW-Südafrika:** Volkswagen ist mit seinem Werk in Uitenhage, in dem zur Zeit 6.500 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgebeutet werden, der größte ausländische Konzern in Südafrika. In drei Schichten und einer 6-Tage-Woche preßt VW mit niedrigsten Arbeitslöhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen rund um die Uhr riesige Profite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern in Uitenhage.

Gegen die brutalen Ausbeutungspraktiken von Volkswagen in diesen Länder haben die Arbeiterinnen und Arbeiter immer wieder unter schwierigsten Bedingungen erfolgreich den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für freie gewerkschaftliche Betätigung und für höhere Löhne geführt. Gerade diese Kämpfe können den Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland Vorbild und Ansporn sein, der ständigen Verschärfung der Ausbeutung durch VW wirksam entgegenzutreten.



### **VW zeigt die Notwendigkeit des Kampfes für den revolutionären Bruch mit allen Ausbeutungsverhältnissen und allen reaktionären Ideologien**

Die Fakten über Vergangenheit und Gegenwart des VW-Konzerns zeigen, welche großen Aufgaben anstehen, um bei einem so wichtigen „Musterbetrieb“ des deutschen Monopolkapitals eine progressive und revolutionäre Bewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern zu entwickeln. Um die wirklich fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter im gewerkschaftlichen und demokratischen Kampf zusammenschließen und organisieren zu können, müssen vor allem zwei Prüfsteine in den Vordergrund gerückt werden:

**Erstens der Kampf für die Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, der Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge.** Die Verpflichtung zum Kampf für die gerechten Forderungen der Opfer der Verbrechen des Nazi-Konzerns VW wie für die Opfer der Nazi-Barbarei überhaupt ergibt sich für die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus. Das Beispiel VW zeigt dabei sehr deutlich:

Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse hat diese Verbrechen nicht verhindert. Abgesehen davon, daß die große Mehrheit sich direkt daran beteiligte, sie guthieß oder nichts dagegen unternahm – das deutsche Volk insgesamt war nicht in der Lage, die Nazi-Führung zu stürzen und den verbrecherischen Krieg von sich aus zu beenden.

**Zweitens der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus, für den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom „eigenen“ Imperialismus ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern sowie aus anderen Herkunftsländern.** Die Verpflichtung dazu ergibt sich auch hier aus der Mitschuld der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter an den Verbrechen der herrschenden Klasse, wenn sie diese Verbrechen nicht verhindern.

Aus beiden Punkten folgt, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern bewußt gemacht werden muß, daß nach dem Sturz der Bourgeoisie das dann als herrschende Klasse organisierte Proletariat auch vor der Aufgabe steht, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Ohne dies in der Tat zu leisten, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern auf dem Weg zur vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzung der Nationen im Kommunismus nicht zu denken.

Die ungebrochene Kette von Verbrechen von VW, von Siemens, Krupp, BMW usw. in allen Teilen der Welt und der riesige Ballast der verfluchten chauvinistischen Ideologie der „Volksgemeinschaft“ zeigt, daß es grundlegend vor allem darauf ankommt, den deutschen Imperialismus wirklich zu vernichten, den Kapitalismus in Deutschland zu vernichten, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie im Kampf für den Kommunismus aufzubauen – kurz, die sozialistische Revolution durchzuführen, als entscheidendes und einziges Mittel, als einzigen Weg

„... zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“

(Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, 1848, Marx/Engels Werke Band 7, S. 90)

### **Anmerkungen und Quellen**

1 Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 12/13.

2 ebenda, S. 12/13.

3 ebenda, S. 13.

4 ebenda, S. 12/13.

5a Zitiert in: Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 128.

5b ebenda, S. 129.

6 ebenda, S. 27.

7 Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 64.

8 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 13

9 Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 528

10 Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 34

11 ebenda, S. 35

12 ebenda, S. 36

13 ebenda, S. 167

14 ebenda, S. 154

15 ebenda, S. 154

16 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 45

17 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 65

18 Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 174

19 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 36

20 Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 529

21 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 67. Siehe auch: Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 514

22 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 67

23 So wird berichtet, daß die SS-Schergen einem sowjetischen Häftling nach einem angeblichen Fluchtversuch mit einem Gewehrkolben den Schädel zertürmerten. Zur Abschreckung wurde seine Leiche im Lager zur Schau gestellt und alle anderen KZ-Häftlinge mußten an ihm vorbeimarschieren. Siehe Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1993, S. 154

24 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 67

25 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 155

26 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 864

27 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1993, S. 60

28 ebenda, S. 169

29 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“, Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 66

30 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1993, S. 19

31 Der VW-Werksarzt Körbel war am 1.12.1927 mit 18 in die NSDAP eingetreten, am 1.11.1929 in die SA. 1935 trat er in die SS ein, 1939 wurde er zum SS-Hauptsturmführer befördert (Siehe: Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 318 f.)

32 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 536

33 Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 101

34 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 411

35 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1993, S. 94

36 ebenda, S. 104

37 Zitiert in: Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 204

38 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 737

39 Brodski, J.A., Im Kampf gegen den Faschismus, Berlin 1975, S. 183. Zitiert in: Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 202

40 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 431

41 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1993, S. 217

42 ebenda

43 ebenda, S. 14

44 In der VW-Personalabteilung war ein SS-Sturmführer eigens für die „politische Überprüfung“ von Neueinstellungen verantwortlich (Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 411)

45 Die VW-eigene Berufsschule umfaßte u.a. das Fach „Reichskunde“ mit Unterrichtseinheiten wie „Unsere neue Heimat – Das VW-Werk. Geschichte des Volkswagens: Idee des Führers und Lebenswerk Prof. Dr. Porsches.“ (Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 236)

46 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 232 f.

47 ebenda, S. 272

48 So ist in der VW-Werkszeitung von Ende 1943 zu lesen, daß „die Leistung der ausländischen Arbeitskräfte nur dann befriedigend ist, wenn sie von deutschen Menschen dauernd zur Arbeit angehalten und belehrt werden.“ (Siehe „Arbeitskräfte, zeigt Nationalbewußtsein“, in: Das Volkswagenwerk und wir, 2. Jahrgang (1943). Zitiert in: Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 535)

49 Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 74.

49a Seit das kapitalistische Ausbeutungssystem mit dem Übergang in sein imperialistisches Stadium um 1900 zu einem Weltsystem der kolonialen Ausplünderung und Versklavung geworden ist, haben die Kapitalisten der großen imperialistischen Industrienationen mit Hilfe der riesigen Extraprofite, die sie aus den Arbeiterinnen und Arbeiter der unterdrückten und abhängigen Länder herauspressen, die Möglichkeit der Bestechung einer besonderen Schicht der Arbeiterklasse in ihren Ländern, der Arbeiteraristokratie.

Lenin charakterisiert diese Schicht als völlig verspießerte Speichellecker der Bourgeoisie.

„Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘, in ihrer ganzen Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ... sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommiss der Kapitalistenklasse ... wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus.“

(Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Werke Band 22, 1916, S.198)

50 Siegfried, K.-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 120

51 Initiativkreis für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter (Hrsg.), Erlitten, vergeben, nicht vergessen – Erinnerungen ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter in der Stadt des KdF-Wagens, S. 37

52 Bode, C., „Jedermann rechts heran!“, Die Deutsche Rechtspartei (DReP) und die Wolfsburger Kommunalwahl vom 28. November 1948. Eine Untersuchung zum frühen Rechtsextremismus in Niedersachsen, Hildesheim 1995, S. 39

53 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S.958

54 Hohnsbein, H., Begegnungen mit der Wolfsburger Geschichte, Wolfsburg 1977, S. 39

55 VVN/BdA (Hrsg), Wolfsburg 1945: Neuanfang oder Nazikontinuität?, Wolfsburg 1998, S. 7

56 Resolution der VVN Wolfsburg an die Leitung des VW-Werks vom 18.6.1947. Auszugsweise zitiert in: VVN/BdA (Hrsg), Wolfsburg 1945: Neuanfang oder Nazikontinuität?, Wolfsburg 1998, S. 16

57 Reporter, Rio de Janeiro, Nr. 6, April 1979. Zitiert in: Gaby Weber, „Krauts“ erobern die Welt. Der deutsche Imperialismus in Südamerika, Hamburg, 1982, S. 142

58 Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil - Entwicklungshilfe im besten Sinne?“, Bonn 1978, S. 96

59 Spiegel, Nr. 23 vom 5.6.1978, S. 104. Zitiert in: Gaby Weber, „Krauts“ erobern die Welt. Der deutsche Imperialismus in Südamerika, Hamburg, 1982, S. 142

60 Andrea Neugebauer (Hrsg.), „...ohne Rücksicht auf die Verhältnisse“: Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau, Frankfurt, 1997, S. 68

61 Archiv der Sozialen Demokratie (FES), Nr. 184. Zitiert in: Bode, C., S. 75

62 Resolution der VVN Wolfsburg, a.a.O.

63 Drei Nazi-Kader von außerhalb wurden zum Aufbau einer Ortsgruppe nach Wolfsburg geschickt, darunter Adolf von Thadden, später lange Zeit Vorsitzender der Nazi-NPD.

64 Schmollinger, H., Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei. In: Stöss, R. (Hrsg.), Parteienhandbuch, Opladen 1983, S. 1014. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 61

65 Bode, C., a.a.O., S. 99

66 Bode, C., a.a.O., S. 129

67 Dudek, P./Jaschke, H.-G., Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen, 1984, S.191. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 61

68 Siehe Bode, C., a.a.O., S. 81

69 Bode, C., a.a.O., S.1

70 Bekanntmachung über das endgültige Ergebnis der Gemeindevwahl am 28. November 1948 in der Gemeinde Wolfsburg, Landkreis Gifhorn. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 102

71 Archiv der Sozialen Demokratie (FES), Nr. 184. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 75

72 Ebenda.

73 Bode, C., a.a.O., S. 117

74 Bode, C., a.a.O., S.123

75 VVN/BdA (Hrsg), Wolfsburg 1945: Neuanfang oder Nazikontinuität?, Wolfsburg 1998, S. 14

76 TAZ, 19.12.1991. In dem 1956 geführten „Volkswagensparer-Prozeß“ erklärte sich VW zwar für „nicht rückerstattungspflichtig“, war aber dennoch zu einer Abfindung der deutschen Sparer bereit. (Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S.200)

77 TAZ, 19.12.1991

78 FR, 18.06.1998

78a Handelsblatt, 8.7.1998

79 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S.188.

80 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 960 f.

81 Zitiert nach: Koch, G., „Arbeitnehmer steuern mit“. In: „Mitbestimmung in Theorie und Praxis“, Bund-Verlag 1987, S.85

82 Siehe Rot Front – Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus. Theoretisches Organ von Gegen die Strömung, Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Nr. 5, Januar 1998, S. 40

83 Siehe Rot Front – Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus. Theoretisches Organ von Gegen die Strömung, Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Nr. 5, Januar 1998, S.170 f.

84 PFN der IG Metall, 19.5.1998

85 <http://www.volkswagen.com.br/prelease/>

86 „Die Strategie stimmt“, Sonderveröffentlichung der Volkswagen AG vom 3.6.1998

87 Weber, G., „Krauts erobern die Welt - Der deutsche Imperialismus in Südamerika“, Hamburg 1982, S. 141

88 TAZ, 12.12.86

89 Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil - Entwicklungshilfe im besten Sinne?“, Bonn 1978, S.4

90 So war in den 70er Jahren ein ehemaliger Oberst des brasilianischen Militärs auch Chef des VW-Werkschutzes in São Bernardo. Siehe Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil - Entwicklungshilfe im besten Sinne?“, Bonn 1978, S.96

91 „O São Paulo“, 17.10.80, S.3. Zitiert in: Weber, G., „Krauts erobern die Welt - Der deutsche Imperialismus in Südamerika“, Hamburg 1982, S. 141

92 Metall 6/98

93 IGM-Pressestelle, dpa-Basisdienst vom 22.5.1998

94 TAZ, 30.7.1992 und 21.8.1992

95 Lateinamerika-Nachrichten, Sept./Okt. 1992, S. 11

96 TAZ, 11.8.87

97 TAZ, 11.8.92. Eine ekelerregende deutsche Überheblichkeit zeigten die bestochenen Arbeiterbürokraten vom Gesamtbetriebsrat bei VW Wolfsburg z. B. auch nach einem Besuch im brasilianischen Werk São Bernardo 1978. Als die dortige Firmenleitung natürlich alle Vorwürfe von Folter, Kinderarbeit usw. in einem gemeinsamen Gespräch mit den Betriebsratsdelegierten abstreitet, kommen diese Arbeiterbürokraten zu dem Schluß, daß „die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen weitgehend desinformiert“ seien, daß sie „noch mal von ganz vorne anfangen müßten“ und sich erst mal „über eine anständige Gewerkschaftsschulung die notwendige Basis im Betrieb verschaffen müßten“. (Siehe „Volkswagen do Brasil - Entwicklungshilfe im Besten Sinne?“, Brasilien-Nachrichten, S. 7, Bonn 1978)

## BUCHLADEN

**Georgi Dimitroff**

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

## ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

## Vertrieb für

**Internationale Literatur**

Brunnhildstr.5, 10829 Berlin

## GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

**Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich:**

In Berlin: Vertrieb für Internationale Literatur, Brunnhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; In Bonn: Antiquariat W. Markov (Che & Chandler), Breite Straße 52; In Braunschweig: Antifacafé, Cyriaksring 55; In Dortmund: Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; In Duisburg: Antiquariat, Pulverweg 33b; In Frankfurt: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; In Freiburg: Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; In Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; In Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, In Hannover: Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; In Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; In Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg; In Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; In München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; In Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14



## Zur räuberischen und blutigen Tradition der Europapolitik des deutschen Imperialismus

Die ökonomischen, politischen und militärischen Europa-Pläne des deutschen Imperialismus waren und sind ein Kernstück des Kampfes des deutschen Imperialismus um imperialistische Einflußsphären, um Weltherrschaft gegen die anderen imperialistischen Großmächte. Die Europa-Propaganda egal welcher Form diene und dient schon immer nur als Deckmantel, um die räuberischen Ziele des deutschen Imperialismus zu verschleiern. Ein Blick in die Geschichte Deutschlands macht dies deutlich.

Bereits **Ende des 19. Jahrhunderts**, 1890, als sich der deutsche Imperialismus gerade herausgebildet hatte, forderte ein zentrales Sprachrohr der deutschen Imperialisten, der „Allgemeine Deutsche Verband“, öffentlich in seinem Organ „Aldeutsche Blätter“, daß es darum gehe, „die schließliche Herstellung Großdeutschlands“ zu erstreben, um eine „Weltstellung“ zu erlangen (2/S. 62/63). Hier war die Europa-Strategie des deutschen Imperialismus im Kern schon formuliert: Einverleibung großer Teile Europas als Sprungbrett für den Kampf des bei der kolonialen Aufteilung der Erde zu spät gekommenen deutschen Imperialismus, um neue koloniale Einflußsphären, um die Weltherrschaft.

Mit dem weiteren Erstarken des deutschen Imperialismus begann die fieberhafte Vorbereitung und Planung eines imperialistischen Raubkriegs zur Verwirklichung der Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus. Darin spielten die Europa-Ziele eine entscheidende Rolle, wie sei in verschiedenen geheimen „Kriegsziel-Richtlinien“ der Politiker des deutschen Imperialismus vor und während des Ersten Weltkriegs formuliert wurden: Frankreich sollten zentrale Gebiete geraubt werden, Belgien sollte Satellitenstaat, Luxemburg einverleibt werden (1/S. 217), Rußland sollte die Ukraine, Estland, Lettland und Litauen (1/S. 247), Polen das Ostseegebiet (1/S. 222), England und Frankreich sollten Kolonien geraubt werden (siehe auch: 1/S. 302), ja es sollte um „die Schaffung eines zusammenhängenden mittelfränkischen Kolonialreiches gehen“ (1/S. 217).

Der besonders aggressive deutsche Imperialismus entfesselte 1914 den **Ersten Weltkrieg**, ein von allen imperialistischen Mächten geführter reaktionärer, imperialistischer Krieg, für die Verwirklichung seiner räuberischen Kriegsziele. Der deutsche Imperialismus ging 1918 als Verlierer aus dem Ersten Weltkrieg hervor. Doch er erholte

sich nach der konterrevolutionären Niederschlagung der Novemberrevolution und der darauffolgenden Arbeiterkämpfe in Deutschland rasch und verfolgte sehr schnell wieder die „alten Ziele“ in Europa. Schon 1919 propagierten Parteien und Verbände des deutschen Imperialismus (z.B.: „Deutsche Demokratische Partei“, Arbeitsausschuß für Mitteleuropa) bereits wieder die Einverleibung Österreichs (1/S. 468) als ersten Schritt, ein „Großdeutschland“ („freie und ungestörte Staatsbildung aller seiner Stämme (I)“, 1/S. 478) eingebettet in die „Einheit Europas“ (1/S. 478) zu schaffen. 1928 ist schon wieder von der „Neuordnung Europas - eine gesamtdeutsche Verpflichtung“ (1/S. 548) durch die deutschen Imperialisten die Rede, der zweite Anlauf zum imperialisti-

unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus - deren Bedeutung Hitler 1939 folgendermaßen einschätzte: „Es muß entschieden werden, wer in Europa dominieren wird - und damit in der Welt...“ (3/S. 29) - wurde nun bestialische Realität: Völkermord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden, an über 500.000 Sinti und Roma, nazistischer Krieg gegen die damals sozialistische Sowjetunion mit insgesamt über 20 Millionen Opfern, Einverleibung der von den Nazis überfallenen europäischen Länder in das Nazi-Reich oder Gründung von Satellitenstaaten, koloniale Ausbeutung der von den Nazis besetzten Ländern, hundertaussendfache Sklavenarbeit, das System von KZ- und Vernichtungslagern - die Nazis verübten Verbrechen in bisher nicht bekannter Dimension.

Die wirkliche und die von den Nazis geplante Propaganda zu ihren räuberischen Zielen in Europa erinnert in vielem an die heutige Propaganda des deutschen Imperialismus, ja teilweise werden die gleichen Begriffe und Manöver benutzt: So wurde von Daitz, Leiter der Abteilung Außenhandel in der Nazi-Partei, propagandistisch „Europa den Europäern“ gefordert (1/S. 630). 1936 wurde „eine Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft“ errichtet, es ging um die Schaffung einer „europäischen Währungsunion“, es wurde von „kameradschaftlicher Zusammenarbeit“ der europäischen Länder gefaselt (1/S. 630). Auch die Schaffung eines „europäischen Zahlungssystems auf der Grundlage der Reichsmark“ war 1940 ein Nazi-Ziel.

(Briefwechsel Funk-Göring, 1/S. 756)! 1943 wurden Propaganda-Pläne entworfen für einen „europäischen Staatenbund“ (Auswärtiges Amt, 1/S. 957), der angeblich „allen Europäern“ nützen sollte.

Die Europa-Pläne der deutschen Imperialisten heute, auch die zur Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, stehen also in einer langen räuberischen und blutigen Tradition, die ihren bisherigen Höhepunkt im nazistischen Krieg und Völkermord fand.

### Quellen:

1. Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945 - eine Dokumentensammlung, hrsg. von R. Opitz, Bonn 1994
2. W. von Goldenach/H.R. Minow, „Deutschtum erwache!“ - Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994
3. R. Giordano, Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte, Berlin 1990

### Wie sich die Europa-Propaganda der Nazis und der heutigen Propagandisten des deutschen Imperialismus gleicht!

#### „...nur von Europa sprechen“

„Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen,...so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine **deutsche Großraumwirtschaft** öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht und seiner geografischen Lage.“

(Denkschrift von Werner Daitz betr. die Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft, 31.5.1940)

#### „Darüber sollten wir nicht zu laut reden...“

„Außerdem wird übersehen welchen politischen Einfluß Deutschland in Europa hat. Darüber sollten wir nicht zu laut reden...“

(Lammers, Außenpolitischer Sprecher der CDU, „Die Zeit“, 5.9.97)

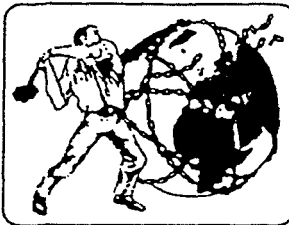
schen Raubkrieg, zur Weltherrschaft wurde schon jahrelang vorbereitet. Die Nazi-Partei wird mit ihren am extremsten formulierten räuberischen Zielen immer mehr zum Sprachrohr des deutschen Imperialismus. Hitler formuliert in seinem Machwerk „Mein Kampf“ ganz offen: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“ (3/S. 22). Der „Drang nach Osten“, d.h. die Eroberung und Vorherrschaft über Osteuropa und Rußland war Nazi-Programm, sowie die Ausschaltung vor allem Frankreichs und Englands und gleichzeitige Unterwerfung der anderen europäischen Länder - so sollte die Vorherrschaft in Europa durchgesetzt werden, als erste Stufe im nazistischen Programm „Erst Europa, dann die Welt“ (3/S. 32).

Das deutsche Finanzkapital errichtete 1933 seine offen terroristische Diktatur, den **Nazi-Faschismus**, und legte die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände der Nazis. Die „Neuordnung Europas“



PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

5/95

Mai 1995

8. Mai 1994: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

## Das Potsdamer Abkommen - eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

*Wer die Debatten und Scheindebatten der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß zwei nur scheinbar sich wirklich gegenüberstehende Kräfte "streiten". Jene, die den 8. Mai als Tag der "Knechtung Deutschlands" bezeichnen und sich rühmen ihren Eid auf Adolf Hitler "nie gebrochen zu haben" sind gar nicht so weit entfernt von jenen, die so tun, als hätte es nach dem 8. Mai 1945 eine wirkliche "Befreiung" gegeben und daraus schlußfolgern, daß das "heutige Deutschland" ja in keiner Weise mit dem Deutschland vor dem 8. Mai zu vergleichen sei. Das Potsdamer Abkommen ist eine scharfe Waffe zur Widerlegung beider sich scheinbar im Kern widersprechender Propagandastränge des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus heute.*

Ohne die Fülle der anderen wesentlichen Punkte des Potsdamer Abkommens zu übersehen, muß bewußt sein, daß in der heutigen Situation die geschichtsrevisionistische Propaganda gegen die gerechten Umsiedlungen sogenannter "Deutschstämmiger" aus Osteuropa ein zentraler Punkt der ideologischen Offensive des deutschen Imperialismus bildet, dem entschieden entgegengetreten werden muß - gerade auch mit Hilfe des Potsdamer Abkommens.

Die reaktionären Ideologen um Alfred Dregger konzentrieren sich darauf, die Umsiedlung von Nazi-Anhängern aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Beschlüssen des Potsdamer Abkommens als "Vertreibung" und "großes Unrecht" zu bezeichnen. Und was wird ihnen geantwortet? Das sei "zwar Unrecht, aber doch die Folge des 2. Weltkrieges"!

Diese Antwort ist kein Zufall. Denn an einem Punkt sind sich alle Propagandisten des deutschen Imperialismus einig: Die Umsiedlungen und die entsprechenden Beschlüsse der Staaten der Anti-Hitler-Koalition werden als "historisches Unrecht" diffamiert.

Im Potsdamer Abkommen heißt es zur Frage der Umsiedlungen:

**"XII Geregelte Überführung der deutschen Bevölkerung**

Die Konferenz erzielte folgende Vereinbarung über die Aussiedlung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist veröffentlicht

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben ist, nach Deutschland durchgeführt werden muß."

(Die Potsdamer (Berliner) Konferenz 1945, Berlin 1986, S. 413)

### Die revanchistischen Pläne gegen Polen und die "Oder-Neiße-Grenze" bekämpfen!

Der deutsche Imperialismus steht in der langen blutigen Tradition des Nazi-Faschismus, des reaktionären Preußen und der deutschen Ordensritter, die sich allesamt in einer Vielzahl von reaktionären Kriegen polnische Gebiete zusammenraubten. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der im Verlaufe seines verbrecherischen nazifaschistischen Überfalls auf Polen sechs Millionen Menschen ermordete und fast zwei Millionen zur Sklavenarbeit in sein Reich verschleppte. Diese nazifaschistischen Greueltaten konnten nicht ohne Billigung und Unterstützung der großen Mehrheit der in Polen lebenden deutschen Bevölkerung geschehen.

Der deutsche Imperialismus hat sein Verlangen nach der Revision der Grenzen, nach der "Heimholung" der angeblich "deutschen" Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten "Ostpreußen"), nie aufgegeben. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluß des "Grenzvertrages" mit Polen 1990 - den die west/deutschen Imperialisten aus reinem imperialistischen Kalkül abschlossen, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen - hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt.

Statt dessen wird weiter gegen die berechnete und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die in den angeblich ehemaligen "deutschen Ostgebieten" "als Flüchtling oder Vertriebener deut-

## Neuerscheinung!

**Das A 2-Plakat "Kernpunkte des Potsdamer Abkommens, die eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus sind" (Preis: 1 DM pro Stück), sowie die Broschüre "Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945" (A 5-Broschüre, 24 Seiten, Preis: 2 DM) mit dem vollständigen Text des Potsdamer Abkommens können bestellt werden bei:**

**Buchladen  
Georgi Dimitroff,  
Koblenzerstr. 4,  
60327 Frankfurt/  
Main**

**Kernpunkte  
des Potsdamer Abkommens,  
die eine scharfe Waffe  
zur Entlarvung  
des deutschen Imperialismus,  
Revanchismus und Militarismus  
sind:**

● **Sühne des deutschen Volkes für die Nazi-Verbrechen!**  
Umfassende Reparationen leisten!

● **Den deutschen Militarismus und Nazismus ausrotten!**  
Die Kriegsverbrecher aburteilen!

● **Die Oder-Neiße-Grenze ist unantastbar!**  
Die Geregelte Überführung deutscher Bevölkerung aus Osteuropa war und ist gerecht!

**Lest und studiert  
das Potsdamer Abkommen!**

scher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling" in den Grenzen von 1937 lebenden angeblich "Deutschstämmigen" die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Großdeutsche Rechtsansprüche vor allem Polen gegenüber bestehen also nach wie vor fort.

Gegen diese revanchistische Propaganda und Politik des deutschen Imperialismus ist es grundlegend die Maßnahmen der Konferenz von Jalta und des Potsdamer Abkommens gerade in Bezug auf Polen als völlig gerecht zu propagieren.

Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als rechtmäßige Westgrenze Polens und die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den ehemals zum "Deutschen Reich" gehörenden Gebieten entsprach den legitimen Sicherheitsinteressen der polnischen Bevölkerung und der Tatsache, daß die weitgehend nazi-faschistisch eingestellte deutsche Bevölkerung dieser Gebiete den nazifaschistischen Verbrechen gegenüber Polen nichts entgegengestellt bzw. diese aktiv unterstützt hatte.

### Die revanchistischen Pläne gegen die Tschechische Republik bekämpfen!

Die angebliche "Sudetenfrage" ist ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die Revanchisten behaupten, daß die deutschsprachige Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig "vertrieben" worden sei und es deren "Heimatrecht" durchzusetzen gelte.

Gegen die revanchistische "Vertriebenen"-Hetze müssen die historischen Tatsachen festgestellt und propagiert werden:

● Das Münchner Abkommen von 1938 zwischen dem nazifaschistischen Deutschland, Italien, Frankreich und England war ein von vornherein ungültiges und unrechtmäßiges imperialistisches Diktat, bei dem Teile der Tschechoslowakei an Nazideutschland ausgeliefert wurden, um die Aggression des deutschen Imperialismus nach Osten, gegen die damals sozialistische UdSSR zu lenken. Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben das Münchner Abkommen von 1938 nie als von Anfang an ungültig erklärt.

● Die große Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung in der Tschechoslowakei spielte in der Politik der Nazi-Faschisten die Rolle einer "fünften Kolonne" der deutschen Angriffspolitik. Die machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten "Protektorat Böhmen und Mähren".

● Deshalb ist der Beschluß des Potsdamer Abkommens, die deutsche Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland zu überführen, gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte "Deutschstämmige" noch einmal zur "fünftigen Kolonne" einer von Deutschland ausgehenden Aggression würden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund deren pro-nazistischer Haltung bzw. aktiven Unterstützung der

Nazi-Verbrechen nicht mehr möglich.

Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben sich mit diesem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs niemals abgefunden und betreiben auch in dieser Richtung eine Politik der revanchistischen Revision. Heute werden vom deutschen imperialistischen Staat die revanchistischen "Vertriebenenverbände" massiv unterstützt und Anstrengungen zur Regelung der sogenannten "Sudetenfrage" enorm verstärkt. Nicht nur im Grenzgebiet zu Deutschland sind teilweise bereits ganze Industriezweige in der Hand des deutschen Kapitals. Die deutschen Imperialisten üben zunehmenden Druck auf die tschechische Regierung aus und verweigern unter dem Vorwand der sogenannten "Sudetenfrage" den tschechischen Opfern des Nazi-Faschismus jegliche Entschädigung.

### Das Potsdamer Abkommen und der Kampf um die proletarische Revolution

Die Vertragswerke der Vergangenheit, das Potsdamer Abkommen oder auch Entwürfe für einen Friedensvertrag können heute als ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein. Sie sind jedoch wesentliche Waffen im Kampfe um die geschichtliche Wahrheit, und viele besondere Punkte in diesen Dokumenten unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes heute an vielen Fronten gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus (die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen usw.).

Es geht vor allem um folgendes: Jeder einzelne Punkt des Potsdamer Abkommens, insbesondere auch die Beschlüsse über die Umsiedlungen müssen ideologisch und politisch verstanden und gegen die Hetze der deutschen Imperialisten verteidigt werden. Das ist ein grundlegendes Prinzip, das sich aus der Geschichte Deutschlands zwingend ergibt. Über "Sozialismus und Kommunismus" zu diskutieren wird dann absurd und reaktionär, wenn selbst einfachste und grundlegendste demokratische Prinzipien, wie sie im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, nicht durchdacht, nicht akzeptiert oder sogar angegriffen werden.

Mit der Anerkennung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens als starke Waffe im Kampf gegen die "deutsche Ideologie" heute - wie wichtig dieser Schritt auch ist - ist es aber noch lange nicht getan.

*Es gilt gerade an einem Tag, wie dem 1. Mai, dem Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, Grundfragen der sozialistischen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, der Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus, Fragen des Aufbaus der kommunistischen Partei zur Diskussion zu stellen.*

Das ist nötig gerade auch gegenüber solchen Kräften die aus ihrem Selbstverständnis heraus "antifaschistische Arbeit vor Ort" leisten, ja sogar behaupten sie seien "für den Kommunismus", aber kon-

kret vorgeben "zuviel zu tun zu haben", so daß sie angeblich keine Zeit für grundlegende Diskussion haben (wobei teilweise wohl dahinter steht, daß ihnen wirklich gründliche und harte politische und ideologische Diskussionen fremd sind, ja sie solche Diskussionen auch fürchten).

Grundlegende kommunistische Prinzipien zu propagieren und zur Diskussion zu stellen, ist aber auch nötig gegenüber denjenigen Kräften, die tatsächlich an einigen Punkten den deutschen Nationalismus bekämpfen, sich aber absurderweise als "antideutsch" bezeichnen. Diese Kräfte verbreiten die Stimmung man könne eh nichts gegen den Masseneinfluß des deutschen Imperialismus machen. Sie bemerken teilweise nicht, daß sie wie typisch deutsche Intellektuelle einfach das Handtuch werfen und kapitulieren!

Die "Wurzeln des Nazismus" ausreißen und vernichten, wie der Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald formulierte - das heißt mehr als im Grunde nur reformistische Arbeit am eigenen Ort zu leisten, dafür ist eine gewaltige, grundlegende, revolutionäre kommunistische Arbeit nötig:

Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten den reaktionären Staatsapparat des deutschen Imperialismus zerschlagen (Wer kann ernsthaft behaupten, wenn er oder sie wirklich revolutionär eingestellt ist, das dies "friedlich", ohne Bürgerkrieg gehen wird ??). Es geht darum, die kapitalistischen Kommandohöhen der Wirtschaft durch Enteignung zu brechen und in sozialistisches Eigentum der Arbeiterklasse umzuwandeln, ja im langwierigen und sich immer weiter verschärfenden Klassenkampf gilt es die gesamte kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln umzugestalten. Es geht vor allem darum, auf den Trümmern des bürgerlichen Staates einen neuen Staat aufzubauen, wie in Marx beschrieben und er in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins realisiert wurde: die Diktatur des Proletariats, die die gestürzten Ausbeuter und sämtliche Reaktionäre niederhält und echte sozialistische Demokratie verwirklicht.

Ernsthaft über Revolution nachdenken, ernsthaft die Wurzeln des Nazismus vernichten wollen - das heißt zwangsläufig früher oder später auf die Frage der Kommunistischen Partei zu stoßen, das bedeutet auch sich früher oder später mit den Grundlagen der Linie von "Gegen die Strömung" auseinanderzusetzen!

#### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblener Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax-Nr.: 069/730920

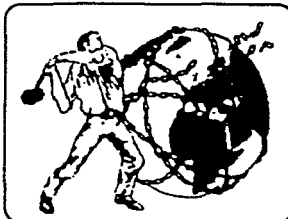
- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
  - Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
  - Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale
- in vielen Sprachen erhältlich

#### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr  
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr  
Montag/Dienstag geschlossen

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

4/92

April 1992

Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier - revisionistischer SED-Funktionär - SPD-Spitzenpolitiker

## Was der "Fall Just" lehren kann!

Der ehemals hochrangige SED-Funktionär und heutige SPD-Politiker Just mußte von seinem Posten als Alterspräsident und Abgeordneter des Landtages in Brandenburg (EX-DDR) zurücktreten. Denn es wurde bekannt, daß er während des Überfalls des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion an der von den Nazis staatlich organisierten Ermordung jüdischer Gefangener auf dem Gebiet der UdSSR als freiwilliger Angehöriger der Nazi-Wehrmacht beteiligt war. Unter welchen Umständen dieser Rücktritt erfolgte sagt eine Menge aus über die Behandlung der Nazi-Kriegsverbrechen durch die Presseorgane des west/deutschen Imperialismus, ihre systematische Verharmlosung und Vertuschung, aber auch über die Geschichte der Verdrängung und Vertuschung von Naziverbrechen durch die SED in der SBZ und der DDR.

### Ob SPD oder CDU - Ihre "Empörung" über nichtverurteilte Naziverbrecher ist nichts als Heuchelei

Der "Fall Just" zeigt, daß die Nazi-Verbrechen des Gustav Just nur als "Wechselgeld" im parteipolitischen Showkampf zwischen CDU, SPD und den anderen Bonner Parteien genutzt wurde.

**Vertuschung der Nazivergangenheit bei Leuten "aus den eigenen Reihen", "Entlarvung" von Naziverbrechern, bei anderen Parteien, wenn parteipolitisch nötig - das ist die heuchlerische Moral der CDU wie der SPD.**

So ist es nur logisch, daß beide Parteien - wie sollte es auch anders sein - keineswegs dafür sind, daß Just vor ein Gericht gestellt bzw. seiner gerechten Strafe zugeführt wird. Die CDU und die SPD, wie auch die anderen Parteien des west/deutschen Imperialismus, stehen voll hinter der gängigen "Rechtsprechung" des westdeutschen Bundesgerichtshofes, der festlegte, daß in allen Prozessen gegen Naziverbrecher der "Befehlsnotstand" gelte, d.h. wenn ein Nazi auf Befehl "von oben" seine Verbrechen verübt hat, dann ist er kein Mörder, sondern kann nur wegen "Beihilfe zum Mord" angeklagt werden. Das bedeutete und bedeutet die Inschutznahme der schlimmsten Naziverbrecher, das bedeutete und bedeutet, daß diese in Westdeutschland fast alle ihrer gerechten Strafe entkamen - oft dadurch, daß "Beihilfe zum Mord" laut westdeutschem "Recht" verjährt.

So erklärte Lehmann von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder in einem Interview zum "Fall Just":

"Selbst wenn man ihm unterstellen würde, daß er aus Rassenhaß gehandelt hätte, ist Verjährung eingetreten."  
(TAZ, 10.3.92)

Mit der Begründung "verjährt" wurde also auch gegen Just in dieser Sache keinerlei Anklage erhoben - das ist eine Fortsetzung der Linie der Nichtbestrafung und Rehabilitierung von Naziverbrechern in Westdeutschland.

### Der "Fall Just" - ein Ablenkungsmanöver von den rehabilitierten Naziverbrechern in Westdeutschland

Der "Fall Just" war auch ein Ablenkungsmanöver von der langen Geschichte der bekannten NS-Verbrecher, die in Westdeutschland ihre Karriere aus der Nazizeit nahtlos fortsetzen konnten.

Es soll vertuscht werden, daß zwischen der Entnazifizierung, wie sie in den ersten Jahren nach 1945 in der SBZ/DDR einerseits und in den westlichen Besatzungszonen/BRD andererseits durchgeführt wurde, ein *qualitativer* Unterschied bestand.

Um dieses Manöver zu entlarven, ist es nötig auch die personelle Kontinuität zwischen dem Nazifaschismus und dem System des west/deutschen Imperialismus aufzuzeigen. Hier einige Kar-

Fortsetzung S. 3

## Solidarität mit dem gerechten Kampf des kurdischen Volkes!

Die Lieferung von Panzern durch die west/deutschen Imperialisten an das türkische Regime zur Unterdrückung des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes ist ein weiterer Beweis dafür, daß der west/deutsche Imperialismus, wo immer sich revolutionäre Bewegungen bilden, auf Seiten der Konterrevolution steht!

Einige Militärs und Politiker der west/deutschen Imperialisten stellten sich dabei äußerst ungeschickt an, so daß die in aller Stille durchgeführten Panzerlieferungen öffentlich bekannt wurden. Die Politik der Waffenlieferungen an das türkische Regime wird aber nicht nur ergänzt durch die Politik der heuchlerischen "Verurteilung" der Bombardierung kurdischer Gebiete vor allem in der Türkei, um die Panzerlieferungen als "Ausrutscher" hinzustellen. Diese Heuchelei hat mehrere weitere Ursachen: Sie dient *erstens* zur Vertuschung der *direkten* Beteiligung an der jahrzehntelangen Politik der Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei durch den west/deutschen Imperialismus. *Zweitens* ist der Befreiungskampf des kurdischen Volkes - unzweifelhaft unter Führung der PKK, mit deren Theorie und Praxis sich jede revolutionäre Kraft auseinandersetzen muß - in der Türkei in solchem Umfang gewachsen, daß der west/deutsche Imperialismus mit ihm als Faktor rechnet. Deshalb will er den kurdischen Befreiungskampf durch Schmeichelei in seinem Sinne beeinflussen und sich ihn auf lange Sicht als Instrument im innerimperialistischen Kampf vor allem gegen den US-Imperialismus zu nutze machen.

Das alte Lied, daß ein Verbrecher empört ist, wenn ihn der andere Verbrecher einen Verbrecher nennt, wiederholte sich nach den heuchlerischen Protesten der west/deutschen Imperialisten, - allen voran Genscher -, gegen die mörderischen Bombardierungen des kurdischen Gebiets in der Türkei! Postwendend antworteten die türkischen Mörder, die west/deutschen Imperialisten sollten nicht Moralapostel spielen, sie würden in ihrem Land ja auch "ihre politischen Gefangenen" nicht vornehm behandeln. Daß Baader, Raspe, Meinhof und Ensslin, Mitglieder der RAF, von den Staatsorganen in westdeutschen Gefängnissen getötet wurden, wisse doch jeder! Es ist, wie Marx schon sagte: Wenn Verbrecher sich streiten, kommt die Wahrheit ans Licht!

Unsere Aufgabe ist es, unermüdlich die reaktionäre und konterrevolutionäre Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus zu entlarven, der sich heute in der Rolle des "Helfers" des kurdischen Volkes gefällt, um dem Kampf des kurdischen Volkes das revolutionäre Potential zu nehmen und ihn in seinem Interesse zu instrumentalisieren.

**Verstärken wir unsere Solidarität mit den kurdischen Genossinnen und Genossen!**

**Tod dem west/deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!**

Gegen die Strömung, 10.4.92

**Drei weitere Morde der Neonazi-Banden allein im Monat März!  
Die Nazi-Kräfte nicht unterschätzen! (S.4)**

## 39 ehemalige Nazis in wichtigen Positionen der revisionistischen DDR der 60er Jahre

Nachdruck aus einer Dokumentation des "Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes" (Österreich) von 1968

Preis: 2 DM

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff,  
Koblenzerstr. 4,  
6000 Frankfurt/Main

Das "Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes" (Österreich) hat 1968 enthüllt: 39 ehemalige Mitglieder oder Funktionäre der Nazipartei, der SS, der SA, Redakteure von SS und anderer Nazi-Zeitungen waren in der DDR vor allem in den 60er Jahren in wichtigen Positionen tätig.

Fortsetzung von S. 1

rieren von Naziverbrechern in Westdeutschland in Staat und Wirtschaft nach 1945, einige Schlaglichter zur ungebrochenen Tradition:

### Die Vertreter des deutschen Monopolkapitals Krupp, Abs und Flick

Auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde von Dimitroff zusammenfassend zum Klassencharakter des Faschismus festgestellt:

**"Der Faschismus - das ist die Macht des Finanzkapitals selbst."**

(Dimitroff, "Gegen Faschismus und Krieg", Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig 1982, S. 51)

Dies ist der Kern unserer Einschätzung des Nazifaschismus. Daraus resultiert, daß das deutsche Finanzkapital hauptverantwortlich an den Verbrechen des Nazifaschismus ist.

Die Vertreter des deutschen Monopolkapitals, Krupp, Abs und Flick, organisierten z.B. Sklavenarbeit, das Mordprogramm "Vernichtung durch Arbeit" während des Nazifaschismus, die Ausrüstung der Naziwehrmacht mit modernsten Waffen, damit diese ihre Raubkriege führen konnte. Das verschaffte dem deutschen Monopolkapital ungeheure Profite. Krupp, Abs und Flick sind verantwortlich u.a. für die Ermordung hunderttausender Zwangsarbeiter, Millionen von sowjetischen Soldaten und Zivilisten. Nach 1945 machten sie da weiter, wo sie vor 1945 aufgehört hatten: Nachdem Krupp, Abs und Flick die kurze Phase der Nürnberger Prozesse gegen Nazigrößen schadlos überstanden hatten, erzielten sie mit ihren alten Fabriken und Banken wiederum Maximalprofite mit Hilfe des westdeutschen Staates, beuteten bald auch wieder Völker anderer Länder aus.

### Der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger "Rasengesetze" Globke

Globke war in Nazi-Deutschland bis 1945 Ministerialrat im Innenministerium des Nazi-Staatsapparates. Er war zuständig für die meisten rassistischen Gesetze gegen die jüdische Bevölkerung,

Drei von den 39 Karrieren wollen wir exemplarisch darstellen:

#### 1) Herbert Kröger: Von der "Arbeit" im SD-Hauptamt zum Rektor der "Walter Ulbricht Akademie"

Kröger war seit 1933 in der SA, in der NSDAP seit 1937, in der SS seit Juli 1938. Während der Nazizeit "arbeitete" er außerdem noch im SD-Hauptamt, dem Zentrum des Geheimdienstes der SS, wo vor allem die Bespitzelung, Überwachung und Ermordung der politischen Gegner des Nazi-regimes koordiniert und geleitet wurde.

Dieser Nazi schaffte es schon 1955 zum Rektor der deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht" aufzusteigen. Dort war er bis 1964 tätig. Außerdem war er ab 1955 auch Chef des Instituts für Internationale Beziehungen. 1968 schrieb der ehemalige SS-Mann für das SED-Organ "Einheit" und für die Zeitschrift "Deutsche Außenpolitik" seine Artikel.

#### 2) Kurt Herwart Ball: Vom Chefredakteur einer SS-Zeitschrift zum Mitarbeiter des DDR - Propagandaamtes

Ball trat 1933 in die Nazipartei ein und war lange Zeit Chefredakteur der SS-Zeitschrift "Hammer". Erschrieb auch rassistische, antisemitische Hetzartikel für das SS-Zentralorgan "Schwarzes Korps". Außerdem ist er Verfasser von zwei Naziromanen, "Germanische Sturmflut" (1936) und "Die Wege der Wolffsöhne" (1938), die vom SS-Schulungsamt als "Lektüre" empfohlen wurden. Ball war

also maßgebend an der rassistischen und antisemitischen Erziehung der SS-Mörder beteiligt und damit auch an ihren Taten mitschuldig.

Ball war 1968 Mitarbeiter des DDR-Propagandaamtes und schrieb Artikel für die DDR Partei NDP.

#### 3) Gerhard Kegel: Von der Beteiligung am rassistischen Völkermord in Polen zum Mitarbeiter des SED-Zentralkomitees

Kegel gehörte nach dem Machtantritt der Nazis 1933 der Sektion Auswärtiger Dienst in der Reichsleitung der Nazipartei an. 1937 wurde er nach Warschau geschickt und war dort für die Gestapo als Spitzel tätig. Nach dem Naziüberfall auf Polen schrieb er 1939 ein rassistisches Machwerk, über "die nichtdeutschnationstüchtigen Polen", das auch das "Rasse- und Siedlungshauptamt" der SS, die leitende Stelle für den Völkermord der Nazis bekam. Kegels "Studie" diente also ganz direkt der Durchführung des Völkermords an der jüdischen und polnischen Bevölkerung, der Verschleppung von Teilen der Bevölkerung Polens in die Nazi-KZ's oder zur Zwangsarbeit ins "Deutsche Reich". Denn genau das passierte mit den Personen, die im Nazi-Jargon als "nichtdeutschnationstüchtig" bezeichnet wurden.

Nach 1945 hat Kegel eine ganze Reihe hoher Funktionen in der DDR und der SED eingenommen: Gesandter, Mitarbeiter im ZK der SED und des Außenministeriums, stellvertretender Chefredakteur des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" etc. Für die SED Revisionisten arbeitete also jahrelang ein Naziverbrecher, der mitverantwortlich für den Völkermord in Polen war.

die Sinti und Roma oder gegen andere von den Nazis als "rassisch minderwertig" bezeichnete Gruppen. Er war Mitverfasser und Kommentator der rassistischen "Nürnberger Gesetze" von 1935. 1949 setzte er als Staatssekretär bei Adenauer und in der CDU seine Karriere bis in die 60er Jahre fort.

### Der Nazi und spätere westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger

Kiesinger war von 1933 bis 1945 Mitglied der Nazipartei, von 1940 bis 1945 im Auswärtigen Amt, Rundfunkpolitische Abteilung, tätig als Chef einer Propagandabteilung. Dort war er beteiligt an der "richtigen" Verbreitung des Nazigesäusels über "Frieden" zwecks Vorbereitung von Raubkriegen des deutschen Imperialismus, aber auch für die rassistische Propaganda, die die Vernichtung anderer Völker durch die Nazis vorbereiten half.

In Westdeutschland brachte es der Alt-Nazi Kiesinger noch weiter als während des Nazifaschismus. Er war u.a. von 1966-69 Bundeskanzler in Bonn.

### Der Nazirichter Filbinger

Filbinger war während des Nazifaschismus Marinierichter und hat desertierte Matrosen noch bis kurz vor Kriegsende zum Tode verurteilt.

In Westdeutschland begann er in den 60er Jahren mit seiner Politikerkarriere. Von 1960-66 war er Innenminister von Baden-Württemberg, seit 1966 bis 1978 Ministerpräsident.

### Der SS - Mann Schleyer

Schleyer war während der Nazizeit Leiter des Präsidialbüros im "Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren". In dieser

Funktion war er, in der von den Nazis besetzten Tschechoslowakei, auf wirtschaftlichem Gebiet die rechte Hand Heydrichs, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, des SD, der die Ausplünderung und Vernichtung der europäischen Juden koordinierte. Schleyer hatte als Chef dieser Naziorganisation die Aufgabe, aus den Völkern der Tschechoslowakei immer höhere Maximalprofite herauszupressen. Von den in der Tschechoslowakei lebenden Völkern, war Schleyer längst tausendfach zum Tode verurteilt und entkam auch nur knapp dem Partisanenkommando, das Heydrich hinrichtete.

In Westdeutschland war Schleyer nach 1945 in zahlreichen Aufsichtsräten der westdeutschen Monopolindustrie zu finden, u.a. auch bei Daimler-Benz. Bis 1977 war er Chef des westdeutschen "Arbeitgeberverbandes".

### Auszug aus einem Leserbrief an die Redaktion von GDS

Aus der Ex-DDR erhielten wir einen Brief eines Genossen, der einige Informationen zu Just's Karriere enthält, die wir in der bürgerlichen Presse nicht gefunden haben.

#### Zu Justs Verbrechen und seiner Karriere direkt nach 1945

□ 1957 "...kam zutage, daß Just 1941 an der Erschießung von sechs Juden in einem ukrainischen Dorf beteiligt war. Just spricht von 'jüdischen Banditen', mindestens von 'Ortsfremden', eventuell von Partisanen (die im NS-Jargon 'Banditen' genannt wurden)."

□ "Just wurde 1943 zu einem Reserveoffizierslehrgang delegiert und dadurch Leutnant. 1946 bewarb er sich für einen Neulehrerkurs, wobei er den Offiziersrang verschwie. Er war 1946 Neulehrer in Quedlinburg, dann (1946?) Mitarbeiter im Parteiapparat der Kreisleitung Quedlinburg, im Landesvorstand Sachsen-Anhalt und dann in der Kulturabteilung des ZK. Später war er Sektorenleiter im ZK der SED und Generalsekretär des Schriftstellerverbandes der DDR, ab 1955 stellvertretender Chefredakteur von 'Der Sonntag'. Bei einem BRD-Besuch traf er alte Kriegskameraden."

Neues Deutschland, 26.7.1957

(Auszug aus einem Bericht über den Prozeß "gegen vier Mitglieder der staatsfeindlichen Gruppe Harich". Just wurde von der DDR-Justiz wegen seiner Kriegsverbrechen nie zur Rechenschaft gezogen!)

## ☆☆☆

# PROLETARIAT ALLEN LÄNDER VERBÜNDET SICH PROLETARIAT ALLEN LÄNDER UND VÖLKER VERBÜNDET SICH

## GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 58                      Dezember 1991                      4,- DM

### Die Entwicklung der SED- ein Teil der "deutschen Misere"

Was bewirkt auf dem Gebiet der Ex-DDR passiert, hat selbst pessimistische Erwartungen überbieten. Nachdem sich die Versprechungen der westdeutschen Fiktionist als Lüge und Betrug herausgestellt hatten, wählten Millionen ArbeiterInnen und Arbeiter in der Ex-DDR ihren Arbeitsplatz verloren haben, die Lebensbedingungen sich in rasendem Tempo verschlechterten, entwickelten sich immer höher eskalierende Massenbewegungen gegen dieses brutale Vorgehen der westdeutschen Imperialisten, gegen die in immer rasenderem Tempo vor sich gehende Entvölkerung der DDR.

Doch es kam noch schlimmer. Die Stasisebene besetzte besonders kritische Teile der DDR-Bewohnerin. Die aus ökonomischen Perspektiven gegen alle "Mittelstands" tendierenden, der Figuren in Heyneposten sind für die "Reihe" der Partei.

Insofern wurde auch die ökonomische und kulturelle Vielfalt weggesaugt (dieser Prozess zunehmend in Richtung auf England, Lebensformen Stasise greift von sich über die eigene Wut wird durch Gorbatschow über die menschliche Lage der Arbeiterbewegung steigend. Das ist alles nicht weiter.

Wollen wir die heutige Krise in der Ex-DDR wirklich verstehen, so müssen wir unbedingt die schließlichen Ursachen dieser Entwicklung verstehen. Die westdeutschen Arbeiter in der Ex-DDR sind vollständig physisch die letzten Arbeiter der Arbeiter und Verarbeitend in der DDR und der SED.

Für alle revolutionären und humanistischen Kräfte in der SED ist die Analyse der Geschichte der SED von Störgering Bedeutung. Denn die menschliche Wut der ArbeiterInnen haben nicht befragt werden eine vollständige Verurteilung über die Entwicklungsperson einer Partei, die 1945/46 versprach, den Ernst von Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann, den Erben Friedrich Engels' und Karl Marxs' anzuerkennen, und bei Henrich, Krumm, Modrow und Schutz-Gebietswahl endete.



## Der Partisanen - Jäger H.J. Vogel

Vogel meldete sich 1943 freiwillig zur Nazi-Wehrmacht und jagte als Unteroffizier in Norditalien antifaschistische Partisanen. 1985 berichtete Vogel, wie er bei der Partisanenjagd - dank eines Pfaffen - nur knapp seiner Hinrichtung entkam:

"...wurden wir plötzlich von bewaffneten Zivilisten umringt. Aus! dachte ich. Wir hoben die Hände. Uns trennten nur noch Sekunden vom Tod. Da trat mit wehender Soutane ein katholischer Priester dazwischen, sprach auf die Zivilisten ein. (Bild, 2.5.1985)

Nach 1945 startete Vogel seine politische Karriere in Westdeutschland. Er trat in die SPD ein und war u.a. 1981 Bundesjustizminister und bis vor kurzem SPD-Vorsitzender.

## Der Hauptmann der Nazi-Wehrmacht Richard von Weizsäcker

Zur Zeit des Nazifaschismus "diente" er in dem "berühmten" und berichtigten preußischen Infanterieregiment 9 aus Potsdam als Hauptmann der faschistischen deutschen Wehrmacht. Er "kämpfte" in Frankreich, Polen und der Sowjetunion (bei der Belagerung Leningrads) und wurde noch in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges "wegen besonderer Tapferkeit für die Ernennung im 'Ehrenblatt des Heeres' vorgeschlagen" (Bild, 7.5. 1985). Was die Nazis unter "Tapferkeit" verstanden ist bekannt: "Tapferkeit" bei der Ermordung unschuldiger Zivilbevölkerung, bei der Verfolgung von Partisanen, bei Geiselerchiebungen etc. Heute ist Weizsäcker Bundespräsident des westdeutschen Staates.

## Für eine gerechte Bestrafung der noch lebenden Naziverbrecher kämpfen

Es gilt ohne jede Illusion zu sehen, daß ein Großteil der Nazi-Verbrecher ungeschoren davonkam, durch hundertausendfache Flucht in andere Länder direkt nach 1945, durch faktische Amnestie in Westdeutschland, spätestens ab den 50 er Jahren. Auch der Anteil der DDR an der

## Drei weitere Morde der Neonazi-Banden allein im Monat März!

### Die Nazi-Kräfte nicht unterschätzen!

- Der 23-jährige Matthias Knabe wurde in Gifhorn von neonazistischen Skins gejagt, von ihnen niedergeschlagen und dann von einem Auto überfahren. Er starb nach monatelangem Krankenhausaufenthalt am 4. März 1992 an den Folgen dieses Mordüberfalls.
- Ein 18-jähriger Rumäne wurde von 25 neofaschistischen Totschlägern in einer Flüchtlingsunterkunft bei Rostock (EX-DDR) mit Baseballschlägern erschlagen, ermordet.
- Am 19. März 1992 wurde in Flensburg ein älterer Mann, der den faschistischen Ansichten eines Nazis widersprach, zusammengeschlagen und im Hafenbecken ertränkt.

Drei Fälle aus einer Serie von Morden in den letzten Monaten! Die sogenannte

"Öffentlichkeit" registriert die Morde kaum oder gar nicht. Die gegen die Neonazis kämpfenden Gruppen sind schärfstem Terror durch die Polizei, den westdeutschen Staat ausgesetzt, oft zersplittert und schwach. Der Grad der "Gewöhnung" an Morde der Nazis, die fehlenden militanten und zentral organisierten, zehntausende Personen umfassenden Aktionen gegen diesen mörderischen Nazi-Terror sind ein markantes Zeichen der Schwäche der revolutionären Bewegung in Westdeutschland!

**Eine unserer vorrangigen Aufgaben beim Aufbau einer starken kommunistischen Partei ist es, in praktischer Hinsicht gegen die Nazi-Mörder eine wirkungsvolle antifaschistische Gegenfront aufzubauen!**

Verfolgung und Bestrafung von Nazi-Verbrechern ist geringer, als viele angenommen haben, wenn gleich der hauptsächliche Ort der Inschutznahme der Nazis Westdeutschland war.

Es muß alles unternommen werden, um die noch lebenden Naziverbrecher ihrer gerechten Strafe zu zuführen.

Die Herausforderung im ideologischen Bürgerkrieg gegen den west/deutschen Imperialismus besteht darin, daß der "Fall Just", wie auch viele andere "Fälle", Teil der großangelegten Kampagne des west/deutschen Imperialismus ist, die Verbrechen des Nazifaschismus zu relativieren, zu verharmlosen und zu verleugnen. Die Aufgabe aller revolutionären und kommunistischen Kräfte dagegen ist es, die **ungebrochene Tradition** des deutschen Imperialismus bis heute aufzudecken - ohne irgendwelche Zugeständnisse zu machen, wie sie die vom Revisionismus zerfressene SED gegenüber dem west/deutschen Imperialismus gemacht hat.

## Grundlegende revolutionäre Aufgaben

Es geht aber vor allem auch um viel weitergehende Aufgaben. Es geht darum das System des Weltimperialismus im allgemeinen und des deutschen Imperialismus im besonderen, das den Nazifaschismus hervorgebracht hat, in der proletarischen Revolution durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu vernichten. Das ist nur zu erreichen mit einer **Kommunistischen Partei**, die

- ★ sämtliche internationalen Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung durcharbeitet und auswertet.
- ★ von den Prinzipien der Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus ausgeht, aber auch ganz genau die gesamte Geschichte Deutschlands auswertet und bei der Analy-

se der heutigen Zeit, der heutigen Aufgaben richtig verarbeitet.

- ★ Ohne den gesamten reaktionären Schutt der Geschichtsfälscher des westdeutschen Imperialismus und auch den reaktionären Schutt des SED-Revisionismus wegzuräumen wird es keine wirklich zielklare Kommunistische Partei geben, die das Vertrauen der Mehrheit der revolutionierten Arbeiterklasse gewinnt, unter deren Führung die proletarische Revolution durchgeführt werden kann.

## Bestellungen und Leserbriefe an:

### BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str.4, Frankfurt/M.

- \* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

- \* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

- \* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

### ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,

PROLETARIAT ALLES LÄNDER VERBORGT SICH!  
PROLETARIAT ALLES LÄNDER UND VÖLKER SIND VERBORGT SICH!  
**GEGEN DIE STRÖMUNG**  
Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands  
No. 33 September 1983 4 DM

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

## Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

- Stellfahnen und Standpunkte u.a. mit:
- DIE REHABILITIERUNG DER WAFFEN-SS UND DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT
  - NUTZHALD DAMALS UND HEUTE
  - DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND REYNACHISMUS BESCHRIFFEN
  - ZUR ÖKONOMIE DER WEIZSÄCKER-HEIDE AM 8. MAI 1985
  - DIE HALTUNG ZU POLEN - EIN PRÜFSTEIN
  - DEN ERSTARKENDEN ANTISCHITISMUS BESCHRIFFEN
  - ZIELE DER REVOLUTION



## Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus

### Die Bundeswehr: Aufgebaut von SS-Mördern und Generälen der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht

So wie in der Wirtschaft und dem westdeutschen Staatsapparat - von der Politik, Justiz, bis hin zur Verwaltung, Schule und Polizei - wurde auch die Bundeswehr fast ausschließlich von alten Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut, die ihren Eid auf Adolf Hitler nie gebrochen und dem Nazi-Faschismus bis zuletzt „treu gedient“ hatten.

Schon die ersten Berater der Regierung Adenauer in Militärfragen waren hohe Offiziere der Nazi-Wehrmacht.

Genannt seien z.B. **Hans Speidel**, ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, erster Befehlshaber der Bundeswehr in den 50er und 60er Jahren; **Adolf Heusinger**, ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, neben Speidel erster Befehlshaber der Bundeswehr und ab 1957 erster Generalinspekteur; **Friedrich Foertsch**, Oberstleutnant der Nazi-Wehrmacht, einer der Befehlshaber beim Überfall auf Jugoslawien und beteiligt an der Zerstörung Leningrads sowie unzähliger weiterer sowjetischer Städte und Dörfer, nach 1945 Generalleutnant der Bundeswehr und zeitweise Generalinspekteur.

Sie nahmen an den Verhandlungen über die Remilitarisierung Westdeutschlands mit den Westmächten teil und betrieben im 1950 eigens dafür eingerichteten „Amt Blank“, dem Vorläufer des 1955 offiziell gebildeten Bonner Kriegsministeriums, die organisatorischen Vorbereitungen für den Aufbau und die offizielle Gründung der Bundeswehr.

Und dies alles sind keine „Einzelfälle“: Im Jahre 1958 stammten 12.900 Offiziere der Bundeswehr aus der deutschen Nazi-Wehrmacht. Auch wenn diese personelle Kontinuität nicht das einzige und auch nicht das ausschlaggebende Beweismittel ist dafür, daß die Fäden der deutschen Geschichte nicht durchgeschnitten wurden, so ist sie doch ein anschauliches zusätzliches Argument.

Doch selbst in seinen Gesetzen machte der westdeutsche Imperialismus von Anfang an klar, daß er die Bundeswehr als Fortsetzer der faschistischen Nazi-Wehrmacht begreift. Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, daß auf „militärisch-fachliches Können aus der Vergangenheit zurückzugreifen“ ist (§ 54) und daß die Soldaten der früheren „Wehrmacht“ entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen werden (§ 36). Selbst ehemalige Mitglieder der in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen von 1946 eindeutig als verbrecherische Organisationen eingestufte nazifaschistische SS, einschließlich der Verbände der Waffen-SS wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen!

### Die Bundeswehr: Auch ideologisch in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus

Auch all das militaristisch-nazistische Gedankengut, die ideologische Vorbereitung für einen neuen Raubkrieg wurde gepflegt und fortgesetzt.

Zwar faselte z.B. der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr Baudissin von der „Gnade des Nullpunktes“, womit er demagogisch jegliche Verbindung zur Nazi-Wehrmacht ebenso wie jegliche Schuld oder Verantwortung für deren Verbrechen leugnete. Doch von Anfang an ließen führende Militärs wie z.B. der ehemalige Offizier der Nazi-Wehrmacht im „Rußlandfeldzug“, Ausbilder der Panzergrenadiere und späteren Brigadegeneral der Bundeswehr Heinz Karst, keinen Zweifel daran, welche Tradition die Bundeswehr fortsetzt. Karst, der die Bundeswehr nach 1945 an führender Stelle wieder aufbaute und schließlich General des Erziehungs- und Bildungswes-

sens wurde, verkündete als Gründungsmitglied des erzreaktionären rechten „Studienzentrums Weikersheim“, in dessen Präsidium u. a. auch der berühmte Nazi-Richter und ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger sitzt und das sich 1986 u. a. auf mehreren Offizierstagen der „Geschichte und Tradition in der Bildung der Bundeswehr“ bezieht. Problem: Deutsche Wehrmacht angenommen hat:

„Die Kernfrage ist daher und bleibt, wie die Bundeswehr sich zur Wehrmacht stellen soll, in der die Väter dienten, eine Bundeswehr, deren Gründer Soldaten der Wehrmacht waren. Wir können und müssen die Reichswehr und Wehrmacht daher in die Traditionspflege der Bundeswehr einbeziehen, soweit der Verfassungsauftrag das zuläßt.“

(„Bundeswehr im geschichtlichen Niemandsland?“, Studienzentrum Weikersheim, 1986, S. 41)

Heute hat in der Bundeswehr eine Generation von Militärs das Sagen, die unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher!“ die barbarischen Verbrechen der Nazi-Wehrmacht reinwaschen will, ihre Rolle als Instrument des Nazifaschismus und des deutschen Finanzkapitals zur Durchführung seiner Weltherrschafts- und Völkermordpläne leugnet, eine Generation, die die „Traditionspflege“ (die „soldatischen Leistungen“ und „beispielhafte Disziplin“) beschwört und die Schlachten und Manöver des Zweiten Weltkrieges durchstudiert, um es beim dritten Mal „besser“ zu machen.

Auch ein Blick auf die Benennung der Bundeswehrkasernen ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich: Nicht nur, daß die Bundeswehr an das reaktionäre Preußentum (siehe „Preußen-Kaserne“ in Schleswig) anknüpft, nicht nur, daß darin ganz offen die revanchistischen Ansprüche der deutschen Imperialisten zum Ausdruck kommen (siehe z.B. die „Ostpreußen-Kaserne“ in Homburg für die angeblich „verlorenen Ostgebiete“, sprich polnisches Staatsgebiete oder auch die „Ostmark-Kaserne“ in Weiden zur Unterstreich der revanchistischen Bestrebungen der deutschen Imperialisten für die Eingliederung Österreichs „heim ins Reich“). Darüber hinaus propagiert die Bundeswehr auch Hitlers Mustergeneräle als Vorbild. Ein Beispiel ist die Eduard-Dietl-Kaserne in Füssen. Dietl war ein Nazi der ersten Stunde, schon 1920 am Kapp-Putsch und 1923 an Hitlers Putschversuch beteiligt. Im Zweiten Weltkrieg führte er als Wehrmachtsgeneral seine Nazi-Truppen bis vor Murmansk.

Der heutige Kommandeur der Dietl-Kaserne hält diesen Prototyp des Nazi-Offiziers für ein „gutes Beispiel für soldatische Tugenden“ (siehe FR vom 14.7.92). Kriegsminister Rühe begründet die Kasernenbenennung mit der „Würdigung der unbestrittenen Leistungen“ des Nazi-Generals Dietl (Kriegsminister Rühe in einem Brief an Inge Aicher-Scholl, FR vom 8.6.94).

Dietl ist kein „Einzelfall“: Mit der Benennung von Kasernen nach **Ludwig Kübler** (General der Nazi-Wehrmacht, Befehlshaber der „Operationszone adriatisches Küstenland“, 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt), **Wilhelm von Loeb** (Herresgruppenchef bei der Aggression gegen die Sowjetunion), **Hasso von Manstein** (Befehlshaber der Division „Großdeutschland“), **Wolfram von Richthofen** (Stabschef der „Legion Condor“, die im spanischen Bürgerkrieg die baskische Stadt Guernica zerbombte) u.v.a.m. stellt sich die Bundeswehr bewußt in die Tradition der Nazi-Wehrmacht und verkauft Raubkrieg und Völkermord als „soldatische Tugend“.

### Ungebrochene Tradition: Reaktionäres Preußentum, Nazifaschismus und deutscher Imperialismus in einer Linie

Die Rehabilitierung der Nazi-Wehrmacht und der Mörder der Waffen-SS durch Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch des Soldatenfriedhofes in Bitburg 1985, die Verbeugung Kohls fünf Jahre später vor dem Leichnam des Preußenkönigs Friedrich II. in Potsdam unter dem Aufmarsch einer Ehrenwache der Bundeswehr sind zwei bezeichnende Beispiele für die ungebrochene Tradition des westdeutschen bzw. heute wieder deutschen Imperialismus.

Symbolisch sollte damit vor aller Welt dokumentiert werden, daß mit der „Bewältigung“ der verbrecherischen deutschen Vergangenheit endlich Schluß sei und besonders die Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg aus der Geschichte gestrichen werde. Zugleich beinhaltet dies auch eine unverhüllte Drohung des deutschen Imperialismus an die Völker, daß der Faden seiner verbrecherischen Tradition nicht durchgeschnitten ist, sondern daß er die Weltgeschichte im Geiste des reaktionären Preußentums und des Nazifaschismus fortzuschreiben will.

Die Ideologische Einstimmung der eigenen Bevölkerung auf die Kriegsziele und Methoden des preußischen Königs, der bewußte Rückgriff auf die angeblich „großen Führer“ in der Geschichte Deutschlands ist ein wesentlicher Bestandteil der Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Der Militarismus, der den deutschen Imperialismus heute und in seiner Geschichte besonders prägt, geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum.

#### Das Preußentum steht für

Annexionskriege, für großmachtauvistische Überheblichkeit, für brutale Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker, für die Herrschaft der Militärdiktatur, die dem ganzen Staatsleben ihren Stempel aufdrückt, für kastenmäßige Arroganz und schrankenlose Willkür des feudalen Junkertums, für kleinliche Bevormundung und Unterdrückung durch den polizeilich-bürokratischen Apparat einerseits und die sklavische Dienstbeflissenheit des preußischen Bürgers. Die „preußischen Tugenden“, der militärische Geist des „blinden Gehorsams“ lebt heute in der Bundeswehr des deutschen Imperialismus verstärkt wieder auf. Die Bundeswehr gab 1986 zum 200. Todestag des Kriegsverbrechers Friedrichs II eine Broschüre heraus mit dem Titel „Friedrich der Große“ (Schriftenreihe „Innere Führung, Beiheft 4/86 zur Information für die Innere Truppe“), in der es heißt: „Vieles aus diesen militärischen Schriften kann zeitlose Gültigkeit beanspruchen“ (ebda, S. 9).

Die Würdigung des reaktionären Preußentums zeigt, welch bedeutenden Stellenwert es für die deutschen Imperialisten und ihr ideologisches Selbstverständnis hat, insbesondere für das Militär und die Kriegsvorbereitung. Wie ihre preußischen und nazifaschistischen Ahnherren wird die deutsche Bourgeoisie nicht zögern mit dem Einsatz ihrer Bundeswehr für die Niederschlagung des revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse, für Raubkrieg und Völkermord gegen andere Völker.



## Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944

- Jeder Verfolgte des Nazi-Regimes hätte mit Freude und Genuß registriert, wenn ein Attentat auf Hitler geglückt wäre. Dies gilt auch für das Attentat am 20. Juli 1944. Ob von wirklichen Nazi-Gegnern oder von konkurrierenden Nazi-Fraktionen und verbrecherischen Nazi-Generälen, die Angst vor der völligen Niederlage Nazi-Deutschlands hatten - ein erfolgreiches Attentat hätte den Nazi-Staat auch in der Situation im Juli 1944 geschwächt und dem Vormarsch der eigentlichen anti-nazistischen Kräfte, der alliierten Armeen, der Partisaninnen und Partisanen und des wirklichen Widerstandes in Deutschland selbst genützt.
- Das Attentat am 20. Juli 1944 samt seiner Hauptakteure war kein grundlegender Widerstand gegen das Nazi-Regime, bewegte sich vielmehr im Rahmen von Rettungsplänen des deutschen Imperialismus mit dem Ziel, den Nazi-Staat im Inneren zu konservieren und erobertes Territorium in größtmöglichem Umfang in Besitz zu behalten. Daß auch wirklich anti-nazistische Kräfte dennoch Kontakt und Zusammenarbeit mit den nazistischen Generälen suchten, es punktuell sogar diese oder jene Zusammenarbeit gab, hat seine Ursache nicht in einer idealisierten, verklärenden Einschätzung der reaktionären Hauptakteure, sondern in der durch die Situation des mörderischen Krieges begründeten Gesamtlage: Die Zersetzung des Nazi-Staates war eine entscheidende Aufgabe, um den Vormarsch der militärischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition zu erleichtern.
- Kriterium für wirklichen Widerstand gegen den Nazi-Staat war die entschiedene Zusammenarbeit mit den bewaffneten Kräften der Anti-Hitler-Koalition, später die vorbehaltlose Anerkennung des Potsdamer Abkommens und der darin festgelegten Maßnahmen. In der Diskussion über die Einschätzung der diversen sich gegen Hitler wendenden Kräfte zu den verschiedensten Zeitpunkten ist es daher völlig klar, daß die Motive und Ziele der Militaristen, preußischen Adligen und rechten Sozialdemokraten im Rahmen des deutschen Imperialismus blieben, sie den Nazi-Staat lediglich "reformieren" und vor der militärischen Niederlage bewahren wollten.
- Der wirkliche Widerstand, vor allem durch die Kader der Kommunistischen Partei, durch einzelne Mitglieder sozialistischer oder auch sozialdemokratischer Teilorganisationen, der "Weißen Rose", der "Edelweißpiraten" usw. zeichnete sich dagegen durch die Ablehnung des gesamten Nazi-Staates und die begeisterte Begrüßung des Vormarsches der alliierten Armeen aus.
- In ganzer Schärfe wird das Problem folgendermaßen klar: Die insbesondere in Polen inhaftierten, vor der Massenermordung stehenden Häftlinge in den KZs und Vernichtungslagern fieberten täglich dem Vormarsch der Roten Armee entgegen und warteten nicht etwa auf das Attentat der Nazi-Generäle gegen Hitler.
- Die heutigen Ideologen der west/deutschen Imperialisten berufen sich nicht ganz zu Unrecht auf den sogenannten "Widerstand" der Nazi-Generäle: Während sie einerseits Bundeswehrkasernen nach Durchhalte-Nazis wie dem General Dietl benennen, liefern andererseits die zutiefst antidemokratischen Erklärungen des Stauffenberg-Kreises in der Tat auch zentrale programmatische Zielvorstellungen für den heutigen west/deutschen Imperialismus: andere Völker mit möglichst geringem Risiko auszubeuten und im Inneren einen reaktionären, auf militärische und polizeistaatliche Operationen gegründeten "starken Staat" zur Sicherung der Ausbeuterordnung und des Ausbeuterfriedens zu festigen.
- Ziel der Propaganda und des Mythos vom "Widerstand" des 20. Juli 1944 ist es vor allem auch, die Realität des zwar schwachen, aber dennoch bedeutsamen, vor allem von kommunistischen Kräften geführten demokratischen Widerstandes während der Nazizeit zu verschweigen, zu vertuschen und zu diffamieren.

# **Grundsätzliche Positionen**

**aus „Rot Front“**

**Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG**

## **Die Zeit des Nazifaschismus - die offen terroristische Diktatur des deutschen Imperialismus**

Doch wieder wurde der Sieg einer revolutionären Arbeiterbewegung von der herrschenden Ausbeuterklasse in Deutschland durch einen entscheidenden Schritt im voraus verhindert: Die deutschen Imperialisten ließen die parlamentarische Hülle fallen, beseitigten die letzten demokratischen Rechte und überführten die parlamentarische Staatsform relativ reibungslos in die nazifaschistische Staatsform. Das deutsche Finanzkapital errichtete 1933 seine offen terroristische Diktatur und legte die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände des Nazifaschismus. Die Entstehung und Geschichte des Nazifaschismus zeigen, daß er untrennbar mit den gesellschaftlichen Bedingungen und der herrschenden Klasse in Deutschland, mit dem deutschen Imperialismus und dem System des Kapitalismus verbunden war.

Im System des Nazifaschismus wurde alles Reaktionäre in der deutschen Geschichte konzentriert und potenziert. So wie der Nazifaschismus eine bestimmte Form der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals war, nämlich ihre "offen terroristische Diktatur", so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur eine ins Extreme gesteigerte Form der Ideologie der deutschen Bourgeoisie: deutscher Chauvinismus und Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Antikommunismus.

### **Der Nazifaschismus - mörderischer Stoßtrupp gegen die Arbeiterbewegung und den Kommunismus**

Die deutsche Arbeiterbewegung wurde durch die Schläge der Nazi-Diktatur um Jahrzehnte zurückgeworfen, ihre Organisationen, auch die KPD, wurden weitgehend zerschlagen. Allein 150 000 von 300 000 Mitgliedern der KPD wurden in die Gefängnisse, Folterkeller und Konzentrationslager gesperrt, mindestens 26 000 ermordet. Im Innern Deutschlands sah sich der Nazifaschismus nach wenigen Jahren keinem wirklich seine Macht gefährdenden Gegner mehr gegenüber. Kaum ein wirklich politisch wirksamer Widerstand, kein Massenwiderstand war zu verzeichnen, als im November 1938 in landesweiten, staatlich organisierten Pogromen die Synagogen brannten, über

100 Menschen der jüdischen Bevölkerung ermordet und 30 000 verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Der Nazifaschismus bedeutete aber nicht nur Zerschlagung der *deutschen* Arbeiterbewegung, auch wenn das zeitlich an erster Stelle stand. Der Nazifaschismus war zugleich der entscheidende mörderische Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution zur Zerschlagung der *internationalen* Arbeiterbewegung, der internationalen revolutionären und kommunistischen Kräfte, der *Diktatur des Proletariats und des Sozialismus* in der Sowjetunion. Die Nazifaschisten liquidierten nach dem Angriff auf die Sowjetunion gezielt sowjetische Kommunisten, sowjetische Kommunistinnen, alle politischen Kommissare der Roten Armee und überhaupt alle Partisaninnen und Partisanen, die ihnen in die Hände fielen.

## Die Verbrechen der Nazi-Henker gegenüber den Völkern

Die Nazifaschisten entfesselten den Zweiten Weltkrieg, den grausamsten und blutigsten Krieg der gesamten Weltgeschichte, in dem die nazifaschistischen Truppen auch über die Grenzen Europas hinaus ihre mörderische Kriegspolitik betrieben. Die angerichteten Verwüstungen erlangten ein unvorstellbares Ausmaß, weit über 50 Millionen Tote, davon allein 20 Millionen aus der sozialistischen Sowjetunion und 6 Millionen Menschen der Bevölkerung Polens.

Die Nazi-Wehrmacht, eine Million SS-Schergen, Zehntausende Gestapo-Leute, Polizei, große und kleine Henker errichteten Galgen, KZs und Vernichtungslager, erbauten ein System von Mord und Totschlag in allen besetzten Ländern und innerhalb Deutschlands. Die deutsche Bourgeoisie zeigte der Welt, zu welchen bestialischen Taten sie fähig war (von der Internierung und Ermordung von Homosexuellen und dem Mordprogramm der "Euthanasie" bis zur Ermordung von Millionen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen und schließlich bis hin zum Völkermord).

Die Kriegsführung der verbrannten Erde, das Aushungern der Bevölkerung von Städten wie Leningrad, die systematische Hinrichtung sowjetischer Kriegsgefangener, das wahllose Morden vom Kleinkind bis zum Greis, sollten überall, wo die Nazis auftauchten, jeden Widerstand brechen, lähmendes Entsetzen und ein Gefühl von Machtlosigkeit auslösen, um den Völkern glauben zu machen, die deutschen Nazibestien seien angeblich "unbesiegt".

## Die Einmaligkeit des industriell durchgeführten Völkermords

Die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus ist der welthistorisch zum ersten Mal begangene industriell durchgeführte rassistische Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma. Dieses "deutsche Morden", der staatlich angeordnete und auf lange Sicht geplante, industriell organisierte, bürokratisch geregelte und mit preußischer Mentalität eiskalt durchgeführte Völkermord, ist bisher in der Geschichte *einmalig*.

In industrialisierten Vernichtungslagern wurde die systematische, kaltblütige, mit der ganzen Organisationstechnik des modernen Staates ausgestattete Vernichtung von mehreren Millionen Juden, Hunderttausenden von Sinti und Roma in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau und Majdanek-Lublin, von Treblinka und Belzec, von Sobibor und Chelmno betrieben. Insgesamt ermordete der deutsche Imperialismus über 6 Millionen Juden und 500 000 Sinti und Roma. Voraussetzung dafür war die systematische Selektion und Deportation der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma in ganz Europa.

Dies kann nicht allein auf ein unmittelbares ökonomisches Interesse reduziert werden, wie das manche Vulgärmarxisten meinen. Der Nazifaschismus setzte zwar keineswegs das Profitstreben als höchstes Gesetz des Imperialismus außer Kraft. Das deutsche Monopolkapital zeigte tatsächlich, daß es sich an den KZs, ja selbst an den Vernichtungslagern durch Beraubung und Sklavenarbeit der Häftlinge vor ihrer Ermordung noch bereichern kann.

Aber weder die unmittelbar ökonomischen Profitinteressen noch die konkreten militärischen Erfordernisse können wirklich umfassend erklären, warum in den Kriegsjahren und vor allem in den Jahren der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Nazi-Regimes die Nazi-Henker weiter Züge mit Hunderttausenden von Menschen in die Vernichtungslager dirigierten, Millionen Menschen fabrikmäßig ermordeten.

Der eigentliche *Zweck der industriellen Vernichtungsmaschinerie* war hauptsächlich, das ideologische Programm der "Ausrottung der Juden, Zigeuner und slawischen Untermenschen" in die Tat umzusetzen. Die "Herrenmenschen-Moral" sollte dadurch zementiert werden, um die Herrschaft über die Völker mittels Furcht und Schrecken aufrechtzuerhalten. Es ging den deutschen Imperialisten darum, weltweit für "1000 Jahre" ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu



statuieren, wie es die Welt bisher nicht gesehen hatte. Dies geschah im tieferliegenden und langfristigen Interesse des deutschen Monopolkapitals, jeglichen Widerstand gegen das Nazi-Regime, gegen die Welt Eroberungspläne des deutschen Imperialismus zu zerschlagen.

Die Einmaligkeit des industriell durchgeführten Völkermordes, das System von Auschwitz war erst durch das kapitalistisch-imperialistische Weltsystem möglich geworden, dessen Teil der deutsche Imperialismus war und ist. Die spezifische Prägung des deutschen Faschismus, des Nazifaschismus, muß jedoch im historischen Gesamtzusammenhang der "deutschen Misere", als Eigenschöpfung des deutschen Imperialismus, der deutschen Bourgeoisie verstanden werden. Dieser industrielle Völkermord wirkt heute beim dritten Anlauf auf die Welt Herrschaft um so mehr als Drohung an alle Völker, dem deutschen Imperialismus "freiwillig" Platz zu machen und sich ihm zu unterwerfen.

### Die Massenbasis des Nazifaschismus

Eines der wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus war, daß er sich in Deutschland praktisch bis zum Schluß auf die breite **Massenbasis** von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte. Dem deutschen Imperialismus war es gelungen, innerhalb des deutschen Volkes - durch chauvinistische Verhetzung und Terror, durch Schmeichelei bzw. Bestechung und durch das KZ-System - eine noch nie dagewesene Massenverankerung bei der Niederschlagung der Arbeiterbewegung, für den Raubkrieg gegen andere Völker, für die Hetze und Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung, gegen Sinti und Roma bis hin zum Völkermord zu erreichen. Diese Massenverankerung war so weitgehend, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes den Nazis die Treue bewahrte, zumindest bis sie den Krieg für endgültig verloren hielt, und nicht dazu bereit war, sich gegen die Nazi-Führung zu erheben.

### Die Mitschuld des deutschen Volkes

In kaum einer Frage wird von den bürgerlichen Ideologen soviel Demagogie betrieben und Verwirrung gestiftet wie in der Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschis-

mus. Gerade die diversen Pseudomarxisten lassen es so erscheinen, als widerspräche die Feststellung der Mitschuld des ganzen deutschen Volkes der marxistischen klassenmäßigen Herangehensweise. Demagogisch behaupten sie, man müsse gegen die bürgerliche "Kollektivschuldthese" die alleinige Schuld der herrschenden Klasse herausstellen, man könne doch nicht den Kommunisten, die von den Nazis in die Gefängnisse und KZs geworfen wurden, ebenfalls eine Mitschuld an den Verbrechen des Nazifaschismus geben.

Bei der Klarstellung gegen diese Demagogie handelt es sich um Kernfragen, die für die Politik der Kommunistischen Partei in Deutschland glasklar sein müssen, will sie die Millionenmassen für den Sieg über den deutschen Imperialismus, für die Diktatur des Proletariats gewinnen.

Die Haltung der Marxistinnen und Marxisten ist eindeutig. Grundsätzlich gilt, was Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Kommunismus, bereits 1848 schrieb:

"Die Schuld der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als 'gemütliche' Büttel und Werkzeuge der Herren 'von Gottes Gnaden' wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande ..."

(Engels, "Auswärtige deutsche Politik", "Neue Rheinische Zeitung" Nr. 33, 3. Juli 1848, Marx/Engels Werke Band 5, S. 155)

Daraus folgt, daß dem Proletariat bewußt gemacht werden muß, daß es gerade auch nach dem Sturz der Bourgeoisie vor der Aufgabe steht, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Ohne dies in der Tat zu leisten, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern auf dem Weg zum vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzen der Nationen im Kommunismus nicht zu denken. Engels hat programmatisch festgestellt:

"Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft, die nahe Zukunft des Landes gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen."

(Engels: "Der Sozialismus in Deutschland", 1892, Marx/Engels Werke Band 22, S. 253)

Dies alles gilt in besonderem Maße für die Verbrechen des Nazifaschismus, an denen *das deutsche Volk*, die deutsche Arbeiterklasse eine Mitverantwortung, einen bedeutenden Teil Mitschuld hat:

- Es hat diese Verbrechen nicht verhindert. Abgesehen davon, daß die große Mehrheit sich direkt daran beteiligte, sie guthieß oder nichts dagegen unternahm - das deutsche Volk insgesamt war nicht in der Lage, die Naziführung zu stürzen und den Krieg von sich aus zu beenden. Der Nazifaschismus mußte "*von außen*", durch den bewaffneten Kampf der anderen Völker, durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, voran die Rote Armee, durch den Partisanenkampf und Aufstände in den besetzten Ländern zerschlagen werden.

- Es hat von diesen Verbrechen profitiert. Abgesehen davon, daß sich ein großer Teil direkt bereicherte, bei der "Arisierung", bei Plünderungen, bei der Verteilung der Kriegsbeute - auch insgesamt war das deutsche Volk Nutznießer der Verbrechen des deutschen Imperialismus. Den Deutschen ging es eben besser als den von ihnen überfallenen Völkern. Ihre Lebensbedingungen waren aufgrund der Ausplünderung der überfallenen Völker wesentlich besser, im Vergleich beispielsweise zur sowjetischen Bevölkerung sogar noch nach Kriegsende. Sie waren von Kriegsschäden überhaupt erst in der Schlußphase des Krieges betroffen, und auch dann in geringerem Ausmaß.

Selbst die bewußtesten Kommunistinnen und Kommunisten konnten sich dem nicht entziehen, auch sie profitierten zwangsläufig davon, Deutsche zu sein - und zwar bis hinein in die KZs, wo Deutsche von den Nazis privilegiert wurden.

Wie die KPD am 11. Juni 1945 in ihrem ersten Aufruf nach Kriegsende völlig zurecht feststellte,

"muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt."

("Deutsche Volkszeitung", Zentralorgan der KPD, Nr. 1 vom 12. Juni 1945)

Daher war es eine völlig logische, gerechte und notwendige Bestimmung des Potsdamer Abkommens,

"... daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

(Potsdamer Abkommen, Nachdruck Buchladen G. Dimitroff, 1995, S. 12)

Die Kommunistische Partei trägt für diesen größtmöglichen Ausgleich eine besondere Verantwortung. Dies gilt nicht nur für die

Verbrechen des Nazifaschismus, sondern darüber hinaus für die ganze ungebrochene Kette von Verbrechen des deutschen Imperialismus in allen Teilen der Welt. Sie muß den Kampf für Reparationen und Entschädigungen schon heute führen. Und gerade nach dem Sturz der deutschen Bourgeoisie, der Zerschlagung des deutschen Imperialismus, wird das revolutionäre Proletariat den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern maximale Reparationen und darüber hinaus maximale Hilfe überhaupt leisten, gemäß deren Bedingungen und Forderungen.

Nur auf dieser Grundlage, der Anerkennung der Mitschuld des gesamten deutschen Volkes und seiner Pflicht zur Wiedergutmachung, kann und muß differenziert werden, *welches Ausmaß an Mitschuld* verschiedene Teile des deutschen Volkes auf sich geladen haben.

Vorweg muß eines klargestellt werden: Die Anerkennung der Mitschuld des gesamten deutschen Volkes schließt keineswegs aus, daß bei der Frage der Schuld klassenmäßig differenziert werden muß - im Gegenteil. Zweifellos trägt die Hauptschuld am Krieg und an den Naziverbrechen der deutsche Imperialismus, die deutsche Monopolbourgeoisie insgesamt. Dies schließt die Hauptrepräsentanten der Politik des Nazifaschismus, die Nazi-Führer und den Generalstab der Nazi-Wehrmacht, als Teil der herrschenden Klasse mit ein.

Danach folgen in zweiter Linie die Hunderttausende, die sich direkt daran beteiligten: die KZ-Schergen, Henker, Folterer, die Soldaten, die die unglaublichsten Greuel und Verbrechen begangen haben. Dann in dritter Linie die Mehrheit der Nazi-Anhänger, die diese Verbrechen unterstützten und sie guthießen. Weiter die große Masse derjenigen, die mit diesem oder jenem Verbrechen der Nazifaschisten nicht einverstanden waren, sie jedoch aus Feigheit duldeten und nichts dagegen unternahmen. Und schließlich diejenigen (z.B. Anhänger von SPD und KPD), die den Nazifaschismus und seine Verbrechen zwar ablehnten, aber nicht die Kraft und Prinzipienfestigkeit besaßen, sich in den aktiven Widerstand einzureihen.

Dem gegenüber steht der *organisierte antinazistische Widerstand* (und auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener *Minderheit* im deutschen Volk, die *aktiv* gegen den Nazifaschismus gekämpft hat. Dabei war innerhalb des deutschen Volkes der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten der KPD der stärkste Widerstand gegen den Nazifaschismus.

Dieser antinazistische Widerstand wurde von kommunistischen, sozialdemokratischen, jüdischen, christlichen und anderen Kräften in all seinen verschiedenen Formen, sogar in den barbarischen KZs und

Vernichtungslagern, durchgeführt. Dies beweist, daß gegen die übermächtig erscheinende Nazibestie auch im Zentrum ihrer Vernichtungsmaschinerie ein Widerstand möglich war, daß der Mythos der "Unbesiegbarkeit" durchbrochen werden konnte.

Eine unbestreitbare Wahrheit ist jedoch, daß der Widerstand innerhalb Deutschlands viel zu schwach und viel zu gering war. Die Tatsache, daß es diese kleine Minderheit gab, und daß sie so klein blieb, macht das ganze Ausmaß der historischen Schande des deutschen Volkes erst richtig deutlich. Es ist absurd und geradezu eine Verhöhnung der antifaschistischen Kräfte, wenn ihr Kampf als "Retung der Ehre der deutschen Nation" hingestellt wird, wie dies die modernen Revisionisten von SED/PDS oder DKP tun.

Die KPD hat einen opferreichen, heroischen Kampf gegen den Nazifaschismus geführt, der gegen die diversen antikomunistischen Verleumdungen verteidigt und propagiert werden muß. Zugleich hat die KPD in der Theorie und der Praxis des Kampfes gegen den Nazifaschismus auch eine Reihe von folgenschweren Fehlern gemacht, woraus sich eine zusätzliche Mitverantwortung ergibt. Diese Fehler müssen in scharfer Abgrenzung von allen rechtsopportunistischen oder offen antikomunistischen Attacken im Geiste der Selbstkritik der Kommunistischen Partei umfassend analysiert werden. Dabei darf keinesfalls der große historische Unterschied zu den allermeisten Führern der Sozialdemokratie verwischt werden, die mit ihrer antikomunistischen, proimperialistischen Politik den Nazifaschisten den Weg bereiteten und die Spaltung der notwendigen antifaschistischen Einheit betrieben.

Aus den Erfahrungen des Kampfes gegen den Nazifaschismus zu lernen und seine Fehler selbstkritisch aufzuarbeiten für den Kampf heute, gegen Antikommunismus, gegen deutschen Chauvinismus und Nationalismus, gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus, ist gerade beim Aufbau der Kommunistischen Partei eine bedeutsame Aufgabe und tiefste Verpflichtung zugleich.

## **Resolution 3, Teil II**

# **Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung**

### **1.**

Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus heute muß in konsequenter Weise im Zweifrontenkampf vor allem die grundsätzliche, prinzipielle kommunistische Programmatik der sozialistischen Revolution propagiert und verteidigt werden, aber gleichzeitig die prinzipielle Seite des Kampfes untrennbar mit den genau zu beleuchtenden Besonderheiten des Kampfes gegen die Ausprägungen und Eigentümlichkeiten des deutschen Imperialismus, wie sie aus der Geschichte und durch die heutige Lage entstanden sind, verbunden werden. Die Besonderheiten des deutschen Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu entlarven, seine Autorität unter der Arbeiterklasse und der Masse der Werktätigen zu brechen, so konkret und genau wie möglich sein verbrecherisches Wesen und seine imperialistische, militaristische und revanchistische Politik, seine Politik der Fa-



schisierung zu entlarven, all dies ist ein unverzichtbarer Teil der Aufgabe, in den ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen prinzipienfest die sozialistische Revolution vorzubereiten.

## 2.

Das Verständnis der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus –

- die Niederlage der Bauernkriege 1525,
- der Kontrast der deutschen Zustände zu der erfolgreichen Französischen Revolution 1789,
- die deutsch-chauvinistische geprägten „Befreiungskriege“ gegen Napoleon 1812,
- die verspätete Entwicklung des deutschen Bürgertums, die Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848,
- die Herausbildung der deutschen Nation nach 1866 (die sogenannte „kleindeutsche Lösung“) und des Deutschen Reiches als militaristische Einheit von oben und im konterrevolutionären Krieg gegen die Pariser Kommune 1871

–, das Verständnis all dieser Kernpunkte ist wesentliche Voraussetzung, um zentrale Besonderheiten der Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus auf der einen Seite, aber auch Besonderheiten des Geschichte der Masse der Werktätigen und des Kampfes der Arbeiterklasse bis hin zur heutigen Lage analysieren und für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution heute berücksichtigen zu können.

## 3.

Die Herausbildung des preußisch-militaristisch geprägten „junkerlich-bourgeois Imperialismus“ nach der blutigen Niederlage Frankreichs 1870/71 erfolgte im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten mit historischer Verspätung. Der

beim Kampf um Kolonien und bei der Aufteilung der Welt relativ zu kurz und zu spät gekommene deutsche Imperialismus – der bei der Durchsetzung seiner kolonialistischen Machenschaften in Afrika bereits die Methoden des Völkermordes praktizierte – betrieb die Auslösung des von beiden kriegführenden Seiten imperialistischen Ersten Weltkrieges, den er verloren hat.

#### 4.

Die relativ starke, von Marx und Engels geprägte deutsche Arbeiterbewegung erlag in Folge der Vorherrschaft des Revisionismus und im Zusammenhang mit der Entwicklung einer relativ breiten Schicht der Arbeiteraristokratie dem chauvinistischen Taumel im Ersten Weltkrieg, die Sozialdemokratie entwickelte sich im und nach dem Ersten Weltkrieg in der Novemberrevolution zur aktiven proimperialistischen konterrevolutionären Kraft. Die sich herausbildenden revolutionären und kommunistischen Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die 1918 unter dem Einfluß der siegreichen Oktoberrevolution 1917 in Rußland die KPD gründeten, konnten die Novemberrevolution nicht siegreich zur proletarischen Revolution entwickeln. Der erfolgreiche Sturz der Monarchie in Deutschland wurde nicht der Auftakt zur sozialistischen Revolution, sondern die Novemberrevolution endete – im Blut der revolutionierten Arbeiterklasse erstickt – mit der Festigung einer konterrevolutionären bürgerlich-parlamentarischen Diktatur des deutschen Imperialismus, die sich nach der Niederschlagung aller bewaffneten Kämpfe des revolutionären Proletariats – den Kämpfen zur Schaffung der Münchener Räterepublik, der Roten Ruhrarmee und dem Hamburger Aufstand – schließlich nach 1923 relativ stabilisierte.

#### 5.

Die deutschen Imperialisten – die fieberhaft an der Vorbereitung eines Revanchekrieges zur Neuaufteilung der Welt und zur Zerschlagung der sozialistischen Sowjetunion arbeiteten – sa-

hen sich einer zunehmend erstarkenden, von der KPD unter der Leitung Thälmanns zielklar und gut organisierten revolutionären Arbeiterbewegung gegenüber, so daß 1933 die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie, die nazifaschistische Diktatur des Finanzkapitals errichtet wurde. Wieder gelang es dem deutschen Imperialismus mit Hilfe der Nazi-Ideologie und des deutschen Chauvinismus – nach der weitgehenden Zerschlagung der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung –, breite Massen der Werktätigen bis in die Reihen der Arbeiterklasse für eine konterrevolutionäre, imperialistische Politik zu mobilisieren, für die Politik der Diskriminierung und der Pogrome gegen Sinti, Roma und die jüdische Bevölkerung im Inneren, für die Errichtung eines Systems der KZs und Zuchthäuser gegen die antinazistischen Kräfte, für eine Politik der imperialistischen Raubkriege und des Völkermordes. Die große Mehrheit des deutschen Volkes unterstützte die Nazi-Verbrechen gegen andere Völker, insbesondere in der Zeit der Siege Nazi-Deutschlands, machte sich mitschuldig an all seinen Verbrechen einschließlich des welthistorisch bisher einmaligen staatlich organisierten und industriell durchgeführten Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas und an den Sinti und Roma. Die Anerkennung der Mitschuld und Mitverantwortung des deutschen Volkes und der daraus folgenden Anerkennung von Reparationen in größtmöglichem Ausmaß ist ein Angelpunkt kommunistischer Politik, der prinzipiell von Marx und Engels seit Beginn der kommunistischen Bewegung festgeschrieben und von den wirklich kommunistischen Kräften nach der Befreiung Deutschland vom Nazifaschismus programmatisch fixiert wurde. Die kritische Einschätzung des in erster Linie von Kadern der KPD geführten Widerstands muß im Geist der Solidarität und Selbstkritik durchgeführt werden. Daß Deutschland von den alliierten Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt werden mußte, daß keinerlei realistische Chance auf einen Aufstand innerhalb Deutschlands existierte, um das Nazi-Regime zu stürzen, ist wesentlich, um die Besonderheiten der Lage nach 1945 verstehen zu können.

## 6.

Der im Zweiten Weltkrieg geschlagene, aber nicht zerschlagene deutsche Imperialismus restaurierte in der BRD nach der Teilung Deutschlands seinen Staat, seine Armee und die kapitalistisch-imperialistische Wirtschaftsstruktur so erfolgreich, daß er sehr bald die Vorherrschaft des US-Imperialismus herausforderte und als selbständige imperialistische Großmacht mit eigener Armee unter vollständigem Bruch des Potsdamer Abkommens schon nach kurzer Zeit weltweit auf den Plan trat. In dem von der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands wurde begonnen, das Potsdamer Abkommen zu realisieren, die weitgehende Entnazifizierung eingeleitet, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher durchgeführt und im Kampf für die Realisierung des Potsdamer Abkommens auch die Perspektive einer sozialistischen Demokratie und einer sozialistischen Ökonomie, die Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem Teil Deutschlands eröffnet. Wesentliche rechte und deutsch-chauvinistische Fehler der SED, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung des internationalen Chruschtschow-Revisionismus, machten diese Perspektive zunichte, die DDR verkam zu einem revisionistisch-kapitalistischen Polizeistaat im Einfluß des konterrevolutionären russischen Sozialimperialismus.

## 7.

Die Politik der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus in all seinen Etappen konnte nach 1989 rasch und erfolgreich zu Ende geführt werden, da der westdeutsche Imperialismus schon seit Jahrzehnten im Rahmen dieser Politik alle Vorbereitung getroffen und infolge seines weitgehenden Eindringens in die revisionistische DDR maximale Bedingungen dafür geschaffen hatte. Die vollständige Einverleibung der DDR (und auch des unrechtmäßig schon vorher unter seiner Vorherrschaft geschaffenen Westberlins) in ökonomischer und militärischer Hinsicht, hat nicht nur auf diesen Ge-

bieten zu einer großen Stärkung des deutschen Imperialismus geführt; gerade auch ideologisch konnte der deutsche Imperialismus in „Siegerpose“ auftreten, und er wird weiter die anderen imperialistische Großmächte im Kampf um die Weltherrschaft verstärkt herausfordern. Unter Berücksichtigung aller Besonderheiten der neu entstandenen Lage werden die kommunistischen Kräfte der ehemaligen DDR, des ehemaligen Westdeutschlands und des ehemaligen Westberlins eine einheitliche Kommunistische Partei im imperialistischen Deutschland aufbauen – im Kampf gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen, gegen alle dem wissenschaftlichen Kommunismus und revolutionärer kommunistischer Politik feindlich gegenüberstehenden opportunistischen Strömungen.

## 8.

Bei der Feststellung der Besonderheiten des deutschen Imperialismus ist unser Ausgangspunkt, daß er in ungebrochener Tradition seiner verbrecherischen Geschichte, in der er international immer wieder gerade auch bei der Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern an der Spitze stand, nach wie vor und in hervorstechender Weise heute eine besonders aggressive imperialistische Großmacht und ein eigenständiger Kriegsherd ist, der als internationaler Ausbeuter und Unterdrücker im Kampf gegen andere imperialistische Großmächte den Völkern der Welt gegenübertritt.

## 9.

Angeichts zweier verlorener Weltkriege, angesichts des Bruchs des Potsdamer Abkommens, der Ideologie und Politik der Revanche gegenüber den Ländern Osteuropas, der ehemaligen Sowjetunion, Österreichs und all den Ländern gegenüber, die der deutsche Imperialismus schon einmal okkupiert hatte und deren Völker ihm im Partisanenkampf Schläge versetzt haben, ist der deutsche Revanchismus besonders deutlich sichtbar. Er richtet sich aber auch gegen die anderen imperialistischen Großmächte, die ihn im Zweiten Weltkrieg besiegt haben, und

die von ihm ebenfalls unter der Flagge der „Revanche“ ideologisch und politisch bekämpft werden, um einen imperialistischen Krieg vorzubereiten, wobei er insbesondere erneut das Projekt der „Neuordnung Europas“ unter seiner Führung anstrebt, ohne eine Minute auf seine imperialistischen Ambitionen in allen Teilen der Welt zu verzichten.

## 10.

Der deutsche Militarismus mit seiner Geschichte des preußischen Kadavergehorsams, des Untertanengeistes und des sogenannten „deutschen Ordnungssinns“ wurde insbesondere zur Zeit der Nazi-Verbrechen nicht zu Unrecht zum Inbegriff deutscher Mentalität. Durch die Schaffung der Bundeswehr, ihren Aufbau mit Nazi-Kadern, und die industrielle Eigenversorgung mit allen nötigen Kriegsgütern besitzt der deutsche Imperialismus ein höchst gefährliches Instrument nach innen und nach außen. Der Einsatz der militaristischen und revanchistischen Bundeswehrtruppen außerhalb Deutschlands ist inzwischen Alltag, die Militarisierung durchdringt das gesamte öffentliche Leben, beeinflußt und prägt Betriebe sowie die sogenannten „humanitären“ Hilfsorganisationen, Medien und Schulen.

## 11.

Der allseitige Kampf gegen die international und in Deutschland betriebene Ideologie, Politik und Praxis des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, Schulter an Schulter mit den revolutionär und kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder, mit den unterdrückten Völkern aller Länder, ist unverzichtbare Grundvoraussetzung für jeden ernsthaften Kampf gegen den deutschen Imperialismus überhaupt.

## 12.

Der Parlamentarismus dient in der heutigen Periode der Geschichte des deutschen Imperialismus mit seinen Parteien, die

mit gut verteilten Rollen jeweils andere Teile der Bevölkerung an den deutschen Imperialismus binden, als entscheidendes Mittel, um die Diktatur der Bourgeoisie zu verhüllen und systematisch die in Folge des Sieges der Völker der antinazistischen Koalition eingeführten demokratischen Aspekte zurückzudrängen, eine umfassende Faschisierung mit polizeistaatlichen Methoden zu betreiben, ein System von Bespitzelung, Inhaftierung und sogar offiziell gedeckter Hinrichtungen zu festigen, das in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus als eine der wesentlichen Stützen des deutschen Imperialismus im Inneren besonders drastisch zum Ausdruck kommt. Dabei kombiniert sich die staatliche Faschisierung in den letzten Jahren zunehmend mit von nazistischen Parteien und Gruppen initiierten und geförderten Pogromen, Tausenden von Brandanschlägen und Überfällen, die vom deutschen Staatsapparat oft genug gefördert und geschützt werden. Ganz besonders Ziel der staatlichen Faschisierung – die die Hauptrolle spielt – und nazistischer Pogrome und Anschläge sind neben demokratischen und revolutionären Kräften jene Minderheiten, die traditionell Zielscheibe des deutschen mörderischen Chauvinismus sind.

### 13.

Der deutsche Imperialismus greift im Prozeß der Faschisierung ideologisch vor allem auf das altbewährte Mittel des deutschen Chauvinismus und Rassismus zurück, das im Nazifaschismus seine größte Steigerung fand. Je nach Situation steigert sich die Hetze der weitgehend staatlich kontrollierten Medien und die nazistische Propaganda gegen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen politisch Verfolgte, gegen Sinti und Roma und gegen die jüdische Bevölkerung und andere Minderheiten. Im Kampf für die unerläßliche Solidarität mit allen von staatlicher Faschisierung, aber auch nazistischer Propaganda und Anschlägen Bedrohten, gilt es auf allen Ebenen, ideologisch, politisch und im praktischen Kampf, der Ideologie, Politik und mörderischen Praxis des deutschen Chauvinismus und Rassismus den Kampf anzusagen und ihn zu führen.



## Ungebrochene Tradition: Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

„Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt.“

(Stalin, „Der 27. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution“, 1944, Werke Band 14, S. 367)

Um die Charakteristika und Besonderheiten des deutschen Imperialismus heute zu verstehen, ist es nötig, ausgehend von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus über den Imperialismus, die ungebrochene Tradition des deutschen Imperialismus zu betonen.

Der westdeutsche Imperialismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, ist kein neu entstandener Imperialismus, sondern ist im Kern derselbe deutsche Imperialismus, der den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, derselbe Imperialismus, der im Zweiten Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Völkermord durchgeführt hat. Er ist eben im Kern derselbe Imperialismus, der schon zweimal bewiesen hat, daß er in der Lage ist, in relativ kurzer Zeit ökonomische, politische und militärische Niederlagen wieder wettzumachen. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der sich selbst bei den räuberischsten Aktionen auf breite Teile der Bevölkerung stützen konnte, unter anderem, weil von der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Massen noch nie ein radikaler Bruch mit der herrschenden Klasse in Deutschland durchgeführt wurde.

Dies hat seinen Militarismus und Revanchismus, den deutschen Militarismus und den deutschen Revanchismus besonders ausgeprägt.

Der deutsche Imperialismus heute ist wieder zum Sprung bereit. Er ist nach wie vor eine *besonders aggressive imperialistische Großmacht*.

## **Der deutsche Revanchismus**

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der Länder des imperialistischen Weltsystems, das Gesetz der imperialistischen Konkurrenz und der Neuaufteilung der Welt gemäß neuer Kräfteverhältnisse bedingt auch das Gesetz des Handelns des deutschen Imperialismus auf der internationalen Bühne.

Er muß sein verlorenes Gebiet in jeder Hinsicht wiedererobern, sei es territorial, ökonomisch, politisch oder militärisch. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg zwingt den deutschen Imperialismus zu weit größeren Anstrengungen, als durch eine Augenblicksaufnahme der aktuellen Stärke bewußt werden kann – abgesehen davon, daß selbst solche aktuellen Momentaufnahmen oft genug vor grober Unterschätzung der Macht und Möglichkeiten des deutschen Imperialismus strotzen.

Dieser aus der Geschichte zweier verlorener Weltkriege stammende Revanchismus beschränkt sich nicht nur auf die Wiedereroberung seiner früher verlorenen Gebiete, sondern tritt allseitig in Aktion, um seine Weltherrschaftspläne zu realisieren.

### **Den Revanchismus allseitig, an allen Fronten und in allen Formen bekämpfen!**

Der deutsche Revanchismus ist nicht Sache dieser oder jener bürgerlichen politischen Partei, nicht Merkmal nur der CDU/CSU oder gar nur der Nazis!

Der deutsche Revanchismus ist die offizielle, im Grundgesetz verankerte Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus und aller seiner Abteilungen, aller seiner Parteien. Alle Versuche, „zwei Fraktionen“ der imperialistischen Monopolbourgeoisie Deutschlands zu konstruieren – eine angeblich nicht-revanchistische Fraktion, politisch von der SPD/den GRÜNEN vertreten, und eine revanchistische CDU/Nazi-Fraktion –, sind Versuche der Anbiederung und In-

schutznahme des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus.

Der deutsche Revanchismus beinhaltet auch nicht nur den „Drang nach Osten“, sondern das aus der Geschichte zweier fehlgeschlagener Versuche zur Erringung der Weltherrschaft herrührende allseitige Bestreben, diese Niederlagen wettzumachen, um dieses Ziel im dritten Anlauf mit besonderer Kraftanspannung zu erreichen.

Die Ideologie des Revanchismus ist auch nicht nur Sache offen revanchistischer „Vertriebenen“-Politiker und -Verbände oder eines angeblichen „Rechtskartells“ innerhalb der herrschenden Klasse. Die Ideologie des deutschen Revanchismus tritt in verschiedenen Richtungen und in verschiedenen Formen auf. Doch eine Linie zieht sich trotz aller Tarnungen und Formveränderungen durch die gesamte Politik der Sachwalter des deutschen Imperialismus durch: Die deutschen Imperialisten appellieren an die von ihnen beeinflusste Bevölkerung, sich für die „Wiederherstellung der beschmutzten deutschen Ehre“ einzusetzen, endlich Schluß zu machen mit dem den Deutschen angeblich angetanen „Unrecht“. Sie appellieren an die Stärke und „Überlegenheit“, ja maßen sich eine angebliche „Schutzfunktion“ gegenüber anderen Völkern an und schüren dieselbe Banditenmoral wie die Nazifaschisten, wenn sie propagieren, die Lage der deutschen Werktätigen müsse auf Kosten der Völker anderer Länder verbessert werden.

Beim Aufbau der Kommunistischen Partei müssen die kommunistischen Kräfte in Deutschland gegen die Ideologie und Politik des deutschen Revanchismus an allen Fronten, in allen Formen und in allen Abstufungen einen allseitigen Kampf auf Leben und Tod führen!

### **Die revanchistische Propaganda und Politik der Einverleibung aller angeblich „urdeutschen Gebiete“**

Der deutsche Imperialismus verfolgt heute nach wie vor ungebrochen das Ziel, sein „Großdeutsches Reich“ zunächst in den Grenzen von 1937/38 wiederherzustellen. Das wirkungsvollste „Eisen im Feuer“ in der Propaganda des deutschen Revanchismus ist dabei zweifellos die Losung von der „notwendigen Einheit aller“ angeblich „urdeutschen Gebiete“. In diesem Rahmen war die „Wiedervereinigung Deutschlands“ von vornherein Teil des revanchistischen Pro-

gramms des westdeutschen Imperialismus, offen formuliert in der alten Präambel des Grundgesetzes. Mit der Einverleibung der DDR und Westberlins ist diese erste Etappe vollzogen.

### **Der deutsche Imperialismus hat den Abschluß eines auf dem Potsdamer Abkommen beruhenden Friedensvertrages umgangen**

Mit dem zwischen den vier alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs einerseits, Westdeutschland und der DDR andererseits im September 1990 abgeschlossenen sogenannten „Zwei-plus-vier-Vertrag“ wurde nicht nur der Abschluß eines Friedensvertrages sabotiert, sondern das vom deutschen Imperialismus stets als „Schmach“ empfundene „Potsdamer Abkommen“ endgültig beiseite geschoben. Daran zeigt sich, daß der deutsche Imperialismus heute immer mehr in der Pose des Siegers des Zweiten Weltkriegs auftritt.

Im „Zwei-plus-vier-Vertrag“ wurden sämtliche Rechte, Verantwortlichkeiten und Abkommen der vier Siegermächte außer Kraft gesetzt, noch verbliebene Beschränkungen in militärischer Hinsicht (z. B. die Tonnagebeschränkung beim Kriegsschiffbau, der Verzicht auf den Bau von Langstreckenbomben) aufgehoben. Nach den Bestimmungen des „Zwei-plus-vier-Vertrags“ durften auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Westberlins nicht mehr die Truppen der Siegermächte als solche stationiert werden.

Der „Zwei-plus-vier-Vertrag“ enthält keine einzige Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Verbrechen des Nazi-Regimes. Er enthält keinerlei Anerkennung der Unveränderbarkeit der Grenzen zu seinen Nachbarstaaten, insbesondere nicht der Oder-Neiße-Grenze als gerechte Westgrenze Polens. Er enthält keinerlei Verpflichtung zu Reparationsleistungen gegenüber den vom Nazifaschismus überfallenen Ländern und zur Entschädigung der Opfer des Nazifaschismus. Frühere vertragliche Verpflichtungen zur Entschädigung wurden vielmehr außer Kraft gesetzt

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland muß daher sein, für die vorbehaltlose Anerkennung der bestehenden Ansprüche der vom Nazifaschismus überfallenen Völker und Länder sowie auch einzelner Opfer auf Entschädigung und Reparation einzutreten.

Die Vertragswerke der Vergangenheit wie das Potsdamer Abkommen oder auch Entwürfe für einen Friedensvertrag auf dessen Grundlage können heute als Ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein. Sie sind jedoch wesentliche ideologische und propagandistische Waffen im Kampf um die geschichtliche Wahrheit, zur Entlarvung des deutschen Imperialismus. Viele besondere Punkte in diesen Dokumenten unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes heute an vielen Fronten gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus (die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen usw.).

### **Die revanchistischen Pläne gegen Polen und die Oder-Neiße-Grenze**

Der deutsche Imperialismus steht in der langen blutigen Tradition des Nazifaschismus, des reaktionären Preußens und der deutschen Ordensritter, die sich allesamt in einer Vielzahl von reaktionären Kriegen polnische Gebiete zusammenraubten. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der im Verlaufe seines verbrecherischen nazifaschistischen Überfalls auf Polen sechs Millionen Menschen ermordete und fast zwei Millionen zur Sklavenarbeit in sein Reich verschleppte. Diese nazifaschistischen Greuelthaten konnten nicht ohne Billigung und Unterstützung der großen Mehrheit der in Polen lebenden deutschen Bevölkerung geschehen.

Der deutsche Imperialismus hat sein Verlangen nach der Revision der Grenzen, nach der „Heimholung“ der angeblich „deutschen“ Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten „Ostpreußen“), nie aufgegeben. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluß des „Grenzvertrages“ mit Polen 1990 – den die west/deutschen Imperialisten aus reinem imperialistischen Kalkül abschlossen, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen –, hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße-Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt. Statt dessen wird weiter gegen die berechnete und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungs-

teile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die in den angeblich ehemaligen „deutschen Ostgebieten“ „als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling“ in den Grenzen von 1937 lebenden angeblich „Deutschstämmigen“ die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Großdeutsche Rechtsansprüche vor allem Polen gegenüber bestehen also nach wie vor fort.

Die revisionistische Entwicklung der polnischen Volksdemokratie seit den 50er Jahren, der Machtantritt einer neuen, damals weitgehend vom russischen Sozialimperialismus abhängigen Bourgeoisie, hat es dem westdeutschen Imperialismus ungeheuer erleichtert, seine Revanchegelüste mehr und mehr in die Tat umzusetzen. Nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Herrschaftsform hat die herrschende Klasse in Polen im Interesse ihrer Machterhaltung und für harte Währung das Land nun den westlichen imperialistischen Großmächten, allen voran dem deutschen Imperialismus, weitgehend preisgegeben.

In der Positur des „Retters Polens“ reißt der deutsche Imperialismus zunehmend die ehemals vom russischen Imperialismus besetzten Positionen an sich, der seine Truppen zurückgezogen hat. Mit der Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft Polens beabsichtigt der deutsche Imperialismus auch die militärische Kontrolle auszuüben.

Der deutsche Imperialismus ist einer der größten Ausbeuter der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Ganze Industriezweige werden bereits von der deutschen Bourgeoisie beherrscht. Die polnischen Werktätigen, die Not und Armut nach Deutschland trieb, werden hier als billige Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen, oftmals illegal, ohne den elementarsten arbeitsrechtlichen und sozialen Schutz, vor allem in der Bau- und Landwirtschaft ausgebeutet und mit einer Welle deutsch-chauvinistischer Hetze überzogen.

Gegen alle diese Entwicklungen müssen die kommunistischen Kräfte beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland den Kampf aufnehmen. Revanchismus und deutscher Chauvinismus gegenüber Polen und der polnischen Bevölkerung müssen entlarvt und entschieden bekämpft werden.

Dabei ist es nötig, die Maßnahmen der Konferenz von Jalta und des Potsdamer Abkommens gerade in bezug auf Polen als völlig

gerecht zu propagieren. Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als rechtmäßige Westgrenze Polens und die Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. großer Teile aus Polen entsprachen den legitimen Sicherheitsinteressen der polnischen Bevölkerung und der Tatsache, daß die weitgehend nazifaschistisch eingestellte deutsche Bevölkerung den nazifaschistischen Verbrechen gegenüber Polen nichts entgegengestellt bzw. diese aktiv unterstützt hatte.

Die neu aufzubauende Kommunistische Partei in Deutschland muß jegliche Kraft innerhalb der Arbeiterklasse Polens unterstützen, die angesichts des Bankrotts der revisionistischen Herrschaftsform und der offenen Wiederherstellung des Kapitalismus im Kampf für eine sozialistische Revolution in Polen dem gesamten System des Imperialismus und Revisionismus den Krieg erklärt.

### **Die revanchistischen Pläne gegen die Tschechische Republik**

Die angebliche „Sudetenfrage“ ist ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die Revanchisten behaupten, daß die deutsche Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig „vertrieben“ worden sei und es deren „Heimatrecht“ durchzusetzen gelte.

Gegen die revanchistische „Vertriebenen“-Hetze müssen die historischen Tatsachen festgestellt und propagiert werden:

Das Münchner Abkommen von 1938 zwischen dem nazifaschistischen Deutschland, Italien, Frankreich und England war *ein von vornherein ungültiges und unrechtmäßiges imperialistisches Diktat*, bei dem Teile der Tschechoslowakei an Nazi-Deutschland ausgeliefert wurden, um die Aggression des deutschen Imperialismus nach Osten, gegen die damals sozialistische UdSSR zu lenken. Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben das Münchner Abkommen von 1938 nie als von Anfang an ungültig erklärt.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei spielte in der Politik der Nazifaschisten die Rolle einer „fünften Kolonne“ der deutschen Angriffspolitik. Sie machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die tschechoslowakische Bevölkerung, insbeson-



dere auch an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Deshalb ist der Beschluß des Potsdamer Abkommens, die deutsche Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland zu überführen, gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte „Deutschstämmige“ noch einmal zur „fünften Kolonne“ einer von Deutschland ausgehenden Aggression werden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund ihrer pronazistischen Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Nazi-Verbrechen nicht mehr möglich.

Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben sich mit diesem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs niemals abgefunden und betreiben auch in dieser Richtung eine Politik der revanchistischen Revision. Seit Jahrzehnten werden vom deutschen imperialistischen Staat die revanchistischen „Vertriebenenverbände“ massiv unterstützt und Anstrengungen zur sogenannten „Regelung der Sudetenfrage“ enorm verstärkt. Nicht nur im Grenzgebiet zu Deutschland sind teilweise bereits ganze Industriezweige in der Hand des deutschen Kapitals. Die deutschen Imperialisten üben zunehmenden Druck auf die tschechische Regierung aus und verweigern unter dem Vorwand der sogenannten „Sudetenfrage“ den Opfern des Nazifaschismus in der Tschechoslowakei, insbesondere auch der jüdischen Bevölkerung und den Roma, jegliche Entschädigung.

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es, die keineswegs zu unterschätzenden imperialistischen und annexionistischen Machenschaften und Ziele der deutschen Imperialisten gegenüber der Tschechischen Republik anzuprangern und zu bekämpfen. Gleichzeitig müssen die revolutionären Kräfte in der Arbeiterklasse der Tschechischen Republik unterstützt werden, die sich früher oder später im Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse dort formieren werden.

### **Die revanchistischen Pläne gegenüber dem Gebiet um Kaliningrad**

Die revanchistischen Bestrebungen, die „Einheit Deutschlands“ in den Grenzen von 1937/38 herzustellen, erstrecken sich praktisch immer massiver auch auf Gebiete der ehemaligen Sowjetunion und

auch Polens, vor allem auf die Region um Kaliningrad. Gemäß den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs und gemäß dem Potsdamer Abkommen war es völlig korrekt, daß das angebliche „Ostpreußen“, dieses aggressive Bollwerk, dieser östliche Vorposten des reaktionären Preußentums und des deutschen Imperialismus, liquidiert und ein Teil der sozialistischen UdSSR bzw. des volksdemokratischen Polens wurde.

Beim Aufbau der Kommunistischen Partei muß die revanchistische Politik des deutschen Imperialismus, Kaliningrad wieder „deutsch“ zu machen und sich unter dem Vorwand einer „Freihandelszone“ faktisch einzuverleiben, angeprangert und entschieden bekämpft werden.

### **Verstärkter revanchistischer Vormarsch in Osteuropa**

Der revanchistische Vormarsch des deutschen Imperialismus verstärkt sich auch – außer in Polen, der Tschechischen Republik und der ehemaligen Sowjetunion – in Richtung jener anderen Länder im Osten wie Ungarn, Rumänien, Slowakei, Ukraine, Baltische Staaten usw., die ehemals von den deutschen Nazis besetzt und ausgeplündert worden waren und die vor einigen Jahrzehnten noch den volksdemokratischen oder sozialistischen Weg gingen. Dabei nutzen die Revanchisten nationale Vorurteile, Widersprüche und Konflikte in diesen Ländern aus und schüren diese. Der Verrat der modernen Revisionisten an einer revolutionären und gerechten Nationalitätenpolitik kommt ihnen dabei zugute, da er den Boden für das Erstarken nationalistischer, reaktionärer Massenbewegungen bereitet hat.

Oftmals mit Hilfe der „Enkel“ der Kollaborateure des Nazifaschismus in den jeweiligen Ländern ist der deutsche Revanchismus Drahtzieher bei der Zerschlagung von Staaten wie z. B. in Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Eine besondere Rolle für die Expansion des deutschen Imperialismus in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion spielen hierbei die sogenannten „Deutschstämmigen“. Sie haben für den deutschen Imperialismus die Funktion von „fünften Kolonnen“, die als Stützpunkte und Reserven für seinen weiteren politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Vormarsch dienen. Dabei muß auch die Illusion bekämpft werden, daß die großen Erfolge bei der „friedlichen Durchdringung“ und Heranzüchtung von gekauften „Führern“ in diesen Ländern mi-

litärische Operationen ausschließen bzw. überflüssig machen würden. Tatsächlich dienen diese „Erfolge“ auch der Vorbereitung militärischer Aktionen, denn die Millionen und Milliarden Mark, die in diese Länder fließen, um Profite herauszusaugen und nach Deutschland zu schaffen, müssen entsprechend der imperialistischen Logik gegebenenfalls militärisch abgesichert werden.

## **Erneute annexionistische Bestrebungen gegenüber Österreich**

Der deutsche Imperialismus forciert seine revanchistischen Ziele auch gegenüber Österreich. Er betreibt ideologisch, ökonomisch und politisch zunehmend die Einverleibung Österreichs als angeblichen Teil Deutschlands.

Der deutsche Imperialismus als imperialistische Großmacht ist ganz offensichtlich in der Lage, ein anderes imperialistisches Land wie Österreich weitgehend zu durchdringen und von sich abhängig zu machen. In der Tat dominiert der deutsche Imperialismus so wesentliche Bereiche der Wirtschaft Österreichs wie Kapitalinvestitionen, Außenhandel und Tourismus usw. Ja, der deutsche Konjunkturverlauf bestimmt oft bis ins Detail den Konjunkturverlauf in Österreich. Im Rahmen der Europäischen Union soll Österreich nach den Vorstellungen des deutschen Imperialismus noch stärker politisch, ökonomisch und militärisch an den deutschen Imperialismus angebunden werden.

Aus historischer Sicht bildeten sich spätestens nach dem Krieg Preußens gegen Österreich 1866 getrennt voneinander eine deutsche und eine österreichische Nation heraus. Die Idee eines „Groß-deutschen Reiches“ war seit dieser Zeitspanne, also auch vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg eine ganz falsche, die eigenständige österreichische Nation verleugnende Idee, die sogar bis in die Reihen der Arbeiterbewegung hineingewirkt hatte.

Die verbrecherische Okkupation Österreichs durch die Nazi-Truppen des deutschen Imperialismus war ein entscheidender Einschnitt, der auch im Bewußtsein der Völker der Welt Klarheit über die Eigenständigkeit der österreichischen Nation schuf. Nach dem Sieg über den Nazifaschismus wurde dann auch international die vollständige Unabhängigkeit der österreichischen Nation in Verträgen und Abmachungen der Anti-Hitler-Koalition (v.a. in der Moskauer Erklärung von 1943) festgeschrieben.

Die kommunistischen Kräfte werden beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland aus all diesen Gründen jegliche Einverleibungsaktivitäten des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus gegenüber Österreich entlarven und bekämpfen

und den berechtigten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Masse der Werktätigen Österreichs gegen den deutschen Imperialismus unterstützen und als wichtige Hilfe für den Kampf hier gegen den deutschen Imperialismus propagieren. Darüber hinaus gilt die Unterstützung der aufzubauenden Kommunistischen Partei allen ehrlichen Kräften in Österreich, die dort durch ihre revolutionäre Tätigkeit den Kampf zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution aufgenommen haben oder aufnehmen werden.

### **Der Revanchismus richtet sich nicht nur „gegen Osten“**

Der Revanchismus, das bedeutet nicht nur Einverleibung der DDR und Westberlins sowie verstärktes Streben nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937/38, d. h. nach Einverleibung angeblicher „urdeutscher Gebiete“, die polnisches, russisches, tschechisches oder österreichisches Staatsgebiet sind. Der deutsche Revanchismus bedeutet nicht nur Streben nach „Lebensraum im Osten“ überhaupt. Der deutsche Revanchismus ist auch gekennzeichnet durch das Streben nach Wiedererlangung seiner Einflußsphären in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in Westeuropa und den sogenannten „Randländern Europas“.

Der deutsche Imperialismus hat in verschiedenen Phasen seiner Geschichte in allen Erdteilen an Boden verloren und will diesen Boden wiedergewinnen. Ob in Frankreich (Elsaß-Lothringen) oder in den Niederlanden, ob in Südafrika, in Griechenland oder im ehemaligen Jugoslawien, der deutsche Revanchismus hat seine alten Ambitionen nie aufgegeben.

Besonders dort, wo im Krieg gegen Nazi-Deutschland die Partisanenkämpfe und die Aufstände der Volksmassen dem Nazifaschismus heftige Schläge versetzt haben, verkleidet sich der deutsche Revanchismus geschickt, um sein erneutes Eindringen in diese Länder zu tarnen.

Bei all diesen Aktivitäten bedient er sich der alten, von den Nazifaschisten überall in der Welt geknüpften Fäden, sei es nach Südamerika in Brasilien oder Chile, sei es zu antisemitischen Strömungen im arabischen Raum usw. Zugleich belebt er auch traditionelle Beziehungen zu seinen alten Kolonien in Afrika (Togo, Kamerun, Tansania, Namibia, das ehemalige „Deutsch-Südwestafrika“) oder auch in

Asien (Kiautschou in China, Teile von Neuguinea, das „Bismarck-Archipel“ und so weiter).

Der deutsche Imperialismus beschränkt seine weltweiten imperialistischen Aktivitäten nicht nur auf die im Ersten und Zweiten Weltkrieg bereits umkämpften Gebiete, die er so oder so schon einmal unter seiner Oberherrschaft hatte, sondern betreibt selbstverständlich auch relativ unabhängig von diesem Aspekt ökonomische und militärische Expansion in allen Teilen der Welt.

### **Revanchismus und imperialistischer Konkurrenzkampf**

Der deutsche Imperialismus kollaboriert nicht nur mit anderen imperialistischen Ländern gegen die Völker der Welt, sondern verschärft zunehmend seinen Kampf vor allem gegen die anderen imperialistischen Großmächte, die er immer offener herausfordert. Die hohlen, sich gar „fortschrittlich“ gebenden Phrasen der deutschen Imperialisten, speziell auch gegen die US-Imperialisten, sollen nur vertuschen, daß sich weltweit die imperialistische Rivalität verstärkt.

Der deutsche Imperialismus greift den USA-Imperialismus, den englischen und französischen Imperialismus auch auf revanchistischer Basis an. Als ideologischen Hintergrund für diese Rivalität verwendet er die Tatsache, daß die USA, Frankreich und England Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition waren. Aus eigenen imperialistischen Interessen heraus und durch die Völker der Welt gezwungen, haben sie den Nazifaschismus militärisch mit besiegt und in den ersten Monaten nach dem Krieg tatsächlich im Zusammenhang mit den gerechten Nürnberger Prozessen einige führende Nazis angeklagt und mit hingerichtet.

Als ideologischen Hintergrund verwendet der deutsche Revanchismus auch die Tatsache, daß in den ersten Jahren direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, als vor allem der US-Imperialismus im Bunde mit den englischen und französischen Imperialisten alle Abkommen mit der damals noch sozialistischen Sowjetunion gebrochen hatte, die Rede davon sein konnte, daß Westdeutschland „unter den Stiefel“ der USA geraten war. Aber auch für diese Zeitspanne muß klar sein, daß der „Kampf“ der westdeutschen Imperialisten gegen die USA nichts, aber auch gar nichts mit Gerechtigkeit zu tun gehabt hat, sondern daß es sich um zwischenimperialistische Rivalität gehandelt hat und heute auf neuer Stufe handelt.

Der deutsche Revanchismus verwendet auch die Methode, sich wohl dosiert als „Freund“ der Befreiungsbewegungen oder antikolonialistischer Bewegungen hinzustellen und politische oder gar finanzielle sowie militärische Unterstützung zu geben, wie z. B. in Mittelamerika, in Afrika oder in Palästina. An diesen Punkten wird schon sichtbar, daß sich durchaus zunächst über solche Konflikte in anderen Erdteilen auch kriegerische Konflikte zwischen den deutschen Imperialisten und den US-Imperialisten sowie den anderen imperialistischen Großmächten anbahnen.

Beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland darf der sicherlich nötige Kampf gegen die anderen imperialistischen Mächte sowie deren im Rahmen der NATO noch in Deutschland stationierten Truppen nicht ablenken vom hauptsächlichen Kampf gegen unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus und Revanchismus.

### **Revanchistischer Charakter der „Europa-Pläne“**

Der deutsche Imperialismus hat sein altes Bestreben zur umfassenden und allseitigen „Neuordnung“ Europas unter seinem direkten Diktat nie aufgegeben. Die Europa-Pläne des deutschen Imperialismus werden ganz im revanchistischen Geist und mit revanchistischen Ambitionen verfolgt. Als die stärkste europäische Macht benutzt er das Projekt des „Vereinten Europa“ in alle Richtungen, gegen die USA, gegen den englischen, französischen und russischen sowie auch japanischen Imperialismus, für den Ausbau einer unangefochtenen Hegemonialmacht in West- und Osteuropa, als Mittel zur verstärkten Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas usw. So soll mit der „Ost- und Südosterweiterung“ von EU und NATO die Stationierung von Bundeswehreinheiten in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn und anderen Ländern erfolgen, d. h. der direkte, auch militärische Griff nach Ost- und Südosteuropa sowie nach anderen „Euro-Regionen“ konsequent vorbereitet und vorangetrieben werden. In Polen und in der Tschechischen Republik führt die Bundeswehr bereits Militärmanöver durch.

Für den deutschen Imperialismus sind die „Europäische Union“ (EU), die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts, die Schaffung einer einheitlichen Wirtschafts- und Währungsunion, die „Deutsche Mark“ als europäische Leitwährung Mittel, um seine im-



perialistische Expansionspolitik noch besser durchführen zu können. Je nach Interessenlage erfolgt dies sowohl in Zusammenarbeit als auch in Konkurrenz mit den anderen westeuropäischen imperialistischen Mächten.

Um das berechtigte Mißtrauen der anderen Völker gegen ein „Vereintes Europa“ unter der Fuchtel des deutschen Imperialismus zu entkräften, versteckt er seine revanchistischen Vorherrschaftsziele hinter gesamteuropäischen Phrasen vom „Haus Europa“, vom „Europa der Regionen“, in dem „Grenzen keine Rolle mehr spielen“ usw. Um dies zu entlarven, muß auch daran erinnert werden, daß auch die Nazifaschisten den Trick benützt haben, ihre Aggressions- und Versklavungspolitik als angeblich nötige „Neuordnung Europas“ zu tarnen.

Ob die Losung heißt „Erst Deutschland, dann Europa“ wie bei den diversen Nazi-Parteien oder die Losung paneuropäisch heißt „Wir sind Europa“ – das Ziel sowohl der Propagandisten des offenen deutschen Chauvinismus als auch der des verbrämten europäischen Chauvinismus großdeutscher Prägung ist dasselbe: Durchsetzung der Pläne des deutschen Imperialismus, die Völker verstärkt auszuplündern, zu unterdrücken und zu beherrschen, auch die Werktätigen im eigenen Land verstärkt auszupressen und die Position im Kampf mit anderen imperialistischen Großmächten zu stärken. Dies umfassend zu entlarven und zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, die sich in Zukunft sogar noch verstärkt stellen wird.

Auszug aus Rot Front Nr. 2, S. 24-37

## Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien / Nazi-Banden

Die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus verschärft betriebene Faschisierung, Hetze und Unterdrückungspraxis, vor allem auch gegen politische Flüchtlinge und andere hier lebende und arbeitende Menschen verschiedenster Nationalität, ermutigt die Nazis und deren Organisationen zu *tagtäglichen, um ein Vielfaches verstärkte Terrorakte* gegen „Nichtdeutsche“, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Behinderte und Obdachlose, gegen alle Menschen, die nicht in ihr deutsch-nazistisches Weltbild passen, zu *Pogromen* wie in Hoyerswerda und Rostock, zu *Mordtaten* wie in Mölln, Solingen und Lübeck. Die *Komplizenschaft des deutschen Staatsapparates mit den nazistischen Brandstiftern* wird deutlich z. B. an dem faktisch unter Polizeischutz durchgeführten Pogrom in Rostock und an der Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck 1996. Das alles diene und dient den deutschen Imperialisten zur Verschärfung ihrer rassistischen und chauvinistischen Gesetze und Politik gegen Menschen anderer Nationalität.<sup>6</sup>

Durch das Anwachsen neuer Nazi-Parteien hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazifaschistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebautes Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter“, als „Versuchsballon“, wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.

---

<sup>6</sup> In „Gegen die Strömung“, Nr. 57, „Pogrome!“, Oktober 1991, sowie in mehreren Flugblättern und Plakaten hat „Gegen die Strömung“ den sich immer weiter verschärfenden Nazi-Terror und die Komplizenschaft der Nazis mit dem westdeutschen bzw. deutschen Staat entlarvt und angeprangert.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerlässlich und heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende *Faschisierung hauptsächlich vom Staat der deutschen Imperialisten ausgeht*, daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man die Nazi-Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

Der *Kampf* zur Verteidigung der demokratischen Rechte *gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/Parteien* muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

Ganz besonders von der Einschränkung der demokratischen Rechte, von staatlicher Faschisierung und den Nazi-Banden betroffen sind einige Minderheiten in Deutschland, die traditionell Zielscheibe des deutschen Chauvinismus und Rassismus sind – die Sinti und Roma und die jüdische Bevölkerung.

## Besondere Aspekte des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus

„Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, ‚auf den Zahn zu fühlen‘, sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. (...)“

Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückkernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen) gemeinsam ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der ‚Großmacht‘-Bourgeoisie.“

(Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, 1914, Werke Band 20, S. 440)

„Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten“ gegenüber den vom „eigenen“ Imperialismus unterjochten und verfolgten Völkern und Minderheiten, „Wiederkäuen der von der Großmacht-Bourgeoisie übernommenen Vorurteile“ – davor warnte Marx zu Recht.

Vom deutschen Imperialismus werden die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aufgehetzt gegen alle angeblich oder wirklich „nichtdeutschen“ Teile der Bevölkerung.

Um die Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, um von den wahren Schuldigen dieses kapitalistischen Systems abzulenken, werden Ideologien wie Chauvinismus und Rassismus gebraucht. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß diese deutsch-chauvinistischen, rassistisch gefärbten oder offen rassistischen Kampagnen ein Grundzug der „Innenpolitik“ des deutschen Imperialismus sind: mal vorrangig gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, mal vorrangig gegen Sinti und Roma, dann wieder mehr gegen die politisch Verfolgten und Asylsuchenden, ein anderes Mal vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, dann aber wieder verstärkt gegen arbeitssuchende Polinnen und Polen, gegen Werktätige aus der Türkei, spezi-

ell gegen Kurdinnen und Kurden usw., die in widerlichster Weise beschimpft und diskriminiert werden.

Der deutsche Imperialismus benutzt den Chauvinismus und Rassismus zur Einschüchterung und direkten Bedrohung der Angehörigen dieser Gruppen, aber auch zur Drohung gegen andere Minderheiten, die „als nächste drankommen“. Er versucht, mit dieser Hetze breite Teile der deutschen Bevölkerung an sich zu binden.

Ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der werktätigen Massen zu pflanzen, kann kein imperialistischer Krieg geführt werden. Und ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der Bevölkerung zu pflanzen, kann auch die Herrschaft des Imperialismus im Innern nicht aufrechterhalten werden.

Besonders seit der Einverleibung der DDR hat die chauvinistische und rassistische Hetze und Politik in Deutschland ungeheuer zugenommen. Drohungen, Terror, Morde und Pogrome gegen Menschen, die nicht als „deutsch“ gelten, gehören zu den tagtäglichen „deutschen Zuständen“ heute. Dabei ist es den deutschen Imperialisten unbestreitbar gelungen, das Gift des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der Überheblichkeit unter großen Teilen der deutschen Werktätigen, der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbreiten.

Der Kampf gegen alle Erscheinungen der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie, gegen jegliche Diskriminierung, die unbedingte Solidarität mit den Arbeitern und Arbeiterinnen aus anderen Ländern hier in Deutschland, mit den vom Imperialismus politisch Verfolgten, mit den vom imperialistischen Weltsystem aus wirtschaftlichen, rassistischen, nationalen, religiösen und anderen Gründen zur Flucht Getriebenen, mit der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma ist daher eine Grundvoraussetzung einer wirklich gegen den deutschen Imperialismus gerichteten revolutionären Arbeiterbewegung.

„Gegen die Strömung“ stellt sich diese Aufgaben im Bewußtsein der Lehre von Marx, daß die Vorbereitung der sozialistischen Revolution und ihre siegreiche Durchführung ein hohes, gegen den deutschen Chauvinismus gerichtetes Klassenbewußtsein der Mehrheit der Arbeiterklasse voraussetzt.

## Den Antisemitismus bekämpfen!

**„Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden ... Auch in anderen Ländern hat man nicht selten Gelegenheit, zu sehen, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen – vom Kapital – abzulenken ... Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät.“**

(Lenin, „Über die Pogromhetze gegen die Juden“, 1919, Werke Band 29, S. 239/240)

Der Antisemitismus war die Ideologie, die in der Praxis der Nazi-Diktatur zum industriell und staatlich durchorganisierten Völkermord an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, vom Säugling bis zum Greis, beigetragen hat.

Der Antisemitismus in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Arbeiterbewegung. Er wurde keinesfalls erst durch die Nazifaschisten erfunden, er existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in Deutschland in vielerlei Formen und Abstufungen. Nach der Ehrung der SS in Bitburg trat er wieder ungeniert an die Öffentlichkeit. Der Antisemitismus wurde für extrem rechte wie auch „linksliberale“ Kreise wieder salonfähig und erstarkte (vgl. die Auf-  
führung des antisemitischen Faßbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ 1985 in Frankfurt).<sup>8</sup>

Die jahrzehntelange zumindest in mancher Hinsicht an den Tag gelegte Zurückhaltung nach 1945 aufgrund der zu „frischen“ Erinnerung an Auschwitz, das angebliche „Tabu“ bezüglich der „Kritisier-

---

<sup>8</sup> In der Nummer 38 von „Gegen die Strömung“ vom August 1986, „Den erstarken-  
den Antisemitismus bekämpfen!“, wird diese antisemitische Offensive ausführlich  
analysiert und entlarvt, die geschichtliche Tradition des deutschen Antisemitismus,  
die Funktion des Antisemitismus für den deutschen Imperialismus herausgearbei-  
tet, werden Kernpunkte der kommunistischen Positionen zum Kampf gegen den  
Antisemitismus dargestellt.

barkeit von Juden“, wird nun nach 40, 50 Jahren abgeschüttelt, und alte Vorurteile über angebliches „jüdisches Verhalten“ erhalten freie Bahn. Gerade jene, die Auschwitz überlebt haben, die sozusagen eine lebendige Anklage gegen die Verbrechen der deutschen Imperialisten darstellen, werden diffamiert und angegriffen. Das geht bis zu dem infamen Vorwurf, daß nur die „Brutalsten“ und „Skrupellosesten“ angeblich dazu in der Lage waren, Auschwitz zu überleben. Das ist die besondere Form des Antisemitismus und der Judenhetze nach Auschwitz *wegen Auschwitz!*

Der Antisemitismus ist eine der extremsten Formen des Chauvinismus und Rassismus, bedroht unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Deutschland und birgt die Gefahr von Pogromen in sich. Der Antisemitismus hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Verwüstungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung, der antisemitische, nazifaschistische Terror reicht von Brandanschlägen auf die Gedenkstätte der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald, über die Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge bis hin zur brutalen Ermordung von Karl-Hans Rohn, der von den Nazis für einen Mann jüdischer Herkunft gehalten worden ist. Dies alles wurde möglich und angeheizt in der durch Repräsentanten des deutschen Staates verschärften antisemitischen Propaganda wie durch die salonfähig gemachte Leugnung des industriellen Völkermords in Auschwitz und in den anderen Vernichtungslagern.

Daher muß eine revolutionäre Kommunistische Partei in Deutschland den verschärften Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Deutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Denn es ist wie Stalin sagte, daß „die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus“ sind.<sup>9</sup>

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Arbeiterbewegung, keinerlei Zugeständnisse an pseudolinke, in Wirklichkeit antisemitische Auffassungen zu machen, wie etwa die Lüge, daß der Antisemitis-

---

<sup>9</sup> Siehe Stalin, „Über den Antisemitismus“, 1931, Werke Band 13, S. 26.



mus angeblich „antikapitalistische Elemente“ habe. Schon Engels hat diese zutiefst reaktionäre Vorstellung bekämpft:

**„Der Antisemitismus (...) dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel.“**

(Engels, „Über den Antisemitismus“, 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)

In der Tradition von Marx und Engels muß dem Antisemitismus als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnungen unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.

Dabei müssen in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus, des Kampfes von Marx und Engels, aber gerade auch des wichtigen Kampfes von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationalen, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Antisemiten zur Zeit von Marx und Engels sowie die oft in der Hölle der KZs geführten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der vom Antisemitismus direkt Betroffenen propagiert werden. Aber es müssen auch die Unterlassungen und Fehler der kommunistischen und Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD, ihrer Führer und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet erkannt und aufgedeckt werden, um bewußt aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

## **Den Antiziganismus bekämpfen!**

Der Völkermord der deutschen Imperialisten in der Nazi-Zeit hat 500 000 Sinti und Roma vernichtet.

Bereits vor der Nazi-Diktatur hatten Diskriminierung, Hetze, Pogrome, polizeiliche Erfassung eine jahrhundertealte Tradition. Der Antiziganismus (der Begriff Antiziganismus wurde zu Recht von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma eingeführt, um die Parallelen mit dem Kampf gegen den Antisemitismus zu betonen) ist in Deutschland, wie auch der Antisemitismus, seit Jahrhunderten tief in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und hat auch in den Reihen der Arbeiterbewegung Einfluß. Auch nach dem 8. Mai 1945 wurden ungebrochen weiterhin Rassismus, Diskriminierung und Hetze durch die Massenmedien in aller Öffentlichkeit betrieben, sind staatliche Erfassung, Schikane und Verfolgung weiter an der Tagesordnung. Die unmittelbar für die Erfassung, Verschleppung und Ermordung der Sinti und Roma verantwortlichen Nazis wurden in Westdeutschland bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht gerichtlich belangt, befanden und befinden sich auf freiem Fuß bzw. saßen und sitzen wieder in wichtigen staatlichen Positionen, um in besonders infamer Weise ausgerechnet Entschädigungsforderungen der Sinti und Roma zurückzuweisen.

Das an den Überlebenden des Völkermordes systematisch begangene Unrecht während der Nazi-Zeit wird von den Behörden des deutschen Imperialismus als angeblich „rechtmäßig“ erklärt. Sämtliche berechtigten Forderungen der Sinti und Roma auf materielle Entschädigungsleistungen wurden fast vollständig abgelehnt.

Die berechtigten Forderungen der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland nach völliger Gleichberechtigung – bei selbstverständlicher Wahrung ihrer Identität als deutsche Sinti und Roma, die seit über 500 bzw. fast 100 Jahren in Deutschland leben und arbeiten – werden nach wie vor nicht erfüllt.

Jene Roma, die angesichts der Verfolgungen in der Pogromatmosphäre in Rumänien, Ex-Jugoslawien und anderen Ländern Osteuropas nach West/deutschland geflohen sind, werden hier in Deutschland beschimpft, von Pogromen wie in Rostock bedroht, verfolgt und abgeschoben oder sogar ermordet. Ihr Recht auf Entschädigung

angesichts der Naziverbrechen, ihr Recht auf Bleibe, ihr Recht auf Asyl wird ihnen vorenthalten.

Obwohl die Roma unmittelbar von Pogromen und Tod bedroht sind – wie in Rumänien oder dem ehemaligen Jugoslawien –, werden sie im Rahmen sogenannter „Reintegrierungsprogramme“, z. B. mit dem „deutsch-rumänischen Abschiebeabkommen“, rücksichtslos dorthin abgeschoben.

Die Hetze der Politiker und Massenmedien, die oftmals der Hetze im Nazifaschismus in nichts nachsteht, hat sich schon tiefgehend innerhalb der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung festgesetzt, führt zu chauvinistischen, rassistischen Überfällen und Mißhandlungen, und die reaktionären Maßnahmen des Staates der deutschen Imperialisten breiten sich aus.

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es daher, in den eigenen Reihen Gefühle der Solidarität zu wecken und zu festigen – anknüpfend an dem gemeinsamen Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD mit den Sinti und Roma in den Konzentrationslagern der Nazis (ohne dabei zu vergessen, auch kritisch das Verhalten der revolutionären KPD gegenüber den Sinti und Roma zu überprüfen). Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muß der Kampf der Sinti und Roma gegen den Staat des deutschen Imperialismus unterstützt werden: Kämpfe der Sinti- und Roma-Gruppen gegen Abschiebung und Diskriminierung wie die Besetzung der Gedenkstätten Neuengamme und Dachau und den Widerstand gegen die Abschiebungen aus Nordrhein-Westfalen. Dabei gilt es, in der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten Schichten sämtlichen Vorurteilen gegen Sinti und Roma entschieden entgegenzutreten.

Gerade heute ist das Verhältnis zu den gehetzten und verfolgten Minderheiten der Sinti und Roma ein *Prüfstein* für die Ehrlichkeit und das kommunistische Bewußtsein eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Partei.

## Regeln der Kommunistischen Partei für die illegale Arbeit in Deutschland unter dem Nazi-Faschismus

### Einige Fragen der Konspiration

1. Es darf keinen "guten und zuverlässigen" Bekannten und Freund mehr geben, dem man über seine Arbeit etwas erzählt.
  2. Erzähle also nichts einem, der es wissen kann, sondern nur dem, der es wissen muß.
  3. Es ist nicht notwendig, daß ein Freund über personelle und innere organisatorische Verhältnisse mehr weiß, als zu seiner Arbeit unbedingt notwendig ist.
  4. Lauft möglichst in "Latscher-Kluft", gebärdet euch recht auffällig auf der Straße. Redet viel mit den Händen. Damit gebt ihr der Polizei Gelegenheit, euch schnell zu beschreiben und schließlich aufzufinden.
  5. Der kürzeste Weg ist nicht immer der Beste, das heißt bestelle die Freunde, mit denen du zusammen arbeitest so, daß du auf dem Wege dorthin genügend Zeit hast, eventuelle Verfolger abzuschütteln. Halte genügend Zeit frei für den nächsten Treffpunkt und sei vorbildlich pünktlich.
  6. Unterhaltet euch auf öffentlichen Plätzen, Verkehrsmitteln, Lokalen am besten gar nicht über eure Arbeit, und wenn, dann tut es so, daß es in Form eines allgemeinen Gesprächs geschieht.
  7. Denkt daran, bei Sitzungen zu vereinbaren, was ihr sagen wollt, wenn euch die Gestapo aushebt.
  8. Trage nur Material bei dir, wenn es sich nicht vermeiden läßt, und dann nur so kurze Zeit wie möglich. Halte deine Wohnung sauber.
  9. Überprüfe alle Wohnungen, Anlaufstellen, Adressen, die zur Durchführung eurer Arbeit wichtig sind, auf das genaueste.
  10. Brecht rücksichtslos alle "Querverbindungen" ab. Trefft mit euren Mitarbeitern solche Vereinbarungen, daß ihr euch wiederfindet, ohne voneinander Wohnung und Namen zu wissen.
  11. Organisiert Materialverteilung so, daß in der kürzesten Frist nicht mehr als zwei beieinander sind, überlegt also vorher den Verteilungsschlüssel und die Stellen.
  12. Macht endgültig Schluß mit den familiären Verhältnissen untereinander. Ihr habt auch als "Privatpersonen" nichts bei anderen Freunden zu suchen, wenn ihr auch wißt, daß sie zuverlässig sind. Gerade deshalb dürft ihr sie nicht unnötig belasten. Wenn ihr euch auf der Straße trifft, geht aneinander vorüber; es sei denn, daß ihr euch verabredet habt. Es interessiert außer der Gestapo keinen, daß ihr euch kennt.
  13. Macht kein Lokal zur Stammkneipe, kein Kino zum Stammkino, keinen Park oder Platz zum Stammaufenthalt. Es brauchen euch nicht mehr Leute zu kennen als notwendig ist.
  14. Kämpft hart und entschlossen gegen Gerüchte und Panikstimmungen bei bestimmten Anlässen. Keiner darf ungeprüfte Meldungen weitergeben. Jeder sei bemüht, sofort den Urheber derartiger Dinge festzustellen. Bevor keine Klarheit bei bestimmten Meldungen besteht, dürfen sie nicht zum Allgemeingut der gesamten Organisation werden. Teilt solche Dinge zu allererst eurem Vordermann mit.
  15. Denkt daran, Leichtfertigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Mut! Die Kunst unserer Arbeit ist, bei Anwendung aller Vorsichtsmaßnahmen und Beachtung kleinster Dinge, das Höchstmaß an Arbeit unter den Massen zu leisten. Bei einer richtigen Verteilung der Kräfte und Anwendung einer beweglichen Taktik wird uns das gelingen.
- Es ist klar, daß es gerade in konspirativer Hinsicht immer wieder neue Momente und Variationen geben wird. Sprecht also von Zeit zu Zeit über die Methoden des Gegners und legt danach euer Verhalten fest. Ihr habt dadurch den Vorteil, immer einen Schritt im voraus zu sein, während sich der Gegner erst auf unsere Arbeitsweise einstellen muß. Zieht jeden rücksichtslos aber kameradschaftlich zur Verantwortung, der die Regeln durchbricht. Schafft euch durch wirklich konkrete, politische Arbeit eine solche Massenbasis, daß kein noch so blutiger Terror in der Lage ist, euch zu schaden. Stellt an die Spitze eurer organisatorischen Arbeit das Wort Lenins: "Wer in Zeiten der Illegalität auch nur im geringsten die Disziplin der Bolschewiki bricht, der hilft, ob er will oder nicht, unserem Feind, der Bourgeoisie."

(Aus einer Hamburger illegalen Zeitung, 1934)

# Kampf gegen die braune Pest ...

Eine Auswahl aus den Publikationen von **Gegen die Strömung** zum Thema



## Zur Geschichte des Nazi-faschismus - die bis heute ungebrochene Tradition

GDS Nr. 34 (16 S.), Mai 1985

1945: Der deutsche Imperialismus ist geschlagen, aber nicht zerschlagen!  
1985: Dieselben Monopole in Westdeutschland an der Macht!

Die Wurzeln des Faschismus durch die sozialistische Revolution vernichten!

GDS Nr. 35 (60 S.), September 1985

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des groß-deutschen Chauvinismus

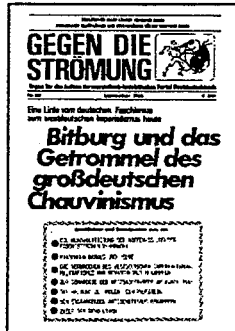
Angesichts der ungeheuren Provokation der Ehrung von SS und Nazi-Wehrmacht durch die Bundesregierung:

Die Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse /

Flugblatt 7/89

50 Jahre nach dem Überfall auf Polen:

Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen



Wer die Verbrechen des deutschen Imperialismus heute nicht bekämpft, macht sich mitschuldig / Die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlung von Deutschen aus Polen verteidigen! / Ziele der Revolution!

Gegen die erneute Verbreitung der Nazi-Lüge, der Krieg gegen die Sowjetunion Stalins sei „gerecht“ gewesen.

Flugblatt 6/91:

Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion:

Keine Illusionen über den west-deutschen Imperialismus!

Flugblatt 2/92

Zur Wannsee-Konferenz 1942

Nichts vergessen!

Der fabrikmäßige Völkermord der Nazis - auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft!

Flugblatt 4/92

Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier - revisionistischer SED-Funktionär - SPD-Spitzenpolitiker

Was der „Fall Just“ lehren kann!

Flugblatt 1/93

Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!

Der Kampf gegen die Nazis macht die Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie, letztlich mit der Ideologie des deutschen Imperialismus notwendig.

GDS, Nr. 62 (110 S.), Mai 1993

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die KZs und Vernichtungslagern im System des Nazi-Faschismus / Merkmale des Herrschafts-

und Überwachungssystems in den KZs und Vernichtungslagern / Antinazistischer Widerstand und die Rolle der Kommunistischen Kräfte / Die bewaffneten Aufstände in den Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor.

Flugblatt 2-3/95

50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!

Flugblatt 4/95

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikomunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!

50 Jahre Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!“

Flugblatt 5/95

8. Mai 1995: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

Das Potsdamer Abkommen - eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

## Nazibanden und Staat Hand in Hand - Widerstand dagegen

GDS, Nr. 36 (64 S.), Oktober 1985 und Flugblätter

Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus!

Während der Kundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung wurde der Antifaschist Günter Sare durch einen Wasserwerfer-Einsatz der Polizei ermordet.

GDS Nr. 36 dokumentiert u.a. die Flugblätter: „Die Braune Pest geht vom Staat aus“, „Die Drecksargumente gegen die militanten Antifaschisten zerschlagen!“.

GDS, Nr. 38 (60 S.), August 1986

Den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen!

Der Antisemitismus wird wieder salonfähig - in extrem rechten wie in „linksliberalen“ Kreisen. Vier demagogische Manöver des Antisemitismus nach Auschwitz werden analysiert und entlarvt.

Flugblatt Januar 1986

Kollege Ramazan Avci von neofaschistischer Gruppe erschlagen!

Flugblatt, September 1986

Verhindert Abschiebung und Massenausweisungen von politisch Verfolgten, die ihr Recht auf Asyl fordern! Kämpft gegen die Verdummung und Verhetzung der westdeutschen Bevölkerung! Der westdeutsche Imperialismus schürt die Atmosphäre für Pogrome

Flugblatt 4/89

Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands: Nazi-Partei NPD erzielt

Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden!

Zerschlagt die Nazi-Banden!

NPD mit 7 Abgeordneten im Frankfurter Stadtparlament / Verbot? Kein Verbot? Wie wirklich gegen die Nazis ankämpfen?

Flugblatt 8/89

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Entlarvung der ungebrochenen Tradition des Antiziganismus - der Verfolgung und des Rassismus gegen die Sinti und Roma - bis heute.

GDS, Nr. 57 (24 S.) und Flugblatt 10/91

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der „Abschreckung“ verkünden:

Pogrome!

In HOERSWERDA wurden erstmalig insgesamt fünf Tage lang, mit Unterstützung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylsuchenden und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen.

Ein Artikel entwickelt Perspektiven des Kampfes für alle antinazistischen und revolutionären Kräfte und analysiert zu diesem Zweck den Zusammenhang von Völkermord, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus.



Flugblatt 9/92

Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:

Dahinter steckt System!

Kein „Verständnis“ und keinerlei Zugeständnisse an Biedermänner und Brandstifter! / Ohne die Nazis und ihre aktiven Helfer zu schonen - vor allem die Politik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Die Braune Pest geht von diesem Staat aus / Kapitalismus und Nazis / Den aktiven

Kampf gegen die Nazi-Verbrecher forcieren! Mit aller Kraft eine starke kommunistische Partei aufbauen.

Flugblatt 11/92

8. November 1992:

Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!

Nach den Nazi-Morden von MÖLLN heuchelten die Politiker des west/deutschen Imperialismus „Mitgefühl“. Die berechtigten Proteste gegen diese Propagandashow wurden mit massivem Knüppelinsatz der Polizei unterdrückt.

Flugblatt 6/93

Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Dieses Flugblatt prangert die Nazi-Morde von SOLINGEN an und ruft auf: „Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Paß, mit den Sinti und Roma, mit der jüdischen Bevölkerung und den Asylsuchenden zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!“ und den Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus führen!

Flugblatt 1/94

Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben!

Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!

Beilage:

Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften.

Flugblatt 1/94

Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!

Gegen die staatliche Verfolgung und Kriminalisierung der ANTIFA (M) / Kritik an deren Konzept.

Flugblatt 12/94

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Der Organisator der Nazi-Morde Kaendl wird nicht der letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Das Flugblatt stellt heraus: „die mehr als 80 Nazi-Morde, die unzähligen Nazi-Mordanschläge, ... - all dies wird unweigerlich dazu führen, daß die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen. Es wird unweigerlich dazu führen, daß sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorzukommen versuchen.“

Flugblatt 2/96

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Zehn Ermordete, 38 größtenteils Schwerverletzte war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlags auf ein Flüchtlingswohnheim in Lübeck.

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis. Die Notwendigkeit eigener Recherchen und eigenständiger politischer Enthüllungen wird betont!

Im folgenden Flugblatt 3/96: Interview mit dem Bruder des „Hauptverdächtigen“ Safwan Eid / Am Beispiel des Nazi-Brandanschlags von HATTINGEN 1993 wird gezeigt, wie die Vertuschung von Nazi-Anschlägen in Deutschland Methode hat.

Flugblatt 9/96

Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen

Der Polizeistaat bei der Arbeit!

Flugblatt 11/96

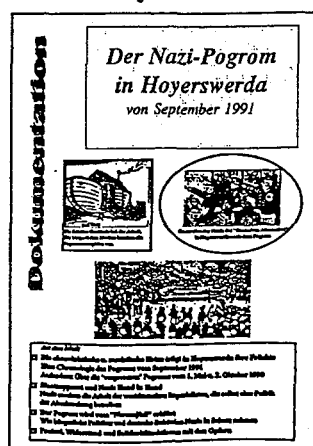
Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen - der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen“ - drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!

Nazis und Polizei - Mord und Totschlag!

# Nazi-Pogrome und Nazi-Anschläge von 1991 bis 1996

September 1991:

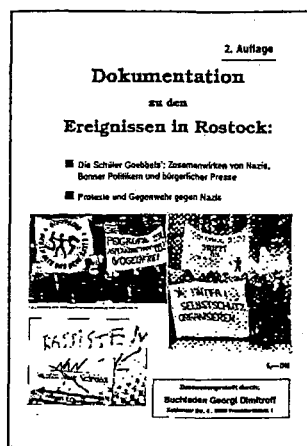
## Nazi-Pogrom in Hoyerswerda



5 Tage lang Belagerung und Angriffe von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf zwei von Menschen aus anderen Ländern bewohnte Häuser.

August 1992:

## Nazi-Pogrom in Rostock



2 Tage und 3 Nächte andauernde Belagerung und Angriffe bis zur Brandlegung von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf eine Flüchtlingsunterkunft.

November 1992 und Mai 1993:

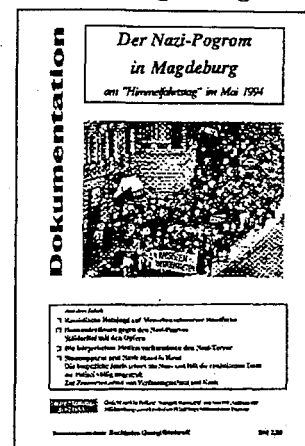
## Nazi-Morde in Mölln und Solingen



• 3 Tote in Mölln,  
• 5 Tote in Solingen  
durch die Nazi-Brandanschläge auf zwei von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Türkei bewohnte Häuser.

Mai 1994:

## Nazi-Pogrom in Magdeburg



Am „Himmelfahrtstag“ veranstalteten Nazi-Schläger eine Hetzjagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe in der Innenstadt. Hilfe für die Verfolgten kam nur von Menschen aus anderen Ländern.

März 1994 und Mai 1995:

## Nazi-Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge



Nur durch Zufall entkamen die dort Wohnenden dem antisemitischen Mordanschlag, dessen Zeitpunkt die Nazis bewußt zum 50. Jahrestag der Niederlage des Nazifaschismus wählten.

Januar 1996:

## Nazi-Massaker in Lübeck



• 10 Tote,  
• 38 größtenteils Schwerverletzte durch Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Systematische Vertuschungsversuche von seiten des Staats.

Pressespiegel von 1987 bis 1993:

„Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!“

### Schwerpunkte:

- Proteste und Widerstand gegen die rassistisch-chauvinistische Hetze und Politik in Westdeutschland
- Offener Rassismus:
  - Die Saat geht auf: Von rassistischen Überfällen bis zu Pogromen!
  - Den Asylsuchenden wird das Leben zur Hölle gemacht!
  - Beteiligung von Bundeswehrangehörigen an rassistischen Anschlägen

- Die braune Pest geht von diesem Staat aus:
  - Westdeutsche Justiz nimmt Nazis in Schutz!
  - Westdeutsche Polizei - Hand in Hand mit Nazis und Rassistin!
  - Einreiseerschwerisse, Ablehnung von Asylsuchenden und Abschiebungen
- Methoden der bürgerlichen Presse
- Antisemitismus
- Chauvinistische Hetze gegen Sinti und Roma

### Plakate:

